

Kanton Zürich

**Konsolidierter Entwicklungs-
und Finanzplan 2010–2013**

Entwurf Budget 2010

Vom Regierungsrat festgelegt
am 9. September 2009



Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009

4630

**Beschluss des Kantonsrates
über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2010
und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und
Finanzplans 2010–2013 (KEF 2010)**

(vom ...)

Der Kantonsrat,

gestützt auf den Art. 56 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 und die §§ 13 und 17 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006 sowie nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 9. September 2009,

beschliesst:

I. Vom Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2010–2013 (KEF 2010) wird Kenntnis genommen.

II. Das Budget für das Rechnungsjahr 2010 wird wie folgt beschlossen:

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung:	Aufwandüberschuss von	Fr. 684'924'244
Investitionsrechnung:	Investitionsausgaben von	Fr. 1'317'219'517

Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten gemäss Antrag des Regierungsrates.

Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der Versicherungskasse für das Staatspersonal und der Arbeitslosenkasse gemäss Entwurf des Regierungsrates.

III. Veröffentlichung im Amtsblatt.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:	Der Staatsschreiber:
Aeppli	Husi



Inhaltsverzeichnis

Einleitung

A. Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziele des Regierungsrates 2007-2011	7
Umsetzung der Legislaturziele in den Entwicklungsschwerpunkten.....	29

B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich

Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	36
Eckwerte des Staatshaushaltes	40
Erfolgsrechnung	43
Investitionsrechnung.....	50
Staats- und Steuerquote.....	52
Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden.....	54
Besondere Berichterstattungen	56
Finanzpolitische Beurteilung.....	59
Anhänge	62

C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei

Staatskanzlei	81
Direktion der Justiz und des Innern.....	93
Sicherheitsdirektion	163
Finanzdirektion	205
Volkswirtschaftsdirektion	259
Gesundheitsdirektion.....	301
Bildungsdirektion	345
Baudirektion.....	409

D. Entwicklungen der Funktionsbereiche

Einleitung zu den Funktionsbereichen	473
E-Government	475
Immobilien	477
Informatik	485
Personal	491
Umwelt	503



Anhang 1: Planungen von Behörden, Rechtspflege und staatlichen Anstalten

Einleitung Anhang 1	Anhang 1-1
Konsolidierungskreis 2, Teil 1 -> Planungen der Behörden	Anhang 1-3
Konsolidierungskreis 2, Teil 2 -> Planungen der Rechtspflege	Anhang 1-13
Konsolidierungskreis 3 -> Planungen der zu konsolidierenden Anstalten	Anhang 1-29
Planungen der übrigen, nicht zu konsolidierenden Organisationen.....	Anhang 1-51

Anhang 2: Entwurf Budget 2010

Übersicht Entwurf Budget 2010.....	Anhang 2-1
Budgetkredite der Leistungsgruppen	Anhang 2-3

Anhang 3: Verschiedenes

Rechtsetzungsprogramm: Erlasse in Bearbeitung und Planung.....	Anhang 3-1
Parlamentarische Vorstösse und Initiativen mit Bezug zur strategischen Planung des Regierungsrates	Anhang 3-5
Übersicht zur Umsetzung der KEF-Erklärungen	Anhang 3-19

Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF

Richtlinien und Konventionen KEF	Anhang 4-1
--	------------

Hinweis:

Der KEF 2010-2013 ist auch im Internet zu finden unter www.regierungsrat.zh.ch

Einleitung

Grundlagen

Der Regierungsrat legt die mehrjährige Planung in der Form eines Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes (KEF) für die Planperiode 2010-2013 sowie daraus abgeleitet den Entwurf des Budgets 2010 vor. Der KEF zeigt die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen der Leistungen und Ressourcen auf. Er umfasst einen Planungszeitraum von vier Jahren und wird jährlich im Sinne der rollenden Planung aktualisiert.

Inhalte und Gliederung des KEF

Der vorliegende KEF gliedert sich in die folgenden Abschnitte:

- **A Legislaturziele des Regierungsrates**

Der Regierungsrat umschreibt in diesem Abschnitt seine Ziele für die Legislaturperiode 2007-2011.

- **B Finanzentwicklung des Kantons Zürich**

Dieser Abschnitt zeigt für die Planperiode 2010-2013 die finanzielle Entwicklung der Verwaltung, der Behörden, der Rechtspflege und der Anstalten insgesamt.

- **C Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei**

Jede Direktion und die Staatskanzlei umschreiben in diesem Abschnitt bedeutende Veränderungen gegenüber dem KEF vom Vorjahr (Kapitel 1), ihre Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen (Kapitel 2), ihre langfristigen Ziele und Legislaturziele (Kapitel 3) sowie die entsprechenden finanziellen Entwicklungen (Kapitel 4). In Kapitel 5 werden die Entwicklungs- und Finanzplanungen nach Leistungsgruppen dargestellt. Der Regierungsrat hat verwaltungsweit 110 Leistungsgruppen festgelegt. Sie enthalten Aussagen über die finanziellen Entwicklungen sowie über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Im Weiteren sind bedeutende Entwicklungsschwerpunkte aufgeführt, abgestimmt auf die strategischen Ziele der entsprechenden Direktion. Zudem wird auf bedeutende Entwicklungen über den Planungszeitraum hingewiesen. Kapitel 6 enthält die Entwicklungsplanungen der Fonds. Es werden die Entwicklung der einzelnen Finanzierungsgrössen, der steuerbaren finanziellen Grössen und fallweise weiterer bedeutender Grössen sowie die Entwicklung des Fondsbestandes dargestellt. Wo ein Bezug zu einzelnen Leistungsgruppen besteht, wird dieser aufgezeigt. Wenn Leistungen und Zahlungen direkt an Dritte erfolgen, werden zum Teil Aussagen über die Wirkung/Effektivität, Leistung/Effizienz und Wirtschaftlichkeit gemacht. In Kapitel 7 werden bedeutende Projekte, abgestimmt auf die strategischen Ziele der einzelnen Direktionen, dargestellt. Die Projektbeschreibungen enthalten Angaben über die angestrebten Wirkungen und Projektergebnisse sowie über wichtige Meilensteine. Zudem sind der Projektaufwand sowie die zu erwartenden wiederkehrenden finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt aufgeführt.

- **D Entwicklungen der Funktionsbereiche**

In diesem Abschnitt werden bedeutende zukünftige Entwicklungen in Funktionsbereichen sowie deren Auswirkungen auf die Zürcher Verwaltung, die strategischen Ziele des Regierungsrates und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen aufgezeigt. Im vorliegenden KEF sind die Funktionsbereiche E-Government, Immobilien, Informatik, Personal und Umwelt dargestellt.

- **Anhang 1: Planungen von Behörden, Rechtspflege und staatlichen Anstalten**

Im Anhang 1 sind die vom Regierungsrat unverändert übernommenen Planungen der Behörden und der Rechtspflege ausgewiesen. Zudem werden die Planungen der zu konsolidierenden Anstalten sowie der übrigen nicht zu konsolidierenden Organisationen aufgeführt. Die Darstellung erfolgt in Anlehnung an die formale Gestaltung des regierungsrätlichen KEF.

- **Anhang 2: Entwurf Budget 2010**

Im Anhang 2 wird der Budgetentwurf 2010 zusammengefasst dargestellt für die Gesamtverwaltung und die Leistungsgruppen.

- **Anhang 3: Verschiedenes**

Im Anhang 3 sind das Rechtsetzungsprogramm 2010-2013 und alle dem Regierungsrat überwiesenen Vorstösse und Initiativen mit Bezug zur strategischen Planungen aufgelistet. Die Vorstösse werden solange im KEF aufgeführt, bis der Kantonsrat über den regierungsrätlichen Antrag beschlossen hat.

Zudem werden die KEF-Erklärungen aufgelistet, die vom Kantonsrat am 26./27. Januar 2009 (KR-Nr. 7/2009) überwiesen und vom Regierungsrat bis Ende April 2009 nicht abgelehnt wurden. In der Tabelle wird auf weitere Informationen zu den KEF-Erklärungen hingewiesen.

- **Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF**

Im Anhang 4 sind Richtlinien und Konventionen ausgewiesen, auf denen die Planungen für den vorliegenden KEF 2010-2013 basieren.

Budgetentwurf des Regierungsrates

Der Regierungsrat leitet den KEF dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme und gleichzeitig den Entwurf zum Budget 2010 zur Festlegung weiter. Der Budgetentwurf ist im KEF integriert.

Der KEF 2010-2013 und das Budget 2010 werden nach der Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen erstellt. Dies hat Auswirkungen auf den Ausweis der Budgetkredite. In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2010 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie Kredite mit Sperrvermerk hervorgehoben. Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung werden nicht mehr in die Budgetkredite der Erfolgsrechnung eingerechnet, nach-



dem das CRG in Kraft getreten ist (§ 15 Abs. 2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2010 aller Leistungsgruppen werden im Anhang 2, Entwurf Budget 2010, in einer Tabelle zusammen mit den Sperrvermerken frankengenau aufgelistet. Sie sind für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsindikatoren mit Zielwerten der Leistungsgruppen für das Budgetjahr 2010. Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt

KEF-Erklärungen

Gemäss § 13 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) kann der Kantonsrat zum KEF Erklärungen beschliessen. Im Anhang 3: „Parlamentarische Vorstösse und strategische Planung Regierungsrat“ wird aufgezeigt, wo die Erklärungen im KEF umgesetzt sind.

Leseempfehlung

Kanton Zürich

Wer sich über die Entwicklung der Leistungen und Finanzen des Kantons Zürich insgesamt (Gesamtverwaltung) informieren will, dem ist die Lektüre der Kapitel „A. Legislaturziele“ und „B. Finanzentwicklung des Kantons Zürich“ empfohlen. Weitere Informationen dazu finden Sie im Anhang 3, „Verschiedenes“.

Planung in einzelnen Aufgabenbereichen

Informationen über die Planung in einzelnen Aufgabenbereichen wie Bildung, Gesundheit oder Justiz sind im Entwicklungs- und Finanzplan der zuständigen Direktion im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ aufgeführt. Die Planungen in den Bereichen E-Government, Informatik, Personal, Immobilien und Umwelt sind im Kapitel „D. Planungen der Funktionsbereiche“ dargestellt.

Entwicklungen detailliert

Wer sich detaillierter über bestimmte Leistungen und finanzielle Entwicklungen informieren will, dem ist das Studium der entsprechenden Leistungsgruppen- und Projektplanungen im Kapitel „C. Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei“ sowie im Anhang 1, „Planungen der Behörden, der Rechtspflege und der staatlichen Anstalten“, empfohlen.



Legislaturziele des Regierungsrates 2007-2011

1. Legislaturziele des Regierungsrates 2007–2011

Einleitung

Am 12. September 2007 hat der Regierungsrat drei Leitlinien und siebzehn Ziele für die Legislatur 2007–2011 festgelegt. Die Schwerpunkte wurden auf Grund der Ergebnisse einer breiten Analyse bestimmt, gestützt auf Berichte zu Nachhaltigkeit, Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Standort, Integrations- und Alterspolitik, auf statistische Publikationen und Berichte des Bundes sowie wissenschaftliche Fachliteratur. Sie orientieren sich am Gedanken der Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Umgesetzt werden die Ziele in 80 vom Regierungsrat festgelegten Massnahmen.

Die Planungen der Direktionen erfolgen im Rahmen der Legislaturziele des Regierungsrates. Der KEF zeigt auf, wie die Legislaturziele des Regierungsrates und die dazugehörigen Massnahmen in den Legislaturzielen der Direktionen und den Entwicklungsschwerpunkten der Leistungsgruppen umgesetzt werden. Dabei ist zu beachten, dass der vorliegende KEF 2010-2013 nicht dieselbe Gültigkeitsdauer hat wie die Legislaturziele 2007-2011. Einige Massnahmen sind bereits abgeschlossen, für andere ist die Umsetzung für 2010 oder später geplant.

Nachfolgend werden die Legislaturziele, so wie sie vom Regierungsrat 2007 verabschiedet worden sind, aufgeführt. In drei Fällen ist es in der Zwischenzeit zu Anpassungen gekommen. Am 24. Juni 2009 hat der Regierungsrat beschlossen, auf die Einführung eines einheitlichen Corporate Design zu verzichten (Massnahme 6.1). Massnahme 17.3 (Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren) wurde integriert in Massnahme 17.1 (Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren). Zudem wird auf die Stärkung der Infrastruktur an internationalen Schulen verzichtet (Massnahme 3.5).

Die Tabelle „Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates in den Entwicklungsschwerpunkten“ zeigt auf, in welchen Leistungsgruppen und Entwicklungsschwerpunkten sowie mit welchem Zeithorizont die Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates und der dazugehörigen Massnahmen geplant ist. Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass 46 von 80 Massnahmen planmässig erst nach Ende der Legislaturperiode abgeschlossen werden. Im KEF 2009–2012 war dies erst bei 34 Massnahmen vorgesehen. Die Verzögerungen sind unter anderem auf die Finanzlage des Kantons zurückzuführen, welche heute wesentlich angespannter ist als noch vor einem Jahr. Das Jahr 2010 ist für die Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates wichtig. 29 der 80 Massnahmen und somit mehr als ein Drittel sollen gemäss Planung in diesem Jahr umgesetzt werden.

Leitlinie 1: Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich stärken

Legislaturziel 1: Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern

Massnahmen

1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln

In einem ersten Schritt erarbeiten die Universitätsspitäler und die Universität jeweils für ihren Betrieb eine Strategie in der hochspezialisierten Medizin. In einem zweiten Schritt werden die erarbeiteten Strategien im Bereich der Dienstleistung unter Leitung der Gesundheitsdirektion, im Bereich der Lehre und Forschung unter der Leitung der Universität aufeinander abgestimmt. In einem dritten Schritt soll auf dieser Grundlage die Festlegung der gesamtkantonalen Strategie durch die Bildungsdirektion und die Gesundheitsdirektion erfolgen.

1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren

Diese laufende, in der kommenden Legislaturperiode jedoch noch zu verstärkende Massnahme beruht auf dem übergeordneten Ziel, die hochspezialisierte Medizin zu stärken, indem die erforderliche, international konkurrenzfähige bauliche Infrastruktur sowie die technische Ausstattung, vor allem im Bereich der medizinischen Kerndisziplinen, bereitgestellt wird. Schlanke, schnelle Entscheidungsprozesse sollen ermöglichen, rasch und zielgerichtet auf spitzenmedizinische Entwicklungen und neue Angebote anderer Leistungserbringer zu reagieren.

1.3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen

Innovationen sind massgebende Erfolgsfaktoren für eine Volkswirtschaft. Sie erschliessen neue Märkte und können auch bei der mit der Globalisierung einhergehenden Intensivierung des internationalen Wettbewerbs zusätzliches Wachstum schaffen. Die Förderung von innovativen Ideen und Projekten durch einen kantonalen Förderpreis bietet die Chance, die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Zürich zu sichern und konsequent weiterzuentwickeln.

1.4 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern

Der Kanton Zürich verfolgt eine kantonale Hochschulstrategie, die es einzelnen Institutionen ermöglicht, thematische Schwerpunkte zu setzen, etwa in den Lebenswissenschaften (Life Sciences), in den Bank- und Finanzwissenschaften, in der Hochschulmedizin und den Gestaltungs- und Kunstdisziplinen Design und Musik. Die Schwerpunktbildung ist in der Entwicklungs- und Finanzplanung von Universität und Zürcher Fachhochschule festgehalten und wird über Staatsbeiträge finanziert.



1.5 Begabung und Begabte in der Volksschule fördern

Die individuelle Förderung mit dem Ziel, jedem Kind die bestmögliche Ausbildung zu bieten, steht im Zentrum der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Die Begabungs- und Begabtenförderung ist Gegenstand der vom Regierungsrat beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen sowie des darauf gestützten neuen sonderpädagogischen Konzepts. Gestützt darauf findet die Begabungs- und Begabtenförderung im Rahmen des Regelunterrichts und in der integrativen Förderung statt.

1.6 Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln

Das Pilotprojekt zur Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (deutsch/englisch), das 2006 für drei Jahre verlängert und auf drei weitere Pilotschulen ausgeweitet wurde, soll auf der Grundlage einer externen Evaluation weiterentwickelt werden.

Legislaturziel 2: Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen

Massnahmen

2.1 Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen

Im KEF 2008–2011 vom September 2007 sind Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele 2007–2011 nur teilweise enthalten, weil die Finanzplanung im Juli 2007 vor der Festlegung der Legislaturziele des Regierungsrates abgeschlossen werden musste. Der gesetzlich notwendige mittelfristige Haushaltsausgleich und die anzustrebende Verstetigung der Finanzpolitik mit strategischen Handlungsspielräumen erfordern die Beseitigung des strukturellen Defizits. Die Verschuldung soll höchstens für die teilweise Finanzierung von Investitionen in zukunftsweisende Grossprojekte erhöht werden. Zudem wird bei steigenden Steuererträgen eine sinkende Steuerbelastung angestrebt, um interkantonal und international steuerlich konkurrenzfähig zu bleiben. Grundlage für die Finanzstrategie sollen Szenarien für die langfristige Finanzentwicklung sein. Die Finanzstrategie zeigt auf, wie die Ziele mittelfristig erreicht werden sollen. Dazu werden die Finanzmittel festgelegt, die den Aufgabenbereichen sowie der Steuerstrategie zur Verfügung stehen. Der KEF 2009–2012 vom September 2008 wird aufzeigen, wie die Finanzstrategie konkret umgesetzt werden soll.

Legislaturziel 3: Das Standortmarketing verstärken

Massnahmen

3.1 Führung der Marke Zürich beanspruchen

Der Kanton Zürich setzt sich für die Bündelung der Massnahmen des Standortmarketings auf nationaler und interkantonaler Ebene ein. Er führt die Marke Zürich und definiert deren Inhalt. Insbe-



sondere die Bedeutung Zürichs als Wissensstandort und Werkplatz mit höchster Lebensqualität muss stärker kommuniziert werden. Ein neu gebildeter Markenrat unter Einbezug aller massgeblichen Kreise (Standortförderung, Tourismus, Hochschulen, Wirtschaft, Kulturinstitutionen) koordiniert die Massnahmen verbindlich und überwacht deren Wirkung.

3.2 *Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten*

Der zunehmende Standortwettbewerb macht es notwendig, wichtige Indikatoren der Standortqualität systematisch zu erheben, deren Entwicklung national und international zu vergleichen, darüber regelmässig Bericht zu erstatten und aus dem Monitoring Politikempfehlungen abzuleiten. Typische Beispiele solcher Indikatoren der Standortqualität sind die Steuerbelastung juristischer Personen oder die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss.

3.3 *Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken*

Vertretungen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Hochschulen wirken zusammen auf eine Stärkung des Finanzplatzes im internationalen Wettbewerb hin (Finanzplatzmonitoring, Stärkung von Bildung und Forschung, Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, internationale Vermarktung).

3.4 *Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern*

Mit gezielten Kommunikationsmassnahmen soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die bestehenden Standortvorteile gestärkt werden. Nur wenn sich die (lokale) Bevölkerung über die Vorzüge ihres Standorts bewusst ist und sich mit diesem identifiziert, kann sie als Multiplikator nach Aussen wirken.

3.5 *Infrastruktur an internationalen Schulen stärken*

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung internationaler Schulen. Zu diesem Zweck schafft er die Voraussetzungen zur finanziellen Unterstützung von deren Infrastruktur.

3.6 *Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen*

Neuansiedlungen sollen in Zukunft durch eine directionsübergreifend koordinierte und damit verbesserte Auskunftsbereitschaft verschiedener Verwaltungseinheiten unterstützt werden.

Legislaturziel 4: Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken

Massnahmen

4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen

Es wird eine Steuerstrategie mit begleitenden Massnahmen erarbeitet. Sie weist folgende Stossrichtungen auf:

- Jährliches Monitoring: Damit die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb laufend überprüft und bei Bedarf Massnahmen ergriffen werden können, richtet das kantonale Steueramt zusammen mit BAK Basel Economics AG ein jährliches Monitoring ein.
- Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Die dafür notwendige Steuergesetzänderung soll bei Annahme in der Volksabstimmung ab Steuerperiode 2008 eingeführt werden.
- Auf Grund des Monitorings, der Entwicklung der Steuererträge und der konkreten Gesetzesänderungen konkurrierender Standorte wird neu in einem laufenden Prozess der Handlungsbedarf ermittelt. Zur Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit sind gezielte Massnahmen allgemeinen Steuerentlastungen vorzuziehen. In einer ersten Phase will der Regierungsrat die Attraktivität insbesondere bei den natürlichen Personen steigern. In einer zweiten Phase wird je nach Ausgang der Volksabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II des Bundes entschieden, welche Massnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu ergreifen sind.

Legislaturziel 5: Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern

Massnahmen

5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen

Der Regierungsrat prüft laufend die Mitgliedschaften des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen. Wo es die Sache erfordert, sollen auch regionsübergreifende Allianzen mit variabler Geometrie gepflegt werden. Angestrebt wird im Weiteren eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit bzw. die Beziehungspflege zu Nachbarkantonen und Gremien innerhalb der Metropolregion Zürich sowie eine wirkungsvolle Wahrung der Zürcher Interessen im Haus der Kantone.

**5.2 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln**

Auf einer Informationsplattform soll ein institutionalisiertes Berichtssystem über die Kontakte und Arbeiten der Direktionen auf Aussenbeziehungs- und Bundesebene eingerichtet werden. Dieses soll gleichzeitig die Früherkennung von bundespolitischen Entwicklungen schon im vorparlamentarischen Verfahren verbessern.

5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren

Um dem Kanton Zürich in Bern mehr politisches Gewicht zu verschaffen, sind die zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier gezielter über Anliegen der zürcherischen Politik und Auswirkungen der Bundespolitik auf den Kanton Zürich zu informieren. Neben einer periodischen Information ist die Einrichtung einer Anlaufstelle beabsichtigt, bei der im Einzelfall aktuelle Auskünfte bezogen werden können.

5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen

Der Kanton Zürich fördert die Schaffung von grenzüberschreitenden Innovationsnetzwerken im Alpenraum und schafft Plattformen zur Stärkung von internationalen Geschäftsbeziehungen mit Baden-Württemberg und anderen Nachbarregionen. Insbesondere verstärkt er die Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation und Jungunternehmerprogramme.

5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren

Die Stiftung Greater Zurich Area wird überprüft und die gemeinsamen Interessen der beteiligten Kantone sollen durch eine verstärkte Abstimmung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit besser wahrgenommen werden.

5.6 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten

Vertreterinnen und Vertreter des Kantons in den verschiedenen Fachgremien sollen in Zukunft vermehrt auch für die Gesamtinteressen des Kantons sensibilisiert werden. Diese Führungsaufgabe soll in den Direktionen unter anderem durch die Auswahl von geeigneten Vertreterinnen und Vertretern wahrgenommen werden. Zudem wird der Informationsaustausch und die Koordination zu «aussenpolitischen» Themen im Koordinationsgremium für Aussenbeziehungen (KAB) verbessert.

Legislaturziel 6: Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern

Massnahmen

6.1 *Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren*

Ein einheitliches Corporate Design nach einem umfassenden Verständnis ist notwendig zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der Angestellten zum Kanton und damit zur Schaffung einer identitätsstiftenden «Verwaltungskultur», zur Verbesserung der Transparenz staatlicher Leistungen sowie zur Kosteneinsparung. Dieser Prozess muss unterstützt werden durch die Modernisierung des Erscheinungsbildes der Gebäude der Zentralverwaltung (Sitzungszimmer, Eingangs- und Publikumsbereiche).

6.2 *Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten*

Es wird eine Teilrevision des Lohnsystems durchgeführt mit Überprüfung und Nachführung einzelner Richtpositionen sowie Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.

6.3 *Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen*

Zur Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber wird ausgehend von den für das Personalmanagement relevanten Trends eine Personalmanagement-Strategie mit folgenden Stossrichtungen erarbeitet und umgesetzt:

- Stärkung der Führung, Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt. Gewinnung, Erhaltung und Motivation der Mitarbeitenden durch professionelle Führung
- Stärkung der Personalentwicklung, gezielte Förderung der Mitarbeitenden zur Bewältigung bestehender und künftiger Aufgaben und gezielte Nachwuchsplanung für Schlüsselpositionen. Förderung von Job-Rotation zwischen den Direktionen und mit Betrieben der Privatwirtschaft
- Stärkung der Personalbereiche, durch Anerkennung des Personalmanagements als zentraler Erfolgsfaktor, durch Personalcontrolling zur Beurteilung und Optimierung des Personalmanagements sowie zur Planung, Evaluation und Qualitätsentwicklung strategischer HR-Projekte



- Stärkung der Marktpositionierung, Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber gegen innen und aussen, Steigerung der Leistungsorientierung durch Anreize im Bereich der Honorierung, marktübliche Anstellungsbedingungen, auch im Lohnbereich.

6.4 Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen

Mit einer neuen Informatikstrategie, die Standards und Architekturen vorgibt, sollen Effizienzsteigerungen sowie Verbesserungen in der Informatikstruktur der kantonalen Verwaltung erreicht werden. Zudem sollen Kompetenzzentren für das Projektmanagement und die Informatiksicherheit aufgebaut werden. Mit allgemein verwendbaren Lösungen für das Dokumentenmanagement soll die mittelfristige Archivierung als Vorarbeit zur Langzeitarchivierung durch das Staatsarchiv standardisiert und ein Workflowmanagement für die elektronische Ausführung von Geschäftsprozessen ausgearbeitet werden.

6.5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern

Die Zentralverwaltung ist heute frei zugänglich. Dies ist ein Sicherheitsrisiko (Personenschutz, Diebstähle). Hinzu kommt, dass sich verwaltungsexterne Personen oft in den Gebäuden nicht zurechtfinden. Die Zugänglichkeit der Zentralverwaltung ist deshalb zu überprüfen und anzupassen, wobei eine Zugangskontrolle geschaffen werden soll, die an die jeweilige Bedrohungslage angepasst werden kann.

6.6 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (e-Government)

Alle Bewilligungsverfahren und der gesamte Amtsverkehr im weiteren Sinn sollen ab spätestens 2011 elektronisch und interaktiv über das Internet abgewickelt werden können. Dazu gehört insbesondere auch die Anbindung von Steuerpflichtigen und Treuhändern an ein Online-Steuerportal (e-taxes).

<i>Legislaturziel 7: Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken</i>

Massnahmen

7.1 Gemeindestrategie erarbeiten

Der Kanton soll eine einheitliche und klare Haltung gegenüber den Gemeinden einnehmen und für deren Aufgabenerfüllung sichere Rahmenbedingungen schaffen. Die Strategie soll aufzeigen, wie der Kanton im Bereich der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit Gemeindereformen unterstützen will. Die Gemeinden sollen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen. Starke Gemeinden sind das Fundament eines starken Kantons.

7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren

Der Finanzausgleich soll dafür sorgen, dass alle Gemeinden über genügend finanzielle Mittel verfügen, um ihre Kernaufgaben mit einem vertretbaren Steuerfuss wahrnehmen zu können. Er soll die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen und negative Anreize für die Anpassung der Gemeindestrukturen an veränderte Verhältnisse beseitigen.

7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen

Jedes Gemeinwesen soll diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die es am besten erfüllen kann. Dabei sind insbesondere staatspolitische, gesellschaftliche und ökonomische Kriterien zu berücksichtigen. Die Grundsätze sollen vor allem bei der Rechtsetzung im Bereich der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden angewendet werden und Kriterien für die Beurteilung von Aufgaben- oder Lastenverschiebungen umfassen. Besondere Aufmerksamkeit ist dem späteren Vollzug zu widmen. Die Verantwortung für Entscheidung, Vollzug und Finanzierung soll wenn möglich in eine Hand gelegt werden. Es soll ein Bericht an den Kantonsrat zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erarbeitet werden.

7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen

Mit einer Gebietsreform soll die Gemeindeflandschaft gestärkt werden. Es soll eine bessere Übereinstimmung der historisch entstandenen Gemeindegrenzen mit den heutigen Lebensräumen geschaffen werden. Grössere Gemeinden sind besser in der Lage, die immer komplexer werdenden Aufgaben selbstständig zu lösen. Ausserdem sollen neue Zusammenarbeitsmodelle erarbeitet werden, die eine verbindliche und bereichsübergreifende Steuerung der kommunalen Aufgaben erlauben.

7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen

Kantonale Massnahmen mit Auswirkungen auf die Gemeinden sollen durch ein Koordinationsgremium inhaltlich und zeitlich koordiniert werden. Die Gemeinden sind frühzeitig in kantonale Vorhaben mit einzubeziehen.

7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern

Das geltende Gesundheitsgesetz geht von einer gemeinsamen Finanzierung der stationären Grundversorgung, der Pflegeheimversorgung und der Spitexversorgung aus. Im Rahmen der Reform des Zürcher Finanzausgleichs (REFA) wurde ein Modell Szenario Spital 100 erarbeitet, bei dem die Finanzströme entflochten werden. Das Szenario Spital 100 würde dazu führen, dass der Kanton künftig die stationäre Akutversorgung alleine finanziert, wohingegen die Ge-

meinden für die Pflegeheimfinanzierung zuständig blieben. Eine gemeinsame Finanzierung würde einzig bei der Spitexversorgung beibehalten.

Leitlinie 2: Natürliche Lebensgrundlagen schützen

Legislaturziel 8: Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern

Massnahmen

8.1 Richtplanvorlage auf Grund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen

Eine Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde letztmals Anfang der 90er Jahre vorgenommen. Der gesamthaft revidierte Richtplan wurde am 31. Januar 1995 durch den Kantonsrat festgesetzt. Mit der laufenden Gesamtüberprüfung sollen nun die Weichen für die räumliche Entwicklung der nächsten 25 Jahre gestellt werden.

Nicht zuletzt aus Gründen der Verlässlichkeit und Rechtssicherheit soll an den bewährten Festlegungen des kantonalen Richtplans festgehalten und eine Fokussierung auf die wesentlichen Fragen der räumlichen Entwicklung vorgenommen werden. Im Zentrum stehen der Erhalt und die Förderung der hohen Lebensqualität. Deshalb soll die künftige Entwicklung innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets und an gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen erfolgen. Die S-Bahn bildet dabei weiterhin das Rückgrat der Siedlungsentwicklung. Im Bereich öffentliche Bauten und Anlagen ist neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Schliesslich sollen auch die Leitplanken für die nachhaltige Landschaftsentwicklung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

8.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen

Der Regierungsrat wird 2008 über die grundsätzliche Ausrichtung des Flugplatzes Dübendorf entscheiden. Auf dieser Grundlage soll ihm ein Vorgehenskonzept zur Kenntnis gebracht werden, damit das eigentliche Entwicklungsprojekt unter Einbezug aller massgebenden Stellen 2008 gestartet werden kann.

8.3 Renaturierung von Gewässern fördern

Mit einer Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes sollen die Grundlagen für eine Förderung der Renaturierung von Gewässern festgelegt werden. Die Renaturierung erfordert die Ausdehnung des jeweiligen Gewässerraums, was raumplanerisch zu sichern ist. Es soll ein kantonales Programm für die Renaturierung von Gewässern erarbeitet werden.

8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben

Bis 2009 wird eine Übersicht der belasteten Standorte im Kanton Zürich fertiggestellt sein. Auf dieser Grundlage sollen die vordringlichen Altlastensanierungen auch unabhängig von konkreten Bauprojekten vorangetrieben und so die Nutzung von Industriebrachen ermöglicht werden.

8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung

Der Kanton Zürich ist der fünftgrösste Agrarkanton der Schweiz. Die Landwirtschaft steht wegen der Handelsliberalisierung im Agrarbereich vor grossen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Regierungsrat im Rahmen des Projektes «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich» klar zu einer produzierenden multifunktionalen Zürcher Landwirtschaft bekannt.

Die Nutzung des Waldes wird mit den steigenden Holzpreisen und einer Verknappung nicht erneuerbarer Energien an Bedeutung gewinnen.

8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen

Die am stärksten mit Lärm belasteten Strassenzüge im überbauten Gebiet werden vorrangig entlastet.

Die Massnahmen (Lärmschutzwände, Schallschutzfenster) sollen schneller umgesetzt werden als in der mit dem Bund für die Jahre 2008 bis 2011 abzuschliessenden Programmvereinbarung vorgesehen. Der Kanton wird die Massnahmen vorfinanzieren.

8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten

Mit einer vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Hoch- und Tiefbauten wird ein Beitrag zur Erhaltung attraktiver Siedlungs- und Landschaftsräume geleistet. In den kommenden Jahren stehen dabei Projekte wie das Polizei- und Justizzentrum (PJZ), die 5. Etappe der Universität Zürich-Irchel, die Entwicklungsplanung Hochschulgebiet Zürich-Zentrum, die laufenden Autobahnausbauten und Hochwasserschutzprojekte entlang der Achse Sihl-Limmat-Zürichsee im Vordergrund.

<i>Legislaturziel 9: Die CO₂ - Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken</i>

Massnahmen

9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen

Mit einer Revision des Verkehrsabgabengesetzes soll dem Verursacherprinzip besser Rechnung getragen werden. Dabei ist auf bereits vorhandene Bemessungsgrundlagen abzustellen,

die Energieverbrauch und Emissionen stärker berücksichtigen als die heutige Hubraumbesteuerung.

9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken

Harmonisiert mit anderen Kantonen sollen die energetischen Mindestanforderungen an Bauvorhaben ab 2009 verschärft werden. Der zulässige Energieverbrauch pro m² Wohnfläche wird dabei um einen Drittel gesenkt. Zudem soll durch verstärkte Information und Motivation der Bevölkerung zum bewussten Umgang mit fossilen Energien der Energieverbrauch gesenkt werden. Minergie und Minergie-P-Standards werden weiterhin gefördert und zudem steuerliche Anreize bei energetischen Gebäudeerneuerungen angestrebt.

9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen

26 kantonale Neu- und Umbauten mit einer Bruttogeschossfläche von 145'000 Quadratmetern erfüllen den Minergie-Standard. Im Sinne der Vorbildfunktion soll die Anzahl Minergie-Bauten kontinuierlich steigen. Dadurch verbessert der Kanton die Energieeffizienz der eigenen Bauten unter gleichzeitiger Verminderung des Bedarfs fossiler Energien.

Legislaturziel 10: Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen

Massnahmen

10.1 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen

Die Förderung beruht heute auf dem Rahmenkredit 2002 bis 2010 (2,5 Mio. Franken jährlich) gestützt auf § 16 des Energiegesetzes. Dieser Rahmenkredit soll bereits 2008 durch einen umfassenderen Rahmenkredit (4 Mio. Franken jährlich) für verstärkte Information der Bevölkerung, Weiterbildung der Baufachleute und Förderung der erneuerbaren Energien sowie energieeffizienter Gebäudeerneuerungen abgelöst werden. Daneben werden die Zielvereinbarungen betreffend Energieeffizienz mit Energie-Grossverbrauchern im Kanton weitergeführt.

10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen

Mit dem 2008 in Kraft tretenden eidgenössischen Stromversorgungsgesetz wird die Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz eingeführt. Die bisherigen staatlichen Monopole in den Bereichen Stromproduktion und Stromhandel fallen weg. Zur Sicherstellung der zukünftigen Stromversorgung unter veränderten Rahmenbedingungen ist die Eigentümerstrategie des Kantons bezüglich seiner Beteiligungen an EKZ und Axpo anzupassen.

10.3 Die Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten

Mit dem eidgenössischen Stromversorgungsgesetz erhalten die Kantone neue Aufgaben. Insbesondere haben sie die Netzgebiete zuzuteilen und die Einführung eines Ausgleichsfonds für den Fall unterschiedlicher Netznutzungsgebühren zu prüfen. Das kantonale Energiegesetz, das EKZ-Gesetz sowie der NOK-Gründungsvertrag sind an die neue Gesetzgebung anzupassen.

Legislaturziel 11: Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen

Massnahmen

11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben

Die Verkehrsinfrastrukturen im Kanton Zürich haben eine weit über die Kantongrenzen hinausreichende Bedeutung. Sie sind für den ganzen Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich von grosser Bedeutung, stellen im internationalen Wettbewerb einen wichtigen Standortfaktor dar und sind deshalb für die Bevölkerung aus allen Kantonen und Landesteilen von Nutzen. Es ist deshalb notwendig, dass der Kanton seine Interessen beim Bund – wo geeignet im Verbund mit anderen Kantonen – und bei anderen Kantonen vertritt.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) übernimmt der Bund grundsätzlich die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Nationalstrassen. Der Kanton Zürich setzt sich dafür ein, dass die im Richtplan festgesetzten Schlüsselvorhaben wie Ausbau Nordumfahrung, Oberlandautobahn, Glattalautobahn, Stadttunnel und Kapazitätsausbau Winterthur vom Bund prioritär behandelt werden. Der Kanton ist bereit, auch nach Umsetzung der NFA die Bauherrschaft für komplexe Projekte zu übernehmen (z.B. Einhausung Schwamendingen, Lärmschutz Grünau).

11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen

Der Flughafen Zürich ist in Bezug auf die internationale Erreichbarkeit des Wirtschaftsraums Zürich und die hier erzielte Wertschöpfung und Beschäftigung ein bedeutender standortpolitischer Erfolgsfaktor. In den laufenden Prozessen zur Festlegung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und der Teilrevision des Richtplans Verkehr (Kapitel 4.6.1) sind Lösungen zu suchen, mit denen die Lärmschutzziele erreicht werden, ohne die Drehkreuzfunktion oder die Verkehrsentwicklung des Flughafens unverhältnismässig einzuschränken. Zudem sind mit einer beständigen und langfristigen Bezeichnung der fluglärm-belasteten Gebiete durch die so genannte Abgrenzungslinie die Weichen für die künftige Siedlungsentwicklung in der Flughafenregion zu



stellen. Damit werden die Grundlagen für den Erlass des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich gelegt.

11.3 *Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln*

Die verkehrspolitischen Entscheide sind immer aus der Gesamtsicht des Gesamtverkehrskonzepts zu fällen. Zukünftig sind die verkehrspolitischen Entscheide darüber, welche Vorhaben mit welcher Dringlichkeit und mit welchen finanziellen Ressourcen vorangetrieben werden sollen, im Rahmen des «Strategieprozesses Gesamtverkehr» zu treffen.

11.4 *Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen*

Der Kantonsrat hat mit Beschluss zum kantonalen Richtplan festgelegt, welche Verkehrsvorhaben mit welcher Priorität voranzutreiben sind und welche Massnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen.

Leitlinie 3: Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren

Legislaturziel 12: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Massnahmen

12.1 *Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen*

Mit der Einführung von Blockzeiten und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten auserschulischen Betreuung durch die Gemeinden bis im Schuljahr 2009/10 verbessert das neue Volksschulgesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Familien mit Schulkindern im Kanton Zürich. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an ausserfamiliärer Betreuung und Frühförderung für die Kinder im Vorschulalter gewährleisten.

12.2 *Fehlanreize im Steuer- und Sozialleistungssystem beseitigen*

Das Zusammenspiel von Beitragsreglementen für familienergänzende Kinderbetreuung (Krippen- und Horttarife), Sozialleistungen und Steuern kann dazu führen, dass eine Einkommenserhöhung zu einer Reduktion der tatsächlich einem Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel führt. Damit liegt ein Fehlanreiz in Bezug auf die Erhöhung des Haushaltseinkommens vor. Eine ungelöste Betreuungssituation führt zudem dazu, dass eine arbeitslose Person kein Erwerbseinkommen beziehen kann, weil sie als nicht vermittlungsfähig gilt. Das Steuer-, Abgaben- und Sozialleistungssystem soll auf solche Fehlanreize in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern untersucht und es sollen Massnahmen zu deren Beseitigung umgesetzt werden.

12.3 *Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen*

Nach dem geltenden kantonalen Steuergesetz können für jedes weniger als 15 Jahre alte Kind für die Betreuung durch Drittpersonen während der Erwerbstätigkeit der Eltern maximal Fr. 6'000 abgezogen werden. Auf Grund der geltenden Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes sind weitere Abzüge nicht möglich. Finanzdirektion und Regierungsrat setzen sich jedoch beim Bund dafür ein, dass weitere Möglichkeiten, wie insbesondere ein allgemeiner Abzug für die Kinderbetreuungskosten, eingeführt werden.

12.4 *Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren*

Die Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Angestellte des Kantons sollen direktionsübergreifend koordiniert und flächendeckend ausgerichtet werden. Dazu soll eine Projektorganisation errichtet werden. Für die Verwirklichung der familienergänzenden Kinderbetreuung sind folgende Schritte notwendig:

- Erhebung des Bedarfs der kantonalen Angestellten an familienergänzender Kinderbetreuung
- Erarbeiten von Konzepten zu Koordination, Vermittlung und eventuell finanzieller Unterstützung
- Regelung der Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeberin durch den Regierungsrat.

12.5 *Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern*

Es sollen bestehende flexible Arbeitszeitmodelle auf der Grundlage von Jahres- oder Lebensarbeitszeit verstärkt kommuniziert, technische und organisatorische Möglichkeiten zur Heimarbeit geprüft, Konzepte für Teilzeitarbeit auch im Kaderbereich entwickelt und Rahmenbedingungen für Heimarbeit und Teilzeitarbeit festgelegt werden.

12.6 *Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen*

Folgende Schritte sind notwendig:

- Erarbeiten von Konzepten für eine systematische Laufbahnplanung in direktionsübergreifender Projektgruppe
- Besondere Berücksichtigung von frauenspezifischen Lebensläufen / Frauenförderung
- Festlegung von Standards zur Laufbahnplanung durch den Regierungsrat

- Einführung einer systematischen Laufbahnplanung, Information und Schulung der Führungskräfte.

Legislaturziel 13: Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken

Massnahmen

13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen

Die Bevölkerung soll regelmässig über die Integrationspolitik, die Chancen und Risiken der Migration, die Fortentwicklung der Integrationsmassnahmen und die Optimierung der Projekte breit und sachlich informiert werden, um Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen. Die Information ist dabei zielgruppenspezifisch ausgerichtet (Gemeinden, Bevölkerung mit Deutschkenntnissen, Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, Migrantinnen und Migranten und deren Vereine, kantonale Behörden, Integrationsfachleute, Projektanbieter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Religionsgemeinschaften).

13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fordern

Als Gegenstück zur Förderung der Integration soll die aktive Integrationsbereitschaft und -betätigung gefordert werden. Diese Forderung wird klar kommuniziert und mit individuellen Vereinbarungen umgesetzt.

13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern

Als Folge der NFA fallen Einrichtungen für erwachsene invalide Menschen in die alleinige Zuständigkeit der Kantone. Mit dem Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen schafft der Kanton die Voraussetzung, um die soziale Integration der betroffenen Menschen zu gewährleisten.

13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (Projekt Qualität in multikulturellen Schulen [QUIMS], Deutsch als Zweitsprache [DAZ]) führen alle Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger zur Sicherung der Qualität bis 2010 zusätzliche Angebote und Massnahmen ein. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt. Damit sollen das Leistungsniveau und die Bildungschancen der betroffenen Kinder verbessert werden.

13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten

Die Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist Gegenstand der vom Regierungsrat im Juli 2007 beschlossenen Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen. Das



Angebot wird darin neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie auch besonders begabte Schülerinnen und Schüler werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Zur Umsetzung der Verordnung wird ein neues sonderpädagogisches Konzept ausgearbeitet.

13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten

Das neue kantonale Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz wird im Herbst 2007 im Kantonsrat beraten. Es ermöglicht die Weiterführung einer aktiven Lehrstellenförderung, die Mitwirkung an der Entwicklung neuer Bildungsangebote, die Förderung von beruflichen Grundbildungen für Schulschwächere (zweijährige Grundbildung mit Attest, fachkundige individuelle Begleitung) und die Verbesserung der Brückenangebote.

13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern

Der Entwurf zum neuen kantonalen Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass der Kanton berufsorientierte Weiterbildung anbietet und entsprechende Angebote Dritter unterstützen kann. Er kann ferner Angebote zur allgemeinen Weiterbildung unterstützen, wenn diese der Integration von Personen in die Gesellschaft dienen. Gestützt darauf erarbeitet der Kanton ein Weiterbildungskonzept.

Legislaturziel 14: Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern

Massnahmen

14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern

Das revidierte Sozialhilfegesetz schafft die Voraussetzungen für eine bessere Eingliederung der Hilfesuchenden in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt, indem insbesondere Organe der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Berufsberatung zur Zusammenarbeit verpflichtet werden («Interinstitutionelle Zusammenarbeit»).

14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen

Die Kampagnen der Gesundheitsförderung sind auf die Befähigung der Bevölkerung zu einem gesunden Lebensstil auszurichten und in der Umsetzung des Konzeptes für Prävention und Gesundheitsförderung zu berücksichtigen.

Legislaturziel 15: Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern

Massnahmen

15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten

Der Kanton unterstützt in einem ausgewogenen Verhältnis einerseits die Erhaltung kultureller Traditionen, er fördert aber auch neue Impulse. Sein Engagement beschränkt sich nicht auf Partnerschaften mit etablierten, prestigeträchtigen Institutionen. Es ist vielmehr die Aufgabe des Kantons, das Kulturschaffen vor allem ausserhalb der Zentrumsstädte zu fördern. Mittels gezielter Massnahmen sollen in ländlicheren Regionen und Gemeinden Projekte unterstützt werden, deren Initianten hinsichtlich Finanzierung und Publikumsaufkommen Risiken eingehen müssen. Besonderes Augenmerk gilt der Nachwuchspflege. Voraussetzung für die massgebliche Finanzierung eines Projekts mit überregionaler Bedeutung ist jedoch ein angemessenes Engagement durch die Standortgemeinde. Regionale Kulturzentren in Landgemeinden sollen mit zweckgebundenen Produktionsmitteln für Projekte von regionalen Kunstschaaffenden und Nachwuchskünstlern ausgestattet werden. Gemeinden, die Strukturen für ein vielfältiges Kulturleben schaffen und erhalten beziehungsweise kulturelle Projekte initiieren, werden verstärkt unterstützt. Damit besteht ein Anreizsystem für kommunale Eigeninitiativen.

Legislaturziel 16: Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention

Massnahmen

16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden

Veranstaltungen und Örtlichkeiten, an denen scheinbar ungestraft gegen die Rechtsordnung verstossen werden darf, verursachen eine schwere Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls (Ausschreitungen im Umfeld von Sportveranstaltungen, Kundgebungen, Drogen- und Rotlichtmilieu). Mit einer verstärkten polizeilichen Präsenz an solchen Veranstaltungen und Örtlichkeiten kann die Entstehung rechtsfreier Räume verhindert werden. Mit Blick auf die EURO 08 ist die Bekämpfung des «Hooliganismus» besonders wichtig. Das Massnahmenpaket «Langstrasse plus» zielt auf die Betäubungsmittelkriminalität und damit verbundene Auswüchse.

16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren

Stärken der föderalistischen Polizeistruktur sind Vertrautheit mit dem Einsatzort und kurze Entscheidungswege. Da Delinquenz nicht an Landes-, Kantons- und Gemeindegrenzen Halt macht, ist eine laufend zu verstärkende Zusammenarbeit unabdingbar. International sind Ver-



besserungen mit dem Schengener Informationssystem zu erwarten. National von Bedeutung ist das künftige Funksystem «POLYCOM». Innerhalb des Kantons schafft das Polizeiorganisationsgesetz die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien. Die Planung des Polizei- und Justizentrums bietet die Möglichkeit, die Abläufe zwischen Polizei und Justiz zu verbessern.

16.3 *Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen*

Die Gewaltdelikte nehmen zu, wobei vor allem die Zunahme jugendlicher Gewalttäter auffällt. Der Regierungsrat hat deshalb Schwerpunkte für die Strafverfolgung festgelegt, zu denen unter anderem Gewaltdelikte und Jugendkriminalität gehören.

16.4 *Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen*

Das neue Strafprozessgesetz des Bundes führt zu Anpassungen in den Kantonen. Dabei wird ein Verfahrensrecht und eine Gerichtsorganisation angestrebt, die den heutigen Anforderungen an eine effiziente und effektive Rechtsdurchsetzung entsprechen, die präventive Wirkung des Rechts verstärken und die objektive und subjektive Sicherheit erhöhen.

16.5 *Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken*

Die Rückfall- und Gewaltprävention ist eine Kernaufgabe des Justizvollzuges. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen in den Institutionen des Justizvollzuges weiter verstärkt, durch Projekte und Programme – insbesondere auch der Bewährungs- und Vollzugsdienste und des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes – unterstützt und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden. Dies betrifft einerseits die Lernprogramme der Bewährungs- und Vollzugsdienste, in denen in der Auseinandersetzung mit der Straftat Änderungen in der Einstellung und im Verhalten angestrebt werden sollen, andererseits aber auch die deliktorientierten Therapien des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes, die Behandlungen für das gesamte Spektrum der seelischen Störungen und Erkrankungen anbieten und darauf hinzielen, die Klienten zu befähigen, in Zukunft rückfallfrei zu leben. Insbesondere sind auch die Umsetzungsmassnahmen nach Art. 59 Abs. 3 StGB zu erwähnen, wonach psychisch schwer gestörte Täter stationär therapeutisch behandelt werden sollen. Ferner wird in den Gefängnissen eine stufengerechte Schulbildung in Form von Lernwerkstätten angestrebt, die den Wiedereintritt in die Gesellschaft erleichtern und die Rückfälligkeit minimieren soll. Für die jugendstrafrechtlichen Sanktionen gemäss neuem Recht (insbesondere Freiheitsentzug und geschlossene Unterbringung) fehlen im Kanton Zürich geeignete Vollzugsplätze. Diese sind durch einen Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zu schaffen.



16.6 *Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren*

Ein wichtiges Ziel des jugendstrafrechtlichen Handelns ist es, straffällige Jugendliche vom weiteren Delinquieren abzuhalten. Zwei Gruppen von Jugendlichen stehen dabei im Vordergrund: Jugendliche, die immer wieder delinquieren und Jugendliche, bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie Gewalt anwenden. Die jugendstrafrechtlichen Massnahmen tragen damit, zusammen mit Massnahmen anderer Behörden, dazu bei, das Risiko zukünftiger Gewaltstraftaten zu vermindern.

16.7 *Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken*

Die Zusammenarbeit im Bereich Gewaltprävention (Jugendgewalt) soll ausgebaut und zwischen den Direktionen verankert werden. Die Massnahmen zur wirksamen Gewaltprävention und -intervention im schulischen Umfeld werden verstärkt.

16.8 *Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten*

Schulsozialarbeit bietet der Schule niederschwellige Unterstützung zur Vermeidung und Bewältigung von Konflikt- und Krisensituationen. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen bis 2009 kantonale Empfehlungen zur Schulsozialarbeit erarbeitet und eine kantonale Fachstelle aufgebaut werden.

16.9 *Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten*

Gewaltprävention in der Schule muss möglichst früh ansetzen. Damit sie wirksam sein kann, müssen die Eltern einbezogen werden. Studien zeigen, dass Eltern von Problemkindern vielfach nicht freiwillig an Präventionskursen teilnehmen. Das Volksschulgesetz regelt die Mitwirkungsrechte und -pflichten der Eltern. Die Verpflichtung zur Kursteilnahme soll in einer neuen Bestimmung geregelt werden.

Legislaturziel 17: Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten

Massnahmen

17.1 *Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren*

Die absehbaren Neuerungen auf Bundesebene (KVG-Revision) müssen in die Planungsprozesse einbezogen werden, damit die Festlegungen bezüglich Versorgungsstruktur, die in den kantonalen Spitallisten und in den Rahmenkontrakten zwischen dem Kanton und den insti-

tutionellen Leistungserbringern enthalten sind, aktualisiert und präzisiert werden können. Die Planung der stationären Versorgung soll vermehrt auch die Zusammenhänge von Strukturen einerseits und Kosten und Qualität andererseits einbeziehen.

17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern

Je nach Leistungsbereich sind innovative und zukunftsgerichtete Entwicklungen zu stärken und mit Pilotprojekten zu validieren; dazu zählen vor allem auch Konzepte der integrierten Versorgung sowie des institutionen- und dienstleisterübergreifenden Fallmanagements.

17.3 Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren

Damit medizinische Leistungen qualitativ hochstehend und wirtschaftlich erbracht werden können, müssen sie in einem adäquaten medizinischen Umfeld zusammengefasst und in einer minimalen Häufigkeit (Mindestfallzahl) getätigt werden. Dazu sind ausgewählte medizinische Fachbereiche nach Diagnose- und Behandlungsarten zu analysieren und anschliessend zur Optimierung von Qualität und Wirtschaftlichkeit gegebenenfalls unter den Leistungserbringern neu aufzuteilen.

17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren

Das Sportkonzept des Kantons Zürich und das Schwerpunktprogramm «Bewegung – Ernährung – Entspannung» mit einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne zielen auf eine nachhaltige Förderung der Bewegung in breiten Kreisen der Bevölkerung ab. Ab 2008 wird das Schwerpunktprogramm in Anlehnung an die Aktivitäten des Bundes und der nationalen Organisationen auf das Thema «Übergewicht» fokussiert werden. Eine grosse Bedeutung kommt dabei der Bewegungsförderung in der Schule, in der Kinderbetreuung und gemäss Sportkonzept im ganzen Sportbereich zu. Weiter ist vorgesehen, besonders auch die Gemeinden im Bereich von Bewegung und Ernährung für Massnahmen gegen das Gesundheitsrisiko Übergewicht zu sensibilisieren. Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung werden dazu, insbesondere im Schulbereich, Daten erhoben, die für das Monitoring des Übergewichts bedeutsam sind.

17.5 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln

Um die Kostendaten der psychiatrischen Kliniken aussagekräftig auswerten zu können, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können. Mit Hilfe des zu entwickelnden Fallgruppierungssystems lassen sich verbesserte Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Die Fallgruppierung ist zudem die Grundlage für ein Benchmarking unter den psychiatrischen Kliniken. Damit wird die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation geschaffen, was die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.



17.6 *Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln*

Das leistungsorientierte Abgeltungssystem DRG wird sich in den nächsten Jahren flächendeckend durchsetzen. Mit diesem Wechsel weg von der Objekt- bzw. Kostenfinanzierung hin zu einer Leistungsfinanzierung werden die wettbewerbstypischen Anreize für Leistungserbringer gestärkt, Kosten zu senken beziehungsweise das Preis-Leistungs-Verhältnis zu optimieren.

2. Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates in den Entwicklungsschwerpunkten

Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
1 Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern			
1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildung entwickeln	GD	6300: Umsetzung 2009	
1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren	GD	6300, E1: In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren	2012
1.3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen.	BI	7000, E3: Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen.	2011
1.4 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern	BI	9600, E1: Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren	2013
		9600, E2: Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP	2013
		9600, E6: Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe	2013
		9600, E7: Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.	2013
		9710, E2: Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder)	2010
		9710, E4: Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen	2011
		9710, E5: Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS)	2011
		9710, E6: Fortsetzung Aufbau Masterstudiengänge	2011
		9720, E1: Aufbau und Festigung der Masterstudiengänge	2010
1.5 Begabung und Begabte in der Volksschule fördern	BI	7000, E1: Volksschulreform	2012
1.6 Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln	BI	7301, Umsetzung 2009	
2 Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen			
2.1 Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen	FD	4100, E4: Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten	2011
3 Das Standortmarketing verstärken			
3.1 Führung der Marke Zürich beanspruchen	VD	5300, E6: Führung der Marke Zürich beanspruchen	2010
3.2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten	SK	1000, E2: Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten	2010
3.3 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken	VD	5300, E7: Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken	2010



Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
3.4 Standortqualität in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern	VD	5300, E8: Standortqualität in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern	2010
3.5 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken	BI	Nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt	Verzicht
3.6 Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen	VD	5300, E9: Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen	2010
4 Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken			
4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen	FD	4400, E3: Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen	2010
5 Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern			
5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen	SK	1000, E5: Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen	2010
5.2 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln	SK	1000, E6: Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln	2010
5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren	SK	1000, E7: Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren	2010
5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen	VD	5300, E5: Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen	2010
5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren	VD	5300, E4: Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren	2010
5.6 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten	SK	1000, E8: Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten	2010
6 Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern			
6.1 Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren	SK	Corporate Design wird nicht durchgeführt, RRB vom 24.6.09	
	BD	8700, E3: Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren	2015
6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten	FD	4500, E1: Projekt Teilrevision Lohnsystem, Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten	2010
6.3 Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen	FD	4500, E2: Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen	2011
6.4 Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen	FD	4600, E1: Umsetzung der im Dezember 2008 festgelegten Informatikstrategie	2012
6.5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern	BD	8700, E4: Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern	2010
6.6 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)	SK	1000, E3: Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)	2012

Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
7 Gemeinden in ihrer selbständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken			
7.1 Gemeindestrategie erarbeiten	JL	2207, E3: Ausarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes zu Handen des Kantonsrats	2011
7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren	JL	2207, E2: Erlass eines neuen Finanzausgleichsgesetzes	2011
		2215, E1: Kantonalen Finanzausgleich revidieren	2011
7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen	JL	2207, E6: Verbessern der Datenlage über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeportrait)	2012
7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen	JL	2207, E5: Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen	2012
7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen	JL	2207, Umsetzung 2009	
7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern	GD	6000, E1: Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung	2012
		6300, E2: Neuregelung Spitalfinanzierung	2012
		6500, E1: Neuregelung Pflegefinanzierung	2011
8 Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern			
8.1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen	BD	8300, E1: Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen	2011
8.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen	BD	8300, E2: Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen	2011
8.3 Renaturierung von Gewässern fördern	BD	8500, E8: Revision Wasserwirtschaftsgesetz WWG (Gewässerraumsicherung u. Renaturierung): Antrag an den Kantonsrat	2010
8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben	BD	8510, E1: Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung	2012
		8510, E5: Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011	2024
8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung	BD	8800, E4: Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft	2010
8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen	BD	8400, E3: Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften)	2018
8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten	BD	8100, E6: Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten	2011
9 Die CO2-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken			
9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferen Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen	DS	3200, E5: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen	2011
9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken	BD	8500, E3: Energet. Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich	2010

Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen	BD	8100, E2: Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard	2011
		8700, E1: Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen	2011
10 Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen			
10.1 Umfassender Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen	BD	LG 8500, Umsetzung 2009	
10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen	BD	8500, E1: Eigentümerstrategie Strom neu festlegen	2010
10.3 Die Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten	BD	8500, E2: Einführungsgesetz zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten	2010
11 Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen			
11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben	VD	5205, E1: Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben	2011
11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen	VD	5205, E4: Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion	2011
11.3 Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln	VD	5205, E2: Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehr-Controllings	2010
11.4 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen	VD	5205, E3: Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen	2011
12 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern			
12.1 Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen	BI	7200, E1: Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005	2011
		7501, E1: Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe	2011
12.2 Fehlanreize im Steuer- und Sozialleistungssystem beseitigen	DS	3500, E2: Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen	2010
	FD	4400, E4: Fehlanreize im Steuersystem beseitigen	2010
12.3 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen	FD	4400, E5: Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen	2010
12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren	FD	4500, E6: Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren	2010
		2233, E2: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	2010

Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
12.5 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern	FD	4500, E7: Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern	2011
12.6 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen	FD	4500, E8: Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen	2011
13 Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken			
13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ der Nordwestschweizer Kantone übernehmen	JI	2241, E4: Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne "Aller Anfang ist Begegnung" der Nordwestschweizer Kantone übernehmen	2012
13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fördern	JI	2241, E3: Aktive Integrationsbereitschaft fördern: Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes	2011
13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern	DS	3500, E4: Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV	2011
13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern	BI	7200, E1: Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005	2011
13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten	BI	7200, E1: Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005	2011
13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten	BI	7303, E2: Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz/Umsetzung BBG (in Projekt 148 bis 2012 angegeben, müsste auch im Rechtsetzungsprogramm aufgeführt werden)	2011
13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern	BI	7303, E3: Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich	2010
14 Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern			
14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern	DS	3500, E1: Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern	2010
		3500, E3: Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich	2010
14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen	GD	6200, E2: Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen	2012
15 Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern			
15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten	JI	2234, E2: Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten	2010
16 Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention			
16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden	DS	3100, E3: Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden	2010
16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren	DS	3100, E4: Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren	2010

Legislaturziel / Massnahme	Dir.	Entwicklungsschwerpunkt	Umsetzung bis
16.3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen	Jl	2204, E3: Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen	2011
16.4 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen	Jl	2201, E8: Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen	2010
		2204, E5: Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen	2011
		2205, E2: Einführung und Umsetzung der Eidg. Jugendstrafprozessordnung	2011
16.5 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs verstärken	Jl	2206, E1: Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs	2011
		2206, E3: Kontinuierliche Überprüfung/ Anpassung und Optimierung der Haft- und Vollzugsprogramme auf Grund der sich wandelnden Vorgaben und Erkenntnissen	2013
16.6 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt „Junge Intensivtäter“ verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren	Jl	2205, E3: Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt "Junge Intensivtäter" verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren	2011
16.7 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken	Bl	7000, E4: Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken	2011
16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten	Bl	7501, E2: Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten	2011
16.9 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten	Bl	7501, E5: Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten	2010
17 Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten			
17.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren	GD	6300, E3: Spitalplanung 2012	2012
		6400, E3: Planung der Psychiatrie optimieren	2014
17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern	GD	6000, E2: Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern	2012
17.3 Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren	GD	In 17.1 integriert	
17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren	GD	6200, E3: Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren	2012
17.5 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln	GD	6400, E1: Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln	2012
17.6 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln	GD	6400, E4: Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln	2012



Finanzentwicklung des Kantons Zürich



Finanzentwicklung des Kantons Zürich

§ 9 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) legt fest, dass mit dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) jährlich für die folgenden vier Jahre die zu erzielenden Wirkungen, die zu erbringenden Leistungen sowie deren Finanzierung ausgewiesen werden. Der KEF dient als Grundlage für die Festlegung von Budget und Steuerfuss.

Der KEF wird vom Regierungsrat beschlossen und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme zugeleitet (§ 13 Abs. 1 CRG).

Der Budgetentwurf entspricht dem ersten Planjahr des KEF (§ 14 Abs. 2 CRG). Er wird vom Regierungsrat erstellt und dem Kantonsrat vorgelegt (§ 17 CRG).

Inhaltsverzeichnis:

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres
 - 1.1 Strukturelle Veränderungen
 - 1.2 Änderungen in der Rechnungslegung
 - 1.3 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr
2. Eckwerte des Staatshaushaltes
 - 2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital
 - 2.2 Verschuldung
3. Erfolgsrechnung
 - 3.1 Aufwand und Ertrag
 - 3.2 Steuern
 - 3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen
4. Investitionsrechnung
5. Staats- und Steuerquote
6. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden
7. Besondere Berichterstattungen
 - 7.1 Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
 - 7.2 KEF Erklärung „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“
8. Finanzpolitische Beurteilung

Anhänge:

- I. Planungsgrundlagen
- II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt
- III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen
- IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen
- V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen
- VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten
- VII. KEF Erklärung „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“
- VIII. KEF Erklärung „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“
- IX. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Strukturelle Veränderungen

Im KEF 2010-2013 wurden folgende strukturelle Änderungen umgesetzt:

- Die Leistungsgruppen Nr. 2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche, Nr. 2272 Römisch-katholische Körperschaft und Nr. 2273 Christkatholische Kirchgemeinde in der Direktion der Justiz und des Innern werden aufgehoben und in einer neuen Leistungsgruppe Nr. 2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften zusammengefasst.
- Die Leistungsgruppe Nr. 7403 Fonds Teilverlegung der Universität in der Bildungsdirektion wird ab 2010 aufgehoben. Die zukünftigen Investitionen werden neu in der Leistungsgruppe Nr. 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften) geplant.
- Die Leistungsgruppe Nr. 9800 Legate und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit wird neu im Konsolidierungskreis 3 ausgewiesen. Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel von den Donatoren vorgegeben, die bedachten Institutionen können nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen. Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant.

Weitere kleinere strukturelle Änderungen gegenüber dem KEF vom 10. September 2008 (KEF Vorjahr) werden in den einzelnen Direktionsplanungen im Kapitel C detaillierter beschrieben.

1.2 Änderungen in der Rechnungslegung

Der KEF 2010-2013 und das Budget 2010 werden - wie bereits im Vorjahr - nach der Rechnungslegung gemäss CRG und seinen Ausführungserlassen erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Gegenüber dem KEF Vorjahr vom 10. September 2008 wurden in der Rechnungslegung keine wesentlichen Änderungen vorgenommen

Um die Planungen für 2010-2013 mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und die Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der vom Kantonsrat genehmigten Rechnung 2008 ab. Die vorliegende Finanzentwicklung weist die Werte gemäss Vorlage an den Kantonsrat vom 9. September 2009 über die Genehmigung des Berichts des Regierungsrates zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2008 (Bilanzanpassungsbericht) aus. Die Planungen zum Restatement 2008 wurden für die Direktionsplanungen im KEF am 12. August 2009 abgeschlossen. Spätere Änderungen im Restatement 2008 konnten in den Direktionsplanungen des KEF nicht mehr berücksichtigt werden, weshalb die Direktionsplanungen bezüglich Rechnung 2008 zum Teil leicht vom Bilanzanpassungsbericht abweichen.

1.3 Wesentliche finanzielle Veränderungen zum KEF Vorjahr

Rechnung 2008

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht 2008 am 6. Juli 2009 genehmigt. Die Erfolgsrechnung 2008 hat um 343 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Das ist vollumfänglich der Ertragsseite zu verdanken, die um 446 Mio. Franken besser ausgefallen ist, während der Aufwand um 102 Mio. Franken über dem Budget liegt. Die Verbesserung auf der Ertragsseite konzentriert sich auf die Vermögenserträge, die 165 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen sind sowie auf die Entgelte, die Beiträge ohne Zweckbindung (vor allem Bundes- und Verrechnungssteuer) sowie die Beiträge für eigene Rechnung, die je um rund 100 Mio. Franken über dem Budget liegen. Als wichtigster Einzelfaktor zu erwähnen ist die um 80 Mio. höhere Gewinnausschüttung der ZKB. Die Staatssteuereinnahmen haben den Budgetwert leicht unterschritten. Die Erträge der laufenden Steuerperiode litten bereits unter der Finanzkrise und verfehlten das Budget um 332 Mio. Franken. Diese Ausfälle konnten durch unerwartet hohe Nachträge für frühere Steuerperioden weitgehend kompensiert werden.

Dank vier positiven Rechnungsabschlüssen in Serie hat sich der Kanton Zürich eine gute Ausgangslage geschaffen. Das Eigenkapital konnte in den letzten 10 Jahren von einer halben Milliarde auf nunmehr 2,9 Mrd. Franken geäuft werden. Gleichzeitig ist die Verschuldung von 7,5 Mrd. Franken auf 3,5 Mrd. Franken vermindert und damit mehr als halbiert worden. Damit ist bezüglich Eigenkapital und Verschuldung wieder ein ähnliches Niveau wie Anfang der Neunziger Jahre erreicht, bevor hartnäckige Defizite dem Staatshaushalt zusetzten.

Budget 2009

Der Kantonsrat hat das Budget 2009 am 15. Dezember 2008 festgelegt. Dabei hat er eine Verbesserung von 101 Mio. Franken beschlossen, die durch Aufwandsenkungen in den Direktionen und in der Staatskanzlei zu erzielen ist. Wo die Verbesserungen erreicht werden sollen, wurde nicht festgelegt. In der Detailberatung hat der Kantonsrat lediglich einer konkreten Budgetkürzung von 2 Mio. Franken in der Leistungsgruppe Nr. 7000, Bildungsverwaltung, zugestimmt. Die restliche Verbesserung von 99 Mio. Franken ist in der Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelposition, eingestellt worden. Der Regierungsrat beabsichtigt, diese Verbesserungen durch einen restriktiven Haushaltsvollzug zu erreichen.

**Planjahre 2010-2012**Tabelle 1: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung und Nettoinvestitionen
zum KEF Vorjahr vom 10. September 2008

in Mio. Franken, + Verbesserung; - Verschlechterung	Veränderungen KEF zu KEF Stand 10.9.2008 (KEF Vorjahr)	
	Saldo Erfolgsrechnung 10-12 (kum.) *	Nettoinvestitionen 10-12 (kum.) *
Veränderung Total	-2'028.6	42.5
- Regierungsrat und Staatskanzlei	3.7	-
- Justiz und Inneres	8.4	-6.6
- Sicherheit	28.0	-1.8
- Finanzen	-2'086.8	-19.2
- Volkswirtschaft	37.1	18.7
- Gesundheit	24.1	18.0
- Bildung	41.0	94.5
- Bauten	-48.3	0.9
- Übrige (Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten)	-35.8	-61.9

* Abweichungen der Jahre 2010-2012 zusammengezählt.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Der Saldo der Erfolgsrechnung in den Jahren 2010-2012 verschlechtert sich im Vergleich zum KEF Vorjahr um insgesamt 2'029 Mio. Franken. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

-2'087 Finanzen

-1'975 Tiefere Prognosen der Steuererträge wegen Einbruch der Konjunktur: -1'298 Mio. Franken Staatssteuern, -519 Mio. Franken Direkte Bundessteuern, -64 Mio. Franken Quellensteuern, -59 Mio. Franken Erbschaft- und Schenkungssteuern sowie -35 Mio. Franken Verrechnungssteuern.

-108 Tiefere kalkulatorische Zinserträge nach der Senkung des internen Verrechnungszinses von 3,25% auf 3,0% und geringerer Investitionen in den übrigen Organisationen.

-76 Interkantonaler Finanzausgleich: Ab 2011 werden höhere Zahlungen an den Ressourcenausgleich erwartet.

+52 Verbesserungen im Kapital- und Zinsendienst.

+20 übrige Abweichungen.

-48 Baudirektion

-32 Wegfall der Aktivierungserlöse für Planungs- und Projektierungskosten als Folge der neuen Rechnungslegung. Die Planungs- und Projektierungskosten werden neu direkt als Investitionsausgaben verbucht und nicht mehr als Aufwand in der Erfolgsrechnung. Dies war im KEF Vorjahr noch nicht vollständig umgesetzt.

-16 übrige Abweichungen.



+41 Bildung

+104 Tiefere Staatsbeiträge an Universität.

-55 Mehraufwand in der Leistungsgruppe Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen, insbesondere höherer Personalaufwand, Erhöhung des Lektionenumfangs und höhere Beitragszahlungen.

-8 übrige Abweichungen.

+65 Übrige Abweichungen

Die Nettoinvestitionen 2010-2012 liegen um insgesamt 43 Mio. Franken unter dem KEF Vorjahr. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

+95 Bildung

Die Bildungsdirektion hat ihre geplanten Hochbauinvestitionen überarbeitet.

-62 Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten

Insbesondere das Kantonsspital Winterthur (-15 Mio. Franken), das Universitätsspital Zürich (-10 Mio. Franken), das Obergericht (-10 Mio. Franken) und das Bezirksgericht (-6 Mio. Franken) weisen gegenüber dem KEF Vorjahr einen erhöhten Investitionsbedarf aus.

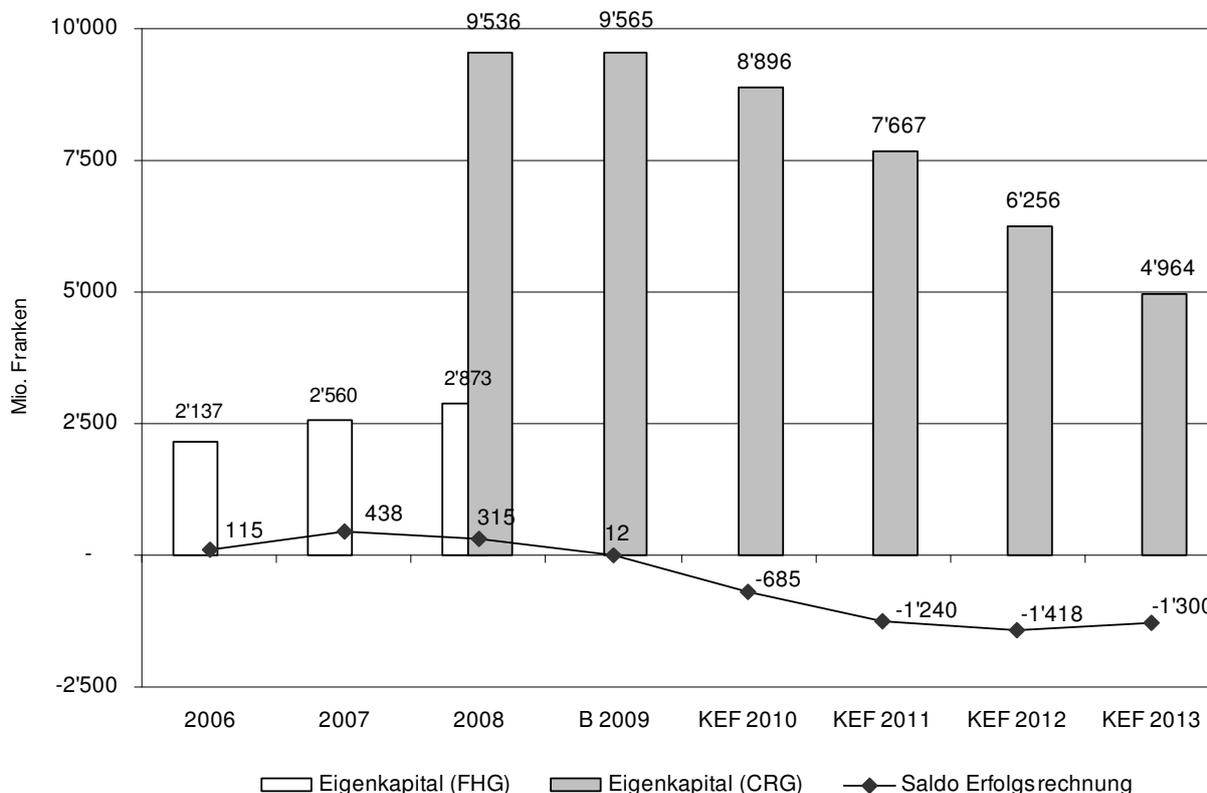
+10 Übrige Abweichungen

2. Eckwerte des Staatshaushaltes

2.1 Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Saldos der Erfolgsrechnung sowie des Eigenkapitals in den acht Jahren 2006-2013. Bis 2008 ist das Eigenkapital gemäss der bisherigen Rechnungslegung FHG berechnet und dargestellt, ab 2008 wird das Eigenkapital neu gemäss CRG gezeigt. Das Eigenkapital per Ende 2008 gemäss CRG wird wegen Neubewertungen im Vergleich zum Eigenkapital gemäss bisheriger Rechnungslegung FHG mit 9,5 Mrd. Franken um 6,6 Mrd. Franken oder rund 3,2 mal höher ausgewiesen (gemäss Bericht zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2008 vom 9. September 2009).

Abbildung 1: Saldo Erfolgsrechnung und Eigenkapital 2006-2013



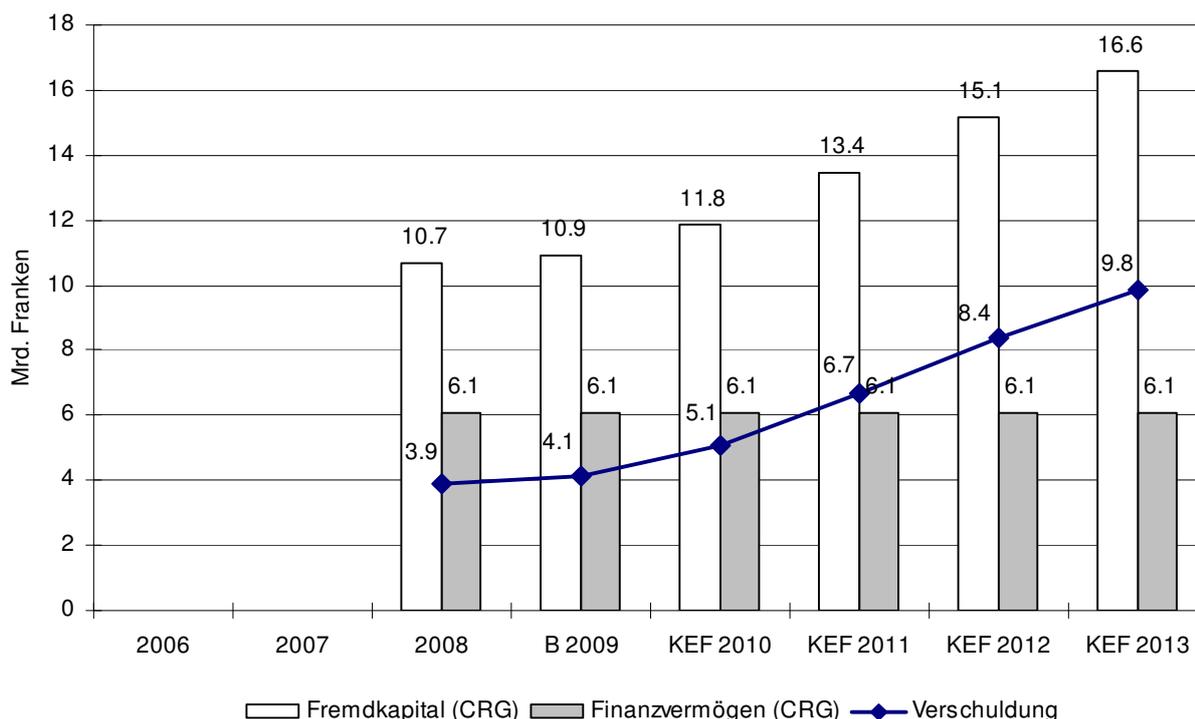
Für die Planjahre 2010-2013 wird mit sehr hohen Aufwandüberschüssen gerechnet. Die wichtigste Ursache liegt in den sinkenden Steuererträgen als Folge des Konjunkturereintruchs. Zudem belasten die geplante Steuergesetzrevision für die natürlichen Personen (darunter der Ausgleich der kalten Progression), die höheren Zahlungen an den interkantonalen Finanzausgleich sowie die Aufwandentwicklungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich die Finanzplanung. Der mittelfristige Ausgleich wird mit einem kumulierten Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung 2006-2013 von 3'763 Mio. Franken oder durchschnittlich 470 Mio. Franken pro Jahr deutlich verfehlt. Wenn die Rechnung 2009 - wie von den Direktionen im Zwischenbericht per Ende April 2009 geschätzt - um rund 200 Mio. Franken schlechter ausfällt als budgetiert, so erhöht sich der kumulierte Aufwandüberschuss für die Jahre 2006-2013 auf rund 4 Mrd. Franken.

Mit der vorliegenden Planung wird das Eigenkapital in der Planperiode um rund 4,6 Mrd. Franken vermindert. Es beträgt Ende 2013 noch 5,0 Mrd. Franken – nach einem Bestand von 9,6 Mrd. Franken per Ende 2009.

2.2 Verschuldung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung in den Jahren 2008 bis 2013 gemäss CRG. Für die Ausgangslage 2008 wird auf den Bericht zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2008 vom 9. September 2009 abgestützt.

Abbildung 2: Fremdkapital, Finanzvermögen und Verschuldung 2008-2013



Annahmen: Finanzvermögen ab 2008 konstant. Für die Berechnung des Fremdkapitals 2009-2013 wird mit einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% gerechnet.

Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung wird das Fremdkapital um die passivierten Investitionsbeiträge (2008 rund 0,7 Mrd. Franken) vermindert. Von diesem Wert wird das Finanzvermögen abgezogen, das aus jenen Vermögenswerten besteht, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Die so errechnete finanzpolitisch relevante Verschuldung per Ende 2008 ist unter der neuen Rechnungslegung gemäss CRG mit 3,9 Mrd. Franken rund 0,4 Mrd. Franken höher als unter der bisherigen Rechnungslegung gemäss FHG.

Als Folge der hohen Nettoinvestitionen einerseits und der wegen der hohen Aufwandüberschüsse ungenügenden Selbstfinanzierung andererseits wird die Verschuldung in der Planperiode 2010-2013 um 5,7 Mrd. Franken auf 9,8 Mrd. Franken ansteigen. Dieser Entwicklung steht die Annahme zugrunde, dass die Investitionsbudgets nur zu 80% ausgeschöpft werden, was den Erfahrungen in den vergangenen Rechnungsjahren entspricht. Ebenso sind die Aufwände für Abschreibungen in der Erfolgsrechnung korrigiert worden.



Tabelle 2: Veränderung Verschuldung 2010-2013

in Mio. Franken	Planungsperiode 2010-2013 (kumuliert)				
	Mittelbedarf Erfolgsrechnung*	Mittelbedarf Investitionsrechnung**	Mittelbedarf Total	Finanzierung Total	ungedeckter Mittelbedarf***
- Mittelbedarf, + Finanzierung					
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-79	-	-79		
- Justiz und Inneres	-2'458	-47	-2'505		
- Sicherheit	-3'911	-163	-4'074		
- Finanzen, ohne Steuern	-349	-56	-405		
- Finanzen, Steuern				21'511	
- Volkswirtschaft	-677	-804	-1'481		
- Gesundheit	-5'450	-604	-6'054		
- Bildung	-9'768	-558	-10'326		
- Bauten	-567	-989	-1'555		
- Übrige****	-302	-434	-736		
Total	-23'562	-3'654	-27'216	21'511	-5'705

* Mittelbedarf Erfolgsrechnung = Saldo Erfolgsrechnung plus Abschreibungen des Verwaltungsvermögens und der Investitionsbeiträge, minus Auflösung passivierter Investitionsbeiträge, plus Fondseinlagen in Fonds im Eigenkapital, minus Fondsentnahmen aus Fonds im Eigenkapital.

** Mittelbedarf Investitionsrechnung = 80 Prozent der Nettoinvestitionen.

*** Zunahme der Verschuldung in der Planperiode 2010-2013.

**** Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Dem Mittelbedarf in der Planperiode von 27,2 Mrd. Franken steht eine Finanzierung aus Steuererträgen von 21,5 Mrd. Franken gegenüber. Zur Deckung der restlichen 5,7 Mrd. Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden, d. h. entweder zusätzliches Fremdkapital aufnehmen oder Finanzvermögen veräussern. Die Nettoinvestitionen 2010-2013 von rund 3,6 Mrd. Franken können nicht aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden.



3. Erfolgsrechnung

Die folgenden Tabellen in diesem Kapitel vergleichen jeweils den Budgetentwurf 2010 mit dem Budget 2009 einerseits sowie den jährlichen Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Budget 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen). Die Zahlen werden konsolidiert dargestellt. Dies bedeutet, dass die Positionen der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Organisationen vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitiger Aufwand und Ertrag der konsolidierten Einheiten).

3.1 Aufwand und Ertrag

Tabelle 3: Veränderung Aufwand und Ertrag gegenüber Budget 2009

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Aufwand	-406.7	-1'039.2	-3.3%	-8.5%
- Personalaufwand	-113.8	-300.7	-2.5%	-6.7%
- Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-148.8	-244.9	-6.0%	-9.8%
- Transferaufwand	-141.5	-419.7	-3.5%	-10.5%
- Übriger Aufwand	-2.6	-73.8	-0.2%	-6.0%
Ertrag	-289.8	-133.1	-2.4%	-1.1%
- Fiskalertrag	-362.4	-365.2	-6.5%	-6.6%
- Entgelte	108.8	181.6	4.9%	8.2%
- Transferertrag	-73.0	21.6	-2.5%	0.8%
- Übriger Ertrag	36.7	28.9	2.3%	1.8%

Veränderungen Budget 2010 gegenüber Budget 2009

Der Aufwand steigt 2010 gegenüber dem Budget 2009 um 407 Mio. Franken oder 3,3%. Eingerechnet ist eine Teuerung 2010 von 1,0%.

- 114 Personalaufwand, vor allem wegen neuer Stellen. Die Vorgaben zur Lohnentwicklung belaufen sich auf 0,4% (Teuerungsausgleich auf Anfang 2010 von 0,0%, individuelle Lohnerhöhungen/Beförderungen von 0,2% und Einmalzulagen von 0,2%).
- 17 Universitätsspital Zürich, insbesondere zu tiefe Budgetierung im Budget 2009 und Vorgaben zur Lohnentwicklung sowie Teilrevision Lohnsystem.
- 16 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, rund 160 zusätzliche Stellen wegen stark steigender Studierendenzahlen im Bachelorstudium und als Folge des Aufbaus der Masterstudiengänge.
- 15 Amt für Wirtschaft und Arbeit, insbesondere wegen Zunahme um 121 Stellen im Vollzug AVIG (Arbeitslosenversicherungsgesetz) wegen der erwarteten steigenden Arbeitslosigkeit (saldo-neutral).
- 15 Kantonsspital Winterthur, insbesondere Zunahme um 176 Stellen wegen Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.



- 14 Universität Zürich, bereinigte Zunahme um 46 Stellen betrifft vor allem neue Professuren und einzelne Administrativfunktionen wegen der Bologna-Reform.
- 11 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen, Zunahme um 111 Stellen wegen steigender Schülerzahlen und zu wenig eingestellter Stellen im Budget 2009.
- 9 Zürcher Hochschule der Künste, insbesondere zu tiefe Budgetierung im Budget 2009 und Zunahmen um 10 Stellen.
- +30 Religionsgemeinschaften, Wegfall Personalaufwand, wird durch Staatsbeiträge ersetzt (vgl. Transferaufwand).
- 47 Übrige Abweichungen, insbesondere Vorgaben zur Lohnentwicklung und neue Stellen in verschiedenen Leistungsgruppen.
- 149 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand
 - 99 Mehraufwand bei den Verrechneten Zinsen und nicht zurechenbaren Sammelpositionen, Wegfall der im Vorjahr zentral eingestellten Saldoverbesserung im Rahmen der kantonsrätlichen Budgetfestlegung.
 - 29 Höherer Aufwand im Zürcher Verkehrsverbund für Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen. Es handelt sich dabei um Leistungsentgelte an Verkehrsunternehmen für die Erbringung von Transportleistungen (Dienstleistung Dritter).
 - 25 Mehraufwand im Universitätsspital, u.a. für den medizinischen Bedarf.
 - 21 Mehraufwand in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, vor allem wegen der starken Zunahme der Anzahl Studierender.
 - +33 Minderaufwand im Tiefbauamt, da der bauliche Nationalstrassenunterhalt für neue Projekte durch den Bund erfolgt (NFA) und da auch der projektbezogene bauliche Staatsstrassenunterhalt abnimmt.
 - 8 Übrige Abweichungen.
- 141 Transferaufwand (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge an zu konsolidierende Anstalten)
 - 34 Mehraufwand im Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV und wirtschaftliche Hilfe.
 - 29 Höhere Beiträge an Religionsgemeinschaften, da Staatsbeiträge an die Stelle des bisherigen Personalaufwands treten (vgl. Personalaufwand).
 - 25 Höhere Beiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
 - 25 Höhere Beiträge des Lotteriefonds für Grossprojekte.
 - 21 Höhere Zahlungen im Interkantonalen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich).
 - 20 Höherer Beitrag an die Stadt Zürich wegen der Sanierung der Hardbrücke.
 - +13 Übrige Abweichungen.
- 3 Übriger Aufwand



Der Ertrag sinkt um 290 Mio. Franken oder 2,4%.

-362 Fiskalertrag, vgl. Ziffer 3.2.

In dieser Sachgruppe sind die Erträge der Staatssteuer einschliesslich Quellensteuer, der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Verkehrsabgaben und der Schiffssteuer brutto (vor Abzug des Steueraufwandes) budgetiert.

+109 Entgelte

+58 Mehrerträge im Universitätsspital Zürich, vor allem wegen Taxerhöhungen und Leistungssteigerungen.

+17 Mehrerträge im Kantonsspital Winterthur, vor allem wegen Taxerhöhungen und Vergütungen für besondere Leistungen.

+12 Mehrerträge in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

+22 Übrige Abweichungen.

-73 Transferertrag (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge in zu konsolidierenden Anstalten)

-188 Tiefere Steuererträge, in erster Linie aus der Direkten Bundessteuer.

-15 Geringere Bundesbeiträge für den Nationalstrassenunterhalt im Tiefbauamt wegen Übergang der Aufgabe an den Bund (NFA).

+51 Höhere Bundesbeiträge an Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV.

+19 Höhere Bundesbeiträge an Amt für Wirtschaft und Arbeit für Vollzug AVIG wegen erwarteter Zunahme der Arbeitslosigkeit (saldoneutral).

+17 Höhere Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften wegen steigender Zahl der Studierenden.

+15 Höhere Beiträge von den Gemeinden an den Zürcher Verkehrsverbund.

+14 Höhere Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen an die Universität Zürich.

+13 Höhere Bundesbeiträge an die Krankenkassenprämienverbilligung.

+1 Übrige Abweichungen.

+37 Übriger Ertrag

+25 Entnahme aus Lotteriefonds.

+12 Übrige Abweichungen.

**Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 gegenüber Budget 2009**

Der Aufwand liegt jährlich durchschnittlich um 1'039 Mio. Franken oder 8,5% über dem Niveau des Budgets 2009. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,4% pro Jahr.

-301 Personalaufwand.

Vgl. die Begründung des Personalaufwands im Budget 2010.

-245 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Vgl. die Begründung des Sachaufwands im Budget 2010. Die grösste Aufwandszunahme im 2011 betrifft den Zürcher Verkehrsverbund mit rund 40 Mio. Franken oder 5% vorgesehen; im gleichen Jahr ist eine Tarifierhöhung um 3% geplant. In der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften flacht die starke Aufwandszunahme im 2010 in den weiteren Planjahren deutlich ab, da keine weitere starke Zunahme der Studierendenzahl mehr erwartet wird.

-420 Transferaufwand (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge an zu konsolidierende Anstalten)

-298 Vgl. die Begründung des Transferaufwands im Budget 2010. In den Folgejahren stabilisieren sich die Staatsbeiträge an die Religionsgemeinschaften auf dem höheren Niveau. Beim Lotteriefonds wird erwartet, dass die hohen Beiträge an Grossprojekte ab 2012 wieder abnehmen werden. Aus dem interkantonalen Finanzausgleich werden 2011 und 2012 weiterhin zunehmende Belastungen erwartet.

-122 Ab 2012 wird die Somatische Akutversorgung und Rehabilitation durch die geplante KVG-Revision um jährlich rund 200 Mio. Franken mehr belastet.

-74 Übriger Aufwand

-39 Höherer Finanzaufwand in der Leistungsgruppe Kapital- und Zinsendienst Staat, da wegen der schlechten Finanzlage wieder mehr Fremdkapital aufgenommen werden muss.

-35 Übrige Abweichungen.

Der Ertrag liegt durchschnittlich um 133 Mio. Franken oder 1,1% unter dem Niveau des Budgets 2009.

-365 Fiskalertrag, vgl. Ziffer 3.2.

+182 Entgelte

+154 Vgl. die Begründung der Entgelte im Budget 2010.

+28 Mehrerträge beim Zürcher Verkehrsverbund nach der auf 2011 vorgesehenen Tarifierhöhung um 3%.

+22 Transferertrag (konsolidiert und deshalb ohne Staatsbeiträge in zu konsolidierenden Anstalten)

Vgl. die Begründung des Transferertrags im Budget 2010. Nach dem starken Rückgang der Erträge aus der Direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer in 2010 wird in den folgenden Jahren ein leichter Wiederanstieg erwartet.

+29 Übriger Ertrag



3.2 Steuern

Tabelle 4: Veränderung Steuern (netto) gegenüber Budget 2009

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
4910.01 Staatssteuern*	-310.9	-336.3	-6.5%	-7.0%
4910.02 Direkte Bundessteuer	-178.0	-145.3	-27.4%	-22.3%
4910.03 Erbschafts- und Schenkungssteuer	-16.0	-15.9	-8.7%	-8.6%
4910.04 Quellensteuer	-36.6	-21.9	-20.3%	-12.2%
4910.05 Verrechnungssteuer	-10.2	-5.7	-14.3%	-8.0%
Total Steuern (Leistungsgruppe Nr. 4910 Steuern)	-551.7	-524.9	-9.3%	-8.9%
Verkehrsabgaben	2.0	5.0	0.7%	1.7%
Schiffsteuern	-	-	0.0%	0.0%
Total Steuern	-549.7	-519.9	-8.9%	-8.4%

* Nettostaatssteuerertrag = Bruttostaatssteuerertrag einschliesslich Verzugszinsen und Rückerstattungen abzüglich Abschreibungen, Erlasse, Skonti, Zinsvergütungen und Bezugsentschädigungen

Die Prognosen der Steuererträge wurden an einem Hearing mit externen Fachleuten der Credit Suisse, BAK Basel Economics und Zürcher Kantonalbank unter Berücksichtigung der Erwartungen der Stadt Zürich diskutiert. Die Angaben in der Tabelle 4 sind das Ergebnis dieser Diskussion.

- **Steuergesetzrevisionen:** Es sind zwei Steuergesetzrevisionen geplant und deren Auswirkungen im KEF eingestellt. Die geplante Steuergesetzrevision für natürliche Personen führt zu Steuerausfällen in den Jahren 2011-2013 von 361, 380 und 398 Mio. Franken. Für eine Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen sind Steuerausfällen in den Jahren 2011-2013 von 38, 39 und 41 Mio. Franken eingestellt. In Abweichung zum vorliegenden KEF beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, auf die Einführung der Gewinnsteueranrechnung an die Kapitalsteuer zu verzichten. Dadurch würden die Steuerausfälle von 38 - 41 Mio. Franken bei den juristischen Personen entfallen und sich der KEF ab 2011 entsprechend verbessern.
- **Staatssteuererträge:** Die für das Jahr 2010 budgetierten Staatssteuererträge liegen 311 Mio. Franken oder 6,5% unter dem Budget 2009. Heute wird erwartet, dass bereits die Steuererträge 2009 rund 200 Mio. Franken unter dem Budget liegen werden. Für 2010 wird mit einem weiteren Rückgang als Folge des Konjunkturereinbruchs gerechnet. Auch der Durchschnitt der Steuererträge der Jahre 2010 bis 2013 liegt 336 Mio. Franken unter dem Niveau des Budgets 2009. Das liegt daran, dass ab 2011 Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevisionen für natürliche Personen und für juristische Personen eingestellt sind. Erst 2012 kann das Niveau von 2010 wieder erreicht und im 2013 übertroffen werden. Diese Steuerprognosen sind weiterhin mit grossen Unsicherheiten behaftet.
- **Direkte Bundessteuer:** Wie die Staatssteuererträge werden auch die Erträge 2009 aus der Direkten Bundessteuer wegen des Konjunkturereinbruchs tiefer erwartet als budgetiert. Auch in den Folgejahren 2011-2013 wird das Niveau wie 2009 voraussichtlich nicht erreicht.
- **Erbschafts- und Schenkungssteuer:** Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht zurück. Als Folge davon wird angenommen, dass der Ertrag 2010 nochmals leicht zurückgeht und sich dann stabilisiert.



- **Quellensteuer:** Die Erträge aus der Quellensteuer werden in der KEF-Periode nicht auf dem hohen Niveau 2009 bleiben. Der Grund dafür liegt im steigenden Anteil Quellensteuerpflichtiger, die wegen Überschreitung des Grenzwertes von 120'000 Franken der nachträglichen Veranlagung im ordentlichen Steuerverfahren unterliegen. Es erfolgt also eine Umschichtung von der Quellensteuer zur Staatssteuer.
- **Verrechnungssteuer:** Wegen des Konjunkturerinbruchs wird angenommen, dass auch die Verrechnungssteuern unter dem Budget 2009 liegen werden. Auch in den Folgejahren 2011-2013 wird das Niveau wie 2009 voraussichtlich nicht erreicht.

3.3 Saldo Erfolgsrechnung der Direktionen

Tabelle 5: Veränderung Saldo Erfolgsrechnung gegenüber Budget 2009

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Saldo Erfolgsrechnung	-696.5	-1'172.2	-	-
- Regierungsrat und Staatskanzlei	0.8	1.0	3.9%	4.7%
- Justiz und Inneres	-0.3	-13.7	0.0%	-2.2%
- Sicherheit	-2.3	-63.3	-0.2%	-6.6%
- Finanzen	-664.1	-747.8	-11.0%	-12.4%
- Volkswirtschaft	-0.0	-0.2	0.0%	-0.1%
- Gesundheit	-4.4	-192.0	-0.3%	-14.4%
- Bildung	-8.5	-128.4	-0.4%	-5.3%
- Bauten	-5.0	-7.5	-1.8%	-2.7%
- Übrige*	-12.7	-20.3	-8.6%	-13.7%

* Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Veränderung Budget 2010 gegenüber Budget 2009

Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich um 697 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine Teuerung 2010 von 1,0%. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

- 664 Finanzen
 - 552 Tiefere Prognosen der Steuererträge wegen des Einbruchs der Konjunktur.
 - 108 Tiefere kalkulatorische Zinserträge nach der Senkung des internen Verrechnungszinses von 3,25% auf 3,0% und geringerer Investitionen in den übrigen Organisationen.
 - 4 übrige Abweichungen.
- 33 Übrige Abweichungen

**Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 gegenüber Budget 2009**

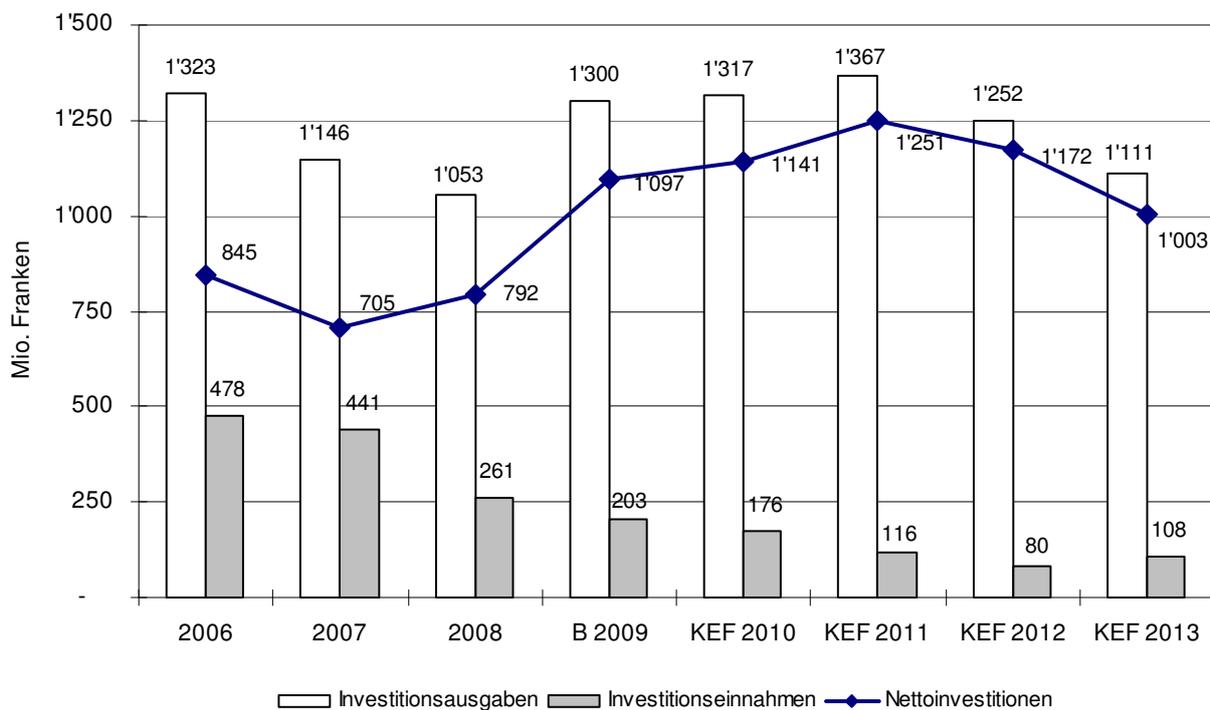
Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich durchschnittlich um 1'172 Mio. Franken. Eingerechnet ist eine durchschnittliche Teuerung von 1,4% pro Jahr. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

- 748 Finanzen
 - 590 Tiefere Steuererträge wegen des Konjunkturerinbruchs (wie im Budget 2010) und Steuerausfälle als Folge der Steuergesetzrevisionen.
 - 84 Mehrbelastung durch den interkantonalen Finanzausgleich.
 - 61 Mehrbelastung im Kapital- und Zinsendienst.
 - 13 übrige Abweichungen.
- 192 Gesundheit
 - 153 Mehrbelastungen in der somatischen Akutversorgung insbesondere wegen steigender Personalaufwendungen (Lohnentwicklung und Teilrevision Lohnsystem) sowie Sachaufwendungen. Ab 2012 führt die KVG-Revision (Kantonsanteil an SwissDRG-Fallpauschalen, Zahlungspflicht bei neuen Listenspitälern, freie interkantonale Spitalwahl) zu deutlichen Mehrbelastungen.
 - 33 Höhere Belastung durch die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
 - 6 übrige Abweichungen.
- 128 Bildung
 - 68 Mehraufwand wegen der Lohnentwicklung (Lohnentwicklung und Teilrevision Lohnsystem) und Stellenzunahmen (ohne Anstalten).
 - 37 Höhere Beiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschulen.
 - 15 Höhere Beiträge an Universität Zürich.
 - 8 übrige Abweichungen.
- 63 Sicherheit
 - 41 Mehrbelastung beim Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV, für wirtschaftliche Hilfe und für Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen. Zusätzlicher Aufwand für die neu angegliederten IV-Betriebe. Mehraufwendungen werden teilweise durch entsprechend höhere Erträge kompensiert.
 - 16 Mehrbelastungen bei der Kantonspolizei, vor allem höherer Personalaufwand (Anstieg des Korpsbestands bis zum Sollbestand gemäss KEF-Erklärung Nr. 6, Lohnentwicklung).
 - 6 übrige Abweichungen.
- 41 Übrige

4. Investitionsrechnung

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Investitionsausgaben und -einnahmen sowie der Nettoinvestitionen in den acht Jahren von 2006 bis 2013. Die Zahlen werden ab 2009 konsolidiert dargestellt. Dies bedeutet, dass die Investitionsrechnungen der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitiger Ausgaben und Einnahmen der konsolidierten Einheiten).

Abbildung 3: Investitionsrechnung 2006-2013



Die geplanten Nettoinvestitionen in den Jahren 2010-2013 sind mit Ausgaben von durchschnittlich 1'142 Mio. Franken pro Jahr um 350 Mio. Franken oder 44% höher als in der Rechnung 2008. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass mit der Konsolidierung ab 2009 erstmals auch die Investitionen der Anstalten (dritter Konsolidierungskreis) in die Investitionsplanung eingerechnet sind. Damit steigt das Niveau durchschnittlich um rund 110 Mio. Franken.

Die Mehrausgaben im Planungszeitraum sind ausschliesslich auf Grossinvestitionen zurückzuführen. Ab 2010 verursacht der Bau des Polizei- und Justizzentrums deutliche Mehrausgaben. Es wird aber auch mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert, insbesondere in die Stadtbahn Glattal und in den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse. Die Jahre 2008-2012 sind zusätzlich durch die Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse belastet. 2008-2012 werden jährlich durchschnittlich rund 100 Mio. Franken vorfinanziert. Ab 2013 soll der Bund die vorfinanzierten Beiträge schrittweise zurückerstatten. Zusätzlicher Investitionsbedarf besteht auch bei der Bildungs- und Spitalinfrastruktur.



Tabelle 6: Veränderung Nettoinvestitionen gegenüber Budget 2009

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Investitionsrechnung	-43.7	-44.6	-4.0%	-4.1%
- Regierungsrat und Staatskanzlei	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	-4.3	-0.6	-30.6%	-4.0%
- Sicherheit	-4.4	-4.3	-9.4%	-9.3%
- Finanzen	34.4	32.5	68.9%	65.2%
- Volkswirtschaft	14.8	59.0	4.8%	19.0%
- Gesundheit	8.1	-28.1	5.0%	-17.5%
- Bildung	-1.8	-23.6	-1.2%	-15.6%
- Bauten	-69.2	-71.5	-29.1%	-30.1%
- Übrige*	-21.2	-8.1	-16.6%	-6.4%

* Behörden, Rechtspflege und zu konsolidierende Anstalten.

Veränderung Budget 2010 gegenüber Budget 2009

Die Nettoinvestitionen nehmen um 44 Mio. Franken oder 4,0% zu. Wichtigste Ursachen (vgl. auch die Begründungen in den Entwicklungs- und Finanzplänen der Direktionen):

- 69 Höhere Nettoinvestitionen in der Baudirektion, weil 2010 das Grossprojekt Polizei- und Justizzentrum anläuft.
- 21 Höhere Nettoinvestitionen in den Gerichten und Anstalten; dabei fallen vor allem grössere Vorhaben im Universitätsspital Zürich und im Kantonsspital Winterthur ins Gewicht.
- +34 Weniger Nettoinvestitionen in der Finanzdirektion. Die im Budget 2009 geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens von 20 Mio. Franken an die MCH Messe Schweiz (Holding) AG wird voraussichtlich erst 2012 erfolgen. Zusätzlich fällt die 2009 erfolgte Übertragung von den Namenaktien der MCH Messe Schweiz AG aus dem Finanz- ins Verwaltungsvermögen von 14 Mio. Franken weg.
- +12 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 gegenüber Budget 2009

Die Nettoinvestitionen sind durchschnittlich um 45 Mio. Franken oder 4,1% höher. Wichtigste Ursachen:

- 72 Höhere Nettoinvestitionen in der Baudirektion (vgl. Begründung der Veränderung Budget 2010).
- 28 Höhere Nettoinvestitionen in der Gesundheitsdirektion. Der Mehrbedarf ist vor allem auf Investitionen in die hochspezialisierte Medizin, auf Sanierungsvorhaben im Universitätsspital Zürich und auf einige anlaufenden Grossvorhaben kantonaler und beitragsberechtigter Spitäler zurückzuführen (Neubau Bettenhaus Triemlispital, Erweiterung Hochhaus Kantonsspital Winterthur, Neubau Kinderspital).
- 24 Höhere Nettoinvestitionen in der Bildungsdirektion, vor allem wegen Grossprojekten der Universität, Fachhochschulen sowie Mittel- und Berufsschulen.
- +59 Weniger Nettoinvestitionen in der Volkswirtschaftsdirektion, weil sich die Beiträge an die Glattalbahn



und an das Tram Zürich West ab 2010 verringern und ab 2012 Rückzahlungen einsetzen (Beiträge aus Infrastrukturfonds).

+32 Weniger Nettoinvestitionen in der Finanzdirektion (vgl. Begründung zum Budget 2010).

-12 Übrige Abweichungen.

5. Staats- und Steuerquote

Die Entwicklung der Kantonsfinanzen kann aufgrund von finanzpolitischen Kennziffern beurteilt werden. Im Anhang unter Kapitel IX. Kennzahlen des Kantons Zürich werden die gängigsten und wichtigsten Kennzahlen für den Kanton Zürich ausgewiesen. Für die Beurteilung der Finanzlage ist nicht nur der aktuelle Wert, sondern der Vergleich über eine längere Zeitperiode wichtig. Im Folgenden wird die Entwicklung der Staats- und Steuerquote über die Planperiode näher erläutert.

Tabelle 7: Staatsquote 2008-2013 (+Zunahme, -Abnahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF Ø-2010-2013	Veränderung zu Budget 2009 (%)	
					Budget 2010	Ø-2010-2013
Staatsquote	11.8%	12.5%	12.8%	12.8%		
Konsolidierte Gesamtausgaben	11.9	12.2	12.7	13.2	3.3%	8.0%
- Erfolgsrechnung	10.7	11.0	11.4	12.0	3.6%	9.3%
- Investitionsrechnung	1.2	1.3	1.3	1.2	1.3%	-3.0%
Volkseinkommen	100.5	98.1	99.2	103.7	1.1%	5.7%

* Rechnung 2008 restated.

Veränderung Budget 2010 zu Budget 2009

Die Staatsquote steigt an, weil die konsolidierten Gesamtausgaben mit 3,3% stärker zunehmen als das nominale Volkseinkommen mit 1,1%. Der Anstieg der konsolidierten Gesamtausgaben ist auf höhere Ausgaben in der Erfolgsrechnung zurückzuführen, während die Investitionsausgaben praktisch gleich bleiben.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 zu Budget 2009

Die Staatsquote steigt an, weil die konsolidierten Gesamtausgaben auch in den Jahren 2010-2013 stärker steigen als das Volkseinkommen. Zwar nehmen die Investitionsausgaben leicht ab, doch die Ausgaben in der Erfolgsrechnung steigen weiterhin stärker als das Volkseinkommen.



Tabelle 8: Steuerquote 2008-2013 (+Zunahme, -Abnahme)

in Mrd. Franken / %	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF Ø-2010-2013	Veränderung zu Budget 2009 (%)	
					Budget 2010	Ø-2010-2013
Steuerquote	4.8%	5.2%	4.8%	4.6%		
Staatssteuern	4.8	5.1	4.7	4.7	-6.9%	-7.0%
Volkseinkommen	100.5	98.1	99.2	103.7	1.1%	5.7%

* Rechnung 2008 restated.

Veränderung Budget 2010 zu Budget 2009

Die Steuerquote sinkt deutlich, weil die Erträge aus Staatssteuern aus konjunkturellen Gründen um 6,9% abnehmen, während das nominale Volkseinkommen um 1,1% ansteigt.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 zu Budget 2009

Die Steuererträge sinken 2011 nochmals, weil Steuerausfälle als Folge der geplanten Steuergesetzrevisionen bei den natürlichen Personen und zusätzlich Steuerausfälle für eine Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen eingestellt sind. Erst ab 2012 erhöhen sich die Steuererträge gegenüber dem Vorjahr als Folge des angenommenen Wirtschaftswachstums wieder. Aus diesen Gründen sinkt die Steuerquote im Durchschnitt der Jahre 2010-2013 im Vergleich zur Steuerquote im Budget 2009.

**6. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden**

Tabelle 9: Veränderung finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen und Gemeinden gegenüber Budget 2009

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Bund				
Aufwand	0.3	-1.6	0.7%	-4.6%
Ertrag	-104.8	-23.0	-5.4%	-1.2%
Saldo	-104.5	-24.7	-5.5%	-1.3%
Ausgaben	-3.4	0.2	-3.7%	0.2%
Einnahmen	-46.6	-104.4	-28.2%	-63.2%
Nettoinvestitionen	-50.1	-104.2	-69.4%	-144.5%
Kantone				
Aufwand	-11.7	-76.0	-1.7%	-11.4%
Ertrag	14.7	26.9	6.1%	11.2%
Saldo	3.0	-49.1	0.7%	-11.5%
Ausgaben	-	-	-	-
Einnahmen	0.3	0.1	n.a.	n.a.
Nettoinvestitionen	0.3	0.1	n.a.	n.a.
Gemeinden (ohne Ausgleichsfonds)				
Aufwand	-70.7	-104.2	-8.5%	-12.6%
Ertrag	14.7	28.0	5.0%	9.5%
Saldo	-56.0	-76.2	-10.4%	-14.2%
Ausgaben	21.4	34.4	18.9%	30.3%
Einnahmen	0.4	4.5	20.5%	223.8%
Nettoinvestitionen	21.8	38.8	19.6%	34.8%

Die Ablieferung der Erträge der Direkten Bundessteuern ist in der Staatsrechnung nicht als Aufwand erfasst.

Bund*Veränderung Budget 2010 zu Budget 2009*

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 105 Mio. Franken oder 5,5% und in der Investitionsrechnung um 50 Mio. Franken oder 69,4%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 188 Tiefere Erträge aus Direkten Bundessteuern und Verrechnungssteuern.
- +50 Höhere Bundesbeiträge an Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV.
- +19 Höhere Bundesbeiträge an Amt für Wirtschaft und Arbeit für Vollzug AVIG.
- +13 Höhere Bundesbeiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- +1 Übrige Abweichungen.

Wichtigste Ursachen in der Investitionsrechnung:

- 47 Investitionsbeiträge des Bundes, insbesondere für den Nationalstrassenbau, nehmen als Folge der NFA ab.
- 3 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 zu Budget 2009

Der Saldo der finanziellen Beziehung zum Bund verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 25 Mio. Franken oder 1,3% und in der Investitionsrechnung um 104 Mio. Franken oder 144,4%.

Vgl. die Begründungen der Beziehungen zum Bund im Budget 2009. Die Anteile an Bundeseinnahmen nehmen jedoch in den weiteren Planjahren wieder zu.

Kantone

Veränderung Budget 2010 zu Budget 2009

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verbessert sich in der Erfolgsrechnung um 3 Mio. Franken oder 0,7%.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 zu Budget 2009

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Kantonen verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 49 Mio. Franken oder 11,5%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 84 Mehrbelastung durch den interkantonalen Finanzausgleich.
- +16 Höhere Beiträge von anderen Kantonen an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften wegen steigender Zahl der Studierenden.
- +19 Übrige Abweichungen.

Gemeinden

Veränderung Budget 2010 zu Budget 2009

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung um 56 Mio. Franken oder 10,4% und verbessert sich in der Investitionsrechnung um 22 Mio. Franken oder 19,6%.

Wichtigste Ursachen in der Erfolgsrechnung:

- 42 Höhere Beiträge im Sozialbereich (insbesondere Zusatzleistungen zur AHV/IV und wirtschaftliche Hilfe).
- 20 Höherer Beitrag an die Stadt Zürich wegen der Sanierung der Hardbrücke.
- +6 Übrige Abweichungen.

Veränderung Durchschnitt Planjahre 2010-2013 zu Budget 2009

Der Saldo der finanziellen Beziehung zu den Gemeinden verschlechtert sich in der Erfolgsrechnung durchschnittlich um 76 Mio. Franken oder 14,2% und verbessert sich in der Investitionsrechnung um 39 Mio. Franken oder 34,8%.

Vgl. die Begründungen der Beziehungen zu den Gemeinden im Budget 2009.

7. Besondere Berichterstattungen

7.1 Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 1. Januar 2008 ist die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft getreten. Die neugeschaffenen Ausgleichsgefässe (Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich) sind in der Leistungsgruppe Nr. 4960, Interkantonaler Finanzausgleich abgebildet.

Der Bund hat die Ressourcen- und Lastenindices im interkantonalen Finanzausgleich (NFA) für 2010 neu berechnet. Die Berechnungen beruhen auf den Bemessungsjahren 2004-2006. Nach Anhörung der Kantone wird der Bundesrat die Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichszahlungen für 2010 im Verlaufe des Monats November 2009 definitiv festlegen.

Im Jahr 2010 trägt der Kanton Zürich mit 613 Mio. Franken (Vorjahr 592 Mio. Franken) fast 44% zum horizontalen Ressourcenausgleich der finanzstarken Kantone von total rund 1,4 Mrd. Franken bei. Die Zunahme um rund 20 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich das Gesamtvolumen des horizontalen Ressourcenausgleichs um über 7% erhöht hat. Dies entspricht der Zuwachsrate der Summe der Ressourcenpotentiale aller finanzstarken Kantone. Der Ressourcenindex des Kantons Zürich (Landesdurchschnitt = 100) ist nur leicht von 131.1 in 2009 auf 131.8 in 2010 gestiegen.

Aus dem soziodemographischen Lastenausgleich erhält der Kanton Zürich 2010 rund 86 Mio. Franken (Vorjahr 88 Mio. Franken), was einem Anteil von knapp 25% am gesamten soziodemographischen Lastenausgleich von 347 Mio. Franken entspricht. Der leichte Rückgang liegt zum einen daran, dass wegen der negativen Teuerung insgesamt 7 Mio. Franken weniger für den Lastenausgleich zur Verfügung stehen, und zum anderen, weil die massgebenden Sonderlasten in einigen betroffenen Kantonen stärker angestiegen sind als im Kanton Zürich. Wie bisher partizipiert der Kanton Zürich nicht am gleich hoch dotierten geographisch-topographischen Lastenausgleich.

Zum Härteausgleich hat der Kanton Zürich unverändert jährlich rund 20 Mio. Franken beizusteuern.

Die Schätzungen für die Folgejahre sind vor allem beim volatilen Ressourcenausgleich mit grossen Unsicherheiten behaftet. Es ist aber mit einer weiter zunehmenden Belastung für den Kanton Zürich zu rechnen. Als Anhaltspunkt stand erstmals ein Schätzmodell zur Verfügung, das auf Annahmen zur Entwicklung der Ressourcenpotentiale in den einzelnen Kantonen beruht.

7.2 KEF Erklärung „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“

Der Kantonsrat hat am 29. Januar 2008 die KEF-Erklärung „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“ (KR-Nr. 25/2008) überwiesen, die verlangt, dass anhand von Szenarien mindestens drei mögliche Entwicklungen der Finanzlage des Kantons Zürich aufgezeigt werden (beste, schlechteste und mittlere Entwicklung). Die Direktionen und die Staatskanzlei haben aufgrund ihrer Erfahrungen in den letzten zehn Jahren eine Beurteilung vorgenommen, wie hoch sie die obere und untere Grenze des Saldos der Erfolgsrechnung und der Nettoinvestitionen pro Planjahr einschätzen. Im vorliegenden KEF ist die mittlere Variante eingestellt. Folgende Tabelle zeigt die Bandbreiten der eingereichten Szenarien.

Tabelle 10: Szenarien im Finanzplan

Mio. Fr.	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'232	-1'848	-1'959	-1'743
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	-685	-1'240	-1'418	-1'300
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-458	-924	-1'063	-918
davon Kapital- und Zinsendienst:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	+222	+163	+201	+272
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	+468	+409	+378	+302
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+516	+509	+459	+419
davon Steuern:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	+5'251	+5'036	+5'284	+5'540
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	+5'351	+5'136	+5'384	+5'640
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+5'401	+5'186	+5'484	+5'740
Nettoinvestitionen:				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'176	-1'298	-1'261	-1'115
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	-1'141	-1'251	-1'172	-1'003
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'062	-1'131	-1'088	-963

Insbesondere die Ertragsschätzungen sind mit grossen Unsicherheiten (Finanzmarktkrise, Konjunktur-entwicklung, künftige Entwicklung ZKB-Gewinn, Zinsentwicklungen) behaftet, weshalb die Bandbreite der Schätzungen in der Erfolgsrechnung sowohl nach unten als auch nach oben stark von der mittleren Entwicklung, nämlich der Finanzplanung im vorliegenden KEF 2010-2013, abweicht. Im Gegensatz dazu liegen die Schätzungen über die schlechteste, mittlere und beste Entwicklung in der Investitionsrechnung nahe zusammen. Im Anhang VII sind die Schätzungen pro Direktion aufgelistet.

*Unter Bandbreite in der Erfolgsrechnung ("schlechteste Entwicklung"):*

Wichtigsten Entwicklungen, die zur unteren Bandbreite führen:

- Kapital- und Zinsdienst (FD):
 - Zürcher Kantonalbank (ab 2010) und die Schweizerische Nationalbank (ab 2012) schütten dem Kanton keine Gewinnanteile mehr aus.
 - Es muss zusätzliche Liquidität aufgenommen werden.
 - Dividendenerträge von Axpo, Unique und Rheinsalinen fallen geringer aus.
- Steuererträge fallen geringer aus (FD).
- Höhere Belastung durch Steuerfussausgleich bei Beiträgen und Rückerstattungen (JI).
- Höhere Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes wegen der Einnahmenentwicklung (VD).
- Von Bund und Kanton verordnete Kostensenkungsmassnahmen im Gesundheitswesen greifen weniger schnell als geplant (GD).
- Vom Bund geplante ausserordentliche Zuschüsse an die Prämienverbilligung führen zu einem höheren Beitrag des Bundes (GD).
- Diverse Entwicklungen (DS, BI).

Obere Bandbreite in der Erfolgsrechnung ("beste Entwicklung"):

Wichtigsten Entwicklungen, die zur oberen Bandbreite führen:

- Kapital- und Zinsdienst (FD):
 - Höherer Gewinnanteil der ZKB.
 - Höhere Dividendenerträge von Axpo, Unique und Rheinsalinen.
 - Verzicht auf die Aufnahme von Liquidität.
- Steuererträge fallen höher aus (FD).
- Tiefere Belastung durch Steuerfussausgleich (JI).
- Tiefere Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (VD).
- Kostensenkungsprogramme im Gesundheitswesen zeigen schneller die erhoffte Wirkung (GD).
- Minderaufwand für Prämienverbilligungen, wenn der Anstieg der Anzahl Sozialhilfeempfänger moderater ausfällt als prognostiziert (GD).
- Diverse Entwicklungen (DS, BI).



8. Finanzpolitische Beurteilung

Ergebnisse im KEF 2010-2013

Die Schweiz befindet sich in einer Rezession, wobei das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in seiner Prognose vom Juni 2009 für das laufende Jahr von einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) der Schweiz um 2,7 % ausgeht, die KOF ETH sogar von 3,3%. Für 2010 wird mit einem abgebremsten Rückgang (Seco -0,4 %, KOF ETH -0,6 %) gerechnet und erwartet, dass die Schweiz die Talsohle erreicht und gegen Ende 2010 wieder zum Wachstum zurückfindet.

Als Folge der Rezession und der Finanzmarktkrise brechen die Steuererträge massiv ein. Hinzu kommen die Auswirkungen der geplanten Steuergesetzrevision sowie ein weiter steigender Aufwand. Dies führt in den Planjahren 2010-2013 zu einem kumulierten Defizit von rund 4,6 Mrd. Franken. Für die Beurteilung, ob mit dem KEF 2010-2013 der mittelfristige Ausgleich erreicht wird, sind die Saldi der Erfolgsrechnung der Jahre 2006-2013 massgebend. Diese ergeben einen kumulierten Aufwandüberschuss von 3,8 Mrd. Franken. Berücksichtigt man zusätzlich das Ergebnis des ersten Zwischenberichts 2009, welcher eine Verschlechterung von rund 200 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2009 erwartet, so ist mit einem kumulierten Aufwandüberschuss von rund 4 Mrd. Franken zu rechnen. Wegen der hohen Aufwandüberschüsse wird das Eigenkapital von 9,6 Mrd. Franken per Ende 2009 auf 5,0 Mrd. Franken per Ende 2013 praktisch halbiert.

Die geplanten Nettoinvestitionen liegen 2010-2013 mit durchschnittlich 1 142 Mio. Franken jährlich um 45 Mio. Franken über dem Budget 2009. Für eine Finanzierung der Investitionen aus eigenen Mitteln, d.h. ohne zusätzliche Verschuldung, müsste der Selbstfinanzierungsgrad 100% betragen. In den KEF-Jahren liegt er jedoch nicht nur unter 100%, sondern ist wegen der hohen Aufwandüberschüsse in der Erfolgsrechnung sogar negativ. Das bedeutet, dass sich der Kanton für sämtliche geplanten Nettoinvestitionen in den nächsten vier Jahren zusätzlich verschulden wird. Die Verschuldung wird sich aufgrund der hohen Nettoinvestitionen und der ungenügenden Selbstfinanzierung mehr als verdoppeln und zwischen 2009 und 2013 von 4,1 Mrd. Franken um 5,7 Mrd. Franken oder rund 140% auf 9,8 Mrd. Franken ansteigen.

Steuerfuss für 2010-2011

Im Sinne einer stabilen und konjunkturgerechten Steuer- und Finanzpolitik beantragt der Regierungsrat, den Steuerfuss für die Jahre 2010 und 2011 auf 100% der einfachen Staatssteuer zu belassen.

Eine Erhöhung des Steuerfusses in den Jahren 2010 und 2011 würde zwar einen wichtigen Beitrag an die Sanierung des kantonalen Haushalts leisten; die Defizite der Erfolgsrechnung und die Neuverschuldung würden deutlich verringert, und die Beseitigung des strukturellen Defizits sowie der mittelfristige Ausgleich könnten leichter erreicht werden. Dem steht in der jetzigen konjunkturellen Phase, in der wahrscheinlich die Talsohle des Abschwungs langsam erreicht sein dürfte und sich erste Signale für eine kommende wirtschaftliche Erholung abzeichnen, die Gefahr gegenüber, mit einer Erhöhung des Steuerfusses die Rezession zu verlängern und den Beginn der konjunkturellen Erholung zu verzögern. Nicht zu unterschätzen wäre auch das Signal im Steuerwettbewerb, wo eine Schwächung des Kantons Zürich zu vermeiden ist. Eine Abwanderung oder ausbleibender Zuzug von guten und sehr guten Steuerzahlenden und die damit verbundene

Verminderung des Steuersubstrats würde sich sowohl auf die Gesamtsteuererträge als auch auf die konjunkturelle Erholung negativ auswirken.

Eine Senkung des Steuerfusses kommt für den Regierungsrat aus finanzpolitischen Gründen nicht in Frage. Angesichts der budgetierten Defizite in der Erfolgsrechnung von über einer Milliarde Franken in den Planjahren, des Nicht-Ereichens des mittelfristigen Ausgleichs, des strukturellen Defizits sowie der steigenden Verschuldung wäre eine Senkung des Steuerfusses verantwortungslos. Sie würde für die Zukunft eine Belastung darstellen, welche sich mittel- und längerfristig auch negativ auf das Wirtschaftswachstum und den Wirtschaftsstandort auswirken würde.

Beurteilung der Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs

Um den mittelfristigen Ausgleich 2006-2013 zu erreichen, müsste die Erfolgsrechnung im KEF 2010-2013 jährlich um rund 1,0 Mrd. Franken entlastet werden. Für den Budgetentwurf 2010 ist eine Entlastung dieses Umfangs in der verbleibenden Frist unmöglich, wie der Regierungsrat in seinem Bericht vom 9. September 2009 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 86/2009 betreffend Begrenzung des Aufwandes im Budget 2010 darlegt. Es verblieben also die Jahre 2011-2013, in welchen die Erfolgsrechnung dann um rund 1,3 Mrd. Franken jährlich entlastet werden müsste. Eine Entlastung in dieser Grössenordnung ist unrealistisch. Dies zeigt auch der Vergleich mit früheren Sanierungsprogrammen. So wurden mit dem Sanierungsprogramm 04 Entlastungen von 300 Mio. bis 900 Mio. Franken, mit dem Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 2006 von 260 Mio. bis 470 Mio. Franken pro Jahr erreicht. Dazu käme das konjunkturpolitische Risiko solch drastischer Einschnitte. Der Kanton liefe Gefahr, die Rezession zu verlängern und den Aufschwung zu verzögern. Die Finanzhaushaltspolitik muss auf die Konjunkturpolitik abgestimmt sein. Art. 10 Abs. 4 der Bundesverfassung gibt vor: „Bund, Kantone und Gemeinden berücksichtigen in ihrer Einnahmen- und Ausgabenpolitik die Konjunkturlage.“

Die Bestimmungen in der Kantonsverfassung (Art. 123 Abs. 1) und im CRG (§ 4 Abs. 1 und 2) zum mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung lassen einen gewissen Spielraum. Sie sehen zwar sowohl für den Regierungsrat als auch für den Kantonsrat eine Pflicht zum Handeln vor, wenn der mittelfristige Ausgleich nicht erreicht wird. Sie legen aber nicht fest, in welchem Zeitraum, in welcher Staffelung oder in welcher Intensität usw. Massnahmen durch den Regierungsrat zu ergreifen oder vorzuschlagen sind. Damit soll – wie auch mit der Grundidee des mittelfristigen Ausgleichs selbst – verhindert werden, dass durch sofortiges Reagieren und rigide Automatismen bestehende Rezessionstendenzen verstärkt werden.

Der Regierungsrat will diesen Spielraum, den das Gesetz vorsieht, nutzen und strebt den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung für 2013 mit dem KEF 2014-2017 an. Dies entspricht den im Frühling dieses Jahres verabschiedeten Eckpunkten der Finanzstrategie 2010-2017 (RRB Nr. 634/2009). Deren Zielerreichung steht unter dem Vorbehalt der weiteren konjunkturellen Entwicklung („soweit die konjunkturpolitischen Anforderungen und Rahmenbedingungen dies in der gegenwärtigen Krise zulassen.“).

**Weiteres Vorgehen**

Der Regierungsrat hat in einem ersten Schritt bei der Erarbeitung des KEF 2010-2013 erhebliche Entlastungen gegenüber den Eingaben der Direktionen vorgenommen. Weitere Massnahmen zur Erreichung der Zielsetzung werden im Rahmen eines Sanierungsprogramms zu erfolgen haben. Der Regierungsrat wird sich diesen Herbst mit der Frage befassen, in welcher Form ein solches Programm gestartet wird. Er wird dabei darauf achten, dass er nicht prozyklisch agiert und dem Zeitpunkt des Sanierungsprogramms ein entsprechend grosses Gewicht beimessen. Daneben wird die Erreichung dieses – angesichts des kumulierten Defizits von 4,6 Mrd. Franken im aktuellen KEF 2010-2013 – ehrgeizigen Ziels auch von der konjunkturellen Erholung abhängen. Neben Sanierungsmassnahmen werden hohe Ertragsüberschüsse im Rahmen der konjunkturellen Erholung bis 2017 nötig sein, um den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung zu erreichen.

**Anhänge:****I. Planungsgrundlagen***Planungsgrundlage für die Finanzplanung*

Tabelle 11: Planungsgrundlage für die Finanzplanung

in % gegenüber Vorjahr (Werte KEF Vorjahr in Klammern)	Schätzung 2008	2009	2010	2011	2012	2013
Wachstum Bruttoinlandprodukt real	1,6 (1,9)	-2,2 (1,7)	0,1 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5
Jahresteuern (Dez. - Dez.)*	2,4 (1,6)	-0,2 (1,0)	1,0 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5 (1,5)	1,5
Veränderung Lohnsumme		3,2 (3,1)	0,4 (1,4)	1,0 (1,9)	1,9 (1,9)	1,7

* Landesindex der Konsumentenpreise

Entwicklung der Lohnsumme

Tabelle 12: Entwicklung der Lohnsumme*

in % gegenüber dem Vorjahr (2010 gegenüber Ist-Basis 2009)	2010	2011	2012	2013
Teuerungsausgleich	0,0	0,8	1,5	1,5
Lohnerhöhungen/Beförderungen**	0,2	0,2	0,2	0,2
Einmalzulagen	0,2		0,2	
Veränderung der Lohnsumme in der Leistungsgruppe gegenüber Vorjahr***	0,4	1,0	1,9	1,7
Im KEF vom 10. September 2008 geplant	1,4	1,9	1,9	-
Veränderungen gegenüber KEF vom 10. September 2008	+1,0	+0,9	-	-

* Die Planung der Jahre 2010-2013 erfolgt auf der Grundlage des angepassten Lohnsystems.

** Für individuelle Lohnerhöhungen/Beförderungen werden in den Planjahren 2010-2013 0,2% der Lohnsumme eingeplant. Die Beförderungsquote beträgt jeweils 0,6% der Lohnsumme. Die Mehrkosten der Teilrevision Lohnsystem der Gesundheits- und der Bildungsdirektion sind in den aufgeführten Beträgen nicht eingeschlossen.

*** Die Entwicklung im Budget 2010 wird auf der Basis der Lohnzahlungen vom März 2009 berechnet. In den Planjahren 2011-2013 wird die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr berechnet.

Erläuterungen: Gemäss § 42 Abs. 1 der Personalverordnung (PVO) setzt der Regierungsrat die Teuerungszulage fest. Er berücksichtigt dabei die Situation des kantonalen Finanzhaushalts sowie das wirtschaftliche Umfeld. Dem Staatspersonal soll die Teuerung vollständig ausgeglichen werden. Der Erhalt der Kaufkraft ist in der gegenwärtigen Situation ein wichtiges Signal zur Stabilisierung der Konjunktur. Weil für 2009 eine leicht negative Entwicklung der Teuerung von 0,2% prognostiziert wird, ist für 2010 kein Teuerungsausgleich einzuplanen. Die Differenz von 0,2% aus 2010 wird im 2011 kompensiert, indem in der Finanzplanung ein Teuerungsausgleich von 0,8% eingestellt wird, der 0,2% unter der prognostizierten Teuerung liegt. Die Beschlüsse des Regierungsrates über den Teuerungsausgleich aufgrund der effektiven Teuerungsentwicklung im Dezember 2009 und 2010 werden dadurch nicht vorweggenommen.

Im März 2006 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion mit der Durchführung einer Teilrevision des bestehenden Lohnsystems. Es ist geplant, das angepasste Lohnsystem per Januar 2010 einzuführen. Die Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme für 2010 bis 2013 orientieren sich am angepassten Lohnsystem. Die Regelung zur Gewährung des Stufenaufstieges gemäss § 16 Abs. 1 PVO soll aufgehoben werden. Es



wird daher ab 2010 kein Stufenaufstieg eingeplant. Neu soll sich die reale Lohnentwicklung grundsätzlich an derjenigen von Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich orientieren. In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der UBS Lohnumfrage von Bedeutung. Aufgrund der Ergebnisse der UBS Lohnumfrage vom 31. Oktober 2008 beträgt für die Jahre 2000-2009 das durchschnittliche reale Wachstum der Löhne (ohne Bonuszahlungen) 0,7%. Das prognostizierte Wachstum des Bruttoinlandproduktes ist für 2009 rückläufig. Zur Ermöglichung einer leistungsorientierten Lohnentwicklung soll die jährliche Quote für individuelle Lohnerhöhungen / Beförderungen 0,6% der Lohnsumme betragen. Dadurch wird der Staatshaushalt jährlich mit 0,2% der Lohnsumme belastet.

Die Finanzcontrollingverordnung (FCV) lässt Ausschüttungen an Mitarbeitende zu Lasten der Rücklagen nicht mehr zu. Ausschüttungen können letztmals im 2009 zu Lasten der 2008 gebildeten Rücklagen vorgenommen werden. Ab 2010 soll die Ausschüttung von Einmalzulagen an das Personal ausschliesslich im Personalrecht geregelt werden. Im Projekt Teilrevision des Lohnsystems sind Einmalzulagen im Umfang von 0,2-0,4% der Lohnsumme vorgesehen. In den Jahren 2010 und 2011 werden für Einmalzulagen Mittel im Umfang von jährlich 0,2% der Lohnsumme und in den Jahren 2012 und 2013 Mittel im Umfang von jährlich 0,4% der Lohnsumme bereitgestellt.

Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen)

Für Arbeitgeberbeiträge an die Familienzulagekasse sind neu pro Planjahr 1,2% der AHV-pflichtigen Lohnsumme zu budgetieren. Diese Regelung gilt seit 1.1.2009 aufgrund des eidgenössischen Familienzulagengesetzes vom 24. März 2006 und der Familienzulagenverordnung vom 31. Oktober 2007

Arbeitgeberbeiträge in die Beamtenversicherungskasse

Für die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge sind die tatsächlichen altersspezifischen Gegebenheiten gemäss § 64 der Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal zu berücksichtigen. Dabei ist auf die versicherte Lohnsumme (Grundlohn minus Koordinationsabzug mal Beschäftigungsgrad) abzustellen. Der Koordinationsabzug beträgt Fr. 23'940 und der Mindestlohn für die Aufnahme in die berufliche Vorsorge Fr. 20'520.

Planung des Beschäftigungsumfangs

Im KEF ist bei den Leistungsgruppen unter der Rubrik „Personal (Beschäftigungsumfang)“ der pro Planjahr effektiv benötigte Beschäftigungsumfang anzugeben. Beim Ausweis des Beschäftigungsumfanges sind sämtliche Anstellungsverhältnisse zu berücksichtigen mit Ausnahme von Lehrlingen und Praktikanten/-innen.

Rechnung 2008 restated als Vergleichsgrösse

Die Umstellung der Rechnungslegung ab 2009 erschwert den Vergleich mit früheren Jahren. Um das Budget 2009 und die Planungen für 2010-2013 mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rech-

nung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepasste Rechnung 2008 gemäss CRG weicht von der vom Kantonsrat beschlossenen Rechnung nach bisherigem Finanzhaushaltsgesetz (FHG) ab.

Die Planungen zum Restatement wurden für die Direktionsplanungen im KEF am 10. August 2009 abgeschlossen. Terminlich nachgelagerte Änderungen konnten in den Direktionsplanungen nicht mehr berücksichtigt werden, weshalb sie leicht abweichen können von den Werten in der Finanzentwicklung, die nachgeführt sind und dem Bilanzanpassungsbericht per 1.1.09 entsprechen.

Konsolidierung

Das CRG verlangt eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis.
- Kantonsrat und Parlamentsdienst; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis.
- Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Zentralbibliothek Zürich sowie Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im dritten Konsolidierungskreis.

Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung. Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag, etc. der konsolidierten Einheiten). In der Planung wird lediglich die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.

Fonds

Neu werden die Fonds entweder im Fremdkapital oder im Eigenkapital geführt. Fonds werden dem Fremdkapital zugerechnet, wenn sie ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Alle anderen Fonds werden dem Eigenkapital zugerechnet.

Tabelle 13: Übersicht Fonds

Bezeichnung	Zu- ständig	Rechtsgrundlage
Fonds im Fremdkapital:		
Ausgleichsfonds (Nr. 2292)	JI	Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 11.9.1966
Sportfonds (Nr. 3910)	DS	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51) § 62 CRG
Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Nr. 3920)	DS	§ 44-46 Alkoholgesetz (SR 680) § 18 Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonaler oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten
Lotteriefonds des Kantons Zürich (Nr. 4980)	FD	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51) § 61 CRG
Denkmalpflegefonds (Nr. 8940)	BD	Bundesgesetz betreffend die Lotterien (SR 935.51)
Deponiefonds (Nr. 8960)	BD	Abfallgesetz (LS 712.1)
Kantonaler Waldfonds (Nr. 8970)	BD	Bundesgesetz über den Wald (SR 921.1) Kantonales Waldgesetz (LS 921.1)
Fonds im Eigenkapital:		
Investitionsfonds (Nr. 2291)	JI	Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 11.9.1966
Verkehrsfonds (Nr. 5920)	VD	Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (LS 740.1)
Flughafenfonds (Nr. 5921)	VD	Flughafenfondsgesetz (LS 748.3)
Strassenfonds (Nr. 5925)	VD	§ 34 Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (SR 725.116.2) § 28 Gesetz über den Bau und Unterhalt öffentlicher Strassen (LS 722.1)
Tierseuchenfonds (Nr. 6900)	GD	Kantonales Tierseuchengesetz (LS 916.21)
Natur- und Heimatschutzfonds (Nr. 8910)	BD	Gesetz über die Finanzierung von Massnahmen für den Natur- und Heimatschutz und für Erholungsgebiete (LS 702.21) Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft (LS 910.1)
Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (Nr. 8950)	BD	Abfallgesetz (LS 712.1)
Wildschadenfonds (Nr. 8980)	BD	§13 Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (SR 922.0) § 8bis Gesetz über Jagd und Vogelschutz (LS 922.1)

Die Erfolgsrechnung von Fonds im Eigenkapital (mit Ausnahme des Verkehrsfonds) wird unter der neuen Rechnungslegung nicht mehr mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen. Die Fonds im Eigenkapital weisen deshalb in der Regel einen Saldo auf, der nicht Null ist und den Saldo der Staatsrechnung beeinflusst. Im Durchschnitt der Planperiode 2010-2013 ergeben sich dadurch Ertragsüberschüsse von rund 77 Mio. Franken. Diese fallen vor allem im Strassen- und im Flughafenfonds an.

Dagegen wird die Erfolgsrechnung von Fonds im Fremdkapital wie bisher mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen, so dass sich immer Saldi von Null ergeben und der Erfolg des Kantons insgesamt nicht beeinflusst wird. Das gilt als Ausnahme von IPSAS auch für den Verkehrsfonds als Fonds im Eigenkapital.



Nettoinvestitionen und Abschreibungen

Es wird angenommen, dass die Investitionsbudgets der Jahre 2009-2013 wie in den letzten Jahren nicht voll ausgeschöpft werden. Für die Berechnung der Abschreibungen wird von einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% ausgegangen. Deshalb hat die Finanzdirektion den Abschreibungsaufwand in der Erfolgsrechnung 2010-2013 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ um 8, 16, 23 und 31 Mio. Franken ohne gleichzeitige Verminderung der Nettoinvestitionen gekürzt.

Interne Verrechnungen

Der Abgleich der Internen Verrechnungen für die Jahre 2010-2013 ist sehr detailliert erfolgt. Übrig gebliebene kleine Differenzen zwischen aufwand- und ertragsseitigen internen Verrechnungen sind zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 „Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen“ ausgeglichen worden.

Rundungsregeln

Die in den Tabellen und Abbildungen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**II. Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt**

Tabelle 14: Finanzielle Entwicklung Staatshaushalt 2008-2013 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Erfolgsrechnung						
Betrieblicher Aufwand	- 11 832	- 12 053	- 12 486	- 12 869	- 13 355	- 13 501
Betrieblicher Ertrag	11 584	11 825	11 546	11 433	11 771	12 109
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 248	- 228	- 939	- 1 436	- 1 584	- 1 392
Finanzaufwand	- 233	- 184	- 157	- 188	- 247	- 299
Finanzertrag	553	423	412	384	413	391
Finanzergebnis	320	239	254	196	166	92
Ausserordentlicher Aufwand						
Ausserordentlicher Ertrag						
Ausserordentliches Ergebnis						
Jahresergebnis	71	12	- 685	- 1 240	- 1 418	- 1 300
Investitionen						
Investitionsausgaben	- 1 197	- 1 300	- 1 317	- 1 367	- 1 252	- 1 111
Investitionseinnahmen	81	203	176	116	80	108
Nettoinvestitionen	- 1 116	- 1 097	- 1 141	- 1 251	- 1 172	- 1 003
Kennzahlen (in %)						
Selbstfinanzierungsgrad**	69.8	76.0	-3.4	-59.5	-82.4	-81.2
Staatsquote	11.8	12.5	12.8	12.8	12.9	12.5
Steuerquote	4.8	5.2	4.8	4.4	4.5	4.6
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen (in %)						
Wachstum reales Bruttoinlandprodukt (BIP)	1.6	-2.2	0.1	1.5	1.5	1.5
Teuerung Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)	2.4	-0.2	1.0	1.5	1.5	1.5
Kantonaler Steuerfuss (in % der einfachen Staatssteuern)	100	100	100	100	100	100
Mittelfristiger Ausgleich						
Saldo Erfolgsrechnung 2006-2013***	- 3 763					

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab.

** Für die Berechnung des Selbstfinanzierungsgrad wird von einer Ausschöpfung der Investitionsbudgets von 80% ausgegangen.

*** Für die Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse verwendet. (§ 51 Finanzcontrollingverordnung)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**III. Erfolgsrechnung nach Sachgruppen**

Tabelle 15: Erfolgsrechnung 2008-2013 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Personalaufwand	- 4 322	- 4 508	- 4 622	- 4 765	- 4 891	- 4 957
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 498	- 2 494	- 2 643	- 2 726	- 2 777	- 2 810
Rüstungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Abschreibungen	- 456	- 432	- 448	- 444	- 450	- 453
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	- 78	- 20	- 19	- 15	- 10	- 11
Transferaufwand	- 3 897	- 4 007	- 4 149	- 4 305	- 4 606	- 4 647
Durchlaufende Beiträge	- 581	- 591	- 606	- 614	- 620	- 623
Interne Verrechnungen	-	-	-	-	-	-
Betrieblicher Aufwand	- 11 832	- 12 053	- 12 486	- 12 869	- 13 355	- 13 501
Fiskalertrag	5 287	5 567	5 205	4 964	5 199	5 441
Regalien und Konzessionen	369	362	363	361	361	356
Entgelte	2 237	2 221	2 330	2 374	2 428	2 480
Verschiedene Erträge	225	201	207	209	211	213
Entnahmen aus Fonds	1	14	40	48	29	19
Transferertrag	2 884	2 868	2 795	2 863	2 923	2 978
Durchlaufende Beiträge	580	591	606	614	620	623
Interne Verrechnungen	-	-	-	-	-	-
Betrieblicher Ertrag	11 584	11 825	11 546	11 433	11 771	12 109
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 248	- 228	- 939	- 1 436	- 1 584	- 1 392
Zinsaufwand	- 212	- 179	- 150	- 181	- 239	- 291
Anderer Finanzaufwand	- 22	- 5	- 8	- 7	- 8	- 8
Finanzaufwand	- 233	- 184	- 157	- 188	- 247	- 299
Finanzertrag Finanzvermögen	187	110	70	70	72	73
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	366	313	341	314	341	318
Finanzertrag	553	423	412	384	413	391
Finanzergebnis	320	239	254	196	166	92
Ausserordentlicher Aufwand						
Ausserordentlicher Ertrag						
Ausserordentliches Ergebnis						
Total Aufwand	- 12 065	- 12 236	- 12 643	- 13 057	- 13 602	- 13 800
Total Ertrag	12 137	12 248	11 958	11 817	12 184	12 500
Jahresergebnis	71	12	- 685	- 1 240	- 1 418	- 1 300

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 16: Veränderungen Erfolgsrechnung 2010-2013 (konsolidierte Werte)

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (in Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Personalaufwand	- 114	- 301	-2.5%	-6.7%
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 149	- 245	-6.0%	-9.8%
Rüstungsaufwand	-	-	-	-
Abschreibungen	- 16	- 17	-3.6%	-3.9%
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	1	6	5.4%	32.1%
Transferaufwand	- 141	- 420	-3.5%	-10.5%
Durchlaufende Beiträge	- 15	- 24	-2.5%	-4.1%
Interne Verrechnungen	-	-	-	-
Betrieblicher Aufwand	- 433	- 1 000	-3.6%	-8.3%
Fiskalertrag	- 362	- 365	-6.5%	-6.6%
Regalien und Konzessionen	2	- 1	0.4%	-0.3%
Entgelte	109	182	4.9%	8.2%
Verschiedene Erträge	6	9	2.9%	4.3%
Entnahmen aus Fonds	26	20	182.8%	140.6%
Transferertrag	- 73	22	-2.5%	0.8%
Durchlaufende Beiträge	15	24	2.5%	4.1%
Interne Verrechnungen	-	-	-	-
Betrieblicher Ertrag	- 279	- 110	-2.4%	-0.9%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 712	- 1 110	-	-
Zinsaufwand	29	- 36	16.4%	-20.2%
Anderer Finanzaufwand	- 3	- 3	-65.8%	-64.4%
Finanzaufwand	26	- 39	14.4%	-21.3%
Finanzertrag Finanzvermögen	- 40	- 39	-36.1%	-35.1%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	28	16	9.1%	5.0%
Finanzertrag	- 11	- 23	-2.7%	-5.4%
Finanzergebnis	15	- 62	-	-
Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-	-
Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-	-
Ausserordentliches Ergebnis	-	-	-	-
Total Aufwand	- 407	- 1 039	-3.3%	-8.5%
Total Ertrag	- 290	- 133	-2.4%	-1.1%
Jahresergebnis	- 697	- 1 172	-	-

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



Tabelle 17: Steuererträge 2008-2013

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
4910.01 Staatssteuern	4'527	4'817	4'506	4'255	4'468	4'694
4910.02 Direkte Bundessteuer	577	650	472	503	516	528
4910.03 Erbschafts- und	191	185	169	159	169	179
4910.04 Quellensteuer	188	180	143	155	164	169
4910.05 Verrechnungssteuer	113	71	61	64	67	70
Total Steuern (LG Nr. 4910; netto)	5'596	5'903	5'351	5'136	5'384	5'640
Verkehrsabgaben	290	290	292	294	296	298
Schiffsteuern	2	2	2	2	2	2
Total Steuern	5'889	6'195	5'645	5'432	5'682	5'940

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab. Die vorliegende Tabelle weist die definitiven Werte des Restatements 2008 aus. Die Planungen zum Restatement wurden für die Direktionsplanungen im KEF am 10. August 2009 abgeschlossen. Terminlich nachgelagerte Änderungen konnten in den Direktionsplanungen nicht mehr berücksichtigt werden, weshalb leichte Abweichungen dazu möglich sind.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



IV. Investitionsrechnung nach Sachgruppen

Tabelle 18: Investitionsrechnung 2008-2013 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Sachanlagen	- 404	- 746	- 797	- 775	- 788	- 692
Immaterielle Anlagen	- 14	- 35	- 47	- 35	- 36	- 28
Darlehen	- 435	- 123	- 106	- 154	- 119	- 12
Beteiligungen	-	- 14	-	-	-	-
Eigene Investitionsbeiträge	- 330	- 368	- 354	- 391	- 296	- 368
Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 14	- 12	- 13	- 13	- 12	- 12
Investitionsausgaben	- 1 197	- 1 300	- 1 317	- 1 367	- 1 252	- 1 111
Übertragung von Sachanlagen	1	-	0	0	0	0
Rückerstattungen	12	9	17	7	2	-
Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	42	169	125	76	37	25
Rückzahlung von Darlehen	11	11	20	20	20	20
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0	0	0	0	8	51
Durchlaufende Investitionsbeiträge	14	12	13	13	12	12
Investitionseinnahmen	81	203	176	116	80	108
Nettoinvestitionen	- 1 116	- 1 097	- 1 141	- 1 251	- 1 172	- 1 003

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab.

Tabelle 19: Veränderungen Investitionsrechnung 2010-2013 (konsolidierte Werte)

+ Verbesserung, - Verschlechterung	Veränderung gegenüber Budget 2009			
	Δ absolut (in Mio. Franken)		Δ in %	
	Budget 2010	Ø-2010-2013	Budget 2010	Ø-2010-2013
Sachanlagen	- 51	- 16	-6.8%	-2.2%
Immaterielle Anlagen	- 11	- 1	-32.4%	-3.0%
Darlehen	18	26	14.3%	20.8%
Beteiligungen	14	14	100.0%	100.0%
Eigene Investitionsbeiträge	14	16	3.9%	4.4%
Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 1	- 0	-6.1%	-0.2%
Investitionsausgaben	- 17	38	-1.3%	2.9%
Übertragung von Sachanlagen	0	0	-	-
Rückerstattungen	8	- 3	87.1%	-27.3%
Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	- 44	- 103	-25.9%	-61.1%
Rückzahlung von Darlehen	9	9	78.9%	78.2%
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	- 0	14	-56.7%	3131.9%
Durchlaufende Investitionsbeiträge	1	0	6.1%	0.2%
Investitionseinnahmen	- 26	- 83	-13.0%	-40.8%
Nettoinvestitionen	- 44	- 45	-4.0%	-4.1%

.Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

V. Finanzielle Entwicklung nach Direktionen

Tabelle 20: Saldo Erfolgsrechnung 2008-2013 nach Direktionen

Mio. Franken		Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)							
Staatskanzlei	Saldo	-19.3	-20.9	-20.0	-19.9	-19.7	-19.9
	Veränd. absolut			+0.8	+0.1	+0.3	-0.2
	Veränd. %			+3.9%	+0.4%	+1.4%	-1.1%
Justiz und Inneres	Saldo	-593.0	-617.1	-617.4	-625.7	-637.0	-643.0
	Veränd. absolut			-0.3	-8.3	-11.3	-6.0
	Veränd. %			-0.0%	-1.3%	-1.8%	-0.9%
Sicherheit	Saldo	-920.4	-955.0	-957.3	-1'008.5	-1'034.5	-1'072.8
	Veränd. absolut			-2.3	-51.2	-26.0	-38.3
	Veränd. %			-0.2%	-5.4%	-2.6%	-3.7%
Finanzen	Saldo	5'792.2	6'048.6	5'384.6	5'078.6	5'271.4	5'468.8
	Veränd. absolut			-664.1	-306.0	+192.8	+197.4
	Veränd. %			-11.0%	-5.7%	+3.8%	+3.7%
davon Steuererträge	Saldo	5'595.9	5'902.7	5'351.1	5'136.2	5'384.2	5'639.7
	Veränd. absolut			-551.7	-214.9	+248.0	+255.5
	Veränd. %			-9.3%	-4.0%	+4.8%	+4.7%
davon Ämter Finanzen (ohne Steuererträge, Kapitaldienst, Zinsen)	Saldo	-161.8	-186.2	-186.1	-191.6	-190.6	-194.6
	Veränd. absolut			+0.0	-5.5	+1.0	-4.0
	Veränd. %				-3.0%	+0.5%	-2.1%
Volkswirtschaft	Saldo	-177.0	-247.5	-247.6	-256.8	-260.9	-225.6
	Veränd. absolut			-0.0	-9.2	-4.1	+35.3
	Veränd. %			-0.0%	-3.7%	-1.6%	+13.5%
Gesundheit	Saldo	-1'232.2	-1'337.8	-1'342.3	-1'409.6	-1'651.7	-1'715.8
	Veränd. absolut			-4.4	-67.3	-242.1	-64.1
	Veränd. %			-0.3%	-5.0%	-17.2%	-3.9%
Bildung	Saldo	-2'322.5	-2'437.8	-2'446.4	-2'551.7	-2'633.2	-2'633.9
	Veränd. absolut			-8.5	-105.3	-81.5	-0.7
	Veränd. %			-0.4%	-4.3%	-3.2%	-0.0%
Bauten	Saldo	-357.9	-272.4	-277.4	-278.8	-280.8	-282.7
	Veränd. absolut			-5.0	-1.4	-2.0	-2.0
	Veränd. %			-1.8%	-0.5%	-0.7%	-0.7%
Total	Saldo	169.9	160.1	-523.8	-1'072.5	-1'246.3	-1'124.8
	Veränd. absolut			-683.8	-548.7	-173.8	+121.5
	Veränd. %			-427.2%	+104.8%	-16.2%	+9.7%
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)							
Behörden	Saldo	-15.3	-15.9	-16.4	-16.8	-16.9	-17.0
	Veränd. absolut			-0.5	-0.3	-0.2	-0.1
	Veränd. %			-3.2%	-2.1%	-1.0%	-0.7%
Rechtspflege	Saldo	-100.5	-132.5	-144.7	-150.8	-154.6	-157.7
	Veränd. absolut			-12.2	-6.1	-3.8	-3.1
	Veränd. %			-9.2%	-4.2%	-2.5%	-2.0%
Total	Saldo	-115.8	-148.4	-161.2	-167.6	-171.5	-174.7
	Veränd. absolut			-12.7	-6.5	-3.9	-3.2
	Veränd. %			-8.6%	-4.0%	-2.3%	-1.8%
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)							
Total	Saldo	17.4	-	-	-	-	-
	Veränd. absolut						
	Veränd. %						
Total	Saldo	71	12	-685	-1'240	-1'418	-1'300

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab. Die vorliegende Tabelle weist die definitiven Werte des Restatements 2008 aus. Die Planungen zum Restatement wurden für die Direktionsplanungen im KEF am 10. August 2009 abgeschlossen. Terminlich nachgelagerte Änderungen konnten in den Direktionsplanungen nicht mehr berücksichtigt werden, weshalb leichte Abweichungen dazu möglich sind.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 21: Nettoinvestitionen 2008-2013 nach Direktionen

Mio. Franken		Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)							
Staatskanzlei	Nettoinvestitionen	-1.2	-	-	-	-	-
	Veränd. absolut						
	Veränd. %						
Justiz und Inneres	Nettoinvestitionen	-6.4	-14.1	-18.4	-17.0	-17.8	-5.4
	Veränd. absolut			-4.3	+1.4	-0.8	+12.3
	Veränd. %			-30.6%	+7.7%	-4.7%	+69.5%
Sicherheit	Nettoinvestitionen	-46.4	-46.7	-51.0	-48.7	-48.2	-56.0
	Veränd. absolut			-4.4	+2.4	+0.5	-7.8
	Veränd. %			-9.4%	+4.6%	+1.0%	-16.2%
Finanzen	Nettoinvestitionen	-11.5	-49.9	-15.5	-10.0	-34.9	-9.0
	Veränd. absolut			+34.4	+5.6	-24.9	+25.9
	Veränd. %			+68.9%	+35.7%	-249.4%	+74.1%
Volkswirtschaft	Nettoinvestitionen	-584.6	-310.1	-295.4	-369.4	-211.6	-128.2
	Veränd. absolut			+14.8	-74.0	+157.7	+83.5
	Veränd. %			+4.8%	-25.1%	+42.7%	+39.4%
Gesundheit	Nettoinvestitionen	-120.8	-160.7	-152.6	-185.4	-185.1	-231.9
	Veränd. absolut			+8.1	-32.8	+0.3	-46.8
	Veränd. %			+5.0%	-21.5%	+0.1%	-25.3%
Bildung	Nettoinvestitionen	-110.7	-150.8	-152.6	-157.4	-221.1	-166.3
	Veränd. absolut			-1.8	-4.9	-63.6	+54.8
	Veränd. %			-1.2%	-3.2%	-40.4%	+24.8%
Bauten	Nettoinvestitionen	-140.6	-237.5	-306.7	-316.0	-325.9	-287.3
	Veränd. absolut			-69.2	-9.3	-9.9	+38.6
	Veränd. %			-29.1%	-3.0%	-3.1%	+11.8%
Total	Saldo	-1'022.3	-969.7	-992.1	-1'103.8	-1'044.6	-884.1
	Veränd. absolut			-22.5	-111.7	+59.2	+160.5
	Veränd. %			-2.3%	-11.3%	+5.4%	+15.4%
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)							
Behörden	Nettoinvestitionen	-0.0	-	-0.3	-0.0	-	-
	Veränd. absolut						
	Veränd. %						
Rechtspflege	Nettoinvestitionen	-13.9	-26.0	-31.8	-33.4	-18.1	-5.2
	Veränd. absolut			-5.8	-1.6	+15.3	+12.9
	Veränd. %			-22.1%	-4.9%	+45.8%	+71.1%
Total	Nettoinvestitionen	-13.9	-26.0	-32.1	-33.4	-18.1	-5.2
	Veränd. absolut			-6.0	-1.3	+15.3	+12.9
	Veränd. %			-23.1%	-4.2%	+45.8%	+71.1%
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)							
Total	Nettoinvestitionen	-79.7	-101.5	-116.7	-114.2	-109.3	-113.8
	Veränd. absolut			-15.2	+2.6	+4.9	-4.5
	Veränd. %			-15.0%	+2.2%	+4.2%	-4.1%
Total	Nettoinvestitionen	-1'116	-1'097	-1'141	-1'251	-1'172	-1'003

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab. Die vorliegende Tabelle weist die definitiven Werte des Restatements 2008 aus. Die Planungen zum Restatement wurden für die Direktionsplanungen im KEF am 10. August 2009 abgeschlossen. Terminlich nachgelagerte Änderungen konnten in den Direktionsplanungen nicht mehr berücksichtigt werden, weshalb leichte Abweichungen dazu möglich sind.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

**VI. Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten**Tabelle 22: Finanzielle Beziehungen zu Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten 2008-2013
(konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Bund						
Aufwand		-36.2	-35.9	-37.0	-37.9	-40.5
Ertrag		1'948.1	1'843.3	1'906.3	1'952.0	1'998.6
Saldo		1'911.9	1'807.4	1'869.3	1'914.1	1'958.1
Ausgaben		-93.1	-96.5	-150.2	-106.0	-19.0
Einnahmen		165.2	118.6	66.0	34.8	24.0
Nettoinvestitionen		72.1	22.1	-84.2	-71.2	5.0
Kantone und Konkordate						
Aufwand		-667.9	-679.6	-733.2	-781.1	-781.8
Ertrag		239.5	254.1	264.6	270.4	276.3
Saldo		-428.4	-425.4	-468.6	-510.7	-505.5
Ausgaben		-	-	-	-	-
Einnahmen		-	0.3	-	-	-
Nettoinvestitionen		-	0.3	-	-	-
Gemeinden (ohne Steuerkraftausgleich)						
Aufwand		-830.3	-901.0	-935.3	-955.4	-946.4
Ertrag		293.4	308.1	320.7	327.2	329.6
Saldo		-536.9	-592.9	-614.6	-628.2	-616.8
Ausgaben		-113.5	-92.1	-96.3	-64.3	-63.8
Einnahmen		2.0	2.4	2.5	10.4	10.6
Nettoinvestitionen		-111.5	-89.7	-93.8	-53.9	-53.3
Ausgleichsfonds (Steuerkraftausgleich)						
Aufwand		-285.0	-280.0	-260.0	-260.0	-260.0
Ertrag		285.0	280.0	260.0	260.0	260.0
Saldo		-	-	-	-	-
Öffentliche Unternehmungen						
Aufwand		-345.0	-329.8	-350.8	-365.6	-373.8
Ertrag		1.9	1.6	1.6	1.6	1.6
Saldo		-343.1	-328.2	-349.3	-364.0	-372.2
Ausgaben		-179.5	-190.6	-213.5	-136.8	-180.3
Einnahmen		1.3	3.2	2.6	2.6	45.1
Nettoinvestitionen		-178.2	-187.4	-210.9	-134.2	-135.2
Private Institutionen und Unternehmungen						
Aufwand		-943.7	-1'005.8	-1'047.2	-1'239.3	-1'259.2
Ertrag		52.6	54.9	56.4	58.0	59.5
Saldo		-891.0	-950.9	-990.7	-1'181.3	-1'199.7
Ausgaben		-112.6	-74.5	-78.4	-102.2	-110.6
Einnahmen		6.3	16.2	16.2	16.2	16.2
Nettoinvestitionen		-106.3	-58.3	-62.1	-86.0	-94.4
Private Haushalte						
Aufwand		-667.5	-697.6	-725.1	-750.6	-772.4
Ertrag		6.9	7.4	7.5	7.6	7.8
Saldo		-660.6	-690.2	-717.6	-742.9	-764.6
Ausgaben		-6.9	-6.3	-6.3	-6.3	-6.3
Einnahmen		6.1	4.9	8.2	1.2	0.5
Nettoinvestitionen		-0.8	-1.3	2.0	-5.0	-5.7
Übrige						
Aufwand		-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Ertrag		15.5	17.7	17.9	18.1	18.3
Saldo		15.3	17.4	17.5	17.7	17.9



Tabelle 23: Durchlaufende Beiträge 2008-2013 (konsolidierte Werte)

Mio. Fr.	Rechnung 2008*	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Erfolgsrechnung						
Bund		-0.0	-	-	-	-
Kantone und Konkordate		-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-85.2	-94.3	-93.1	-93.7	-95.1
Öffentliche Unternehmungen		-314.1	-324.9	-334.0	-338.9	-341.7
Private Unternehmungen		-186.7	-181.2	-182.1	-183.8	-183.8
Private Organisationen ohne Erwerbszweck		-4.9	-5.0	-4.3	-3.1	-1.9
Private Haushalte		-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Ausland		-0.0	-	-	-	-
Total Aufwand		-591.4	-605.9	-614.0	-620.0	-623.0
Bund		419.5	437.3	444.0	447.3	447.2
Kantone und Konkordate		137.5	140.2	143.6	146.3	149.4
Gemeinden und Gemeindezweckverbände		34.2	28.4	26.4	26.4	26.4
Öffentliche Sozialversicherungen		-	-	-	-	-
Öffentliche Unternehmungen		0.1	-	-	-	-
Ausland		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Ertrag		591.4	605.9	614.0	620.0	623.0
Investitionsrechnung						
Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-6.1	-6.0	-5.7	-5.2	-5.1
Öffentliche Unternehmungen		-1.5	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
Private Unternehmungen		-3.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck		-1.8	-1.7	-1.7	-1.4	-1.0
Total Ausgaben		-12.4	-13.2	-12.9	-12.1	-11.6
Bund		12.4	10.0	9.5	8.9	8.4
Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-	3.2	3.4	3.2	3.2
Total Einnahmen		12.4	13.2	12.9	12.1	11.6

* Um die Planungen mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der im Kantonsrat vorgelegten Rechnung 2008 ab. Für die Tabellen 22 und 23 können für das Jahr 2008 keine Werte ausgewiesen werden, da das Restatement 2008 nicht in der benötigten Detaillierung erstellt worden ist.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.



VII. KEF Erklärung „Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan“

Tabelle 24: Szenarien im KEF 2010-2013 pro Direktion

Mio. Fr.	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Saldo Erfolgsrechnung				
1 Regierungsrat und Staatskanzlei				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-20	-20	-20	-20
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-20	-20	-20	-20
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-20	-20	-20	-20
2 Direktion der Justiz und des Innern				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-624	-633	-644	-650
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-617	-626	-637	-643
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-599	-609	-619	-625
3 Sicherheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'007	-1'079	-1'135	-1'209
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-957	-1'009	-1'035	-1'073
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-904	-946	-964	-992
4 Finanzdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	+5'037	+4'712	+4'973	+5'317
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	+5'385	+5'079	+5'271	+5'469
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	+5'483	+5'250	+5'473	+5'707
5 Volkswirtschaftsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-265	-279	-281	-249
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-248	-257	-261	-226
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-235	-230	-234	-213
6 Gesundheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'414	-1'483	-1'700	-1'766
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-1'342	-1'410	-1'652	-1'716
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'327	-1'393	-1'635	-1'701
7 Bildungsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-2'487	-2'602	-2'680	-2'685
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-2'446	-2'551	-2'633	-2'634
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-2'428	-2'533	-2'610	-2'612
8 Baudirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-291	-295	-302	-308
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-277	-279	-281	-283
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-268	-275	-283	-287
9 Übrige				
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-161	-168	-172	-175
Total				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'232	-1'848	-1'959	-1'743
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	-685	-1'240	-1'418	-1'300
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-458	-924	-1'063	-918
Nettoinvestitionen				
2 Direktion der Justiz und des Innern				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-18	-17	-18	-5
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-18	-17	-18	-5
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-18	-17	-18	-5
3 Sicherheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-55	-54	-51	-60
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-51	-49	-48	-56
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-45	-43	-39	-46
4 Finanzdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-16	-10	-35	-9
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-16	-10	-35	-9
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-14	-6	-12	-8
5 Volkswirtschaftsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-304	-382	-265	-210
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-295	-369	-212	-128
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-261	-286	-187	-135
6 Gesundheitsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-153	-185	-185	-232
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-153	-185	-185	-232
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-145	-176	-176	-220
7 Bildungsdirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-163	-168	-231	-177
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-152	-157	-221	-166
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-147	-152	-215	-161
8 Baudirektion				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-319	-335	-348	-304
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-307	-316	-326	-287
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-283	-303	-313	-269
9 Übrige				
Eingaben KEF September 2009 („mittlere Entwicklung“)	-149	-148	-127	-119
Total				
Untere Bandbreite („schlechteste Entwicklung“)	-1'176	-1'298	-1'261	-1'115
Eingaben KEF Mai 2009 („mittlere Entwicklung“)	-1'141	-1'251	-1'172	-1'003
Obere Bandbreite („beste Entwicklung“)	-1'062	-1'131	-1'088	-963

**VIII. KEF Erklärung „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“**

Der Kantonsrat hat am 29. Januar 2008 die KEF-Erklärung „Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter“ (KR-Nr. 25/2008) überwiesen, die verlangt, dass die Entwicklung der Ausgaben für Dienstleistungen Dritter transparent dargestellt und Ausgabensteigerungen begründet werden.

Folgende Tabelle zeigt den Gesamtaufwand für „Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten“ (Dienstleistungen Dritter im engeren Sinn, Kontierung in der Kontogruppe 3132). Für die Begründung der Entwicklungen wird auf die Leistungsgruppenblätter verwiesen. Dort werden sie in den Rubriken Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr und Entwicklung in den weiteren Planjahren erläutert.

Tabelle 25: Dienstleistungen Dritter („Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten“)

in Tsd. Franken	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	-414	-100	-100	-100	-100
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	-762	-789	-780	-780	-781
2206 Amt für Justizvollzug	-349	-321	-326	-330	-335
2207 Gemeindeamt	-525	-470	-470	-470	-290
2221 Handelsregister	-5	-5	-5	-5	-5
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	-45	-45	-46	-46	-46
2232 Fachstelle Opferhilfe	-70	-120	-120	-120	-120
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	-196	-198	-201	-204	-207
2234 Fachstelle Kultur	-80	-80	-100	-100	-100
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	-175	-40	-40	-25	-25
2251 Bezirksräte	-131	-201	-202	-204	-204
2262 Baurekurskommissionen	-13	-13	-13	-13	-13
2263 Steuerrekurskommissionen	-130	-93	-93	-93	-93
2 Direktion der Justiz und des Inneren	-2'481	-2'375	-2'397	-2'390	-2'220
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	-	-50	-	-	-
3100 Kantonspolizei	-161	-227	-227	-229	-229
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	-10	-10	-10	-10	-10
3500 Sozialamt	-500	-938	-981	-1'062	-1'135
3 Sicherheitsdirektion	-671	-1'225	-1'218	-1'301	-1'374
4000 Generalsekretariat FD	-200	-200	-203	-206	-209
4100 Finanzverwaltung	-1'080	-740	-610	-680	-575
4400 Steuern Betriebsteil	-7'852	-4'357	-7'773	-5'211	-5'610
4700 Drucksachen und Material	-200	-120	-122	-124	-126
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	-5	-5	-5	-5	-5
4 Finanzdirektion	-9'337	-5'422	-8'713	-6'226	-6'525
5000 Generalsekretariat (GS)	-215	-120	-100	-130	-100
5205 Amt für Verkehr (AFV)	-3'380	-6'450	-6'515	-6'245	-6'315
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	-363	-433	-433	-283	-283
5 Volkswirtschaftsdirektion	-3'958	-7'003	-7'048	-6'658	-6'698
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	-2'200	-2'200	-2'200	-2'200	-2'200
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswe- sen	-10	-10	-10	-10	-10
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	-10	-10	-10	-15	-15
6400 Psychiatrische Versorgung	-	-164	-164	-164	-164
6 Gesundheitsdirektion	-2'220	-2'384	-2'384	-2'389	-2'389
7000 Bildungsverwaltung	-1'053	-1'436	-1'206	-1'123	-1'114
7100 Lehrmittelverlag	-20	-	-	-	-
7301 Mittelschulen	-1'109	-1'265	-1'328	-1'316	-1'353
7302 Schulen im Gesundheitswesen	-70	-350	-280	-280	-280
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschluss- prüfungen	-1'043	-1'015	-1'000	-1'000	-1'000



in Tsd. Franken	Budget 2009	Budget 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
7501 Jugend- und Familienhilfe	-43	-113	-113	-113	-113
7502 Berufs- und Studienberatung	-10	-10	-10	-10	-10
7 Bildungsdirektion	-3'348	-4'188	-3'937	-3'842	-3'870
8000 Generalsekretariat (GS)	-740	-715	-715	-715	-715
8100 Hochbauamt (HBA)	-30	-50	-50	-50	-50
8300 Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV)	-550	-	-	-	-
8400 Tiefbauamt (TBA)	-182	-192	-192	-193	-193
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	-25	-150	-150	-150	-150
8700 Immobilienamt (IMA)	-290	-405	-405	-405	-405
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	-102	-83	-83	-83	-83
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	-20	-20	-20	-20	-20
8960 Deponiefonds	-10	-10	-10	-10	-10
8 Baudirektion	-1'949	-1'625	-1'625	-1'626	-1'626
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	-81	-101	-101	-101	-101
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	-1'700	-1'700	-1'726	-1'751	-1'778
9040 Bezirksgerichte	-11'415	-11'735	-11'735	-11'735	-11'735
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	-	-30	-30	-31	-32
9061 Kassationsgericht	-67	-67	-34	-17	-
9064 Sozialversicherungsgericht	-330	-430	-430	-430	-430
9071 Datenschutzbeauftragter	-	-60	-60	-60	-60
9520 Kantonsspital Winterthur	-213	-396	-402	-408	-414
9600 Universität Zürich	-3'300	-3'300	-3'400	-3'500	-3'600
9 Übrige	-17'106	-17'819	-17'918	-18'034	-18'150
Total	-41'483	-42'142	-45'338	-42'564	-42'951



IX. Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

...quote = Verhältnis zum Volkseinkommen

Steuerquote: Staatssteuern (brutto) in Prozent des Volkseinkommens

Staatsquote: Konsolidierte Gesamtausgaben (Ausgaben ohne Abschreibungen, Einlagen in Bestandeskonti von Fonds, Interne Verrechnungen und Durchlaufende Beiträge) in Prozent des Volkseinkommens

Aufwandquote: Bereinigter Aufwand (Aufwand ohne Interne Verrechnungen, Durchlaufende Beiträge und Einlagen in Bestandeskonti von Fonds im Eigenkapital) in Prozent des Volkseinkommens

(Netto) Investitionsquote: Nettoinvestition in Prozent des Volkseinkommens (auch als Kennzahl für Bruttoinvestition)

...grad = Verhältnis zu den Nettoinvestitionen

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung (Saldo Erfolgsrechnung plus Abschreibungen des Verwaltungsvermögens sowie der Investitionsbeiträge, minus Auflösung passivierter Investitionsbeiträge, plus Fondseinlagen in Fonds im Eigenkapital, minus Fondsentnahmen aus Fonds im Eigenkapital) in Prozent der Nettoinvestitionen

Neuverschuldungsgrad: Finanzierungsfehlbetrag (+) / -überschuss (-) in Prozent der Nettoinvestitionen

...anteil = Verhältnis zum (bereinigten) Ertrag

Selbstfinanzierungsanteil: Selbstfinanzierung in Prozent des bereinigten Ertrags (Ertrag ohne Interne Verrechnungen, Ausserordentliche Erträge, Durchlaufende Beiträge, Fondsentnahmen und Finanzerträge)

Kapitaldienstanteil: Nettozinsaufwand (Zinsaufwand minus Zinserträge) und ordentliche Abschreibung des Verwaltungsvermögens in Prozent des bereinigten Ertrags

Eigenkapitalanteil: Eigenkapital (einschliesslich Fondskapitalien aus Fonds im Eigenkapital) in Prozent des bereinigten Ertrags

Zinsbelastungsanteil: Nettozinsaufwand in Prozent des bereinigten Ertrags

Tabelle 26: Kennzahlen 2002-2013

in %	2002 (FHG)	2003 (FHG)	2004 (FHG)	2005 (FHG)	2006 (FHG)	2007 (FHG)
Steuerquote	6.2	5.1	4.8	4.8	4.8	5.0
Staatsquote	12.9	11.8	11.5	11.4	11.0	9.9
Aufwandquote	12.5	11.5	11.0	10.9	10.5	9.5
Nettoinvestitionsquote	0.8	0.7	0.8	0.8	0.9	0.7
Bruttoinvestitionsquote	1.7	1.2	1.4	1.4	1.4	1.2
Selbstfinanzierungsgrad	150.9	17.4	41.0	278.1	90.5	150.2
Neuverschuldungsgrad	-50.9	82.6	59.0	-178.1	9.5	-50.2
Selbstfinanzierungsanteil	9.4	1.1	2.9	18.0	7.8	11.0
Kapitaldienstanteil	8.1	7.2	5.4	4.3	5.6	3.3
Eigenkapitalanteil	20.9	16.8	13.6	24.3	28.6	33.9
Zinsbelastungsanteil	0.6	0.5	-0.5	-0.8	-1.1	-2.5

in %	2008* (CRG)	B 2009 (CRG)	B 2010 (CRG)	KEF 2011 (CRG)	KEF 2012 (CRG)	KEF 2013 (CRG)
Steuerquote	4.8	5.2	4.8	4.4	4.5	4.6
Staatsquote	11.8	12.5	12.8	12.8	12.9	12.5
Aufwandquote	11.4	11.9	12.1	12.2	12.3	12.2
Nettoinvestitionsquote	1.1	1.1	1.2	1.2	1.1	0.9
Bruttoinvestitionsquote	1.2	1.3	1.3	1.3	1.2	1.0
Selbstfinanzierungsgrad	69.8	76.0	-3.4	-59.5	-82.4	-81.2
Neuverschuldungsgrad	30.2	24.0	103.4	159.5	182.4	181.2
Selbstfinanzierungsanteil	7.1	5.9	-0.3	-5.5	-6.9	-5.7
Kapitaldienstanteil	5.0	4.6	5.0	5.3	5.7	6.0
Eigenkapitalanteil	85.9	84.5	80.8	70.4	55.5	42.5
Zinsbelastungsanteil	0.8	0.8	0.9	1.2	1.7	2.1

* Rechnung 2008 restated.

Bis Rechnung 2007 sind die Kennzahlen auf der Basis des Rechnungsmodells FHG (HRM) berechnet. Ab 2008 kommt die neue Rechnungslegung gemäss CRG (IPSAS) zur Anwendung. Im Rahmen der Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wird auch die Methodik der Kennzahlenberechnung angepasst. Durch die Konsolidierung werden zudem ab 2008 auch die Anstalten (Konsolidierungskreis 3) in die Kennzahlenberechnung einbezogen. Durch diesen Systemwechsel verändern sich die Werte teilweise. Insbesondere die Staats-, Aufwand-, Nettoinvestitions- und Bruttoinvestitionsquote erhöhen sich deshalb gegenüber 2007. Der Vergleich der Werte ab 2008 mit denjenigen vor 2008 ist somit erschwert.

Die Kennzahlenberechnung der Quoten stützt sich auf das kantonale Volkseinkommen. Die aktuellste Angabe des Bundesamtes für Statistik zum Zürcher Volkseinkommen betrifft 2005 und das auch nur provisorisch. Das Bundesamt für Statistik hat entschieden, vorerst keine neueren Zahlen zu den kantonalen Volkseinkommen zu publizieren, da grundlegende konzeptuelle und methodische Anpassungen anstehen. Die Volkseinkommen für die Jahre 2006 bis 2013 sind deshalb aufgrund von aktuellen Werten zum Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes und der Konsumentenpreise hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für 2005 bis 2013 werden nach Bekanntgabe von definitiven Zahlen für das Volkseinkommen noch ändern.



Planungen der Direktionen und der Staatskanzlei



Staatskanzlei Seiten 81–92

Direktion der Justiz und des Innern Seiten 93–162

Sicherheitsdirektion Seiten 163–204

Finanzdirektion Seiten 205–258

Volkswirtschaftsdirektion Seiten 259–300

Gesundheitsdirektion Seiten 301–344

Bildungsdirektion Seiten 345–408

Baudirektion Seiten 409–472



Staatskanzlei

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Zuständigkeiten
- 2.2 Umfeldentwicklungen

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Übrige Investitionen
- 4.2 Finanzielle Entwicklung
 - 4.2.1 Übersicht
 - 4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Der Regierungsrat hat die E-Government-Strategie des Kantons Zürich 2008-2012 am 10. September 2008 festgelegt. Die Stabstelle E-Government der Staatskanzlei koordiniert die Umsetzung dieser Strategie, die in den Direktionen mit direktionseigenen Mitteln erfolgt. E-Government wird neu als Funktionsbereich in den KEF aufgenommen. Dadurch wird ein Überblick über die Umsetzung der Strategie ermöglicht und eine gesonderte Berichterstattung und Planung erübrigt sich.

Aufgrund der aktuellen Finanzlage und der zu erwartenden Steuerrückgänge hat der Regierungsrat am 24. Juni 2009 beschlossen, auf die Einführung eines einheitlichen Corporate Design für die kantonale Verwaltung zu verzichten. Das Legislaturziel "Erscheinungsbild der kantonalen Verwaltung vereinheitlichen" und das Projekt "Einheitliches Corporate Design für die Verwaltung" werden deshalb nicht mehr aufgeführt.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-23	-21	-19	-
KEF 2010-2013	-20	-20	-20	-20
Veränderung	+3	+1	-1	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-	-	-	-
KEF 2010-2013	-	-	-	-
Veränderung	-	-	-	-

- Die finanziellen Änderungen zum KEF Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen durch den Wegfall der Kosten für das CD-Projekt (Corporate Design).

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

2.1 Zuständigkeiten

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates. Ihr obliegen gemäss OG RR vom 6. Juni 2005 und der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007, VOG RR (beide Erlasse in Kraft seit 1. September 2007):

- Die Vorbereitung der Sitzungen des Regierungsrates, insbesondere die Prüfung der Anträge der Direktionen in formeller, redaktioneller und rechtlicher Hinsicht;
- die Rechtsberatung des Regierungsrates und die Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren;
- die Unterstützung des Regierungsrates bei der politischen Planung (Legislatorschwerpunkte) und bei der Berichterstattung über seine Tätigkeit (Geschäftsbericht);
- die Wahrnehmung verwaltungsübergreifender Koordinationsaufgaben (beispielsweise in Aussenbeziehungen);



- die Unterstützung der Regierungsmitglieder in ihrer Vertretung des Kantons in interkantonalen und internationalen Konferenzen (regionale Regierungskonferenzen, Konferenz der Kantonsregierungen, Internationale Bodensee-Konferenz);
- das Controlling für den Regierungsrat;
- der Auf- und Ausbau der elektronischen Informations- und Transaktions-Angebote des Kantons sowie die Förderung von Kooperationen im Bereich E-Government;
- die Ausfertigung und der Versand der Beschlüsse des Regierungsrates sowie die redaktionelle und satzmässige Herstellung der amtlichen und weiterer Publikationen;
- die Planung und Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Regierungsrates, u.a. die Verantwortung für den Internet-Auftritt des Kantons und Intranet der Verwaltung;
- die Erbringung von Informatikdienstleistungen für den eigenen Bereich, für die Mitglieder des Regierungsrates und weitere Stellen der Verwaltung;
- die Organisation und Durchführung von Anlässen des Regierungsrates, Betreuung des Rathauses und dem Haus zum Rechberg;
- die Instruktion von Rekursen gegen Verfügungen der Direktionen, die durch den Regierungsrat zu entscheiden sind;
- die Erledigung des Postdienstes in der Zentralverwaltung sowie Besorgung des Weibeldienstes für den Kantonsrat, den Regierungsrat und die kirchlichen Synoden.
- die Ausführung von Überbeglaubigungen von Unterschriften zürcherischer Behörden und Amtsstellen gemäss § 246 Abs. 3 EG ZGB in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion.
- die Vereinheitlichung des Zugangs zu den Informationen im Sinne von § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 und der Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28. Mai 2008, beide Erlasse in Kraft seit 1. Oktober 2008.

2.2 Umfeldentwicklungen

Für den Bereich Information und Kommunikation ist von einer immer stärkeren Verwendung der elektronischen Medien, insbesondere des Internet, auszugehen. Der Kontakt, der Informationsaustausch und die Abwicklung von Geschäften mit Einwohnerinnen und Einwohnern, Firmen und Institutionen wird unter dem Einfluss von neuen Technologien immer stärker auf elektronischem Weg erfolgen. Allerdings wird der Staat auch weiterhin einen wesentlichen Teil seiner Leistungen auf dem traditionellen Weg erbringen müssen, um nicht Teile der Bevölkerung auszuschliessen. Dies führt zumindest kurz- bis mittelfristig zu zusätzlichen, teils beträchtlichen Aufwendungen im Personal- und Sachbereich.

Es bestehen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten bei den sektoriellen Abkommen I und II mit der EU. Die EU drängt für bestehende und weitere Verträge auf vollständige Übernahme des Acquis. Für den Kanton erhöht sich der Koordinationsbedarf im Nachvollzug der wachsenden Anpassungen.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1. Unterstützung des Regierungsrates in Planung und Steuerung verstärken (LZ RR 3)

Als allgemeine Stabsstelle berätet und unterstützt die Staatskanzlei den Regierungsrat bei der Wahrnehmung seiner Regierungsaufgaben in Bezug auf die Planung und Steuerung der Geschäfte. Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) und die dazugehörige Verordnung (VOG RR) sind am 1. September 2007 in Kraft getreten. Sie bilden die Grundlage für den Aufbau des Regierungscollings in der Staatskanzlei, welches die entsprechenden Verfahren, Instrumente und Abläufe bis 2011 verankern soll. Als Ziel 3 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat ferner festgelegt, das Standortmarketing zu verstärken. In diesem Rahmen hat er der Staatskanzlei den Auftrag erteilt, beim Aufbau des vorgesehenen Monitorings auf der Grundlage von Indikatoren den Aspekt der Standortqualität in allen Politikbereichen besonders zu berücksichtigen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Leistungsgruppe 1000, E1: Aufbau und Umsetzung eines Regierungscollings
- Leistungsgruppe 1000, E2: Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2)

Ziel 2. Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (LZ RR 6)

Der Regierungsrat hat als Ziel 6 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterzuentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. In diesem Rahmen will er einen umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen. Als Grundlage soll eine kantonale E-Government-Strategie und ein Umsetzungsplan einschliesslich eines Projektportfolios erarbeitet werden. Die Stabsstelle E-Government koordiniert die Umsetzung der Strategie in den Direktionen und der Staatskanzlei und unterstützt die federführenden Verwaltungsstellen bei der Durchführung ihrer E-Government-Projekte in organisatorischer, technischer und rechtlicher Hinsicht.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Leistungsgruppe 1000, E3: Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6)

Ziel 3. Pendenzen und Aufwand der Rekursabteilung verkleinern

Die Anzahl der pendenten Fälle in der Rekursabteilung belief sich am 31. Dezember 2007 auf 931 Geschäfte. Das entspricht ungefähr dem Neueingang von Rekursen während eines Jahres. Mit drei zusätzlichen Stellen für juristische Sekretärinnen oder Sekretäre soll diese Pendenzenzahl um rund die Hälfte verringert werden und anschliessend auf diesem Stand gehalten werden.

Mit einer merklichen Reduktion der pendenten Fälle kann die durchschnittliche Erledigungsdauer pro Fall verkürzt und der Bearbeitungsaufwand durch eine umgehende Erledigung häufig vermindert werden. Mittelfristig lassen sich dadurch die Kosten für die Rekuserledigungen senken.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Leistungsgruppe 1000, E4: Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung

Ziel 4. Interessenwahrung in den Aussenbeziehungen verbessern (LZ RR 5)

Der Staatskanzlei kommt im Rahmen der Verbesserung der Interessenwahrung durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden (Legislaturziel 5 des Regierungsrates) eine wesentliche Koordinationsfunktion zu. Mit dem OG RR und der VOG RR wurden dazu die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Der Staatskanzlei wurde insbesondere die Leitung des Koordinationsgremiums für Aussenbeziehungen (KAB) übertragen, das



sich aus mindestens einer Vertretung jeder Direktion und der Staatskanzlei zusammensetzt. Legislaturziel 5 des Regierungsrates und die in der VOG RR aufgeführten Aufgaben sollen mit griffigen Massnahmen und sachgerechten Instrumenten umgesetzt werden. Dazu gehören wesentlich die Mitwirkung in interkantonalen und internationalen Konferenzen und Gremien sowie die Kontaktpflege zu den Zürcher Mitgliedern in der Bundesversammlung.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Leistungsgruppe 1000, E5: Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1)
- Leistungsgruppe 1000, E6: Kantonsinterne und externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2)
- Leistungsgruppe 1000, E7: Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3)
- Leistungsgruppe 1000, E8: Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6)



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Ersatz Informatik-Ausrüstung der Staatskanzlei	0.1	-	-	-	-	-
Beitrag an "Haus der Kantone" Konferenz der Kantonsregierungen, KdK	1.1	-	-	-	-	-
Total Nettoinvestitionen	1.2	-	-	-	-	-

4.2 Finanzielle Entwicklung

4.2.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	2.2	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Aufwand	-21.5	-21.9	-21.1	-21.0	-20.8	-21.0
Saldo	-19.3	-20.8	-20.0	-19.9	-19.7	-19.9
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.0	-	-	-	-	-
Ausgaben	-1.2	-	-	-	-	-
Nettoinvestitionen	-1.2	-	-	-	-	-

4.2.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Staatskanzlei mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	0.0	0.0	0.0 %	0.0 %
Aufwand	0.8	0.9	3.7 %	4.1 %
Saldo	0.8	0.9	3.8 %	4.3 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	0.0	0.0	0.0 %	0.0 %
Ausgaben	0.0	0.0	0.0 %	0.0 %
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0 %	0.0 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Der Ertrag bleibt unverändert.

Aufwand sinkt um 0.8 Mio. Franken oder 3.7 %. Wichtigste Ursache:

- + 0.2 Mio. tiefere Mietkosten an Immobilienamt
- + 1.2 Mio. Kosten für CD-Projekt (Corporate Design) entfallen (Verzicht auf Weiterführung des Projekts)
- 0.1 Mio. Personalkosten, diverse Pensenveränderungen, 50 % Teilzeitstelle für (IDG) die Umsetzung des Informations- und Datenschutzgesetzes
- 0.2 Mio. Kosten für eine mögliche Bundespräsidenten-Wahlfeier
- 0.2 Mio. Kosten für umfangreichere Abstimmungszeitungen und Weisungen
- 0.1 Mio. Kosten für Auslagerung der Informatik Staatskanzlei

Investitionsrechnung

Es sind keine Investitionen geplant.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

In den Jahren 2010 bis 2013 bleibt der Ertrag unverändert.

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Aufwand durchschnittlich um 0.9 Mio. oder 4.1% unter dem Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursachen:

Die Verbesserung betreffen im Wesentlichen den Wegfall der Kosten für das Projekt CD.

Investitionsrechnung

Es sind keine Investitionen geplant.



5. Leistungsgruppen

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	2.2	1.1	0.0	1.1	0.0	1.1	0.0	1.1	1.1	-52.0
Aufwand	-19.7	-21.9	2.9	-21.1	1.0	-21.0	-0.2	-20.7	-21.0	6.7
Saldo	-17.4	-20.9	2.9	-20.0	1.0	-19.9	-0.2	-19.7	-19.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-1.2									-0.2
Nettoinvestitionen	-1.2									-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	67.0	71.8	0.2	72.0	-1.1	72.2	0.4	69.2	69.2	

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, strategische Planung und Berichterstattung, Aussenbeziehungen, Organisation von Anlässen).
- A2 Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG).
- A3 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings	2011	1
E2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2)	2010	1
E3 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6)	2012	2
E4 Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung	2011	3
E5 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1)	2010	4
E6 Kantonsinterne und externe Informationen zu den Außenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2)	2010	4
E7 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3)	2010	4
E8 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6)	2010	4

Indikatoren**Wirkungen**

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet) (A2)	P	248000	250'000	250'000	280'000	280'000	300'000
W2 Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie "Zufriedenheit im E-Government" der Universität Basel (A2)	min.	11	11	3	3	3	3

Leistungen

L1 Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse (A1)	P	2'055	1'900	1'900	1'900	1'900	1900
L2 Anzahl vorbereitete Rekurse (A1)	min.	906	920	1'000	1050	1050	1050
L3 Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (A1)	P	12	15	15	15	15	15
L4 Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen (A1)	P	3547	3870	3900	4000	3900	3900
L5 Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den Eidg. Räten (A1)	P		50	100	100	100	100
L6 Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe (A1)	P	197	238	254	258	272	274
L7 Anzahl Medienkonferenzen (A2)	P	75	75	75	75	75	75
L8 Anzahl Medienmitteilungen (A2)	P	341	350	350	350	350	350
L9 Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5 (A2)	P	24730	20000	24000	25000	24000	24000
L10 Anzahl geleitete überdirektionale Koordinationsgremien (A3)	P	5	5	5	5	5	5
L11 Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (A3)	P		15	20	25	25	25
L12 Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern und extern) (A3)	P	7423285	7275000	7200000	7200000	7200000	7200000

Wirtschaftlichkeit

B1 Ungedekte Kosten pro erledigter Rekurs (A1)	max.	2949	2820	2840	2850	2860	2870
--	------	------	------	------	------	------	------

Leistungsgruppe 1000 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-20.036
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikator L2	

Budget Leistungsgruppe 1000

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Aufgaben sind präziser formuliert worden.
- Der Entwicklungsschwerpunkt "Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren" wurde gestrichen, weil der Regierungsrat am 24.6.2009 beschlossen hat, auf das Corporate Design zu verzichten.

Indikatoren

- Die Indikatoren sind überarbeitet worden, um die Leistungen präziser abzubilden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +0.2 Mio. tiefere Kosten kalk. Miete
- +1.2 Mio. Kosten für das CD-Projekt entfallen
- -0.1 Mio. Personalkosten, diverse Pensenveränderungen, 50 % Teilzeitstelle für IDG
- -0.2 Mio. Kosten für eine mögliche Bundespräsidenten-Wahlfeier
- -0.2 Mio. Kosten für umfangreichere Abstimmungszeitungen und Weisungen
- -0.1 Mio. Kosten für Auslagerung der Informatik Staatskanzlei

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang erhöht sich auf 72.0 Vollzeitstellen
- +0.25 Stellen, diverse Pensenanpassungen sowie 50 % Teilzeitstelle für IDG

Indikatoren

- L9 Der Umfang der Anzahl Zeitungsseiten im Amtsblatt erhöht sich durch die zusätzliche Publikation der Begründungen zu Verordnungen und der Kommissionsvorlagen im Allgemeinen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- 2010, +2.9 Mio., die Kosten für das Projekt Corporate Design entfallen
- 2011, +1.0 Mio., die Kosten für das Projekt Corporate Design entfallen

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 2012 Die drei zusätzlichen Stellen für die Rekursabteilung entfallen
- 2013 Der Beschäftigungsumfang bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Indikatoren

- L4 Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen erhöht sich 2011 vorübergehend wegen den Wahlen.
- L11 Grundlage dieses Indikators bildet das E-Government-Projektportfolio, das 2009 erstmals erstellt wird. Bei den Angaben handelt es sich deshalb um grob geschätzte Werte.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 2010, +2.6 Mio., die Kosten für das Projekt Corporate Design entfallen. Weitere Abweichungen gemäss Budgetentwurf 2010.
- 2011, +1.0 Mio., die Kosten für das Projekt Corporate Design entfallen.

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 2012 Die befristeten drei zusätzlichen Stellen für die Rekursabteilung entfallen
- 2013 Der Beschäftigungsumfang bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Indikatoren

- Die Indikatoren sind überarbeitet worden, um die Leistungen präziser abzubilden.



6. Projekte



Direktion der Justiz und des Innern

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organisation
- 2.2 Zuständigkeiten
- 2.3 Umfeldentwicklung

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übersicht Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Neben der Fortführung der bereits für den vorjährigen KEF relevanten Grossprojekte wie etwa das Polizei- und Justizvollzugszentrum (PJZ) werden in der laufenden KEF-Periode Reformprojekte im Bereich des Gemeindegewesens im Vordergrund stehen. Das Gemeindeamt wird in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat insbesondere die Reform des Gemeindegesetzes vorantreiben. Weitere Projekte in diesem Bereich sind die Revision des Erwachsenenschutzrechts und die Erarbeitung eines Gemeindeberichts. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung und die damit zu koordinierenden Anpassungen der kantonalen Gerichtsordnung und des Verfahrensrechts an das neue Bundesgerichtsgesetz, die eidgenössische Zivil- und die eidgenössische Strafprozessordnung werden das Generalsekretariat weiter intensiv beschäftigen. Das Projekt elektronische Langzeitarchivierung wird die Direktion (v.a. Staatsarchiv und LFC) auch die nächsten Jahre begleiten.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-622	-629	-637	-
KEF 2010-2013	-617	-626	-637	-643
Veränderung	+5	+3	0	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-19	-16	-11	-
KEF 2010-2013	-18	-17	-18	-5
Veränderung	+1	-1	-7	-

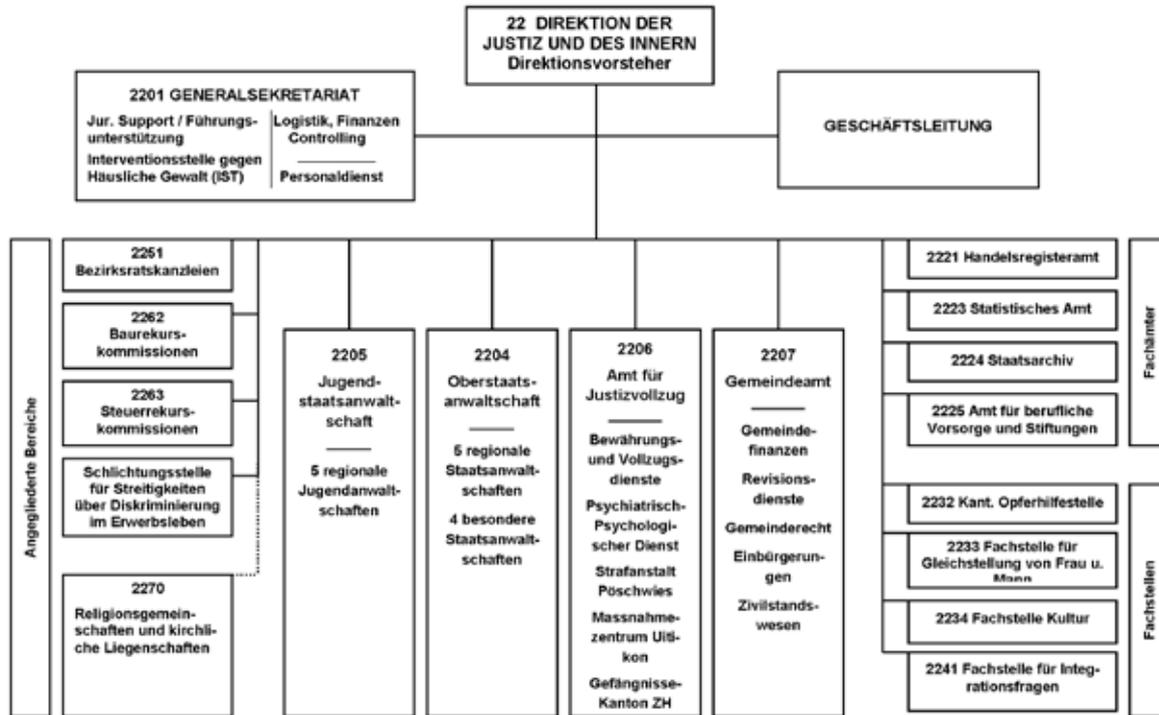
Die finanzielle Entwicklung zeigt im Vergleich zur Vorjahresplanung beim Saldo Laufende Rechnung folgendes Bild:

- Die höheren Einnahmen aus Entgelten und Erträgen - insbesondere aus Bussen und Geldstrafen in der Strafverfolgung - sowie aus internen Verrechnungen tragen in den Jahren 2010 bis 2012 mit insgesamt 7.3 Mio. Franken zur Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen bei.
- Die Auswirkung des Novemberbriefes trägt 12.0 Mio. Franken zur Verschlechterung gegenüber dem Vorjahres-KEF bei. Der übrige Sachaufwand nahm und rund 5 Mio. Franken über alle drei Jahre zu.
- Der Personalaufwand nimmt trotz Zunahme der Personalstellen infolge der niedrigeren Vorgaben zur Lohnerhöhung gegenüber dem Vorjahres-KEF um insgesamt 1.1 Mio. Franken über alle drei Jahre ab.
- Die Rückerstattungen des Steuerausgleichs nehmen um 13.1 Mio. Franken zu.
- Alle übrigen Aufwandsteigerungen (Abschreibungen -2.2 Mio. Franken) und Aufwandsenkungen (+6.1 Mio. Franken) führen zum insgesamt erfreulichen Resultat einer Verbesserung der Erfolgsrechnung insgesamt gegenüber der letztjährigen Planung.

In der Investitionsrechnung führten Investitionsprojekte im Bereich Informatik sowie das Umbauprojekt des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU) zu Mehrkosten. Ebenso zu Mehraufwendungen führen die Deckensanierungen der Klosterkirche Rheinau und die Kosten für das Nachfolgeprojekt Opus one infolge zeitlicher Verschiebung.



2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen



Direktion der Justiz und des Innern

2.1 Organisation

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in die drei grossen Bereiche Strafverfolgung (Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege), Justizvollzug und Gemeindeangelegenheiten, sodann in die Gruppen Fachstellen und Fachämter sowie die sogenannten angegliederten Bereiche unterteilt. Der Direktionsvorsteher führt die Direktion mit Hilfe des Generalsekretariates (Support Führung und Recht, Personaldienst, Logistik/Finanzen/Controlling/Informatik) und einer Geschäftsleitung.

Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege

Dieser Bereich umfasst die Oberstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaften, die Jugendstaatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaften. Kernaufgabe dieser Organisationseinheiten ist die Strafverfolgung. Bei der Jugendstrafrechtspflege steht zusätzlich die Integration der jugendlichen Straftäterinnen und Straftäter im Mittelpunkt. Dieser Leitidee folgend ist die Jugendstrafrechtspflege auch für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständig.

Amt für Justizvollzug

Das Amt für Justizvollzug umfasst die Abteilungen Vollzug und Bewährung, den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst, das Massnahmenzentrum Uitikon, die Strafanstalt Pöschwies, die Hauptabteilung Gefängnisse, das Vollzugszentrum Urdorf sowie die Halbgefängenschaft Winterthur. Kernaufgabe dieses grossen Geschäftsfeldes ist der Vollzug von Strafen und Massnahmen an Erwachsenen, inklusive der erforderlichen Nachbetreuung.

Gemeindeamt

Hier sind die Abteilungen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen, Einbürgerungen, Zivilstandswesen und Revisionsdienste zusammengefasst. Durch die Vernetzung der Strukturen werden im Geschäftsfeld Ge-



meinden alle Aufgaben und Geschäftsvorfälle mit kommunalem oder interkommunalem Kontext zusammengefasst, koordiniert und im Sinne eines eigentlichen Kompetenzzentrums gestaltend betreut.

Fachämter

Die Fachämter sind Amtsstellen mit hoher fachlicher Selbständigkeit. Sie haben einen eigenen Prozessbereich und eigene Klientel. Zu den Fachämtern gehören das Handelsregisteramt, das Staatsarchiv, das Statistische Amt sowie das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen.

Fachstellen

Die Fachstellen sind selbständige, kleine Organisationseinheiten, welche übergreifend für die ganze Direktion oder für die gesamte kantonale Verwaltung tätig sind. Hierzu gehören die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, die Fachstelle Kultur, die kantonale Opferhilfestelle und die Fachstelle für Integrationsfragen.

Angegliederte Bereiche

Die sogenannten angegliederten Bereiche sind in aller Regel der Direktion lediglich administrativ zugeordnet. Ihre Führungsinstanzen sind zum Teil nicht in die Hierarchie der Direktion eingebunden und werden vom Volk, Kantonsrat oder Regierungsrat direkt gewählt. Hierzu gehören die Bezirksräte, die Baurrekurskommissionen, die Steuerrekurskommissionen und die Kirchen. Mit dem Inkrafttreten des Kirchengesetzes am 1. Januar 2010 erhalten die Kirchen erhöhte Autonomie und gelten nicht mehr als abgegliederte Bereiche. Die Baurekurs- und die Steuerrekurskommissionen sollen ab 2011 dem Verwaltungsgericht unterstellt werden.

2.2 Zuständigkeiten

Die Direktion der Justiz und des Innern sorgt für

- die Förderung der objektiven und subjektiven Sicherheit
- die gesellschaftliche Integration
- die Sicherstellung des Rechts als Ordnungs- und Steuerungsinstrument sowie der Rechtsentwicklung (Stärkung der integrativen Funktion des Rechts)
- die Überprüfung und Stärkung der föderalistischen Staatsstrukturen
- die Verbindung und den Kontakt zu den Religionsgemeinschaften im Kanton

2.3 Umfeldentwicklung

In der modernen Gesellschaft wird eine abnehmende Wirkung des Rechts beklagt. Der Grund liegt darin, dass der Staat auf Voraussetzungen beruht, die er selbst nur schwer schaffen kann. Es sind die gesellschaftlichen Ordnungssysteme, die an Wirksamkeit verlieren. Die normative Kraft von gesellschaftlichen Gruppierungen wie Familie, Arbeitswelt oder Nachbarschaft lässt nach und es findet ein Zerfall gesamtgesellschaftlicher Ordnungsgefüge in Teilordnungen der pluralistischen Gesellschaft statt. Durch diese Entwicklung gewinnt das Recht aber neu an Wichtigkeit. Will der Staat nicht in Teilordnungen zerfallen und soll sozialer Fortschritt durchgesetzt werden können, wird es entscheidend auf das Recht ankommen. Die traditionelle Gesetzgebung vermag diesen Anforderungen aber nicht immer gerecht zu werden. Sie hat zudem vermehrt ökonomische Aspekte der staatlichen Steuerungsprozesse zu berücksichtigen. Dezentrale Staatsstrukturen geraten wegen gestiegener Anforderungen und der damit verbundenen Forderung nach mehr Effizienz und Effektivität immer stärker unter Druck. Mitwirkende in Milizstrukturen sowie Bürgerinnen und Bürger artikulieren zunehmend Enttäuschung oder Besorgnis über das Auseinanderschieren von demokratischen Wertvorstellungen und erzielbaren Wirkungen.

Integration und Identitätsfindung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen stehen im Spannungsfeld von zunehmender Individualisierung sowie von Partikulärinteressen verschiedenster Gruppierungen.

Die zunehmende Immigration gut Ausgebildeter als Folge der Personenfreizügigkeit und der wachsenden Nachfrage nach Spezialisten der Wissensökonomie in den Zürcher Schwerpunktbranchen stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Die Integration wird von den Gemeinden zunehmend auch als Herausforderung und als Gemeindeaufgabe wahrgenommen.



Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt:

- zu einer Steigerung der Kriminalitätsrate und stellt erhöhte Anforderungen an den Justizvollzug. Es ist sodann mit einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen, was sich erfahrungsgemäss auch negativ auf die Jugendkriminalitätsentwicklung auswirkt. Insbesondere Jugendliche mit ungenügendem oder fehlendem Schulabschluss und einem belasteten persönlichen Hintergrund werden es noch schwieriger haben, eine Arbeits- oder Lehrstelle zu finden.
- dazu, dass die Wirtschaft Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie als überflüssig betrachtet und einstellt.
- bei vielen Vorsorgeeinrichtungen zu markant gesunkenem Deckungsgrad. Es ist sowohl bei privaten Unternehmen als auch bei öffentlichen Betrieben ein erheblicher finanzieller und personeller Aufwand zur Bewältigung der Unterdeckungs- und Sanierungsfälle in Vorsorgeeinrichtungen zu erwarten.

Die Umsetzung des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (z.B. Ersatz der kurzen Freiheitsstrafen durch bedingte Geldstrafen) führt zu einer öffentlichen Diskussion über die präventive Wirkung der Strafjustiz und des Strafvollzugs und fördert damit die Verunsicherungen der Bevölkerung. Die Diskrepanz zwischen der öffentlichen und der Fachmeinung hinsichtlich Zielsetzung, Massnahmen und Wirkung von Strafjustiz und Justizvollzug wächst.

Die Umsetzung der revidierten Bestimmungen des Zivilgesetzbuchs zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht erfordern umfangreiche organisatorische Massnahmen auf Kantonsebene.

Auch die vom Bund vorgesehene Vereinheitlichung des Jugendstrafverfahrens wird einige grössere Anpassungen der zürcherischen Behördenorganisation nach sich ziehen.

Die rasche Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnet einerseits Möglichkeiten für neue Formen der Kriminalität (Internetkriminalität wie z.B. Cyberbullying etc) und stellt die Strafverfolgung vor neue Herausforderungen (z.B. neues Know-How bei den Ermittlungspersonen und Untersuchungsbehörden). Andererseits erfordert die zunehmende Komplexität der technologischen Entwicklung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben zentrale Lösungen.

Technologieentwicklung und Mobilität verändern die Lebensgewohnheiten. Das städtische Umfeld richtet sich verstärkt auf ein 24-Stunden-Konsumverhalten aus, und wird damit zum Ausgangspunkt neuer Ausprägungen urbaner Kriminalität.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1: Objektive und subjektive Sicherheit durch Schwerpunktsetzung, die Verfolgung bereichsübergreifender Zielsetzungen und eine vernetzte Deliktprävention fördern (LZ RR 16)

Die erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität erfordert zunehmend eine ämter- und fachübergreifende Zusammenarbeit sowohl im Bereich der Repression als auch im Bereich der Prävention.

Die Rückfall- und Gewaltprävention ist eine der zentralen Kernaufgaben des Justizvollzugs. Die diesbezüglichen Bemühungen sollen in den Institutionen des Justizvollzugs weiter verstärkt und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden.

Für die jugendstrafrechtlichen Sanktionen gemäss neuem Recht (insb. Freiheitsentzug und geschlossene Unterbringung) fehlen im Kanton Zürich geeignete Vollzugsplätze. Mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur (Aus- und Umbau MZU) soll der Vollzug der Sanktionen gemäss neuem Recht sichergestellt werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft (LG 2204; E2)
- Gründliche Überprüfung und Optimierung der Bekämpfung der Gewaltkriminalität (Abläufe, Datentransfer, institutionalisierter Informationsaustausch, Höhe der beantragten bzw. ausgefallten Sanktionen etc.) durch die Strafverfolgung Erwachsene und die Jugendstrafverfolgung gemeinsam mit Polizeikorps, Gerichten und Justizvollzug (LZ RR 16.2) (LG 2205 und 2206)
- Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen: Im Bereiche der Wirtschaftskriminalität durch das Konzept ‚Untersuchungsführung als Projekt‘ die Qualität und Effizienz der Strafverfolgung und die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und Polizei verbessern; die Konzepte für die Verfolgung von übermässigen Depotumschichtungen bei Anlagegeschäften ‚Churning‘, des Missbrauchs von Mantelgesellschaften und zur Bekämpfung des Versicherungsbetruges (insbesondere des organisierten Sozialversicherungsbetruges) sind umzusetzen und weiterzuentwickeln; durch eine verstärkte Vermögenseinziehung sollen durch Delikte erzielte Vorteile entzogen und Geschädigten zurückerstattet werden oder der Staatskasse verfallen; Bekämpfung von Auswüchsen urbaner Kriminalität insbesondere auch zusammen mit der Stadtpolizei Zürich (Erhaltung oder Rückgewinnung von Lebensqualität für die betroffene Bevölkerung und Verbesserung des Sicherheitsempfindens breiter Bevölkerungskreise); die kriminellen Auswüchse, die mit und auf dem Internet möglich sind, erkennen und deren Folgen rechtzeitig bekämpfen; im Bereich der Jugendgewalt sind durch geeignete Massnahmen (z.B. gezielte Suche nach Rädelsführern) delinquente Gruppen zu identifizieren und diese aufzulösen und deren Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen (LZ RR 16.3) (LG 2204; E3)
- Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) (LG 2201; E8) (LG 2204; E5)
- Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs verstärken durch Projekte und Programme der Bewährungs- und Vollzugsdienste und des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes sowie der Weiterentwicklung und Differenzierung der betrieblichen und personellen Kapazitäten (Neueröffnung Gefängnis Limmattal in Dietikon, Aus- und Umbau des Massnahmenzentrums, Vollzug stationärer Massnahmen gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB in der Strafanstalt Pöschwies, Vorbereitungsarbeiten für das Polizei- und Justizzentrum Zürich) (LZ RR 16.5) (LG 2206; E1)
- Optimierung der ämter- und fachübergreifenden Zusammenarbeit speziell hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention (LG 2206; E5)
- Zur Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt „Junge Intensivtäter“ vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6) (LG 2205; E3)
- Früherkennung von Delinquenzpotential und Gewaltprävention durch Implementierung der zeitnahen Kinderansprache in Fällen von häuslicher Gewalt (direkt auf Polizeiintervention folgende Kinderansprache bis zur vormundschaftlichen Abklärung von allenfalls notwendigen Kinderschutzmassnahmen) (LG 2201)

**Ziel 2: Mit verbesserter gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken (LZ RR 13)**

Aufgrund der Tatsache, dass eine erfolgreiche Integration sowohl vom Staat als auch von den Betroffenen ein aktives Verhalten verlangt, soll die Bevölkerung regelmässig über die Integrationspolitik, die Chancen und Risiken der Migration, die Fortentwicklung der Integrationsmassnahmen und die Optimierung der Projekte breit und sachlich informiert werden, um Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen. Dabei sind eine zielgruppenspezifische Information sowie eine breite Palette verschiedenster Massnahmen vorgesehen, die von den Betroffenen einen aktiven Beitrag verlangen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Information zu Migration und Integration verbessern (z.B. Infobroschüre für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger; Sprachkurse; lokale Integrationsangebote; regelmässige Treffen mit den Schlüsselpersonen aus den Migrantenvereinen; regelmässiger Informationsaustausch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden etc.) und Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ weiterführen bis eine nationale Informationskampagne 2011/2012 umgesetzt werden kann (parallel durch kantonale Angebote ergänzt) (LZ RR 13.1) (LG 2241; E4)
- Aktive Integrationsbereitschaft fördern und fordern (LZ RR 13.2) (LG 2241; E3)
- Die Übernahme von Integrationsaufgaben durch die Gemeinden durch die Bereitstellung von Integrationsmodulen fördern (LG 2241; E1)

Ziel 3: Mit der konsequenten Umsetzung der Kantonsverfassung die integrative Funktion des Rechts verstärken und den Zusammenhalt in der Bevölkerung verbessern

Die Umsetzung der Justizreform des Bundes hat Auswirkungen auf das kantonale Recht. Mit der neuen Kantonsverfassung wurden sodann die Grundlagen für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft im Kanton nach mehrjähriger Vorbereitungsarbeit neu kodifiziert.

Die konsequente Umsetzung der Bundesgesetzgebung sowie der neuen verfassungsrechtlichen Grundordnung auf Gesetzes- und Verordnungsstufe stärkt die demokratische Legitimationskraft der Rechtserlasse. Gleichzeitig sind die Grenzen der Regulierbarkeit durch die Rechtsetzung aufzuzeigen, und das Verhältnis zu den ökonomischen Steuerungsinstrumenten ist zu klären.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Betrieb Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung (LG 2201; E1)
- Neuordnung kantonale Behördenorganisation und kantonales Verwaltungsverfahrenrecht (Rechtsweggarantie und Kantonsverfassung) (LG 2201; E3)
- Neuordnung kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen (LG 2201; E8) (LG 2204; E5)
- Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (LG 2207; E1)
- Totalrevision Gemeindegesetz (LZ RR 7.1) (LG 2207; E3)
- Revision Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (LG 2207; E7)
- Konsolidierung E-Voting (LG 2223; E4)
- Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes (LG 2201; E2) (LG 2223; E1)

Ziel 4: Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken (LZ RR 7)

Die Gemeinden sollen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen. Der Kanton unterstützt die Gemeinden bei der Reform der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit. Er nimmt eine einheitliche Haltung gegenüber den Gemeinden ein und sorgt für klare rechtliche Rahmenbedingungen sowie eine effiziente Infrastruktur. Zu diesem Zweck koordiniert er seine Massnahmen mit Auswirkungen auf die Gemeinden und stellt die notwendigen Informationen bereit.

Der innerkantonale Finanzausgleich soll revidiert werden. Er soll die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden schaffen und negative Anreize für die Anpassung der Gemeindestrukturen an veränderte Verhältnisse beseitigen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Totalrevision Gemeindegesetz (LZ RR 7.1) (LG 2207; E3)
- Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (LZ RR 7.4) (LG 2207; E5)
- Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (LZ RR 7.2) (LG 2207; E2)
- Haushaltsführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten (LG 2207; E4)
- Verbesserung der Datenlage über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkungen in den Gemeinden (Gemeindeportrait) (LZ RR 7.3) (LG 2207; E6)

Ziel 5: Die Bestrebungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie koordinieren

Mit dem Ende 2008 vom Regierungsrat eingesetzten Koordinationsgremium Vereinbarkeit Beruf und Familie soll die Vereinbarkeitspolitik des Regierungsrats durch eine gesamtheitliche Konzeption gesteuert werden.

Besonderes Gewicht gilt der verstärkten Ausrichtung der Vereinbarkeitspolitik auf Aktivitäten in der Wirtschaft.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Durch Koordination zwischen den zuständigen Direktionen eine gesamtheitliche Konzeption von Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in allen Handlungsfeldern ermöglichen sowie die Abstimmung und Steuerung von Massnahmen verbessern (z.B. familienergänzende Kinderbetreuung; familienfreundliches Steuer- und Sozialleistungssystem, das keine negativen Anreize betr. Erwerbstätigkeit von Mütter und Vätern setzt; familienfreundliche Unternehmens- bzw. Arbeitgeberpolitik) (LZ RR 12.4) (LG 2233; E2)
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie als integralen Bestandteil der Personalpolitik der JI verankern und umsetzen, indem selbst aktiv Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergriffen werden (z.B. Teilzeitarbeit fördern; Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen; Unterstützung bei familienergänzender Kinderbetreuung anbieten und ausbauen; Laufbahnplanung für werdende und junge Eltern) (LG 2233; E1)
- Die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Thematik Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch gezielte zielgruppenadäquate Massnahmen sensibilisieren und letztere motivieren, Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie trotz Finanz- und Wirtschaftskrise weiter zu verfolgen (Einsatz der Promotorin und des Promotors der Vereinbarkeit in Unternehmen, Instrument zur Messung des Familienbewusstseins von Unternehmen, Informationsplattform für Best Practice; Kampagnen; Beratung und Unterstützung bei der Einführung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen etc.) (LG 2233; E2)

Ziel 6: Förderung eines breiten und hoch stehenden Kulturangebots (LZ RR 15)

Der Kanton fördert (subsidiär zu den Gemeinden und Städten) ein eigenständiges und vielfältiges kulturelles Schaffen. Die Schwerpunkte der kantonalen Kulturförderung betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden und andererseits überregionale Anliegen. Gemeinden, die Strukturen für ein vielfältiges Kulturleben schaffen und erhalten beziehungsweise kulturelle Projekte initiieren, sollen verstärkt auch bei risikoreichen Vorhaben unterstützt werden. Daneben ist der für die traditionsreichen Kulturinstitute erreichte Standard zu erhalten.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt kommunale Eigeninitiativen/regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1) (LG 2234; E2)
- Umsetzung der Kulturlastenvereinbarung bei Inkrafttreten 2010 (Luzern, Schwyz, Zug, Uri, Aargau) (LG 2234)



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Erweiterung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	22.1	2006	2007	2008 - 2013

4.2 Übersicht Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Umbau/Erweiterung Staatsarchiv	0.9	-	-	-	-	-
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	1.8	4.0	5.7	5.0	5.0	0.1
Übrige Sicherheits- u. Erneuerungsinvestitionen Amt für Justizvollzug	2.6	5.4	2.4	3.3	4.4	2.9
Diverse Informatikinvestitionen	-	0.6	5.1	3.1	2.5	1.1
Bauprojekt Opernhaus Parking	-	2.0	3.0	3.0	3.5	
Übrige Investitionsvorhaben und Investitionsbeiträge	1.1	2.1	2.2	2.5	2.3	1.3
Total Nettoinvestitionen	6.4	14.1	18.4	16.9	17.7	5.4

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
Erweiterung Staatsarchiv	2000	2005-2008	- 3.0
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	2008	2009-2013	- 3.0



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	513.8	449.4	448.2	428.7	430.2	430.6
Aufwand	-1106.8	-1'066.5	-1'065.6	-1054.4	-1'067.2	-1'073.6
Saldo	-593.0	-617.1	-617.4	-625.7	-637.0	-643.0
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	1.3	1.4	2.4	1.3	1.4	1.1
Ausgaben	-7.7	-15.5	-20.8	-18.2	-19.1	-6.5
Nettoinvestitionen	-6.4	-14.1	-18.4	-16.9	-17.7	-5.4

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Direktion für Justiz und des Inneren mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	-1.1	-15.0	-0.3 %	-3.3 %
Aufwand	+0.9	+1.3	+0.1 %	+0.1 %
Saldo	-0.2	-13.7	-0.1 %	-2.2 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	1.1	0.2	78.8 %	12.1 %
Ausgaben	-5.4	-0.7	-34.9 %	-4.7 %
Nettoinvestitionen	-4.3	-0.5	-30.6 %	-4.0 %

a) Entwicklung Budget 10 zu Budget 09

Erfolgsrechnung

Sowohl Ertrag und Aufwand sind beeinflusst durch die Veränderung von 5.0 Mio. Franken beim Steuerkraftausgleich sowie der durchlaufenden Beiträge von 2.2 Mio. Franken.

Der Saldo der Erfolgsrechnung verschlechtert sich um -0.2 Mio. Franken; die wichtigsten Ursachen sind:

- Zunahme Personalkosten um -7.1 Mio. Franken, davon -5.4 Mio. durch Erhöhung Personalbestand (Amt für Justizvollzug -2.5, Staatsarchiv-1.4, Handelsregisteramt -0.3, Fachstelle Integration -0.3, übrige -0.9)
- Zunahme Leistungen der Fachstelle Opferhilfe um -1.1 Mio. Franken, Wertberichtigungen auf Forderungen -1.1 Mio. Franken und übrige Sachaufwendungen -1.4 Mio. Franken sowie Abnahme übriger Aufwand +0.5 Mio. Franken.
- Zunahme der Rückerstattungen von Steuerfussausgleich +6.1 Mio. Franken.



- Zunahme Einnahmen aus Entgelten und internen Verrechnungen +3.9 Mio. Franken.

Nettoinvestitionen

Informatikprojekte und Ersatz Informatik-Arbeitsplätze sowie der Um- und Erweiterungsbau MZU führen im wesentlichen zu den höheren Nettoinvestitionen.

b) Entwicklung in den Planjahren

Erfolgsrechnung

Die Beeinflussung sowohl des Ertrages als auch des Aufwandes durch die Reduktion von 20.0 Mio. Franken beim Steuerkraftausgleich und der durchlaufenden Beiträge von 3.7 Mio. Franken ausgeschlossen, liegt die durchschnittliche Erhöhung der Einnahmen bei +8.7 Mio. Franken und der Ausgaben bei -22.4 Mio. Franken. Damit verschlechtert sich der Saldo im Schnitt um -13.7 Mio. Franken. Die wichtigsten Ursachen der Veränderungen im Schnitt der Jahre 2010 - 2013 sind:

- Zunahme Personalaufwand gemäss Vorgaben -2.8 Mio. Franken (Teuerungsausgleich -2.1 Mio. Franken, Beförderungen -0.7 Mio. Franken).
- Zunahme Personalaufwand -11.6 infolge struktureller Änderung wie Eröffnung Gefängnis Limmattal sowie durch weitere personelle Aufstockungen im Amt für Justizvollzug, vor allem durch den Erweiterungsbau MZU, die Übernahme der Aufsicht über die Sammeleinrichtungen vom Bund durch das Amt für berufliche Vorsorge sowie zusätzliches Personal im Staatsarchiv und weiteren Bereichen.
- Zunahme der Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen von +2.4 Mio. Franken.
- Zunahme der kulturellen Beiträge um -4.3 Mio. Franken (im wesentlichen Opernhaus und Theater Kanton Zürich) und Abnahme der Staatsbeiträge an Kirchen +2.7 Mio. Franken und der übrigen Staatsbeiträge +1.8 Mio. Franken.
- Veränderungen der übrigen Aufwendungen wie Sachaufwand -3.8 Mio. Franken, Opferhilfe-Beiträge -1.2 Mio. Franken, Wertberichtigungen auf Forderungen -1.5 Mio. Franken und Abschreibungen -1.6 Mio. Franken.
- Zunahme des Ertrages von +6.3 Mio. Franken, der im wesentlichen auf die höheren Entgelteinnahmen und Einnahmen aus internen Verrechnungen zurückzuführen sind.

Nettoinvestitionen

Informatikinvestitionen (neue Arbeitsplätze und Informatikprojekte), Erweiterungsbau MZU, Investitionen im Bereich Kirchen und Kultur führen zu durchschnittlich 0.6 Mio. Franken Mehrinvestitionen.



5. Leistungsgruppen

- 2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen**
- 2204 Strafverfolgung Erwachsene**
- 2205 Jugendstrafrechtspflege**
- 2206 Amt für Justizvollzug**
- 2207 Gemeindeamt**
- 2215 Finanz- und Lastenausgleich**
- 2221 Handelsregisteramt**
- 2223 Statistisches Amt**
- 2224 Staatsarchiv**
- 2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen**
- 2232 Fachstelle Opferhilfe**
- 2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich**
- 2234 Fachstelle Kultur**
- 2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen**
- 2251 Bezirksräte**
- 2262 Baurekurskommissionen**
- 2263 Steuerrekurskommissionen**
- 2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	12.8	12.3	1.7	14.0	1.8	14.0	1.8	14.0	14.0	9.2
Aufwand	-18.7	-20.0	-0.5	-21.1	-0.2	-21.4	-0.2	-22.2	-22.9	22.6
Saldo	-5.9	-7.7	1.3	-7.1	1.6	-7.4	1.5	-8.2	-8.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.6	-1.3	-5.1	-2.3	-3.1	-1.7	-2.5	-1.1	-2.1
Nettoinvestitionen		-0.6	-1.3	-5.1	-2.3	-3.1	-1.7	-2.5	-1.1	-2.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	49.3	53.6	3.4	57.0	3.4	57.0	3.4	57.0	57.0	

Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Support bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifende Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
- A2 Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt angegliedert.
- A3 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.
- A4 Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion JI für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
- A5 Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb ServiceCenter Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), ServiceCenter PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJJ-Datenbank und e-Voting Kanton Zürich.

Entwicklungsschwerpunkte

	Direktionsziel Nr.	
	bis	
E1 Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung	2010	3
E2 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2011	3
E3 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Verwaltungsverfahrenrecht an die Vorgaben des Bundes (Rechtsweggarantie) und der Kantonsverfassung anpassen	2010	3
E4 Rückgaben Kirchen-Liegenschaften	2012	4
E5 Qualitätsförderung der Führungsarbeit	2010	0
E6 Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit	2011	0
E7 Projekt neues Rechenzentrum PJJ (Planung, Realisierung)	2012	0
E8 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen (LZ RR 16.4)	2010	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Direktionsvorsteher (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut
W2 Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Rückmeldungen) (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut	>gut
W3 Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden (A1)	P	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%
W4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle 3 Jahre)		-	-	-	-	-	-
W5 - generell (ganze Direktion) (A1)	min.	gut	-	-	-	gut	-
W6 - Personaldienst (A3)	min.	gut	-	-	-	gut	-
W7 - ReWe/Controlling, Logistik (A4)	min.	gut	-	-	-	gut	-
W8 - IT (A4)	min.	90%	-	-	-	gut	-
W9 - Support Führung und Recht (A1)	min.	gut	-	-	-	gut	-
W10 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren (A3)	P	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%	<10%

Leistungen

L1 Rekurs erledigungen (inkl. Begnadigungen) (A1)	min.	165	150-200	150-200	150-200	150-200	150-200
L2 Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte (A1, A2)	min.	98	100	100	100	100	100
L3 Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozent Gesamtführungskräfte (A3)	min.	85%	90%	90%	90%	90%	90%
L4 Personalreporting durchführen (A3)	min.	1 x	1 x	1 x	1 x	1 x	1 x
L5 Betreuung PC-Arbeitsplätze (A4)	P	1'450	1'422	1'432	1'435	1'439	1'439
L6 Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 09) (A4)	P	-	28	28	28	28	28

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten) (A1)		22 Tage	1	1	1	1	1
B2 Kosten Basis-Arbeitsplatz JI (A4)		1'750	1'750	1'750	1'750	1'750	1'750

Leistungsgruppe 2201 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.133
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.050
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 2201
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Indikatoren

Wirtschaftlichkeit

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
B3 Gesamt-Kosten PC-Arbeitsplatz JI (A4)	8'350	7'960	7'960	7'960	7'960	7'960

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Koordinationsarbeiten für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung (E1) sind voraussichtlich Ende 2010 beendet.
- Das GS unterstützt die zuständige Kommission des Kantonsrats bei der Behandlung der im Rahmen der E3 und E8 erarbeiteten Gesetzesvorlagen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Gesamtbudget vermindert sich im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 0.6 Mio im Saldo. Es steigert sich um den Wert der vorgegebenen Erhöhung der Gehälter und der Teuerung, der personellen Mutationen sowie durch höhere Ausgaben im Bereich der Sachkosten, aufgrund der Gesamterneuerung des Rechtsinformationssystems (RIS). Mehr PC-Arbeitsplätze sowie die Verrechnung der neuen Aufgaben des SC Lotus Notes erhöhen die internen Erträge.

Investitionsrechnung

- Das seit 2000 in Betrieb stehende Rechtsinformationssystem (RIS) muss einer Gesamterneuerung unterzogen werden. Die Entwicklungskosten gehen zu Lasten der Investitionsrechnung.
- Im Jahr 2010 ist ein Rollout neuer Informatik-Arbeitsplätze vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme aufgrund zusätzlicher Auditoren sowie einer zusätzlichen Entwicklerstelle (Informatik).

Indikatoren

- Keine Änderungen bei den bereits bestandenen Indikatoren.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung sowie durch die höheren Abschreibungen und Zinsen aufgrund des hohen Investitionsbedarfs.

Investitionsrechnung

- Das seit 2000 in Betrieb stehende Rechtsinformationssystem (RIS) muss einer Gesamterneuerung unterzogen werden. Die Entwicklungskosten gehen zu Lasten der Investitionsrechnung.

Indikatoren

- Voraussichtlich keine wesentlichen Änderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Verbesserung des Saldos ist auf die Erhöhung internen Erträge zurückzuführen. Dem gegenüber stehen die Erhöhung der Personalkosten gemäss Vorgaben, sowie zusätzliche Stellen und Sachkosten bedingt durch neue Aufgaben. Dies betrifft auch die Dienstleistungen Dritter.
- Die Beiträge an die jüdischen Gemeinden werden neu dem Buchungskreis 2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften belastet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	23.9	19.6	1.8	21.3	2.0	21.6	2.3	21.8	22.1	-7.6
Aufwand	-90.1	-86.3	-0.8	-88.7	-0.6	-89.5	-1.3	-91.2	-92.7	3.0
Saldo	-66.1	-66.7	1.0	-67.3	1.4	-67.9	1.0	-69.3	-70.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Nettoinvestitionen		-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	309.7	315.1	-3.1	319.0	2.9	327.0	1.9	327.0	333.0	

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung und entscheidet bis 2011 über Verfahrensrekurse.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verbesserung der Alterstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)	2013	1
E2 Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft	2013	1
E3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen (LZ RR 16.3)	2011	1
E4 Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung	2011	1
E5 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat)	2011	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (ab 07)	P	34.5 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %	<= 35 %
W2 Anteil erstmaliger Strafbefehle (ab 07)	P	78.6 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %	>= 75 %
W3 Zugelassene Anklagen (ab 07)	min.	98.5 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %	>= 95 %

Leistungen

L1 Anklagen	P	2'369	2'000	2'000	1'500	1'500	1'500
L2 Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	P	9'198	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000
L3 Strafbefehle	P	12'028	11'500	11'500	12'000	12'000	12'000
L4 Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	P	23'595	21'500	21'500	21'500	21'500	21'500
L5 Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	150	200	200	25	25	25
L6 Pendenzen total	max.	8'229	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
L7 Pendenzen älter als 1 Jahr	max.	11.9 %	12.5 %	12.0 %	11.5 %	11.5 %	11.5 %
L8 Pendenzen älter als 2 Jahre	max.	3.2 %	3.6 %	3.4 %	3.2 %	3.0 %	3.0 %

Wirtschaftlichkeit

B1 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	P	2'476	2'741	2'848	2'874	2'927	2'978
B2 Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 07)	P	19'884	23'806	23'946	24'161	24'612	25'042
B3 Bruttoaufwand pro erledigten Fall total in Fr. (ab 07)	P	3'611	4'015	4'124	4'161	4'239	4'313

Leistungsgruppe 2204 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-67.346
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150
Leistungsindikatoren L6, L7 und L8	

Budget Leistungsgruppe 2204

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die eidgenössische Strafprozessordnung tritt anfangs 2011 in Kraft. Der Bereich Strafverfolgung Erwachsene erarbeitet die notwendigen Grundlagen (z.B. Regelung der Abläufe mit Schnittstellenpartnern, Festlegung der Ausbildungsmodule etc.) um eine möglichst reibungslose Umsetzung gewährleisten zu können. Er ist auch in die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung involviert.
- Der Regierungsrat legte Schwerpunkte in der Strafverfolgung fest, um die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei weiter zu intensivieren. Ein Bericht (Frühjahr 2009) liegt vor, neben der Rückschau werden dem RR Vorschläge für neue Schwerpunkte unterbreitet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung ergibt sich aus den KEF-Vorgaben zur Personalaufwandsplanung, zur Teuerung und des Ressourcenbedarfs (Personalaufstockung und Sachaufwand) für neue Projekte. Eine Entlastung für das Jahr 2010 ergab sich aufgrund der Verschiebung der Inkraftsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung ins Jahr 2011. Die Dienstleistungen Dritter bleiben unverändert.
- Bei den Bussen und Geldstrafen wurden die Werte aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2007/2008 erhöht.
- Für Wertberichtigungen auf Forderungen gemäss IPSAS-Rechnungslegung wurden Fr. 1.0 Mio. eingeplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Bei den Personalstellen sind auch Aushilfen, befristete und über Rücklagen finanzierte Stellen enthalten.

Indikatoren

- Vorrangiges Ziel bleibt eine Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die zusätzlichen Aufgaben, welche die Schweizerische Strafprozessordnung mit sich bringt, wurde ab 2011 eine Personalerhöhung eingeplant (vgl. auch Personal (Beschäftigungsumfang)).
- Für Wertberichtigungen auf Forderungen gemäss IPSAS-Rechnungslegung wurden Fr. 1.0 Mio. im 2011 und Fr. 1.5 Mio. im 2012/13 eingestellt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Neue Stellen ergeben sich v.a. im Zusammenhang mit der Eidgenössischen Strafprozessordnung. Es handelt sich um Aufgaben, welche sich mit der Bestellung etc. von amtlichen Verteidigern und unentgeltlichen Rechtsbeiständen ergeben sowie wegen der neu bei den Strafverfolgungsbehörden angesiedelten Ehrverletzungsklagen. Wegen der persönlichen Anklagevertretung bei Anträgen von mehr als 1 Jahr durch den Staatsanwalt, neu auch bei geständigen Angeklagten, und der beschränkten Unmittelbarkeit im gerichtlichen Verfahren rechnen wir mit einem Zusatzbedarf. Insgesamt wurden 9 Stellen im Jahr 2011 und 6 Stellen im Jahr 2013 eingeplant. Derzeit ist die Planung noch mit Unsicherheiten behaftet, da die Vernehmlassung des Gerichtsorganisationsgesetzes durchgeführt wird. Hier werden verschiedene Punkte geklärt, insbesondere die Einführung von Assistenzstaatsanwälten und stellvertretenden Staatsanwälten, die Eröffnung von Strafverfahren gegen Beamte sowie die Abläufe bei der amtlichen Verteidigung und der unentgeltlichen Verbeiständung.

Indikatoren

- Mit der Schweizerischen Strafprozessordnung wird ab 2011 eine Verlagerung von Anklagen (L1) zu Strafbefehlen (L3) erwartet (Erhöhung Strafbefehlskompetenz, Strafbefehle bei Nichtgeständigen). Durch den Wegfall der Verfahrensrekurse wurden die Rekurs- und Beschwerdentscheide (L5) angepasst.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Eine Entlastung für das Jahr 2010 ergab sich aufgrund der Verschiebung der Inkraftsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung ins Jahr 2011.
- Bei den Bussen und Geldstrafen wurden die Werte aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2007/08 erhöht.
- Für Wertberichtigungen auf Forderungen gemäss IPSAS-Rechnungslegung wurden für 2010 und 2011 je Fr. 1.0 Mio. und ab 2012 Fr. 1.5 Mio. eingeplant.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	2.1	2.5	-0.0	2.5	-0.0	2.5	-0.0	2.5	2.5	15.3
Aufwand	-43.1	-42.1	-3.7	-42.3	-4.5	-43.7	-4.3	-44.1	-44.8	3.8
Saldo	-41.0	-39.6	-3.7	-39.9	-4.5	-41.3	-4.3	-41.7	-42.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	73.8	79.6	-2.0	78.6	4.0	84.6	4.0	84.6	84.6	

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren.
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität	2011	1
E2 Einführung und Umsetzung der Eidgenössische Jugendstrafprozessordnung (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat)	2011	1
E3 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt "Junge Intensivtäter" verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6)	2011	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen); (A2)	P	65 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %	> 60 %
W2 Rechtsmittel (Von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe); (A1)	P	1.8 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %

Leistungen

L1 Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche); (A1)	P	4003	3'750	3'900	6'000	6'000	6'000
L2 Anklagen an das Jugendgericht (ab 09); (A1)	P	-	60	80	80	80	80
L3 Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen) (ab 09); (A1)	P	-	2'200	2'250	2'250	2'250	2'250
L4 Verfahrenserledigungen (bis 09); (A1)	P	13324	12'000	-	-	-	-
L5 Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen); (A2)	P	128	150	135	135	135	135
L6 Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen); (A2)	P	484	400	450	450	450	450
L7 Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen) (bis 09); (A1)	P	413	350	-	-	-	-
L8 Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	201	170	185	185	185	185
L9 Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	150	80	130	130	130	130
L10 Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche; (A1)	P	1556	1'000	1'250	1'250	1'250	1'1250
L11 Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen; (A2)	P	5866	4'000	4'500	4'500	4'500	4'500
L12 Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge); (A1/A2)	P	153	215	200	200	200	200
L13 Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen / Bewährungshilfen bei bedingten Strafen); (A1)	P	657	320	550	550	550	550
L14 Pendenzen pro Jugendanwalt/ -anwältin; (A1)	max.	89	< 105	< 90	< 90	< 90	< 90
L15 Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen; (A1)	max.	195	< 180	< 160	< 150	< 120	< 120
L16 Anteil der Pendenzen > 750 Tage (bis 09); (A1)	P	3 %	0 %	-	-	-	-
L17 Anteil der Pendenzen > 365 Tage (ab 10); (A1)	max.	-	-	< 10 %	< 10 %	< 10 %	< 10 %

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen); (A1)	P	181	< 130	< 130	< 120	< 120	< 120
B2 Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen; (A1)	P	66 %	> 75 %	> 75 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %

Leistungsgruppe 2205	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-39.870
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L14, L15 und L 17	

Budget	Leistungsgruppe 2205
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Bei jugendlichen Gewalttätern soll weiterhin vermehrt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt werden. Die allfällige Bildung von Jugendbanden soll früh erkannt und bekämpft werden.
- Die neue Jugendstraftprozessordnung (JStPO) wird voraussichtlich nicht wie bisher angenommen 2010 sondern erst 2011 in Kraft treten. Die termingerechte Umsetzung bringt umfangreiche Vorarbeiten mit sich.
- Wird die Jugendstraftprozessordnung (JStPO) wie in den aktuellen Entwürfen vorgesehen umgesetzt, so sind die Jugendanwaltschaften ab 2011 neu für die Behandlung aller Übertretungen von Jugendlichen, und die Jugendstaatsanwaltschaft neu für die Bestellung von amtlichen Verteidigern und Rechtsbeiständen zuständig.

Indikatoren

- Die Indikatoren L4, L7 und L16 werden nur noch bis 2009 weitergeführt.
- Die Indikatoren L4 und L7 haben sich für die Steuerung des Bereichs als wenig aussagekräftig erwiesen.
- An Stelle des Indikators L4 wurden 2009 die Indikatoren L2 und L3 eingeführt.
- Der Indikator L7 wurde bereits 2008 durch die Indikatoren L8 und L9 ergänzt und werden diesen ab 2010 ablösen.
- Der Indikator L16 wird ab 2010 durch den Indikator L17 abgelöst. Dieser soll dem im Jugendstrafgesetz festgehaltenen Beschleunigungsgebot Rechnung tragen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Entsprechend den Vorgaben erhöht sich der Aufwand im Budget 2010 der Jugendstrafrechtspflege lediglich auf Grund der Teuerung und den Vorgaben zu den Lohnkosten gegenüber dem Budget 2009.
- Infolge der nicht indexierten Ersatzleistungen an die Massnahmenvollzugskostenerfolge beim Ertrag keine Anpassung.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter entstehen bei der Jugendstrafrechtspflege fast ausschliesslich für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Abbau im 2010 gegenüber dem Budget 09 betrifft eine auf das Jahr 2009 befristete Stelle. Der Personalbestand für das Jahr 2010 beträgt dementsprechend 78.6 Stellen.

Indikatoren

- Auf Grund der Rechnung 2008 erfolgten bei einzelnen Indikatorenwerten Anpassungen.
- Der Indikator L16 wird ab 2010 durch den Indikator L17 abgelöst. Dieser soll dem im Jugendstrafgesetz festgehaltenen Beschleunigungsgebot Rechnung tragen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung in den Planjahren ergibt sich aus den Vorgaben zum Personalaufwand und der Teuerung.
- Infolge der nicht indexierten Ersatzleistungen an die Massnahmenvollzugskosten erfolgte beim Ertrag keine Anpassung.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter ergeben sich aus der Entwicklung der Kosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Wird die Jugendstraftprozessordnung (JStPO) wie in den aktuellen Entwürfen vorgesehen umgesetzt, so sind ab 2011 die Jugendanwaltschaften zusätzlich für die Behandlung aller Übertretungen von Jugendlichen, und die Jugendstaatsanwaltschaft für die Bestellung von amtlichen Verteidigern und Rechtsbeiständen zuständig.
- Ab dem Jahr 2011 sind 3,0 Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretäre, 2,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre und 1,0 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte zur Bewältigung der sich aus der Jugendstraftprozessordnung (JStPO) ergebenden neuen Aufgaben eingeplant.
- Der Personalbestand ab dem Jahr 2011 beträgt somit 84.6 Stellen.

Indikatoren

- Auf Grund der Rechnung 2008 erfolgten bei einzelnen Indikatorenwerten Anpassungen.
- Die sich aus der Jugendstraftprozessordnung (JStPO) ergebenden neuen Aufgaben wurden bei den Indikatoren L1, L2 und L3 berücksichtigt.
- Die KEF-Planung der Jugendstrafrechtspflege geht von einem tendenziell steigenden Bedarf an jugendstrafrechtlichen Interventionen aus.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand im Budget 2010 und in den Planjahren gegenüber dem KEF Vorjahr gehen im Wesentlichen auf die Mehrkosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen und die ab dem Jahr 2011 neu eingestellten 5,0 Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretäre, 5,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre und 1,0 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte zurück.
- Die Mehraufwendungen für Dienstleistungen Dritter sind auf die höheren Kosten für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Da die neue Jugendstraftprozessordnung (JStPO) nicht wie bisher angenommen 2010 sondern erst 2011 in Kraft tritt, wurden die dafür im letztjährigen KEF vorgesehenen 2,0 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte aufgehoben.
- Wird die Jugendstraftprozessordnung (JStPO) wie in den aktuellen Entwürfen vorgesehen umgesetzt, so sind die Jugendanwaltschaften neu zusätzlich für die Behandlung aller Übertretungen von Jugendlichen, und die Jugendstaatsanwaltschaft neu für die Bestellung von amtlichen Verteidigern und Rechtsbeiständen zuständig.
- Ab dem Jahr 2011 sind 3,0 Stellen für juristische Sekretärinnen/Sekretäre, 2,0 Stellen für Verwaltungssekretärinnen/-sekretäre und 1,0 Stellen für Jugendanwältinnen/-anwälte zur Bewältigung der sich aus der Jugendstraftprozessordnung (JStPO) ergebenden neuen Aufgaben eingeplant.
- Der Personalbestand ab dem Jahr 2011 beträgt somit 84.6 Stellen.

Indikatoren

- Auf Grund der Rechnung 2008 erfolgte bei einzelnen Indikatorenwerten Anpassungen.
- Die sich aus der Jugendstraftprozessordnung (JStPO) ergebenden neuen Aufgaben wurden bei den Indikatoren L1, L2 und L3 berücksichtigt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	47.5	49.0	-1.3	49.1	-2.8	49.5	-2.8	49.9	50.9	7.3
Aufwand	-184.0	-193.6	-3.1	-201.4	-2.0	-203.5	-4.4	-209.5	-212.8	15.7
Saldo	-136.5	-144.6	-4.4	-152.2	-4.9	-154.1	-7.2	-159.6	-161.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	1.3	1.4	0.9	2.5	-1.9	1.3	0.0	1.4	1.1	1.5
Ausgaben	-5.7	-10.7	1.8	-10.6	4.7	-9.6	-0.4	-10.8	-4.0	-8.5
Nettoinvestitionen	-4.4	-9.3	2.7	-8.1	2.8	-8.3	-0.4	-9.4	-3.0	-7.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	728.7	794.3	16.0	810.6	14.0	809.6	26.5	825.1	825.1	

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallenen Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
- A2 Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
- A4 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen
- A5 Betrieb und Planung der notwendigen Institutionen sowie Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzugs (LZ RR 16.5)	2011	1
E2 Wirkungs- und Qualitätsevaluation der JuV-Leistungen insbesondere hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention	2011	1
E3 Kontinuierliche Überprüfung/Anpassung und Optimierung der Haft- und Vollzugsprogramme auf Grund der sich wandelnden Vorgaben und Erkenntnisse (LZ RR 16.5)	2013	1
E4 Anpassung der Infrastruktur an die Belegsituation und den voraussichtlichen Bedarf	2011	1
E5 Optimierung der ämter- und fachübergreifenden Zusammenarbeit speziell hinsichtlich der Rückfall- und Gewaltprävention	2011	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug (A1)	P	2'318	1'800	900	900	900	900
W2 - davon korrekt zurückgekehrt in % (A3)	min.	99.4	99	99	99	99	99
W3 Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug (A1)	max.	0	0	0	0	0	0
W4 Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft (A2)	max.	0	0	0	0	0	0
W5 Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in % (A1)	P	80.4	80	80	80	80	80
W6 Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug (A1)	P	519	625	580	580	580	580
W7 Anzahl Suizide (A4)	max.	1	<2	<2	<2	<2	<2
W8 Anzahl Übergriffe auf Personal (A4)	max.	12	<12	<12	<12	<12	<12

Leistungen

L1 Anzahl Aufenthaltstage (A1/A2)	P	467'691	480'000	490'000	490'000	505'000	505'000
L2 - davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft (A2)	P	161'431	150'000	185'000	185'000	185'000	185'000
L3 Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in % (A5)	P	92.2	95	96	96	96	96
L4 Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen (A4)	P	12'081	13'000	13'000	13'000	13'000	13'000
L5 Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (A1) (bis 2008)	P	5'603	-	-	-	-	-
L6 - Freiheitsstrafen (A1) (ab 2009)	P	2'782	2'900	3'000	3'000	3'000	3'000
L7 - Stationäre Massnahmen (A3) (ab 2009)	P	394	410	425	425	425	425
L8 - Ambulante Massnahmen (A3) (ab 2009)	P	597	640	700	700	700	700
L9 - Gemeinnützige Arbeit (A1) (ab 2009)	P	517	560	560	560	560	560

Wirtschaftlichkeit

B1 Nettokosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken (A5):							
B2 - Strafanstalt Pöschwies (A5)	P	206	200	206	206	206	206
B3 - Gefängnisse Kanton Zürich (A5)	P	128	125	130	130	130	130
B4 - Massnahmenzentrum Uitikon (A5)	P	430	440	440	440	440	440
B5 * - Vollzugszentrum Urdorf / (bis 2009)	P	198	140	-	-	-	-
B6 - Halbgefängenschaft Winterthur (A5)	P	101	80	85	85	85	85
B7 * Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in % / (bis 2009)	P	30	30	-	-	-	-
B8 Geleistete Stunden Gemeinnützige Arbeit (A5)	P	86'812	110'000	80'000	80'000	80'000	80'000

Leistungsguppe 2206	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-152.234
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.590

Budget	Leistungsguppe 2206
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Aufgaben A4 und A5 werden dahingehend umformuliert und ergänzt, als insbesondere die Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung der Therapie- und Behandlungsformen sowie der Interventionsprogramme im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst (PPD) und den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) zusätzlich aufgeführt werden.
- Die verstärkte Ausrichtung der Entwicklungsschwerpunkte auf die Direktionsziele erfordert eine leichte Anpassung der letztjährigen Schwerpunkte und die Ergänzung um die ES 4 und 5

Indikatoren

- Die Indikatoren B5 und B7 werden zukünftig nicht mehr aufgeführt (vgl. "Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr").
- Bei der Revision der Jahresrechnung 2008 JuV wurde eine Differenz bei der Indikatorenberechnung von B2 festgestellt. Der korrekte Wert lautet Fr. 206.-- anstatt Fr. 192.--

Sonstige Bemerkungen

- Folgende qualitative und quantitative Anpassungen prägen im Wesentlichen die Budget- und KEF-Jahre 2010 bis 2013 im Amt für Justizvollzug (JuV):
- Ab 2010 wird das Gefängnis Limmattal in Vollbetrieb genommen. Dadurch werden Lücken im Bereich von Zellplätzen in der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie der Jugendhaft geschlossen.
- Mit der Neueröffnung des Vollzugszentrums Bachtel im Jahre 2011 werden die bisherigen Betriebe „Vollzugszentrum Urdorf“ und die Kolonie Ringwil zusammengeschlossen und ein Abbau der Plätze im offenen Vollzug vorgenommen.
- Das neue Jugendstrafgesetz schreibt dem JuV vor, neue Vollzugsleistungen zur Verfügung zu stellen und bereits bestehende Leistungen anzupassen. In diesem Zusammenhang wird im Massnahmenzentrum Uitikon der Vollzug gemäss den Bundesvorschriften angepasst und eine weitere Etappe des Um- und Erweiterungsbaus realisiert.
- Anhand des Modellversuches „Risikoorientierter Sanktionenvollzug“ wird bezweckt, die Rückfälle straffälliger Personen zu vermeiden/reduzieren. Durch gezielte Abklärungen und Interventionen können die individuellen Risikofaktoren des einzelnen Insassen gezielter und systematischer erfasst und reduziert werden. Der Versuch kann unter voraussichtlich finanzieller Beteiligung des Bundes in den Jahren 2010-2012 realisiert werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Budgetsaldo vergrösserte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund - 7.6 Mio. Fr., davon - 7.7 Mio. Fr. im Aufwand und +0.1 Mio. Fr. beim Ertrag.
- Aufwand:
- Im Vergleich zum Budget des Vorjahres erhöhte sich der Personalaufwand um rund 3.6 Mio. Fr. infolge der Stellenvermehrung gemäss RRB 1882/2008 von 16.3 Stellen. Ferner sorgten die durch den RR beschlossene Lohnzunahme/Beförderungsanteil (0.4 %) und die Steigerung des Lohnaufwandes für die Vollinbetriebnahme des ganzjährigen Betriebes im Gefängnis Limmattal (+ 1.4 Mio. Fr.) für die erwähnte Lohnkostenzunahme.
- Der Sachaufwand und die internen Verrechnungen erhöhten sich um rund 2.7 Mio. Fr. im Wesentlichen aus folgenden Gründen:
- Die Anzahl und der Therapie-/Betreuungsaufwand der Insassen mit „Stationären Massnahmen“ erhöhten sich (+ 1.5 Mio.) stark. Fr. Ferner nahmen die kalk. Zinsen gemäss Vorgabe des Immobilienamtes um rund 0.7 Mio Fr. auf Grund der neuen Inbetriebnahme des Gefängnisses Limmattal zu. Ferner erhöhten sich die durch die Direktion vorgegebenen IT-Kosten um rund 0.3 Mio. Fr. zu und zudem erfahren die Lebensmittelkosten eine Erhöhung von rund 0.5 Mio. Fr. infolge erhöhter Anzahl budgetierter Aufenthaltstage. Die Teuerung von 1 % ist im Bereich Sachaufwand/interne Verrechnung mit rund 1 Mio. Fr. zu beziffern. Der Aufwand für Betriebs- und Verbrauchsmaterial wurde infolge schlechter Auftragslage der Gewerbebetriebe des Justizvollzuges gekürzt (rund - 0.5 Mio. Fr.).
- Die Abschreibungs- und der Zinsaufwand steigerten sich infolge der IPSAS-Einführung um 0.8 Mio (Vorgaben der Finanzverwaltung).
- Der Transferaufwand (36) steigert sich um 0.6 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 09. Die sich im Aufbau befindliche Betreuung der Insassen mit „Stationären Massnahmen“ gemäss Art. 59,3 des neuen Strafgesetzes wird vor der Entlassung aus dem Strafvollzug im Wesentlichen durch die Zürcher Stiftung für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge im Bereich Neugut (Arbeitsexternat) neu übernommen. Verschiedene bauliche und organisatorische Massnahmen sind dazu notwendig. Das JuV unterstützt diese Vorhaben mit rund 0.6 Mio. Fr.
- Ertrag:
- Der Ertrag nimmt im Vergleich zum Vorjahresbudget nur geringfügig um rund 0.1 Mio. Fr. zu. Insbesondere die Erträge beim Verkauf der Gewerbebetriebe sind rückläufig.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter (externe Beratungen, Coaching..) verringerte sich geringfügig von Fr. 350'000.-- auf Fr. 320'000.--

Investitionsrechnung

- Die Investitionsrechnung erfuhr im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion von rund +1.2 Mio. Fr. Die Verminderung ist hauptsächlich auf den verschobenen Ausbau des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen 50 Plätzen in der Ausschaffungshaft light zurückzuführen. Die vorzeitige Realisierung der Bauvorhaben im Massnahmenzentrum Uitikon führt zur höheren Kosten gegenüber Budget 09.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Jahr 2010 sind zusätzlich 16.3 Stellen geplant: Die Stellenschaffung von insgesamt 26 Stellen auf der Grundlage des RRB 1882/08, Seite 3 und 4 betreffend baulichen Sanierungsarbeiten des MZU (RRB 558/06) und die damit zusammenhängenden vorgezogenen Baurealisierungen erfordern bereits per 2010 3 zusätzliche Stellen. Der Modellversuch 'Risikoorientierter Sanktionenvollzug' (ROS) in den BVD wird finanziell durch den Bund unterstützt. Die Modellversuchsphase dauert bis ins Jahr 2012. Für das Projekt sind zusätzlich 6 Stellen geplant. Entgegen dem Budget 2009 wurden im PPD für die psychiatrische Grundversorgung im Polizeigefängnis keine 3 zusätzlichen Stellen geschaffen, sondern Stellen wurden gemäss Lohnkostenbudget abgebaut. Darum sind wiederum 3.4 Stellen für den PPD für die psychiatrische Grundversorgung des Polizeigefängnisses vorsorglich berücksichtigt. Die Vertragsverhandlungen mit den betroffenen Parteien sind im Gange. Die Schaffung dieser Stellen im PPD sind kostenneutral, da die Kosten der privaten Notfallpsychiater wegfallen und die KAPO den zusätzlichen Lohnaufwand deckt. 0.5 Stellen sind zur Unterstützung der Finanz- und IT-Projekte im Stab JuV vorgesehen. 3.4 zusätzliche Stellen setzen sich aus Stellen für das Gefängnis Limmattal (RRB 1882/08) und für das Vollzugszentrum Bachtel zusammen.

Indikatoren

- Aufgrund des Abbaus von offenen Vollzugsplätzen (Schliessung des Vollzugszentrums Urdorf (VZU) per Ende 2009) und der Neuausrichtung der Kolonie Ringwil (neu primär Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen) werden ab dem Jahr 2010 markant weniger Urlaube aus dem Strafvollzug (W1) anfallen. Nach einem Rückgang in den beiden Vorjahren wird ab 2010 ein Anstieg der zu vollziehenden Freiheitsstrafen prognostiziert. Diese Entwicklung hat insbesondere Einfluss auf den Indikator L6 (Anzahl Freiheitsstrafen), für welchen deshalb leicht höhere Werte budgetiert werden. Die Anzahl bedingter Entlassungen wird basierend auf dem Vorjahreswert ebenfalls unter Berücksichtigung dieser Tendenz angepasst. Die Aufenthaltstage bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft (L2) werden im Jahr 2010 im Vergleich zum Budget 09 voraussichtlich um rund einem Fünftel ansteigen. Trotz dieses Anstiegs und der wieder vermehrt zu vollziehenden Freiheitsstrafen wird bei den Aufenthaltstagen über alle JuV-Institutionen hinweg (L1) nur ein leichter Anstieg erwartet. Dies liegt darin begründet, dass

aufgrund der Schliessung des VZU und des prognostizierten Rückgangs in anderen Institutionen gleichzeitig weniger Aufenthaltstage anfallen werden. Von den 490'000 Aufenthaltstagen im Jahr 2010 werden in der 2009 neu geschaffenen Forensisch-Psychiatrischen Abteilung für Stationäre Massnahmen in der Strafanstalt Pöschwies rund 8'000 Aufenthaltstage gezählt werden. Die Belegung aller Anstalten und Gefängnisse (L3) erhöht sich nur leicht auf 96 Prozent, da trotz der Eröffnung des Gefängnisses Limmattal per Anfang 2010 wegen der gleichzeitigen Schliessung des VZU und diverser geringfügiger Kapazitätsanpassungen wegen Umbauten netto nur wenige zusätzliche Plätze zur Verfügung stehen werden. Bei den Massnahmen (L7/L8) wird ein leichter Anstieg der Fallzahlen, bei der Gemeinnützigen Arbeit (L9) keine Veränderung für das Budget 2010 prognostiziert. Wegen der zunehmend kürzeren Dauer der zu leistenden Stunden bei der Gemeinnützigen Arbeit (B8) und aufgrund der Erfahrungen aus dem Jahr 2008 wird der Budgetwert 2010 neu auf 80'000 angepasst.

- Bei den Indikatoren L6 bis L9 wurden zu Vergleichszwecken auch die Ist-Werte 08 eingetragen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- In den Planjahren 10 - 13 steigt der Gesamtsaldo von Fr. -152.2 Mio. auf Fr. -161.8 Mio. um rund 9.6 Mio. Fr. an, - 11.4 Mio. Fr. beim Aufwand und + 1.8 Mio. Fr. beim Ertrag.
- Aufwand
- Die Erhöhung ist einerseits auf die Steigerung des Personalaufwandes (-6.4 Mio. Fr.) zurückzuführen. Neu werden 14.5 neuen Stellen geschaffen. Ferner führt die vorgegebene Lohnsummenerhöhung von 3.6 % zu einer zusätzlichen Steigerung des Lohnaufwandes.
- Andererseits ist auch beim Sachaufwand (-4.6 Mio. Fr.) und bei den Abschreibungen (-0.7 Mio. Fr.) eine Kostenausdehnung feststellbar.
- Beim Sachaufwand bewirkt die zunehmende Anzahl von Insassen eine Aufwanderweiterung bei den Straf- und Massnahmenvollzugskosten (-1.2 Mio. Fr.), bei den Lebensmittel-/Betriebs- und Verbrauchsmittelkosten sowie beim Insassenaufwand, wie beispielsweise Arbeitsentgelt, medizinische Versorgung etc. (- 1.0 Mio. Fr.). Ferner trägt auch die Teuerung zu einer Kostensteigerung bei (-2.6 Mio. Fr.)
- Ertrag
- Beim Ertrag konnten sich insbesondere die Kostgeldererträge (+ 1.2 Mio. Fr.) steigern. Ferner werden Ertragssteigerungen bei den Verkäufen (0.3 Mio. Fr.) erwartet.

Investitionsrechnung

- Bis im Jahr 2013 sind die Um- und Erneuerungsbauten des MZU aus Planungssicht abgeschlossen. Der Plansaldo der Nettoinvestitionen erreicht dadurch im Jahr 2013 mit 3.0 Mio. Fr. wiederum ein tiefes Niveau, im Vergleich zu 2010 einen um +5.1 Mio. Fr. tieferen Betrag.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den Planjahren bis 2013 (Stand 2010: 810.6 Stellen) wird das Amt weiterhin um 14.5 Stellen auf 825.1 Stellen wachsen. Vorgesehen sind hierbei die restlichen 15.5 Stellen für das MZU entlang des vom Bund genehmigten Konzeptes und entstandenen Projektes 'Neues MZU'. Aus dem bisherigen Zweigbetrieb Ringwil (PöW) und dem Vollzugszentrum Urdorf (GKZ) werden neu das Vollzugszentrum Bachtel (VZB) gebildet.

Indikatoren

- Aufgrund der Schaffung von zusätzlichen 50 Plätzen für die ausländerrechtliche Haft ab dem Jahr 2012 wird die Zahl der Aufenthaltstage beim Indikator L1 dementsprechend angepasst. Die Werte der übrigen Indikatoren in den Planjahren werden auf der Höhe der Budgetwerte gehalten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Für die Jahre 2010, 2011 und 2012 verschlechtert sich der diesjährige Saldo der Erfolgsrechnung im Vergleich zum Vorjahres-KEF in derselben Periode um insgesamt 16 Mio. Fr., davon - 12 Mio. Fr. beim Aufwand und -4 Mio. Fr. beim Ertrag.
- Aufwand
- Die Stellenzahlerweiterungen gemäss RRB 1882/08 und die Ressourcenpläne führten zu einer Kostensteigerung im Personalbereich von rund - 7.5 Mio. Fr. Diese wurde jedoch durch weniger Lohnerhöhungen und weniger hohem übrigen Personalaufwand als im Vergleich zum KEF-Vorjahr wiederum um + 5 Mio. Fr. verringert. Daraus resultierte schliesslich eine Nettozunahme von rund - 2.5 Mio. Fr. im Personalaufwand.
- Verantwortlich für eine Kostenvermehrung im Aufwand waren ferner auch die zunehmenden Massnahmenvollzug-Aufwände für die stationären Massnahmen (- 3.7 Mio. Fr.), die Erhöhung der Abschreibungen (- 2.6 Mio. Fr.) infolge zusätzlich realisierter Investitionen sowie die Zunahme der Beiträge (-1.6 Mio. Fr.) und die Steigerung der kalkulatorischen Zinsen (-0.6 Mio. Fr.) sowie übrige interne Verrechnungen (- 1.0 Mio. Fr.).
- Ertrag
- Auf der Ertragsseite musste im Vergleich zum letztjährigen KEF in den Jahren 2010-2012 eine Ertragskorrektur bei der Ausschaffungshaft (- 1.5 Mio. Fr.) vorgenommen werden. Das neue Gebäude mit zusätzlich 50 Plätzen wird später realisiert als ursprünglich geplant. Ferner erlitten die Verkäufe der Gewerbebetriebe einen Rückgang von - 2.5 Mio. Fr. Zudem wurden die übrigen internen Erträge mit - 1.0 Mio. Fr. tiefer budgetiert als im KEF-Vorjahr.

Investitionsrechnung

- Der Saldo der Nettoinvestitionen verminderte sich um rund 5.1 Mio. Fr. Die vorzeitige Realisierung der MZU-Neu- und -Umbauten verursachten in der genannten Planperiode rund 1.6 Mio. Fr. Mehrkosten. Die Verschiebung des Ausbaus des zukünftigen Vollzugszentrum Bachtel ergab eine Reduktion von 8.1 Mio. Fr. Schliesslich trugen kleinere Investitionsvorhaben in der Strafanstalt Pöschwies zu weiteren Investitionszunahmen von rund 0.5 Mio. Fr.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zwischen den Jahren 2010 bis 2012 ist im diesjährigen KEF im Vergleich zum letztjährigen KEF eine Erhöhung von +19.0 Stellen festzustellen. Die Differenz ist im Wesentlichen auf das MZU, + 12.5 Stellen (vorzeitige Umbaurealisierung) zurückzuführen.

Indikatoren

- Die beiden mit einem Stern versehenen Indikatoren werden nicht mehr weiter aufgeführt: Der Indikator B5 wird aufgrund der Schliessung des VZU obsolet während B7 mittelfristig durch einen aussagekräftigeren Indikator ersetzt werden soll, welcher die unterschiedlichen Leistungen und Aufgaben des PPD unter Berücksichtigung der differenzierten Tarifstruktur abbilden soll.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	6.8	6.4	0.1	6.6	0.5	7.0	0.6	7.1	7.1	4.1
Aufwand	-11.0	-11.6	-0.3	-11.8	-0.3	-11.8	-0.6	-12.0	-12.0	9.7
Saldo	-4.2	-5.2	-0.2	-5.2	0.2	-4.9	0.0	-5.0	-5.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	57.9	58.4	1.9	59.0	3.2	60.0	5.0	60.5	60.5
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

- A1 Das Gemeindeamt trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei.
- A2 Das Gemeindeamt vollzieht den kantonalen Finanzausgleich. Seine finanziellen Auswirkungen werden in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert.
- A3 Das Gemeindeamt erbringt im Auftragsverhältnis Revisionsdienstleistungen für Gemeinden und gemeinderechtliche Organisationen.
- A4 Das Gemeindeamt erfüllt die kantonalen Zivilstandsaufgaben. Es trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung durch die kommunalen Zivilstandsämter bei.
- A5 Das Gemeindeamt nimmt die kantonalen Einbürgerungen vor. Es sorgt durch Beratung und Rechtsentwicklung für ein rechtskonformes und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren.
- A6 Das Gemeindeamt erfüllt die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde 2. Instanz im Vormundchaftswesen.

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Erlass des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht	2011	3
E2 Erlass eines neuen Finanzausgleichsgesetzes (LZ 7.2)	2011	4
E3 Ausarbeitung eines neuen Gemeindegesetzes z.H. des Kantonsrats (LZ 7.1)	2011	3
E4 Haushaltführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten	2012	4
E5 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (LZ 7.4)	2012	4
E6 Verbessern der Datenlage über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeportrait)	2012	4
E7 Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts	2012	3

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Zufriedenheit Kursteilnehmer (A1, A4, A6)	min.	gut - sehr gut					
W2 Anzahl Websitebenutzungen „www.gaz.zh.ch“	P	204'863	260'000	260'000	260'000	260'000	260'000

Leistungen

L1 Anzahl Schulungstage für Behörden und Angeh. d. Kommunalverwaltung (A1, A4, A6)	P	21	26	29	21	19	17
L2 Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen (A1, A4, A6)	P	437	420	600	400	400	320
L3 Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen (A4, A5)	P	20'743	20'650	21'150	20'900	21'100	21'100
L4 Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden (A1)	min.	97 %	80 %	80 %	80 %	80 %	80 %
L5 Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten) (A4)	max.	1.2	2.5	2	1.5	1.5	1.5
L6 Bearbeitungszeit der ordentlichen Einbürgerungen (in Monaten) (ab 2010) (A5)	max.	-	-	12	11	10	10
L7 Bearbeitungszeit der erleichterten Einbürgerungen (in Monaten) (ab 2010) (A5)	max.	-	-	5	5	5	5

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad Einbürgerungen (bis 09)	P	187 %	154 %	-	-	-	-
B2 Kostendeckungsgrad Revisionsdienste (A3)	P	104 %	109 %	97 %	110 %	110 %	109 %

Leistungsgruppe 2207 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -5.194
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)
Leistungsindikatoren L4, L5, L6 und L7

Budget Leistungsgruppe 2207

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der ehemalige E 5 "Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen" wird neu von E6 umgesetzt.
- E1: Dem Regierungsrat wird vor den Sommerferien 2009 das auf Grund der Vernehmlassung überarbeitete Bürgerrechtsgesetz zur Verabschiedung an den Kantonsrat vorgelegt. In Anbetracht eines möglichen Referendums kann mit der Inkraftsetzung des Gesetzes frühestens auf Anfang 2011 gerechnet werden.
- E2: Mit Antrag vom 28. Januar 2009 hat der Regierungsrat den Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz zu Händen des Kantonsrats verabschiedet. Es kann unter Berücksichtigung einer möglichen Volksabstimmung frühestens anfangs 2011 in Kraft gesetzt werden.
- E4: Der Erlass eines neuen Haushalts- und Rechnungslegungsrechts erfolgt im Rahmen des Erlasses des neuen Gemeindegesetzes im Hinblick auf den Behördenwechsel im Jahr 2014. Das Handbuch kann erst erarbeitet werden, wenn der politische Entscheid über die Rechnungslegungsgrundsätze gefallen ist. Es sollte aber bereits vor Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes zu Schulungszwecken zur Verfügung stehen.
- E5: Die Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden sind im Gemeindegesetz zu regeln, welches zurzeit revidiert wird. Sie können diskutiert werden, sobald die Reform des Finanzausgleichs feststeht.

Indikatoren

- Mit den Mutationen bei den Indikatoren möchte das Gemeindeamt dem externen Leser umfassender verdeutlichen, welche Leistungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitsziele im Kerngeschäft der Leistungsguppe gemessen werden (neu L6 und L7). Weggelassen wurde der bisherige Indikator W2 "Aufhebung/Rückweisung gemeinderechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz" (bis 09) sowie der bisherige B1 "Kostendeckungsgrad Einbürgerungen" (bis 09).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Trend im Geschäftsbereich der ordentlichen Einbürgerungen zeigt eine Zunahme der Gesuchserledigungen, weshalb der Gebührenertrag auf Fr. 3.1 Mio. erhöht wurde. Mit Beginn 2011 wurde dieser Planwert wieder auf Fr. 3.0 Mio. reduziert. Bei den erleichterten Einbürgerungen ist mit einer stabilen Entwicklung zu rechnen. Ergänzende Informationen zur Geschäftsentwicklung sind in der Indikatorenpalette aufgeführt. Zwei weitere Kennzahlen sollen ausserdem die durchschnittliche Bearbeitungszeit transparent aufzeigen. Die 15.4 Stellen bei den Revisionsdiensten werden besetzt, was in den Planjahren 2011 und 2012 Personalkostensteigerungen zur Folge hat. Diese Entwicklungen werden jedoch mit Mehreinnahmen bei den Gebühren kompensiert. Im Budget 2010 ist als Folge von Reformvorhaben bei den Revisionsdiensten jedoch mit einem Rückgang zu rechnen (weitere Ausführungen vgl. Indikator Kostendeckungsgrad). Beim Sachaufwand des Zivilstandswesens erhöhen sich die Betriebsbeiträge für den Bund für das Informatisierte Standesregister (INFOSTAR) von Fr. 0.2 Mio. auf Fr. 0.5 Mio.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mutationen im Beschäftigungsumfang führen zur Zunahme von 0,6 Stellen.

Indikatoren

- W3: Mit der Amtswebsite "www.gaz.zh.ch" wird der elektronische Zugang zu den Informationen deutlich vereinfacht und verbessert. Downloads, Wegleitungen und Formulare sollen insbesondere den wiederkehrenden Benutzern aus dem Behörden- und Verwaltungsbereich die tägliche Arbeit erleichtern. Ziel ist es, dass mit der Site viele grundsätzliche Fragen bereits über das Internet beantwortet werden können, was die Fachbereiche entlastet. Dieses Angebot soll beibehalten und den Praxisbedürfnissen der Zielgruppen (Bezirks- und Gemeindeverwaltungen und Bürger) weiter angepasst werden.
- L2: Die Schulungen betreffen den Fachbereich Vormundschaftsrecht, die Grundlagen- und Vertiefungskurse aus dem Bereich Gemeindefinanzen sowie die Grund- und Spezialkurse für Zivilstandsbeamte.
- L3: Bei den Einbürgerungen ist 2010 mit einer Erhöhung auf 9'000 Anträge (davon 6'500 ordentliche Fälle) zu rechnen, was bei der finanziellen Planung entsprechend berücksichtigt wurde. Bei dieser Kennzahl sind auch die Zivilstandsfälle berücksichtigt.
- L4: In erster Linie sind es Gemeindeangestellte und -behörden aber auch Stimmberechtigte, die eine rasche rechtliche Auskunft wünschen. Im Zentrum stehen Fragen zu den politischen Rechten, zum Kredit- und Organisationsrecht und zur interkommunalen Zusammenarbeit. Der Indikatorenwert soll beibehalten werden, obwohl die Abteilung in den nächsten zwei bis drei Jahren mit aufwendigen Projektarbeiten (vgl. Entwicklungsschwerpunkte) beschäftigt ist.
- L5: Die erfreuliche Entwicklung bei der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei Namensänderungen soll weiterhin vorangetrieben werden, weshalb eine permanente Prozessoptimierung bei den Verfahrensabläufen angestrebt wird.
- B2: Durch die revidierte kantonale Verordnung über den Gemeindehaushalt (VGH) und das neue Revisionsaufsichtsgesetz auf Bundesebene haben sich die Anforderungen für in der Prüfung tätige Personen und Unternehmen erhöht. Beides bedingt vermehrte Investitionen in die interne und externe Weiterbildung sowie in den Aufbau eines Qualitätsmanagements. Inwiefern sich das Auftragsvolumen an Revisionsdienstleistungen im Kanton Zürich ab der Legislaturperiode 2010 - 14 mit den gestiegenen Anforderungen an die Fachkunde der Mitglieder von Rechnungsprüfungskommissionen verändern wird, ist nur bedingt voraussehbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Gemeinden vermehrt Aufträge an Dritte für die fachtechnische Prüfung vergeben werden. Daher erwartet die Abteilung Revisionsdienste längerfristig einen Anstieg der verrechenbaren Revisionsstunden. Jedoch kann allenfalls der Ertrag für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 leicht zurückgehen, da im revidierten Kreisschreiberebene über den Gemeindehaushalt die Vorschriften bezüglich der Geldverkehrskontrolle gelockert wurden, weshalb der Kostendeckungsgrad im Jahr 2010 vorsichtig budgetiert wurde.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Gebührenertragsentwicklungen verlaufen unterschiedlich: Bei den Einbürgerungen ist 2010 mit einer Zunahme des Geschäftsvolumens zu rechnen, weshalb der Gebührenertrag auf Fr. 3.1 Mio. erhöht wurde. Mit Beginn 2011 ist eine Stabilisierung auf Fr. 3.0 Mio. anzunehmen. Bei den Revisionsdiensten ist ein wirtschaftlich schwieriges Jahr zu erwarten (Details vgl. Indikator Kostendeckungsgrad). Mit Beginn 2011 ist jedoch wieder mit höheren Erträgen zu rechnen.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Revisionsdienste planen, den Beschäftigungsumfang 2011 um 1 Stelle auf 14.9 und 2012 um 0.5 auf 15.4 zu erhöhen, was dem Stellenplan entspricht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind im Indikator Kostendeckungsgrad detailliert aufgeführt.

Indikatoren

- L1, L2: Schwankungen bei der Anzahl Kurse und Teilnehmer ergeben sich hauptsächlich durch die erhöhte Nachfrage nach Grundlagenschulungen in Wahljahren oder wenn akut, zum Beispiel bei geänderten Normen, bestimmte Themen behandelt werden müssen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beim Aufwand können die leicht ansteigenden Personalkosten mit Reduktionen im Sachbereich kompensiert werden. Die höheren Betriebsbeiträge an den Bund für das Informatisierte Standesregister, INFOSTAR, werden den Gemeinden weiterverrechnet. Bei den Revisionsdiensten können die 2010 niedrigeren Erträge mit leichten Mehreinnahmen bei den Einbürgerungen beinahe ausgeglichen werden. Mittelfristig sinken die Einbürgerungsgebühren als Folge der geringeren Anträge und die Revisionsdienste werden als Folge der abgeschlossenen Reformarbeiten die Erträge steigern.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Stellenplan erhöht sich aufgrund von zusätzlichen Revisoren (vgl. Beschäftigungsumfang 2011 und 2012).

Indikatoren

- Im Vorfeld der Entwicklungs- und Finanzplanung hat die Geschäftsleitung des Gemeindeamtes eine sorgfältige Evaluation des Indikatorenportfolios durchgeführt. Das Ergebnis hat insgesamt vier Änderungen mit sich gebracht: Das Gemeinderecht streicht den Indikator W2 und begründet dies mit nachfolgender Erklärung. Änderungen des Bundesrechts, Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, und die Verfahrensvorgaben der neuen Kantonsverfassung haben zur Folge, dass per 1. Januar 2009 kommunale Entscheide in der Regel letztinstanzlich nicht mehr an den Regierungsrat weitergezogen werden können, sondern durch das Verwaltungsgericht beurteilt werden. Entsprechend wird ein wesentlicher Teil der Rechtsmittelentscheide, die durch das Gemeindeamt zu Handen des Regierungsrates vorbereitet werden, wegfallen. Die Weiterführung des Indikators rechtfertigt sich aus diesem Grund nicht mehr. Bei den Einbürgerungen liegt der Kostendeckungsgrad (B1) nicht im Einflussbereich der Verwaltung, weshalb der wirkungsorientierte Führungsansatz nicht gegeben ist. Die Fachabteilung hat sich deshalb entschieden, die Kennzahlenpalette zu modernisieren bzw. mit zwei neuen Indikatoren (L6 und L7), durchschnittliche Bearbeitungszeit der ordentlichen und der erleichterten Einbürgerungen, welche direkt beeinflusst werden können, zu erweitern.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-159.9	-163.1	6.1	-156.2	3.5	-161.6	3.5	-163.8	-162.8	1.8
- Steuerfussausgleichsbeiträge	-151.5	-52.0		-45.9		-49.5		-51.5	-51.5	
- Lastenabgeltung an Stadt Zürich		-103.3		-103.3		-103.3		-103.3	-103.3	
Saldo	-159.9	-163.1	6.1	-156.2	3.5	-161.6	3.5	-163.8	-162.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
---------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Aufgaben

A1 Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Kantonalen Finanzausgleich revidieren (LZ RR 7.2)	2011	4

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %	< 3 %
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %	< 1 %
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungen

L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	21	33	32	35	35	35
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	1	1	1	1	1	1

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 2215 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -156.227
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2215

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Projekt neuer Finanzausgleich im Kanton Zürich (REFA) wird in einem Projektblatt als Ergänzung zum Leistungsgruppenblatt dokumentiert.

Indikatoren

- W1: Gegen die Entscheide über den Zuschuss/Abschöpfung oder nachträgliche Kürzung der Beiträge können Rechtsmittel ergriffen werden. Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich ist auch anfechtbar.
- W3: Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe werden mit Fr. 103.3 Mio. beibehalten. Sie sollen einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich leisten.
- L1: Den Planwerten liegen einerseits die Erhebungen über die Anzahl Gemeinden, die jährlich Steuerfussausgleich beansprucht haben und andererseits eine teilweise Anrechnung von Gemeinden, die einen Steuerfuss von 120 % bis 123 % beziehen und dadurch potentiell zu Steuerfussausgleich beanspruchenden Gemeinden werden könnten zugrunde.
- L2: Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich betrifft die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe.

Sonstige Bemerkungen

- Die Lastenabgeltung an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Ortspolizei und Sozialhilfe wurde mit Fr. 103.3 Mio. festgelegt und bleibt damit unverändert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Steuerfussausgleichsbeiträge werden in den Planjahren mit Fr. 80.0 Mio. (Vorjahr Fr. 80 Mio.) budgetiert. von den 42 Gemeinden im obersten Steuerfusssegment (Steuerfüsse zwischen 120 % und 123 %), die keinen Steuerfussausgleich bereits beziehen (21 Gemeinden), dürften einige trotzdem neu in Folge der sich abschwächenden Konjunktur auf Ausgleichsbeiträge angewiesen sein. Die Rückerstattungen wurden mit Fr. 34.1 Mio. berücksichtigt.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Indikatoren

- L1: Tendenziell werden die Aufwendungen der Gemeinden zunehmen. Die Einnahmen andererseits können bei anhaltend guter Konjunkturlage mit dem Aufwandswachstum Schritt halten. Es ist deshalb mit einer Zunahme der Gemeinden zu rechnen, die Steuerfussausgleichsbeträge benötigen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung in den Planjahren zeigt ein konstantes Bild bei den Beiträgen mit Fr. 80 Mio. und bei den Rückerstattungen mit Fr. 30.5 Mio. im 2011 und Fr. 28.5 Mio. ab 2012.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die konjunkturelle Entwicklung, welche sich sowohl auf die Steuererträge als auch auf die Kosten des Gemeindehaushalte auswirkt, bedingt bei den Steuerfussausgleichszahlungen eine vorsichtige Budgetierung. Da die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs noch nicht bekannt sind, wurden keine Veränderungen bei den Beiträgen zur letztjährigen Planung eingestellt.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Indikatoren

- L2: Die Lastenabgeltung für die Stadt Zürich beinhaltet die folgenden Themen:
• Kultur Fr. 25'549'000.00, Soziales Fr. 28'313'000.00, Polizei Fr. 49'418'000.00 = Total Fr. 103'280'000.00. Die Lastenabgeltung bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	13.3	12.7	0.6	13.1	0.3	12.8	0.0	12.6	12.6	-6.0
Aufwand	-10.4	-10.6	-0.1	-10.8	0.0	-10.7	0.3	-10.6	-10.8	4.0
Saldo	3.0	2.1	0.5	2.3	0.3	2.1	0.3	1.9	1.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	53.8	53.5	4.0	57.5	3.0	56.5	0.0	53.5	53.5
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Aktuell nachgeführtes und wahres Register

Direktions-
ziel Nr.

2013 bis 0

Indikatoren

Art

Wirkungen

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	87 %	80%	0%	80%	80%	80 %
W2 Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	min.	gut	-	-	gut	-	-
W3 Revisionsbericht EHRA	min.	sehr gut	-	gut	-	gut	-
W4 Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	sehr gut	-	-	gut	-	-

Leistungen

L1 Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	273'488	277'000	286'000	292'000	298'000	304'000
L2 Anzahl Rechtsauskünfte	P	25'306	19'500	24'000	24'000	24'000	24'000
L3 Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	37'925	37'500	40'000	38'500	36'000	36'000
L4 Anzahl Registerauskünfte	P	61'847	60'000	59'500	59'000	59'000	59'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	128%	120%	121%	120%	119%	117 %
---	---	------	------	------	------	------	-------

Leistungsgruppe 2221 Budgetentwurf 2010Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 2.301
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)**Budget Leistungsgruppe 2221**Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1: Der Indikator "Kontinuierliche Überprüfung der Tatsachen" hat zum Ziel, die Aktualität des Registerinhaltes durch aktive Registerbereinigung des Handelsregisteramtes zu gewährleisten. Dabei werden Unternehmen, die seit mehr als fünf Jahren keinen Handelsregistereintrag zu verzeichnen haben, aufgefordert, die eingetragenen Angaben zu bestätigen oder deren Korrektur zu veranlassen.
- W3: Das Eidgenössische Amt für das Handelsregisteramt (EHRA) übt die Oberaufsicht über die kantonalen Handelsregisterämter aus.
- B1: Der Kostendeckungsgrad 2008 von 128% entspricht dem Wert, der sich aus den restateten IPSAS-Werten der Erfolgsrechnung ergibt. Nach HRM-Rechnungslegung entspricht dieser Wert 130%.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung hängt sowohl von der wirtschaftlichen Entwicklung als auch von den Gesetzgebungsprojekten des Bundes ab. Die gegenüber dem Budget 2009 prognostizierte Ertragssteigerung beruht auf der Annahme, dass die vorübergehenden Mehreinnahmen aufgrund der neuen Gesetzgebung per 1. Januar 2008 (neue Revisionsregelung für KMU-AG; GmbH) hauptsächlich 2009, teilweise auch noch in 2010 und in 2011 -nach Ablauf der zweijährigen Übergangsfrist- zu erwarten sind. Diese Mehreinnahmen im Ertrag führen auf der Aufwandseite zu höheren Abgaben an den Bund. Der höhere Geschäftsanfall führt vorübergehend zu einem befristeten Personalanstieg und damit zu höheren Personalkosten (vgl. Bemerkungen zu Personal unten). Der übrige Aufwand (auch die Ausgaben für Dienstleistungen Dritter) konnte sogar leicht unter dem Vorjahr gehalten werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die neue Gesetzgebung per 1. Januar 2008 führt v.a. seit 2009 zu einer höheren Anzahl von Geschäftsfällen, die mit dem bestehenden Personal nicht mehr bewältigt werden können. Der Beschäftigungsumfang steigt deshalb vorübergehend an. In 2010 werden deshalb vier befristete Aushilfen budgetiert.

Indikatoren

- W1: Die hohe Geschäftszahl macht einen Unterbruch beim Indikator "Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen" nötig. Indirekt wird eine Aktualisierung des Registers durch die zahlreichen zusätzlichen Verfahren (opting out, Verfahren von Amtes wegen) erreicht.
- L1: Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu (Neueintragungen).
- L3: Aufgrund der erwähnten Gesetzgebung sind vorübergehend auch mehr Eintragungen ins Tagesregister zu erwarten.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ab 2011 werden aufgrund des Ablaufes der Übergangsfrist der neuen Gesetzgebung vermehrt auch Verfahren von Amtes wegen durchgeführt werden müssen, aus welchen kaum Mehrerträge zu erwarten sind. Beim Aufwand orientiert sich die finanzielle Entwicklung in den Planjahren an den Vorgaben zu den Personalkosten und zur Teuerung; der Bereich Dienstleistungen Dritter weist keine Aufwandsteigerung (lediglich Teuerung) aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In 2011 werden für die Geschäfte aufgrund der neuen Gesetzgebung per 1. Januar 2008 und den zu erwartenden Verfahren von Amtes wegen noch drei befristete Aushilfskräfte, ab 2012 keine befristeten Aushilfskräfte mehr budgetiert.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF-Vorjahr kann aufgrund der positiven Ertragsprognosen und teilweisen Aufwandsenkungen eine markante Saldoverbesserung in 2010 wie auch in den Planjahren festgestellt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.8	0.4	0.0	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	0.5	-38.9
Aufwand	-7.7	-8.5	-0.4	-9.1	-0.1	-8.6	-0.1	-7.6	-7.7	0.4
Saldo	-6.9	-8.1	-0.4	-8.6	-0.1	-8.1	-0.1	-7.2	-7.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben			-0.5	-0.5						-0.1
Nettoinvestitionen			-0.5	-0.5						-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	29.4	31.0	0.0	31.0	0.0	31.5	0.0	30.0	30.0	

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
- A2 Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
- A3 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes	2011	3
E2 Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u.a. für die Volkszählung 2010	2011	0
E3 Ausbau des Statistikangebots auf Internet	2012	0
E4 Konsolidierung des e-Votings	2012	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen (A1)	P	108	> 50	> 80	> 90	> 90	> 90
W2 Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage (A1)	P	824'985	>1'300'000	> 700'000	> 750'000	> 750'000	> 800'000
W3 Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden) (A1)	P	86 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern (A1)	P	-	< 4	< 4	< 4	< 4	< 4
W5 Zufriedenheitsgrad bei Wahlen u. Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %) (A3)	P	-	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %	> 80 %

Leistungen

L1 Anzahl geführte Statistiken (A1)	P	27	27	27	27	27	27
L2 Anzahl Statistikanfragen an Data Shop (A1)	P	2'666	> 2'200	> 2'000	> 2'500	> 2'800	> 3'000
L3 Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (A1)	min.	28	> 24	> 26	> 28	> 30	> 30
L4 Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	570	> 500	> 500	> 500	> 500	> 500
L5 Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500.-- je Fall (A2)	min.	85	> 40	> 50	> 60	> 60	> 60
L6 Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende (A3)	P	4	4	4	9	4	4
L7 Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses) (A3)	max.	6	< 15	< 15	< 15	< 15	< 15

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) (A2)	P	97 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
---	---	------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 2223 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.605
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.500
Leistungsindikatoren L3, L5 und L7	

Budget Leistungsgruppe 2223	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zur Erweiterung und Verbesserung der statistischen Grundversorgung soll die Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen optimiert und ausgebaut werden. Ein spezieller Effort ist in diesem Bereich für eine effiziente und ökonomische Durchführung der Volkszählung erforderlich.
- Das Angebot von statistischen Informationen wird auf "www.statistik.zh.ch" kontinuierlich erweitert.
- Die elektronische Stimmabgabe wird im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligung für rund 100'000 Stimmberechtigte in 13 Gemeinden ermöglicht.
- E1 Die ursprünglich auf 2009 vorgesehene Erarbeitung eines kantonalen Statistikgesetzes verschiebt sich wegen der Koordination mit Bundesvorlagen (z.B. Registerharmonisierungsgesetz) und der Abstimmung mit E-Government auf 2011.

Indikatoren

- W1: Nachdem im Jahre 2008 die Anzahl der Presseberichte über statistische Analysen um über 40 Prozent anstieg, wurden die Indikatorenwerte angepasst, ohne dauernd ein Spitzenergebnis von über 100 zu erwarten.
- W2: Aufgrund der vollständig überarbeiteten Struktur der Website (Themenportale) hat sich das Surfverhalten der Besucher leicht verändert: Während die Zahl der betrachteten Seiten weiterhin kontinuierlich zugenommen hat, hat die Anzahl der Benutzersitzungen stagniert. Die hohen Zahlen an Abstimmungswochenenden (und speziell im Vorjahr an Wahlwochenenden) sind durch eine konsequente Auslagerung des Angebots auf unsere Website www.wahlen.zh.ch ebenfalls zurückgegangen.
- L2: Nach dem in den Vorjahren die Anfragen an den Datashop leicht rückläufig waren, ist zurzeit wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Dies möglicherweise auf Grund der grösseren Anzahl Berichte in der Presse (s. a. W 1).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im Budget 2010 sind Kosten von 1.4 Mio. Franken für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung enthalten. Dies sind über 0.3 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Allgemein steigende Anforderungen an die IT-Systeme für die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen und die Anwendung von E-Voting sowie die Erneuerung auslaufender Nutzungsverträge verursachen jährliche Mehrkosten von gegen 0.4 Mio. Franken.
- Dank der Erhöhung der Eigenleistungen vor allem beim Betrieb der Wahlen-Hotlinie konnten die Kosten für Dienstleistungen um rund 0.2 Mio. Franken gesenkt werden.
- Aufgrund dieser Faktoren erhöht sich der Globalkredit gegenüber dem Vorjahr noch um rund 0.5 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

- Im Jahr 2010 sind verschiedene Anpassungen an den IT-Systemen für Wahlen und Abstimmungen und für die Anwendung von E-Voting mit Kosten von 0.5 Mio. Franken erforderlich.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Inklusive Projekt- und Praktikantenstellen sind für das Jahr 2010 wie im Vorjahr Total 31 Stellen geplant.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im 2011 sind ausserordentliche Aufwendungen für die Durchführung der Wahlen von 0.9 Mio. Franken vorgesehen. Andererseits wird der Aufwand durch den Abschluss des Projekts Registerharmonisierung um rund 1.4 Mio. Franken entlastet. Der Globalkredit reduziert sich um knapp 0.5 Mio. Franken. Die Budgets 2012 und 2013 werden voraussichtlich durch keine Wahlen oder grössere Projekte belastet, sodass die Globalkredite um gegen eine Million Franken gesenkt werden können.

Investitionsrechnung

- Für die Planjahre 2011- 2013 sind zurzeit keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für das Jahr 2011 ist eine weitere Stelle für die Durchführung der Wahlen eingeplant. Da andererseits die Projektstelle für die Durchführung der Volkszählung Mitte 2011 ausläuft steigt die Stellenzahl nur um 0.5 auf 31.5. Für die Jahre 2012 und 2013 vermindert sich der Bestand um weitere 1.5 auf 30 Stellen.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber der Vorjahresplanung mussten die Kosten für die Vorbereitung der auf harmonisierten Registern basierenden Volkszählung im 2010 nochmals um rund 0.3 Mio. Franken erhöht werden. Aufgrund der höheren Anforderungen an die IT-Systeme für die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen und die Anwendung von E-Voting mussten die jährlichen Kosten um rund 0.4 Mio. Franken erhöht werden.
- Dank der Erhöhung der Eigenleistungen vor allem beim Betrieb der Wahlen-Hotlinie und diverser kleiner Einsparungen konnte der Anstieg des Globalkredits für das Jahr 2010 auf unter 0.4 und in den Folgejahren auf rund 0.1 Mio. Franken begrenzt werden.
- Die in der Planung des Vorjahres für die Jahre 2008 - 2010 geplanten Erträge von Dienstleistungen und Benützungsgebühren mussten entsprechend den derzeitigen realen Marktaussichten um rund 0.4 Mio. reduziert werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang bleibt im Rahmen der Vorjahresplanung.

Indikatoren

- vgl. allgem. Bemerkungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.7	0.1	1.1	1.2	1.1	1.2	1.1	1.2	1.2	78.7
Aufwand	-7.6	-7.0	-1.6	-8.6	-1.8	-9.0	-2.3	-9.3	-9.4	23.7
Saldo	-6.9	-6.9	-0.5	-7.4	-0.7	-7.8	-1.1	-8.1	-8.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.9		-0.3	-0.3	-0.2	-0.2				-0.2
Nettoinvestitionen	-0.9		-0.3	-0.3	-0.2	-0.2				-0.2
Personal (Beschäftigungsumfang)	27.2	30.7	13.3	44.0	17.5	48.2	19.5	50.2	50.2	

Aufgaben

- A1 Ueberlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Ueberlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2 Akten: Aktenschliessung der Archivalien unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benützung der Archivbestände durch die Kunden
A4 Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Ueberlieferungsbildung: 1) Aktenführung in der Verwaltung (IVV, Records Management) / 2) Langzeitarchivierung elektronischer Akten, Verwaltungskataster, Verwaltungsvereinbarungen	2013	3
E2 Aktenschliessung: 1) Aktenschliessung Akten 20./21. Jh. 2) Abbau Restanzen Zwischenarchiv	2013	0
E3 Individuelle Kundendienste/Marketing: Aufbau Plattform für historische Forschungsprojekte (z.B. Universitäten)	2013	2
E4 Beständeerhaltung: 1) Konservierung Akten 19./20. Jh. 2) Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung / Restaurierung moderne Medien	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Aemter) mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	-	90 %	0	90 %	0	90 %
W2 Gesamtzufriedenheit Kundensegment Aemter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	90 %	-	-	90 %	-	-
W3 Anzahl erreichte potentielle Leser: 100'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
W4 Anzahl Internetbenützungen: 150'000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungen

L1 Anzahl Ablieferungen (A1)	min.	139	80	80	80	80	80
L2 Anzahl Ablieferungsvereinbarungen (A1)	min.	56	50	50	50	50	50
L3 Abgelieferte Mengen in Laufmetern (A1)	min.	1'018	700	700	700	700	700
L4 Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (Laufmeter) (bis 09) (A2)	P	75 %	300	-	-	-	-
L5 Abbau Restanzen Zwischenarchiv (Laufmeter) (nur 09) (A2)	P	-	300	-	-	-	-
L6 Anzahl Besucher/Innen und schriftliche Anfragen (A3)	min.	2'045	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
L7 Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet (A3)	min.	erfüllt	95 %	95 %	95 %	95 %	95 %
L8 Anzahl katalogisierte Neueingänge (A3)	min.	1'614	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
L9 Anzahl Konservierungsschachteln (A4)	min.	230	200	200	200	200	200
L10 Anzahl erstellter Mikrofilmaufnahmen (A4)	min.	174'450	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000
L11 Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände	min.	110	20	20	20	20	20
L12 Der Umfang der auf Endarchiv-Niveau erschlossenen Unterlagen entspricht demjenigen der im Vorjahr abgelieferten Unterlagen plus 400 Lfm. Akten aus dem Zwischenarchiv (ab 2010, Ersatz L4, L5) (A2)	P	-	-	100 %	100 %	100 %	100 %

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 2224 Budgetentwurf 2010**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.403
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.320
Leistungsindikatoren L1, L2, L3, L6, L7, L8, L9, L10 und L11	

Budget Leistungsgruppe 2224

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Ausgehend von 29.2 Stellen per 2008 (inkl. 2 Praktikastellen) wurde der Stellenplan im 2009 um 8.7 auf 37.9 Stellen erhöht (Projekte a) Transkription und Digitalisierung KRP's und RRB's (TKR) und b) Kunstdenkmälerinventarisierung (Refinanzierung durch Drittmittel) und c) Aushilfen. Die weiteren notwendigen Personalressourcen zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages werden gestaffelt in die aktuelle KEF-Planung aufgenommen. Dies sind für 2010 3.3 Stellen, für 2011 4.2 Stellen und für das Jahr 2012 2 Stellen. Ebenfalls per 2010 werden 2.8 Stellen für das Projekt Rechtsquellen (RQ) in den Stellenplan aufgenommen (Refinanzierung durch Drittmittel). Dies führt zu einer gesamthaften Stellenaufstockung von ursprünglich 37.9 im 2009 um 12.3 auf 50.2 Stellen im 2013 (davon 9.5 ordentliche Stellen zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages und 2.8 befristete Projektstellen, refinanziert durch Drittmittel).

Indikatoren

- L1-L3: Die geplante Personalaufstockung im Bereich der Ueberlieferungsbildung (1 Stelle) wird nicht dazu führen, dass mehr Unterlagen übernommen werden, das Gegenteil ist der Fall: Mit mehr Kapazitäten in diesem Bereich steigt die Qualität der Übernahmen, also die Dichte (nicht die Menge!) der Überlieferung.
- L4/L5/L12: Die Leistungsmessung im Bereich Aktenerschliessung wird erneut angepasst. Die aktuellen Indikatoren, L4 „Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erschlossen“ und L5 „Abbau Restanzen Zwischenarchiv“, werden ab 2010 nicht mehr in dieser Form weitergeführt. Die neue Leistungsmessung L12 „Der Umfang der auf Endarchiv-Niveau erschlossenen Unterlagen entspricht demjenigen der im Vorjahr abgelieferten Unterlagen plus 400 Lfm. Akten aus dem Zwischenarchiv“ beinhaltet den Zielwert von 100%. Aktuelle Ablieferungen werden mit verwandten Beständen aus dem Zwischenarchiv kombiniert (gleiche abliefernde Stellen) und erschlossen, dadurch wird die Bearbeitungszeit verkürzt und somit der gesamte Prozess Aktenerschliessung wirtschaftlicher.
- L11: Der hohe Indikatorenwert von 110 im 2008 ist auf Visitationen der Zweckverbände zurückzuführen. Die generelle Reduktion des Indikators „Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände“ auf 20 pro Jahr ist damit begründet, dass der Bereich sich in einer strategischen Neuausrichtung befindet. Mit diversen Gremien wird diese Neuausrichtung diskutiert. Die Idee ist, dass es zukünftig in Bezug auf die Archivierung Gemeindearchiv-Verbünde geben soll. Diese Verbünde ihrerseits sollen dafür besorgt sein, dass für Archivierungsfragen kompetente Mitarbeitende beschäftigt werden. Aus diesem Grunde bleibt der Indikator auf tieferem Niveau.
- Sinnvolle Indikatoren zur Wirtschaftlichkeit sind bezüglich Tätigkeiten im Staatsarchiv sehr schwierig zu entwickeln. Daher sind (noch) auch keine Vergleichswerte mit anderen Staatsarchiven vorhanden. Das Staatsarchiv leistet hier aber Pionierarbeit.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Die Erhöhung des Aufwandes von Fr. 1.6 Mio. gegenüber dem Budget 2009 ist im wesentlichen zurückzuführen auf a) neue Personalressourcen, Fr. 346'000 und b) die Projekte TKR Fr. 537'000 und RQ Fr. 625'000. Beide Projekte werden zu 100% durch Drittmittel refinanziert. Weiter fallen die Abschreibungen mit Fr. 75'000 Zunahme ins Gewicht.
- Der Ertrag erhöht sich im 2010 um Fr. 1.1 Mio. gegenüber 2009. Dies entspricht a) den Beiträgen des Lotteriefonds für die Projekte TKR und RQ, Fr. 537'000 und Fr. 625'000 und b) Drittmittel für Projekte TKR und RQ in der Höhe von Fr. 75'000.
- Die Dienstleistungen Dritter allgemein erhöhen sich um Fr. 229'000 im 2010 gegenüber 2009. Dies ist zurückzuführen auf die Kosten für die beiden Projekte TKR / Fr. 153'000 und RQ / Fr. 86'000. (Allgemeine Einsparungen von Fr. 10'000)

Investitionsrechnung

- Im Jahre 2010 wird ein Teil der Archivgestellanlage im Umfang von Fr. 320'000 ersetzt. Tablare und Seitenelemente der Anlage sind rostig und somit für die Aufbewahrung der Archivalien untragbar. Es gibt keine kostengünstigere Lösung. (Vgl. Jahresbericht 2008, S.11)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im 2010 steigt der Beschäftigungsumfang von 37.9 auf 44.0 (3.3 Stellen ordentlicher Stellenplan, 2.8 befristete Projektstellen für Projekt Rechtsquellen, refinanziert durch Drittmittel)

Indikatoren

- Im Bereich Aktenerschliessung werden die Indikatoren L4/L5 ab 2010 nicht mehr weitergeführt. Ersetzt werden diese durch den Indikatorenwert L12. (siehe oben, Ablösung L4/L5). Die restlichen Indikatorenwerte verbleiben auf gleichem Niveau.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Der Personalaufwand steigt in den Planjahren 2011 und 2012 wegen a) Aufstockung Personalressourcen um Fr. 428'000 resp. Fr. 253'000 an, in den Planjahren 2010-2013 wegen b) Projekten TKR und RQ um Fr. 451'000 resp. Fr. 447'000 an. Der Sachaufwand erhöht sich in den Planjahren wegen Projekten TKR und RQ um jeweils Fr. 86'000 resp. Fr. 178'000. Der Ertrag bleibt in den Planjahren 2011-2013 auf gleichem Niveau wie 2010, bei Fr. 1.2 Mio. (Begründung siehe oben).
- Die Dienstleistungen Dritter allgemein verbleiben in den weiteren Planjahren auf gleichem Niveau wie 2010, bei Fr. 1'039'000.

Investitionsrechnung

- Im Planjahr 2011 ist eine statische Nachrüstung des Altbaus Staatsarchiv in der Höhe von Fr. 200'000 zwingend erforderlich (Verstärkung Chromstahlkonsolen).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den Planjahren 2011/2012 steigt der Beschäftigungsumfang von 44.0 (2010) auf 48.2, resp. von 48.2 auf 50.2 (inkl. befristeten Projektstellen und Praktikumsstellen). Diese Erhöhung der Personalressourcen im ordentlichen Stellenplan ist erforderlich, damit der gesetzliche Auftrag erfüllt werden kann. Mit den zusätzlichen 6.2 Stellen ab 2011 kann das Staatsarchiv seinen Auftrag erfüllen.

Indikatoren

- Die Zielwerte der Indikatoren verbleiben in den weiteren Planjahren auf gleichem Niveau.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Im letztjährigen KEF waren der Aufwand einerseits für die Aufstockung der Personalressourcen, Fr. 1'027'000 und andererseits für die beiden Projekte TKR und RQ, Fr. 537'000 resp. Fr. 625'000 nicht enthalten. Demgegenüber steigt der Ertrag im Vergleich zum KEF Vorjahr um Fr. 1.2 Mio. infolge Drittfinanzierung der beiden Projekte TKR und RQ.
- Die Dienstleistungen Dritter erhöhen sich gegenüber dem KEF Vorjahr um Fr. 229'000 für die Projekte TKR und RQ, diese DL Dritter werden jedoch refinanziert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im KEF Vorjahr waren die Aufstockungen von a) 9.5 Stellen im ordentlichen Stellenplan und b) 10 befristete Projektstellen, refinanziert durch Drittmittel) nicht enthalten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	3.4	3.7	-0.6	3.7	-0.6	3.8	0.3	4.6	4.7	36.8
Aufwand	-3.0	-3.4	2.6	-3.7	2.4	-3.9	1.1	-5.2	-5.2	74.3
Saldo	0.4	0.3	2.0	0.1	1.8	-0.1	1.4	-0.6	-0.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	16.4	18.3	-13.9	18.9	-12.9	19.9	-5.9	26.9	26.9	

Aufgaben

- A1 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
- A2 Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen (ab 1.1.2007)
- A3 Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide
- A4 Informations- und Beratungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Übernahme Sammeleinrichtungen vom BSV aufgrund Strukturreform	2012	3
E2 Bearbeitung von Unterdeckungs- und Sanierungsfällen bei den Vorsorgestiftungen	2012	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen (A4)	min.	gut - sehr gut	gut	gut	gut	gut	gut
W2 Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz (A1/A2)	max.	0.15%	5%	5%	5%	5 %	5 %
W3 Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit (A1-A4)	min.	n.q.	gut	n.q.	gut	n.q.	gut
W4 Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen (bis 2010)	max.	11%	10%	10%	--	--	--

Leistungen

L1 Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen: Vollständige Erfassung (bis 2012) (A1/A2)	P	100%	100%	100%	100%	100%	-
L2 Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten) (A3)	max.	< 6	6	6	6	6	6
L3 Anzahl durchgeführter Informationstage zur beruflichen Vorsorge (A4) (ab 10)	min.	-	-	4	4	4	4
L4 Anzahl durchgeführter Informationsveranstaltungen für klassische Stiftungen (A4) (ab 10)	min.	-	-	0	2	0	2

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungs-Aufsicht (A1-A4)	P	113%	100%	102%	98%	89%	89%
---	---	------	------	------	-----	-----	-----

Leistungsgruppe 2225	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.085
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 2225
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Neu kam mit dem 3. Paket der 1. BVG-Revision hinzu, dass die Leistungsreglemente der Vorsorgeeinrichtungen auch in steuerlicher Hinsicht zu prüfen sind. Diese Aufgabe hat das BVS von der Steuerverwaltung übernommen.
- Seit 2007 übt das BVS zudem auch die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Schaffhausen aus.
- Per ca. 1.1.2011 werden voraussichtlich die Vorbereitungen für die Übernahme der Aufsicht über die Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen anlaufen. Diese Aufgabe wird das BVS frühestens im Jahr 2012 übernehmen.
- Personalstellen: Die Übernahme der Sammeleinrichtungen führt bis 2012 zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von mind. 8 Stellen.
- E2 Die Finanzmarktkrise und deren Folgen lassen eine starke Unterdeckung der Vorsorgestiftungen auch im Kanton Zürich erwarten.

Indikatoren

- Der Indikator (W3) Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit (A1-A5) soll alle 2 Jahre mittels einer schriftlichen Umfrage erhoben werden.
- Über die Veränderungen der Indikatoren im Zusammenhang mit der Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund können keine Prognosen gestellt werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- DL Dritter: unverändert.
- DL Dritter Informationstage: Infolge Brutto-Darstellung der bis anhin netto ausgewiesenen Kursgelder für Informationstage des BVS wird ein höherer Aufwand ausgewiesen.

Investitionsrechnung

- Keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Neue Stelle 50% Support infolge Durchführung Infotage durch BVS.

Indikatoren

- Neu ab 2010 sind die beiden Leistungsindikatoren L3 und L4.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die weitere finanzielle Entwicklung ist geprägt durch die voraussichtliche Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund mit dem entsprechenden personellen Ausbau. Neben der Kostenzunahme führt dies auch zu mehr Einnahmen. Im Weiteren basiert die finanzielle Entwicklung auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.
- DL Dritter: Erhöhung Sachaufwand im 2012 infolge Übernahme der Sammeleinrichtungen ab 2012.
- DL Dritter Informationstage: Infolge Brutto-Darstellung der bis anhin netto ausgewiesenen Kursgelder für Informationstage des BVS höherer Aufwand.

Investitionsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Übernahme der Sammeleinrichtungen frühestens ab 2012 führt zur ausgewiesenen Stellenerhöhung von mind. 8 Stellen (Erhöhung 1 Stelle in 2011, Erhöhung mind. 7 Stellen in 2012).

Indikatoren

- Neu ab 2010 sind die beiden Leistungsindikatoren L3 und L4.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch die Verschiebung der Übernahme der Sammeleinrichtungen von 2010 auf 2012 ergibt sich eine Saldoverbesserung von Fr. 2 Mio. im 2010, Fr. 1.8 Mio. im 2011 und von Fr. 1.4 Mio. im 2012.
- Aufgrund konkretisierter Angaben des BSV kann nun von einem zusätzlichen Stellenbedarf von mind. 8 Stellen bis 2012 (bisher 14.5 Stellen veranschlagt) ausgegangen werden; die konkretisierten Angaben des BSV haben auch ergeben, dass mit Mehreinnahmen aus Gebühren für Sammeleinrichtungen von Fr. 0.88 Mio. anstelle von Fr. 0.4 Mio. gerechnet werden kann. Dies führt im 2012 zu einer Saldoverbesserung von Fr. 1.4 Mio. gegenüber dem KEF Vorjahr.
- DL Dritter: Verschiebung Erhöhung Sachaufwand infolge Übernahme Sammeleinrichtungen von 2010 auf 2012 höherer Aufwand.

Investitionsrechnung

- Keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die geplante Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bund wurde von 2010 auf 2012 verschoben und von 14.5 auf 8 zusätzliche Stellen reduziert.

Indikatoren

- Der Indikator W4 wird ab dem Jahr 2011 nicht mehr erhoben, da die Problemfälle bei den Unterdeckungsfällen nicht genügend aussagekräftig messbar sind.
- Der Indikator L1 wird ab dem Jahr 2013 nicht mehr erhoben da in den vergangenen Jahren unproblematisch.
- Verbesserung von B1 in 2010 und 2011 infolge Verschiebung Übernahme Sammeleinrichtungen auf 2012; Verbesserung von B1 in 2012 infolge Konkretisierung der Angaben des BSV zur Übernahme der Sammeleinrichtungen (siehe Erfolgsrechnung).
- Neu ab 2010 sind die beiden Leistungsindikatoren L3 und L4.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag		0.5	-0.2	0.4	-0.2	0.4	-0.2	0.4	0.4	
Aufwand	-9.4	-9.5	-0.7	-10.5	-0.6	-10.5	-0.7	-10.7	-10.7	13.6
Saldo	-9.4	-9.0	-0.8	-10.1	-0.7	-10.1	-0.9	-10.3	-10.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.3	6.6	0.5	7.1	0.5	7.1	0.5	7.1	7.1	

Aufgaben

- A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe, administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren	2012	2
E2 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung	2012	2

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (inkl. Finanzierung) und mit der Beurteilung der mit Hilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen) (A2)	min.	-	gut	-	-	-	-
W2 Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle (A1)	max.	10 %	10 %	5 %	5 %	5 %	5 %

Leistungen

L1 Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (A1)	P	507	500	510	520	520	530
L2 Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen (A2)	P	2	25	25	25	25	25
L3 Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren (A1)	max.	156	280	280	250	250	200
L4 Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung) (A1)	max.	3.6 Mte.	2.5 Mte.	2 Mte.	2 Mte.	2 Mte.	1.5 Mte.

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle (A1)	P	100 %	100 %	100 %	100 %	100%	100%
B2 Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer) (A1)	P	8'187	7'500	7'000	7'000	7'000	7'000

Leistungsgruppe 2232	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-10.113
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 2232
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Gegenüber dem letztjährigen KEF resultiert eine Verschlechterung des Saldos, die vor allem auf die höheren Opferhilfeleistungen und zusätzliche Beiträge an die Beratungsstellen zurückzuführen ist.

Indikatoren

- Die Finanzierung der Opferberatungsstellen erfolgt erst seit Anfang 2006 über einen Leistungsvertrag (neues Finanzierungsmodell NFO). Umfragen werden erst durchgeführt, wenn sich die neue Steuerung (namentlich die Prozesse und das Instrumentarium) eingespielt hat und gewisse Erfahrungswerte vorhanden sind.

Sonstige Bemerkungen

- Zu den Sanierungsmassnahmen: Die Staatsbeiträge an die Beratungsstellen konnten zwar vorerst reduziert werden. Sie haben sich aber wieder erhöht, weil infolge des Gewaltschutzgesetzes ein Ausbau des Beratungsangebotes notwendig wurde. Das revidierte OHG ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Damit erhoffte Einsparungen werden sich bei den Leistungen an Opfer - wenn überhaupt - frühestens im Jahr 2010 realisieren lassen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand entwickelt sich gemäss der Zunahme des Beschäftigungsumfanges sowie den Vorgaben zur Personalkostenplanung. Die Opferhilfeleistungen wurden erhöht, ebenso die Betriebsbeiträge an die Beratungsstellen, bedingt durch den Aufgabenausbau infolge des Gewaltschutzgesetzes.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter entsprechen dem Budget 09.
- Insgesamt verschlechtert sich der Saldo um Fr. 1,1 Mio.

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Zunahme von 0,5 Stellen ist auf eine Auditorenstelle und Mutationen im Beschäftigungsgrad zurückzuführen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Entwicklung.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter sowie die Staatsbeiträge entwickeln sich gemäss Teuerungsvorgabe.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- keine Veränderungen

Indikatoren

- Abgesehen von der Zunahme der Anzahl beurteilter Gesuche sowie den Kosten je Opferhilfefverfahren zeichnen sich keine Veränderungen ab.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem letztjährigen KEF resultiert eine Verschlechterung des Saldos, die vor allem auf die höheren Opferhilfeleistungen und zusätzliche Beiträge an die Beratungsstellen zurückzuführen ist, bedingt durch den Aufgabenausbau infolge Gewaltschutzgesetz.
- Die Kosten der Dienstleistungen Dritter veränderten sich lediglich teuerungsbedingt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.0	0.1	0.1	20.0
Aufwand	-1.2	-1.4	0.1	-1.3	0.1	-1.4	0.2	-1.2	-1.3	4.8
Saldo	-1.1	-1.3	0.1	-1.2	0.1	-1.2	0.2	-1.1	-1.2	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.1	4.9	-0.2	4.7	-0.2	4.7	-1.7	3.2	3.2	

Aufgaben

- A1 Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsbasis über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
- A3 Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
- A4 Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
- A5 Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
- A6 Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
- A7 Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung
- A8 Sicherung der gesamtheitlichen Konzeption und Steuerung der Vereinbarkeitspolitik des Regierungsrates, Leitung des dafür eingesetzten Koordinationsgremiums

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung zu verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen)	2010	3
E2 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	2010	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 09) (A4)	min.	-	gut	-	-	-	-
W2 Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen LeistungsempfängerInnen /Umfrage alle 2 Jahre (bis 09) (A1)	min.	-	gut	-	-	-	-
W3 Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämter und Abteilungen (ab 10) (A4)	P	-	-	1	1	1	1
W4 Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle 2 Jahre (ab 10) (A5)	min.	-	-	gut	-	gut	-
Leistungen							
L1 Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (A1)	min.	17	15	15	15	15	15
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 08) (A4)	min.	21	20	20	20	20	20
L3 Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf website (Durchschnitt/Mt.) (ab 08) (A5)	min.	8'649	4'725	7'000	7'500	8'000	8'500
L4 Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 08) (A7)	min.	26	36	38	40	42	44

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 2233	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.228
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 2233
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die FFG setzt die verstärkten Aktivitäten im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Art. 107 Abs. 2 KV) fort. Die seit 2008 zusätzlichen 1.5 Stellen werden weiterhin vorgesehen.
- A8 dient der Umsetzung der vom Regierungsrat mit Beschlüssen vom 25. Juni 2008 (Nr. 1005) und 1. Oktober 2008 (Nr. 1538) verabschiedeten Koordinationsaufgabe.

Indikatoren

- Die Wirkungsindikatoren W 1 und W2 werden präziser gefasst. Siehe W3 und W4 ab 2010.
- L3: angepasst, da die Anzahl der Besuche stark angestiegen ist seit 2006

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Kostenzunahme basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

Investitionsrechnung

- keine Investitionen

Indikatoren

- siehe allgemeine Bemerkungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung beeinflussen die finanzielle Weiterentwicklung. Im Jahr 2012 werden die befristeten Stellen wieder abgebaut.
- Die Kosten für Dienstleistungen Dritter erhöhen sich nur um die Teuerung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Reduktion der befristeten Stellen (1,5) ab 2012.

Indikatoren

- L3 und L4: leichte Zunahme der Aktivitäten von Jahr zu Jahr

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Verschiedene Kosteneinsparungen sowie die Stellenreduktion im 2012 führten in den Jahren 2010 - 2012 zu einer Saldoverbesserung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	32.9	40.0	2.5	39.5	0.5	37.5	0.5	37.5	37.5	13.8
Aufwand	-121.0	-129.6	-0.5	-129.3	3.6	-129.9	4.9	-133.4	-136.0	12.4
- Beitrag an Opernhaus Zürich		-79.5		-80.1		-82.5		-85.9	-88.2	
Saldo	-88.0	-89.6	2.0	-89.8	4.1	-92.3	5.4	-95.9	-98.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-2.0	0.0	-3.0	0.0	-3.0	-3.5	-3.5		-1.9
Nettoinvestitionen		-2.0	0.0	-3.0	0.0	-3.0	-3.5	-3.5		-1.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	5.6	6.0	-0.2	6.3	-0.2	6.3	-0.2	6.3	6.3	

Aufgaben

- A1 Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität.
- A2 Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten.
- A3 Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näher zu bringen.
- A4 Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten.
- A5 Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen.	2016	6
E2 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1)	2010	6

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis "gut" (bis 09)	min.	-	-	-	-	-	-
W2 Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung (A1, A2, A4)	min.	77.5 %	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%	74-78%
W3 Zufriedenheit der Geschuestellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mind. "gut" als Ziel geplant (Fragebogen, jährl. wechselnde Sparten) (bis 09)	min.	-	gut	-	-	-	-
W4 Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (A2, A3, A4)	P	131	130	125	120	120	120
W5 Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mind. "gut"	min.	-	-	-	-	gut	-
W6 Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (bis 09) (A2)	P	40	40	-	-	-	-
W7 Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (A2)	P	17	13	15	20	25	30
W8 Freie Kredite: Anzahl fremdsprachiger Veranstaltungen (bis 09) (A2, A3)	P	15	20	-	-	-	-

Leistungen

L1 Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen (A1)	P	40	50	40	50	50	50
L2 Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur (A5)	P	1'580	1'800	1'600	1'700	1'800	1'900
L3 davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus resultierende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden (A5)	P	202/1'394	200/1'400	200/1'400	200/1'400	200/1'400	200/1'400
L4 davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden (neu ab 08) (A1, A2, A4)	P	408/986	590/610	400/1'000	400/1'000	400/1'000	400/1'000
L5 davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte (bis 09)	P	576/164	500/200	-	-	-	-
L6 Anzahl Wiedererwägungsgesuche (A5)	max.	3	<=30	<=30	<=30	<=30	<=30
L7 Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden (bis 09)	P	25	40	-	-	-	-

Wirtschaftlichkeit

B1 Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	min.	45.8	44-46	44-46	44-46	44-46	44-46
B2 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Opernhaus (bis 09)	P	58.24	61.13	-	-	-	-
B3 Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen (ohne Opernhaus, Mio. Fr.) (bis 09)	P	7.48	12.93	-	-	-	-
B4 Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Fr.) (bis 09)	P	3.47	4.09	-	-	-	-
B5 Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in % (bis 09)	P	4.17	4.42	-	-	-	-

Leistungsgruppe 2234 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-89.785
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.000
Leistungsindikator L6	

Budget	Leistungsgruppe 2234
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirtschaftlichkeit							
B6 Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Kulturförderung	P	65.61	68.88	67.67	69.60	72.29	74.21
B7 Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1.19	1.20	1.20	1.19	1.18	1.16

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Subsidiäre Hilfe an öffentliche und private kulturelle Einrichtungen und Projekte in Form von Beiträgen an Einzelne und Institute (Kulturförderungsgesetz) sowie Unterstützung für den Betrieb des Opernhauses (Opernhausgesetz). Die Schwerpunkte der kantonalen Förderung des breiten und hochstehenden Kulturangebots sind mit dem Leitbild 2002 verabschiedet worden. Sie betreffen einerseits das kulturelle Leben in den Landgemeinden, andererseits überregionale Anliegen. Dabei steht die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute im Vordergrund.

Indikatoren

- W5: Verschiebung der Umfrage auf 2012 infolge Intendantenwechsel
- L1: siehe Entwicklungsschwerpunkt E1
- W1, W3, W6, W8, L5, L7, B2, B3, B4, B5: Werte bereits in Tätigkeitsbericht/Geschäftsbericht der Fachstelle publiziert. Keine Fortschreibung.

Sonstige Bemerkungen

- Keine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 2010 schneidet gegenüber dem Voranschlag 2009 um 0.2 Mio. Fr. schlechter ab. Den Mehrausgaben infolge Anstieg der Subvention an das Opernhaus Zürich um 0.6 Mio. Fr. sowie teuerungsbedingter Mehrkosten beim Personalaufwand stehen der tiefer als im Vorjahr veranschlagte Verzinsungs- und Abschreibungsaufwand und der Verzicht auf Staatsbeitragszahlungen an das Landesmuseum gegenüber.

Investitionsrechnung

- Für Investitionen für das Nachfolgeprojekt Opus One (Opernhausparking) bleiben unverändert 11.5 Mio. Fr. über einen Zeitraum von vier Jahren eingestellt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Kleine Mutationen im Beschäftigungsgrad führten zur Zunahme von 0,3 Stellen.

Indikatoren

- W1, W3, W6, W8, L5, L7, B2, B3, B4, B5: Werte bereits in Tätigkeitsbericht/Geschäftsbericht der Fachstelle publiziert. Keine Fortschreibung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung des Rechnungssaldos wird geprägt durch den Ausgleich der Teuerung gemäss Subventionsvertrag bei Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich.
- Der Bedarf der Fachstelle Kultur an Beratungsdienstleistungen wie Rechtsgutachten, Studien oder Expertisen vermag mit den bisher im Budget eingestellten Mitteln nicht gedeckt werden. Die mit dem Legislaturziel Nr. 15 ("Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte") abgeleitete Aufgabe, ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren zu erarbeiten, wird den Beizug zusätzlicher externer Beratung erfordern. Auf 2011 hin werden daher die eingestellten Mittel für Entschädigungen der Kulturförderungskommissionsmitglieder sowie für Beratungsdienstleistungen Dritter erhöht.

Investitionsrechnung

- Für die Investitionen für das Nachfolgeprojekt Opus One (Opernhausparking) bleiben unverändert 11.5 Mio. Fr. über einen Zeitraum von vier Jahren eingestellt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Keine Veränderung

Indikatoren

- W1, W3, W6, W8, L5, L7, B2, B3, B4, B5: Werte bereits in Tätigkeitsbericht/Geschäftsbericht der Fachstelle publiziert. Keine Fortschreibung.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr ergeben sich in den KEF Jahren 2010 - 2012 Verbesserungen des Rechnungssaldos von 1.9, 4.1 sowie 5.4 Mio. Fr. (Grund: Auswirkungen der niedrigeren Teuerungsvorgaben im Bereich Personalkosten Opernhaus).

Investitionsrechnung

- Für die Investitionen für das Nachfolgeprojekt Opus One (Opernhausparking) bleiben unverändert 11.5 Mio. Fr. über einen Zeitraum von vier Jahren eingestellt, jedoch um ein Jahr verschoben.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Nur geringe Veränderung.

Indikatoren

- W1, W3, W6, W8, L5, L7, B2, B3, B4, B5: Werte bereits in Tätigkeitsbericht/Geschäftsbericht der Fachstelle publiziert. Keine Fortschreibung.

Direktion der Justiz und des Innern

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.2	2.2	0.3	2.6	0.3	2.6	0.3	2.6	2.6	124.9
Aufwand	-2.0	-3.9	-0.4	-4.5	-0.4	-4.5	-0.3	-4.4	-4.4	118.1
Saldo	-0.9	-1.7	-0.1	-2.0	-0.0	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.5	4.0	2.0	6.0	2.0	6.0	2.0	6.0	6.0	

Aufgaben

- A1 Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern - verbindlich ab dem ersten Tag - zur Herstellung von Chancengleichheit.
- A2 Proaktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen.
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration.
- A4 Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM).
- A5 Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben
- A6 Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderungsangebote in den Regionen	2012	2
E2 Aktivitäten zur Unterstützung des Bereichs Frühförderung verstärken	2012	2
E3 Aktive Integrationsbereitschaft fördern (LZ RR 13.2): Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes	2011	2
E4 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne "Aller Anfang ist Begegnung" der Nordwestschweizer Kantone übernehmen (LZ RR 13.1)	2012	2

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Gemeinden (Umfrage alle 3 Jahre) (bis 2008)	min.	-	-	-	-	-	-
W2 Zufriedenheit der Fachorganisationen (Umfrage alle 3 Jahre) (bis 2008)	min.	-	-	-	-	-	-
W3 Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle 2 Jahre ab 2009, erstmals 2010),	min.	-	-	gut	-	gut	
Leistungen							
L1 Beanspruchung des Dienstleistungsangebots durch die Gemeinden (bis 2008) (A6)	P	40	-	-	-	-	-
L2 Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (A1)	P	77	90	90	90	90	90
L3 Mitarbeit beim Aufbau regionaler Strukturen (bis 2008) (A2)	P	2	-	-	-	-	-
L4 Mitwirkung bei der Behandlung von Beitragsgesuchen an den Bund und weitere Stellen (bis 2008) (A1)	P	111	-	-	-	-	-
L5 Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung-Plakatkampagne) (ab 2009) (A3)	min.	-	2	2	2	2	2
L6 Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/Neuzuziehende (ab 2009) (A1)	min.	-	20	10	10	10	10
L7 Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet 2009-2011) Ab Mitte 2009 Betreuung der Fälle bis Abschluss (A1)	P	-	40	40	40	-	-
L8 Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (ab 2009) (A1)	P	-	10	5	5	5	5
L9 Kooperationen in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen (ab 2010) (A2, A5, A6)	min.	-	-	30	30	30	30
L10 Mitarbeit in interkantonalen Gremien und in Gremien des Bundes (ab 2010) (A4)	P	-	-	5	5	5	5
Wirtschaftlichkeit							
B1 Projektunterstützung (Mio Fr.) (ab 2010)	P	-	-	3.0	3.0	3.0	3.0
B2 Anteil Leistungen der Fachstelle / Kompetenzzentrum Integration am Gesamtaufwand (ohne Projektunterstützung) (ab 2010)	P	-	-	80%	80%	80%	80%

Leistungsgruppe 2241	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.959
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L5, L6 und L9	

Budget	Leistungsgruppe 2241
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Anpassung der Strukturen und Ressourcen der Fachstelle gemäss der strategischen Neuausrichtung bzw. des Paradigmawechsels in Anlehnung an das "Basler Modell" sowie veränderte Rahmenbedingungen (neues Ausländergesetz).
- Erstellung und laufende Umsetzung eines Strategischen Dreijahres-Programmkonzepts für den Bund (BFM) als Basis für eine Leistungsvereinbarung zwischen BFM und Kanton. Neu werden daher keine Beitragsgesuche mehr beim Bund eingereicht, sondern direkt beim Kanton auf Basis der Leistungsvereinbarung des Kantons mit dem Bund/BFM zum Strategischen Programmkonzept (neue Abläufe und Finanzflüsse).
- Durchführung der Informationskampagne "Aller Anfang ist Begegnung" sowie des Pilotprojekts "Integrationsvereinbarungen"
- Verstärkung der Integrationsförderung auf kommunaler Ebene durch Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden nach einem neuen, bedarfsgerechten Umsetzungsmodell

Indikatoren

- Ein 2009 neu entwickeltes Monitoringkonzept, welches Umfeld- und Leistungsmonitoring miteinander verbindet, soll in Zukunft bessere Aussagen über die Wirkungszusammenhänge erlauben.
- Neu sind die Indikatoren B1,B2, L9 und L10; keine Weiterführung von W1, W2, L1, L3, L4

Sonstige Bemerkungen

- keine

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der gegenüber 2008 gestiegene Mehrertrag und entsprechende Mehraufwand resultiert zum grössten Teil daher, dass neu die Fachstelle für Integrationsfragen die Bundesgelder verwendet.
- Der Mehrertrag beläuft sich auf Fr. 0.4 Mio.
- Durch die Umsetzung der LZ RR 13.1 und 13.2 sowie durch eine verstärkte Projektförderung entsteht ein Mehraufwand von 0.7 Mio

Investitionsrechnung

- keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der gegenüber 2008 gestiegene Beschäftigungsumfang kommt daher, dass die Bundesgelder zur Finanzierung von Kompetenzzentren Integration nicht mehr zur Finanzierung externer Stellen, sondern zur Finanzierung zusätzlicher interner Stellen verwendet wird. Diese Massnahme ist saldoneutral und einstweilen vom Bund befristet bis 2011. Über eine Verlängerung wird im 2.Halbjahr 2010 entschieden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung in den Planjahren basiert auf den Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung.

Investitionsrechnung

- keine

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Beibehaltung der einstweilen befristeten Stellen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Da die Kostenzunahme durch Bundesbeiträge teilweise gedeckt wird, ergibt sich für die Jahre 2010 bis 2012 eine Verschlechterung von rund Fr. 0.1 Mio.

Indikatoren

- Neue Indikatoren zur Wirtschaftlichkeit.
- L8: Die Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten wird ab 2010 reduziert, weil die Bildungsdirektion (Leistungsgruppen 7200 / 7501) in der Frühförderung einen Schwerpunkt setzt (LZ RR 12.1, Umsetzung Volksschulgesetz).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.9	1.6	0.1	1.7	0.1	1.6	0.1	1.6	1.6	-11.8
Aufwand	-9.1	-9.6	0.1	-9.5	0.2	-9.6	0.2	-9.7	-9.8	8.5
Saldo	-7.2	-7.9	0.2	-7.8	0.3	-7.9	0.2	-8.1	-8.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	37.5	39.3	-0.2	39.1	-0.2	39.1	-0.2	39.1	39.1
---------------------------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Aufgaben

- A1 Rechtspflegefunktion
- A2 Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden
- A3 Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren
- A4 Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-

ziel Nr.

E1 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG)

2013

0

E2 Konsolidieren der einheitlichen Praxis VSG

2013

0

Indikatoren

Art

R 08

B 09

P 10

P 11

P 12

P 13

Wirkungen

W1 Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %) (A1)

P

13.38

14.67

14.67

14.67

14.67

14.92

Leistungen

L1 Anzahl erledigte Rechtsmittel (A1)

P

1596

1505

1560

1560

1570

1520

L2 Anzahl Rechtsauskünfte (A4)

P

10741

10000

10350

10620

10720

10820

L3 Entscheide und Bewilligungen (A3)

P

1289

1'155

1'170

1150

1160

1160

L4 Aufsicht und Genehmigungen: - Jahresrech., Visitation u. Kontr.-Bericht (A2)

P

2607

2620

2540

2534

2534

2414

L5 Aufsicht und Genehmigungen: - Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter (A2)

P

740

767

795

795

795

815

L6 Aufsicht und Genehmigungen: - Berichte und Inventare Vormundschaftswesen (A2)

P

9948

9840

9940

9950

10050

10050

L7 Pendente Geschäfte: - spruchreife Pendenzen (A1)

P

300

305

325

325

340

330

L8 Pendente Geschäfte: - total Pendenzen (A1, A3)

P

1325

870

830

840

860

850

Wirtschaftlichkeit

B1 Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %) (A1)

P

74

68

69

70

69

69

Leistungsgruppe 2251 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -7.832

Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 2251Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Konsolidierung der einheitlichen Praxis in der Rechtsprechung VSG (Volksschulgesetz).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 10 nimmt mit einem Aufwand von -9.5 Mio. trotz einer geplanten Lohnsummenerhöhung von 0.4% um 0.1 gegenüber dem Vorjahr ab. Die Einsparungen erfolgen durch Nichtbesetzen einzelner juristischer und administrativer Stellen sowie durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne). Der Ertrag von 1.7 Mio. liegt leicht über den Vorjahren und kann mit Leistungssteigerung der Mitarbeiter, höhere Gebühren für Prüfung der Jahresrechnungen, Zunahme von Prüfung der Berichten mit Vermögen und Mehrertrag infolge erstmalige Bearbeitung Schulrekorse begründet werden.
- Der daraus resultierende Saldo von -7.8 Mio. entspricht den Planungsvorgaben, keine Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Budget Vorjahr.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Personalbestand bleibt über die Planjahre unverändert.

Indikatoren

- Wirkung: - Konstant, tendenz zu vermehrtem Weiterzug der Entscheide (Ausschöpfen der Rechtsmittel).
- Leistung: - bleibt im Schwankungsbereich konstant
- Wirtschaftlichkeit: - konstant, ohne erkennbare Veränderungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung entspricht grundsätzlich den KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Der Aufwand bleibt mit rund 9.7 Mio. im bekannten Bereich. Der Ertrag ist mit 1.6 Mio. wird in der Tendenz leicht sinken. Der Saldo der Planung ab 2011 wird somit eine Verschlechterung von 0.1 Mio. bis 0.2 Mio. gegenüber dem jeweiligen KEF-Vorjahr ausweisen.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Personalbestand bleibt über die Planjahre unverändert.

Indikatoren

- Wirkung: - Konstant, tendenz zu vermehrtem Weiterzug der Entscheide (Ausschöpfen der Rechtsmittel).
- Leistung: - bleibt im Schwankungsbereich konstant
- Wirtschaftlichkeit: - konstant, ohne erkennbare Veränderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die finanzielle Entwicklung entspricht hauptsächlich den KEF-Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung. Insgesamt verbessert sich jedoch der Saldo in den Jahren 2010 bis 2012 um Fr. 0.7 Mio.

Investitionsrechnung

- Es sind keine Investitionen geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Es sind keine Personaländerungen im KEF 2010-2013 geplant.

Indikatoren

- Wirkung: - Leistung: - Wirtschaftlichkeit: Im Grundsatz werden keine wesentlichen Änderungen erwartet. Entsprechend liegen die Werte alle im Schwankungsbereich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.8	1.6	-0.0	1.6	0.0	1.6	0.0	1.6	1.6	-6.5
Aufwand	-5.6	-6.2	0.0	-6.2	0.1	-6.3	0.1	-6.4	-6.5	17.2
Saldo	-3.8	-4.6	0.0	-4.6	0.1	-4.7	0.1	-4.8	-4.9	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	24.9	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	0.0	27.0	27.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtssuchenden.
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 27a VRG; ab 1.07.09: § 339a PBG).
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV).
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet.
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades.

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

- E1 Wechsel der administrativen Unterstellung (Vorbereitung und Vollzug) von der Direktion der Justiz und des Innern zum Verwaltungsgericht. bis 2011

0

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht (A2)	P	13.3%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%	< 15%
W2 Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide (A2)	P	2.8%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
W3 Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht (A2)	P	71.8%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%	> 66%

Leistungen

L1 Einhaltung Verfahrensdauer § 27a VRG (ab 1.7.09 § 339a PBG) (A3)	min.	87.3%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
L2 Verhältnis Eingänge : Erledigungen	min.	1.00:0.93	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L3 Eingänge	P	1014	1'240	1'100	1'100	1'100	1'100
L4 Erledigungen	P	942	1'240	1'100	1'100	1'100	1'100

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostendeckungsgrad (A4 + A6)	P	31.7%	26.3%	25.9%	26.0%	25.6%	25.2%
B2 Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)	P	4014	3'675	4'200	4'250	4'350	4'450

Leistungsgruppe 2262 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -4.630
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)
Leistungsindikatoren L1 und L2

Budget Leistungsgruppe 2262

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- E1: Seit 1997 bis 2006 haben die Baurekurskommissionen ihre Gebühreneinnahmen von rund Fr. 1.1 Mio. auf Fr. 1.6 Mio. und damit um fast die Hälfte gesteigert. In den Folgejahren konnten die Einnahmen auf diesem Niveau konsolidiert werden (wobei die nochmalige Steigerung im Jahre 2008 auf 1.7 Mio. nur erreicht wurde, weil ein überdurchschnittlich hoher Ertrag aus Verfahrenskosten von erledigten Weiterzügen zu verbuchen war). Die Steigerung ist einerseits auf Gebührenerhöhungen sowie andererseits auf die Zuständigkeitsverlagerung per 1. Januar 2006 zurückzuführen. Auch ohne eine geplante, aber noch nicht beschlossene weitere Zuständigkeitsverschiebung zu den Baurekurskommissionen hin lässt sich ab dem Jahre 2011 eine moderate Anpassung der budgetierten Gebühren um Fr. 25'000 rechtfertigen. Sollte die vorgesehene Zuständigkeitsverschiebung effektiv erfolgen, werden die Baurekurskommissionen die Einnahmen nochmals steigern und entsprechend budgetieren können.

Indikatoren

- Bezugsgrössen der Wirkungsindikatoren:
- W1: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.
- W2: Jahresausstoss der Baurekurskommissionen.
- W3: Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle.

Sonstige Bemerkungen

- Ein Benchmarking mit anderen Leistungsanbietern ist nicht möglich, weil vergleichbare Leistungsanbieter nicht existieren. Die Baurekurskommissionen sind im Kanton Zürich das einzige erstinstanzliche Gericht in Bau-, Planungs- und Umweltschutzsachen. Ein Vergleich etwa mit den Steuerrekurskommissionen wäre deshalb verfehlt, weil die zu bearbeitende Materie, die Anzahl der Streitgegenstände, die Streitwerte, der Bearbeitungsaufwand und auch die Verfahren zu unterschiedlich sind, um aussagekräftige Vergleiche zu ermöglichen.
- Es ist geplant, die Baurekurskommissionen ab dem 1. Januar 2011 dem Verwaltungsgericht und nicht mehr der Direktion der Justiz und des Innern zu unterstellen. Die administrative Aufsicht würde alsdann (die Zustimmung durch den Kantonsrat vorausgesetzt) von der Verwaltung (Exekutive) zur Rechtspflege (Judikative) wechseln.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Aufwand gemäss Budgetentwurf steigt gegenüber dem Budget 2009 hauptsächlich anhand der Vorgaben zum Personalaufwand und zur Teuerung sowie der Mehrkosten für DAG-Zahlungen. Zudem wirken sich auch die per 1. Januar 2009 dem Personal gewährte und gegenüber dem Budget 2009 um 0.1% höhere Teuerung sowie die aus Rotationsgewinnen des Kantons finanzierten Beförderungen aufwandsteigernd aus. Der Sachaufwand steigt nur aufgrund der eingestellten Teuerung von 1.5%, wobei diese Mehrkosten durch den Wegfall von Abschreibungen auf Mobilien fast vollumfänglich kompensiert werden. Da sich ertragsseitig gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung ergeben (ausser einer Verschiebung hin zu Minderaufwand), beträgt der Nettomehraufwand gegenüber dem Vorjahr somit rund Fr. 71'600.
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang erfährt gegenüber dem Vorjahr keine Änderung.

Indikatoren

- L3 - L4: Die budgetierte Anzahl von Eingängen und Erledigungen in den vorangegangenen KEF-Jahren beruhte jeweils auf zu optimistischen Annahmen. Die Einschätzung wird deshalb mit dem KEF 2010 - 2013 auf jeweils 1'100 gesenkt.
- B1 - B2: In der Spalte R08 werden die Indikatoren gemäss restateter Erfolgsrechnung 2008 gezeigt. Die Werte unter HRM waren die folgenden: 33.45% (Kostendeckungsgrad) und Fr. 4'056 (Kosten je Rekursverfahren).
- B2: Aufgrund der zu optimistischen Einschätzungen der budgetierten Anzahl von Erledigungen (vgl. L2 - L4) im vorangegangenen KEF steigen die Kosten je Rekursverfahren ab dem Budget 2010.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die finanzielle Entwicklung in den weiteren Planjahren richtet sich nach den Vorgaben zur Erstellung der Planung 2010 bis 2013. In der Entwicklung nicht berücksichtigt sind wahrscheinliche, im heutigen Zeitpunkt aber noch nicht definitive Zuweisungen von weiteren Aufgaben, wie zum Beispiel einer Zuständigkeitsverlagerung vom Regierungsrat, von den Direktionen und von weiteren Instanzen zu den Baurekurskommissionen (vgl. auch RRB Nr. 436/2007).
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter erhöhen sich gegenüber dem Budget 2009 in den Planjahren jeweils um die eingestellte Teuerung von 1.5%.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den weiteren Planjahren bleibt der Beschäftigungsumfang unverändert (sofern den Baurekurskommissionen nicht weitere Aufgaben zugewiesen werden [vgl. oben]).

Indikatoren

- L3 - L4: Die budgetierte Anzahl von Eingängen und Erledigungen in den vorangegangenen KEF-Jahren beruhte jeweils auf zu optimistischen Annahmen. Die Einschätzung wird deshalb mit dem KEF 2010 - 2013 auf jeweils 1'100 gesenkt.
- B2: Aufgrund der zu optimistischen Einschätzungen der budgetierten Anzahl von Erledigungen (vgl. L2 - L4) im vorangegangenen KEF steigen die Kosten je Rekursverfahren ab dem Budget 2010.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- In den Planjahren 2010 bis 2012 sinken die Personalkosten hauptsächlich aufgrund der geänderten Vorgaben zum Personalaufwand gegenüber dem KEF Vorjahr. In den Planjahren 2011 bis 2012 wirkt sich auch die Anpassung der budgetierten Gebühren positiv aus, so dass der Nettoaufwand dieser Planjahre gegenüber dem KEF Vorjahr jeweils um rund Fr. 100'000 gesenkt werden konnte.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem KEF Vorjahr haben sich keine Veränderungen ergeben.

Indikatoren

- L3 - L4: Die budgetierte Anzahl von Eingängen und Erledigungen in den vorangegangenen KEF-Jahren beruhte jeweils auf zu optimistischen Annahmen. Die Einschätzung wird deshalb mit dem KEF 2010 - 2013 auf jeweils 1'100 gesenkt.
- B2: Aufgrund der zu optimistischen Einschätzungen der budgetierten Anzahl von Erledigungen (vgl. L2 - L4) im vorangegangenen KEF steigen die Kosten je Rekursverfahren ab dem Budget 2010.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.8	1.2	-0.3	0.9	-0.3	0.9	-0.3	0.9	0.9	18.1
Aufwand	-3.5	-4.1	0.4	-3.8	0.4	-3.9	0.4	-3.9	-4.0	12.5
Saldo	-2.8	-2.9	0.1	-2.9	0.1	-3.0	0.1	-3.0	-3.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	15.6	18.1	-1.1	17.0	-1.1	17.0	-1.1	17.0	17.0
---------------------------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Aufgaben

A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen

A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen

A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten

E2 Reorganisation

E3 Neuordnung der Administrativaufsicht (Verwaltungsgericht als neue Aufsichtsinstanz)

bis
Direktions-
ziel Nr.

2011 0

2011 0

2011 0

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile) (A3) max. 18.33 < 20 % < 20 % < 20 % < 20 % < 20 %

W2 Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen (A3) max. 35 < 40 < 32 < 32 < 32 < 32

Leistungen

L1 Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1:1: P 1 : 0.94 1 : 1 1 : 1 1 : 1 1 : 1 1 : 1

L2 Eingänge P 753 1'000 750 750 750 750

L3 Erledigungen P 709 1'000 750 750 750 750

L4 Pendenzen P 305 < 300 < 300 < 300 < 300 < 300

L5 Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten (A3) max. 4.93 < 6 < 6 < 6 < 6 < 6

L6 Anteil Dispositivurteile min. 21.4 % > 30 % > 25 % > 25 % > 25 % > 25 %

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.) P 3'899 2'900 3'900 3'900 4'000 4'100

B2 Kostendeckungsgrad P 22.73 % 29.1 % 23.4 % 23.4 % 23.1 % 22.8 %

Leistungsgruppe 2263 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -2.940

Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Leistungsindikatoren L5 und L6

Budget Leistungsgruppe 2263Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Rechtsweggarantie per 1. Januar 2009 geplante Erweiterung der Rechtsprechungskompetenz der Steuerrekurskommissionen insb. im Bereich Steuerbezug bzw. -erlass (rund 200 Fälle/Jahr) ist nicht zustande gekommen. Vielmehr hat der Regierungsrat diese Kompetenz dem Verwaltungsgericht zugewiesen. Eine Reform des Steuerjustizverfahrens voraussichtlich per 1. Januar 2011 stellt noch die Zuweisung der Beurteilung von Rechtsmitteln in den Bereichen Nach- und Strafsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer (rund 50 Fälle/Jahr) an die Steuerrekurskommissionen zur Diskussion. Ob eine solche Kompetenzerweiterung tatsächlich erfolgen wird, ist indes unsicher.
- Das Projekt betreffend die Unterstellung der Steuerrekurskommissionen (wie auch der Baurekurskommissionen) unter die Administrativaufsicht des Verwaltungsgerichts ist im Herbst 2008 angelaufen. Die Unterstellung ist nunmehr per 1. Januar 2011 geplant. Auf denselben Zeitpunkt hin soll auch die Reorganisation der Steuerrekurskommissionen zu einem Steuerrekursgericht in Kraft treten.

Indikatoren

- W1-W2: Aufgrund des Wegfalls der per 1. Januar 2009 geplanten Kompetenzerweiterung im Bereich Steuerbezug bzw. -erlass sowie aufgrund der Unsicherheiten betreffend die per 1. Januar 2011 geplante Zuweisung der Beurteilung von Rechtsmitteln in den Bereichen Nach- und Strafsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer ist die Anzahl der oberinstanzlichen Urteilsaufhebungen wieder zu senken und auf einem konstanten Niveau zu halten.
- L2-L3: Aus denselben Gründen ist der per 2009 eingestellte erhebliche Anstieg der Rechtsmitteleingänge und -erledigungen (je 1000) für 2010 und die Folgejahre 2011-2013 wieder auf den Stand der Planung 2008 (750) herabzusetzen.
- L6: Es ist die Tendenz feststellbar, dass die Streitparteien seltener zu einem Rechtsmittelrückzug, zu einer Rechtsmittelanerkennung bzw. zu einem dem Gesetz entsprechenden Vergleich bewegt werden können. Aus diesem Grund ist die Quote der sog. Dispositiventscheide von 30% auf 25% herabzusetzen.
- B1-B2: Insbesondere als Folge der vorstehend erörterten Herabsetzung der Erledigungen von 1000 auf 750 steigen die Nettokosten pro Verfahren im Jahr 2010 wieder deutlich an und verbleiben auf diesem höheren Niveau. Aufgrund der Anpassung der Ertragsplanung 2010-2013 an die tatsächlich erzielten Erträge 2006-2008 sinkt der Kostendeckungsgrad im Vergleich zum Budget 2009 trotz Abbaus einer Richterstelle und des stark verminderten Einsatzes externer Mitglieder deutlich.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwandseitig sind im Vergleich zum Budget 09 erhebliche Einsparungen eingestellt. Diese betreffen vor allen den Personalaufwand (Reduktion Entschädigungen externer Mitglieder, Abbau einer bislang in der Planung enthaltenen vakanten Richterstelle als Folge der Nichterweiterung der Rechtsprechungskompetenzen).
- Ertragsseitig wird eine deutliche Korrektur nach unten eingestellt. Der für 2010 erwartete Gebührenertrag entspricht etwa dem Durchschnitt der tatsächlich erzielten Erträge aus den Jahren 2006-2008. Aufgrund des Rückgangs der Expertisekosten ist auch mit einer Verminderung des Rückerstattungsvolumens zu rechnen.
- Der Saldo der Erfolgsrechnung im Budget 2010 entspricht – von den Vorgaben zur Lohnsumme abgesehen – demjenigen des Budgets 2009.
- Die Beträge für Dienstleistungen Dritter (Gutachterkosten) sinken als Folge des Rückgangs expertisebedürftiger Geschäfte von Fr. 120'000.- (Budget 09) auf Fr. 90'000.- (Budget 10).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die personelle Reduktion setzt sich wie folgt zusammen: Definitiver Abbau einer Richterstelle zufolge Nichterweiterung der Zuständigkeiten (-1.0), Verringerung Pensum in Administrativkanzlei (-0.2) und Aufstockung Pensum Gerichtsschreiber (+0.1).

Indikatoren

- L2-L3: Aufgrund des Wegfalls der per 1. Januar 2009 geplanten Kompetenzerweiterung im Bereich Steuerbezug bzw. -erlass werden die beiden Indikatoren im BU 10 von 1000 auf 750 herabgesetzt.
- B1-B2: Die Herabsetzung der Anzahl Erledigungen führt zu einem deutlichen Anstieg der Nettokosten pro Verfahren. Die Herabsetzung der Ertragsprognose führt trotz Einsparungen insbesondere im Personalaufwand zu einem deutlich niedrigeren Kostendeckungsgrad.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Unsicherheiten betreffend die per 1. Januar 2011 geplante Zuweisung der Beurteilung von Rechtsmitteln in den Bereichen Nach- und Strafsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer sind in den Planjahren 11 - 13 im Vergleich zum BU 10 keine Mehrerträge prognostiziert. Der Aufwand bewegt sich im Rahmen der Vorgaben zur Teuerung.
- Keine Veränderung der Kosten Dienstleistungen Dritter zum BU 10.

Indikatoren

- L2-L3/B1-B2: Aufgrund der Unsicherheiten betreffend die per 1. Januar 2011 geplante Zuweisung der Beurteilung von Rechtsmitteln in den Bereichen Nach- und Strafsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer verbleiben die Indikatoren grundsätzlich auf dem Stand des BU 2010. Vorbehalten bleibt eine geringfügige Erhöhung der durchschnittlichen Kosten pro Fall bzw. eine geringfügige Verminderung des Kostendeckungsgrads als Folge der Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung und zur Teuerung.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwandseitig sind im Vergleich zum KEF Vorjahr erhebliche Einsparungen insb. beim Personalaufwand eingestellt (Reduktion Entschädigungen externer Mitglieder, Abbau Richterstelle [inkl. Einsparungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen]).
- Der Ertrag wird deutlich nach unten korrigiert. Der für die Jahre 2010-2013 erwartete Gebührenertrag entspricht etwa dem Durchschnitt der tatsächlich erzielten Erträge aus den Jahren 2006-2008. Mit dem Rückgang der Expertisekosten vermindern sich die entsprechenden Rückerstattungen seitens der Streitparteien.
- Einsparungen bei den Kosten Dienstleistungen Dritter (Gutachterkosten): Fr. 30'000.-.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die personelle Reduktion setzt sich wie folgt zusammen: Definitiver Abbau einer Richterstelle zufolge Nichterweiterung der Zuständigkeiten (-1.0), Verringerung Pensum in Administrativkanzlei (-0.2) und Aufstockung Pensum Gerichtsschreiber (+0.1).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.7									-100.0
Aufwand	-53.0	-56.6	1.5	-53.7	-0.0	-53.2	-0.1	-51.6	-50.6	-4.5
Saldo	-52.3	-56.6	1.5	-53.7	-0.0	-53.2	-0.1	-51.6	-50.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben	-1.2	-0.8			-1.0	-1.0	-1.0	-1.0		-0.7
Nettoinvestitionen	-1.2	-0.8			-1.0	-1.0	-1.0	-1.0		-0.7

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Staatsbeiträge für Aufgabenerfüllung gemäss Tätigkeitsprogrammen (Kirchengesetz § 19 ff)

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 2270	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-53.684
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 2270
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die neue Leistungsgruppe 2270, Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften, ersetzt die bisherigen LG 2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche, LG 2272 Römisch-katholische Körperschaft, LG 2273 Christkatholische Kirchengemeinde und umfasst neu auch die anerkannten jüdischen Gemeinden.
- Damit enthält diese Leistungsgruppe die Staatsbeiträge an die oben erwähnten Körperschaften sowie die Unterhaltskosten für die beim Kanton verbleibenden kirchlichen Liegenschaften Grossmünster und Klosterkirchen Kappel und Rheinau.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Aufwandminderung gegenüber dem Budget 09 (Zusammenfassung der bisherigen LG 2271 - 2273) von Fr. 6.4 Mio. ist einerseits auf Limitierung der Beiträge auf insgesamt Fr. 50 Mio. sowie auf den Verzicht von Abschreibungen und Zinsen auf die Kulturgüterwerte zurückzuführen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Staatsbeiträge an die Religionsgemeinschaften bleiben konstant bei Fr. 50 Mio.
- Im 2011 sind noch Kosten für abzutretende Pfarrhäuser und Kirchen enthalten.
- Die Jahre 2011 und 2012 enthalten je Fr. 1 Mio. für die Abschreibung von Kulturgüterinvestitionen.

Investitionsrechnung

- Im 2011 und 2012 ist die Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau mit je Fr. 1 Mio. vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Verbesserung des Saldos im 2010 ist im wesentlichen auf den Verzicht von Abschreibungen und Zinsen auf Kulturgüter zurückzuführen.
- Belastet wird die Rechnung durch den Beitrag an die jüdischen Gemeinden, der im letzten KEF im Generalsekretariat eingeplant worden ist.
- Die Verschlechterung des Saldos in den Jahren 2011 und 2012 ist vor allem mit der sofortigen Abschreibung der Kulturgüterinvestitionen in diesen Jahren begründet.

Investitionsrechnung

- Die ursprünglich im 2009 vorgesehene Turmsanierung der Klosterkirche Rheinau ist auf 2011/12 verschoben und auf Fr. 2 Mio. erhöht worden.



6. Fonds

2291 Investitionsfonds

2292 Ausgleichsfonds

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	10.0	9.3	1.3	8.3	1.2	10.0	1.2	10.1	9.2	-8.2
- Übertrag aus Erfolgsrechnung	8.4	7.8		7.0		8.8		9.0	8.0	
Aufwand	-13.5	-13.3	-0.9	-11.9	-0.8	-10.3	-0.8	-9.1	-8.1	-39.7
- Abschreibungen	-10.7	-10.7		-10.1		-8.8		-7.8	-7.0	
Saldo	-3.5	-4.0	0.4	-3.6	0.4	-0.4	0.4	1.0	1.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08-13)

Einnahmen										
Ausgaben		-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.0
Nettoinvestitionen		-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.0
Fondsbestand		40.1	48.8	38.9	42.0	38.6	37.0	39.6	40.7	0.0

Aufgaben

A1 Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.

Entwicklungsschwerpunktebis Direktions-
ziel Nr.

E1										4
----	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	3	3	5	5	5	5
--	---	---	---	---	---	---	---

Leistungen

L1 Bearbeitung der Gesuche	P	6	4	8	8	8	8
----------------------------	---	---	---	---	---	---	---

Wirtschaftlichkeit**Fonds 2291 Budgetentwurf 2010**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-3.583
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.200

Budget Fonds 2291

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- L1: Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat: Die Prüfungskriterien ergeben sich aus § 20 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach eine Gemeinde einen Beitrag erhält, wenn sie durch Investitionen unverhältnismässig stark belastet würde. In den Planjahren wird mit 8 Gesuchen jährlich gerechnet.

Sonstige Bemerkungen

- Durch die Fixierung der jährlichen Investitionsbeiträge auf Fr. 1.2 Mio ist von einer stabilen Entwicklung der Ausgaben auszugehen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Rechnungslegung nach IPSAS mit Beginn 2009 führt dazu, dass sich der Fonds nicht wie bis anhin saldoneutral verhält und einen positiven Fondsbestand ausweist.
- Die im Investitionsfonds verwendeten Mittel bezwecken eine Deckung der Kapitalfolgekosten der Investitionsbeiträge.

Investitionsrechnung

- Die Ausgaben wurden weiterhin mit Fr. 1.2 Mio. zurückhaltend budgetiert.

Fondsbestand

- Das Personal wird im Gemeindeamt, Leistungsgruppen-Nr. 2207 geführt.

Indikatoren

- W1: Die Investitionsbeiträge bzw. die Gutheissung von Antragsbegehren der Gemeinden dürften sich im bisherigen Rahmen entwickeln.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ab 2012 wird die Erfolgsrechnung einen Ertragsüberschuss von Fr. 1.0 Mio. aufweisen.

Investitionsrechnung

- Gemäss RRB-Nr. 1034 vom 12.7.06 sind die Auszahlungen auf Fr. 1.2 Mio. zu limitieren.

Indikatoren

- Es ist mit 8 Anträgen der Gemeinden auf Investitionsbeiträge zu rechnen. Davon sind 5 Anträge zu erwarten, welche die Kriterien erfüllen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch die Rechnungslegung nach IPSAS weist der Fonds einen positiven Fondsbestand aus.

Investitionsrechnung

- Das jährliche Investitionsvolumen wurde bei Fr. 1.2 Mio. belassen.

Indikatoren

- Neue Bezeichnung des Indikators L1
- Neu: Bearbeitung der Gesuche / bisher: Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat
- Die neue Bezeichnung des Indikators begründet sich durch die neue Kompetenzregelung bzw. den veränderten Prozessablauf bei den Investitionsbeitragsgesuchen. Bisher wurden die Investitionsbeitragsanträge der Zürcher Gemeinden vom Regierungsrat entschieden. Künftig liegt diese Zuständigkeit beim Gemeindeamt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	353.2	286.2	25.0	281.2	5.0	261.2	5.0	261.2	261.2	-26.1
- Beiträge finanzstarker Gemeinden/ Steuerkraftausgleich	351.9	285.0		280.0		260.0		260.0	260.0	
- Entnahmen aus Bestandeskonto										
Aufwand	-353.2	-286.2	-25.0	-281.2	-5.0	-261.2	-5.0	-261.2	-261.2	-26.1
- Beiträge an finanzschwache Gemeinden/ Steuerkraftausgleich	-321.2	-285.0		-280.0		-260.0		-260.0	-260.0	
- Einlagen in Bestandeskonto	-2.0	-1.2		-1.2		-1.2		-1.2	-1.2	
Saldo	0.0									

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand		37.9	0.4	39.5	0.4	40.7	0.4	41.9	43.1	0.0

Aufgaben

A1 Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
W1 Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	96	91	91	91	91	91	
W2 Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	50	51	51	51	51	51	
Leistungen								
L1 Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70 - 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	96	93	93	93	93	93	
L2 Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	24	24	24	23	23	23	
L3 Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	94	99	99	99	99	99	
L4 Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	6	3	3	3	3	3	
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 2292	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	1.150
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 2292
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Ausgleichsfonds stellt das wichtigste Instrument dar, um die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Gemeinde zu verbessern, die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden zu stärken und das Ausmass der kommunalen Steuerfussdisparität zu steuern. Bis zu 10 % des Abschöpfungsbetrages werden für die Unterstützung der grossen Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur verwendet.

Indikatoren

- W1: Gemeinden mit einer relativen Steuerkraft unter dem Kantonsmittel erhalten Beiträge. Die Zuschüsse an die Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft und der eigenen Steuerkraft des Vorjahres.
- W2: Der Steuerfussunterschied benennt die Differenz zwischen dem höchsten und tiefsten Steuerfuss in Prozentpunkten.
- L1: Gemeinden mit einer relativen Steuerkraft unter dem Kantonsmittel erhalten Beiträge.
- L2: Gemeinden, deren Steuerkraft das Kantonsmittel um mehr als 15 % übersteigt, sind ablieferungspflichtig. Die Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden richten sich nach dem Kantonsmittel der Steuerkraft des Vorjahres und dem Verhältnis der eigenen Steuerkraft zum Kantonsmittel.
- L3: Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute): Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 91 Gemeinden, 6 Kunstinstitute sowie die Städte Zürich und Winterthur für kulturelle Einrichtungen von kantonaler und regionaler Bedeutung. Generell werden die Anspruchsberechtigung (Basis eigene Steuerkraft) sowie die Erfüllung der Voraussetzungen bezüglich des Steuerfusses (mindestens auf dem Kantonsmittel) geprüft. Mit der späteren Rechnungsprüfung wird die ordentliche Haushaltsführung und die sinnvolle Mittelverwendung überwacht.
- L4: Ein sehr günstiges Verhältnis vom Nettovermögen zur Steuerkraft (grösser als 200 %) und Verstösse gegen die Grundsätze der Haushaltsführung können zu einer Kürzung des Steuerkraftzuschusses führen.

Sonstige Bemerkungen

- Das Fondsvermögen verändert sich durch Einlagen oder Entnahmen für den Ausgleich zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen und dient als Sicherheitsreserve.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird bei den finanzstarken Gemeinden stabil bleiben, was zu einer gleichbleibenden Abschöpfung führen wird. 2010 wird mit einer Abschöpfung von Fr. 280 Mio. gerechnet. Mit Beginn 2011 wurde dieser Wert auf Fr. 260 Mio. reduziert.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Indikatoren

- W1: Den Schätzungen für die Planjahre liegt die Annahme zugrunde, dass 91 Gemeinden die Anforderungen für den Bezug von Steuerkraftausgleich erfüllen.
- W2: Mit den geplanten Abschöpfungen und Zuschüssen sollte sich der Unterschied vom tiefsten zum höchsten Gemeindesteuerfuss kaum verändern. Sollte die im Finanzausgleichsgesetz definierte Zielnorm - 95 % (162 Gemeinden) aller Steuerfüsse innerhalb eines bestimmten Bereichs - nicht erreicht werden, müsste die Anpassung der Berechnungsfaktoren vorgenommen werden.
- L1: Die geschätzte Anzahl der anspruchsberechtigten Gemeinden wird sich in den Planjahren kaum verändern.
- L2: Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher eigener Steuerkraft wird sich im Planungszeitraum trotz Abschwächung der Konjunktur nur leicht verändern.
- L3: Der Planwert beinhaltet die Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 91 Gemeinden, 6 Kunstinstitute sowie die Städte Zürich und Winterthur für kulturelle Einrichtungen von kantonaler und regionaler Bedeutung.
- L4: Die Anzahl Kürzungen wegen ausserordentlich guter Finanzlage von Empfängergemeinden wird sich kaum verändern.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Das Kantonsmittel der Pro-Kopf-Steuerkraft wird tendenziell leicht sinken. Die konjunkturelle Abkühlung wird die finanzstarken Gemeinden stärker als die finanzschwachen Gemeinden treffen, was zu etwas tieferen Abschöpfungen führen wird. Vom Zuschussbetrag werden im Jahr 2010 Fr. 28 Mio. an die Fachstelle Kultur übertragen. Im Beginn 2011 reduziert sich dieser Betrag auf Fr. 26 Mio.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.

Fondsbestand

- Die Betreuung des Ausgleichsfonds erfolgt durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich, vgl. Leistungsgruppe 2207

Indikatoren

- W2: Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %): Der Steuerfussunterschied benennt die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten Steuerfuss in Prozentpunkten. Es ist kein gesetzliches Ziel definiert. Die Kantonsverfassung verlangt in Art. 127 nur eine nicht erhebliche Abweichung.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Abschöpfungen und Auszahlungen des Steuerkraftausgleiches wurden im 2010 um je Fr. 25 Mio. und im 2011/12 um je Fr. 5 Mio. erhöht.

Investitionsrechnung

- Es wird keine Investitionsrechnung geführt.



7. Projekte

Generalsekretariat JI

- Projekt-Nr. 18JI2201: Statistikgesetz (LG 2201 E2)
- Projekt-Nr. 46JI2207: Totalrevision Gemeindegesetz (neu) (LG 2207 E8)
- Projekt-Nr. 47JI2207: Erwachsenenschutzrecht (neu) (LG 2207 E7)
- Projekt-Nr. 42JI2201: Umsetzung neue Kantonsverfassung (LG 2201 E1)
- Projekt-Nr. 43JI2201: Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (LG 2201 E3 und E8)
- Projekt-Nr. 44JI2201: Abtretung kirchliche Liegenschaften (LG 2201 E4)

Finanz- und Lastenausgleich

- Projekt-Nr. 28JI2215: Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (LG 2207 E4, LG 2215)

Staatsarchiv

- Projekt-Nr. 22JI2224: Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau (LG 2224 E2)

Strafverfolgung Erwachsene

- Projekt-Nr. 45JI2204: Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte)



Projekt-Nr. 18JI2201	Statistikgesetz (LG 2201 E2)
Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes</p> <p>Probleme Ist-Zustand:</p> <p>Fehlen von gesetzlichen Bestimmungen über Datenlieferung und Erstellung von Statistiken. Die heutige statistische Tätigkeit des Kantons ist in vielen Erlassen auf unterschiedlicher Ebene (Gesetze, Verordnungen, RRB) geregelt und damit unübersichtlich.</p> <p>Bisher lückenhafte Koordination mit E-Government</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Moderne mit dem Bundesstatistikgesetz übereinstimmende gesetzliche Grundlagen. • Einheitliche und transparente Gesetzesgrundlage. • Einbindung in Gesamtstrategie E-Government. <p>Leistungsziel:</p> <p>Verbesserte Stellung des Statistischen Amtes bei der Datenbeschaffung.</p> <p>Gesteigerte Effizienz bei der Datenerhebung und Datenbearbeitung.</p> <p>Förderung E-Government.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 18JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Konzept Gesetzesvorlage
2010	- Ausarbeitung Vernehmlassungsentwurf und Durchführung Vernehmlassung
2011	- Verabschiedung Gesetzesentwurf zu Händen KR

Bemerkungen
<p>Chancen/Stärken:</p> <p>Gesetzesgrundlage mit klarer Regelung der Verbindlichkeiten.</p> <p>Gefahren/Schwächen:</p> <p>Abwehrhaltung von Datenlieferanten.</p> <p>Abhängigkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung von Parlament und Volk. • Einbezug Gemeinden. • Anpassung verschiedener Gesetze und Verordnungen. <p>Personalbedarf:</p> <p>Kein zusätzlicher Personalbedarf.</p> <p>Organisation:</p> <p>Erarbeitung durch Statistisches Amt / GS JI.</p>



Projekt-Nr. 46JI2207	Totalrevision Gemeindegesetz (neu) (LG 2207 E8)
Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Neuregelung des Gemeindegesetzes insbesondere in den Bereichen Organisation- und Haushaltsrecht.
Wirkungsziel:
Schaffung von Rechtsgrundlagen, welche
<ul style="list-style-type: none"> • den Gemeinden ermöglichen, ihre Aufgaben selbstständig und effizient zu erfüllen, • den Stimmberechtigten ein hohes Mass an Mitwirkung einräumen, • die Rahmenbedingungen für Reformen der Gemeindestrukturen schaffen, • die finanzielle Steuerung der Gemeinde verbessern.
Leistungsziel:
Anpassung des Gemeindegesetzes an die neuen Vorgaben der Kantonsverfassung und an die übergeordneten Entwicklungen im Haushaltsrecht. Optimierung der organisationsrechtlichen Vorgaben. Umfassende Regelung der interkommunalen Zusammenarbeitsformen. Bestimmungen zur Unterstützung von Gemeindefusionen. Neuregelung der aufsichtsrechtlichen Aufgaben und Zuständigkeiten. Erarbeitung einer Verordnung.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung				0.15	0.08	0.08	
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 46JI2207	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Konzept-RRB und Ermächtigung JI
2007	- Projektstart
2008	- Grobkonzept
2009	- Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage
2010	- Verabschiedung der Gesetzesvorlage durch den Regierungsrat an den Kantonsrat
2011	- Abstimmung über Gesetzesvorlage
2012	- Ausarbeitung der Verordnungsvorlage und Vernehmlassung
2013	- Verabschiedung der Verordnung durch den Regierungsrat
2014	- Inkrafttreten

Bemerkungen
Bemerkung



Projekt-Nr. 47JI2207	Erwachsenenschutzrecht (neu) (LG 2207 E7)
Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kinderschutz) vom 19. Dezember 2008
Wirkungsziel: Wirkungsziel: Schaffung einheitlicher Zuständigkeiten im Erwachsenen- und Kinderschutzrecht (Konzentration bei einer Behörde) und Verbesserung der Qualität der Entscheide durch Professionalisierung der Behördenorganisation.
Leistungsziel: Leistungsziel: Erarbeitung einer Umsetzungsgesetzgebung, welche die Grundsätze des nZGB (interdisziplinäre Fachbehörden mit konstantem Spruchkörper und ausreichend grossem Perimeter) übernimmt und die festgelegten Ziele verfolgt.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	0.415	0.015	0.05	0.15	0.1	0.1	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 47JI2207	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2010	- RRB zum Konzept / Ausarbeiten der Vernehmlassungsvorlage
2011	- Antrag an den Kantonsrat / Beratung im Kantonsrat / Referendumsfrist
2012	- Organisation der neuen Behördenorganisation
2013	- Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen

Bemerkungen
Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt sind noch nicht absehbar (abhängig von Modellwahl [kantonal/überkommunal]. Sie werden sich bei einem kantonalen Modell aus den Kosten für die kantonale Behördenorganisation sowie den (gesamten oder teilweisen) Massnahmekosten (Massnahmeführung und -vollzug) zusammensetzen (nach Grobschätzungen ein tiefer dreistelliger Millionenbetrag). Bei einem überkommunalen Modell sind die zusätzlichen Aufwendungen für die Beibehaltung von zwei Rechtsmittelinstanzen zu berücksichtigen.
Der Projektaufwand umfasst allenfalls notwendige Gutachter- und Expertenkosten.



Projekt-Nr. 42JI2201	Umsetzung neue Kantonsverfassung (LG 2201 E1)
Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI	

Kurzumschreibung Projekt
Anpassung der geltenden Rechtsordnung an die neue Kantonsverfassung. Die Direktion der Justiz und des Innern koordiniert die notwendigen Anpassungsarbeiten und Rechtssetzungsprojekte der Direktionen und überwacht den Stand der Umsetzungsarbeiten.
Wirkungsziel: Rasche Umsetzung der neuen KV
Leistungsziel: Einheitliches Vorgehen in den Direktionen und koordiniertes Vorgehen gegenüber verschiedenen Ansprechpartnern, die ihrerseits Anpassungsarbeiten vornehmen müssen (Kantonsrat, Gemeinden, Gerichte usw.), sichern, damit das Wirkungsziel erreicht werden kann.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.1	-0.1				
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.1	-0.1				
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 42JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Neuer Meilenstein; Konzepte Teilprojekte verabschiedet
2009	- Umsetzung Teilprojekte
2010	- Erfassung der laufenden Teilprojekte in Statusberichten
2011	- allenfalls Abschluss Statusberichte

Bemerkungen
Chancen: Schaffung einer kohärenten Rechtsordnung. Möglichkeit, weitergehende Revisionsvorhaben an die Hand zu nehmen.
Gefahren: Rechtsunsicherheit aufgrund vieler Rechtsänderungen und Überschneidungen mit laufenden Revisionsvorhaben.
Abhängigkeiten: Kantonsrat, Stimmbevölkerung.



Projekt-Nr. 43JI2201	Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung (LG 2201 E3 und E8)
---------------------------------	--

Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI

Kurzumschreibung Projekt
<p>Anpassung der geltenden Rechtsordnung (GVG, ZPO, StPO, etc.) an die künftigen Bundesprozessordnungen (EZPO, EStPO) unter Beachtung von 29a BV und der Vorgaben der Kantonsverfassung</p> <p>Begleitung der vorbereitenden Kommission im Kantonsrat</p> <p>Wirkungsziel: Fristgerechte Anpassung der kantonalen Gesetze an die Bundeserlasse und die neue KV</p> <p>Leistungsziel: Gesetzesvorlagen Unterstützung vorbereitende Kommission</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 43JI2201	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Konzept RRB und Gesetzesvorlagen erarbeiten
2009	- Verabschiedung Gesetzesvorlagen an Kantonsrat

Bemerkungen
<p>Chancen: Anpassung und Überprüfung der gesamten Gerichtsordnung und der Rechtspflege im Kanton Zürich.</p> <p>Risiken: Rollende Anpassung der Vorlagen aufgrund der noch nicht verabschiedeten Gesetzesvorlagen des Bundes</p> <p>Abhängigkeiten: Bund, Kantonsrat, Stimmbevölkerung.</p>



Projekt-Nr. 44JI2201	Abtretung kirchliche Liegenschaften (LG 2201 E4)
---------------------------------	---

Direktion der Justiz und des Innern / Generalsekretariat JI
Kurzumschreibung Projekt

Reduktion des staatlichen Eigentums an kirchlichen Liegenschaften auf Grossmünster sowie Klosterkirchen Kappel und Rheinau. Übertragung sämtlicher anderen kirchlichen Liegenschaften (8 Kirchen und 7 Pfarrhäuser) im Eigentum des Staats auf die jeweiligen Kirchgemeinden.

Wirkungsziel:

Umsetzung Art. 130 KV, Entflechtung Verhältnis zwischen Kirchen und Staat auch im Bereich der Liegenschaften, Übereinstimmung von Nutzung und Eigentum

Leistungsziel:

Abbau des Aufwands ausserhalb des staatlichen Aufgabenbereichs

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.9	-1.6	-2.1	-1.2	-	
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.9	-1.6	-2.1	-1.2	-	
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 44JI2201

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Konzept-RRB und Ermächtigung JI
2007	- Start Projekt und Information betroffene Gemeinden
2009	- Abtretung Bergkirche Rheinau
2009	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2010	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2011	- Abtretung 2 weitere Kirchen und 2 Pfarrhäuser
2012	- Abtretung letzte Kirche und letztes Pfarrhaus
2012	- Projektabschluss

Bemerkungen

Die finanziellen Angaben basieren auf den gegenwärtig aktuellen Schätzwerten der Liegenschaften.



Projekt-Nr. 28JI2215	Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs (LG 2207 E4, LG 2215)
Direktion der Justiz und des Innern / Finanz- und Lastenausgleich	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Optimierung des direkten und indirekten Finanzausgleichs / Beseitigung falscher Anreize</p> <p>Probleme Ist-Zustand:</p> <p>Die Wirkung der nach Finanzkraft abgestuften Staatsbeiträge ist wenig transparent. Eine zielkonforme Steuerung ist erschwert, weil gleichzeitig mit der Lenkungs- auch eine Ausgleichswirkung angestrebt wird.</p> <p>Im direkten Finanzausgleich finden sich eine Reihe von Mängeln. Beim Steuerkraftausgleich werden die technische Ausgestaltung sowie die U-Kurve (Abstufung der Zuschusssätze nach Gemeindegrösse) als Element eines Belastungsausgleichs, beim Steuerfussausgleich die fehlenden Sparanreize für die Gemeinden infolge der Defizitgarantie als unbefriedigend empfunden.</p> <p>Als Schwäche der Lastenabgeltung für die Stadt Zürich zeigt sich deren Bemessung nach dem IST-Aufwand der Stadt Zürich, des Kantons und der übrigen Gemeinden. Die Erhebung des IST-Aufwandes ist aufwändig und er kann durch die Beteiligten beeinflusst werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Zielgerechte Steuerbarkeit eines reformierten Finanzausgleichs im Hinblick auf den Finanzbedarf einer einzelnen Gemeinde sowie bezüglich der Auswirkungen auf den Kanton.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Ablösung des indirekten Finanzausgleichs (Abstufung der Staatsbeiträge nach Finanzkraftindex); Reformierung des Steuerkraftausgleichs, Ablösung des Steuerfussausgleichs durch einen Belastungsausgleich inkl. Sonderlasten der Städte Zürich und Winterthur (Ablösung des Lastenausgleichs der Stadt Zürich).</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		- 0.2	- 0.1	- 0.1	-0.05		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 28JI2215	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Projektstart
2000	- Einsetzen einer Projektgruppe
2001	- Abschluss Vorstudie Ende März
2002	- Hauptstudie Modelle bis 09/02
2002	- Modellrechnungen/-korrekturen 12/02
2003	- Schlussbericht vom 11. Juni 2003
2005	- Überprüfung des Modells und Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Finanzausgleichssystems
2007	- Entwurf zu einem neuen Finanzausgleichsgesetz
2007	- Vernehmlassung und Überarbeitung des Gesetzesentwurfs
2008	- Die Arbeiten des Gemeindeamtes am neuen Finanzausgleichsgesetz sind abgeschlossen
2009	- Der Regierungsrat verabschiedet das Gesetz zu Händen des Kantonsrates
2011	- Inkrafttreten

Bemerkungen
Die Arbeiten des Gemeindeamtes am neuen Finanzausgleichsgesetz sind Ende 2008 abgeschlossen worden. Nachdem der Regierungsrat das Gesetz im Januar 2009 zu Händen des Kantonsrates verabschiedet hat, kommt dem Gemeindeamt die Aufgabe zu, die Entscheidungsgrundlagen für die politische Diskussion zur Verfügung zu halten sowie die Verordnung auszuarbeiten.



Bemerkungen

Abhängigkeiten: Die Reform des Finanzausgleichs ist Bedingung dafür, dass sich politische Gemeinden zusammenschliessen werden. Erst wenn im Finanzausgleich auf strukturerhaltende Massnahmen verzichtet wird, kann sich der Kanton darüber Gedanken machen, wie er zusammenschlusswillige politische Gemeinden in ihren Bestrebungen unterstützen will.



Projekt-Nr. 22JI2224	Erweiterung Staatsarchiv/Restanzen-Abbau (LG 2224 E2)
Direktion der Justiz und des Innern / Staatsarchiv	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Aufbau der notwendigen Ressourcen für genügende Archivierung, Abbau von Restanzen:</p> <p>Umsetzen wesentlicher fachlicher, technischer, baulicher und organisatorischer Massnahmen, um den gesetzlich verlangten Stand der Archivierung zu sichern.</p> <p>Probleme Ist-Zustand:</p> <p>Die seit Jahrzehnten mangelhaften Ressourcen haben grosse Restanzen in der Archivierung, Erschliessung und Konservierung hinterlassen und genügen vollends nicht, die ?neuen Herausforderungen? wie lifecycle management von Akten (auch elektronischen), die laufende Bewertung / Erschliessung zu gewährleisten. Die Raumreserven sind zu Ende; die Sicherheit für Originale bei der Benützung ist mangelhaft.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Alle Archivbestände, inkl. elektronische, stehen konserviert, bewertet und erschlossen und in vielbenutzten Teilen schutzverfilmt dem Publikum, der Forschung und Verwaltung zur Verfügung. Die Datenschutzbelange sind gewährleistet, die Aktenströme, inkl. ?elektronische Akten?, in der Verwaltung bez. Endarchivierung vorgesteuert.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Für ca. 10 zentrale Archivabt. Neue Kataloge und 20'000 Konservierungsboxen; Abbau von 3000 Laufmetern Restanzen; Hunderttausende neuer Datensätze im Erschliessungssystem; 200 Ablieferungsvereinbarungen; Hunderttausende Schutzfilmaufnahmen, Hunderte restaurierte Pläne; Zerfall für 30 % der Bestände gestoppt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen		-0.869	0	0	0		

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 22JI2224	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1999	- Entscheid RR
2000	- Entscheid KR
2006	- Bezug Erweiterungsbau / Umbau Altbau
2007	- Erweiterungs- und Anpassungsbau Staatsarchiv fertig
2007	- Bezug Altbau
2008/2009	- Beginn Abbau Restanzen

Bemerkungen
Chancen/Stärken:
Optimale Bearbeitung und gesicherte Benützung



Projekt-Nr. 45JI2204	Reorganisationsprojekt Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte)						
Direktion der Justiz und des Innern / Strafverfolgung Erwachsene							
Kurzumschreibung Projekt							
<p>Aufgrund der hohen Personalfuktuation und der Überlastung der Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftsdelikte) wurden Massnahmen initiiert, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Situation hinzielen. Die Massnahmen sind dreigeteilt: 1. Sofortmassnahmen, 2. Projekt Quo Vadis (Arbeits-abläufe/-hilfsmittel), 3. Projekt "Frischer Wind" (Personalbereich). Für die Umsetzung der Massnahmen 2. und 3. sind EDV-Hilfsmittel, sowie Beratungsdienstleistungen notwendig.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Leistungsziel:</p>							
Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.079					
Netto-Investitionen							
Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.079					
Netto-Investitionen							
Bemerkungen							
Die Ausgaben betreffen schwergewichtig Massnahmen im Bereich EDV-Hilfsmittel. Die Umsetzung der initiierten Massnahmen ist auf Ende 2009 geplant. Die Projektarbeit wurde mit erheblichen internen Ressourcen vorangetrieben.							



Sicherheitsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Kantonspolizei
 - 2.1.1 Aufgaben
 - 2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.2 Strassenverkehrsamt
 - 2.2.1 Aufgaben
 - 2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.3 Migrationsamt
 - 2.3.1 Aufgaben
 - 2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.4 Amt für Militär und Zivilschutz
 - 2.4.1 Aufgaben
 - 2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.5 Kantonales Sozialamt
 - 2.5.1 Aufgaben
 - 2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)
- 2.6 Statthalterämter
 - 2.6.1 Aufgaben
 - 2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Die Arbeit der Sicherheitsdirektion wird durch Änderungen auf Bundesebene weiterhin erheblich beeinflusst:

Dies betrifft insbesondere die weitere Umsetzung der NFA (z.B. Erarbeitung eines neuen Finanzierungskonzepts für Invalideninstitutionen, Erarbeitung des Konzepts zur Förderung der Eingliederung invalider Personen).

Die Umsetzung der Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin führt u.a. zur flächendeckenden Einführung von biometrischen Ausweisen sowie zur Anpassung verschiedener Abläufe (z.B. im Migrationsamt, bei der Kantonspolizei, namentlich Grenzkontrollen am Flughafen sowie beim Passbüro).

Als Folge der zunehmenden Komplexität der Geschäftsfälle im Migrationsamt sowie aufgrund der erheblichen Zunahmen an Geschäften sind die Kapazitäten im Migrationsamt den gestiegenen Anforderungen anzupassen.

Die Aufbau- und Ablauforganisation der Ämter der Sicherheitsdirektion werden weiterhin entsprechend veränderter Umfeldbedingungen optimiert:

So werden beispielsweise die Synergien zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich konkret mit zwei Projekten vertieft. Es wird zum einen eine Polizeischule für den ganzen Kanton Zürich geschaffen, unter Ausnutzung bestehender und neuer Infrastrukturen (PJZ, Ausbildungszentrum Rohwiesen). Zum anderen erhalten die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich sowie der wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich neu als konsolidierter Betrieb "Polizeiwissenschaften Zürich" einen Standort im PJZ. Im Kantonalen Sozialamt werden ab 2010 drei von der Gesundheitsdirektion übertragene Invaliden-Einrichtungen integriert (Wohnheim Tilia, hardundgut und hardoskop).

Die Kantonspolizei wirkt weiterhin engagiert bei der Realisierung des PJZ mit.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-985	-1'009	-1'034	-
KEF 2010-2013	-957	-1'009	-1'034	-1'073
Veränderung	+28	-0	-0	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-46	-43	-57	-
KEF 2010-2013	-51	-49	-48	-56
Veränderung	-5	-6	+9	-

Erfolgsrechnung

Im Vergleich zum KEF Vorjahr verbessert sich der Saldo der Erfolgsrechnung 2010 um 28 Mio. Fr. bzw. 2.8 %.

Im Planjahr 2011 bleibt der Saldo unverändert.

Im Planjahr 2012 bleibt der Saldo unverändert.

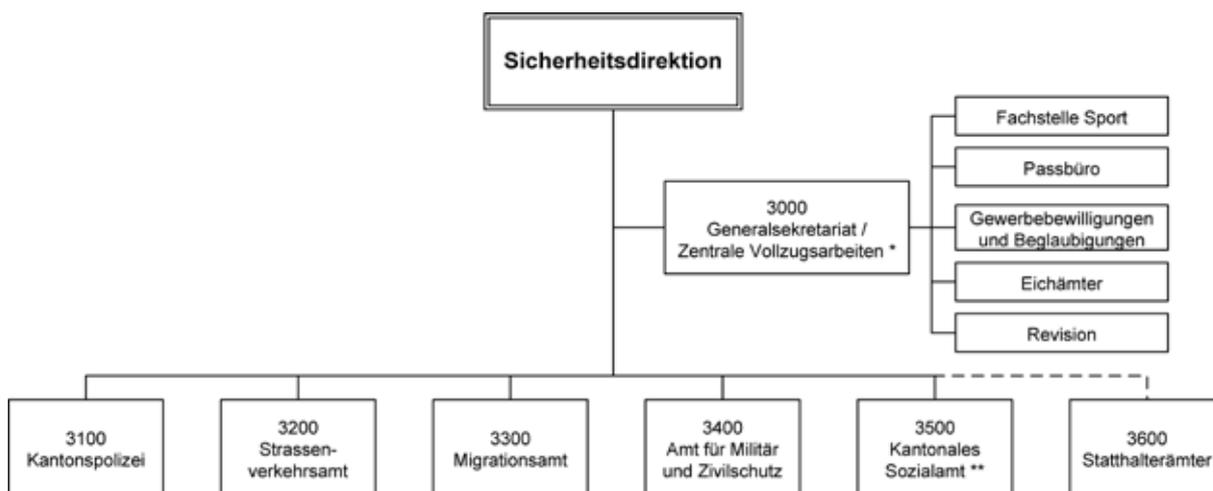


Investitionsrechnung

Im Vergleich zum KEF Vorjahr fallen die Nettoinvestitionen in den Planjahren 2010 und 2011 5 bzw. 6 Mio. Fr. höher aus. Im Planjahr 2012 ist ein Rückgang von 9 Mio. Fr. zu verzeichnen. Die Änderungen werden durch diverse kleinere neue Projekte und Projektverschiebungen verursacht.

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

Seit 1. Januar 1999 besteht für die Sicherheitsdirektion folgendes Organigramm:



einschliesslich Betreuung:

* 3910 Sportfonds

** 3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Die in der Sicherheitsdirektion zusammengefassten Ämter haben sehr unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Alle Bereiche nehmen zur Hauptsache Vollzugsaufgaben wahr, welche sich zwingend aus dem Bundesrecht ergeben. Dadurch sind die wichtigsten strategischen Ziele gegeben, und der Handlungsspielraum ist in den meisten Gebieten eng.

Die Ämter der Sicherheitsdirektion sind mehrheitlich im Bereich der klassischen Eingriffsverwaltung tätig und werden fremdbestimmt (Entwicklung Bundesrecht, Migration, Verkehrsaufkommen usw.). Auch die wichtigsten Planungsgrundlagen werden durch Bundesrecht bestimmt. Die Entwicklung der Bundesgesetzgebung wie auch unbeeinflussbare tatsächliche Entwicklungen wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus.

Um Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Informationen zu gewährleisten, werden Aufgaben und Umfeldentwicklungen (Trends) jeweils unter den wesentlichsten Hauptleistungsgruppen aufgeführt.

2.1 Kantonspolizei

2.1.1 Aufgaben

Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Prävention und Repression (Strafverfolgung), Hilfeleistung, polizeinahe Dienstleistungen, Information und Schulung.

2.1.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Anhaltend hohe Migration, zunehmende Mobilität.



- Leicht rückläufige Kriminalitätsbelastung, höherer Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit Gewaltdelikten.
- Tendenziell schwindendes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.
- Rasche technologische Entwicklungen (Internet, elektronischer Zahlungsverkehr usw.).
- Zeitintensivere Aufgaben (z.B. durch Gewaltschutzgesetz).
- Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens.
- Tendenzielle Zunahme von Geschwindigkeitsexzessen.

2.2 Strassenverkehrsamt

2.2.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechts. Gewährleistung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugführerinnen/-führern, Gewährleistung der Verkehrssicherheit von Fahrzeugen sowie Förderung von Sicherheit und Effizienz im Strassenverkehr. Einzug der kantonalen Verkehrsabgaben sowie Mitwirkung beim Einzug der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA) und der pauschalen Schwerverkehrsabgabe. Realisierung kundenfreundlicher Zulassungsverfahren und -kontrollen (elektronisch lesbare Ausweise usw.). Qualitätssicherung bei Fahrzeugprüfungen (Projekt der Vereinigung der Strassenverkehrsämter). Optimierung der Erfassung und Sanktionierung von Fahrzeuglenkerinnen/-lenkern, deren Fahrfähigkeit oder Fahreignung zweifelhaft ist.

2.2.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Zentrale Motorfahrzeug-Datenbank (MOFIS) und des elektronischen Versicherungsnachweises "eVN" auf Bundesebene.
- Technische Erneuerung der Geschäftsfallapplikation VIACAR mit den Partnerkantonen.
- Neue Rechtsform für die Gesellschaft, welche die Geschäftsfallapplikation VIACAR betreuen wird.
- Weitere Elektronisierung der Geschäftsfallabwicklungen (z.B. elektronischer Versicherungsnachweis).
- Zunahme des Motorisierungsgrades (Zunahme Anzahl Fahrzeuge und Fahrzeuglenker/-innen).
- Steigende Anzahl Mutationen (Fahrzeugwechsel, Halterwechsel).
- Forderung nach verursachergerechter Besteuerung von Motorfahrzeugen.
- "Hohe und kurze Kadenz" der Änderungen des Bundesrechts.
- Umsetzung von Massnahmen der neuen Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik des Bundes ("Via Sicura: Das Programm für mehr Sicherheit auf den Strassen").
- Anpassung an EU-Recht (digitaler Fahrtenschreiber), Zulassung von Berufsschauffeuren etc.).
- Die ständig zunehmende Geschäftslast zwingt zu weiteren Automatisierungen (E-Government usw.).

2.3 Migrationsamt

2.3.1 Aufgaben

Vollzug des eidgenössischen Fremdenrechts in den Bereichen Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Erwerbstätigkeit. Unterstützung des Bundes im Asylverfahren. Administrativ- und Zwangsmassnahmen gegenüber ausländischen Personen.

2.3.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Wohlstandsgefälle und regionale Konfliktherde verursachen eine permanente Migration in Richtung der Industriestaaten, wobei die Schweiz als Zielland eine hohe Attraktivität aufweist.
- Im Asylbereich und im Bereich der Zulassung von Drittstaatsangehörigen nach dem Ausländergesetz hat sich die Zuwanderung in den letzten Jahren zahlenmässig stabilisiert. Im Asylbereich sind



die Zahlen 2008 jedoch angestiegen und dürften sich nach Erwartung des Bundes auf diesem Niveau stabilisieren. Die Schwerpunkte liegen im Vollzug negativer Asylentscheide und in der Verwaltung des Bestandes an vorläufig aufgenommenen Personen.

- Die Zuwanderung aus dem Europäischen Raum hat gestützt auf das Personenfreizügigkeitsabkommen vorab seit Sommer 2007 (Aufhebung der Kontingente) stark zugenommen; es ist mit einer anhaltend hohen Nachfrage nach Aufenthaltsbewilligungen zu rechnen, allenfalls gebremst durch das wirtschaftlich schlechtere Umfeld.
- Im Ausländerbereich liegen die dauernden Schwerpunkte in der Bekämpfung von Missbräuchen und im konsequenten Vorgehen gegen diejenigen Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und/oder sich nicht an unsere Rechtsordnung halten.
- Im administrativen Bereich gilt es, die Organisation und die Abläufe (auch mit den Partnerorganisationen) permanent so auszugestalten und anzupassen, dass eine fachlich korrekte und gleichzeitig speditiv Abwicklung der Geschäftsfälle möglich ist. Der steigende Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung verursacht eine ständige Zunahme des Verwaltungsaufwandes.
- In der Planungsperiode die Neuerungen aufgrund der Assoziierung an die Abkommen von Schengen und Dublin umzusetzen (neuer Ausweis, Biometrie etc.).

2.4 Amt für Militär und Zivilschutz

2.4.1 Aufgaben

Vollzug des Bundesrechts betreffend Militärwesen und Zivilschutz.

2.4.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Veränderung der Bedrohungsbilder und Bedrohungsszenarien.
- Die Reformprojekte des Bundes wirken sich auf die künftige Aufgabenerfüllung direkt und massgeblich aus ("Armee XXI" und "Bevölkerungsschutz 200X", Entwicklungsschritte „2008 / 2011“).

2.5 Kantonales Sozialamt

2.5.1 Aufgaben

Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen durch Beitragsgewährung und –abrechnung, Beaufsichtigung, Beratung, Information, Fortbildung, Erarbeiten von Grundlagen, Klärung der Zuständigkeit und Kostentragung in den Bereichen öffentliche Sozialhilfe, Asylkoordination, Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen, Zusatzleistungen zur AHV/IV, Familienzulagen sowie Verwaltung des Alkoholzehntels, Erteilung von Betriebsbewilligungen für Heime und Betrieb der kantonalen Empfangsstelle sowie der Rückkehrberatung für Asylsuchende. Das Sozialamt ist im Bereich der Leistungsverwaltung tätig und seine Tätigkeit richtet sich nach kantonalem Recht und Bundesrecht.

2.5.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Demographische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen (Wirtschaftslage) bestimmen den Bedarf nach Sozialleistungen.
- Strukturgefälle zwischen urbanen Agglomerationen und ländlichen Gegenden im Bereich der Soziallasten.
- Trend zur Zweiklassengesellschaft infolge ungleicher Wohlstandsverteilung.



2.6 Statthalterämter

2.6.1 Aufgaben

Übertretungsstrafrecht und Verwaltungstätigkeit (Rechtsmittelverfahren, Waffenrecht, Aufsicht über die Gemeinden in Polizeisachen, Feuerwehrewesen usw.).

2.6.2 Umfeldentwicklungen (Trends)

- Ausbau und vermehrte Ausschöpfung der Rechtsmittel.
- Schwierigkeiten beim Bussenbezug (nachlassende Zahlungsmoral).



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Ziel 1. Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags

Möglichst kostengünstige Erfüllung des übertragenen gesetzlichen Auftrags mittels tragbarer Lösungen in allen Ämtern und Leistungsgruppen, wobei Zürich als grösster Kanton eine Führungsrolle übernimmt.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Gesetzliche Aufträge erfüllen
- Durch möglichst standardisierte und laufend optimierte Arbeitsabläufe und gezielten Informatikeinsatz die in allen Ämtern zahlenmässig grosse Geschäftslast bei Vollzugsaufgaben effizient bewältigen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Alle Leistungsgruppen der Sicherheitsdirektion

Ziel 2. Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll (LZ RR 16)

Mit dem Ziel 16 für die Legislatur 2007-2011 will der Regierungsrat durch verstärkte Bekämpfung der Gewaltdelikte und vernetzte Prävention die objektive Sicherheit fördern. Mit dem Polizeiorganisationsgesetz wurden verbindliche Vorgaben für Aufgaben und Zusammenarbeit von Kantonspolizei, Stadt- und Gemeindepolizeien gegeben. Diese Vorgaben berücksichtigen gleichermassen organisatorisch-taktische Kooperationsbedürfnisse wie Autonomieanliegen der Städte und Gemeinden. Die Polizeientwicklung und Polizeizusammenarbeit ist deshalb innerhalb dieses Rahmens laufend weiter zu entwickeln. Das materielle Polizeigesetz wird verbindliche Richtschnur für das Handeln der Polizei sein.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Organisation und Zusammenarbeit auf der Basis des Polizeiorganisationsgesetzes konsolidieren und ausgehend von neuen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung weiterentwickeln
- Realisierung des Funknetzes "POLYCOM"
- Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage (Polizeigesetz) und dessen Verordnung
- Umsetzung Schengen
- Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)
- Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3100 Kantonspolizei, insbesondere E1 Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen; E2 Umsetzung des Polizeigesetzes; E3 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1); E4 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)

Ziel 3. Optimierung der Verkehrssicherheit

Die Zahl der Unfallopfer im Strassenverkehr zu senken, ist auch ein Ziel des Bundes ("Via sicura"). Es bleibt unverändert Aufgabe des Kantons, die Vorgaben des Bundes umzusetzen und die eigenen Möglichkeiten zur Hebung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mit präventiven, repressiven und technischen Massnahmen sind die kantonalen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen
- Einführung eines Qualitätssicherungssystems im Bereich Fahrzeugprüfungen



- Umsetzung von diversen Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen
- Auswertung Verkehrsunfallstatistik (VUSTA 2)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3100 Kantonspolizei
- 3200 Strassenverkehrsamt, insbesondere E1 Optimierung der Verkehrssicherheit (u.a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamt für Strassen ASTRA); E2 Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeug-Prüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen; E3 Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen; E4 Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativ-Massnahmen)
- 3600 Statthalterämter

Ziel 4. Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (LZ RR 9)

Die Verkehrsabgaben sollen aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen verursachergerechter erhoben werden, u. a. zur Umsetzung von Ziel 9 des Regierungsrates für die Legislatur 2007–2011, die CO₂-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger zu senken.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Revision des Verkehrsabgabengesetzes (im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzeptes durch die Volkswirtschaftsdirektion) (beinhaltet LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3200 Strassenverkehrsamt, insbesondere E5 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (beinhaltet LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss)

Ziel 5. Einflussnahme beim Bund im Ausländer- und Asylwesen

Im Migrationsbereich soll der kantonale Vollzugauftrag gleichzeitig mehreren Interessen gerecht werden: Dem Bedarf der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften, der Bekämpfung unerwünschter Zuwanderung und von Missbräuchen des Aufenthaltsrechts sowie der Rückschaffung aus der Schweiz wegweisener Personen. Von diesen sich daraus ergebenden Problemstellungen ist der Kanton Zürich alleine schon aufgrund des Umstandes, dass er gut 1/5 der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aufnimmt, in besonderem Masse betroffen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Auf Direktions- und Amtsebene ist laufend darauf Einfluss zu nehmen, dass der Bund bei der Weiterentwicklung der Ausländer- und der Asylgesetzgebung die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone berücksichtigt

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3300 Migrationsamt

Ziel 6. Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage

Der Bevölkerungsschutz stellt ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz dar. Gleichzeitig wird das Einsatzschwergewicht der Armee von der Landesverteidigung tendenziell in Richtung Raumsicherung verlagert.

Der Kanton strukturiert den Bevölkerungsschutz einschliesslich der Führungsorganisation entsprechend seinen Bedürfnissen und beabsichtigt, eine einheitliche Verbindungsplattform (Polycom) zu schaffen. Vor dem Hintergrund des Stationierungskonzeptes der Armee ist die Übertragung des kantonalen Waffenplatzes Zürich-Reppischtal an den Bund unter diesen geänderten Gegebenheiten neu zu prüfen.

*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich
- Kantonale Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen
- Anpassung des Übungsdorfes des Ausbildungszentrums Andelfingen an die zukünftigen Schulungsbedürfnisse des Bevölkerungsschutzes
- Realisierung des Funknetzes "POLYCOM"
- Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3100 Kantonspolizei
- 3400 Amt für Militär und Zivilschutz, insbesondere E4 Neues Übungsdorf (Ersatz der bestehenden Anlage)

Ziel 7. Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich unter gleichzeitiger Wahrung des sozialen Zusammenhalts und der eigenverantwortlichen Lebensführung (LZ RR 12, 13 und 14)

Mit den Zielen 13 und 14 für die Legislatur 2007–2011 beabsichtigt der Regierungsrat, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken sowie die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen zu fördern. Eine Rückkehr in die wirtschaftliche Selbständigkeit ist ebenfalls zu fördern.

Die dafür notwendigen öffentlichen Mittel sind zielgerichtet und nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten, was Teil des LZ RR 12 ist.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2)
- Zielgerichtete Umsetzung des teilrevidierten SHG und der SKOS-Richtlinien
- Förderung der beruflichen Integration von Sozialhilfeempfängern und Personen des Asylrechts (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)
- Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) (Projekt in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der Sozialversicherungsanstalt) (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern)
- Planung und Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots zur Förderung der Eingliederung von erwachsenen invaliden Menschen (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern)
- Gezielte Finanzierung der Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3500 Kantonales Sozialamt, insbesondere E1 Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern); E2 Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2); E3 Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den Arbeitsmarkt fördern); E4 Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern)

Ziel 8. Erhöhung des Anteils der sportlich aktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien und Bevölkerungsgruppen



Mehr Bewegung gehört zu den Zielen des Regierungsrates im Rahmen der Gesundheitsvorsorge. Sportpolitisches Konzept und Sportanlagenkonzept orientieren sich denn auch am Hauptziel einer Förderung des Breitensports im ganzen Kanton. Die Mittel des Sportfonds sind u.a. entsprechend dieser Zielsetzung zu verwenden und periodische Untersuchungen haben über Veränderungen im sportlichen Verhalten der Bevölkerung Aufschluss zu geben.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Mittel des Sportfonds gezielt einsetzen, um weitere Bevölkerungsgruppen zur sportlichen Betätigung zu motivieren

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben, insbesondere E2 Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept)
- 3910 Sportfonds

Ziel 9. Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pässe, Identitätskarten, Reisedokumente für Ausländer usw.)

Gemäss Bundesvorgaben - gestützt auf internationales Recht - müssen Pässe und Reisedokumente für Ausländer ab März 2010 biometrische Daten enthalten. Spätestens nach zwei Jahren sind die Verfahren zur Ausstellung der biometrischen Pässe und Identitätskarten zusammenzulegen.

Die Erfassung bedingt die Schaffung neuer kantonaler Erfassungszentren. Ebenso sollen biometrische Daten in Ausländerausweise Eingang finden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Schaffung von Erfassungszentren für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben, insbesondere E3 Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und ab März 2010 flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben); E4 Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben)
- 3100 Kantonspolizei (Notpassstelle Flughafen)
- 3200 Migrationsamt, insbesondere E3 Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben)

Ziel 10. Konzentration der Zuständigkeiten im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter

Im kommunalen Übertretungsstrafrecht sollen Rechtssetzung und Rechtsanwendung getrennt werden. Zudem sollen die übrigen Organe der Strafjustiz (Staatsanwälte) entlastet und die Rechtsprechung vereinheitlicht werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung ist die Untersuchung und Beurteilung von Übertretungsstraftatbeständen den Statthalterämtern zu übertragen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 3600 Statthalterämter, insbesondere E1 Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter; E2 Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompetenz der Statthalter
- Bemerkungen: Die zukünftige Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden kann die Umsetzung des strategischen Ziels beeinflussen.



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Ersatz Kapo Funknetz und -geräte 1)	-41.2	2005	2006	2006-2009*

1) Gesamtbetrag für das Netz (Polycom) im Kanton Zürich, inkl. Kapo-Funkgeräte. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen (Leistungen im Umfang von 12.8 Mio. Franken hat der Bund bereits erbracht).

4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Ersatz Funknetz (Polycom)*	-14.4	+6.5	-0.7			
Übrige Investitionen	-36.9	-53.2	-50.3	-48.7	-48.2	-56.0
Total Nettoinvestitionen	-51.3	-46.7	-51.0	-48.7	-48.2	-56.0

* Inbetriebnahme wie vorgesehen im 2009, Projektabschluss 2010.

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	915.8	889.3	960.8	972.2	987.4	1'003.9
Aufwand	-1'837.1	-1'844.3	-1'918.1	-1'980.8	-2'021.9	-2'076.7
Saldo	-921.3	-955.0	-957.3	-1'008.6	-1'034.5	-1'072.8
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	7.0	15.5	2.5	2.3	2.3	2.3
Ausgaben	-53.4	-62.2	-53.6	-51.0	-50.5	-58.3
Nettoinvestitionen	-46.4	-46.7	-51.1	-48.7	-48.2	-56.0

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Sicherheitsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	71.5	91.8	8.0%	10.3%
Aufwand	-73.8	-155.1	-4.0%	-8.4%
Saldo	-2.3	-63.3	-0.2%	-6.6%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-13.0	-13.2	-83.8%	-85.0%
Ausgaben	8.6	8.8	13.8%	14.2%
Nettoinvestitionen	-4.4	-4.3	-9.4%	-9.3%

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 71.5 Mio. Fr. bzw. 8.0 %. Wichtigste Ursachen:

- +64.8 Mio. Fr. Mehrertrag beim Sozialamt vom Bund für Zusatzleistungen zur AHV/IV (+42.2 Mio. Fr.), für Nothilfe (+3.9 Mio. Fr.) und für Flüchtlinge (+3.2 Mio. Fr.) sowie Ertrag im Asylbereich (+9.7 Mio. Fr.), teilweise kompensiert durch Minderertrag wirtschaftliche Hilfe im Bereich Sozialhilfe (-4.1 Mio. Fr.). Zusätzlicher Ertrag für die neu per 1. Januar 2010 angegliederten IV-Betriebe (+9.9 Mio. Fr.),
- +3.2 Mio. Fr. Mehrertrag beim Strassenverkehrsamt, vor allem aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum und im Bereich Administrativmassnahmen.



Der Aufwand steigt um 73.8 Mio. Fr. bzw. 4.0 %. Wichtigste Ursachen:

- -59.4 Mio. Fr. Mehraufwand beim Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-17.8 Mio. Fr.). Zunahme der Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-4.5 Mio. Fr.). Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe im Bereich Sozialhilfe (-9.3 Mio. Fr.), im Asylbereich (-9.0 Mio. Fr.) sowie für Sachaufwand, Verzinsung und Abschreibungen (-1.1 Mio. Fr.), teilweise kompensiert durch Aufwandkorrektur für vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthalt über 7 Jahren (+2 Mio. Fr.). Zusätzlicher Aufwand für die neu angegliederten IV-Betriebe (-19.7 Mio. Fr.),
- -4.8 Mio. Fr. Mehraufwand bei der Kantonspolizei, vor allem für Abschreibungen u.a. im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des neuen Funknetzes (Projekt Polycom), Dienstleistungen Dritter für DNA-Analysen und Mehrwertsteuer etc.),
- -4.0 Mio. Fr. Mehraufwand beim Migrationsamt, vor allem für Personal- und Sachaufwand infolge Kapazitätserweiterung (Einführung von biometrischen Daten in Ausländerausweisen und Visa sowie aufwändigere Verfahren),
- -3.0 Mio. Fr. Mehraufwand beim Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben, vor allem im Passbüro im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung von biometrischen Daten in Schweizer Pässen,
- -2.2 Mio. Fr. Mehraufwand beim Strassenverkehrsamt, vor allem höherer Übertrag in den Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben.

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen sinken im Vergleich zum Vorjahr um 13.0 Mio. Fr. oder 83.8 %, da der im Budget 2009 geplante einmalige Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Fr. an das Projekt Polycom entfällt.

Die Investitionsausgaben sinken im Vergleich zum Vorjahr um 8.6 Mio. Fr. oder 13.8 % infolge Abschluss des Projekts Polycom.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

In den Planjahren 2010 bis 2013 liegt der Ertrag durchschnittlich um 91.8 Mio. Fr. oder 10.3 % über dem Niveau des Budgets 2009. Die wichtigsten Ursachen zur Erklärung der durchschnittlichen Veränderungen in den Planjahren 2010 bis 2013 sind:

- +74.0 Mio. Fr. höhere Bundesbeiträge beim Sozialamt an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (+50.2 Mio. Fr.) und für Asylaufgaben (+6.0 Mio. Fr.), höhere Beiträge für wirtschaftliche Hilfe (+7.8 Mio. Fr.). Zusätzlicher Ertrag für die neu angegliederten IV-Betriebe (-10.1 Mio. Fr.),
- +6.2 Mio. Fr. Mehrertrag bei der Kantonspolizei, vor allem für zusätzliche saldoneutrale Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung),
- +5.7 Mio. Fr. Mehrertrag beim Strassenverkehrsamt, vor allem aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum,
- +4.1 Mio. Fr. Mehrertrag beim Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben, vor allem im Passbüro im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben).

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Aufwand durchschnittlich um 155.1 Mio. Fr. oder 8.4 % über dem Niveau des Budgets 2009. Die wichtigsten Ursachen zur Erklärung der durchschnittlichen Veränderungen in den Planjahren 2010 bis 2013 sind:

- -114.7 Mio. Fr. Mehraufwand beim Sozialamt, vor allem für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-33.4 Mio. Fr.), wirtschaftliche Hilfe (-31.1 Mio. Fr.), Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-24.7 Mio. Fr.) und für Asylaufgaben (-3.5 Mio. Fr.). Zusätzlicher Aufwand für die neu angegliederten IV-Betriebe (-20.1 Mio. Fr.),
- -22.4 Mio. Fr. Mehraufwand bei der Kantonspolizei, vor allem höherer Personalaufwand (zusätzliche saldoneutrale Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Anstieg des Korpsbestands bis zum Sollbestand gemäss KEF-Erklärung Nr. 6, Teuerungsausgleich, Stufenaufstieg, Beförderungen usw.), höhere Abschreibungen etc.,
- -7.4 Mio. Fr. Mehraufwand beim Strassenverkehrsamt, vor allem höherer Übertrag in den Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben und zusätzliches Personal infolge Erweiterung Prüfkapazität sowie für Abschreibungen etc.



- -5.3 Mio. Fr. Mehraufwand beim Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben, vor allem im Passbüro im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben),
- -4.5 Mio. Fr. Mehraufwand beim Migrationsamt, vor allem Personal- und Sachaufwand infolge Kapazitätserweiterung (Einführung von biometrischen Daten in Ausländerausweisen und Visa sowie aufwändigere Verfahren).

Investitionsrechnung

Im Vergleich zum Budget 2009 erhält die Sicherheitsdirektion in den Jahren 2010 bis 2013 durchschnittlich 13.2 Mio. Fr. oder 85.0 % weniger Investitionsbeiträge. Der im Budget 2009 geplante einmalige Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Fr. an das Projekt Polycom entfällt ab 2010.

Im Vergleich zum Budget 2009 sinken die Investitionsausgaben in den Jahren 2010 bis 2013 durchschnittlich um 8.8 Mio. Fr. oder 14.2 % infolge Abschluss des Projekts Polycom.



5. Leistungsgruppen

- 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben**
- 3100 Kantonspolizei**
- 3200 Strassenverkehrsamt**
- 3300 Migrationsamt**
- 3400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 3500 Sozialamt**
- 3600 Statthalterämter**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	13.7	14.0	-1.8	15.0	-1.2	15.9	-0.1	18.6	23.0	67.5
Aufwand	-15.9	-17.5	1.0	-20.5	0.5	-21.2	-1.7	-23.6	-25.8	62.4
Saldo	-2.1	-3.4	-0.7	-5.4	-0.7	-5.3	-1.8	-5.0	-2.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.5	-2.3	-0.6	-0.6	-0.1	-0.1	-0.5	-0.5	-0.8	-0.8
Nettoinvestitionen	-0.5	-2.3	-0.6	-0.6	-0.1	-0.1	-0.5	-0.5	-0.8	-0.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	46.0	55.8	-10.7	63.8	-8.6	65.9	4.6	79.1	79.1	

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung ("Think Tank")
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A4 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
- A5 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A6 Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionübergreifenden Aufgaben.	laufend	1
E2 Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept).	laufend	8
E3 Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und ab März 2010 flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben).	2010	9
E4 Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben).	2012	9

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug							
W2 Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)							
Leistungen							
L1 Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB (A1-3)	P	163	150	150	150	150	150
L2 Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %) (A1-3)	P	100	100	100	100	100	100
L3 Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien (A4)	P	1'226	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
L4 Anzahl Beglaubigungen (A4)	P	29'198	26'000	26'000	26'000	26'000	26'000
L5 Anzahl Ausweisgeschäfte (A5)	P	204'297	200'000	210'000	210'000	210'000	260'000
L6 Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und fortbildung sowie Leiteraus- und fortbildung) (A6)	P	2'256	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100
L7 Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse (A6)	P	6'765	6'400	6'400	6'400	6'400	6'400
L8 Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel (A4)	P	15'764	15'000	15'000	15'000	15'000	15'000
L9 Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose (A4)	P	1'866	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
Wirtschaftlichkeit							
B1 Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)		0.5	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5
B2 Anzahl Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)		0.4	0.3	0.4	0.4	0.3	0.3

Leistungsgruppe 3000	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.447
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.610

Budget	Leistungsgruppe 3000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E3 + E4: Die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige erfolgt ab März 2010 mit der flächendeckenden Einführung von biometrischen Pässen sowie ab 2012 mit der Zusammenlegung des Ausstellungsverfahrens für Ausweise (Identitätskarten, biometrische Pässe).
- Noch nicht berücksichtigt sind die finanziellen und personellen Auswirkungen eines neuen Rekursweges im Verwaltungsverfahren (Sicherheitsdirektion neu als Rekursinstanz; ab 2011).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Mehreinnahmen aus Ausweisgeschäften im Passbüro (+0.9 Mio.) sowie höhere Bundesbeiträge an J+S Kurs- und Lagerkosten (+0.1 Mio.).
- Aufwand: Höherer gebührenfinanzierter Personalaufwand infolge zusätzlicher Stellen im Passbüro sowie Personalentwicklung im Rahmen der Vorgaben (-1.5 Mio.). Höherer Sachaufwand, vor allem Mietkosten Passbüro sowie Kurs- und Lagerkosten der Fachstelle Sport (-0.6 Mio.). Höhere anteilmässige Ablieferungen an den Bund aus Ausweisgeschäften (-0.5 Mio.) und höhere Abschreibungen (-0.4 Mio.).

Investitionsrechnung

- Projektbedingte Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung von biometrischen Pässen sind in Zürich weitgehend abgeschlossen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Einführung von biometrischen Pässen sowie die Zusammenlegung der Ausstellungsverfahren erfordern zusätzliches Personal. Infolge der gestaffelten Anstellungen steigt der Beschäftigungsumfang im 2010 um 8.0. Dieser finanzielle Mehraufwand im Passbüro wird durch den Gebührenertrag gedeckt.

Indikatoren

- L5 Mit der flächendeckenden Einführung von biometrischen Pässen ab März 2010 wird mit etwas mehr Ausweisgeschäften gerechnet.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Kapazitätserweiterung des Passbüros beeinflusst sowohl den Ertrag als auch den Aufwand. Neben Personal und Infrastruktur fällt vor allem die Ablieferung vom Passbüro an den Bund ins Gewicht (insbesondere Herstellkosten und Administrationsanteil für den Bund).

Investitionsrechnung

- Ausrüstung für Erweiterung Passbüro und ab 2013 Erneuerung der Informatikbasisinfrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die zusätzlichen Stellen im Passbüro werden im Beschäftigungsumfang gestaffelt über die gesamte KEF-Periode 2010-2013 wirksam. Der Beschäftigungsumfang steigt gegenüber 2009 um insgesamt 23.

Indikatoren

- L5 Anzahl Ausweisgeschäfte: Aufgrund der damaligen überdurchschnittlichen Nachfrage nach dem Pass03 und der Identitätskarte03 führt dies aufgrund der 10-jährigen Gültigkeitsdauer ab 2013 zu Ersatzbedarf und somit zu einem Anstieg der Ausweisgeschäfte.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Anpassung des Planungsstandes für die Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und von Identitätskarten gemäss Bundesvorgaben führt vorübergehend zu Minderertrag und Minderaufwand.

Investitionsrechnung

- Zeitliche Anpassung der Investitionsplanung für die Erweiterung des Passbüros.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zeitliche Anpassung der Personalplanung für die Erweiterung des Passbüros.

Indikatoren

- L5 Mit der flächendeckenden Einführung von biometrischen Pässen ab März 2010 wird mit etwas mehr Ausweisgeschäften gerechnet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	159.6	168.1	0.3	169.7	-1.2	172.0	-1.5	176.3	179.4	12.3
Aufwand	-478.8	-508.8	5.4	-513.6	0.6	-525.5	-3.6	-539.6	-546.1	14.1
Saldo	-319.2	-340.7	5.7	-343.9	-0.6	-353.5	-5.1	-363.3	-366.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Einnahmen	5.6	14.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	3.3
Ausgaben	-25.8	-24.9	-0.6	-15.9	-0.9	-17.7	9.6	-16.3	-24.8	-20.9
Nettoinvestitionen	-20.2	-10.9	-0.5	-15.8	-0.8	-17.6	9.7	-16.2	-24.7	-17.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	3,076.9	3,205.2	47.3	3,266.3	121.1	3,339.0	163.5	3,385.0	3,392.3	

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen	2010	2
E2 Umsetzung des Polizeigesetzes	2010	2
E3 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)	2010	2
E4 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)	2010	2
E5 Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u.a. Fahndungssystem)	2010	1
E6 Umsetzung der Eidg. Strafprozessordnung (Umschulung, Änderung Prozessabläufe, neue Schnittstellen)	2011	1
E7 Gesamtkonzept Prävention, Vernetzung und Umsetzung (neu)	2011	1
E8 Umsetzung des Projektes Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid	2013	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG [in %])	P	+15	0	0	0	0	0
W2 Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung [in %]	min.	89	85	85	85	85	85
W3 Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.; A1]	max.	22	20	20	20	20	20
W4 Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %; A1)	max.	12	10	10	10	10	10
W5 Aufklärungsquote (alle Delikte [in %]; A4)	min.	31	30	30	30	30	30
W6 Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gg. Leib u. Leben [in %]; A4)	min.	85	81	81	81	81	81

Leistungen

L1 Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.; A1)	P	62	80	70	70	70	70
L2 Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen; A2)	P	7'934	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500
L3 Anzahl Notrufe (A5)	P	197'058	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen (A1)	P	72'573	65'000	65'000	65'000	65'000	65'000
L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger (A1)	P	49	44	44	44	43	42
L6 Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur; A3)	P	8'202	8'500	8'500	8'500	8'500	8'500
L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden (A3)	P	112'876	35'000	35'000	35'000	35'000	35'000
L8 Anzahl Geschwindigkeitskontrollen (A1)	P	2'446	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
L9 Anzahl erfasste Straftaten (A4)	P	135'147	160'000	150'000	150'000	150'000	150'000
L10 Anzahl erfasste Straftatverdächtige (A4)	P	32'302	34'000	34'000	34'000	34'000	34'000
L11 Anzahl Ordnungsbussen (A1)	P	92'761	115'000	100'000	100'000	100'000	100'000
L12 Anzahl Arrestanteneingänge (A4)	P	9'567	11'500	11'500	11'500	11'500	11'500
L13 Anzahl Arrestantentransporte (A4)	P	38'880	41'000	41'000	41'000	41'000	41'000
L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei (A2)	P	230'074	252'000	233'000	239'000	239'000	239'000
L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio. (A3)	P	11.0	10.2	10.3	10.5	11.0	11.3
L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck (A3)	P	11'697	15'000	11'000	11'000	11'500	11'500
L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg (A1)	P	4'292	5'000	5'200	5'200	5'200	5200

Wirtschaftlichkeit

B1 Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]	P	1.4	0	0	0	0	0
---	---	-----	---	---	---	---	---

Leistungsgruppe 3100 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-343.896
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-15.928

Budget Leistungsgruppe 3100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Sonstige Bemerkungen**

- Die Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen KEF Erklärung Nr. 6 "Führung einer vierten Aspirantenklasse ab 2010 zur Annäherung an den Sollbestand" ist in die Budgetierung eingeflossen. Aufgrund zahlreicher zu erwartender Pensionierungen im Korps kann der Sollbestand trotz dieser Massnahme erst in einigen Jahren (ca. 2012) erreicht werden. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Regierungsrates zur KEF Erklärung wird deshalb auch eine Anhebung der Zivilstellen geplant.
- Im Herbst 2008 wurde bereits eine dritte Aspirantenklasse eingeführt. Die Einführung der vierten Aspirantenklasse bedingt eine Verstärkung der Ausbildung durch vollamtliche Polizeiausbildner in ausgewählten Schwerpunktbereichen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (+4.4 Mio. Fr.)
- Minderertrag: tieferer Bussenerlös (-2.8 Mio. Fr.)
- Mehraufwand: höhere Abschreibungen (Inbetriebnahme Polycom; -3.8 Mio. Fr.), Dienstleistungen Dritter für DNA-Analysen (-0.6 Mio. Fr.), Mehrwertsteuer (-0.4 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Einnahmen: Bundesbeitrag an Projekt Polycom (Ersatz Funknetz) entfällt
- Ausgaben: 2009 Abschluss Projekt Polycom (Ersatz Funknetz)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Vom Zuwachs Beschäftigungsumfang im 2010 um 61 entfallen 39 auf zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei (saldoneutral).
- Die Einführung der vierten Aspirantenklasse ab Frühling 2010 erhöht den Beschäftigungsumfang um 26 Aspiranten.

Indikatoren

- L 1 Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.): Reduktion infolge knapper Personalressourcen.
- L 9 Anzahl erfasste Straftaten: Leichte Anpassung der erfassten Straftaten an Erfahrungswerte.
- L 11 Anzahl Ordnungsbussen: Die Zahl der ausgesprochenen Ordnungsbussen ist rückläufig, trotz gleich bleibender Kontrolltätigkeit. Die bisherige Planung war zu hoch und wird deshalb an die neuen Erfahrungswerte angepasst.
- L 14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: Infolge Personalmangel muss die Patrouillentätigkeit vorübergehend reduziert werden.
- L 15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Entwicklung im Rahmen des von der Unique geplanten Passagierwachstums.
- L 16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Mit dem Schengen/Dublin Abkommen ist bei den Ausschaffungen auf dem Luftweg mit einer leichten Steigerung zu rechnen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Mehrertrag (P 10 - P 13): v. a. zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung; +8.4 Mio. Fr.) und Ertrag aus Bussen (+1 Mio. Fr.)
- Mehraufwand (P 10 - P 13): höherer Personalaufwand (Anstieg des Korpsbestandes bis zum Sollbestand, zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Teuerungsausgleich, Beförderungen etc.; -31 Mio. Fr.), Abschreibungen (-1.4 Mio. Fr.)

Investitionsrechnung

- Ab 2011 Projekt Polizei- und Justizzentrum.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Korpsbestand steigt aufgrund der vierten Aspirantenklasse sukzessive an und dürfte im 2012 den Sollbestand inklusive Aspiranten erreichen.
- Bei den Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei, welche vollumfänglich (saldoneutral) von Unique finanziert werden, wird mit einem jährlichen Wachstum von 1% gerechnet (Zunahme Beschäftigungsumfang: jährlich ca. +8).

Indikatoren

- L 5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Die Planung der 3. und 4. Klasse wirkt sich ab 2012 und 2013 positiv auf den Korpsbestand aus und führt zu einer leichten Reduktion der Intervention pro Korpsangehöriger.
- L 14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: Die eingeleiteten Massnahmen zur Erreichung des Sollbestandes (3. Klasse ab Herbst 2008 und 4. Klasse ab Frühling 2010) sollte ab 2011 die Anhebung der Patrouillenstunden wieder ermöglichen.
- L 15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere: Entwicklung im Rahmen des von der Unique geplanten Passagierwachstums.
- L 16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Leichte Zunahme ab 2012 entsprechend dem geplanten Passagierwachstum der Unique.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Mehrertrag: zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen (inkl. Teuerung).
- Minderertrag: Wegfall Bundesbeitrag für Schwerverkehrskontrollen, planmässige Auflösung passivierter Investitionsbeiträge.
- Mehraufwand: höherer Personalaufwand (zusätzliche Sicherheitsmassnahmen im Flughafen, Personalaufwuchs bei Aspiranten und Korps), Dienstleistungen Dritter für DNA-Analysen, Mehrwertsteuer, Abschreibungen und Zinsen auf dem Verwaltungsvermögen.

Investitionsrechnung

- Mehrausgaben: 2010 Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung einer 4. Aspirantenschule (Umbauten für Klassenzimmer, Möblierung usw.), 2011 dringender Ersatz und Ausbau von Informatiksystemen.
- Minderausgaben: 2012 Verschiebung Baubeginn Projekt Polizei- und Justizzentrum.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Zuwachs Beschäftigungsumfang um 47 im 2010 gegenüber der Vorjahresplanung 2010 im Vorjahr erklärt sich insbesondere durch zusätzliche von der Unique verlangte und finanzierte (saldoneutral) Sicherheitsbeauftragte der Flughafenpolizei (+32) sowie die Führung einer vierten Aspirantenklasse.

Indikatoren

- L 1 Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.): Reduktion infolge knapper Personalressourcen.
- L 5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Die Planung der 3. und 4. Klasse wirkt sich ab 2012 und 2013 positiv auf den Korpsbestand aus und führt zu einer leichten Reduktion der Intervention pro Korpsangehöriger.

- L 9 Anzahl erfasste Straftaten: Leichte Anpassung der erfassten Straftaten an Erfahrungswerte.
- L 11 Anzahl Ordnungsbussen: Die Zahl der ausgesprochenen Ordnungsbussen ist rückläufig, trotz gleich bleibender Kontrolltätigkeit. Die bisherige Planung war zu hoch und wird deshalb an die neuen Erfahrungswerte angepasst.
- L 14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: Infolge Personalmangel musste die Patrouillentätigkeit vorübergehend reduziert werden.
- L 16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Mit dem Schengen/Dublin Abkommen ist bei den Ausschaffungen auf dem Luftweg mit einer leichten Steigerung zu rechnen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	370.4	370.1	1.1	373.3	0.8	375.0	0.4	376.6	378.2	2.1
- Verkehrsabgaben	290.3	290.0		292.0		294.0		296.0	298.0	
Aufwand	-349.0	-351.3	0.2	-353.6	-0.1	-357.2	-0.5	-360.7	-363.6	4.2
- Übertrag an Strassenfonds	-289.6	-289.1		-291.1		-293.1		-295.1	-297.1	
Saldo	21.4	18.8	1.4	19.8	0.7	17.9	-0.0	15.9	14.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-2.9	-3.5	-2.2	-5.6	0.0	-3.4	-0.2	-3.5	-3.1	-3.6
Nettoinvestitionen	-2.9	-3.5	-2.2	-5.6	0.0	-3.4	-0.2	-3.5	-3.1	-3.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	338.9	339.0	6.0	345.0	10.0	349.0	10.0	349.0	349.0	

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften. Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Optimierung der Verkehrssicherheit (u.a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamt für Strassen ASTRA)	2010	3
E2 Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeug-Prüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen	2010	3
E3 Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen	2010	3
E4 Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativ-Massnahmen)	2010	3
E5 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (beinhaltet LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss)	2011	4

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)	min.	--	gut	--	--	gut	--
Leistungen							
L1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.) (A1)	P	224	250	230	230	230	230
L2 Praktische Führerprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.) (A1)	P	240	240	240	240	240	240
L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.) (A2)	P	1'856	1'700	1'800	1'800	1'800	1'800
L4 Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) (A2)	P	417	500	500	500	500	500
L5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle) (A3)	P	7'176	7'200	7'200	7'200	7'200	7'200
L6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung) (A3)	P	5'054	5'300	5'300	5'300	5'300	5'300
L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (A4)	P	52'150	50'000	52'000	52'000	52'000	52'000
L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen (A4)	P	63'554	50'000	55'000	55'000	55'000	55'000
L9 Verfügte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in (A4)	P	1'528	1'800	1'600	1'600	1'600	1'600
L10 Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.) (A5)	P	1.623	1.600	1.600	1.600	1'600	1'600
L11 Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge) (A5)	P	253'831	275'000	256'000	256'000	256'000	256'000
L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) (A5)	P	7'306	6'800	6'800	6'800	6'800	6'800
L13 Anzahl Chauffeurfahrten	P	1'782	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L14 Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen	P	6'351	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000
Wirtschaftlichkeit							
B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	174'029	181'000	178'000	181'000	185'000	188'000
B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	237'968	236'000	236'000	232'000	231'000	230'000

Leistungsgruppe 3200 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	19.780
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.565

Budget Leistungsgruppe 3200	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Umsetzung des neu geplanten und in der Vernehmlassung stehende Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr "Via Sicura" ist personell und finanziell nicht berücksichtigt. Es ist noch offen, welche der in Diskussion stehenden Massnahmen zu welchem Zeitpunkt realisiert werden sollen.
- Die Prüfungsintervalle sind vom Bundes- und EU-Recht vorgegeben. Die Übernahme der bilateralen Verträge verpflichtet zu kürzeren Prüfungsintervallen (LKW's) mit teilweiser Erhöhung der Fahrzeug-Prüfzeiten.
- Zusätzlich durch Verkehrsexperten ausgeführte Arbeiten: Prüfung von 43'000 Fahrzeugen, die wegen beanstandeter Mängel ein zweites Mal vorgeführt werden müssen sowie die Abnahme von Behindertenprüfungen.
- Die Wirtschaftlichkeitsindikatoren 2008 basieren auf Werten des Restaments.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes bzw. Verlagerung zu Fahrzeugen mit höherem Hubraum (+2 Mio. Fr.) und Mehrertrag im Bereich Administrativmassnahmen (+1.2 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben (-2 Mio. Fr.), Personalaufwandentwicklung (-0.9 Mio. Fr., gemäss Vorgaben und zusätzliches Personal.) tieferer Sachaufwand (+0.4 Mio. Fr., v.a. Informatiknutzungsaufwand) und geringere Abschreibungen (+0.2 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Höherer Investitionsbedarf infolge erweiterter Prüfkapazität sowie Ersatz und Anschaffung im Softwarebereich.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen sowie Einführung/Betreuung eines neuen elektronischen Archivierungssystem (AIS).

Indikatoren

- L1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte, rückläufige Tendenz nach Einführung Führerausweis auf Probe.
- L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwert an Vorjahreswerte.
- L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Anpassung Planwert an Vorjahreswerte. Die Menge der Polizeirapporte ist u.a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
- L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmedizinischen Kontrollen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte.
- L9 Verfugte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Anpassung Planwert an Vorjahreswerte.
- L11 Anzahl erstellte Inkassobelege: Optimierung der Mahnläufe.
- B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Höherer Beschäftigungsumfang und nur leicht höhere Gesamtkosten führen zu einer Verbesserung des Indikators.
- B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Der höhere Beschäftigungsumfang kann durch Mehrerträge kompensiert werden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes teilweise kompensiert durch rückläufige Einnahmen aus Kontrollschildversteigerungen.
- Aufwand: Höherer Übertrag in Strassenfonds infolge Zunahme der Verkehrsabgaben und Personalaufwandentwicklung gemäss Vorgaben und zusätzliches Personal infolge Erweiterung Prüfkapazität. Die geplanten Investitionen führen aufgrund der linearen Abschreibungsmethode (IPSAS) zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf.

Investitionsrechnung

- Investitionsbedarf im Rahmen der Vorjahre.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme der Geschäftslast sowie Erweiterung der Prüfkapazität führen zu zusätzlichem Personalbedarf.

Indikatoren

- B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Höhere Lohnkosten gem. Vorgaben und höhere Abschreibungen führen zu einer Verschlechterung des Indikators.
- B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Niedrigerer Gesamtertrag (rückläufige Einnahmen bei den Kontrollschild-Versteigerungen) führen zu einer Verschlechterung des Indikators.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Mehrertrag im Bereich Administrativmassnahmen.
- Aufwand: Personalaufwandentwicklung (zusätzlicher Personalbedarf infolge höherer Geschäftslast).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Besetzung von vakanten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen und elektronisches Archivierungssystem sowie erweiterte Prüfkapazität.

Indikatoren

- L1 Theoretische Führerprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte, rückläufige Tendenz nach Einführung Führerausweis auf Probe.
- L3 Technische Fahrzeugprüfung p/Verkehrsexperte: Anpassung Planwerte an Vorjahreswerte.
- L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Anpassung Planwerte an Vorjahreswerte. Die Menge der Polizeirapporte ist u.a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
- L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmedizinischen Kontrollen: Anpassung Planwerte an Erfahrungswerte.
- L9 Verfugte Adm.-Massnahmen (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in: Anpassung Planwerte an Vorjahreswerte.
- L11 Anzahl erstellte Inkassobelege: Optimierung der Mahnläufe.
- B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Strassenfonds): Anpassung Planwerte an die Gesamtaufwandentwicklung.
- B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds): Niedrigerer Gesamtertrag (rückläufige Einnahmen bei den Kontrollschild-Versteigerungen) führen zu einer Verschlechterung der Planwerte.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	17.3	16.0	0.3	17.3	-0.2	17.7	-0.2	17.8	17.8	3.0
Aufwand	-24.1	-25.6	-2.5	-29.6	-0.9	-30.1	-0.9	-30.4	-30.6	26.6
Saldo	-6.8	-9.6	-2.2	-12.3	-1.1	-12.4	-1.1	-12.5	-12.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben	-0.4	-0.1	-0.3	-1.1	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.3	-0.4
Nettoinvestitionen	-0.4	-0.1	-0.3	-1.1	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.3	-0.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	127.0	132.3	26.3	156.3	25.0	160.0	25.0	160.0	158.0	

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
- A3 Die Hauptaufgaben des Amtes sind a) die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern, Nichtverlängern oder Widerrufern von Bewilligungen, b) Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie c) das Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, dauerhaftem Sozialhilfebezug, Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und bei Missbräuchen sowie von illegaler Anwesenheit.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts	2010	1
E2 Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben)	2011	9
E3 Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich	2015	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	6	5	5	5	5	5

Leistungen

L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche (A1)	P	13'715	20'000	10'000	10'000	10'000	10'000
L2 Anzahl Visageschäfte / Schaltergespräche (A1)	P	65'660	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (A2)	P	153'298	140'000	140'000	135'000	135'000	140'000
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit (A2)	P	14'204	16'000	12'000	11'000	10'000	10'000
L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen (A3)	P	6'379	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000
L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender (A2)	P	30'210	32'000	32'000	32'000	32'000	32'000
L7 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen) (A1)	P	13	8	8	8	8	8
L8 Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag) (A1)	P	-	800	800	800	800	800
L9 Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige (A1)	P	-	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000

Wirtschaftlichkeit

B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.; A3)	P	-6	-5	-5	-6	-6	-6
---------------------------------------	---	----	----	----	----	----	----

Leistungsgruppe 3300 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-12.304
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.060

Budget Leistungsgruppe 3300	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Zusätzliche Stellen gegenüber 2008 für die Optimierung von Dienstleistungen (u.a. Verfahrensdauer, Erreichbarkeit; 16 Stellen, davon 4 befristet bis Mitte 2013), für die Verbesserung im ausländerrechtlichen Vollzug (2 Stellen, bedingt u.a. durch Schengen-Recht) sowie für die Einführung von biometrischer Daten in Ausländerausweisen ab 2010 (15 Stellen, weitgehend kostendeckend). Nur damit können die (für 2009 nicht erreichbaren) Leistungsziele erreicht werden.
- Die Erweiterung der Anzahl Haftplätze für Ausschaffungshaft wurde verschoben (Erweiterung erst nach KEF-Periode geplant, ca. 2015).

Sonstige Bemerkungen

• Kostenträger Migrationsamt (Vollkostenrechnung).....R 08.....B 09.....P 10
• Ertrag:.....17'499'743.....16'000'000.....17'330'000
• Bewilligungsverfahren.....10'970'592.....10'193'000.....10'875'000
• Asylverfahren.....5'958'917.....5'318'000.....5'900'000
• Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....218'400.....205'000.....205'000
• Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....351'834.....284'000.....350'000
• Aufwand:.....-24'627'921.....-25'633'486.....-29'633'594
• Bewilligungsverfahren.....-11'837'397.....-13'383'486.....-16'333'594
• Asylverfahren.....-6'517'255.....-6'800'000.....-6'800'000
• Administrativ- und Zwangsmassnahmen.....-3'498'886.....-2'650'000.....-3'500'000
• Publikumsverkehr (Schalter und Auskunftsstelle).....-2'774'383.....-2'800'000.....-3'000'000

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Höhere Rückerstattungen des Bundes für Ausschaffungshaft (+0.5 Mio. Fr., höhere Ansätze), höhere Gebührenerträge wegen der wachsenden Anzahl Ausländer im Kanton Zürich (+0.8 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höherer Personal- (-3.5 Mio. Fr.) und Sachaufwand (-0.3 Mio. Fr.) infolge Kapazitätserweiterung und höhere Haftkosten (-0.2 Mio. Fr., höhere Ansätze).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Bereitstellung der Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten in Ausländerausweisen und Visa ab Oktober 2010 (-1.1 Mio Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zusätzliche Stellen für die Optimierung von Dienstleistungen (u.a. Verfahrensdauer, Erreichbarkeit), für die Verbesserung im ausländerrechtlichen Vollzug sowie für die Einführung von biometrischer Daten in Ausländerausweisen, aufgrund des gestaffelten Eintritts nur teilweise Auswirkung auf den Beschäftigungsumfang 2010.

Indikatoren

- L 1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche: EU/EFTA-Bürger benötigen kein Einreisegesuch mehr (volle Freizügigkeit seit 1.6.2007).
- L 4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: Mit dem ab 1.1.2008 neuen Ausländergesetz (AuG) wurde der Stellenwechsel erleichtert, was weniger Gesuche zur Folge hat.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: höhere Gebührenerträge wegen der wachsenden Anzahl Ausländer im Kanton Zürich.
- Aufwand: Personalaufwandentwicklung im Rahmen der Vorgaben (Teuerung, Beförderungen etc.), höherer Sachaufwand u.a. Projekt biometrischer Ausländerausweis.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Kontinuierliche Erneuerung und Verbesserung der IT-Infrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zusätzliche Stellen wirken sich ab 2011 vollumfänglich aus. Reduktion ab 2013 (4 bis Mitte 2013 befristete Stellen).

Indikatoren

- L 3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Die Planwerte berücksichtigen die periodischen Schwankungen der Geschäftsfälle aufgrund der Verlängerung der Bewilligungsdauer.
- L 4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: Mit dem neuen Ausländergesetz (AuG) wurde der Stellenwechsel erleichtert, was weniger Gesuche zur Folge hat.
- B 1 Saldo pro Bewilligung: Höherer Personalaufwand gemäss Vorgaben.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Ertrag: Geringere Anzahl erwarteter Hafttage führt zu weniger Bundesbeiträgen. Höhere Gebührenerträge wegen der wachsenden Anzahl Ausländer im Kanton Zürich.
- Aufwand: Höhere Personal- und Arbeitsplatzkosten wegen Erweiterung des Stellenplans zur Bewältigung der Pendenzen im Bewilligungsbereich und Erledigung neuer Aufgaben aus dem Schengen-Recht. Geringere Haftkosten in den Planjahren, weil das Angebot an Haftplätzen erst nach der KEF-Periode erweitert wird.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Kontinuierliche Erneuerung und Verbesserung der IT-Infrastruktur.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Geschäftslastbedingte Besetzung von 7 vakanten Stellen im Rechnungsjahr 2008 sowie 18 zusätzliche Stellen für die weitere Optimierung von Dienstleistungen (u.a. Verfahrensdauer, Erreichbarkeit) im ausländerrechtlichen Vollzug.

Indikatoren

- L 1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche: EU/EFTA-Bürger benötigen kein Einreisegesuch mehr (volle Freizügigkeit seit 1.6.2007).
- L 4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: Mit dem neuen Ausländergesetz (AuG) wurde der Stellenwechsel erleichtert, was weniger Gesuche zur Folge hat.
- L 6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: Die Erweiterung der Anzahl Haftplätze für Ausschaffungshaft wurde verschoben (Erweiterung nach KEF-Periode geplant). Die Planwerte wurden auf das verfügbare Angebot reduziert.
- B 1 Saldo pro Bewilligung: Höherer Personalaufwand gemäss Vorgaben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	17.5	18.1	-0.7	17.5	0.2	18.6	0.3	18.9	19.2	9.9
Aufwand	-34.9	-32.8	0.4	-32.3	-0.2	-32.6	-1.0	-33.4	-33.6	-3.5
Saldo	-17.4	-14.8	-0.4	-14.8	-0.1	-14.0	-0.6	-14.4	-14.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen	1.4	1.5	0.7	2.2	0.7	2.2	0.7	2.2	2.2	1.9
Ausgaben	-7.0	-7.0	-3.1	-10.5	-2.1	-9.5	-0.7	-5.9	-5.1	-7.5
Nettoinvestitionen	-5.5	-5.5	-2.4	-8.4	-1.4	-7.4	0.0	-3.7	-2.9	-5.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	120.8	135.0	0.0	133.0	0.0	131.0	0.0	130.0	130.0	

Aufgaben

- A1 Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Zeughaus, Waffenplatz Reppischtal, Wehrpflichtersatzverwaltung sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz
- A2 Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und den allfälligen Vollzug von Disziplinarstrafen
- A3 Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30 000) veranlagt, Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten
- A4 Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt
- A5 Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die Entlassung mehrerer tausend Armeeeingehöriger aus der Militärdienstpflicht

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes	2011	1
E2 Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell)	2011	1
E3 Einbezug der Entwicklungsschritte der Armee (u.a. "08/11")	2012	1
E4 Neues Übungsdorf (Ersatz der bestehenden Anlage; Projekt Nr. 3400.001)	2013	6

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %) [A 2]	min.	95	90	90	90	90	90
W2 Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag [OT] (in %) [A 4]	min.	94	90	90	90	90	90
W3 Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten / Material (in %) [A 1, A 3]	min.	92	80	80	80	80	80
W4 Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen) [A 2]	P	-	7	7	7	7	7

Leistungen

L1 Betreuung Anzahl Meldepflichtige (inkl. Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung [A 1]	P	3'450	3'400	3'400	3'400	3'400	3'400
L2 Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen [A 2]	P	10	7	7	7	7	7
L3 Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage [A 3]	P	8'684	9'600	9'600	9'600	9'600	9'600
L4 Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %) [A 1]	P	-	90	90	90	90	90

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.) [A 4]	max.	28	28	28	28	28	28
B2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %) [A 3]	min.	180	124	124	120	120	120
B3 Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %) [A 2]	min.	104	90	90	90	90	90

Leistungsgruppe 3400	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-14.797
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.549
Kredit mit Sperrvermerk Investitionen (§ 16 Abs. 1 CRG): Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen (in Mio. Fr., Anteil 2010)	-2.98

Budget	Leistungsgruppe 3400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Durch die engen bundesrechtlichen Verflechtungen sind die Möglichkeiten zur Einflussnahme des Amtes für Militär und Zivilschutz auf Budget und Rechnung gering.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Geringerer Transferertrag (Entschädigungen vom Bund und planmässige Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen, -0.7 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höhere kalk. Zinsen (-1.0 Mio. Fr.), tieferer Sachaufwand (+0.7 Mio. Fr.), geringerer Personalaufwand (rückläufiger Bestand und Optimierung innerhalb Amt, +0.6 Mio. Fr.) sowie weniger Abschreibungen auf Anlagen (+0.2 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Einnahmen: Höhere Durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund an die Gemeinden für bauliche Massnahmen (Anlagen) (+0.7 Mio. Fr.).
- Ausgaben: Höhere Investitionen in Hochbauten, Neu- und Tiefbauten (Fussgängerbrücke Reppisch, Übungsdorf sowie Dachsanierung Andelfingen, Fassadensanierung Zeughaus Gebäude B u.a., -2.9 Mio Fr.). Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund an die Gemeinden für bauliche Massnahmen (Anlagen) (-0.7 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Leicht rückläufiger Personalbestand (Optimierung innerhalb Amt).

Indikatoren

- W 4 Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen): neuer Indikator seit P 09; Zielwert: 7 Tage
- L 4 Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %): neuer Indikator seit P 09; Zielwert: 90%
- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Mehraufwand gegenüber R08 bei den Informatikkosten (exogen bedingte Software-Anpassungen, neue AHV-Nr. und laufende gesetzliche Anpassungen) führt zu einem tieferen Kostendeckungsgrad.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Vor allem höhere Entschädigungen für die Benützung des Waffenplatzes Reppischtal durch den Bund (ab P 11 neue Leistungsvereinbarung und Verträge) sowie höhere Entgelte.
- Aufwand: Höhere Abschreibungen und Zinsen, zusätzliche altersbedingte Werterhaltungsmassnahmen im Hochbau.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Ab P 12 v.a. geringere Investitionen im Bereich Hochbauten und Mobilien.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- P 10 - P 12: Leicht rückläufiger Personalbestand und Optimierung innerhalb Amt.

Indikatoren

- B 2 Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): Tieferer Anteil am Wehrpflichtersatz vom Bund führt zu einem tieferen Kostendeckungsgrad ab 2011.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Geringerer Transferertrag (Entschädigungen vom Bund und planmässige Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen).
- Aufwand: Höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen aufgrund der höheren Investitionen in Hochbauten.

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Vor allem zusätzliche, altersbedingte Werterhaltungsmassnahmen im Hochbau.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	292.0	254.4	61.7	319.3	61.3	324.4	61.7	330.5	339.6	16.3
- Rückerstattungen an wirtschaftliche Hilfe		37.3		40.2		44.0		45.5	50.3	
- Rückerstattungen an Asylaufgaben		62.3		72.0		70.0		66.5	64.5	
- Rückerstattung an Zusatzleist. und Kinderzulagen		154.6		196.8		200.1		208.0	214.2	
Aufwand	-895.3	-865.1	-36.3	-924.5	-58.5	-970.2	-52.0	-990.1	-1,034.4	15.5
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe		-147.1		-156.3		-177.0		-180.5	-198.8	
- Beiträge an Asylaufgaben		-82.6		-89.6		-87.6		-84.6	-82.6	
- Beiträge an Zusatzleist. und Kinderzulagen		-311.9		-329.7		-339.7		-349.7	-362.1	
- Beiträge an Soziale Einrichtungen		-302.5		-307.0		-323.3		-331.8	-346.6	
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes		-3.3		-3.3		-3.3		-3.3	-3.3	
Saldo	-603.3	-610.6	25.4	-605.2	2.7	-645.8	9.8	-659.6	-694.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-15.6	-21.3	-1.4	-18.8	-1.7	-17.5	-0.3	-23.0	-22.9	-19.9
Nettoinvestitionen	-15.6	-21.3	-1.4	-18.8	-1.7	-17.5	-0.3	-23.0	-22.9	-19.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	48.6	52.0	119.5	171.5	119.5	171.5	119.5	171.5	171.5	

Aufgaben

- A1 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
- A2 Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
- A3 Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
- A4 Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern).	2010	7
E2 Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2).	2010	7
E3 Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich (beinhaltet LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern).	2010	7
E4 Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV (beinhaltet LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern).	2011	7

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.; A1,2,3,4,5)	P	802.9	844.0	882.6	927.6	946.6	990.0
W2 Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Fr.)	P	87.0	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3
Leistungen							
L1 Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe (A1)	P	15'713	20'000	20'000	22'000	25'000	29'000
L2 Vom Bund zugewiesene Asylbewerber (A2)	P	2'308	1'500	2'000	1'900	1'800	1'700
L3 Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (A2)	P	5'452	5'000	6'000	6'000	6'000	6'000
L4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen (A5)	P	13'961	13'700	13'850	14'000	14'100	14'200
L5 Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	41'679	44'000	44'000	44'000	45'000	45'000
L6 Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	113	100	105	100	95	90
Wirtschaftlichkeit							
B1 Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %; A2)	P	80	90	90	90	90	90
B2 Auslastungsgrad Soziale Einrichtungen (in %; A5)	P	96	94	94	94	94	94

Leistungsgruppe 3500 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-605.215
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-18.790

Budget Leistungsgruppe 3500	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Rahmen der Umsetzung des neuen Versorgungskonzepts für die psychiatrische Versorgung in den Regionen Winterthur und Zürcher Unterland werden die drei IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim hardoskop und Werkstatt hardundgut organisatorisch von der Psychiatrie (Leistungsgruppe 6400) abgelöst und per 1. Januar 2010 der Sicherheitsdirektion bzw. dem Kantonalen Sozialamt als Abteilung angegliedert.

Indikatoren

- L 1 + L 2 Anpassung Planwerte an die wirtschaftliche Entwicklung und die eingegangenen Asylgesuche.
- L 3 Zahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden bleibt aufgrund der Arbeitsmarktlage hoch.
- L 4 Leicht höherer Bedarf an Plätzen.
- L 6 Zusammenschluss/Aufgabenübertragung im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag +64.8 Mio. Fr.: Mehrertrag vom Bund für Zusatzleistungen zur AHV/IV (+42.2 Mio. Fr.), für Nothilfe (+3.9 Mio. Fr.) und für Flüchtlinge (+3.2 Mio. Fr.) sowie Ertrag im Asylbereich (+9.7 Mio. Fr.). Minderertrag für wirtschaftliche Hilfe im Bereich der Sozialhilfe (-4.1 Mio. Fr.). Zusätzlicher Ertrag für die neu angegliederten IV-Betriebe (+9.9 Mio. Fr.).
- Aufwand -59.4 Mio. Fr.: Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-17.8 Mio. Fr.). Zunahme der Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-4.5 Mio. Fr.). Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe im Bereich der Sozialhilfe (-9.3 Mio. Fr.), im Asylbereich (-9.0 Mio. Fr.) und für Sachaufwand, Verzinsungen und Abschreibungen (-1.1 Mio. Fr.). Aufwandkorrektur für vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthalt über 7 Jahre (+2 Mio. Fr.). Zusätzlicher Aufwand für die neu angegliederten IV-Betriebe -19.7 Mio. Fr. (Personalaufwand -13.8 Mio. Fr.; Sachaufwand und Abschreibungen -3.2 Mio. Fr.; Interne Verrechnungen -2.7 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Übergangsphase neuer Finanzausgleich (NFA): vorübergehende Abnahme der Investitionsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-2.7 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Rahmen der Umsetzung des neuen Versorgungskonzepts für die psychiatrische Versorgung in den Regionen Winterthur und Zürcher Unterland werden die drei IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim hardoskop und Werkstatt hardundgut organisatorisch von der Psychiatrie (Leistungsgruppe 6400) abgelöst und per 1. Januar 2010 der Sicherheitsdirektion bzw. dem Kantonalen Sozialamt als Abteilung angegliedert. Übertrag von 120.8 Personalstellen.

Indikatoren

- W 1 (-38.6 Mio. Fr.): Zunahme der Beiträge an Zusatzleistungen zur AHV/IV (-17.8 Mio. Fr.), der Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-4.5 Mio. Fr.), für wirtschaftliche Hilfe (-9.3 Mio. Fr.) im Asylbereich (-7.0 Mio. Fr.).
- L 2 Mehr Zuweisungen von Asylbewerbern vom Bund.
- L 3 Durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werden mehr Asylsuchende fürsorgeabhängig.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ertrag +20.3 Mio. Fr.: Höhere Bundesbeiträge an die Zusatzleistungen zur AHV/IV (+17.4 Mio. Fr.) und für Flüchtlinge (+4.4 Mio. Fr.). Mehrerträge für wirtschaftliche Hilfe (+8.7 Mio. Fr.). Mindererträge im Bereich Asyl (-7.5 Mio. Fr.) und für Nothilfe (-2.8 Mio. Fr.).
- Aufwand -109.9 Mio. Fr.: Mehraufwände für wirtschaftliche Hilfe (-38.6 Mio. Fr.), für Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen (-39.6 Mio. Fr.), für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-32.4 Mio. Fr.), für Flüchtlinge (-5.4 Mio. Fr.) und für Sachaufwand, Verzinsungen und Abschreibungen inkl. IV-Betriebe (-2.4 Mio. Fr.). Rückgang des Aufwandes im Asylbereich (+7.0 Mio. Fr.) und für Nothilfe (+1.5 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Ausgaben: Der Übergang zur NFA und die auslaufende Unterstützung durch den Bund haben bis 2011 eine vorübergehende Abnahme der kantonalen Investitionsbeiträge an Invalideneinrichtungen zur Folge; ab 2012 erhöht sich der Anteil des Kantons, da der Bundesanteil vollständig entfällt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Bereich des Kantonalen Sozialamts und bei den per 1. Januar 2010 angegliederten IV-Betrieben sind keine Veränderungen absehbar.

Indikatoren

- W 1 Infolge der momentanen wirtschaftlichen Lage ist mit einer Steigerung des Kostenersatzes in der Öffentlichen Sozialhilfe zu rechnen; weiter steigen auch die Aufwendungen für Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen und für Zusatzleistungen zur AHV/IV. Im Asyl- und Nothilfebereich wird mit einer leichten Entspannung gerechnet.
- L 1 In den nächsten Jahren ist mit einer zunehmenden Anzahl von Sozialhilfeempfängern zu rechnen (Rezession).
- L 2 Die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber wird wieder etwas sinken.
- L 4 Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen: Höherer Bedarf an Plätzen in Invalideneinrichtungen.
- L 5 Der Bedarf an Zusatzleistungen zur AHV/IV nimmt weiter zu.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Die Erträge des Bundes für Zusatzleistungen zur AHV/IV sind im Übergang zum neuen Finanzausgleich höher ausgefallen als ursprünglich erwartet.
- Aufwand: Neben den Erträgen für Zusatzleistungen zur AHV/IV sind auch die Ausgaben im Übergang zur NFA stärker gestiegen als erwartet. Im Bereich der Öffentlichen Sozialhilfe ist mit einer Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfe als Folge der Rezession zu rechnen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Durch die Angliederung der drei IV-Betriebe von der Leistungsgruppe 6400 Psychiatrie erhöht sich die Zahl der Stellen im Kantonalen Sozialamt um 120.8.

Indikatoren

- W 1 Vergleiche Erklärungen unter Erfolgsrechnung (Aufwand).
- L 1 Anstieg der Anzahl Rechnungen im Bereich der Öffentlichen Sozialhilfe als Folge der Rezession.
- L 2 Anpassung aufgrund des in der Zwischenzeit eingetretenen Anstiegs der Zuweisungen.
- L 3 Die Entwicklung im Asylbereich ist von der konjunkturellen Entwicklung abhängig (siehe Bemerkungen).
- L 5 Anpassung aufgrund Rechnungswert 2008.
- L 6 Anpassung aufgrund Rechnungswert 2008.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	22.5	23.1	-0.3	22.8	-0.6	22.6	-0.6	22.6	22.6	0.6
Aufwand	-16.5	-17.7	-0.8	-18.2	-0.5	-18.0	-0.5	-18.2	-18.5	12.2
Saldo	6.0	5.4	-1.1	4.6	-1.0	4.6	-1.1	4.4	4.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.5	-0.6	-0.4	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.3
Nettoinvestitionen	-0.5	-0.6	-0.4	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	60.4	62.0	0.0	62.0	0.0	62.0	0.0	62.0	62.0	

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehresen mit bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
A5 Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter	2013	10
E2 Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter	2013	10

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (A1)	P	1'993	2'250	2'250	2'250	2'250	2'250
W2 - in % der erledigten Fälle (A1)	P	3.97	4.50	4.50	4.50	4.50	4.50
W3 Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (A1)	P	4'071	5'000	4'500	4'500	4'500	4'500
W4 - in % aller Fälle (A1)	P	7.50	9.60	9.00	9.00	9.00	9.00
W5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (A1)	P	1'352	1'500	1'350	1'350	1'350	1'350
W6 - in % der erledigten Fälle (A1)	P	2.69	3.00	2.70	2.70	2.70	2.70
Leistungen							
L1 Anzahl erledigte Straffälle (A1)	P	50'185	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000
L2 Anzahl Rechtsmittelverfahren (A1)	P	63	40	45	45	45	45
L3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise (A3, A5)	P	4'734	5'000	4'000	4'000	4'000	4'000
L4 Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen (A2, A4)	P	2'589	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
L5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen (A1)	P	72'798	90'000	80'000	80'000	80'000	80'000
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %; A1)	P	63	70	70	70	70	70

Leistungsgruppe 3600	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	4.576
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.380

Budget	Leistungsgruppe 3600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht (E 1) und Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter (E 2): Auswirkungen Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (NStGB).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Geringerer Einzug von widerrechtlich erlangtem Vermögen (-0.3 Mio. Fr.).
- Aufwand: Höhere Forderungsverluste im Zusammenhang mit der Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (NStGB -0.3 Mio. Fr.), höhere externe Mietkosten (-0.1 Mio. Fr.) und Abschreibungen (-0.1 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Erneuerung der im 2008 begonnen Informatikbasisinfrastruktur abgeschlossen.

Indikatoren

- W 3 + W 4 Anzahl pendente Fälle: Anpassung Planwert an Vorjahreswert.
- W 5 + W 6 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 2 Anzahl Rechtsmittelverfahren: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 5 Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Rückläufiger Bussenertrag aus Verstössen gegen Strafgesetzbuch, Strassenverkehrs- und Betäubungsmittelgesetz.
- Aufwand: Personalaufwandentwicklung im Rahmen der Vorgaben (Teuerungsausgleich und Beförderungen etc.), Rückläufige Forderungsverluste und Wertberichtigungen.

Investitionsrechnung

- 2013 Erneuerung der Basis-Informatikinfrastruktur.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Rückgang der Bussenerträge (weniger Bussenbezugsmassnahmen), geringerer Einzug von widerrechtlich erlangtem Vermögen.
- Aufwand: Höhere Abschreibungen und Forderungsverluste im Zusammenhang mit der Einführung/Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (NStGB).

Investitionsrechnung

- Informatiksicherheitsinfrastruktur.

Indikatoren

- W 3 + W 4 Anzahl pendente Fälle: Anpassung Planwerte an Vorjahreswert
- W 5 + W 6 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 2 Anzahl Rechtsmittelverfahren: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.
- L 3 Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise: Anpassung Planwert an Erfahrungswerte der Vorjahre.



6. Fonds

3910 Sportfonds

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	18.1	21.1	-0.3	20.8	-0.3	20.9	-0.2	20.9	18.9	4.5
- Toto/Loto	15.6	16.0		16.0		16.0		16.0	16.0	
- Zinsen	2.5	3.1		2.4		2.2		2.1	2.0	
- Entnahme Bestandeskonto		2.0		2.5		2.7		2.8	0.9	
Aufwand	-18.1	-21.1	0.3	-20.8	0.3	-20.9	0.2	-20.9	-18.9	4.5
- Betriebsbeiträge	-8.0	-17.4		-17.5		-17.5		-17.5	-15.5	
- Einlage in Bestandeskonto	-7.1	0.0		0.0		0.0				
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen			0.3	0.3	-0.3	0.0				0.0
Ausgaben	-0.9	-2.5	2.1	-0.7	-1.2	-2.6	0.6	-1.1	-0.6	-1.4
Nettoinvestitionen	-0.9	-2.5	2.3	-0.4	-1.4	-2.6	0.6	-1.1	-0.6	-1.4
Fondsbestand		79.8	-5.1	72.7	-5.6	70.0	-6.1	67.2	66.3	0.0

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzlerberg)

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 3910	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.451
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.680

Budget	Fonds 3910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Umsetzung des sportpolitischen Konzepts des Kantons Zürich überwiegend aus Swisslos-Geldern (Sportfonds).
- Auftragsverhältnis mit Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS): Antragstellung für die Verwendung der dem Verband zugewiesenen Gelder (Verbandsanteil) und für die Unterstützung bestimmter Sportanlagen von Gemeinden sowie Führung des Sportzentrums Kerenzerberg.

Indikatoren

- Vor allem aufgrund Auftragsverhältnis mit dem ZKS im Bereich Swisslos-Gelder wird auf Indikatoren verzichtet.

Sonstige Bemerkungen

- Verfügbarkeit des Sportfonds: Für das Sportzentrum Kerenzerberg sind insgesamt 15 Mio. Fr. Mindestreserven für Erneuerung und Unterhalt reserviert.
- Fondsbestand R 08 (restated): 77.1 Mio. Fr.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Tieferer Ertrag aufgrund Einmalabschreiber (Praxisänderung bei den Beiträgen) sowie tieferem Zinssatz (-0.7 Mio. Fr.). Dies wird teilweise kompensiert durch eine höhere Entnahme aus dem Bestandeskonto (+0.5 Mio. Fr.); aufgrund des gleichbleibenden Aufwandniveaus.
- Aufwand: Im Sportzentrum Kerenzerberg werden keine Projekte geplant (+ 0.1 Mio. Fr.), Wegfall der ordentlichen Abschreibungen und Zinsen auf Betriebsbeiträgen (Praxisänderung bei den Beiträgen) (+ 0.2 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Einnahmen: Einmaliger Beitrag des Kantons Glarus an die Holzschnitzelheizung des Sportzentrums Kerenzerberg (SZK).
- Ausgaben: Tiefere Ausgaben dank Abschluss des Projekts Holzschnitzelheizung im Sportzentrum Kerenzerberg (SZK) (+2.0 Mio. Fr.).

Fondsbestand

- Der Wegfall der aktivierten Beiträge wird nur teilweise durch die Höherbewertung der Liegenschaften (Sportzentrum Kerenzerberg) nach IPSAS-Kriterien kompensiert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die letzte Beitragstranche für das Stadion Letzigrund im Jahr 2012 (2.0 Mio. Fr.) hat ab 2013 eine Reduktion der Betriebsbeiträge und der Fondsentnahme zur Folge.

Investitionsrechnung

- Projektbedingte, schwankende Belastung für den Erneuerungsunterhalt an den Gebäuden im Sportzentrum Kerenzerberg.

Fondsbestand

- Die Höhe der Beiträge im Rahmen des Kantonalen Sportanlagenkonzepts haben einen rückläufigen Fondsbestand zur Folge. Die vorhandenen Mittel reichen immer noch aus, um sämtliche Verpflichtungen des Sportfonds abzudecken.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Tieferer Ertrag aufgrund Einmalabschreiber (Praxisänderung bei den Beiträgen) sowie tieferem Zinssatz. Dies wird teilweise kompensiert durch eine höhere Entnahme aus dem Bestandeskonto ab 2010 (-0.7 Mio. Fr.).
- Aufwand: Gleichzeitig reduziert sich auch der Zinsaufwand für die aktivierten Liegenschaften ab 2010 (+0.2 Mio. Fr.). Höhere Entschädigung an den Zürcher Kantonalverband für Sport aufgrund einer neuen Leistungsvereinbarung ab 2010 (-0.4 Mio. Fr.) sowie weniger Beiträge ab 2010 (+0.3 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung

- Projektbedingte, schwankende Belastung für den Erneuerungsunterhalt an den Gebäuden im Sportzentrum Kerenzerberg.

Fondsbestand

- Der Wegfall der aktivierten Beiträge wird nur teilweise durch die Höherbewertung der Liegenschaften nach IPSAS-Kriterien kompensiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	4.6	4.3	0.7	5.0	0.7	5.1	0.7	5.1	5.1	11.7
Alkoholfonds:										
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.5	4.2		4.3		4.3		4.3	4.3	
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.1		0.1		0.1		0.1	0.1	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Lotteriespielsuchtfonds:										
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen				0.6		0.6		0.6	0.6	
- Zinsen aus Bestandeskonto				0.0		0.1		0.1	0.1	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-4.6	-4.3	-0.7	-5.0	-0.7	-5.1	-0.7	-5.1	-5.1	11.7
Alkoholfonds:										
- Betriebsbeiträge	-2.1	-2.2		-2.2		-2.2		-2.2	-2.2	
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-1.8	-1.8		-1.8		-1.8		-1.8	-1.8	
- Einlage in Bestandeskonto	-0.7	-0.3		-0.4		-0.4		-0.4	-0.4	
Lotteriespielsuchtfonds:										
- Betriebsbeiträge				-0.4		-0.5		-0.6	-0.6	
- Einlage in Bestandeskonto				-0.2		-0.2		-0.1	-0.1	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand		2.9	2.1	5.2	2.3	5.8	2.5	6.3	6.8	0.0

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktionsziel Nr.
Wirkungen								
W1 Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in Prozent; A1)	P		100	100	100	100	100	
W2 Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in Prozent; A2)	P		100	100	100	100	100	
Leistungen								
L1 Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken; A1)	P		26	26	26	26	26	
Wirtschaftlichkeit								
B1 Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben (A1)	P		66	80	89	98	108	

Fonds 3920	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.650
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 3920
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- In dieser Leistungsgruppe werden ab P 10 neu zwei Fonds separat dargestellt: Zum einen der Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und zum anderen der Lotteriespielsuchtfonds.
- Alkoholfonds: Gemäss Alkoholgesetz erhalten die Kantone 10% des Reinertrages aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden (siehe Art. 45 Alkoholgesetz).
- Lotteriespielsuchtfonds: Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (siehe Art. 18 der interkantonalen Vereinbarung). Das Konzept, das eine kontinuierliche Prävention und Beratung durch anerkannte Fachstellen vorsieht, befindet sich in Ausarbeitung.

Indikatoren

- Alkoholfonds: Die Leistungserfassung und Qualitätsüberprüfung der Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich ist ausgebaut worden. Das Behandlungskonzept enthält Aussagen zu Versorgungsleistungen, Struktur- und Prozessqualität. Dies ermöglicht eine Optimierung der Mittel bei der jährlichen Verteilung.
- Alkoholfonds: Das Kantonale Sozialamt überprüft jährlich, ob die Grundvoraussetzungen gemäss kantonalem Behandlungskonzept durch die einzelnen Alkoholberatungsstellen erfüllt sind. Nichterfüllung in einzelnen Punkten führt zur anteilmässigen Herabsetzung der Leistungen aus dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus.
- Alkoholfonds: Die weiteren aus dem Fonds ausgerichteten Mittel beinhalten pauschalierte Beiträge an ambulante und stationäre Einrichtungen zur Prävention und Behandlung von Suchtproblemen im Alkoholbereich.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ab 2010 wird neben dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus auch der Lotteriespielsuchtfonds ausgewiesen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Fondsbestand

- Fondsbestand: R 08 und B 09 nur Alkoholfonds; ab P 10 Alkohol- und Lotteriespielsuchtfonds
- Alkoholfonds: Der Fondsbestand soll die Ausgaben eines Jahres sicherstellen und damit auch aussergewöhnliche Schwankungen auffangen können.
- Bestand Alkoholfonds (in Mio. Fr.) R 08 (restated): 3.2; B 09: 2,9; P 10: 3.5; P 11: 3.9; P 12: 4.4; P 13: 4.8
- Lotteriespielsuchtfonds: Der Fondsbestand soll die Ausgaben für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht sicherstellen und finanzielle Beiträge an Institutionen ermöglichen.
- Bestand Lotteriespielsuchtfonds (in Mio. Fr.) P 10: 1.7; P 11: 1.9; P 12: 1.9; P 13: 2.0

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ab 2010 wird neben dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus auch der Lotteriespielsuchtfonds ausgewiesen.



7. Projekte

Kantonspolizei

- Projekt-Nr. 3100.001: Ersatz Funknetz (POLYCOM)
- Projekt-Nr. 3100.003: Schaffung einer regionalen "Polizeischule Zürich"
- Projekt-Nr. 3100.004: Schaffung einer Organisationseinheit "Polizeiwissenschaften"

Amt für Militär und Zivilschutz

- Projekt-Nr. 3400.001: Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen (LG 3400 E4)



Projekt-Nr. 3100.001	Ersatz Funknetz (POLYCOM)
Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei	

Kurzumschreibung Projekt
Das im Jahr 2000 in Betrieb genommene Funknetz der Kantonspolizei Zürich muss 2008 ersetzt werden, da der Lieferant die Wartung und die Ersatzteillieferung auf diesen Zeitpunkt einstellt. In Anbetracht der Tatsache, dass auf Bundesebene das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz (POLYCOM)" im Aufbau ist, ist es sinnvoll, die gleiche Technologie zu wählen und das "Teilnetz Zürich" in POLYCOM zu integrieren.
Wirkungsziel:
Sicherstellen der Kommunikation zu den und zwischen den polizeilichen Einsatzkräften und Partnerorganisationen (Sanität, Feuerwehr, REGA, etc.)
Integration in das "Sicherheitsnetz Funk der Schweiz"
Leistungsziel:
Aufbau des Teilnetzes Zürich

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	- 29.1	- 17,3	- 11,1	- 0,7			

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	- 7,5		- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 1,5
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.001	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Projektierung (durch Amt für Militär und Zivilschutz) abgeschlossen / Grundlagen für Realisierung - RRB vorhanden
2006	- Detailprojektierung abgeschlossen, Submissionsgrundlage (Mengengerüst, etc.) vorhanden / Realisierungsentscheid RRB 1682/06 POLYCOM Basis-Infrastruktur: Objektkredit Fr. 33,5 Mio.
2007	- Submission / Vergabe restl. Infrastruktur
2009	- Systemabnahme / Operative Inbetriebnahme
2010	- Gewährleistung abgeschlossen / Projektabschluss

Bemerkungen
Die Gesamtinvestitionen inkl. Kapo-Funkgeräte werden auf 41,2 Mio. Franken, verteilt über die Jahre 2006 bis 2009 veranschlagt. 2009 ist mit einem Bundesbeitrag von ca. 14 Mio. Franken an die Infrastrukturkosten (ca. 50 %) zu rechnen.
Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt beinhalten die für den gesamten Kanton (alle Direktionen) zu erwartenden wiederkehrenden Kosten, unter der Voraussetzung, dass der Unterhalt extern vergeben wird (ab 2009).



Projekt-Nr. 3100.003	Schaffung einer regionalen "Polizeischule Zürich"
Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Vor dem Hintergrund des Bildungspolitischen Gesamtkonzepts der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren der Schweiz soll die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Zürich in enger Zusammenarbeit ihre Polizeischulen zu einer einzigen Polizeischule für Aspirantinnen und -aspiranten zusammenfassen.</p> <p>Wirkungsziel: Sicherstellen einer einheitlichen polizeilichen Grundausbildung für Angehörige von Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien im Kanton Zürich.</p> <p>Leistungsziel: Aufbau der gemeinsamen regionalen "Zürcher Polizeischule".</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.003	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- 21.12.06 Letter of Intent betr. Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich.
2008	- Grundsatzentscheid betr. Schaffung einer regionalen Polizeischule Zürich.
2010	- Ausarbeitung eines Organisations- und Betriebskonzepts

Bemerkungen



Projekt-Nr. 3100.004	Schaffung einer Organisationseinheit "Polizeiwissenschaften"
Sicherheitsdirektion / Kantonspolizei	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Anfang Juli 2008 ist das Projekt "Polizeiwissenschaften Zürich" gestartet worden. Mit diesem Projekt soll eine gemeinsame Trägerschaft für die Kriminaltechnische Abteilung (KTA) der Kantonspolizei Zürich und den Wissenschaftlichen Dienst (WD) der Stadtpolizei Zürich sowie den dem WD angegliederten Wissenschaftlichen Forschungsdienst (WFD) geschaffen werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Das Ziel der Zusammenführung von KTA, WD und WFD liegt in der Nutzung von Synergien und der Schaffung einer zukunftsorientierten Organisationseinheit. Mit der Bildung eines umfassenden forensischen Kompetenzzentrums sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine national führende Stellung behaupten und auch international mithalten zu können.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Im Rahmen von Teilprojekten werden zurzeit das Raum- und Betriebskonzept sowie Varianten für die Trägerschaft erarbeitet.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3100.004	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006/2007	- Definition Grundversorgung Kriminaltechnik (Zusammenarbeit KTA/WD/WFD) unter Berücksichtigung des POG
2007	- Vereinbarung zwischen Kantonspolizei und Stadtpolizei Zürich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminaltechnik und der Polizeiwissenschaft
2009	- Steuerungsausschuss Beschluss: Zusammenführung KTA/WD/WFD
2010	- 1.3.2010: KTA, WD und WFD sind zu einer gemeinsamen Organisationseinheit zusammengeführt. Dabei wird festgehalten, dass bei dieser Zusammenführung die personalrechtliche und administrative Stellung der Mitarbeitenden beibehalten wird.

Bemerkungen



Projekt-Nr. 3400.001	Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen (LG 3400 E4)
Sicherheitsdirektion / Amt für Militär und Zivilschutz	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Neues Übungsdorf (Ersatz der bestehenden Anlage): Brandhäuser, Simulationsanlagen; Anpassung an heutige Anforderungen und Bedürfnisse (Modernisierung).</p> <p>Die neue Anlage bietet Gewähr, die Ausbildungsbedürfnisse des Kantons selber abdecken zu können, was ohne diese Um- und Neubauten im AZA nicht möglich ist, weil in anderen Kantonen entweder die Kapazitäten fehlen und/oder die benötigten Ausbildungsstätten, wie zum Beispiel Brandsimulationsanlagen für die Feuerwehr, die Trümmerpiste für den Zivilschutz oder Strassenzüge und Gebäude für die Polizei, nicht vorhanden sind.</p> <p>Wirkungsziel: Abdeckung der Ausbildungsbedürfnisse von Zivilschutz, Feuerwehr, Kantonspolizei und technischen Betrieben Professionelle und zeitgemässe Ausbildungsanlage mit realitätsnahen Simulationsmöglichkeiten</p> <p>Leistungsziel: Parallelnutzung der Übungsanlagen = Mehrfachbelegungen Schulungsangebot / Trainingsmöglichkeit den Verbundpartnern des Bevölkerungsschutzes anbieten (Feuerwehr, Polizei)</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-8.78		-0.8	-2.98	-3.0	-2.0	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung				-0.26	-0.26	-0.26	-0.26
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 3400.001	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009/2010	- 1. Etappe: Grunderschliessung, Neubau Halle und Rauchgasreinigungsanlage, Brandhausergänzung
2010/2011	- 2. Etappe: Grunderschliessung, Neubau Übungsgebäude
2011/2012	- 3. Etappe: Grunderschliessung, Neubau Brandhaus, Lagergebäude

Bemerkungen
Von den Gesamtkosten trägt die Sicherheitsdirektion (AMZ) rund 40 % und die GVZ die restlichen rund 60 %.



Finanzdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Personal
- 2.3 Aufgaben
 - 2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben
 - 2.3.2 Interne Dienstleistungen
 - 2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung
- 2.4 Umfeldentwicklung

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Amtsstellen der Finanzdirektion
 - 4.4.3 Finanzielle Leistungsgruppen
 - 4.4.4 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Die Arbeit der Finanzdirektion wird vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise durch zunehmend schwierigere Rahmenbedingungen geprägt. Besonders von den Umfeldveränderungen betroffen sind die Leistungsgruppen 4910, Steuererträge, und 4960, Interkantonaler Finanzausgleich. Dennoch wird in der Finanzdirektion mit Projekten wie der Steuergesetzrevision, ZüriPrimo, der Einführung des neuen Personaladministrationssystems (PULS-ZH) sowie des internen Kontrollsystems (IKS) ein Weg in die Zukunft aufgezeigt.

Seit dem letztjährigen KEF sind keine organisatorischen Veränderungen vorgenommen worden. Die Leistungsgruppe 4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen wird angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage beibehalten. Die Projekte ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren, 4100/03) und Programm zur Führungsentwicklung (OptimoFit, 4500/03) konnten abgeschlossen werden. Neu hinzugekommen sind die Projekte Internes Kontrollsystem (IKS, 4100/04) sowie Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (4500/08).

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	5'777	5'901	6'143	-
KEF 2010-2013	5'385	5'079	5'271	5'469
Veränderung	-392	-822	-872	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-16	-14	-11	-
KEF 2010-2013	-16	-10	-35	-9
Veränderung	0	+4	-24	-

Der KEF 2010-2013 wurde zum zweiten Mal nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften gemäss IP-SAS erstellt.

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem KEF Vorjahr hat sich der Saldo der Erfolgsrechnung für das Jahr 2010 um 392 Mio. verschlechtert. Für die Jahre 2011 und 2012 rechnen wir mit weiteren Verschlechterungen (-822 bzw. -872 Mio. Franken). Die wichtigsten Ursachen sind:

- Steuererträge: Sinkende Erträge aufgrund der geplanten Steuergesetzrevision (Wirkung ab 2011) sowie des Einbruchs der Konjunktur in den Jahren 2010 (-214 Mio. Franken), 2011 (-591 Mio. Franken) und 2012 (-602 Mio. Franken). Ab 2012 zeigen die Staatssteuererträge in der aktuellen KEF-Periode voraussichtlich wieder eine steigende Tendenz.
- Direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer: Der kantonale Anteil an der Direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer sinkt im Vergleich zum KEF des Vorjahres im Jahr 2010 um 200 Mio. Franken. Ab 2011 zeigt sich auch hier eine leichte Erholung (2011: -179 Mio. Franken; 2012: -175 Mio. Franken).
- Interkantonaler Finanzausgleich: Im Jahr 2010 zahlt der Kanton Zürich geringfügig weniger an den Ressourcenausgleich als im Vorjahres-KEF vorgesehen (+5 Mio. Franken). Ab 2011 ist aufgrund der Kriterien zum Ressourcenausgleich mit einer bedeutenden Verschlechterung zu rechnen (2011: -19 Mio. Franken; 2012: -55 Mio. Franken).



- Kapital- und Zinsdienst Staat: Höherer Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank (2010: +47 Mio. Franken; 2011: +19 Mio. Franken; 2012: +42 Mio. Franken), tiefere Zinserträge (2010: -19 Mio. Franken; 2011: -10 Mio. Franken; 2012: -10 Mio. Franken), niedrigerer Zinsaufwand mit sich allerdings wieder verschlechternder Tendenz aufgrund steigender Verschuldung und höherem Zinsniveau (2010: +10 Mio. Franken; 2011: -6 Mio. Franken; 2012: -35 Mio. Franken).
- Tiefere kalkulatorische Zinserträge aufgrund geringerer Investitionen in den übrigen Organisationseinheiten (2010: -25 Mio. Franken; 2011: -29 Mio. Franken; 2012: -31 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

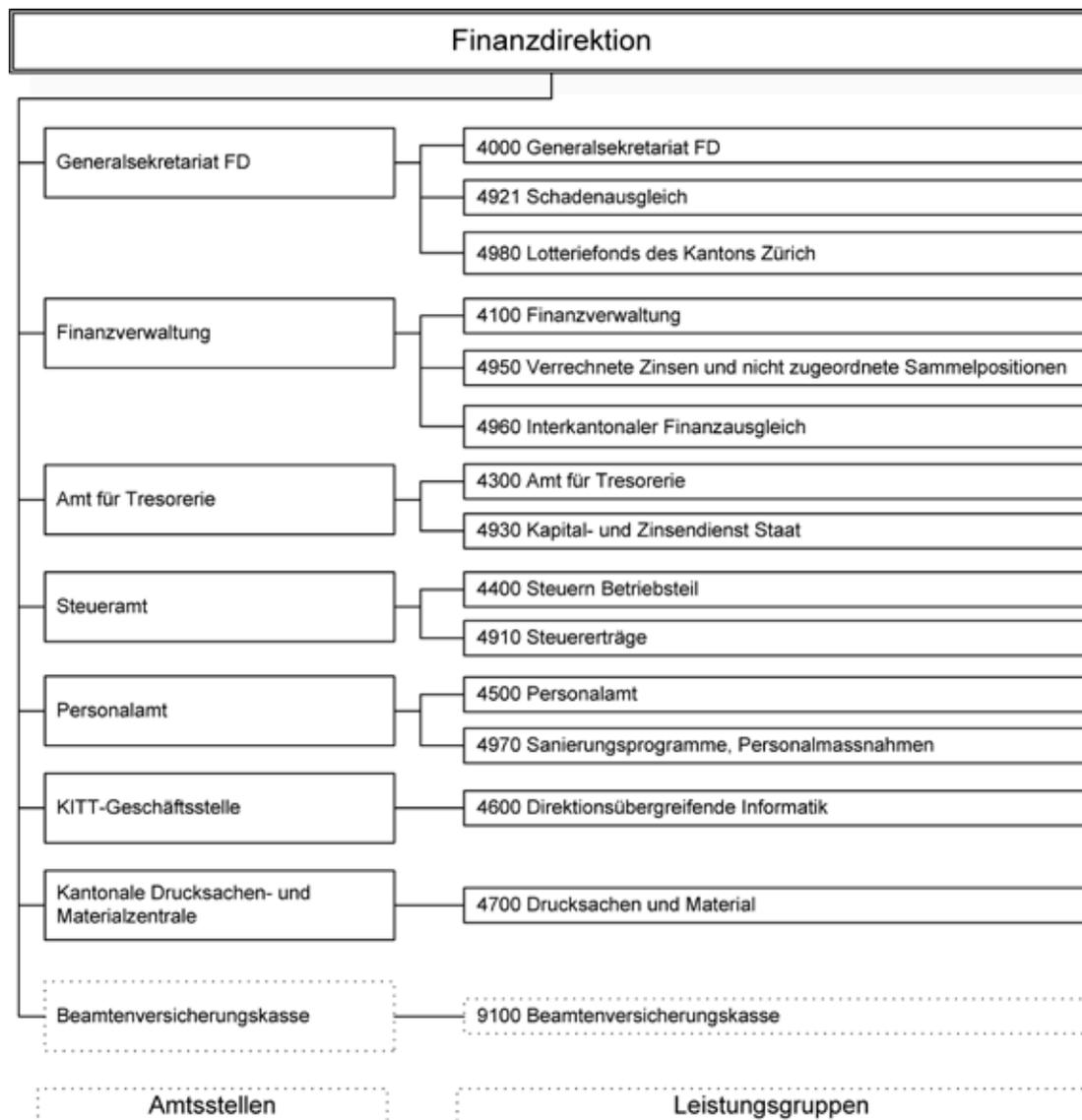
Die Nettoinvestitionen im Jahr 2011 sind leicht geringer und diejenigen im Jahr 2012 höher ausgefallen als im KEF des Vorjahrs. Die wichtigsten Ursachen der Veränderungen sind:

- Beteiligung des Kantons an der Aktienkapitalerhöhung der Messe CH AG (2011: -2 Mio. Franken) sowie Vergabe eines Darlehens an diese Unternehmung (2012: -20 Mio. Franken).
- Optimierungen im Bereich des Rechnungswesens und des Controllings (u.a. für das Interne Kontrollsystem).
- Geringere Investitionen im Projekt ZüriPrimo in den Jahren 2010 und 2011 (+3 Mio. bzw. +4 Mio. Franken. Für das Jahr 2012 sind hingegen höhere Investitionen als im Vorjahres-KEF vorgesehen (-4 Mio. Franken).



2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

2.1 Organigramm



2.2 Personal

In der Finanzdirektion arbeiten per Ende 2008 insgesamt 914 Angestellte, verteilt auf 835 Stellen. Die Grösse der Ämter ist sehr unterschiedlich und variiert vom Steueramt mit ungefähr 746 Angestellten bis zum Amt für Tresorerie mit 4 Angestellten.

Zusätzlich arbeiten in der Beamtenversicherungskasse 40 Angestellte, verteilt auf 33 Stellen.

2.3 Aufgaben

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben subsumieren. Die Dienstleistungen der Finanzdirektion kommen – mit Ausnahmen – nicht direkt, sondern höchstens indirekt der Bevölkerung zu, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben (2.3.1) sowie interne Dienstleistungen (2.3.2) unterteilen. Eigentliche Aufgaben mit Aussenbeziehungen, d.h. mit



einem direkten Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen, bestehen vorwiegend beim Steueramt und bei der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale kdmz (2.3.3).

2.3.1 Planungs- und Steuerungsaufgaben

Diese Aufgaben sind für den Kanton von strategischer Bedeutung. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufgabengruppen:

Finanzen

- Finanzcontrollerdienst für den Regierungsrat, Vorbereitung von finanzpolitischen Entscheiden des Regierungsrates und Unterstützung bei der Zielerreichung

Personal

- Umsetzung der Personalmanagement-Strategie mit den Hauptstossrichtungen Führung, Personalentwicklung und Stärkung der Personalbereiche sowie Personalcontrolling für den Regierungsrat

Informatik

- Umsetzen und Weiterentwickeln der Informatikstrategie, Informatikcontrolleraufgaben

2.3.2 Interne Dienstleistungen

Bei diesen Aufgaben handelt es sich um operative Tätigkeiten. Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Aufgaben:

Finanzen

- Organisation eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- Buchungszentrum und Kompetenzzentrum SAP

Personal

- Lohnadministration
- Personalentwicklung
- Personalcontrolling
- Interne Personaldienstleistungen für FD-Amtsstellen
- Rechtsberatung
- Koordination Case Management
- Berufliche Vorsorge

Vermögensverwaltung

- Bewirtschaftung der Kapitalanlagen der BVK
- Staatliche Mittelaufnahme, -bewirtschaftung und Cash Management

Direktionsübergreifende Informatik

- Betriebskoordination Datennetzwerk (LEUnet)
- Verzeichnisdienst ZHdirectory
- Active Directory Service

Beschaffung

- Beschaffung und Vertrieb von administrativen Sachmitteln und Dienstleistungen
- Versicherungsdienste
- Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen
- Bearbeitung von versicherten Schäden und Staatshaftungsfällen

2.3.3 Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung

Das Steueramt ist - neben der kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) - die einzige Amtsstelle, die intensiven Bürgerkontakt hat. Im Steueramt werden die direkten Steuern von Bund und Kanton (inkl. Erbschafts- und Quellensteuern) veranlagt und bezogen. Insgesamt handelt es sich um über 800'000 Steuerpflichtige mit jährlichen Steuererträgen von über 5 Milliarden Franken. Viele Steuerformulare und Weisungen sind online verfügbar und die Software Private Tax kann heruntergeladen werden.



2.4 Umfeldentwicklung

Die Arbeit der Finanzdirektion wird insbesondere geprägt durch

- die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise (u.a. sinkende Steuererträge)
- den verstärkten Standortwettbewerb (zwischen den Kantonen und mit dem Ausland) und den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit im Steuerbereich
- die gestiegenen Risiken in der Steuerertragsprognose infolge der Finanzmarktkrise
- höhere Ansprüche an die Informationen der Controllerdienste
- den Einsatz neuer Technologien, insbesondere der Informatik (z.B. E-Government)
- höhere Leistungsanforderungen an das Personal
- die Auslagerung von Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft gehören



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Ziele 1 bis 5 gehen direkt aus den Legislaturzielen des Regierungsrates hervor.

Die Ziele 6 bis 9 sind Legislaturziele der Finanzdirektion.

Ziel 1. Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen (LZ RR 2)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Die Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR 2.1).

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4100 Finanzverwaltung

Ziel 2. Das Standortmarketing verstärken (LZ RR 3)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil, E2 Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit

Ziel 3. Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken (LZ RR 4)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil, E3 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen

Ziel 4. Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (LZ RR 6)

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2); Projekt Teilrevision Lohnsystem
- Personalmanagementstrategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen (LZ RR 6.3)
- Die Informatik der kantonalen Verwaltung gemäss der neu erarbeiteten Informatikstrategie ausrichten und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung schaffen (LZ RR 6.4)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4500 Personalamt, E1 Projekt Teilrevision Lohnsystem
- 4500 Personalamt, E2 Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011
- 4600 Direktionsübergreifende Informatik, E1 Umsetzung der im Dezember 2008 festgelegten Informatikstrategie

**Ziel 5. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (LR RR 12)***Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Fehlanreize im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2)
- Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3)
- Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4)
- Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5)
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil, E4 Fehlanreize im Steuersystem beseitigen
- 4400 Steuern Betriebsteil, E5 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen
- 4500 Personalamt, E6 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren
- 4500 Personalamt, E7 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern
- 4500 Personalamt, E8 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen

Ziel 6. Zentrales Steuerregister bereitstellen, Informationsqualität gegen aussen und innen verbessern.*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo, vgl. Projekt Nr. 4400/01.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4400 Steuern Betriebsteil, E1 Umsetzung des Informatikprojektes ZüriPrimo, Teil Steuerregister

Ziel 7. Das kantonale Beschaffungswesen optimieren.*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Lieferantenmanagement aufbauen.
- Verschiedene Pilotprojekte aufbauen und realisieren.
- Beschaffungsprozesse verbessern und ein Prototyp einer Portal-Lösung erstellen.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4700 Drucksachen und Material, E1 Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens

Ziel 8. Die dezentrale Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln überprüfen.*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Beschluss der neuen Informatikstrategie durch den Regierungsrat erfolgt.
- Umsetzung der Informatikstrategie durch das KITT und die Direktionen.
- Zentrale Finanzierung des Internetzugriffs unter Vorbehalt des Beschlusses durch den Regierungsrat.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 4000 Generalsekretariat FD



Ziel 9. Die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bis 1. Januar 2011 verselbständigen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation wird sich die Verselbständigung der BVK voraussichtlich verzögern.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 9100 Beamtenversicherungskasse



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
ZüriPrimo, 12 Realisierungseinheiten *	-60.6	2004	2004 ff.	2004-2015
PULS-ZH (ehemals PALAS II) **	-10.1	2007	2008	2009-2011

* Vgl. Projekt 4400/01.

** Vgl. Projekt 4500/07.

Im Vergleich zum KEF Vorjahr ist die gesamte Investitionssumme für das Programm ZüriPrimo nochmals bedeutend niedriger (60.6 Mio. statt 74.0 Mio.). Der Grund ist, dass auf dem Hintergrund der Rechnungslegung nach IPSAS nochmals eine Neu beurteilung der Unterteilung zwischen Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung vorgenommen wurde. Im Projekt PULS-ZH wird im Vergleich zum KEF Vorjahr auf dem Hintergrund der IPSAS-Rechnungslegung ein geringerer Anteil der Ausgaben aktiviert (10.1 Mio. Franken statt 11.8 Mio. Franken).

4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Total Nettoinvestitionen	-6.5	-3.2	-3.1	-4.6	-22.6	-3.0

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

In der Leistungsgruppe Nr. 4910, Steuererträge, sind die Folgen geplanter Steuergesetzrevisionen eingestellt. Für die Staatssteuererträge der natürlichen und der juristischen Personen führen die Revisionen zu folgenden Steuerausfällen (Mindererträge):

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Natürliche Personen		-361	-380	-398
Juristische Personen		-38	-39	-41
Total Steuerausfälle		-399	-419	-439

Mit Weisung an den Kantonsrat stellt der Regierungsrat den Antrag, auf die Einführung der Gewinnsteueranrechnung an die Kapitalsteuer zu verzichten. Dadurch würden die obgenannten Steuerausfälle von 38 - 41 Mio. Franken bei den juristischen Personen entfallen.



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	6'974.6	7'241.8	6'696.8	6'482.6	6'757.7	6'991.8
Aufwand	-1'226.5	-1'193.2	-1312.2	-1'404.0	-1'486.2	-1'523.0
Saldo	-5'748.1	6'048.6	5'384.6	5'078.6	5'271.4	5'468.8
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-11.6	-49.9	-15.5	-10.0	-34.9	-9.0
Nettoinvestitionen	-11.5	-49.9	-15.5	-10.0	-34.9	-9.0

4.4.2 Amtsstellen der Finanzdirektion

Die Finanzdirektion wird betragsmässig durch die finanziellen Leistungsgruppen 4910 bis 4970 dominiert. Die Ziffern 4.4.2 und 4.4.3 zeigen die finanzielle Entwicklung der Amtsstellen der Finanzdirektion (Leistungsgruppen 4000-4700) einerseits und jene der finanziellen Leistungsgruppen andererseits.

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)*	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	64.9	59.0	60.4	61.1	62.0	62.8
Aufwand	-226.7	-245.2	-246.5	-252.8	-252.6	-257.4
Saldo	-161.9	-186.2	-186.1	-191.6	-190.6	-194.6
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-6.1	-16.0	-15.5	-8.0	-14.9	-9.0
Saldo	-6.1	-16.0	-15.5	-8.0	-14.9	-9.0

* Rechnung 2008 nach Restatement

In der Erfolgsrechnung der Amtsstellen steigt der Saldo 2010 um rund 7 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2009. In den weiteren Planjahren steigt der Saldo auf rund 200 Mio. Franken an.

Die Nettoinvestitionen der Amtsstellen bewegen sich zwischen 9 und 16 Mio. Franken pro Jahr.

**4.4.3 Finanzielle Leistungsgruppen**

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)*	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
4910 Steuern (Nettoerträge)	5'551	5'903	5'351	5'136	5'384	5'640
Staatssteuern	4'482	4'817	4'506	4'255	4'468	4'694
- Lauf. Periode NP**	3'126	3'302	3'196	2944	3089	3244
- Lauf. Periode JP**	747	888	714	752	790	827
- Nachträge NP **	512	465	492	454	476	500
- Nachträge JP **	165	209	156	164	172	181
- Übrige Erträge	51	68	64	64	65	66
- Aufwand	-119	-115	-116	-123	-124	-124
Direkte Bundessteuern	577	650	472	503	516	528
Erbschafts-/Schenkung	191	185	169	159	169	179
Quellensteuern	188	180	143	155	164	169
Verrechnungssteuern	113	71	61	64	67	70
4921 Schadenausgleich	0	-2	-2	-2	-2	-2
4930 Kapital-/Zinsendienst	490	450	468	409	378	302
4950 Verrechnete Zinsen ...	306	409	302	325	348	369
4960 Finanzausgleich	-435	-525	-547	-598	-646	-645
4970 Personalmassnahmen	-2	0	0	0	0	0
Saldo finanzielle Grössen	5'910	6'235	5'571	5'270	5'462	5'663

* Rechnung 2008 nach Restatement

** NP = natürliche Personen, JP = juristische Personen

4.4.4 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der gesamten Finanzdirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent.



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	-545.1	-509.7	-7.5%	-7.0%
Aufwand	-119.0	-238.2	-10.0%	-20.0%
Saldo	-664.1	-747.8	-11.0%	-12.4%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	0.0	0.0	0.0%	0.0 %
Ausgaben	+34.4	+32.5	+68.9%	+65.2%
Nettoinvestitionen	+34.4	+32.5	+68.9%	+65.2%

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Der Ertrag sinkt um -545 Mio. Franken oder -7.5%. Ursachen:

-365	Steuererträge
-188	Direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer
-47	Geringere Zinserträge aufgrund auslaufender Swap-Geschäfte und tieferer Geldmarktzinsen
-9	Geringere kalkulatorische Zinserträge aufgrund sinkender Investitionen in den übrigen Verwaltungseinheiten
+25	Höhere Dividenden der ZKB
+25	Entnahme aus dem Lotteriefonds
+4	Zentral in der Leistungsgruppe 4950 eingestellte Intercompany-Abstimmungskorrektur
+10	Übrige Ertragssteigerungen

Der Aufwand steigt um 119 Mio. Franken oder 10%. Ursachen:

-21	Interkantonaler Finanzausgleich (Ressourcenausgleich)
-99	Die vom Kantonsrat im Budget 2009 beschlossene Saldoverbesserung wurde 2009 zentral in der Leistungsgruppe 4950, Zinsen und übrige Sammelpositionen, eingestellt
-25	Höhere Beiträge aus dem Lotteriefonds
+31	Auslaufende Swapgeschäfte und tiefere Zinszahlungen aufgrund des tieferen Zinsniveaus sowie der Abnahme des Fremdkapitals
-5	Übrige Aufwandsteigerungen

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen sinken 2010 um 34.4 Mio. Franken oder 68.9%. Ursachen:

+20	Das Darlehen an die Messe Schweiz AG wird nicht 2010 gewährt, sondern erst 2012
+14	Im Jahr 2010 fallen keine Investitionen in die Beteiligung an der Messe Schweiz AG (Übertragung von Aktien aus dem Finanz- ins Verwaltungsvermögen) mehr an
+3	Tiefere Investitionsausgaben aufgrund einer Neupriorisierung im Projekt ZüriPrimo
-2.6	Übrige Nettoinvestitionen

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Ertrag durchschnittlich um 510 Mio. oder 7% unter dem Niveau des Budgets 2009. Ursachen:

-371	Steuererträge
-151	Direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer
-47	Sinkende Zinserträge aus Finanzanlagen
-3	Sinkende Swisslos-Erträge führen zu sinkenden Einnahmen im Lotteriefonds



+14	Höhere durchschnittlich geplante Erträge aus ZKB-Beteiligung
+16	Steigende kalkulatorische Zinserträge durch vermehrte Investitionen der Verwaltungseinheiten in den Planjahren
+20	Entnahmen aus dem Lotteriefonds
+4	Zentral in der Leistungsgruppe 4950 eingestellte Intercompany-Abstimmungskorrektur
+8	Übrige Ertragsverbesserungen

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Aufwand durchschnittlich um 238 Mio. oder 20% über dem Niveau des Budgets 2009. Ursachen:

-84	Interkantonaler Finanzausgleich (Ressourcenausgleich)
-99	Die vom Kantonsrat im Budget 2009 beschlossene Saldoverbesserung wurde 2009 zentral in der Leistungsgruppe 4950, Zinsen und übrige Sammelpositionen, eingestellt
-33	Steigender Zinsaufwand aufgrund des steigenden Zinsniveaus und der ansteigenden Verschuldung
-15	Höhere Beiträge aus dem Lotteriefonds
-7	Übriger Mehraufwand

Investitionsrechnung

In den Jahren 2010 bis 2013 investiert die Finanzdirektion durchschnittlich 33 Mio. oder 65.2% weniger als im Jahr 2009.



5. Leistungsgruppen

- 4000 Generalsekretariat FD**
- 4100 Finanzverwaltung**
- 4300 Amt für Tresorerie**
- 4400 Steuern Betriebsteil**
- 4500 Personalamt**
- 4600 Direktionsübergreifende Informatik**
- 4700 Drucksachen und Material**
- 4910 Steuererträge**
- 4921 Schadenausgleich**
- 4930 Kapital- und Zinsdienst Staat**
- 4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen**
- 4960 Interkantonaler Finanzausgleich**
- 4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	5.6	1.0	0.0	1.0	0.1	1.1	0.1	1.1	1.1	-80.8
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.4	0.4		0.4		0.4		0.4	0.4	
- Regalien	0.5	0.3		0.3		0.3		0.3	0.3	
- Ertrag aus Erbanfällen	4.6	0.2		0.2		0.3		0.3	0.3	
Aufwand	-4.3	-2.9	-0.2	-3.0	-0.3	-3.1	-0.3	-3.1	-3.2	-25.3
Saldo	1.3	-2.0	-0.2	-2.0	-0.2	-2.0	-0.2	-2.0	-2.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	10.5	10.4	1.2	11.6	2.2	12.6	2.2	12.6	12.6	

Aufgaben

- A1 Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
- A2 Div. eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
- A3 Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
- A4 Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds.

Entwicklungsschwerpunkte

E1	bis							Direktionsziel Nr.
								0

Indikatoren

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen						
W1 Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	10%	10%	10%
W2 Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0%	1%	1%	1%	1%

Leistungen

L1 Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	4798	5100	5600	5100	5100	5100
L2 Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	161	180	170	170	170	170
L3 Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1894	1900	1900	1900	1900	1900
L4 Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	8	11	10	10	10	10
L5 Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	13	10	10	10	10	10
L6 Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	17	17	16	16	16	16
L7 Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	75	45	60	60	60	60
L8 Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	163	150	155	155	155	155
L9 Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	22	25	23	23	23	23
L10 Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	412	400	415	410	400	400

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	15	29	25	25	25	25
B2 Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	7	9	9	9	9	9
B3 Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0.43%	1.0%	0.8%	0.8%	0.8%	0.8%

Leistungsgruppe 4000	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.951
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.
- Bei der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro (nicht) versicherten Haftpflichtfall werden für Prozesse aufgewendete Stunden nicht mitgezählt.
- Unter "Aufwand für Versicherungen" wird der Beschaffungs-, Vollzugs- und Informationsaufwand für Versicherungen (verrechnete Personalkosten sowie Anteil Strukturkosten) verstanden. Dies entspricht etwa dem, was Broker durch die Courtage decken müssen.

Sonstige Bemerkungen

- Die Versicherungsprämien (Dienstfahrtenkasko und Sachversicherungen) werden seit 2009 in der neuen Leistungsgruppe Nr. 4921, Schadenausgleich, geplant.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Anstellung eines Kommunikationsbeauftragten FD im Jahre 2010. Damit wird der Stellenplan des Generalsekretariats (11,60 Stellen) vollumfänglich ausgeschöpft.

Indikatoren

- Die Indikatorenwerte für das Jahr 2010 und folgende Jahre wurden auf Grund der Erkenntnisse der Rechnung 2008 teilweise aktualisiert. Die Werte für das Jahr 2009 basieren auf älteren Schätzungen.
- L10: Veränderung eingegangener Gesuche Lotteriefonds, vgl. Lotteriefonds des Kantons Zürich (Leistungsgruppe Nr. 4980).
- B1: Die durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall schwankt erfahrungsgemäss zwischen zirka 20 und 30 Stunden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Durch die geplante personelle Verstärkung des Generalsekretariates erhöht sich der Aufwand per 2010 um 0,2 Mio. bzw. im 2011 auf insgesamt 0,3 Mio. gegenüber dem KEF des Vorjahr.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Aufgrund der Arbeitsbelastung ist geplant, per 2011 eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (100%) anzustellen.
- Deshalb erhöht sich der Beschäftigungsumfang in den Planjahren 2010/2011 um je eine Stelle auf insgesamt 12.6 Stellen im 2011.

Indikatoren

- Der Indikator L1 wurde im Planjahr 2011 infolge des Präsidialjahrs der Finanzdirektorin um 500 Stunden erhöht.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Siehe oben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	2.4	1.7	0.5	2.2	0.5	2.2	0.5	2.2	2.2	-9.3
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen	2.1	1.7		2.1		2.1		2.1	2.1	
Aufwand	-9.5	-9.9	-0.6	-10.4	-0.5	-10.4	-0.5	-10.7	-10.7	12.9
- Personalaufwand	-5.3	-6.1		-6.7		-6.7		-6.9	-7.0	
- Abschreibungen und Zinsen	-0.7	-0.3		-0.3		-0.4		-0.5	-0.5	
Saldo	-7.1	-8.2	-0.1	-8.2	-0.0	-8.2	-0.0	-8.6	-8.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-1.0	-0.5	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.5
Nettoinvestitionen	-1.0	-0.5	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	35.0	39.9	3.9	43.8	3.9	43.8	3.9	43.8	43.8	

Aufgaben

- A1 Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreuung eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung.
- A2 Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat, Erstellung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses.
- A3 Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS, vgl. A3 und Projekt 4100/02)	2010	0
E2 Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens (vgl. A3)	2012	0
E3 Entwicklung von Finanz- und Rechnungswesen-Anwendungen im SAP (bis 2012) und im Bereich E-Government	2013	0
E4 Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR2.1)	2011	1
E5 Entwicklung und Umsetzung der Grundsätze für ein internes Kontrollsystem für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling	2011	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Fr., vgl. A2)	P	1'562	1'414	486	-135	-1'140	-3'763
W2 Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Fr., vgl. A2)	P	3.9	4.1	5.1	6.7	8.4	9.8
W3 Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre, vgl. A2)	P	135%	117%	95%	78%	59%	20%

Leistungen

L1 Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	955'000	880'000	950'000	950'000	950'000	950'000
L2 Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	1'085	1'060	1'250	2'200	2'300	2'400
L3 Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	1'758	1'590	2'100	2'600	2'760	2'880
L4 Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, Haushalts- und Finanzpolitik, vgl. A2)	P	3'220	5'780	5'690	5'750	5'800	5'800
L5 Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte / Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	841	1'420	1'890	1'900	1'900	1'900
L6 Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über 50'000 Fr. / einfache unter 50'000 Fr. (vgl. A2)	P	0/5	0/10	0/10	0/10	0/10	0/10
L7 Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	725	800	800	800	800	800
L8 Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Fr., vgl. A3)	P	2	1	1	0	0	0
L9 Anzahl Projekte (zwischen 100'000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	5	4	4	4	4	4

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 4100 Budgetentwurf 2010**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.203
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.350

Budget Leistungsgruppe 4100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1, W3: Ab 2009 fliessen die IPSAS-Werte in die Berechnungen ein.
- W2: Die Werte ab 2008 wurden auf der Grundlage des Berichts zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2008 (IPSAS) hochgerechnet.
- L6, L8, L9: Zur Kategorisierung wurde der interne Aufwand mitberücksichtigt.
- L8: Beim Grossprojekt im Jahr 2009/10 handelt es sich um die Einführung der neuen Rechnungslegung (IPSAS, vgl. Projekt 4100/02).

Sonstige Bemerkungen

- Der Personalaufwand für die 2 zusätzlichen Stellen für PULS-ZH, die ins Personalamt weiterverrechnet werden, fallen in allen Planjahren an. Ebenso werden die zusätzlichen Personalaufwendungen im Buchungszentrum in allen Planjahren durch entsprechende Weiterverrechnungen an die betroffenen Organisationseinheiten kompensiert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.5 Die Zunahme des Personalaufwands ist neben der Lohnentwicklung auch auf die Beschäftigungszunahme um rund vier Stellen im Buchungszentrum und im CCC SAP (vgl. auch Personal unten) zurückzuführen. Die zusätzlichen Stellen werden intern weiterverrechnet.
- 0.3 Das CCC SAP trägt zusätzliche Wartungskosten für verschiedene Tools, die auch von anderen Einheiten genutzt werden. So fallen u.a. zusätzliche Kosten für das neue SAP-Berechtigungstool an.
- 0.1 Diverse kleinere Kostensteigerungen, u.a. höhere Abschreibungen und Zinsen für die Teilaktivierung des Projektes Interne Konsolidierung und Planung (IKP).
- +0.5 Höhere interne Verrechnungen aufgrund der Übernahme von zusätzlichen Belegverarbeitungen im Buchungszentrum sowie des Supports im CCC SAP (vgl. oben Support PULS-ZH).
- +0.2 Die Honorarkosten sinken im Jahr 2010 aufgrund des Abschlusses verschiedener Projekte im Jahr 2009 (u.a. Projekt ZERZE).
- +0.1 Geringere Mietkosten-Verrechnungen seitens des Immobilienamtes.

Investitionsrechnung

- Für 2010 sind Ausgaben für SAP-Weiterentwicklungen, für Informatiklösungen zur Weiterentwicklung des Controllings sowie zum Aufbau des Internen Kontrollsystems (IKS) vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem Budget 2009 erhöht sich der Beschäftigungsumfang um rund vier Stellen (Verschiebung von zwei Stellen aus der Baudirektion ins Buchungszentrum; zwei Stellen für den Support PULS-ZH).

Indikatoren

- L2 und L3: Durch die Einführung von SAP in weiteren Organisationseinheiten sowie durch die Einführung des SAP-Personaladministrationssystems (im Rahmen des Projektes PULS-ZH) steigt die Zahl der Benutzer und der Support-Tickets.
- L4: Die für das Jahr 2009 im Bereich des Investitionscontrollings budgetierten Arbeitsstunden wurden nicht eingesetzt. Das konjunkturelle Umfeld und die Lage des Kantonshaushalts erfordern allerdings mehr Ressourcen für die finanzpolitische Planung im Vergleich zur Rechnung 2008.
- L5: Zusätzliche Arbeitsstunden für die Erarbeitung der konsolidierten Rechnung ab 2009.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im CCC SAP fallen vermehrt Wartungskosten für SAP-Module an, die der gesamten Verwaltung zugute kommen.
- Die bereits im Budgetjahr 2010 tieferen Honoraraufwendungen verharren in den übrigen Planjahren auf tiefem Niveau.
- Die Abschreibungen und Zinsaufwendungen verbleiben, nachdem die Investitionen in die SAP-Einführung (ZERA) vollständig abgeschlossen sind, in den Jahren 2011-2013 auf tieferem Niveau.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen 2011-2013 dienen dem Aufbau des Internen Kontrollsystems (IKS).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Zusätzliche Personalkosten im Buchungszentrum (2 Stellen zur Unterstützung des Projektes PULS-ZH) und im Buchungszentrum (2 Stellen der Baudirektion) werden durch interne Weiterverrechnungen kompensiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag										-100.0
Aufwand	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.8	5.9
Saldo	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	0.0	-0.8	-0.8	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.9	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	0.0	4.0	4.0	

Aufgaben

- A1 Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
- A2 Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen der Legate und Stiftungen
- A3 Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
- A4 Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
W1 Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	max.	5	0	0	0	0	0	0
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	P	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA
Leistungen								
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	max.	4172	3'000	4000	4000	4000	4000	4000
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung Sondervermögen (vgl. A2)	max.	428	600	500	500	500	500	500
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	max.	987	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	1200
L4 Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR (vgl. A4)	max.	299	0	400	400	400	400	400
Wirtschaftlichkeit								
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3.40	3.10	2.91	2.96	3.09	3.23	3.23
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0.10	0.12	0.10	0.10	0.10	0.10	0.10

Leistungsgruppe 4300	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.804
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 4300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Die Wirkungsindikatoren erlauben einerseits eine Aussage über die Aufrechterhaltung der steten Zahlungsbereitschaft und andererseits über die Kreditwürdigkeit des Kantons.
- Die Leistungsindikatoren zeigen die Anzahl Arbeitsstunden der vier Hauptaufgaben.
- Die Wirtschaftlichkeitsindikatoren zeigen einerseits die durchschnittlichen Zinskosten des mittel- bis langfristigen Fremdkapitals und andererseits die Verwaltungskosten für die Bewirtschaftung der Vermögenswerte der Legate und Stiftungen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Indikatoren

- L1: Im Budget 2009 wurde ein zu tiefer Stundenaufwand geplant, der sich bei rund 4'000 Arbeitsstunden einpendeln dürfte.
- L2: Die Arbeitsstunden für die Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen verringern sich durch Effizienzsteigerungen auf voraussichtlich rund 500 Stunden.
- B1: Der Indikatorwert geht infolge tieferer Geld- und Kapitalmarktzinsen bei den geplanten Neuaufnahmen zurück.
- B2: Der Indikatorwert sinkt aufgrund eines geringeren Arbeitsaufwandes für die Bewirtschaftung der Sondervermögen (siehe L2).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Indikatoren

- B1: Der Indikatorwert steigt ab 2011 infolge eines erwarteten Anstiegs der Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie der Zunahme des Fremdkapitals an.
- B2: Der Indikatorwert ist in der Planperiode infolge eines erwarteten unveränderten Bestandes des Legats- und Stiftungsvolumens gleichbleibend.
- L4: Neuer Leistungsindikator. Der Stundenaufwand wird auf rund 400 Arbeitsstunden pro Jahr geschätzt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	4.5	5.9	-0.4	5.5	-0.6	5.7	-0.6	5.7	5.7	28.5
Aufwand	-139.2	-153.2	5.2	-154.3	2.4	-160.9	4.5	-160.5	-164.4	18.1
- Personalaufwand	-91.9	-94.1		-94.7		-96.3		-98.0	-99.4	
- Abschreibungen und Zinsen	-6.4	-4.6		-7.9		-7.3		-7.0	-8.9	
- Betrieb Informatik	-10.2	-13.9		-13.2		-13.2		-13.6	-13.4	
Saldo	-134.7	-147.3	4.8	-148.8	1.8	-155.2	4.0	-154.9	-158.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-5.2	-10.3	3.2	-7.7	4.6	-6.7	-4.2	-14.1	-8.3	-8.7
Nettoinvestitionen	-5.2	-10.3	3.2	-7.7	4.6	-6.7	-4.2	-14.1	-8.3	-8.7
Personal (Beschäftigungsumfang)	687.2	667.0	40.0	707.0	40.0	707.0	40.0	707.0	707.0	

Aufgaben

- A1 Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
- A2 Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
- A3 Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (vgl. Projekt 4400/01)	2015	6
E2 Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit	2010	2
E3 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1)	2010	3
E4 Fehlanreize im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2)	2010	5
E5 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3)	2010	5

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramtes	max.	6%	5%	5%	5%	5%	5%
W2 Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	62%	75%	80%	85%	90%	95%

Leistungen

L1 Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	811'483	816'000	831'000	841'000	851'000	861'000
L2 Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	56'453	57'000	60'000	62'000	64'000	66'000
L3 Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	1'033'455	1'018'000	1'030'000	1'040'000	1'050'000	1'060'000
L4 - davon eingeschätzt durch Kanton	P	361'874	380'000	345'000	350'000	355'000	360'000
L5 - davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	468'095	470'000	475'000	480'000	487'000	493'000
L6 - davon pendent Ende Jahr	P	203'486	168'000	210'000	210'000	208'000	207'000
L7 Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	P	60%	58%	60%	60%	60%	60%
L8 - 2 Jahre nach Steuerperiode	P	97%	97%	97%	97%	97%	97%
L9 - 3 Jahre nach Steuerperiode	P	99%	98%	99%	99%	99%	99%
L10 Anzahl Quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	99'619	96'000	95'000	97'000	99'000	101'000
L11 Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1'298	1'300	1'300	1'250	1'200	1'150
L12 Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	528	500	500	500	500	500

Wirtschaftlichkeit

B1 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	240	250	265	270	275	275
B2 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	366	380	380	385	390	395

Leistungsgruppe 4400 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-148.770
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-7.691

Budget	Leistungsgruppe 4400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.6 Erhöhung des Personalaufwands (neuer Stellenplan, Teuerungsausgleich, individuelle Lohnerhöhungen / Beförderungen).
- 3.3 Die Inbetriebnahme diverser grösserer Informatikprojekte (ZüriPrimo) führt einerseits zu höheren Abschreibungen und andererseits zu tieferen Zinsen (IPSAS).
- 0.9 Mehraufwand für Mietzinsen (Anteil Sanierung Klima- und Lüftungsanlage)
- + 0.7 Betrieb Informatik: Kürzungen zufolge Sparmassnahmen
- + 4.5 Einsparungen gemäss Vorgaben des Regierungsrates, davon
 - + 0.5 Mio Personalaufwand (Verzögerung der Neubesetzung vakanter Stellen)
 - + 3.7 Mio Informatikaufwand (Verzögerung der Realisierungseinheiten ZüriPrimo)
- 0.4 Minderertrag infolge Gratisabgabe CD-ROM und tieferem Ertrag für Informatikdienstleistungen.

Investitionsrechnung

- + 2.6 Bedingt durch die Neupriorisierung des Gesamtprogramms ZüriPrimo ergeben sich tiefere Investitionskosten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Als Folge des neuen Stellenplans und sinkender Fluktuationsrate steigt der Beschäftigungsumfang auf 707 Personen. Die Stellenplanänderung wurde am 31. März 2009 vom Regierungsrat beschlossen.

Indikatoren

- L2: Zunahme infolge Neugründungen.
- L4 und L6: Angepasster Wert aufgrund R 08.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand steigt von 94.7 Mio. Franken im Jahr 2010 auf 99.4 Mio. Franken im Jahr 2013 (vgl. Begründung Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr).

Investitionsrechnung

- Die Investitionen für Informatikprojekte, insbesondere ZüriPrimo, steigen von 7.7 Mio. Franken im Jahr 2010 auf den höchsten Stand von 14.1 Mio. Franken im Jahr 2012 an. Im Jahr 2013 sinken die Investitionen auf 8.3 Mio. Franken.

Indikatoren

- W2: Der Fortschritt im Informatikprojekt ZüriPrimo führt zu einem Anstieg der Anzahl Steuerpflichtiger am zentralen Register.
- L4 und L5: Anstieg der durch Kanton und Gemeinden einzuschätzenden Steuerpflichtigen. Bei den natürlichen Personen werden die selbständig erwerbenden Steuerpflichtigen und die wirtschaftlich komplexen Fälle weiterhin durch den Kanton eingeschätzt.
- L6: Die Entwicklung wird einerseits von externen Faktoren beeinflusst (vgl. L1 und L2) und andererseits durch die Anzahl der Einschätzungen (vgl. L4 und L5). Dies führt zu einem schrittweisen Abbau der Pendenzen.
- L10: Aufgrund der Finanzmarktkrise wird eine Abnahme der Zahl der quellensteuerpflichtigen Personen im 2010 angenommen; infolge prognostizierter Erholung wird eine Zunahme der Zahl ab 2011 erwartet.
- L11: Die Anzahl der erbschaftsteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück.
- B1 und B2: Die Weiterentwicklung und Ausbreitung der Software führt zu höheren Fallkosten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Personalaufwand steigt infolge der Vorgaben der Personalentwicklung und des neuen Stellenplanes an.

Investitionsrechnung

- Bedingt durch die Neupriorisierung des Gesamtprogramms ZüriPrimo ergeben sich - mit Ausnahme von 2012 - tiefere Investitionskosten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres erhöht sich der Beschäftigungsumfang auf 707 Personen (neuer Stellenplan und weniger vakante Stellen wegen sinkender Fluktuationsrate). Zudem erhöht sich der Beschäftigungsumfang wegen der Zunahme der Anzahl quellensteuerpflichtiger Personen. Der Budgetwert für 2009 von 667.0 Stellen basiert auf Annahmen aus den Vorjahren. Die realistische Richtgrösse für den Vergleich ist R 08 mit 687.2 Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	2.3	3.1	0.2	3.3	0.1	3.2	0.1	3.2	3.2	42.0
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.3	2.3		2.2		2.2		2.2	2.2	
Aufwand	-17.8	-24.5	1.3	-23.3	3.9	-22.2	5.1	-21.2	-21.3	19.4
- Personalaufwand (inkl. Lernende)	-8.0	-8.5		-8.8		-9.0		-9.1	-9.3	
- Betrieb Informatik	-5.7	-5.1		-5.3		-1.5		-1.5	-1.5	
- Case Management		-6.7		-3.7		-3.7		-3.7	-3.7	
Saldo	-15.6	-21.4	1.5	-20.0	3.9	-19.0	5.2	-18.0	-18.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-5.0	-2.3	-7.1	1.5	-0.5				-2.1
Nettoinvestitionen		-5.0	-2.3	-7.1	1.5	-0.5				-2.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	39.3	38.9	1.8	40.7	1.8	40.7	1.8	40.7	40.7	

Aufgaben

- A1 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung, Stärkung der Personalbereiche und Marktpositionierung. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling.
- A2 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung.
- A3 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management.
- A4 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems.
- A5 Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Projekt Teilrevision Lohnsystem, Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2; vgl. A4 und Projekt 4500/02)	2010	4
E2 Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (LZ RR 6.3; vgl. A1)	2011	4
E3 Einführung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (vgl. A2 und Projekt 4500/08)	2011	0
E4 Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung (vgl. Projekt 4500/06)	2010	0
E5 Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH06 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970)	2010	0
E6 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4)	2010	5
E7 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5)	2011	5
E8 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6)	2011	5
E9 Einführung des neuen Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PULS-ZH (Projekt 4500/07)	2011	0

Indikatoren

Wirkungen

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. "gut" (vgl. A1-4)	min.	-	80%				
W2 Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	87%	85%	85%	85%	85%	85%
W3 Kursbeurteilung Personalschulung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	93%	90%	90%	90%	90%	90%
W4 Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. "gut" (vgl. A2)	min.	90%	90%	90%	90%	90%	90%

Leistungen

L1 Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	max.	84	72	84	84	84	84
L2 Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage inkl. Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	7'045	7'100	7'100	7'100	7'100	7'100
L3 Anzahl betreute Lernende (vgl. A2)	max.	175	180	185	185	185	185
L4 Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2'100	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
L5 Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P	14	30				
L6 Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	37'650	35'500	35'500	35'500	35'500	35'500
L7 Anzahl mit PALAS bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1) (vgl. A4)	P	15'201	15'500	15'500	15'500	15'500	15'500
L8 Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle (vgl. A5)		-	-	191	191	191	191

Wirtschaftlichkeit

B1 Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	3'649	6'000	3'800	3'800	3'800	3'800
B2 Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung (vgl. A2)	P	608	650	650	650	650	650
B3 Kosten pro Lernende, ohne Arbeitsplatzkosten (vgl. A2)	P	20'857	21'000	21'000	21'000	21'000	21'000
B4 Kosten pro juristische Beratung (vgl. A3)	P	58	70	70	70	70	70
B5 Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr (vgl. A4)	P	150	149	150	50	50	50

Leistungsgruppe 4500	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-20.009
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-7.100
Leistungsindikatoren L1 und L3	

Budget	Leistungsgruppe 4500
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E2: Die Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007-2011 dient der Erreichung der langfristigen Ziele 4 und 5 der Finanzdirektion (Ziel 4: Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern; Ziel 5: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern). Diese beiden Ziele basieren auf den Legislaturzielen 6 und 12 des Regierungsrates.

Indikatoren

- L7: ZST1 = Zahlstelle 1.

Sonstige Bemerkungen

- PALAS ist das Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem. Es ist geplant, ab 2011 PALAS durch die Applikation PULS-ZH abzulösen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +1.8 Reduzierter Sachaufwand beim Case Managements (-3.0 Mio.), dessen Kosten zentral im Personalamt geführt werden. Gemäss ersten Erfahrungen sind für das Case Management tiefere Kosten zu erwarten als ursprünglich geplant war. Erhöhung des Sachaufwandes (+1.1 Mio.) für Dienstleistungen Dritter, Wartungslizenzen und Betriebskosten während des Projektes PULS-ZH (gem. RRB 34/09).
- 0.3 Erhöhter Personalaufwand: 1.8 zusätzliche Personaleinheiten (vgl. Begründung unter "Personal", unten) und Umsetzung Vorgaben Lohnentwicklung.
- 0.4 Erhöhte interne Verrechnungen für Projekt PULS-ZH (SAP-Spezialisten).

Investitionsrechnung

- Mit dem Projekt "PULS-ZH" (vgl. Projekt 4500/07) wird das bestehende Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem abgelöst. Ab 2009 fallen Investitionen an. Das neue System soll voraussichtlich im Jahr 2011 eingeführt werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung um insgesamt 1.8 Personaleinheiten, davon 1.0 befristete Stelle für das Projectoffice PULS-ZH (gem. RRB 34/09) und 1.2 Stellen für den Aufbau und die Umsetzung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung. Eine Reduktion von 0.4 Personaleinheiten erfolgt bei den befristet angestellten Aushilfen in der Lohnadministration.

Indikatoren

- W1: Die Umfrage zum Indikator "Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt" wird aus Ressourcengründen nicht mehr weitergeführt.
- L1: Auf Grund grosser Nachfrage werden zusätzliche Führungsprogramme durchgeführt.
- L5: Der Indikator "Anzahl begleitete juristische Verfahren" wird nicht mehr weitergeführt. Nach der Verselbstständigung des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsspitals Winterthur reduzierten sich die Anzahl der juristischen Verfahren auf rund die Hälfte, sodass die Aussagekraft für einen Leistungsindikator zu gering ist.
- L8: Neuer Indikator.
- B1: Tiefere Kosten pro Teilnehmer, da das Programm der Führungsentwicklung im 2008 neu konzipiert und verkürzt wurde. Zudem können die Kosten auf mehr Teilnehmende verteilt werden (vgl. Indikator L1). Der im Vorjahr geplante Indikatorenwert für das Jahr 2009 weicht davon ab.
- B5: Ab 2011 wird PULS-ZH eingeführt. Die tieferen Kosten (vgl. Erfolgsrechnung) widerspiegeln sich ab 2011 auch im Indikator Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- 2011 wird die Applikation PULS-ZH eingeführt. Die Betriebskosten reduzieren sich im Bereich des Sachaufwandes um rund 3.4 Mio. Franken. Demgegenüber erhöhen sich die Abschreibungen und Zinsen um rund 2,0 Mio. Fr.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Aufwand für die Jahre 2010 bis 2013 reduziert sich gegenüber den Planjahren des KEF Vorjahr jeweils um bis zu 4.7 Mio. Franken. Dies ist hauptsächlich auf die reduzierten Kosten des Case Management (+3.0 Mio.) und ab 2011 auf die tieferen Betriebskosten von PULS-ZH zurückzuführen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr liegt der Beschäftigungsumfang für die Jahre 2010-2013 um jeweils 1.8 Stellen höher (Begründung vgl. oben).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0									-100.0
Aufwand	-5.7	-6.7	-0.3	-6.7	0.0	-6.4	0.0	-6.5	-6.5	13.4
Saldo	-5.7	-6.7	-0.3	-6.7	0.0	-6.4	0.0	-6.5	-6.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.8	7.9	0.0	7.9	0.0	7.9	0.0	7.9	7.9	

Aufgaben

- A1 Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
- A2 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
- A3 Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der im Dezember 2008 festgelegten Informatikstrategie (LZ RR 6.4; vgl. A1)	2012	4
E2 als Teil der Umsetzung: Weiterentwicklung des Informatikcontrollings	2011	0
E3 als Teil der Umsetzung: Definition und Durchsetzung von weiteren Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung (vgl. A3)	2010	0
E4 Standardisierung und Modernisierung Internet-Zugriff	2010	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99.93%	99.4	99.4	99.4	99.4	99.4

Leistungen

L1 Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	495	800	1200	1200	1200	1200
L2 Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3172	4'500	4'000	4'000	4'000	4000
L3 Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	7	20	10	10	10	10
L4 Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	11'105	11'000	11'500	12'000	12'000	12'000
L5 Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2778	1000	2500	2500	2500	2500

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4600	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.702
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4600
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Vergleich zum KEF Vorjahr sind die Entwicklungsschwerpunkte E3 + E4 neu. Die Entwicklungsschwerpunkte E1 + E2 sind aufgrund der Festlegung der Informatikstrategie neu formuliert.

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe Direktionsübergreifende Informatik enthält den Aufwand der KITT-Geschäftsstelle, die im Auftrag des Kantonalen IT-Teams (KITT) arbeitet und der das Kompetenzzentrum Netzwerkdienste angeschlossen ist.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 0.4 Aufwendungen für die Umsetzung der Informatikstrategie
- 0.1 Einführung eines Standard-Client für Lotus Notes
- 0.1 Einrichtung des Multiprotocol Label Switching im Datennetzwerk LEUnet
- +0.3 Abschluss der Standardisierung der Kollaborationsplattform (-0.3 Mio.)

Indikatoren

- L1: Die Umsetzung der Informatikstrategie führt zur Erhöhung der dafür eingesetzten Zeit.
- L3: Es fallen weniger strategische Beschlüsse an als ursprünglich angenommen; zudem wird ab 2010 das Schwergewicht bei der Umsetzung der Informatikstrategie liegen.
- L5: Durch Umzüge von Amtsstellen fallen ständig Änderungen an, deren Zahl durch die Leistungsgruppe nicht beeinflussbar ist. Der Wert für das Budget 2009 (1000) erweist sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen als zu tief.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	50.1	47.3	0.4	48.4	0.3	49.1	0.4	49.8	50.6	1.0
Aufwand	-49.4	-47.1	-0.3	-48.1	-0.5	-49.0	-0.5	-49.7	-50.5	2.3
Saldo	0.7	0.3	0.0	0.3	-0.1	0.1	-0.1	0.1	0.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.3	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.3
Nettoinvestitionen		-0.3	0.0	-0.4	0.0	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	51.9	56.0	0.0	56.0	0.0	56.0	0.0	56.0	56.0	

Aufgaben

A1 Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens	2012	7
E2 Weitere Förderung von eBusiness (u.a. elektronische Bestellabwicklung)	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	P	6100	5500	6300	6400	6500	6600
Leistungen							
L1 Anzahl Bestellungen	P	99647	98500	99'000	99'500	100'000	100500
L2 Anteil Bestellungen über e-shop an Anzahl Bestellungen	P	44%	45%	46%	48%	50%	50%

Wirtschaftlichkeit**Leistungsgruppe 4700 Budgetentwurf 2010**

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.302
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.400

Budget Leistungsgruppe 4700

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Ziel der kdmz besteht darin, ihre Leistungen kostendeckend bzw. saldoneutral zu erbringen, ohne einen Gewinn zu erzielen.
- Die bisherigen Entwicklungsschwerpunkte betreffend Beschaffungsmanagement (E1 Lieferantenmanagement, E2 Pilotprojekte, E3 Beschaffungsprozesse) werden zum Entwicklungsschwerpunkt „E1 Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens“ zusammengefasst.
- Die bisherigen Entwicklungsschwerpunkte betreffend eBusiness (E4 elektronische Bestellabwicklung, E5 eFormulare bzw. digitale Formulare) werden zum Entwicklungsschwerpunkt „E2 Weitere Förderung von eBusiness“ zusammengefasst.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Ertrag und der Aufwand im Budget 2010 sind geringfügig höher als im Budget 2009.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen sind für weitere Entwicklungen von eBusiness und für Erneuerungen der IT-Infrastruktur vorgesehen.

Indikatoren

- W1: Die Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden und im eShop der kdmz registriert sind, hat sich im Jahr 2008 stark erhöht und der im Budget 2009 aufgeführte Werte wird deutlich überschritten werden. Der Wert für 2010 wird deshalb neu auf 6300 festgelegt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Erfolgsrechnung geht in den weiteren Planjahren von einem geringfügig wachsenden Geschäftsvolumen aus.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen sind für weitere Entwicklungen von eBusiness und für Erneuerungen der IT-Infrastruktur vorgesehen.

Indikatoren

- W1: Die Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden und im eShop registriert sind, soll in den kommenden Jahren weiter steigen.
- L1: Die kdmz geht davon aus, dass sich die Anzahl Bestellungen in den kommenden Jahren in der heutigen Grössenordnung bewegen werden, mit leicht steigender Tendenz.
- L2: Die kdmz geht davon aus, dass eine weitere Zunahme der Bestellungen über den eShop erfolgen wird.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Indikatoren

- Dienstleistungen zur Erstellung von eFormularen sind in den vergangenen Jahren erfolgreich aufgebaut worden und bilden heute einen festen Bestandteil des Angebots der kdmz. Auf eine Weiterführung des Indikators „W1 Anzahl erstellte eFormulare“ wird deshalb verzichtet.
- Der bisherige Indikator „W3 Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch an Papier“ wird als Umweltkennzahl bei der Entwicklungsplanung im Funktionsbereich „Umwelt“ geführt. Auf eine Weiterführung dieses Indikators bei der kdmz wird deshalb verzichtet.
- Mit Bezug zu Kopiergeräten und Kopierpapier sind vielfältige Technologie- und Sortimentsentwicklungen zu verzeichnen. Dies führt zu Veränderungen beim Preisindex, womit der bisherige Mehrjahresvergleich an Aussagekraft verliert. Auf eine Weiterführung der Indikatoren „B1 Preisindex Kopierpapier“ und „B2 Preisindex Kopierclick“ wird deshalb verzichtet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	5,689.3	6,039.6	-411.3	5,490.4	-767.5	5,281.5	-774.7	5,531.5	5,787.5	1.7
- Staatssteuern		4,932.1		4,622.1		4,378.1		4,592.1	4,818.1	
davon Laufende Periode NP		3,302.0		3,196.0		2,944.0		3,089.0	3,244.0	
davon Laufende Periode JP		888.0		714.0		752.0		790.0	827.0	
davon Nachträge NP		465.0		492.0		454.0		476.0	500.0	
davon Nachträge JP		209.0		156.0		164.0		172.0	181.0	
davon Übrige Erträge		68.1		64.1		64.1		65.1	66.1	
- Quellensteuern		199.8		165.0		176.0		186.0	191.0	
- Erbschafts- und Schenkungssteuer		186.5		170.4		160.4		170.4	180.4	
- Direkte Bundessteuer		650.0		472.0		503.0		516.0	528.0	
- Verrechnungssteuer		71.2		61.0		64.0		67.0	70.0	
Aufwand	-138.5	-136.8	-4.2	-139.4	-7.6	-145.3	-9.4	-147.3	-147.8	6.7
- Staatssteuern		-115.3		-116.2		-123.3		-124.4	-124.4	
- Quellensteuern		-20.0		-21.9		-20.7		-21.8	-22.3	
- Erbschafts- und Schenkungssteuer		-1.5		-1.4		-1.3		-1.1	-1.1	
Saldo	5,550.8	5,902.7	-415.6	5,351.1	-775.2	5,136.2	-784.2	5,384.2	5,639.7	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

Entwicklungsschwerpunkte	Direktions- bis ziel Nr.									
--------------------------	--------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4910	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	5,351.056
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Als Ertrag wird der Bruttoertrag inklusive Verzugszinsen ausgewiesen; als Aufwand Zinsvergütungen, Abschreibungen, Erlasse, Einschätzungs- und Bezugskosten an die Gemeinden.
- Bei den Staatssteuererträgen wird für alle Planjahre ein Steuerfuss von 100% angenommen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 310 Staatssteuern: Minderertrag infolge Auswirkungen der Finanzmarktkrise.
- 35 Quellensteuern: Minderertrag infolge Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Der Zuzug von gut verdienenden Steuerpflichtigen aus dem EU-Raum geht zurück.
- 16 Erbschafts- und Schenkungssteuern: Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück. Als Folge davon ist ein erneuter Rückgang der Steuereinnahmen im Jahr 2010 zu erwarten.
- 178 Direkte Bundessteuer: Minderertrag infolge Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Die Erträge der Firmen aus der Finanzbranche und die Erträge von Steuern aus den früheren Jahren gehen markant zurück.
- 10 Verrechnungssteuer: Minderertrag infolge Auswirkungen der Finanzmarktkrise.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Staatssteuern: Die Steuergesetzesrevisionen für natürliche und für juristische Personen (ab 2011) führen zu folgenden Steuerausfällen:
- P 2011: - 399 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung), davon 38 Mio. Franken für juristische Personen
- P 2012: - 419 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung), davon 39 Mio. Franken für juristische Personen
- P 2013: - 439 Mio. Franken (inkl. Ausgleich Teuerung), davon 41 Mio. Franken für juristische Personen
- Mit Weisung an den Kantonsrat stellt der Regierungsrat den Antrag, auf die Einführung der Gewinnsteueranrechnung an die Kapitalsteuer zu verzichten. Dadurch würden die obgenannten Steuerausfälle von 38 - 41 Mio. Franken bei den juristischen Personen entfallen.
- Staatssteuern: Der Staatsteuerertrag sinkt im Planjahr 2011 als Folge der Gesetzesrevision auf 4.3 Mrd. Franken. In den Planjahren 2012 und 2013 steigt der Staatsteuerertrag auf Grund des Wirtschaftswachstums wieder an.
- Direkte Bundessteuer: Nach dem Einbruch im Planjahr 2010 wird aufgrund des Wirtschaftswachstums mit einem leichten Ansteigen der Erträge gerechnet.
- Erbschafts- und Schenkungssteuern: Die Anzahl der erbschaftssteuerpflichtigen Fälle geht kontinuierlich zurück. Im Jahr 2011 wird ein weiterer Rückgang erwartet (markanter Einbruch der Wertschriftenkurse). Ab 2012 wird mit einem leichten Anstieg gerechnet.
- Quellensteuern: Auf Grund des Wirtschaftswachstums werden die Erträge wieder ansteigen.
- Verrechnungssteuern: Auf Grund des Wirtschaftswachstums wird mit einem leichten Anstieg der Erträge gerechnet.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Finanzmarktkrise hat grosse Auswirkungen auf die Steuererträge im Kanton Zürich. Die Gewinnsteuern der juristischen Personen sind am stärksten von der Krise betroffen. Dies führt zu massiven Steuerausfällen. Bei den natürlichen Personen ist davon auszugehen, dass sich die Ausfälle bei den Einkommenssteuererträgen nicht im selben Ausmass auswirken werden wie bei den juristischen Personen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag										-100.0
Aufwand		-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	
- Versicherungsprämien		-1.3		-1.3		-1.3		-1.3	-1.3	
- Schadenausgleich		-0.9		-0.9		-0.9		-0.9	-0.9	
Saldo		-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-2.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Entwicklungsschwerpunktebis
Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4921 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -2.200
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 4921

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Aus dieser im Jahre 2009 neu eingeführten Leistungsgruppe, die durch das Generalsekretariat der Finanzdirektion betreut wird, werden folgende grössere Schäden vergütet:
- Für die Direktionen und die Staatskanzlei, die Gerichte und die Behörden: Nicht versicherte Haftpflichtschäden, die von der Finanzdirektion oder durch Regierungsratsbeschluss zugesprochen oder durch Gerichtsentscheid auferlegt wurden.
- Für die Direktionen und die Staatskanzlei, die Gerichte und die Behörden: Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden (Eigenschäden), soweit sie das voraussehbare und damit budgetierbare Mass übersteigen. Die betroffene Direktion, die Staatskanzlei oder das Gericht beantragt der Finanzdirektion deren Übernahme zu Lasten der Leistungsgruppe Schadenausgleich. Aufwendungen bis Fr. 5'000 pro Schadenereignis werden der neuen Leistungsgruppe nicht belastet.
- Für die von der konsolidierten Rechnung erfassten und ins Versicherungskonzept des Kantons eingebundenen selbstständigen öffentlichrechtlichen Anstalten: Nicht versicherte Haftpflicht- und Sachschäden, soweit sie die in den jeweiligen Regierungsratsbeschlüssen zur Einbindung ins Versicherungskonzept festgelegten Beträge (Eigenbehalte) übersteigen.
- Ausserdem werden in dieser Leistungsgruppe Prämien für Versicherungen budgetiert, die keiner anderen Leistungsgruppe zugeordnet werden können, da sie übergreifende Risiken aller Verwaltungsstellen, Gerichte, Behörden und ins Versicherungskonzept des Kantons eingebundenen selbstständigen Anstalten abdecken.

Sonstige Bemerkungen

- Von der gemeinsamen Motorfahrzeughaftpflichtversicherung für alle kantonalen Fahrzeuge werden zwei Amtsstellen Prämienanteile weiterverrechnet, da diese ihrerseits eine Weiterbelastung vornehmen können. Es betrifft dies die Fahrzeuge des Nationalstrassenunterhaltes im Tiefbauamt und die Fahrzeuge der Flughafensicherheitspolizei in der Kantonspolizei.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.3 Die Prämien für Autokasko- und Sachversicherungen wurden bis 2008 in der Leistungsgruppe Nr. 4000, Generalsekretariat der Finanzdirektion, budgetiert. Der budgetierte Aufwand für das Jahr 2010 entspricht dem 2009 budgetierten Aufwand.
- 0.9 Die budgetierten Aufwendungen für den Schadenausgleich entsprechen den in den letzten Jahren bei den betroffenen Amtsstellen dezentral getätigten Haftpflicht-Zahlungen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	682.3	608.6	31.3	590.7	9.5	562.4	34.1	589.3	565.6	-17.1
- Finanzertrag		145.3		101.1		97.7		99.7	101.0	
- Gewinnanteil ZKB		175.0		200.0		175.0		200.0	175.0	
- Gewinnanteil Nationalbank		288.1		289.4		289.4		289.4	289.4	
Aufwand	-192.6	-158.1	13.0	-123.2	-3.5	-153.6	-32.2	-211.4	-263.4	36.8
- Finanzaufwand		-155.0		-123.0		-153.4		-211.1	-263.1	
Saldo	489.7	450.4	44.2	467.5	5.9	408.8	1.9	377.9	302.2	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-5.5	-33.9			-2.0	-2.0	-20.0	-20.0		-10.2
Nettoinvestitionen	-5.4	-33.9			-2.0	-2.0	-20.0	-20.0		-10.2

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4930	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	467.509
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4930
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die "Davons" zeigen die wichtigsten Sach- und Kontengruppen.
- Der Zinsertrag des Dotationskapitals der ZKB ist im "Davon" Finanzertrag enthalten.
- ZKB = Zürcher Kantonalbank, SNB = Schweizerische Nationalbank, NFA = Neugestaltung des Finanzausgleichs.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 17.9 Ertrag: Höhere geplante Gewinnausschüttungen der ZKB, der Rheinsalinen sowie der SNB. Diese werden durch geringere Erträge aus Festgeldanlagen aufgrund tieferer Geldmarktzinsen sowie aus Swap-Geschäften infolge auslaufender Swap-Geschäfte überkompensiert.
- +34.9 Aufwand: Sinkender Zinsaufwand infolge Abnahme des Fremdkapitals sowie tieferer Zinsen. Der Zinsaufwand der internen Kontokorrentkonten des ZVV sowie der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wird neu in der LG 4950 (Verrechnete Zinsen und Sammelpositionen) verbucht.

Investitionsrechnung

- +20.0 Die für das Jahr 2009 geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens in Höhe von 20 Mio Franken an die MCH Messe Schweiz (Holding) AG wird gemäss Angaben der Gesellschaft im Jahr 2012 erfolgen. Für 2010 sind keine Investitionen geplant.
- +13.9 Einmalige Übertragung von Aktien aus dem Finanz- ins Verwaltungsvermögen im Mai 2009.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Finanzertrag: Die Erträge aus Beteiligungen sinken in der Planperiode insbesondere aufgrund tieferer Dividendenzahlungen der Rheinsalinen. Steigende Geld- und Kapitalmarktzinsen führen ab 2011 zu einer Erhöhung des Finanzertrages.
- Gewinn ZKB: Die Gewinnausschüttungen beruhen auf einer Schätzung der ZKB. Sie hängen insbesondere von der Geschäftsentwicklung der ZKB ab.
- Gewinn SNB: Es wird mit einer konstanten Ausschüttung der SNB gerechnet. Diese beruht auf einer Vereinbarung zwischen der SNB und dem Eidgenössischen Finanzdepartement.
- Finanzaufwand: Der Finanzaufwand steigt ab 2011 infolge einer Zunahme des Fremdkapitals und steigender Geld- und Kapitalmarktzinsen an.

Investitionsrechnung

- Die für das Jahr 2008 geplante Aktienkapitalerhöhung der MCH Messe Schweiz (Holding) AG in Höhe von 2 Mio Franken wird gemäss Angaben der Gesellschaft voraussichtlich erst 2011 durchgeführt. Dadurch verzögert sich ebenfalls die für das Jahr 2009 geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens in Höhe von 20 Mio Franken an die MCH Messe Schweiz (Holding) AG. Voraussichtlich wird die Auszahlung im Jahr 2012 erfolgen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die höhere Gewinnausschüttung der ZKB wird 2011 und 2012 durch den höheren Zinsaufwand aufgrund einer deutlichen Zunahme des Fremdkapitals - trotz tieferen Geld- und Kapitalmarktzinsen - überkompensiert. Der Zinsaufwand der internen Kontokorrentkonten des ZVV sowie der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wird neu in der Leistungsgruppe 4950, Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen, verbucht.

Investitionsrechnung

- Die für 2008 und 2009 geplanten Investitionen im Zusammenhang mit der Messe Schweiz erfolgen aufgrund externer Projektverzögerungen erst 2011 und 2012.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	378.6	376.5	-16.8	372.4	-22.2	388.9	-24.8	405.3	419.3	10.7
- Kalkulatorischer Zinsertrag	378.6	375.8		367.1		383.8		400.6	414.5	
Aufwand	-72.2	32.7	-13.1	-70.6	-15.3	-63.8	-15.6	-57.0	-50.7	-29.8
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-72.2	-73.7		-78.4		-79.4		-80.4	-81.9	
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		8.5		7.8		15.6		23.4	31.2	
- Zentrale Korrektur Budget 2009		99.0								
Saldo	306.4	409.3	-29.9	301.8	-37.5	325.0	-40.4	348.3	368.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4950 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 301.758
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 4950

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Für die Jahre 2010-2013 wurden zentral Minderaufwände bei den Abschreibungen eingestellt. Diese Verbesserungen resultieren aus der Annahme, dass die Investitionsbudgets jeweils nur zu 80% ausgeschöpft werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoverschlechterung ist vor allem auf den Wegfall der im Vorjahr zentral eingestellten Saldoverbesserung von 99 Mio. Franken im Rahmen der kantonsrätlichen Budgetfestlegung zurückzuführen. Die Einsparungen müssen von den Direktionen im Rahmen des Haushaltvollzugs 2009 umgesetzt werden.
- Der sinkende kalkulatorische Zinsertrag ist auf die zurückhaltendere Investitionspraxis der Verwaltungseinheiten zurückzuführen.
- Die höheren kalkulatorischen Zinsaufwände sind u.a. die Folge der Verschiebung der Verzinsung interner Kontokorrente (ZVV, Stiftungen und Legate) von der Leistungsgruppe 4930 in die Leistungsgruppe 4950.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die kontinuierliche Saldoverbesserung 2010-2013 ist darauf zurückzuführen, dass die zentral eingestellten Aufwandminderungen bei den Abschreibungen sich von 2010-2013 von 7.8 Mio. auf 31.2 Mio. Franken erhöhen und dass die den Ämtern verrechneten kalkulatorischen Zinsen wegen höherer Investitionen ab dem Jahr 2011 jährlich zunehmen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der kalkulatorische Zinssatz wird ab 1.1.2010 von 3.25% auf 3.00% gesenkt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	93.1	87.5	-2.7	86.1	-2.8	87.4	-2.8	88.7	90.0	-3.3
- Soziodemografischer Lastenausgleich		87.5		86.1		87.4		88.7	90.0	
Aufwand	-527.9	-612.9	5.4	-633.5	-18.8	-685.0	-54.6	-734.9	-734.9	39.2
- Ressourcenausgleich		-592.3		-612.9		-664.4		-714.3	-714.3	
- Härteausgleich		-20.6		-20.6		-20.6		-20.6	-20.6	
Saldo	-434.8	-525.4	2.7	-547.4	-21.6	-597.6	-57.4	-646.2	-644.9	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.
bis

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 4960	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-547.430
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Beträge 2010 für den Ressourcenausgleich, den soziodemografischen Lastenausgleich und den Härteausgleich sind Anfang Juli 2009 den Kantonen zur Anhörung mitgeteilt worden. Der Ressourcenindex steigt für den Kanton Zürich nur leicht von 131.1 in 2009 auf 131.8 Indexpunkte in 2010. Folglich ist die Zahlung in den Ressourcenausgleich nicht mehr so stark angewachsen wie im Vorjahr.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die Folgejahre gelten unterschiedliche Regelungen:
- Der Grundbeitrag der finanzstarken Kantone an den Ressourcenausgleich nimmt im gleichen Ausmass zu wie die Summe der Ressourcenpotenziale der finanzstarken Kantone. Die Aufteilung der Belastung unter den finanzstarken Kantonen hängt von der Entwicklung ihrer Ressourcenindices ab. Die geplanten Beiträge sind angelehnt an ein Schätzmodell der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen (FkF), das auf einer Umfrage bei allen Kantonen beruht.
 - Der Grundbeitrag an den soziodemografischen Lastenausgleich wird gemäss der Wachstumsrate des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Annahme +1.5% jährlich). Die Ausgleichsbeiträge an die Kantone werden jeweils auf Grund der Daten des letzten verfügbaren Bemessungsjahres berechnet (Annahme: unverändert).
 - Der Härteausgleich bleibt unverändert.
 - Es ist zu beachten, dass alle 4 Jahre (erstmalig wirksam für Beiträge 2012) die Grundbeiträge für den Ressourcen- und Lastenausgleich aufgrund eines Wirkungsberichtes überprüft und eventuell angepasst werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Verschlechterung gegenüber dem KEF Vorjahr für 2011 und 2012 ist darauf zurückzuführen, dass beim Ressourcenausgleich erstmals Schätzungen über die Verschiebungen der Ressourcenindices der einzelnen Kantone vorlagen. In den Vorjahren wurde mangels Informationen noch davon ausgegangen, dass die Ressourcenindices der Kantone unverändert bleiben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.2									-100.0
Aufwand	-2.3	0.0								-100.0
Saldo	-2.1	0.0								

Investitionen (in Mio. Fr.)

Einnahmen	Ø (08 -13)									
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
- A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
- A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
- A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2010	0
E2 Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2010	0
E3 Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2010	0
E4 Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2010	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 4970	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 4970
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe 4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen wird angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage beibehalten.

Sonstige Bemerkungen

- Das Sanierungsprogramm 04 ist per Ende 2007 abgeschlossen, das Sanierungsprogramm Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 dauert bis Ende 2009. Die weiterhin anfallenden Sozialplankosten werden infolge der neuen Rechnungslegungsstandards IPSAS direkt aus der Bilanz bezahlt, zu Lasten einer entsprechenden Rückstellung. Aufwendungen zu Lasten der Erfolgsrechnung fallen daher nicht mehr an.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



6. Fonds

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	66.2	70.7	-3.8	96.7	23.6	101.3	7.6	80.7	66.5	0.5
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	58.7	52.0		52.0		50.0		50.0	45.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto		12.0		37.4		45.2		25.9	17.5	
- Kalkulatorischer Zinsertrag	7.3	6.7		7.3		6.2		4.8	4.0	
Aufwand	-66.2	-70.7	3.8	-96.7	-23.6	-101.3	-7.6	-80.7	-66.5	0.5
- Zahlungen an Private und Dritte	-19.1	-53.1		-78.0		-82.6		-62.0	-47.8	
- Einlage in Bestandeskonto	-34.9									
- Übertrag an Leistungsgruppen	-12.2	-17.6		-18.7		-18.7		-18.7	-18.7	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand	194.9	52.7	205.5	30.4	160.3	23.4	134.4	116.9	0.0	

Aufgaben

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke - vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich - verwendet.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:							
L2 - Denkmalpflege	P	25	11	9	13	15	17
L3 - Ausland- und Inlandhilfe	P	14	10	8	12	14	15
L4 - Kultur	P	13	60	61	50	40	35
L5 - Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	11	4	4	6	10	12
L6 - Bildung	P	14	7	9	12	12	15
L7 - Soziales/Gesundheit	P	4	5	5	5	5	4
L8 - Übriges	P	19	3	4	2	4	2
L9 Anzahl Gesuche	P	412	400	425	410	400	400
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	971	1000	941	976	1050	1050

Fonds 4980	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-37.426
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 4980
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Übertrag an Leistungsgruppen: Unter diesem "Davon" werden Beiträge an andere Leistungsgruppen ausgewiesen, insbesondere an den Denkmalpflegefonds (8.5 Mio./Jahr), an die Fachstelle Kultur (8.5 Mio./Jahr), an das Staatsarchiv (1.09 Mio. Franken/Jahr für Transkription KRB und RRB bzw. für Rechtsquellenedition), an die Staatskanzlei (0.2 Mio./Jahr) und an das Generalsekretariat der Finanzdirektion für die Fondsadministration (0.4 Mio./Jahr).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 25.0 Höhere Zahlungen an Private und Dritte als Folge der Gewährung grosser Einmalbeiträge in KR-Kompetenz (Kunsthhaus, Villa Flora, Rheinau, usw.).
- 1.1 Höherer Übertrag an andere Leistungsgruppen infolge eines zusätzlichen Projektes des Staatsarchivs (Rechtsquellenedition).
- +0.6 Höhere Zinserträge aufgrund geringerer Auszahlungen in den Jahren 2008 und 2009.

Fondsbestand

- Per Ende 2009 wird von einem Fondsbestand von 242,9 Mio. Franken ausgegangen (Hintergrund: Fondsbestand Ende 2008: 229,2 Mio. Franken; Veränderung Fondsbestand im Jahr 2009: +13,7 Mio. Franken). Da im Jahr 2010 keine Einlage in den Fondsbestand, sondern eine Entnahme (-37,4 Mio. Franken) erfolgt, ergibt sich per Ende 2010 ein Fondsbestand von +205,5 Mio. Franken.

Indikatoren

- B1: Die Kosten pro Gesuch, definiert als die Vergütung an das Generalsekretariat für administrativen Aufwand, geteilt durch die Anzahl Gesuche, steigen infolge des Rückgangs der Anzahl Gesuche leicht an.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Erträge von Swisslos gehen in der Planperiode infolge internationalem Konkurrenzdruck leicht zurück.
- Die Zahlungen an Private und Dritte steigen wegen Beiträgen für zahlreiche Grossprojekte (Landesmuseum, Kunsthhaus, Rheinau, Museen Winterthur usw.) 2011 nochmals an, gehen dann aber zurück (sind jedoch höher als die Einnahmen).
- Dadurch müssen in den Planjahren 2011 bis 2013 grössere Beträge dem Fondsbestand entnommen werden.
- Durch den zurückgehenden Fondsbestand verringert sich auch der kalkulatorische Zinsertrag.

Fondsbestand

- Durch die Beiträge an diverse Grossprojekte ab 2010 verringert sich der Fondsbestand bis 2013 auf rund 117 Mio. Franken.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Ertrag 2009 fällt höher als budgetiert aus (zusätzlich 6 Mio. Franken). Dadurch und wegen der Verzögerung von Auszahlungen im Jahr 2009 erfolgt nochmals eine Einlage in den Fondsbestand.
- Ab 2010 – u.a. bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise – erfolgen Auszahlungen zugunsten von Grossprojekten.



7. Projekte

Finanzverwaltung

- Projekt-Nr. 4100/02: Neue Rechnungslegung (LG 4100, E1)
- Projekt-Nr. 4100/04: Internes Kontrollsystem (IKS; neu; LG 4100, E5)

Steuern Betriebsteil

- Projekt-Nr. 4400/01: ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben; LG 4400, E1)

Personalamt

- Projekt-Nr. 4500/02: Teilrevision Lohnsystem (LG 4500, E1)
- Projekt-Nr. 4500/06: Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung (LG 4500, E4)
- Projekt-Nr. 4500/07: PULS-ZH, Ablösung von PALAS (LG 4500, E9)
- Projekt-Nr. 4500/08: Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (LG 4500, E3)



Projekt-Nr. 4100/02	Neue Rechnungslegung (LG 4100, E1)
--------------------------------	---

Finanzdirektion / Finanzverwaltung

Kurzumschreibung Projekt

Mit dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) wurden Rechnungslegungsstandards eingeführt, die sich eng an IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) anlehnen. Die Rechnungslegungsgrundsätze wurden über Gesetz und Verordnung in das kantonale Recht eingeführt. Diese Rechtssätze werden durch das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) konkretisiert.

Wirkungsziel:

- Verbesserte Transparenz, Verständlichkeit und Vergleichbarkeit, objektivere Bewertung
- Beitrag zu einem optimalen Kreditrating
- Einheitliche Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen, was die Vergleichbarkeit erhöht
- Angleichung an Usancen in der Privatwirtschaft bringt eine erleichterte Durchlässigkeit des Personals zwischen Unternehmungen und öffentlichen Gemeinwesen
- Erleichtertes Benchmarking zu vergleichbaren Organisationen

Leistungsziel:

Betriebskosten nicht wesentlich höher als heute

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-2.85	-0.20	-0.10	-0.10			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)
--

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung			-0.05	-0.05	-0.05	-0.05	-0.05
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/02

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Erstmalige Budgetierung/KEF-Erstellung gemäss neuer Rechnungslegung, Restatement Bilanz per 31.12.2007
2009	- Neue Rechnungslegung, Restatement Rechnung 2008 und Bilanz per 31.12.2008
2010	- Erster Rechnungsabschluss gemäss neuer Rechnungslegung (Rechnung 2009)

Bemerkungen

Im Nutzen/Kosten-Verhältnis überwiegt der Nutzen, wenn auch dieser nicht direkt monetär ausgewiesen werden kann.
Für den Haushaltvollzug 2009 (einschliesslich Kreditbewilligungen) gelten erstmals die Regelungen gemäss CRG (IPSAS).



Projekt-Nr. 4100/04	Internes Kontrollsystem (IKS; neu; LG 4100, E5)
Finanzdirektion / Finanzverwaltung	

Kurzumschreibung Projekt
Gestützt auf § 39 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) legt die Finanzdirektion unter Einbezug der Finanzkontrolle und der Direktionen Grundsätze für ein zweckmässiges internes Kontrollsystem (IKS) fest. Der Aufbau des IKS für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling erfolgt im Rahmen eines direktionsübergreifenden Projekts.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung einer verlässlichen finanziellen Berichterstattung (financial reporting) • Einhalten der relevanten Gesetze und Normen (compliance) • Schutz des Kantonsvermögens • Verhindern und Aufdecken von Fehlern und Betrug unter Berücksichtigung der Kosten-/Nutzenüberlegung • In zweiter Priorität: Sicherstellung der Effektivität und der Effizienz der Abläufe (operations)
Leistungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines systematischen IKS für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling. • Aufbau von Know-how bezüglich IKS. • Erarbeitung von standardisierten Vorlagen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.40		-0.08	-0.22	-0.10		
Netto-Investitionen	-0.55			-0.08	-0.25	-0.12	-0.10

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4100/04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	<ul style="list-style-type: none"> - Verabschiedung der IKS-Grundsätze durch die Finanzdirektion - Verabschiedung Grobkonzept und Detailspezifikationen
2010	<ul style="list-style-type: none"> - Vorlagen zur Umsetzung der IKS-Grundsätze stehen zur Verfügung - Verwaltungseinheiten haben für die wesentlichen Risiken in ihrem Bereich das IKS dokumentiert, die internen Kontrollen eingeführt und einen Massnahmenplan zur Behebung von Mängeln festgelegt.
2011	<ul style="list-style-type: none"> - Projektabschluss

Bemerkungen
Die zu konsolidierenden Organisationen, die nicht dem CRG unterstellt sind, werden zur Teilnahme am Projekt eingeladen.



Projekt-Nr. 4400/01	ZüriPrimo (Prozess Steuern erheben; LG 4400, E1)
Finanzdirektion / Steuern Betriebsteil	

Kurzumschreibung Projekt
Die gesamte Informatik sowie die Hardware sind veraltet und müssen dringend erneuert und modernisiert werden. Unter dem Namen ZüriPrimo wird ein System realisiert, das eine ganzheitliche und integrierte Ausrichtung des Prozesses "Steuern erheben" vorsieht. Die einzelnen Realisierungseinheiten sollen über die kommenden 8 Jahre umgesetzt werden und im 2015 eingeführt sein.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Die operative Führung des Steueramtes wird verbessert. • Einheitliche Standards für alle 171 Gemeinden. • Hohe Datensicherheit und Zuverlässigkeit. • Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Steuern.
Leistungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung und Integration der Gemeinden in das Gesamtsystem. • Zentrales Datenregister für die Aufbereitung von Grunddaten. • Die anstehenden Aufgaben (z.B. E-Taxes, Daten für den NFA etc.) können zentral erledigt werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-66.1	-2	-6	-6	-7	-5	-8
Netto-Investitionen	-60.6	-5	-6	-5	-3	-10	-11

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-88	-10	-12	-15	-17	-17	-17
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4400/01	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Pilotprojekt Stadt Zürich inklusive Ausbreitung
2008	- Pilotprojekt VRSG-Gemeinden inklusive Ausbreitung
2012	- E-Government (Realisierung derzeit unrealistisch)
2013	- Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer (Verzögerung auf 2014 zu erwarten)
2014	- Juristische Bibliothek
2015	- Die gesamte Software ist produktiv in Betrieb

Bemerkungen
Aufgrund strategischer Entscheidungen im Jahr 2008 werden Projekte im Jahr 2009 nicht wie geplant gestartet und deren Realisierung verschiebt sich auf die folgenden Jahre. Der bewilligte Budgetbetrag von 15.3 Mio. wird um rund 3.6 Mio. nicht ausgeschöpft. Dieser Betrag wird in den Folgejahren wieder eingestellt, so dass sich der Gesamtaufwand in der Summe nicht verändert.



Projekt-Nr. 4500/02	Teilrevision Lohnsystem (LG 4500, E1)
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Im 2006 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion, ein Projekt „Teilrevision Lohnsystem“ einzuleiten.</p> <p>Gegenstand ist die Überprüfung und Nachführung vereinzelter Richtpositionen sowie die Erarbeitung eines flexibleren und verstärkt leistungsorientierten Konzepts der individuellen Lohnentwicklung, verbunden mit der Einführung halber Stufen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve werden unverändert beibehalten.</p> <p>Im 2008 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion eine Teilrevision des Lohnsystems der Lehrpersonen einzuleiten.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anforderungs- und marktgerechtes Lohnsystem • Flexibles und leistungsorientiertes Lohnsystem für Verwaltungspersonal und Lehrpersonen • Neues Lohnsystem ist möglichst kostenneutral <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung einzelner Funktionen / Richtpositionen • Erarbeitung eines Konzeptes zur leistungsorientierten Lohnentwicklung für Verwaltungspersonal und für Lehrpersonen • Erarbeitung einer Betriebsorganisation für das Lohnsystem: eines Konzeptes für ein Lohncontrolling, für die Wartung und Weiterentwicklung des Einreihungsplanes sowie für Stellenbewertungen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.3			-0.15	-0.05		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-215.0			-33.0	-50.0	-66.0	-66.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Projektauftrag Teilrevision Lohnsystem
2008	- Projektauftrag Teilrevision Lohnsystem Lehrpersonen
2009	- Vernehmlassung zu den Vorlagen Teilrevision Lohnsystem: Anpassungen einzelner Funktionen und Richtpositionen / Konzept leistungsorientierte Lohnentwicklung
2010	- Einführung der im Rahmen der Teilrevision Lohnsystem festgelegten Anpassungen am Lohnsystem
2010	- Die Betriebsorganisation für das Lohnsystem ist aufgebaut
2011	- Evaluation der Betriebsorganisation für das Lohnsystem

Bemerkungen



Projekt-Nr. 4500/06	Einführung Case Management und Neuregelung Lohnfortzahlung (LG 4500, E4)
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Die Zahl von Mitarbeitenden, die aus gesundheitlichen Gründen für längere Zeit arbeitsunfähig sind und invalid werden, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Durch die Einführung eines systematischen Case Managements soll die Reintegration in die Arbeitswelt gefördert und die Zahl der Invalidisierungen gesenkt werden.</p> <p>Gleichzeitig soll der soziale Schutz der Mitarbeitenden bei Arbeitsunfähigkeit sowie die Leistungsabgrenzung zwischen Arbeitgeber und BVK klarer geregelt werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von arbeitsunfähigen Mitarbeitenden • Verhinderung von Invaliditätsfällen • Klarheit und Sicherheit für die Mitarbeitenden bezüglich Leistungen des Arbeitgebers und der Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bei Krankheit und Invalidität • Klare Abgrenzung der Leistungspflichten zwischen Arbeitgeber und BVK <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Case Managements • Anpassung des Personalrechts

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.6	-0.15	-0.15	-0.15	-0.15		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/06	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Projektstart
2007	- Beschluss Regierungsrat betr. Einführung Case Manager, Aufbau Koordinationsstelle im Personalamt
2008	- Operative Einführung Case Management
2009	- Neuregelung Lohnfortzahlung
2010-2011	- Evaluation Case Management

Bemerkungen
<p>Die Planungsphase des Projektes Case Management dauerte bis Ende 2007. Ab 2008 entstanden im Personalamt Kosten von Fr. 150'000 für die Realisierungsphase des Projektes. Zum Abschluss der Realisierungsphase werden der Nutzen und die Qualität des Case Managements nach drei Jahren evaluiert.</p> <p>Die Aufwendungen für Case Manager werden dezentral durch die Ämter finanziert. Die Wirtschaftlichkeit von Case Management ist erreicht, wenn längere Krankheitsabsenzen und Neuinvalidisierungen um 10 bis 15% reduziert werden können. Zusätzliches Sparpotenzial lässt sich für die kantonale Verwaltung noch nicht abschätzen und wird daher bei den geplanten Auswirkungen auf den Staatshaushalt bis auf weiteres nicht berücksichtigt.</p>



Projekt-Nr. 4500/07	PULS-ZH, Ablösung von PALAS (LG 4500, E9)
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Anfangs 2009 beschloss der Regierungsrat, die Applikation PALAS durch die Standardsoftware SAP HCM (Human Capital Management) abzulösen und den Auftrag dazu an die Firma Exsigno AG, Dübendorf, zu vergeben. Unter dem Titel PULS-ZH (Personalmangement- und Lohnadministrationssystem Kanton Zürich) wurde das Projekt in Angriff genommen. Die Einführung ist auf den 1. Januar 2011 vorgesehen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Betriebskosten von PALAS. • Nachvollzug der technischen Entwicklung der letzten Jahre und Sicherstellen der Integrationsfähigkeit des HR-Systems. <p>Leistungsziel:</p> <p>Mit einer modernen HR-Applikation soll ein Instrument für die Personaladministration und für Weiterentwicklungen in den Bereichen Personalcontrolling und -entwicklung sowie für die HR-Prozesse erarbeitet und eingeführt werden.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-5.4		-2.6	-1.8	-1.0		
Netto-Investitionen	-10.1		-2.5	-7.1	-0.5		

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung					-1.0	-0.9	-0.9
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/07	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Abschluss der Analyse- und Konzeptphasen (17.12.09)
2010	- Abnahme Realisierungsphase (16.9.2010)
2011	- Einführung per 1. Januar 2011

Bemerkungen



Projekt-Nr. 4500/08	Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (LG 4500, E3)
Finanzdirektion / Personalamt	

Kurzumschreibung Projekt
<p>In der Personalmanagement-Strategie 2007-2011 legte der Regierungsrat fest, dass für eine wirkungsvolle «direktionsübergreifende Führungskräfte-Entwicklung aller Stufen» nebst Aus- und Weiterbildungsprogrammen insbesondere der interne Kadernachwuchs auf allen Stufen zu fördern und gezielt auf zukünftige Anforderungen und Aufgaben vorzubereiten sei.</p> <p>Im 2008 beauftragte der Regierungsrat das Personalamt mit dem Projekt der direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung. Es sind die Prozess-Schritte im Einzelnen zu definieren und auszuarbeiten und die Einführung ab 2010 zu planen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch die proaktive Identifikation und gezielte Förderung des Kadernachwuchses kann die kantonale Verwaltung auf allen Kaderstufen zeitgerecht mit internen kompetenten und leistungsfähigen Führungskräften versorgt werden. • Der systematische Aufbau eines Management-Development-Systems stellt sicher, dass für jede Führungs- und Schlüsselfunktion der kantonalen Verwaltung möglichst mehrere Kandidatinnen und Kandidaten aus den eigenen Reihen identifiziert und entwickelt werden. • Um eine angemessene Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu erreichen, sollen Frauen zur Übernahme von Schlüsselpositionen besonders motiviert werden. Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Führungspositionen werden berücksichtigt. <p>Leistungsziel:</p> <p>Erarbeiten des Kadernachwuchskonzeptes mit entsprechenden Instrumenten zu folgenden einzelnen Prozess-Schritten: Identifikation des Kadernachwuchses, Analyse des Führungspotenzials, Potenzial-Assessment, Initialisierung des Entwicklungsplanes, Teilnahme am direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderungsprogramm, Umsetzung des Entwicklungsplanes, Positionierung der Kadernachwuchskräfte, Controlling</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.35			-0.25	-0.1		
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung					-0.15	-0.25	-0.25
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 4500/08	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Projektstart und Projektplanung
2009	- Kadernachwuchskonzept genehmigt
2010	- Instrumententwicklung abgeschlossen; Einführung und Schulung der Instrumente
2011	- Betrieb

Bemerkungen



Volkswirtschaftsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele der Direktionen
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organisation
- 2.2 Verkehr
 - 2.2.1 Aufgaben
 - 2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
 - 2.2.3 Umfeldentwicklung
 - 2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.3 Wirtschaft und Arbeit
 - 2.3.1 Aufgaben
 - 2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)
 - 2.3.3 Umfeldentwicklung
 - 2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion
- 2.4 Führungsunterstützung
 - 2.4.1 Aufgaben
 - 2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen
- 4.5 Entwicklung Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)
 - 4.5.1 Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung
 - 4.5.2 Entwicklung Fondsbestand
 - 4.5.3 Investitionsrechnung

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele der Direktionen

Die aktuelle Wirtschaftslage sowie die prognostizierte weitere Entwicklung lassen eine deutlich höhere Anzahl Stellensuchender erwarten. Daher ist eine Erhöhung des Personalbestandes im Amt für Wirtschaft und Arbeit für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) unerlässlich.

Die Strukturbereinigung im Bereich Verkehr mit der VD als Bestellerin und der BD als Erstellerin von Infrastrukturen hat sich bewährt. Die Zusammenarbeit verläuft reibungslos und konstruktiv.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-283	-257	-262	-
KEF 2010-2013	-248	-257	-261	-226
Veränderung (+ =Verbesserung / - =Verschlechterung)	+35	-	+1	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-276	-315	-305	-
KEF 2010-2013	-295	-369	-212	-128
Veränderung	-19	-54	93	-

Veränderung Erfolgsrechnung 2010 gegenüber KEF Vorjahr:

- Aufgrund der veränderten Umfeldentwicklung und der dadurch erhöhten Anzahl Stellensuchender nimmt der Aufwand im Bereich Vollzug AVIG um rund 17.9 Mio. Fr. gegenüber der letztjährigen Planung für 2010 zu. Diese Zunahme ist erfolgsneutral, da die AVIG Kosten durch das Seco übernommen werden.
- In der Leistungsgruppe Strassenfonds wird aufgrund der Wirtschaftskrise mit einem Rückgang der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) um 9 Mio. Fr. gerechnet. Demgegenüber steigt der Einnahmeanteil an der Mineralölsteuer um 3 Mio. Fr. an. Gegenüber dem Vorjahres-KEF wird mit einem tieferen Übertrag an die Kosten des Tiefbauamts und des Amts für Verkehr geplant (48.7 Mio. Fr.).

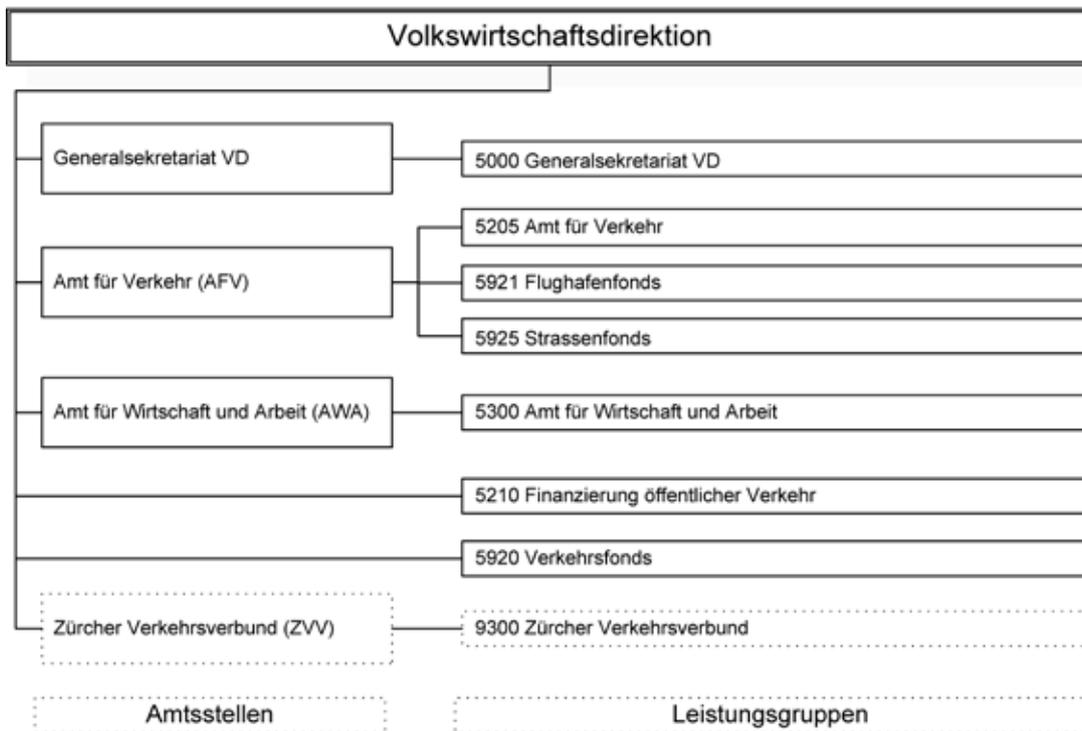
Veränderung der Nettoinvestitionen 2010 gegenüber KEF Vorjahr:

- Die Zahlungen für den Durchgangsbahnhof erhöhen sich gegenüber dem Vorjahres-KEF um 39 Mio. Fr., dagegen reduzieren sich die Beiträge für die Glattalbahn um 9 Mio. Fr.

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

2.1 Organisation

Durch die erwähnte Strukturbereinigung zwischen Bau- und Volkswirtschaftsdirektion wurden die Abteilung Verkehr und Infrastruktur Strasse mit dem Amt für Verkehr zusammengelegt (per 1. Juli 2008).



2.2 Verkehr

2.2.1 Aufgaben

Gesamtverkehr

Die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsraumes Zürich hängt wesentlich von einer zukunftstauglichen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur für Schiene, Strasse, Luft- und Langsamverkehr ab. Das neue Amt für Verkehr erfüllt dabei künftig die wichtige Aufgabe der strategischen Planung und des strategischen Controllings (Lenkung und Steuerung) des Gesamtverkehrs (Öffentlicher Verkehr, Motorisierter Individualverkehr, Güterverkehr, Luftverkehr sowie Fuss- und Veloverkehr). Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Gesamtverkehrskonzepts. Verkehrspolitische Entscheide können somit aus einer verkehrssystemübergreifenden, dem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen und der Nachhaltigkeit verpflichteten Sicht getroffen werden. Auch stehen mit der Umsetzung der Agglomerationsprogramme wichtige gesamtverkehrliche Aufgabenstellungen an, die aus einer Hand zielgerichtet und koordiniert verfolgt werden können. Im Einzelnen werden folgende Aufgaben erfüllt:

- Weiterentwicklung der Gesamtverkehrsstrategie im Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich. Die Strategie wird im Gesamtverkehrskonzept festgeschrieben
- Aufbau, Umsetzung und Weiterentwicklung des Gesamtverkehrscontrollings
- Entwicklung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten als Grundlage für Programm- und Massnahmenplanung im ÖV, MIV, LV und Güterverkehr
- Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr im Kanton Zürich
- Alle Verkehrsarten umfassende Verkehrs- und Wirkungsprognosen mittels Gesamtverkehrsmodell und weiteren Instrumenten.

Flughafen und Luftverkehr

Der Flughafen Zürich hat als Landesflughafen eine herausragende volks- und verkehrswirtschaftliche Bedeutung für die Schweiz und den Grossraum Zürich. Der Bund übertrug am 1. Juni 2001 die Betriebskonzession der gemischtwirtschaftlich organisierten Flughafen Zürich AG (FZAG) für eine Dauer von 50 Jahren. In seiner Rolle als Hauptaktionär der FZAG mit besonderen Rechten hat der Kanton darauf zu



achten, dass die volks- und verkehrswirtschaftlichen Interessen mit den Schutzanliegen der Bevölkerung in Einklang stehen. In diesem Kontext obliegen dem Kanton folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Sicherstellung einer kompetenten Vertretung der staatlichen Interessen im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG durch die abgeordneten Regierungsmitglieder bzw. die mandatierten Vertretungen
- Überwachung der Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons Zürich an der FZAG im Rahmen des Beteiligungscontrollings
- Mitwirkung in den Verfahren für den Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) und des definitiven Betriebsreglements für die FZAG
- Vorbereitung und Durchführung einer mit dem SIL-Prozess abgestimmten Teilrevision des kantonalen Verkehrsrichtplans, Kapitel Flughafen Zürich
- Wahrnehmung der Aufgaben gemäss Bundesrecht und Flughafengesetz, insbesondere: Aufsicht über die Einhaltung der An- und Abflugrouten und der Nachtflugordnung, Beurteilung von Gesuchen der FZAG an den Bund betreffend Änderungen der Lage und Länge der Pisten bzw. Änderungen des Betriebsreglementes mit wesentlichen Auswirkungen auf die Fluglärmbelastung, periodische Erhebungen, Analysen und Berichte zum Zürcher Fluglärmindex.

Infrastrukturplanung / Strassenverkehr

Das Amt für Verkehr ist verantwortlich für die strategische Planung, die Projektentwicklung und das strategische Verkehrsmanagement auf den Staatsstrassen. Diese Themenfelder umfassen folgenden Aufgaben:

- Erarbeitung von Strategien im Bereich der Strassen und Infrastrukturen für den Langsamverkehr
- strategische Planung von Infrastrukturvorhaben (z.B. Zweckmässigkeitsbeurteilungen)
- Bedürfnisermittlung bei Gemeinden und Verfassen von Vorstudien und die Erteilung von Projektaufträgen an das Tiefbauamt
- Wahrung der Interessen des Kantons an den Nationalstrassen
- strategisches Verkehrsmanagement
- Betreuung des Strassenfonds und Finanzplanung inkl. Strassenbauprogramm
- Beitragswesen und Baupolizei.

Mit der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 gingen die Nationalstrassen in die alleinige Verantwortung des Bundes über. Damit entfällt auch die Zuständigkeit der Kantone für die Planung, Projektierung und Realisierung sowie Betrieb und Verkehrsmanagement der Nationalstrassen als Verbundaufgaben. Diese werden nun vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) wahrgenommen. Das Amt für Verkehr wahrt dabei die Interessen des Kantons im Rahmen der anstehenden Planungen und Ausbauten des Bundes.

Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) nimmt als Management-Holding die strategischen Führungsaufgaben innerhalb des Verkehrsverbundes wahr und bringt zudem die Interessen des Kantons im nationalen und internationalen Schienenverkehr ein. Der ZVV erbringt die Verkehrsleistungen zusammen mit kleineren Verkehrsunternehmen und Transportbeauftragten. Er ist dem Verkehrsrat, dem insgesamt neun Vertreter aus Bund, Kanton und Gemeinden angehören, unterstellt.

2.2.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Gesamtverkehr

Gesamtverkehrskonzept, regionale Gesamtverkehrskonzepte, Gesamtverkehrscontrolling, Gesamtverkehrsmodell (als Instrument), Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr, Kantonaler Richtplan Teil Verkehr, regionale Richtpläne, Sachplan Verkehr des Bundes und Botschaften zur Umsetzung.

Öffentlicher Orts- und Regionalverkehr

Strategiebericht 2011 - 2014 (Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr) und Management Konzept des ZVV.



Infrastrukturplanung

Strassenbauprogramm, Kantonaler Richtplan Teil Verkehr, regionale Richtpläne, Radwegstrategie, Integriertes Verkehrsmanagement (Konzeptphase).

Flugverkehr

Verkehrsprognosen und Verkehrsbedürfnisse der Flughafenbenützer, Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), kantonale Richtpläne.

2.2.3 Umfeldentwicklung

Der Kanton Zürich erwirtschaftet einen Fünftel des Volkseinkommens und der Wertschöpfung der Schweiz. Nach einer Stagnation um die Jahrtausendwende ist das Volkseinkommen seit dem Jahr 2001 wieder deutlich angestiegen. Die Bevölkerungszahlen wachsen schneller als im schweizerischen Durchschnitt: Seit der Jahrtausendwende im Schnitt um rund 1% pro Jahr, 2007 und 2008 gar um 2%. Die Konjunkturerholung bis 2008 und die wachsende Bevölkerung führten zu teilweise starken Verkehrszunahmen. Ungeachtet konjunktureller Entwicklungen wird erwartet, dass der Kanton Zürich auch künftig für Wohnen und Arbeiten eine überdurchschnittliche Anziehungskraft hat.

Die gute Verkehrsinfrastruktur (Strassenverkehr, öffentlicher Verkehr, Flughafen Zürich als Verkehrsinfrastruktur von nationaler Bedeutung) trägt einen wesentlichen Beitrag zur Standortattraktivität des Kantons Zürich bei. Der Güterverkehr wächst parallel mit der Wirtschaftsentwicklung. Die starken Mobilitätszunahmen im Luft-, Strassen- und Bahnverkehr führen zumindest punktuell zu Kapazitätsengpässen, aber auch zu anhaltend starken Immissionen für die Bevölkerung (Lärm, Luft) und zu negativen Umwelteinflüssen, die durch die konjunkturelle Abkühlung nur leicht gedämpft werden dürften. Mit grossen Investitionsvorhaben im Kanton, wie beispielsweise dem Bau der neuen Durchmesserlinie durch den Hauptbahnhof Zürich oder die Fertigstellung der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt, wird ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens geleistet. Die stockenden Verhandlungen mit Deutschland bez. Flughafenregime unter gleichzeitigem Vorziehen des SIL-Verfahrens erfordern mehr Zeit.

2.2.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion

Die Verkehrsnachfrage wird beeinflusst durch die Entwicklung bei den Einwohner- und Beschäftigtenzahlen sowie dem Mobilitätsverhalten der Menschen, dem Angebot an publikumsintensiven Einrichtungen, dem Verkehrsangebot und, in geringerem Ausmass, auch durch die Preisentwicklung. Für die KEF-Periode wird – ohne Berücksichtigung der bis dahin bereits wirksam werdenden Angebotsausbauten – von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Anzahl Fahrten (Total ÖV und MIV) von rund 1-2% ausgegangen, wobei beim ÖV ein etwas höheres Nachfragewachstum erwartet wird. Aufgrund steigender Wegdistanzen dürften die Verkehrsleistungen (Personenkilometer) etwas stärker ansteigen. Sowohl beim ÖV wie beim MIV sind zur Bewältigung der Nachfragesteigerung und zur Erreichung der verkehrspolitischen Ziele gezielte Angebotsausbauten und betriebliche Optimierungen notwendig. Mit dem Agglomerationsprogramm „Siedlung und Verkehr Kanton Zürich“ liegt dafür gerade für die am meisten belasteten Verkehrsinfrastrukturen eine zukunftsgerichtete Grundlage vor.

2.3 Wirtschaft und Arbeit

2.3.1 Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion unterstützt die Bestrebungen, Zürich als attraktiven Wirtschaftsstandort in Europa zu fördern und zu entwickeln. Durch ihre Dienstleistungen trägt sie zu einem günstigen Wirtschaftsklima für die Unternehmen bei. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) unterstützt zudem die rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Stellensuchenden (Vollzug AVIG), überwacht den Unfallschutz und die Gesundheitsvorsorge in Betrieben (Vollzug UVG und ArG) sowie den Vollzug der flankierenden Massnahmen und fördert den gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau mit kantonalen Mitteln und Bundesmitteln.



2.3.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Wirtschaftspolitische Zielsetzung des Kantons Zürich: Legislatorschwerpunkte des Regierungsrates, Studie Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich der Greater Zurich Area, Standortbericht.

2.3.3 Umfeldentwicklung

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich gegenüber der im KEF des Vorjahres festgehaltenen Entwicklung sehr stark verändert. Die Finanzmarktkrise führte zu einer weltweiten Wirtschaftskrise, die auch die Schweiz mit voller Wucht erfasst. So sind das Bruttoinlandprodukt und damit auch das Volkseinkommen der Schweiz seit Ende 2008 stark rückläufig. Eine erneute Erholung wird frühestens im Verlauf von 2010 oder sogar erst 2011 erwartet. Der Kanton Zürich ist aufgrund der grossen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Finanzdienstleistungssektors – 20 % Anteil an der Wertschöpfung – besonders betroffen. Mit dem Rückgang des Volkseinkommens im Kanton Zürich ist ein spürbarer Anstieg der Arbeitslosenquote verbunden - mit der üblichen zeitlichen Verzögerung.

Die konjunkturellen Veränderungen prägen auch die Ergebnisse der internationalen, wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten neigen die meisten Länder dazu, ihre eigenen Interessen noch stärker zu vertreten und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern rückt vermehrt in den Hintergrund. Dies wird den Marktzugang von Schweizer Unternehmen im Ausland erschweren.

Hohe Staatsverschuldungen werden zu einem Druck auf öffentliche Ausgaben führen. Die staatlichen Investitionen und laufenden Ausgaben werden entweder über Neuverschuldungen, Steueranpassungen oder Gebühren finanziert werden müssen.

2.3.4 Planungsannahmen als Grundlage für die Entwicklungsplanung der Direktion

Die weitere Konjunktorentwicklung bleibt überaus unsicher. Für die KEF-Periode wird mit einer starken Zunahme der Anzahl Stellensuchender gegenüber dem letzten KEF gerechnet. Aufgrund der ungünstigen Umfeldentwicklung ist die Bedeutung der Aktivitäten der Standortförderung für die Attraktivität des Standortes Zürich noch gestiegen.

2.4 Führungsunterstützung

2.4.1 Aufgaben

Das Generalsekretariat nimmt als Stabsstelle führungsunterstützende Funktionen für die VD als Organisation, die Direktionsvorsteherin und die Ämter wahr. Insbesondere zählt dazu das Aufarbeiten der strategischen Planung, einschliesslich der Controllinginstrumente, für die Legislatur- und Direktionsziele. Weiter das Planen, Koordinieren und Bearbeiten juristischer und politischer Direktionsgeschäfte (Berichte und Anträge an Regierung und Parlament, Vorbereiten von Kommissionssitzungen, Rechtsetzungsprojekte, Rechtspflege etc.). Zudem ist das Generalsekretariat in Absprache mit den Ämtern für eine sach-, zeit- und stufengerechte sowie transparente interne und externe Kommunikation besorgt und erbringt für die Ämter jene Dienstleistungen, deren Zusammenfassung zu einer rationellen Aufgabenerfüllung führt (z.B. Basisdienstleistungen in der Informatik für alle Mitarbeitenden). Die Europafachstelle ist als Kompetenzzentrum für europarechtliche Fragen Anlaufstelle für andere Direktionen und unterstützt die Direktionsvorsteherin insbesondere bei den Verhandlungen über das An- und Abflugregime zum Flughafen Zürich sowie der Pflege der Beziehungen zu den angrenzenden Kantonen und dem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum.



2.4.2 Planungsgrundlagen für die Erfüllung der Aufgaben (neben gesetzlichen Grundlagen)

Grundlagen bilden neben der Legislaturplanung verschiedene politische Grundsatzentscheide sowie Berichte der Regierung in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion will einen wesentlichen Beitrag leisten um:

- die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern
- das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen

Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme (LZ RR 11)

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anzustreben.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LG 5205 E1+E7, LG 5210, LG 5920, LG 5925, LG 9300, LZ RR 11.1)
- Entwicklung Angebot und Tarif im ZVV, gemäss Zielen Strategie ZVV 2007-2010 (LG 9300 E1-E5)
- Langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastruktur sowie Standardisierung beim Strassenbau (LG 5205 E5, LG 5925)

Ziel 2: Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich sowie Stärkung des politischen Dialogs auf kantonaler und nationaler Ebene und im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum (LZ RR 11)

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, in der Flughafenregion raumplanerisch vorzusorgen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Den politischen Dialog mit Bund, Nachbarkantonen, Gemeinden und Deutschland zur Förderung der Akzeptanz des Flughafens Zürich als nationale Verkehrsinfrastruktur und einer langfristigen Lösung stärken (LG 5000)
- Planungs- und Rechtssicherheit im Rahmen des Sachplans Infrastruktur und des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich sowie des kantonalen Richtplans (LG 5000, LG 5205 E3+E4, beinhaltet LZ RR 11.2: In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen)
- Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG (LG 5205)

Ziel 3: Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept) (LZ RR 11)

Der Regierungsrat hat als Ziel 11 für die Legislatur 2007–2011 festgelegt, die Mobilität zu steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abzustimmen. In diesem Rahmen hat er der Volkswirtschaftsdirektion den Auftrag erteilt, den Strategieprozesses und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption zu gestalten und weiterzuentwickeln sowie den Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umzusetzen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Den Strategieprozesses und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln (LG 5205 E2, LG 5000, LG 5210, LG 5925, LZ RR 11.3)



- Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der weiteren Reformen des Bundes im öffentlichen Verkehr und des Individualverkehrs sichern sowie langfristige Optionen für die Verkehrsfinanzierung entwickeln (LG 5205 E6, LG 5210, LG 5920, LG 5925, LG 9300 E4)
- Politische Steuerungsinstrumente gemäss Gesamtverkehrskonzept entwickeln und implementieren (Strategiebeschluss Strasse, Finanzplanung Strasse) (LG 5205 E6, LG 5000, LG 5925)
- Neuordnung des Verkehrsrechts (LG 5000 E1, LG 5205 E5, LG 5925)
- Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LG 5205 E3, LZ RR 11.4)

Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich im internationalen Wettbewerb (LZ RR 3 und 5)

Im Rahmen der Ziele 3 und 5 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat der Volkswirtschaftsdirektion verschiedene Aufträge für Massnahmen erteilt, um das Standortmarketing zu verstärken und die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Bemerkung: Die Standortqualität wird nebst Faktoren wie Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur, Bildungsmöglichkeiten, Lebensqualität usw. wesentlich durch die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem kompetitiven Steuersystem beeinflusst.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5), einschliesslich einer Überprüfung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) (LG 5300 E4)
- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LG 5300 E5, LZ RR 5.4)
- Gute Rahmenbedingungen und optimale Dienstleistungen für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmungen fördern, insbesondere auch in wichtigen Branchen und bei Clustern (LG 5300 E3+E9)
- Standortbericht, inkl. Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich (im Rahmen der Stiftung Greater Zurich Area) (LG 5300)
- Innovation und Technologietransfer stärken (LG 5300)
- Führung der Marke Zürich beanspruchen (LG 5300 E6, LZ RR 3.1)
- Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LG 5300 E7, LZ RR 3.3)
- Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LG 5300 E8, LZ RR 3.4)
- Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen (LG 5300 E9, LZ RR 3.6)

Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. –suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen*Bezug zu Projekten / Massnahmen:*

- Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückführen sowie Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärken (interinstitutionelle Zusammenarbeit, IIZ) (LG 5300 E1)
- Umsetzen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (LG 5300 E2)
- Aufbau und Umsetzung des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) (LG 5300)



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Stadtbahn Glattal	-555	2000	2002	2002-2011
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-674	1999	2001	ab 2002
S-Bahn: 3. Teilergänzungen	-96	2001	2003	2005-2008
Tram Zürich-West	-45	2003	2007	2008-2011
S-Bahn, 4. Teilergänzungen	-286	2009	2009	ab 2010
Sihltalbahn Doppelspur	-17.4	2009	2010	2011-2012

4.2 Übrige Investitionen

Übrige Investitionen in Mio. Fr.	B 2009	B 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Generalsekretariat	0	0	-1	-2	0
Amt für Verkehr	-48	-49	-65	-58	-58
Verkehrsfonds (öffentlicher Verkehr)	-9	-14	-13	-14	-27
Amt für Wirtschaft und Arbeit	-2	-1	-3	-3	-3
Total übrige Projekte	-59	-64	-82	-77	-88

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum	Auswirkung auf Saldo Erfolgsrechnung (Mio. Fr.)
Projekt Aufarbeitung Baulinien an Staatsstrassen	2009	2009-2012	3.5
KMU Entlastungsinitiative, Gegenvorschlag (Entlastungsgesetz)	2009	Umsetzung ab Ende 2009/Anfang 2010	0.8 für 2010 & 2011, dann jährlich 0.6
Neuer EG AVIG-Kredit ab 2010	2009	ab 2010	2010: 0.1 / ab 2011: 1.3



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	B 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	765.7	750.1	777.1	783.3	793.8	771.1
Aufwand	-942.7	-997.7	-1'024.7	-1'040.1	-1'054.7	-996.7
Saldo	-177.0	-247.5	-247.6	-256.8	-260.9	-225.6
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	22.8	11.4	20.7	22.8	28.9	71.5
Ausgaben	-607.4	-321.5	-316.1	-392.2	-240.5	-199.7
Nettoinvestitionen	-584.6	-310.1	-295.4	-369.4	-211.6	-128.2

Wesentliche Entwicklungen der Volkswirtschaftsdirektion

- Für das Jahr 2010 wird aufgrund der aktuellen Wirtschaftssituation und der Prognosen eine höhere Anzahl Stellensuchender erwartet. Für den Vollzug AVIG sind Aufwanderhöhungen, insbesondere bei den Personal- und Sachkosten, von rund 19 Mio. Fr. geplant.
- Neu wird im Flughafenfonds die Lärmrechnung für den Flughafen geführt, die jedoch den Saldo nicht beeinflusst.
- Zur Deckung der Strassenausgaben beim Tiefbauamt und dem Amt für Verkehr sind tiefere Überträge aus der Leistungsgruppe Strassenfonds nötig (24 Mio. Fr.). Nach Inkrafttreten des NFA und der Übergabe der Nationalstrassen an den Bund entfallen die Folgekosten. Die Netzfertigstellung der Nationalstrassen wird durch das Tiefbauamt abgewickelt. Aufgrund der konjunkturellen Krise prognostiziert der Bund deutlich tiefere Kantonsanteile an der LSWA (-10 Mio. Fr. 2010 bis 2013).

Wesentliche Entwicklungen bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs:

- Für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse müssen während der KEF-Periode 2010-2013 rund 500 Mio. Fr. (Höchststand 2012) vorfinanziert werden, damit die Finanzierung sichergestellt ist. In den Jahren 2010 bis 2012 ergeben sich bei der Durchmesserlinie hohe Investitionsausgaben, die Rückzahlung der Vorfinanzierung durch den Bund beginnt 2013.
- Beiträge an den ZVV in Mio. Franken: 157.6 (Ist 2008); 173.4 (B 2009); 185.9 (B 2010); 197.0 (2011); 202.4 (2012); 204.2 (2013)
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. Franken: 83 (Ist 2008); 81.1 (B 2009); 81.1 (B 2010); 82.3 (2011); 83.6 (2012); 84.8 (2013)

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Volkswirtschaftsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	+27.0	+31.2	+4%	+4%
Aufwand	-27.0	-31.4	-3%	-3%
Saldo	+/-0	-0.2	+/-0%	+/-0%
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	+9.4	+24.6	+82%	+217%
Ausgaben	+5.4	+34.4	+2%	+11%
Nettoinvestitionen	+14.8	+59.0	+5%	+19%

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung:

Der Ertrag steigt um 27 Mio. Fr. oder 4 %. Wichtigste Ursachen:

- +8.4 Amt für Verkehr: Der Übertrag aus dem Strassenfonds steigt aufgrund höherer Ausgaben im Strassenbereich an
- +18.8 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Höhere Rückerstattung des Seco für den Vollzug AVIG
- +2.4 Flughafenfonds: Finanzertrag der Lärmrechnung
- 7.3 Strassenfonds: Gemäss aktuellster Prognose des Bundes sinken die Einnahmeanteile aus der LSVA um 10.5 Mio. Fr., die der Mineralölsteuern steigen um 3.1 Mio. Fr.
- +4.5 Strassenfonds: Höherer interner Zinsertrag aufgrund Neubewertungen

Der Aufwand steigt um 27 Mio. Fr. oder 3 %. Wichtigste Ursachen:

- 20.0 Amt für Verkehr: Beitrag an die Stadt Zürich für die Sanierung Hardbrücke
- +10.8 Amt für Verkehr: Die Verzinsung der Liegenschaften im Finanzvermögen wird neu direkt dem Strassenfonds belastet (sind in der Leistungsgruppe Strassenfonds aktiviert)
- 12.5 Finanzierung öff. Verkehr: Höherer Beitrag an den ZVV aufgrund des vom KR genehmigten Rahmenkredits (Folgekosten von Investitionen)
- 19.0 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Höhere Kosten für den Vollzug AVIG (Personal- und Sachkosten)
- +1.9 Verkehrsfonds: Tiefere Einlage in den Verkehrsfondsbestand
- 2.4 Flughafenfonds: Überschuss Lärmrechnung
- +13.9 Strassenfonds: Gesamthaft tieferer Übertrag um 24 Mio. Fr. an AFV (-8) und TBA (+32). Neu interne Zinsen auf Liegenschaften Finanzvermögen (-10 Mio., vorher AFV).

Investitionsrechnung:

Die Nettoinvestitionen sinken um 14.8 Mio. Fr. oder 5 %. Wichtigste Ursachen:

- +4.6 Verkehrsfonds: Die Investitionen für die Durchmesserlinie steigen, während für die Glattalbahn und das Tram Zürich West tiefere Beiträge anfallen
- +10 Flughafenfonds: Mit der geschätzten Auszahlung von 10 Mio. Fr. reduzieren sich entsprechend die gebildeten Rückstellungen und Darlehen (Bürgschaft) der Lärmrechnung. Deren Veränderungen werden entsprechend der kantonalen Buchführungspraxis in der Investitionsrechnung gebucht. Anmerkung: Mit der Verbuchung der Darlehensveränderung (Aktivierung/Deaktivierung) beim Rechnungsabschluss wird auch die IR ausgeglichen

**Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr****Erfolgsrechnung:**

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Ertrag durchschnittlich um 31 Mio. Fr. oder 4 % über dem Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursache:

- +4.1 Amt für Verkehr: Höherer Übertrag aus dem Strassenfonds (wegen Beiträgen an Hardbrücke)
- +18.7 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Höhere Rückerstattung des Bundes für den Vollzug AVIG aufgrund höherem Sach- und Personalaufwand
- +1.1 Verkehrsfonds: Durchschnittlicher Anstieg der Überträge für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs
- 7.0 Strassenfonds: Tiefere Einnahmen aus der LSVA (gemäss Schätzungen Bund)
- +11.8 Strassenfonds: Höhere interne Verrechnungen aus Zinsertrag (+6.8 Mio. Fr.) und Verkehrsabgaben (+5 Mio. Fr.)

In den Jahren 2010 bis 2013 liegt der Aufwand durchschnittlich um 31 Mio. Fr. oder 3 % über dem Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursachen:

- 12.5 Amt für Verkehr: Beiträge für die Sanierung der Hardbrücke (2013 auslaufend)
- +12.0 Amt für Verkehr: Die Verzinsung der Liegenschaften im FV wird neu direkt dem Strassenfonds belastet
- 1.8 Amt für Verkehr: Steigende Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen
- 24.0 Finanzierung öff. Verkehr: Durchschnittlicher Anstieg des Beitrags an den ZVV
- 1.9 Finanzierung öff. Verkehr: Erhöhung der Einlagen in den Verkehrsfonds
- 18.7 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Anstieg der Personalkosten und der Sachkosten aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise (Vollzug AVIG)
- +7.5 Verkehrsfonds: Die Abschreibungen entwickeln sich aus der Inbetriebnahme von subventionierten Investitionen und der Nutzungsdauer von 25 Jahren
- 15.7 Verkehrsfonds: Anstieg der Zinsen, weil die kumulierten und noch nicht abgeschriebenen Investitionsbeiträge ansteigen
- +7.2 Verkehrsfonds: Die Einlagen in den Fondsbestand (Aufwandkonto) vermindern sich aufgrund des Leistungsergebnisses
- +21.5 Strassenfonds: Die Überträge an das Tiefbauamt und das Amt für Verkehr pendeln sich tiefer ein

Investitionsrechnung:

In den Jahren 2010 bis 2013 investiert die Volkswirtschaftsdirektion durchschnittlich 59 Mio. Fr. oder 19 % weniger als im Jahr 2009. Wichtigste Ursachen:

- +59.9 Verkehrsfonds: Die Beiträge an die Glattalbahn und das Tram Zürich West verringern sich 2010 und ab 2012 setzen Rückzahlungen ein (Beiträge aus Infrastrukturfonds)
- +10.0 Flughafenfonds: Mit der geschätzten Auszahlung von 10 Mio. Fr. reduzieren sich entsprechend die gebildeten Rückstellungen und Darlehen (Bürgschaft) der Lärmrechnung
- 9.5 Amt für Verkehr: Von 2011-2013 sind Interessensbeiträge an Nationalstrassen geplant (Projektverbesserungen nach Vorstellungen des Kantons, Projektausführung über Bundesstandard wie z.B. Lärmschutz, höhere Anforderungen in Bereichen Siedlung und Landschaft etc.)



4.5 Entwicklung Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 5920 (Verkehrsfonds)

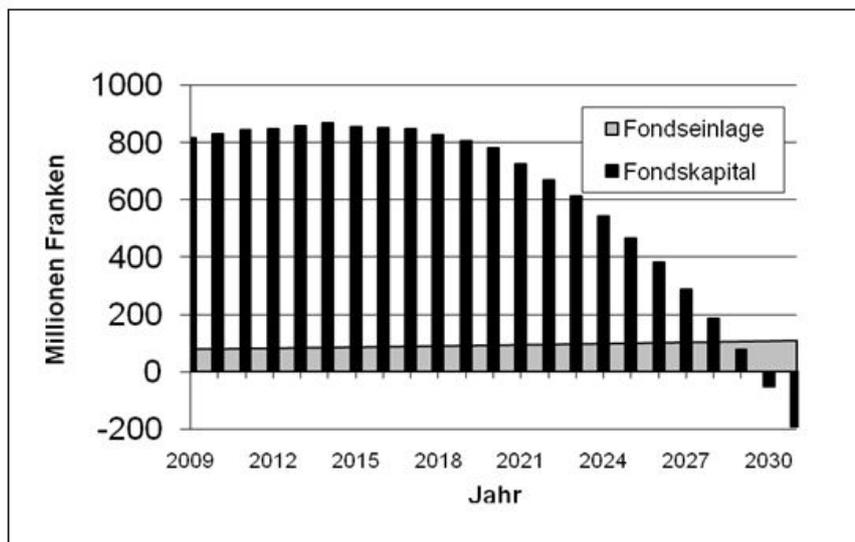
4.5.1 Bestandesrechnung und Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.	B 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Bestandesrechnung				
Beiträge aus dem Fonds (Anlagenbestand ./ Abschreibungen)	1'053.0	1'817.1	1'845.4	1'956.3
2910 0 0000 Fondsbestand	-832.8	-844.1	-850.5	-858.0
Erfolgsrechnung				
3660 0 0000 Abschreibungen	-47.6	-46.4	-48.4	-46.6
3511 0 0000 Einlagen in Fonds des EK	-15.5	-11.3	-6.4	-7.5
3940 0 0000 Zinsen Verwaltungsvermögen	-43.5	-50.6	-54.9	-57.0
4309 0 0000 Übrige Erträge	0.9	0.9	0.9	0.8
4942 0 0000 Zinsertrag	24.5	25.0	25.3	25.5
4980 0 0000 Übertragung von Buchkreis an Fonds	81.1	82.3	83.6	84.8

Die Fondseinlage wurde im Rahmen des Sanierungsprogramms 2004 und des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht MH06 von 2004 bis 2008 auf 83 Mio. Fr. reduziert. Die Einlage wurde im Rahmen der Sparvorgabe im KEF 2009-2012 weiter auf 81.1 Mio. Fr. gekürzt. Diese Einlage soll auch 2010 beibehalten werden. Der Fondsbestand beträgt gut 800 Mio. Fr. und erhöht sich bis zum Ende der KEF-Periode noch leicht. Da die Durchmesserlinie als grösstes Objekt erst Ende 2013 in Betrieb gehen wird, wird der Fonds erst ab 2014 mit diesen Abschreibungen belastet. Voraussichtlich wird das Fondskapital ab 2015 abnehmen. Dazu werden die Kapitalfolgekosten der 4. Teilergänzungen, der Limmattalbahn, des Trams Hardbrücke sowie weiterer Tramprojekte kommen, so dass das Fondskapital bis 2029 abgebaut sein wird und sich eine Unterdeckung abzeichnet.

4.5.2 Entwicklung Fondsbestand

Die Grafik zeigt die Entwicklung des Fondsbestandes bis 2031.



**4.5.3 Investitionsrechnung**

in Mio. Fr.	B 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Investitionsrechnung				
5400 0 00000 Darlehen an den Bund	-95.5	-139.4	-87.0	42.7
5620 9 00000 Investitionsbeiträge an Gemeinden	-17.4	-15.0	8.0	8.3
5640 0 0000 Investitionsbeiträge an öff. Unternehmen	-142.8	-156.7	-79.5	-128.5
Saldo Investitionsrechnung	-255.7	-311.1	-158.5	-77.5
davon Investitionsbeiträge an Grossprojekte (Kredit)				
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (-673.6)	-190.4	-252.5	-180.5	-50.5
Stadtbahn Glattal (-555)	-31.5	-16.4	46.4	18.8
Tram Zürich West (-45)	-14.3	-12.6	9.4	10.8
4. Teilergänzungen S-Bahn (-286)	-5.4	-8.2	-11.1	-29.7
Doppelspur Sihltalbahn (-17.4)		-8.6	-8.8	
Total Grossprojekte (-1'576.6)	-241.6	-298.3	-144.6	-50.6

In der KEF-Periode entfällt der grösste Teil des Investitionsvolumens auf die erwähnten Grossprojekte. Für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, die Stadtbahn Glattal und das Tram Zürich West liegen die Kreditgenehmigungen vor. Die Verfahren zur Kreditgenehmigung für die 4. Teilergänzung und die Doppelspur Sihltalbahn müssen noch eingeleitet werden. Die übrigen Beiträge verteilen sich auf diverse kleine Positionen, darunter auch die verschiedenen Anpassungen an das Behindertengesetz, wofür der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 32 Mio. Fr. bewilligt hat. Mitfinanziert werden Infrastruktur-Objekte der Gemeinden und ihrer Verkehrsbetriebe sowie solche von Privatbahnen und Busunternehmen.



5. Leistungsgruppen

- 5000 Generalsekretariat (GS)**
- 5205 Amt für Verkehr (AFV)**
- 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr**
- 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	3.7	4.6	0.7	4.9	0.7	4.7	1.5	5.4	4.7	26.5
- Interne Informatik-Dienstleistungen	3.1	4.0		4.3		4.1		4.9	4.1	
Aufwand	-12.5	-10.1	-0.1	-10.0	0.1	-9.8	-0.4	-10.4	-9.6	-23.2
- Übertrag für Sonderabschreibungen Glattalbahn	-3.9									
Saldo	-8.9	-5.5	0.7	-5.1	0.8	-5.1	1.1	-5.0	-5.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.4	-0.2	-0.2	-0.9	-0.9	-2.4	-2.4		-0.6
Nettoinvestitionen		-0.4	-0.2	-0.2	-0.9	-0.9	-2.4	-2.4		-0.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	35.4	35.5	0.0	35.0	0.0	35.0	0.0	35.0	35.0	

Aufgaben

- A1 Unterstützt und berät die Direktionsvorsteherin und die Ämter
- A2 Plant, bearbeitet und kontrolliert die Geschäfte
- A3 Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen & Controlling
- A4 Europafachstelle

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Neuordnung des Verkehrsrechts	2011	3
E2 Aufbau strategisches Controlling (neu; in Abhängigkeit RR-Controlling)	2010	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) 1) (A3)	min.	5.0		>5		>5	
Leistungen							
L1 Anzahl von der VD erledigte Rekurse (A2)	P	37	30	30	30	30	30
L2 Anteil Rekurse, die innerhalb fünf Monaten erledigt sind (A2)	min.	68%	>60%	>60%	>60%	>60%	>60%
L3 Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze 2) (A3)	P	854	870	920	900	870	870
L4 Bürgerbriefe, innerhalb von 1 Monat beantwortet 3) (A1)	min.	n.e.	90%	80%	80%	80%	80%

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 5000	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-5.102
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150
Leistungsindikatoren L2 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 5000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- A4 Die Europafachstelle unterstützt die Direktionsvorsteherin in den Gesprächen mit Deutschland und Baden-Württemberg.
- Neuer Entwicklungsschwerpunkt E2: Aufbau des strategischen Controllings für die VD (soweit möglich und sinnvoll im Zuge des Ausbaus des Regierungscontrollings)

Indikatoren

- 1) Internetumfrage alle zwei Jahre bei allen PC-Benutzern der VD durch das Statistische Amt
- 2) Anpassung der zu betreuenden PC-Arbeitsplätze infolge Entwicklung Personalbestand beim AWA (Ausbau RAVs aufgrund Wirtschaftskrise)
- 3) Zielwertanpassung: Beantwortung innerhalb 1 Monats (Vorjahres-KEF: 2 Monate) mit einer minimalen Erledigungsrate von 80% (vorher 90%)

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 2010 zeigt eine Verbesserung um 423'200 Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Dies obwohl das Informatik-Leistungszentrum einen mehr als 100'000 Fr. schlechteren Saldo budgetiert.
- Der Personalaufwand sinkt durch den Abbau einer halben Stelle leicht. Zudem wurde eine Korrektur bei den Planwerten Familienzulagen vorgenommen (+93'000), da diese neu zentral eingestellt sind.
- Die Sachkosten liegen um 65'000 Fr. höher, wobei für Informatikmittel 2010 gesamthaft 190'000 Fr. mehr benötigt werden als im 2009 (unter anderem aufgrund der erhöhten Aktivierungsgrenze).
- Bei Dienstleistungen Dritter spart das Generalsekretariat Fr. 110'000 und die Europafachstelle Fr. 15'000 ein.

Investitionsrechnung

- Die geplante Investition betrifft das Projekt 'VD Server-Konsolidierung' (z.T. bereits im 2009 umgesetzt)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für das Planjahr 2010 wird mit 35 Stellen budgetiert, eine halbe Stelle wurde gegenüber 2009 abgebaut (befristete Stelle).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die grössten Budgetpositionen (neben den Lohnkosten) sind interne Verrechnungen, welche sich nach Projekten beim Informatik-Sachaufwand richten (Weiterverrechnung von Leistungen). Aufgrund der höheren Aktivierungsgrenze nach IPSAS können die Informatikkosten (Projekte) und die sich daraus ergebenden Weiterverrechnungen von Jahr zu Jahr wesentlich schwanken.

Investitionsrechnung

- Für eine Aktivierung und Planung über die Investitionsrechnung gelten nach IPSAS höhere Aktivierungsregeln.
- Im Planjahr 2011 sind Kosten für die Projekte Projekt 'Datawarehouse/Document Management System' (150'000) und 'VD Printing 2011' (750'000) eingestellt. Im Planjahr 2012 ist eine Gesamterneuerung der VD-Informatik geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Von den 35 Stellen sind derzeit 33 besetzt und budgetiert.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Entwicklung Ausgaben für Dienstleistungen Dritter (aufgrund KEF-Erklärung Nr. 5 'Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter' KR-Nr. 25/2008), Konto 3132:
- 30'000 Fr. (Budget 2009); 10'000 Fr. (Budget 2010); 0 (Plan 2011); 30'000 Fr. (Plan 2012); 0 (Plan 2013)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	153.3	122.1	-14.1	129.9	-13.9	132.0	-12.8	134.4	105.9	-30.9
- Übertrag aus Strassen- und Flughafenfonds	112.8	118.0		126.5		128.6		131.0	102.5	
Aufwand	-124.5	-126.8	14.0	-134.6	13.6	-136.7	12.4	-139.1	-110.7	-11.1
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-50.3	-60.1		-80.0		-80.0		-80.1	-50.1	
- Abschreibungen	-17.5	-18.8		-18.7		-19.9		-21.2	-22.2	
Saldo	28.8	-4.7	-0.1	-4.7	-0.3	-4.7	-0.4	-4.8	-4.8	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	11.9	1.3	0.0	1.3	0.0	1.3	0.0	1.2	1.2	3.0
Ausgaben	-10.8	-49.2	-3.0	-50.2	-18.8	-66.0	-12.0	-59.2	-59.2	-49.1
- Investitionsbeiträge an Nationalstrassen				-1.0		-10.8		-19.0	-19.0	
Nettoinvestitionen	1.1	-47.9	-3.0	-48.9	-18.8	-64.7	-12.0	-58.0	-58.0	-46.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	64.9	59.1	-4.6	54.5	-3.1	56.0	-1.6	57.5	59.1	

Aufgaben

- A1 Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrs-Controlling
- A2 Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells
- A3 Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
- A4 Wahrung der kantonalen Interessen im Bereich der strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr
- A5 Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische ÖV-Projekte
- A6 Strategisches Verkehrsmanagement
- A7 Baupolizei und Beitragswesen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1)	2011	1
E2 Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehr-Controllings (LZ RR 11.3)	2010	3
E3 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4)	2011	3
E4 Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion (LZ RR 11.2)	2011	2
E5 Weiterentwicklung und Definition von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung; Umsetzung in der Gesetzgebung (Strassengesetz u.a.)	2011	3
E6 Ausarbeitung eines Strategieberichtes Strassenverkehr und einer zugehörigen Finanzplanung für den Bereich der Strassen (Ablösung Bauprogramm Strassen)	2011	3
E7 Interessenwahrung beim Bund zur Aufnahme der wichtigen Vorhaben im Nationalstrassennetz in den Netzbeschluss resp. in die Programmbotschaft Engpassbeseitigung	2011	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	n.a.	130.5	130.5	130.5	130.5	130.5
W2 Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich	P	n.a.	111.0	111.0	111.0	111.0	111.0
W3 NOx-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	6030	5710	5450	5200	4900	4640
W4 PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	629	624	622	620	618	616
W5 CO2-Emissionen im Strassenverkehr (in 1'000 t)	P	2068	2'074	2'074	2'074	2'075	2075
Leistungen							
L1 Bimodaler Modal Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte); A1, A2	P	27.8	27.6	31.5	32.0	32.5	33.0
L2 Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperrung; A4	min.	5'420	5'400	5'400	5'400	5'500	5500
L3 Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements; A4	P	533	300	300	300	300	300
L4 Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling; A3	P			24	24	24	24
L5 Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung (Baugesuche, UVP); A7	P			700	700	700	700
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 5205 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-131.194
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-50.200
Leistungsindikator L2	

Budget Leistungsgruppe 5205	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Das Amt für Verkehr (AFV) umfasst die Aufgabenbereiche Gesamtverkehr, Flughafen/Luftverkehr, Infrastrukturplanung sowie die hoheitlichen Aufgaben im Zusammenhang mit den Staatsstrassen.

Indikatoren

- Die Indikatoren werden im Rahmen der Entwicklung des Gesamtverkehrs-Controllings überarbeitet.

Sonstige Bemerkungen

- Der Saldo des Amtes für Verkehr resultiert aus den Aufwendungen, welche nicht dem Strassenfonds und nicht dem Flughafenfonds verrechenbar sind, als auch den Erträgen.
-

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

Bedeutendste Veränderungen sind:

- +11 Mio. Fr.: Die Zinsbelastung auf den im Strassenfonds bilanzierten Liegenschaften im FV erfolgt neu direkt im Strassenfonds
- -20 Mio. Fr.: Höherer Investitionsbeitrag an Stadt Zürich wegen Sanierung Hardbrücke
- +8 Mio. Fr.: Entsprechend resultiert ein höherer Übertrag aus dem Strassenfonds
- Die Dienstleistungen Dritter erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 220'000 Fr., die sich aus 400'000 Fr. Mehraufwand für Strassenvorhaben, 105'000 Fr. Minderaufwand für Gesamtverkehrsvorhaben sowie 75'000 Fr. Minderaufwand für Vorhaben im Bereich Flughafen/Luftverkehr zusammensetzen. Die Aufwendungen im Strassen- und Flughafen-/Luftverkehrsbereich werden dem Strassen- bzw. Flughafenfonds verrechnet.

Investitionsrechnung

- Im Jahr 2010 ist erstmals ein Interessensbeitrag von 1 Mio. Fr. an Nationalstrassenprojekte vorgesehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das Budget basiert auf einem Beschäftigungsumfang von 54.5 Stellen. 4.6 der bewilligten Soll-Stellen werden entsprechend dem weiteren Aufbau des Amtes im Verlauf der Planungsperiode besetzt.

Indikatoren

- L2: Höherer Wert, da aufgrund der Auswertungen von Mikrozensus 2005 die Berechnungen auf einer höheren Ausgangsbasis erfolgten.
 - L4 und L5 sind neu
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Beiträge 2010-2012 an den Staatsstrassenunterhalt in der Stadt Zürich sind wegen der Sanierung Hardbrücke höher als üblich.

Entwicklung der Ausgaben für Dienstleistungen Dritter:

- 2010: 6.5 Mio. Fr., 2011: 6.5 Mio. Fr., 2012: 6.3 Mio. Fr., 2013: 6.3 Mio. Fr.

Investitionsrechnung

- In den Jahren 2011-2013 sind Interessensbeiträge an Nationalstrassen von 11 bis 19 Mio. Fr. geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang erhöht sich bis 2013 entsprechend dem weiteren Aufbau des Amtes auf den bewilligten Soll-Bestand.
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber der letztjährigen Planung basiert die diesjährige Planung dank der abgeschlossenen Schnittstellenbereinigung auf einer besseren Grundlage. Die Erfahrungswerte sind aber immer noch ungenügend.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		-100.0
Aufwand	-235.4	-249.3	1.2	-261.8	-4.7	-274.1	-6.4	-280.8	-283.8	20.6
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-157.6	-173.4		-185.9		-197.0		-202.4	-204.2	
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-83.0	-81.1		-81.1		-82.3		-83.6	-84.8	
Saldo	-235.4	-249.3	1.2	-261.8	-4.7	-274.1	-6.4	-280.8	-283.8	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV" Direktionsziel Nr. 0

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 "Verkehrsfonds" und Nr. 9300 "ZVV"

Leistungsgruppe 5210 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -261.800
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 5210

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe 5210 ist auf die Finanztransaktionen "Beitrag an den ZVV" sowie "Übertrag in den Verkehrsfonds" beschränkt. Die Entwicklungsschwerpunkte und Indikatoren werden dort aufgezeigt, wo die materielle Planung erfolgt, nämlich in den Leistungsgruppen 9300 "ZVV" und 5920 "Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs". Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an den ZVV (Leistungsgruppe 9300) und dem Übertrag in den Verkehrsfonds.
- Für die Abgeltung der Annuitätenschuld der VBZ ist beim Restatement der Bilanz eine Rückstellung gebildet worden. Diese entlastet die Leistungsgruppe ab 2009 um 5.2 Mio. Fr. pro Jahr.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. Franken: 173.4 (B 2009); 185.9 (B 2010). Zunahme im Rahmen des vom Kantonsrat bewilligten Rahmenkredits 2009/2010.
- Einlage in den Verkehrsfonds in Mio. Franken: 81.1 (B 2009); 81.1 (B 2010)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV in Mio. Franken 157.6 (IST 2008); 173.4 (B 2009); 185.9 (2010); 197.0 (2011); 202.4 (2012); 204.2 (2013)
- Zunahme in Folge Angebotsausbauten wie z.B. die 3. Etappe Glattalbahn und das Tram Zürich West sowie steigender Kapitalkosten.
- Übertrag in den Verkehrsfonds in Mio. Franken 83 (IST 2008); 81.1 (B 2009); 81.1 (2010); 82.3 (2011); 83.6 (2012); 84.8 (2013)
- Einlage in den Verkehrsfonds: Durch die Umstellung auf IPSAS werden die Investitionen im Verkehrsfonds langsamer und später abgeschrieben. Die laufenden Grossprojekte DML, Glattalbahn und Tram Zürich West, sowie die mit der DML zwingend verbundene 4. Teilergänzung der S-Bahn, belasten aber den Fonds auf Jahrzehnte hinaus mit erheblichen Ausgaben. Die noch nicht abgeschriebenen Investitionsbeiträge steigen auf über 2 Mrd., was mehr als 150 Mio. Franken Kapitalkosten nach sich zieht.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Beitrag des Kantons an den ZVV liegt in den Planjahren 2011 und 2012 6 - 8 Mio. Fr. höher als im KEF 2009, während die Einlage in den Verkehrsfonds gut eine Mio. Fr. tiefer ausfällt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	76.7	90.2	18.9	110.0	15.7	108.2	16.2	109.9	110.5	44.0
- Vollzug AVIG		79.6		98.4		96.7		98.6	99.2	
Aufwand	-111.6	-133.5	-19.3	-153.3	-16.9	-152.3	-17.3	-154.1	-155.4	39.2
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV		-79.6		-98.6		-96.9		-98.8	-99.4	
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV		-22.7		-21.8		-22.4		-22.7	-23.2	
Saldo	-34.8	-43.4	-0.4	-43.3	-1.2	-44.2	-1.1	-44.2	-44.9	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	10.8	10.0	0.9	9.4	3.0	11.5	1.2	9.7	9.3	10.1
Ausgaben	-7.1	-11.6	1.9	-10.1	-2.2	-14.2	-0.4	-12.4	-12.0	-11.2
Nettoinvestitionen	3.7	-1.6	2.8	-0.7	0.8	-2.7	0.8	-2.7	-2.7	-1.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	525.2	602.4	124.0	730.2	124.0	730.2	124.0	730.2	730.2	

Aufgaben

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
- A2 Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen
- A5 Fairer Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten	2010	5
E2 Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU	2010	5
E3 Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen	2010	4
E4 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5)	2010	4
E5 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4)	2010	4
E6 Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1)	2010	4
E7 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3)	2010	4
E8 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4)	2010	4
E9 Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6)	2010	4

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH 1) (A1)	min.	517	400	300	300	300	300
W2 Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze 1) (A1)	min.	194	400	300	300	300	300
W3 Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006-09 mit dem seco 2) (A3)	min.	103	100	100	100	100	100
Leistungen							
L1 Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte 1) (A1)	min.	18	20	15	15	15	15
L2 Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen 3) (A1)	P	17'490	16'000	16'000	16'000	16'000	16000
L3 Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen 3) (A1)	P	50'157	45'000	45'000	48'000	50'000	50'000
L4 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) (A2)	min.	1'225	1'200	1'200	1'200	1'200	1200
L5 Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) 4) (A3)	P	24'261	27 - 32'000	51 - 56'000	51 - 56'000	51 - 56'000	51 - 56'000
L6 Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen) (A4)	P	46	200	200	200	200	200
L7 Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM) (A5)	min.	---	---	1879	1879	1879	1879
L8 Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA) (A5)	min.	---	---	1500	1500	1500	1500
Wirtschaftlichkeit							
B1 Wirtschaftliche Betriebsführung, so dass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7bis, Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG) (A3)	min.	99.6%	99.9%	99.8%	99.8%	99.8%	99.8%

Leistungsgruppe 5300	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-43.312
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.100
Leistungsindikatoren L1, L4, L7 und L8	

Budget	Leistungsgruppe 5300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- 1) Angaben gemäss Businessplan der Unternehmen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.
- 2) Der Wirkungsindex umfasst folgende Komponenten: Rasche Wiedereingliederung der Stellensuchenden, Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden, Aussteuerungen vermeiden, Wiederanmeldungen vermeiden. Die entsprechenden Indikatoren werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erhoben und berechnet (CH=100).
- 3) Gängige Indikatoren aufgrund der Personenfreizügigkeit
- 4) Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Für das Jahr 2010 werden aufgrund der aktuellen Wirtschaftssituation und der Prognosen eine höhere Anzahl Stellensuchender erwartet. Für den Vollzug AVIG sind daher Aufwanderhöhungen v.a. in den Positionen Personal- und Sachkosten sowie Interne Verrechnungen im Gesamtbetrag von rund 18,8 Mio. Fr. geplant. Diese Mehrkosten werden vom Seco durch die Vollzugskostenentschädigung zurückvergütet und sind damit saldoneutral.
- Der EG AVIG-Kredit läuft per Ende 2009 aus. Für die Erneuerung des Kredites werden für 2010 4.8 Mio. Fr. budgetiert (B09: 4.7 Mio. Fr.)
- Aufgrund der neuesten Hochrechnungen des Seco soll sich der Kantonsbeitrag für die Finanzierung der ALV um 0.9 Mio. Fr. gegenüber B09 reduzieren. Dies u.a. aufgrund einer veränderten ALV-beitragspflichtigen Lohnsumme gegenüber Plan.
- Nach IPSAS wurden die Wohnbaudarlehen neu bewertet. Infolge der Reduktion des Zinssatzes auf 3% reduziert sich der Aufwand für die kalk. Zinsen um rund 0.5 Mio. Fr.
- Der Bereich Personal und Dienste muss sich auf die neuen Anforderungen ausrichten. 3.6 Stellen werden innerhalb des genehmigten Stellenplans neu besetzt, was 2010 zu höheren, unabdingbaren Personalkosten von rund 0.5 Mio. Fr. führt. Davon werden etwa 70 % vom Seco als Umlage über die Vollzugskostenentschädigung zurückerstattet.
- Für die Umsetzung des Entlastungsgesetzes werden zusätzliche Personal- und Sachkosten von etwa 0.7 Mio. Fr. benötigt.
- Berichterstattung für Ausgaben Dienstleistungen Dritter:
- Die Ausgaben für Dienstleistungen Dritter inkl. Honorare (3130 und 3132) erhöhen sich um 3,2 Mio. Fr. von Budget 2009 zu Budget 2010, davon sind 2,2 Mio. Fr. saldoneutral (Vollzug AVIG, vgl. Kontogruppe 31 zur Abweichungsbegründung). Knapp 1,0 Mio. davon verbleiben im Saldo des Kantons Zürich und umfassen unter anderem Infrastruktur und Honorare in Zusammenhang mit der Umsetzung des Entlastungsgesetzes, eine Umschichtung von temporären Arbeitskräften (Kontogruppe 30) in die Dienstleistungen Dritter sowie die Expo Shanghai (alle Positionen bereits im KEF 2009 – 2012 für 2010 geplant).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Vollzug AVIG werden 121.2 Vollzeitstellen mehr budgetiert (saldoneutral, innerhalb des genehmigten Stellenplans).
- Erhöhung um 3.6 Vollzeitstellen im Bereich Personal und Dienste (innerhalb des genehmigten Stellenplans)
- Erhöhung um 3.0 Vollzeitstellen betreffend Entlastungsgesetz

Indikatoren

- W1, W2, L1 und L3: Aufgrund der aktuellen Wirtschaftsaussichten wurden die Werte nach unten angepasst.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die Jahre 2011 - 2013 sind bisher keine wichtigen Veränderungen absehbar oder geplant.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Zunahme der Vollzeitstellen im Vollzug AVIG wirkt sich auf der Aufwand- wie Ertragsseite aus (saldoneutral).
- Erhöhung der Beiträge an Weiterbildungsprogramme für Ausgesteuerte um 0,1 Mio. Fr. im 2010 und um 1,3 Mio. Fr. für die Jahre 2011 - 2013 (gegenüber Budget 09, Annahme der Anzahl Aussteuerungen aufgrund der erwarteten Arbeitslosenzahl).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Personelle Anpassung des Bereichs Personal und Dienste um 3.6 Vollzeitstellen
- Zunahme im Vollzug AVIG um 121.2 Vollzeitstellen

Indikatoren

- Der bisherige Indikator W4 wurde herausgenommen, die Wirkung ist mit Indikator L6 gewährleistet.
- Neu wurde die Aufgabe A5 mit den beiden Indikatoren L7 und L8 in den KEF aufgenommen.



6. Fonds

5920 Verkehrsfonds

5921 Flughafenfonds

5925 Strassenfonds

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	108.9	107.8	-3.0	106.5	-3.2	108.2	-3.3	109.8	111.2	2.1
- Zinserträge	25.0	25.8		24.5		25.0		25.3	25.5	
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	83.0	81.1		81.1		82.3		83.6	84.8	
- Entnahme aus Bestandskonto										
Aufwand	-108.9	-107.8	3.0	-106.5	3.2	-108.2	3.3	-109.8	-111.2	2.1
- Zinsaufwände	-26.8	-35.8		-43.5		-50.6		-54.9	-57.0	
- Abschreibungen	-53.2	-54.7		-47.6		-46.4		-48.4	-46.6	
- Einlagen in Bestandskonto	-28.9	-17.3		-15.5		-11.3		-6.4	-7.5	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	8.0	8.0	51.0	9.8
Ausgaben	-270.5	-260.2	-29.1	-255.6	-45.9	-311.1	88.6	-166.5	-128.5	-232.1
Nettoinvestitionen	-270.4	-260.2	-29.1	-255.6	-45.9	-311.1	96.5	-158.5	-77.5	-222.2
Fondsbestand		811.3	4.9	832.8	-0.1	844.1	-2.2	850.5	858.0	0.0

Aufgaben

A1 Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus laufender Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen**Leistungen**

L1 Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	P	-173.8	-174.7	-190.4	-252.5	-180.5	-50.5
L2 Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz	P	-0.6	-4.4	-7.0	-5.0	-4.3	-6.0
L3 Beiträge an Stadtbahn Glattal (ab 2012 Beitrag aus IFG)	P	-71.1	-44.4	-31.5	-16.4	46.4	18.8
L4 Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	P		-3.3	-5.9	-7.4	-9.2	-20.5
L5 Beiträge an Tram Zürich West (ab 2012 Beitrag aus IFG)	P	-12.4	-32.3	-14.3	-12.6	9.4	10.8
L6 Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	P	-0.5	-1.4	-1.1	-0.4	-0.4	-0.4
L7 Beiträge an 4. Teilergänzungen SBB	P			-5.4	-8.2	-11.1	-29.7
L8 Beiträge an Doppelspur Sihltalbahnhof	P				-8.6	-8.8	

Wirtschaftlichkeit

Fonds 5920	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	15.464
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-255.635
Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für:	
- S-Bahn, 4. Teilergänzungen (in Mio. Fr.)	-5.4

Budget	Fonds 5920
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.
- Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe 9300 Verkehrsverbund ersichtlich.

Indikatoren

- Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Einlage in den Verkehrsfonds aus Leistungsgruppe 5210 (Finanzierung öffentlicher Verkehr) wurde auf dem Vorjahresniveau belassen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsausgaben bleiben gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert hoch.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Durch die Umstellung auf IPSAS wird das Fondsvermögen aufgewertet und die Investitionsbeiträge langsamer abgeschrieben. Da die Erfolgsrechnung über die Abschreibungen und Zinsen der Investitionen während der Abschreibungsdauer von 25 Jahren belastet wird, ist die Fondseinlage auf die langfristige Fondsentwicklung abgestimmt. Trotz steigender Investitionstätigkeit wächst der Fondsbestand bis 2014 an. Danach reduziert er sich und wird gemäss langfristiger Investitionsplanung bis im Jahr 2031 weitgehend aufgezehrt.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Geplante Einlage in den Verkehrsfonds für 2010 in Mio. Franken: 82.3 (KEF 2009); 81.1 (KEF 2010)
- Auf Grund der neuen Terminplanung bei den Investitionsprojekten steigt die Belastung durch Kapitalkosten etwas langsamer an und der Fondsbestand vermindert sich entsprechend langsamer.

Investitionsrechnung

- In den Jahren 2011 und 2012 ergeben sich insbesondere bei der Durchmesserlinie höhere Investitionsausgaben, die aber durch eine entsprechende Abnahme im Jahr 2012 kompensiert werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	18.2	21.2	0.7	22.5	0.6	23.0	0.6	23.5	24.0	32.3
- Zinsertrag	11.9	21.2		20.1		20.6		21.1	21.7	
Aufwand	-9.0	-3.4	-2.3	-5.8	-2.3	-5.8	-2.5	-5.8	-5.8	-35.8
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-2.6	-3.0		-3.3		-3.3		-3.3	-3.3	
Saldo	9.1	17.8	-1.5	16.7	-1.6	17.2	-1.9	17.7	18.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

										Ø (08 -13)
Einnahmen			10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	6.7
Ausgaben	-319.0									-53.2
Nettoinvestitionen	-319.0		10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	-46.5
Fondsbestand		669.3	0.1	687.2	-1.1	704.4	-2.5	722.1	740.3	0.0

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 5921	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	16.711
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5921
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Neu wird die Lärmrechnung als eigener Buchungskreis im Flughafenfonds geführt, diese beeinflusst jedoch den Saldo des Flughafenfonds nicht.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoverschlechterung ist vor allem auf den geringeren Zinsertrag auf dem Fondskapital von 1.1 Mio. Fr. (Zinssatzreduktion von 3.75 auf 3 Prozent) zurückzuführen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Zusätzliche unabwendbare Belastungen:
 - 1.1 Mio. Fr. Geringerer Zinsertrag aufgrund Zinssatzreduktion (für Staatshaushalt saldoneutral)

Fondsbestand

- Der Fondsbestand steigt durch die Überschüsse der Flughafenfondsrechnung um jährlich 16.7 (2010) bis 18.2 Mio. Fr. (2013).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Investitionsrechnung

- Mit den geschätzten Auszahlungen von Fr. 10 Mio. reduziert sich entsprechend die gebildeten Rückstellungen und Darlehen (Bürgschaft) der Lärmrechnung. Deren Veränderungen werden entsprechend der kantonalen Buchführungspraxis in der Investitionsrechnung gebucht.
Anmerkung: Mit der Verbuchung der Darlehensveränderung (Aktivierung/Deaktivierung) beim Rechnungsabschluss wird auch die IR ausgeglichen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	404.9	404.3	-3.0	403.4	-2.4	407.2	-2.4	410.8	414.9	2.5
- Buchgewinne (Liegenschaften)	2.7	10.0		10.0		10.0		10.0	10.0	
- Ertrag Treibstoffzoll		36.4		39.5		39.9		39.9	40.3	
- Ertrag LSVA		56.6		46.2		46.1		46.0	46.0	
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	289.6	289.1		291.1		293.1		295.1	297.1	
Aufwand	-340.7	-366.7	39.0	-352.8	9.8	-353.2	12.2	-354.6	-320.3	-6.0
- Vergütung an Arbeitsstellen	-6.0	-6.2		-6.3		-6.3		-6.3	-6.4	
- Übertrag an TBA und AFV	-319.6	-359.2		-335.5		-336.3		-337.9	-303.9	
Saldo	64.2	37.6	35.9	50.7	7.4	54.0	9.8	56.3	94.6	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand		422.7	168.7	606.2	176.1	660.1	185.9	716.4	811.0	0.0

Aufgaben

A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205 [in den Jahren 2007 und 2008 Verkehr und Infrastruktur Strasse, VIS]), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
Wirtschaftlichkeit								

Fonds 5925	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	50.655
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 5925
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Fondsübertrag an TBA und AFV fällt um 24 Mio. Fr. tiefer aus. Nach Inkrafttreten der NFA und der Übergabe der Nationalstrassen an den Bund entfallen die Folgekosten.
- Die Netzfertigstellung der Nationalstrassen wird noch durch das Tiefbauamt abgewickelt.
- Die bisher im Amt für Verkehr verbuchte Verzinsung der im Strassenfonds bilanzierten Liegenschaften im Finanzvermögen, erfolgt neu direkt im Strassenfonds (-10 Mio. Fr.).
- Der Bund prognostiziert wegen der konjunkturellen Krise deutlich tiefere Kantonsanteile an der LSVA (-10 Mio. Fr.)

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Fondsübertrag an die Ämter pendelt sich nach der Einführung von IPSAS und der Übergabe der Nationalstrassen an den Bund auf tieferem Niveau ein. Wegen der länger wirkenden Dauer der linearen Abschreibungen ist für eine nachhaltige Fondsentwicklung ein höherer Fondsbestand nötig.
- Der Ertragsanteil an der LSVA und der eidg. Mineraloelsteuer wurde an die aktuellsten Prognosen des Bundes angepasst.

Fondsbestand

- Der Fondsbestand wird nach dem guten Ergebnis 2008 weiter ansteigen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Saldoverbesserungen um 7 bis 36 Mio. Fr.
- 10 Mio. Fr. tiefere Einnahmen aus der LSVA (gemäss Schätzung Bund)



7. Projekte

Amt für Verkehr

- Projekt-Nr. AFV 01: Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
- Projekt-Nr. AFV 04: Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West (2008: VIS 03)

Verkehrsfonds

- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01: Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02: Stadtbahn Glattal
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03: Tram Zürich-West
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04: S-Bahn, 4. Teilergänzungen
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 05: Sihltalbahn Doppelspur (neu)
- Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06: S-Bahn, 3. Teilergänzungen



Projekt-Nr. AFV 01	Regionale Gesamtverkehrsprojekte als Grundlage für die Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
---------------------------	--

Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Verkehr
Kurzumschreibung Projekt

Das vorliegende Projekt wird als wichtigste Ergebnisse eine einheitliche Dokumentation der Ziele und Grundsätze der Agglomerationspolitik des Kantons Zürich, im Kontext Verkehr - Siedlung - Umwelt, die Entwicklung und Evaluation von Verkehrskonzepten sowie konkrete Realisierungs- und Finanzierungsprogramme für die prioritären Massnahmen hervorbringen.

Damit sollen die Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, Kosten und Nutzen der vorgeschlagenen Massnahmen im Gesamtzusammenhang zu beurteilen.

Wirkungsziel:

Konkretisierung des Gesamtverkehrskonzeptes auf regionaler Stufe; auf Siedlung und Umwelt abgestimmte Verkehrsentwicklung.

Leistungsziel:

Entwicklung von regionalen Verkehrskonzepten, welche auf die Ziele der kantonalen Richtplanung sowie auf das Gesamtverkehrskonzept abgestimmt sind.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. AFV 01

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
10/04	- Strategie 'Agglomerationsverkehr des Kantons Zürich' (RRB Nr. 1638/2004)
12/05	- Schlussbericht zu den Verkehrskonzepten und die Realisierungs- und Finanzpläne für die prioritären Massnahmen (11.11.05)
02/06	- RRB 151/2006 Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr vom 1. Februar 2006
07/06	- Bericht Zwischenbeurteilung Bund (6.7.2006)
12/07	- RRB 1697/2007 Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr Kanton Zürich, Verabschiedung.
10/08	- Prüfung durch den Bund
Ende 09/Anfang 10	- Behandlung in den Eidg. Räten
Mitte 2010	- Leistungsaufträge für die Finanzierungsperiode 2011-2014
Ende 2012	- Eingabe der Projekte für die zweite Finanzierungsperiode

Bemerkungen

Projektauftrag gemäss RRB Nr. 528/2003 und RRB 151/2006



Projekt-Nr. AFV 04	Nationalstrasse SN 1.4.1, Umbau Pfingstweidstrasse/Tram Zürich West (2008: VIS 03)
Volkswirtschaftsdirektion / Amt für Verkehr	

Kurzumschreibung Projekt
Gemeinsames Projekt: SN 1.4.1, Zürich - Westast. Umbau der Pfingstweidstrasse SN 1.4.1 als Stadtstrasse mit Zubringerfunktion (Nationalstrasse 3. Klasse), von Anlageteilen für den Langsamverkehr und städtebauliche Aufwertung/Gestaltung. Gemeinsames Projekt mit dem Tram Zürich West.
Wirkungsziel:
Umbau der Pfingstweidstrasse in eine Stadtstrasse im Gemischtverkehr mit Erschliessungsfunktion. Städtebauliche Aufwertung des Quartiers Zürich West.
Leistungsziel:
Umbau der Pfingstweidstrasse zusammen mit der neuen Tramlinie Zürich West in Seitenlage. Städtebauliche Gestaltung und Aufwertung des Quartiers Zürich West.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		-4.6	-19.7	-19.7	-17.2	-0.8	-0.2

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. AFV 04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Volksabstimmungen (städtisch und kantonal) angenommen
2008	- Baubeginn zusammen mit dem Tram Zürich West
2011	- Inbetriebnahme der Strasse zusammen mit der Tramlinie

Bemerkungen
Kostenanteile SN 1.4.1 an den Gesamtkosten von 149 Mio. Fr.: Bund 58%, Kanton 42%.



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01	Ausbau der SBB-Anlagen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme einer neuen Durchmesser Verbindung Wiedikon - Zürich HB - Oerlikon mit Westanschluss nach Altstetten, viergleisigem unterirdischem Bahnhof mit rund 400 m langen Perrons in Zürich und 7./8. Gleis Oerlikon entsprechend der am 23.9.2001 vom Stimmvolk genehmigten Kreditvorlage und der vom Regierungsrat beschlossenen Projektänderungen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Maximaler Beitrag zur Standortqualität des Wirtschaftsraums Zürich (Verbesserung Erreichbarkeit, Verringerung Reisezeiten, Erhöhung Zuverlässigkeit, Verbesserung der interregionalen, nationalen und internationalen Vernetzung);</p> <p>Siedlungsentwicklung im Sinne des kantonalen Richtplans: Hohe Siedlungsqualität in Zentrumsgebieten; ebenso hohe Qualität in der Verkehrsgunst.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Ausreichende, auf die Verkehrsentwicklung abgestimmte Infrastruktur.</p> <p>Finanzierungsziele: Mitfinanzierung (1/3) der festen Anlagen durch den Verkehrsfonds und Vorfinanzierung der Bundesanteile bis max. 500 Mio. CHF ; Mitfinanzierung des späteren Betriebs durch den ZVV (Abgeltung).</p> <p>Versorgungsträgerziele: Beachtung der Rahmenbedingungen Bahnreform und der Zuständigkeitsordnung Eisenbahngesetz.</p> <p>Prozessziele: Ausschöpfung Rationalisierungspotential im Rahmen Modernisierung Bahninfrastruktur.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-673.6	- 173.8	- 174.7	- 190.4	- 252.5	- 180.5	-50.5

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 01	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002 - 2007	- Projektierung, Realisierung von Vorinvestitionen
2005 - 2008	- Vorzeitige Bauausführung Passage Sihlquai
12.2006	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz
9.2007	- Baubeginn Hauptarbeiten
12.2013	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Wiedikon - Zürich HB - Oerlikon)
12.2015	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Anschluss Altstetten)

Bemerkungen
<p>Bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) Volksabstimmung 580 Mio. CHF; Preisstand 1.8.00.</p> <p>Zusatzkredite 93.6 Mio. CHF+ 455 Mio. CHF (Vorfinanzierung) ; Preisstand 1.8.00</p> <p>Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Zinsen. Die Abschreibungen beginnen erst nach Inbetriebnahme.</p> <p>Die Rückzahlung der Vorfinanzierung erfolgt ab 2014</p> <p>Projektaufwand 2009 gemäss Schätzung April 2009</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02	Stadtbahn Glattal
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Stadtbahn Glattal gemäss Kreditbeschluss des Kantonsrates vom 23.09.2002.</p> <p>Wirkungsziel: Notwendiger Beitrag zur Entwicklung der Zentrumsgebiete im Raum Glattal nach den Vorstellungen des kantonalen Richtplans; hoher Marktanteil des öffentlichen Verkehrs im Glattal, u.a. im landseitigen Verkehr des Flughafens.</p> <p>Leistungsziel: Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot ist auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Gewährleistung einer funktionierenden Verkehrserschliessung durch notwendige Strassenanpassungen.</p> <p>Finanzierungsziele: ÖV: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Strassen: Finanzierung durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds.</p> <p>Versorgungsträgerziele: ÖV: Der Fahrbetrieb erfolgt durch die VBZ. Die Verantwortung für die Infrastruktur obliegt der VBG. Strassen: Projektierung erfolgt durch TBA.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	555	- 71.1	- 44.4	- 31.5	- 16.4	46.4	18.8

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 02	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Kreditbeschluss; Volksabstimmung
2003	- Plangenehmigung gemäss Eisenbahngesetz
9.2004	- Baubeginn
12.2006	- Inbetriebnahme Bauetappe 1 (Oerlikon - Auzelg)
12.2008	- Inbetriebnahme Bauetappe 2 (Ambassador - Flughafen Fracht und Zusatzverbindung Binzmühlestrasse/Friesstrasse)
12.2010	- Inbetriebnahme Bauetappe 3 (Auzelg - Stettbach)

Bemerkungen
<p>* Belastung Verkehrsfonds (Erfolgsrechnung) durch Zinsen und Abschreibungen</p> <p>** Zusätzliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt entstehen nicht. Die o.g. Investitionen im ÖV werden durch den Verkehrsfonds finanziert (siehe 5920); die Projektierungskosten sind durch den Staatsbeitrag an den Verkehrsverbund abgedeckt (siehe 9300). Die Strassenanpassungen werden durch entsprechende Einlagen allgemeiner Staatsmittel in den Strassenfonds (5925) finanziert.</p> <p>Netto-Investition 2009 gemäss Schätzung März 2009</p> <p>Ab 2012 nachschüssige Beiträge des Bundes aus dem Infrastrukturfonds (IFG).</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03	Tram Zürich-West
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme der Tramstrecke Zürich-West ("Pfungstweid") im Sinne des Eintrages im kantonalen Richtplan und der Vorlage Nr. 4358 an den Kantonsrat.</p> <p>Wirkungsziel: Massgeblicher Beitrag an die vom kantonalen Richtplan geforderte Siedlungsentwicklung nach innen. Bessere Erschliessung von Zürich-West mit dem öffentlichen Verkehr.</p> <p>Leistungsziel: Leistungsziele: Kurze Reisezeiten, hohe Zuverlässigkeit, Platz- und Taktangebot auf die potentielle Nachfrage ausgerichtet. Finanzierungsziele: Feste Anlagen durch Verkehrsfonds und Dritte, Rollmaterial und späterer Betrieb durch ZVV. Versorgungsträgerziele: Projektierung und Bau erfolgen durch die Stadt Zürich (Verkehrsbetriebe Zürich und Tiefbauamt der Stadt Zürich). Wirtschaftlichkeitsziele: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-45.0	- 12.4	-32.3	-14.3	-12.6	9.4	10.8

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 03	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Abschluss Vorprojekt
2004	- Abschluss Bauprojekt
2007	- Abschluss Plangenehmigungsverfahren
2007	- Abschluss Kreditgenehmigungsverfahren
09.2008	- Baubeginn
12.2011	- Inbetriebnahme

Bemerkungen
<p>Kostenbeteiligung Kanton Zürich (Preisstand 1.4.04). Voksabstimmungen vom 25.11.07 über 90 Mio. Fr., darin enthalten ist der mutmassliche Bundesbeitrag von 45 Mio Fr.</p> <p>Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen.</p> <p>Ab 2012 nachschüssige Beiträge des Bundes aus dem Infrastrukturfonds (IFG).</p> <p>Das Bauprogramm wird mit demjenigen der Nationalstrasse SN 1.4.1 koordiniert.</p>



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04	S-Bahn, 4. Teilergänzungen
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
Planung und Realisierung der 4. Teilergänzungen der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich).
Wirkungsziel:
Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr.
Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV.
Wirtschaftlichkeit: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.
Leistungsziel:
Leistungsziel: Erweiterung des Taktangebotes der S-Bahn, ausgerichtet auf die Eröffnung der Durchmesserlinie und die stark gestiegene Nachfrage.
Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB, Träger des Betriebs sind die SBB.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-263.3			-5.4	-8.2	-11.1	29.7

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung				-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006-2007	- Planungsstudie
2008-2009	- Vorprojekte und Auflageprojekte
2009	- Kreditantrag für 4. Teilergänzungen
2010-2020	- Bauausführung und Teilbetriebnahmen

Bemerkungen



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 05	Sihltalbahnhof Doppelspur (neu)
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Projektierung und Bau eines Doppelspurabschnittes zwischen Langnau-Gattikon in Richtung Wildpark Höfli mit dem Ziel der Verbesserung der Fahrplanstabilität</p> <p>Wirkungsziel: Verbessertes Angebot dank guter Stabilität und damit zunehmende Nachfrage</p> <p>Leistungsziel: Leistungsziel: Möglichst hohe Zuverlässigkeit und Fahrplanstabilität Finanzierungsziel: Projektierung und Bau durch Verkehrsfonds finanziert Versorgungsträgerziel: Projektierung und Bau erfolgen durch die Sihltal Zürich Uetliberg Bahn (SZU) Prozessziel: Das zukünftige Angebot auf der Linie S4 (Zürich-Langnau-Gattikon) kann zuverlässig erbracht werden.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen					-8.6	-8.8	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung					-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 05	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Machbarkeit / Zweckmässigkeitsprüfung
2010	- Vor-/Auflage-/Bauprojekt
2010	- Kreditantrag
2011/2012	- Bauausführung

Bemerkungen
Bemerkung



Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06	S-Bahn, 3. Teilergänzungen
Volkswirtschaftsdirektion / Verkehrsfonds	

Kurzumschreibung Projekt
Planung und Realisierung des 3. Ausbaus der S-Bahn-Infrastruktur (Beitrag des Kantons Zürich) im Oberland, Knonaueramt, Furtal, Sihltal und in Winterthur Hegi.
Wirkungsziel:
Wirkungsziel: Beitrag zur Übernahme des vom Richtplan geforderten halben Verkehrswachstums durch den öffentlichen Verkehr.
Finanzierung: Infrastruktur durch Verkehrsfonds, Rollmaterial und Betrieb durch ZVV.
Versorgungsträger: Projektierung erfolgt durch SBB und SZU; Träger des Betriebs sind die SBB und die SZU.
Wirtschaftlichkeit: Wird durch Betriebsträgerschaft sichergestellt werden müssen.
Leistungsziel:
Leistungsziel: Erweiterung Taktangebot der S-Bahn, ausgerichtet auf die stark gestiegene Nachfrage.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-95.8	- 9.2	-2.0				

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. Verkehrsfonds 06	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Projektierung
2005	- Baubeginn erstes Teilprojekt
12.2008	- Inbetriebnahme letztes Teilprojekt

Bemerkungen
* bewilligter Kredit (Staatsbeitrag) mit Preisstand 12.2002
** Belastung der Erfolgsrechnung des Verkehrsfonds durch Abschreibungen und Zinsen
Nettoinvestition 2009 gemäss Schätzung März 2009



Gesundheitsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organisation
 - 2.1.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion
 - 2.1.2 Organisationsstruktur Gesundheitsdirektion
- 2.2 Zuständigkeiten der Direktion
 - 2.2.1 Gesundheitsversorgung
 - 2.2.2 Aufsicht
- 2.3 Umfeldentwicklungen

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Die Entwicklungs- und Finanzplanung 2010-2013 der Gesundheitsdirektion hat in Bezug auf die Leistungsgruppen- und Fondsstruktur gegenüber dem KEF des Vorjahres keine Änderungen erfahren. Innerhalb der Leistungsgruppe 6400, Psychiatrische Versorgung, werden mit dem Budget 2010 das Psychiatrie-Zentrum Hard und die Integrierte Psychiatrie Winterthur zur psychiatrischen Klinik Winterthur Zürcher Unterland (WZU) zusammengeschlossen. Mit der Bildung der beiden Geschäftsfelder "Politik, Aufsicht und Recht" sowie "Versorgung und Dienste" erfuhr die Organisationsstruktur der Gesundheitsdirektion eine Anpassung.

Für den KEF 2010-2013 ist die Beurteilung der Umfeldentwicklung punktuell überarbeitet und aktualisiert worden.

Der Regierungsrat hat als Legislaturziel 17 festgelegt, eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung zu erhalten. Dieses Ziel wird neben den allgemeinen Langfristzielen neu als Direktionsziel ausdrücklich genannt.

Die Abklärungen im Rahmen des Projektes "Optimierungs- und Liberalisierungspotential Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)" sind erfolgt. Das Projekt ist daher abgeschlossen und wurde aus dem KEF gestrichen.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-1'366	-1'410	-1'652	-
KEF 2010-2013	-1'342	-1'410	-1'652	-1'716
Veränderung	+24	0	0	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-176	-182	-184	-
KEF 2010-2013	-153	-185	-185	-232
Veränderung	+23	-3	-1	-

Erfolgsrechnung:

Der Saldo für das Jahr 2010 verbessert sich gegenüber dem KEF des Vorjahres um 24 Mio. Fr. Zu diesem Resultat tragen der Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben (28 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (16 Mio. Fr.), die Ausgliederung des Behindertenheims Tilia an das Sozialamt (4 Mio. Fr.) sowie tiefere Abschreibungen und Zinsen (3 Mio. Fr.) bei. Auf der anderen Seite sind Verschlechterungen infolge der Teilrevision Lohnsystem (15 Mio. Fr.), des höheren Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung (8 Mio. Fr.) sowie der Kostenübernahme für die Alarmzentrale (7 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

Im Jahr 2011 bewegt sich der Saldo auf der Höhe des KEF des Vorjahres. Auf der einen Seite sind als Verbesserung der Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben (28 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (19 Mio. Fr.), tiefere Lohn- und Sachkosten (9 Mio. Fr.) sowie tiefere Abschreibungen und Zinsen (2 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Auf der anderen Seite stehen Verschlechterungen infolge der Teilrevision Lohnsystem (29 Mio. Fr.), des höheren Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung (13 Mio. Fr.), des Mehraufwandes aus der Revision der Pflegefinanzierung (11 Mio. Fr.) sowie der Kostenübernahme für die Alarmzentrale (7 Mio. Fr.).



Im Jahr 2012 bewegt sich der Saldo auf der Höhe des KEF des Vorjahres. Auf der einen Seite sind als Verbesserung der Minderaufwand infolge der Effizienzsteigerungsvorgaben (28 Mio. Fr.), Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (26 Mio. Fr.), tiefere Lohn- und Sachkosten (17 Mio. Fr.) sowie tiefere Abschreibungen und Zinsen (2 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Auf der anderen Seite stehen Verschlechterungen infolge der Teilrevision Lohnsystem (43 Mio. Fr.), des höheren Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung (15 Mio. Fr.), des Mehraufwandes aus der Revision der Pflegefinanzierung (11 Mio. Fr.) sowie der Kostenübernahme für die Alarmzentrale (7 Mio. Fr.).

Für die Periode 2010 bis 2012 ist gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Saldoverbesserung von insgesamt 24 Mio. Fr. zu verzeichnen.

Investitionsrechnung:

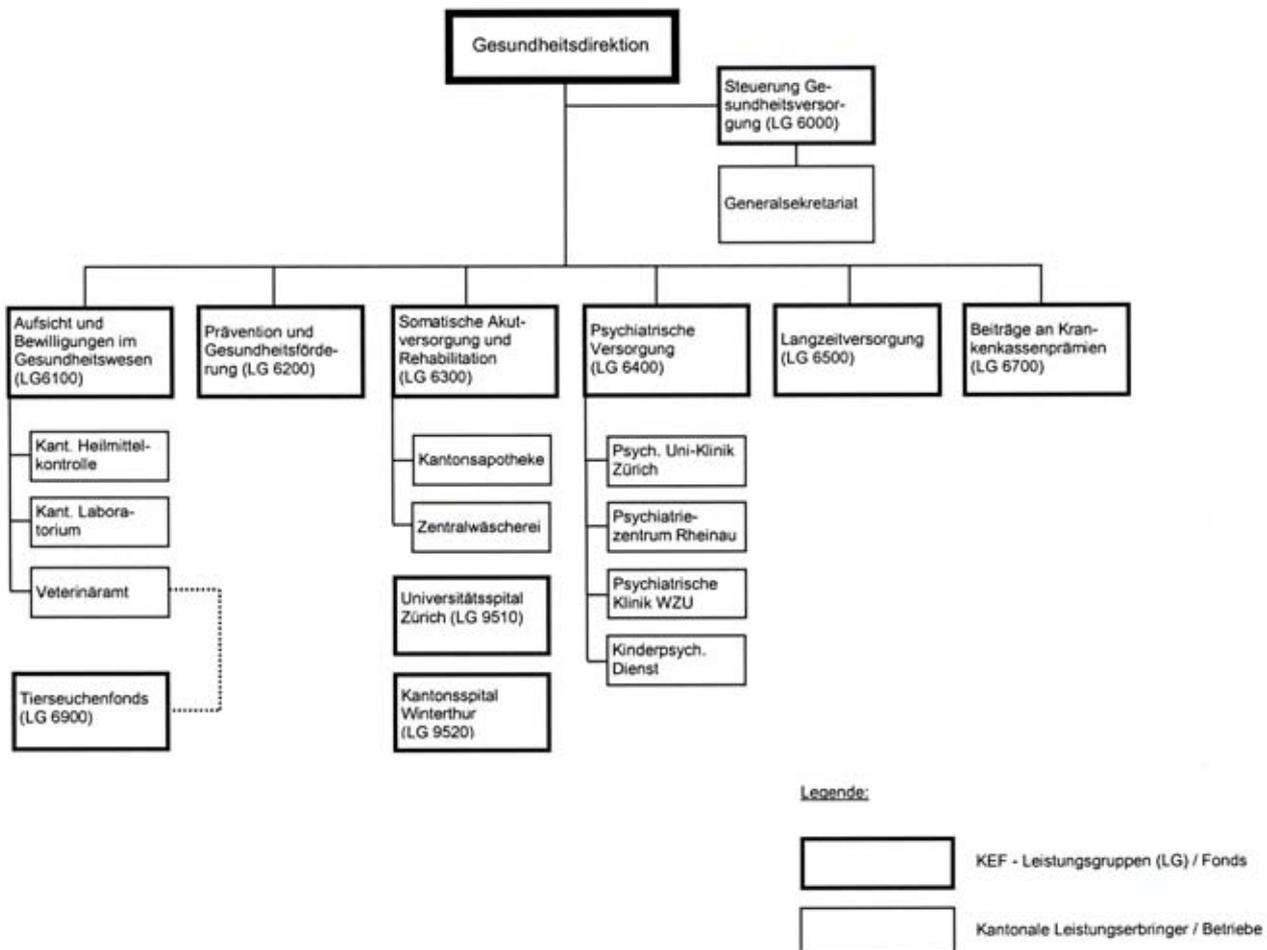
Die Planung 2010-2013 entspricht den Festlegungen des Regierungsrates zur Realisierungsreihenfolge der kantonalen Hochbauten. Zusätzlich wurden für die Umsetzung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin insgesamt 48 Mio. Fr. eingestellt (2010: 7 Mio. Fr., 2011: 11 Mio. Fr., 2012: 5 Mio. Fr., 2013: 25 Mio. Fr.). Aufgrund der Umstellung auf IPSAS und der neuen Aktivierungsregeln ergibt sich eine Verschiebung von der Erfolgsrechnung in die Investitionsrechnung im Umfang von 2 Mio. Fr. pro Jahr. In der Langzeitversorgung geht die Planung von einem Verzicht auf die Subventionierung der Investitionsausgaben der Gemeinden für Alters- und Pflegeheime bzw. Pflegezentren aus (Anpassung der Bestimmungen zur Pflegefinanzierung gemäss revidiertem Krankenversicherungsgesetz). Dies führt ab 2011 zu einer kontinuierlichen Abnahme der Investitionsausgaben (Beitragsbeschlüsse vor 2011 führen teilweise noch zu Auszahlungen in den Folgejahren).



2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

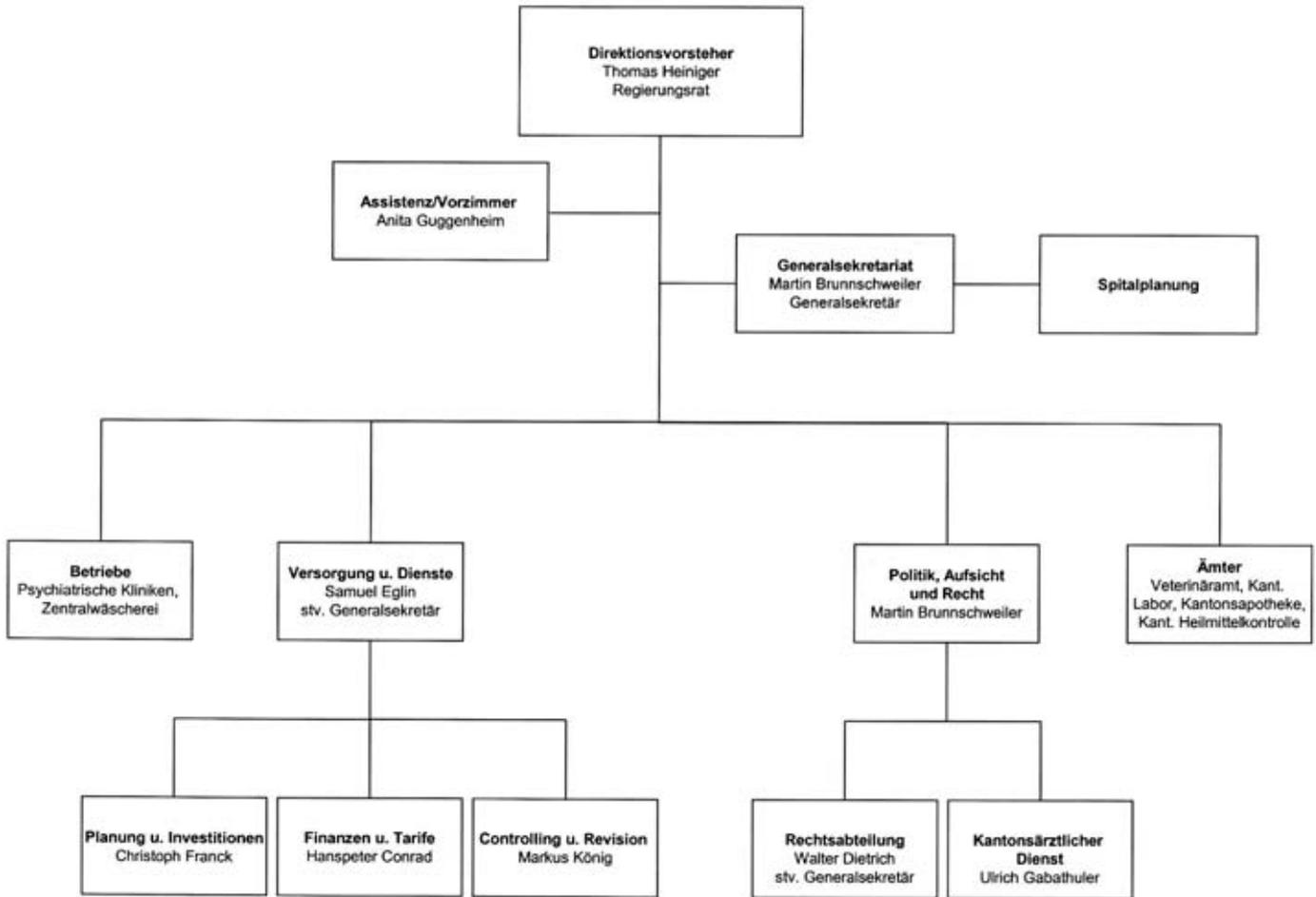
2.1 Organisation

2.1.1 Leistungsgruppenstruktur Gesundheitsdirektion





2.1.2 Organisationsstruktur Gesundheitsdirektion



2.2 Zuständigkeiten der Direktion

2.2.1 Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsdirektion stellt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in erster Linie eine bedarfsgerechte und effiziente Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Kantons Zürich sicher. Hierzu gehören Leistungen zur Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit, wobei das Schwergewicht bei der stationären somatischen und psychiatrischen Patientenbehandlung liegt.

Die Gesundheitsdirektion plant und steuert insbesondere die stationären Leistungsangebote und gewährt kantonalen, kommunalen und privaten Institutionen Beiträge an die Betriebs- und Investitionskosten. Sie führt zu diesem Zweck eine bedarfsgerechte Spitalplanung durch. Die zur Behandlung von Patientinnen und Patienten zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung zugelassenen Spitäler werden auf einer Spitalliste aufgeführt. Für Pflegeheime und Rehabilitationseinrichtungen bestehen analoge Listen. Darüber hinaus unterstützt, koordiniert und veranlasst die Gesundheitsdirektion Aktivitäten zur Prävention sowie zur Gesundheitsförderung. Zu einzelnen medizinischen Fachbereichen werden nach Bedarf Leistungskonzepte erstellt, die im Wesentlichen Verfeinerungen der kantonalen Spitalplanung sind: Konzept Medical Board (2006), Palliative Care-Konzept (2006), Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung (2004), Notfallversorgung durch den KJPD (2003), Dialysenkonzept (2002), Psychatriekonzept (1999).



Die Gesundheitsdirektion führt statistische Erhebungen zur Gesundheitsversorgung durch und publiziert die wichtigsten Ergebnisse in Form von Kenndatenbüchern. Sie führt jährlich eine Befragung der Bevölkerung zur Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung durch. Alle 5 bis 7 Jahre werden in einem Bericht der Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Bevölkerung analysiert und entsprechende Massnahmenbereiche bezeichnet.

2.2.2 Aufsicht

Die Gesundheitsdirektion erteilt Bewilligungen zur selbstständigen Berufsausübung für die in der Gesundheitsgesetzgebung geregelten Berufe sowie Bewilligungen für den Betrieb von Spitälern, Pflegeheimen und anderen Institutionen des Gesundheitswesens. Sie entscheidet über Gesuche um Befreiung von der Krankenversicherungspflicht. Sie kontrolliert und regelt gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung die Abgabe von Betäubungsmitteln, überwacht die Meldungen zu übertragbaren Krankheiten, kontrolliert Arzneimittel, Blut und Blutprodukte sowie Medizinalprodukte, kontrolliert die Lebensmittel, deren Verarbeitung und industrielle Herstellung und vollzieht die Tierschutzgesetzgebung.

2.3 Umfeldentwicklungen

Gesellschaftliche Faktoren:

- Die Bevölkerungsstruktur verändert sich nachhaltig. Obwohl die Zahl der unter 20-Jährigen in der Gesamtbevölkerung recht stabil bleibt, nimmt ihr Anteil stetig ab, weil gleichzeitig die Anzahl der über 65-Jährigen deutlich zunimmt. Die steigende Lebenserwartung führt zu häufigerem Auftreten von typischen Alterskrankheiten und zu einer Zunahme der Mehrfacherkrankungen (Multimorbidität). Zudem besteht die Gefahr, dass bei der heutigen Lebensweise Bewegungsmangel, Fehlernährung, Suchtverhalten sowie Stressbelastungen zu weiteren Gesundheitsstörungen führen können. Der individuellen Verantwortung für die eigene Gesundheit kommt zunehmend ein hoher Stellenwert zu. Gleichzeitig erhalten lebenserhaltende und beschwerdenmindernde Massnahmen eine grössere Bedeutung.
- Die zunehmende weltweite Migration und die damit verbundene Einwanderung in die Schweiz einerseits sowie die weiterhin hohe Mobilität bzw. grosse Reisetätigkeit der Schweizer Bevölkerung andererseits führen zu vielschichtigen Anforderungen an die Gesundheitsversorgung, die tendenziell die Gesundheitsausgaben steigen lassen. Die weltweite Wirtschaftsvernetzung und intensive Reisetätigkeit birgt auch die Gefahr einer rascheren Entwicklung und Ausbreitung übertragbarer Krankheiten.

Allgemeine Trends im Gesundheitswesen:

- Der Einfluss von aussen auf Grund supranationaler Verträge (WHO) und der Ausdehnung der bilateralen Verträge mit der EU auf die kantonalen Gesundheitswesen nimmt zu. Durch die Ausdehnung der Verträge auf die neuen EU-Länder verstärken sich insbesondere die mit dem freien Personenverkehr verbundenen Effekte im Gesundheitswesen (Krankenversicherung, Zulassung zu den freien Gesundheitsberufen).
- Ebenfalls ist eine Zunahme der Einflussnahme des Bundes auf die Steuerung des Gesundheitswesens festzustellen. Dadurch verändert sich die Rolle der Kantone von einer aktiv steuernden stärker zu einer vollziehenden hin. Vermehrte Regulierungen durch den Bund, z.B. bei den Gesundheitsberufen, führen zu einem erhöhten Aufwand bei der kantonalen Aufsicht.
- Im Bereich der Gesundheitsberufe (u.a. Pflege- / MTTB-Berufe) erfolgt eine Angleichung an die übrigen Berufszweige aufgrund des neuen Berufsbildungssystems. Die Ausbildungen im Gesundheitswesen wurden national harmonisiert und deren Europakompatibilität erreicht. Die Tertialisierung der Ausbildungen führt einerseits zu einem Anstieg der Qualität und andererseits zu höheren Kosten.
- Die Fragen zur Konzentration in der Spitzenmedizin und zur hausärztlichen Versorgung sowie zur Notfall-Versorgung gewinnen stark an Bedeutung. Die Diskussion, was an medizinischen Leistungen machbar, wünschbar und finanzierbar ist, wird zunehmen. Die Ansprüche an das Leistungsangebot des Staates sind nach wie vor hoch.
- Der konsequenten Vernetzung und Zusammenarbeit der Leistungserbringer im Gesundheitswesen kommt in Zukunft eine steigende Bedeutung zu. Dies umfasst sowohl Netze von Anbietern mit geographisch verschiedenen Standorten wie auch Gesundheitszentren, bei denen die Vernetzung unter einem gemeinsamen Dach gelebt wird. Zentral wird dabei sein, optimale Rahmenbedingungen



für netzwerkartige Zusammenschlüsse von Leistungserbringern im Gesundheitswesen zu schaffen. Bezüglich der Bestrebungen zur Förderung von Netzwerken ist ein breiter politischer Konsens zu verzeichnen.

- Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Themen Gesundheit, Wohlbefinden und Medizin wächst ständig. Insbesondere erwartet die Bevölkerung Orientierungshilfen zur Frage der Qualität von Gesundheitsdienstleistungen. Auf der Grundlage dieses steigenden Informationsbedürfnisses erlangt die Erhebung und Auswertung von Qualitätsdaten zunehmend an Gewicht. Zudem nehmen mit dem Übergang zu einer verstärkt fallbasierten Leistungsabgeltung im stationären Bereich die Anforderungen an die Qualitätssicherung weiter zu. Die Erhebung von Qualitätsindikatoren in der Spitalversorgung dient dazu, Einblicke in die Leistungserbringung zu gewähren und so den kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern. Von verschiedener Seite sind Aktivitäten zur Qualitätsmessung und zur Schaffung von Transparenz bezüglich der Qualität zu verzeichnen.

Medizinische und medizintechnologische Faktoren:

- Verbesserungen in der Diagnostik führen zur früheren und breiteren Erfassung von Gesundheitsstörungen sowie rascheren Behandlung von Patientinnen und Patienten.
- Die stetige Forschung und Weiterentwicklung im Bereich Geräte, Medikamente sowie Diagnose- und Behandlungstechniken führen nur in wenigen Fällen zu Effizienzsteigerungen im System Gesundheitswesen, sondern zu Kostensteigerungen, insbesondere aber auch zu einer Erweiterung des Behandlungsspektrums mit entsprechenden Mengenausweitungen und damit weiteren Kostensteigerungen. Parallel steigt jedoch die Wirkung und Qualität der medizinischen Behandlung.
- Gleichzeitig findet eine permanente Diffusion von Diagnose- und Behandlungsverfahren aus der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin in die Grundversorgung statt.
- Durch minimalinvasive Verfahren, aber auch durch die Intensivierung der Behandlung kann die Behandlungsdauer reduziert werden. Dies führt teilweise zu höheren Kosten für die Akutversorgung, aber auch zu tieferen sozialen Folgekosten. Die entsprechenden Einsparungen fallen jedoch ausserhalb des Gesundheitswesens an.
- Die Minimierung der Eingriffe in den menschlichen Körper durch die oben erwähnten neuen Operationstechniken führt zu einer Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen. Dies führt zu einer Intensivierung des Spitalbetriebes mit entsprechenden Auswirkungen, z.B. auf die Pflege.

Ökonomische Faktoren:

- In den somatischen Akutspitalern des Kantons Zürich sind über die letzten 15 Jahre ein sinkender Bettenbestand, eine Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, ein Rückgang der verrechneten Pflegetage bei steigendem Personalbestand und ein steigender Betriebsaufwand festzustellen. Die Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer entspricht einem gesamteuropäischen Trend und dürfte durch Einführung der Leistungsfinanzierung (SwissDRG) noch verstärkt werden.
- Der Druck zu weiteren Produktivitätssteigerungen nimmt auf Grund der Kostenentwicklung zu, was politische und gesellschaftliche Diskussionen auslösen und zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen führen wird. Diese Entwicklung wird zudem durch das sich verschlechternde wirtschaftliche Umfeld und die damit verbundenen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen noch verstärkt.
- Die Nachfrage nach Leistungen im Gesundheitswesen wird zu einem grossen Teil durch die Anbieter bestimmt. Es besteht eine hohe Zahl an selbständig tätigen Ärztinnen / Ärzten und an stationären Behandlungseinrichtungen. Der bundesweite Zulassungsstopp bei der niedergelassenen Ärzteschaft hat bisher keine nachweisbaren Auswirkungen gehabt. Die Zulassung weiterer neuer Gesundheitsberufe führt tendenziell zu einer Mengen- und Kostenausweitung.
- Das Gesundheitswesen steht mit den Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene vor neuen Herausforderungen. Aufgrund der KVG-Revision vom 21. Dezember 2007 muss die Spitalfinanzierung auf den 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Diese haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen und müssen auf einer schweizweit einheitlichen Tarifstruktur beruhen. Die Versicherer müssen sich zukünftig an den Investitionskosten beteiligen. Im Gegenzug ist die Subventionierung von Privatspitalern und von Aufenthalten im Rahmen der interkantonal freien Spitalwahl vorgesehen.
- Im Bereich der Spitalplanung sieht das revidierte KVG eine leistungsorientierte Planung sowie die Einführung einheitlicher Planungskriterien auf der Grundlage von Qualität und Wirtschaftlichkeit vor. Die der geltenden Zürcher Spitalliste zugrunde liegenden Bettenplanung ist daher durch eine leistungsorientierte Versorgungsplanung abzulösen.



- Die von der Bundesversammlung am 13. Juni 2008 verabschiedete Neuordnung der Pflegefinanzierung sieht im Wesentlichen vor, dass die Krankenversicherer einen vom Bundesrat festgesetzten Beitrag an die Pflege ausrichten. Der versicherten Person dürfen von den nicht von Sozialversicherungen gedeckten Pflegekosten höchstens 20 Prozent der höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeiträge überwältzt werden. Die Kantone regeln die Restfinanzierung. Neu wird im KVG auch die Akut- und Übergangspflege geregelt, welche sich im Anschluss an einen Spitalaufenthalt als notwendig erweist und die im Spital von einem Arzt für längstens zwei Wochen angeordnet werden kann.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion strebt

- die Erhaltung und Förderung der körperlichen und psychischen Gesundheit,
- die Sicherstellung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Gesundheitsversorgung,
- die Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion
- sowie die Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz an.

Ziel 1: Interessen des Kantons Zürich bei der Konzentration der hochspezialisierten Medizin wahren (LZ RR 1)

Als Ziel 1 für die Legislatur 2007-2011 hat der Regierungsrat festgelegt, Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung zu ermöglichen und zu fördern. Durch das koordinierte Festlegen strategischer Schwerpunkte im Bereich der Dienstleistung und im Bereich der Lehre und Forschung sowie durch gezielte Investitionen in diese Schwerpunktbereiche soll die hochspezialisierte Medizin am Standort Zürich gestärkt werden. Parallel dazu gilt es, den Aufbauprozess der interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) zu begleiten und die Interessen des Kantons zu vertreten.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6000, E3 Interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin
- Leistungsgruppe 6300, E1 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)

Ziel 2: Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Akutversorgung zu 100% durch den Kanton übernehmen (LZ RR 7)

Der Regierungsrat hat als Ziel 7 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, die Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung zu stärken. In diesem Rahmen beabsichtigt er, im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden zu vermindern. Der Kanton übernimmt heute im Durchschnitt rund 50% der (beitragsberechtigten) ungedeckten Betriebskosten und 58% der Investitionskosten der Grundversorgungsspitäler. Zur Vereinfachung des Finanzierungssystems und damit Steuerung und Finanzierung von Gesundheitsversorgungsleistungen übereinstimmen, soll neu der Kanton die nach Abzug der Leistungen der Krankenversicherer und der Selbstzahler verbleibenden Betriebs- und Investitionskosten der kommunalen und regionalen Spitäler bzw. künftig die entsprechenden Fallpauschalenanteile vollumfänglich übernehmen, soweit die Leistungen wirtschaftlich erbracht werden. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Gesetz über den Finanzausgleich wurde die Übernahme der Kosten der Akutspitalversorgung durch den Kanton mehrheitlich befürwortet.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6300, E2 Neuregelung Spitalfinanzierung (LZ RR 7.6)

Ziel 3: Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Langzeitpflege zu 100% den Gemeinden übertragen (LZ RR 7)

Der Regierungsrat hat als Ziel 7 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, die Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung zu stärken. In diesem Rahmen beabsichtigt er, im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden zu vermindern. Im Gegenzug zur Übernahme der Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Akutversorgung durch den Kanton (vgl. Ziel Nr. 2) sollen an die stationäre Langzeitpflege (Alters- und Pflegeheime) keine Staatsbeiträge mehr ausgerichtet werden.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6500, E1 Neuregelung Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6)

**Ziel 4: Prävention und Gesundheitsförderung im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion stärken (LZ RR 14 und 17)**

Das Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich, verbunden mit den durch die Legislaturziele der Regierung bewirkten Massnahmen wie die Förderung des Sportes, der Alltagsbewegung und einer gesunden Ernährung, legt eine Grundlage für das in diesem Bereich im Auftrag der Gesundheitsdirektion tätige Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ). Durch diese Strukturierung sollen die Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt werden.

Als Ziel 14 für die Legislatur 2007-2011 hat der Regierungsrat festgelegt, die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen zu fördern. In diesem Rahmen hat er Informationskampagnen für einen gesunden Lebensstil vorgesehen.

Als Ziel 17 hat er festgelegt, eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung zu erhalten. In diesem Zusammenhang werden Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung ausgearbeitet, um den Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) zu stabilisieren.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6200, E1 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Umsetzung
- Leistungsgruppe 6200, E2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2)
- Leistungsgruppe 6200, E3 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4)

Ziel 5: Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten (LZ RR 17)

Der Regierungsrat hat als Ziel 17 für die Legislatur 2007-2011 festgelegt, eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung zu erhalten. Die Gesundheitsdirektion verfolgt diese Zielsetzung bei allen ihren Tätigkeiten.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6000, E2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)
- Leistungsgruppe 6300, E4 Medical Board (Fachkommission für Überprüfung diagnostischer und therapeutischer Verfahren)
- Leistungsgruppe 6400, E1 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5)
- Leistungsgruppe 6400, E2 Zusammenschluss der Kliniken Psychiatrie-Zentrum Hard und ipw
- Leistungsgruppe 6400, E4 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6)
- Leistungsgruppe 6700, E1 Optimierung des Prämienverbilligungssystems

Ziel 6: KVG-Revision wettbewerbs-, innovations- und bedarfsorientiert umsetzen (LZ RR 17)

Das Gesundheitswesen steht mit den im Rahmen der KVG-Revision beschlossenen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vor neuen Herausforderungen. Insbesondere zu erwähnen sind die neuen Regelungen der leistungsorientierten Spitalplanung, der Spitalfinanzierung (mit der Einführung von DRG-Fallpauschalen, der freien Spitalwahl sowie mit der Beteiligung der Versicherer an den Investitionskosten) und der Pflegefinanzierung. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen hat bis 2012 zu erfolgen.

Bezug zu Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 6000, E1 Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6)
- Leistungsgruppe 6300, E3 Spitalplanung 2012 (LZ RR 17.1)



→ Leistungsgruppe 6400, E3 Planung der Psychiatrie optimieren (LZ RR 17.1)



4. Finanzielle Entwicklungen

Gemäss revidiertem KVG vom 21. Dezember 2007 muss die Spitalfinanzierung bis 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Die Fallpauschalen haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen. Dies wird voraussichtlich zu grösseren Verschiebungen zwischen der Investitions- und der Erfolgsrechnung führen. Da die finanziellen Auswirkungen zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden können, sind im vorliegenden KEF diese Verschiebungen nicht berücksichtigt.

4.1 Bedeutende Investitionen

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die bereits bewilligten und noch nicht bewilligten Investitionsvorhaben des Zeitraumes 2010-2013 mit Kosten für den Kanton ab 10 Mio. Fr. (Projekte der Phasen I-V gemäss Immobilienverordnung). In der Spalte "Vorentscheid" ist das voraussichtliche Jahr der Genehmigung des Projektantrages gemäss §§ 13-15 ImV vermerkt.



Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
USZ, Bettenhaus Ost I-III, Sanierung	-122.5	*	2001	2002-2013
USZ, Radio-Onkologie, BIGART+	-13.5	*	2007	2007-2010
USZ, Förderung HSM, Hauptprogramm	-200.0	2009	2011	2011-2018
USZ, Nordtrakt 1, Gebäudetechnik	-10.0	2008	2008	2009-2011
USZ, Nordtrakt 2, Klinikum "Nord 2"	-17.3	2008	2009	2010-2012
USZ, Nordtrakt 1, Gebäudetechnik/Infrastruktur	-10.0	2008	2011	2011-2013
USZ, Notstrom, Etappe 2	-18.0	2008	2012	2012-2015
KSW, Hochhaus, Ersatz	-165.0	2008	2010	2011-2018
Bülach, Gesamtsanierung Etappen 1/2	-46.1	*	2001	2002-2010
Bülach, Gesamtsanierung Etappe 3	-11.6	2008	2011	2012-2014
Kinderspital, Neubau	-400.0	2009	2012	2012-2016
Spital Limmattal, Gesamtsanierung	-84.0	2008	2009	2009-2014
Männedorf, Teilsanierung Etappe 2	-17.4	2008	2010	2010-2013
Stadtspital Triemli, Bettenhaus, Neubau	-140.0	2008	2009	2009-2015
Stadtspital Triemli, Energieversorgung	-36.0	2008	2009	2009-2011
Spital Zollikerberg, Westtrakt, Ersatz	-10.1	*	2009	2009-2011
PUK, Trakt WT, Sanierung/Neugestaltung	-18.0	2008	2013	2013-2015
PUK, Trakt D/K, Sanierung	-15.0	2010	2012	2012-2015
PZR, Gebäude 80-82 (Massnahmenstation), Sanierung	-15.0	2008	2013	2013-2015
KJPD, Brüsshalde, Neubau	-10.0	2008	2010	2010-2012

* Projekte mit Planungsbeginn vor Inkraftsetzung ImV

4.2 Übrige Investitionen

Die übrigen Investitionen umfassen Projekte unter 10 Mio. Fr. Die Tabelle zeigt das geschätzte Verhältnis zwischen den Ausgaben für Projekte in Planung (Phasen I-IV gemäss ImV) und für Projekte in Ausschreibung und Realisierung (Phase V gemäss ImV).



Übersicht Investitionen in Mio. Fr.	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Total geplant	-27.3	-41.7	-45.9	-22.1
Total in Realisierung	-63.6	-41.7	-19.7	-2.5
Total Nettoinvestitionen	-90.9	-83.4	-65.6	-24.6

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Erfolgsrechnung (Mio. Fr.)
Auswirkungen KVG-Revision auf Spitalfinanzierung (Kantonsanteil an SwissDRG-Fallpauschalen, Zahlungspflicht bei Privatspitälern, freie interkantonale Spitalwahl)	2008	ab 2012	-195 p/a
Revision der Pflegefinanzierung	2008	ab 2011	-11 p/a
Teilrevision Lohnsystem	2009	ab 2010	-15 für 2010; -29 für 2011; -43 für 2012

Nicht enthalten in der Planung ist der jährliche Mehraufwand von 230 Mio. für die Übernahme der Spitalfinanzierung durch den Kanton (Umsetzung Spital 100/0). Dieser Mehraufwand muss durch einen Ausgleich der Steuersätze zwischen Kanton und Gemeinden nach Vorgabe der veränderten Belastung erfolgen.

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	768.4	784.7	789.6	810.9	831.6	850.5
Aufwand	-2'001.6	-2'122.5	-2'131.9	-2'220.5	-2'483.3	-2'566.2
Saldo	-1'233.2	-1'337.8	-1'342.3	-1'409.6	-1'651.7	-1'715.7
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	5.3	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-126.1	-161.5	-152.6	-185.4	-185.1	-231.9
Nettoinvestitionen	-120.8	-160.6	-152.6	-185.4	-185.1	-231.9

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Gesundheitsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Bud-



gets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).

(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	5.0	36.0	0.6 %	4.6 %
Aufwand	-9.4	-228.0	-0.4 %	-10.7 %
Saldo	-4.4	-192.0	-0.3 %	-14.4 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-0.9	-0.9		
Ausgaben	9.0	-27.2	5.6 %	-16.9 %
Nettoinvestitionen	8.1	-28.1	5.0 %	-17.5 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

5 Mio. Franken mehr Ertrag (0.6%) wegen

- +13 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),
- +3 Mio. Mehrerträge und Mehrleistungen (LG 6400),
- 9 Mio. tieferer Rückerstattung der Krankenversicherer für HPV-Impfungen (LG 6200),
- 2 Mio. übrigem Minderertrag.

9 Mio. Franken mehr Aufwand (0.4%) wegen

- 25 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700),
- 15 Mio. Zunahme Personalaufwand infolge Teilrevision Lohnsystem,
- 7 Mio. Kostenübernahme für den Betrieb der Alarmzentrale,
- 6 Mio. Zunahme Personalaufwand infolge bewilligter Lohnsummenerhöhung aus Beförderungen und Einmalzulagen im Umfang von 0.4%,
- +28 Mio. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben (LG 6300),
- +9 Mio. Minderaufwand für HPV-Impfungen (LG 6200),
- +4 Mio. Minderaufwand infolge Ausgliederung Behindertenheim Tilia,
- +3 Mio. übrigem Minderaufwand.

Investitionsrechnung

9 Mio. Franken weniger Ausgaben (5.6 %): Mehrausgaben für gezielte Investitionen in die hochspezialisierte Medizin gemäss Legislaturziel 1.2 steht ein geringfügig grösserer Minderbedarf aufgrund der Priorisierung der kantonalen Hochbauvorhaben gemäss RRB Nr. 385/2009 gegenüber.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

2010 bis 2013 durchschnittlich 36 Mio. Franken mehr Ertrag (4.6%) wegen

- +33 Mio. höherem Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung (LG 6700),
- +8 Mio. Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen (LG 6300 und LG 6400),
- 9 Mio. tieferer Rückerstattung der Krankenversicherer für HPV-Impfungen (LG 6200),
- +4 Mio. übrigem Mehrertrag.

2010 bis 2013 durchschnittlich 228 Mio. Franken mehr Aufwand (10.7%) wegen

- 98 Mio. Mehraufwand aus KVG Revision,
- 66 Mio. Mehraufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien (LG 6700),



- 40 Mio. Mehraufwand somatische Akutversorgung (LG 6300) und psychiatrische Versorgung (LG 6400) wegen Veränderung der Lohn- und Sachkostenfaktoren,
- 37 Mio. Mehraufwand infolge Teilrevision Lohnsystem,
- 9 Mio. Mehraufwand Abschreibungen und Zinsen,
- 8 Mio. Mehraufwand infolge Revision der Pflegefinanzierung,
- 7 Mio. Kostenübernahme Alarmzentrale,
- 6 Mio. Mehraufwand Beförderungen und Einmalzulagen,
- +28 Mio. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben,
- +9 Mio. Minderaufwand für HPV-Impfungen,
- +4 Mio. Minderaufwand infolge Ausgliederung Behindertenheim Tilia,
- +2 Mio. übrigem Minderaufwand.

Investitionsrechnung

2010 bis 2013 durchschnittlich 27 Mio. Franken mehr Ausgaben (16.9%):

Der Mehrbedarf ist vor allem auf gezielte Investitionen in die hochspezialisierte Medizin gemäss Legislaturziel 1.2, auf dringliche Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben im Universitätsspital und auf die Inangriffnahme von Grossvorhaben kantonaler und staatsbeitragsberechtigter Spitäler (Neubau Bettenhaus Triemlispital ab 2009, Sanierung/Erweiterung Hochhaus KSW ab 2011, Neubau Kinderspital ab 2012) zurückzuführen.



5. Leistungsgruppen

- 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung**
- 6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen**
- 6200 Prävention und Gesundheitsförderung**
- 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation**
- 6400 Psychiatrische Versorgung**
- 6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen**
- 6700 Beiträge an Krankenkassenprämien**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.5	1.5	0.2	1.8	0.2	1.8	0.3	1.8	1.8	23.4
Aufwand	-21.3	-25.2	-0.1	-25.7	-0.1	-25.6	-0.0	-25.9	-26.4	23.9
Saldo	-19.8	-23.7	0.1	-23.9	0.2	-23.8	0.2	-24.1	-24.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen		0.0								0.0
Ausgaben	-0.6	-0.9	-0.1	-0.9	-0.8	-1.5	-0.5	-1.2	-1.2	-1.1
Nettoinvestitionen	-0.6	-0.9	-0.1	-0.9	-0.8	-1.5	-0.5	-1.2	-1.2	-1.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	76.0	84.1	3.0	87.1	3.0	87.1	3.0	87.1	87.1	

Aufgaben

- A1 Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
- A2 Politische und strategische Geschäfte
- A3 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A4 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6)	2012	6
E2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)	2012	5
E3 Interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin	2012	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10) (A1, A4)	min.	7.89	7	7.5	7.5	7.5	7.5
W2 Zufriedenheit der KundInnen mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1-10) (A1, A4)	min.	8.56	7.5	8	8	8	8
W3 Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10) (A1, A4)	min.	8.65	7.5	8	8	8	8
W4 Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10) (A1, A4)	min.	8.06	7	7.5	7.5	7.5	7.5
Leistungen							
L1 Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen (A1)	P	6	6	6	6	6	6
L2 Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe (A4)	P	20	20	20	20	20	20
L3 Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken (A4)	P	12	10	9	8	8	8
L4 Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter (A3)	P	3	3	3	3	3	3
L5 Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich (A1, A4)	P	169	150	150	150	150	150
L6 Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbständ./unselbständig. Berufsausübung (A3)	P	1616	1660	1800	1800	1800	1800
L7 Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm) (A2)	P	2	3	2	2	2	2
L8 Anzahl erledigte Rekurse (A2)	P	33	60	40	40	50	50
L9 Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung) (A2)	P	47	25	40	40	40	40
Wirtschaftlichkeit							
B1 Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)		-0.2	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
B2 Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr) (A1, A4)		0.5	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
B3 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		15.01	17.95	17.76	17.56	17.65	17.81

Leistungsgruppe 6000 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-23.949
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.900

Budget Leistungsgruppe 6000

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe 6000 umfasst das Direktionssekretariat (6000.1000), die Leistungen und Beiträge im Gesundheitswesen allgemein (6000.2000) sowie die Kantonale Ethikkommission (KEK) und ihre Spezialisierten Unterkommissionen (SPUK) (6000.3000).
- Mit dem Geschäftsbericht 2008 wurde auf die Umsetzung der Legislaturmassnahme 17.3 "Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren" verzichtet. Diese Massnahme wurde in das Projekt "Spitalplanung 2012" (vgl. LZ RR 17.1) integriert. Unter der Prämisse der in Angriff genommenen Gesamtrevision der Versorgungs- und Strukturplanung in der Akutsomatik werden derzeit keine separaten Leistungskonzepte erarbeitet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Saldo der Leistungsgruppe 6000 verschlechtert sich gegenüber dem B 09 um 0.2 Mio. Fr.
-0.2 höherer Personalaufwand durch zwei zusätzliche Stellen im Bereich KVG zur Bearbeitung der Gesuche um Befreiung von der Versicherungspflicht und Kostengutspache für ausserkantonale Behandlungen.

Investitionsrechnung

- Im Jahre 2010 bleiben die Investitionsausgaben auf dem Niveau des Budget 2009 von 0.9 Mio. Fr.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Infolge Reorganisation im Bereich KEK/SPUK sowie Personalaufstockung im Bereich KVG erfährt der Beschäftigungsumfang gegenüber dem B 09 eine Steigerung um 3 Stellen. Die zusätzliche Stelle im Bereich KEK/SPUK ist saldoneutral, da sie durch tiefere Kommissionsaufwendungen kompensiert wird.

Indikatoren

- W1, W2, W3, W4: Anpassung an Erfahrungszahlen aus den Vorjahren.
- L3: Reduktion von 10 auf 9 Kliniken durch Fusion der Integrierten Psychiatrie Winterthur mit dem Psychiatrie-Zentrum Hard.
- L8: Dem Rückgang bei den zu bearbeitenden Rekursen steht eine Zunahme wegen der ca. Mitte 2009 in Kraft tretenden VRG-Revision gegenüber. Nach dieser Revision wird über Rekurse aus dem Bereich Berufsausübungsbewilligungen zu befinden sein.
- L9: Anpassung an Erfahrungszahlen aus den Vorjahren.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P 12 zu P 11:
-0.2 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung, Einmalzulagen)
-0.3 höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionsausgaben in den Jahren 2010 bis 2012
+0.2 tieferer Aufwand infolge Abschluss Projekt elektronische Kostengutspache
- P 13 zu P 12:
-0.2 höhere Lohnaufwendungen (Teuerung, Beförderung)
-0.2 höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionsausgaben in den Jahren 2010 bis 2013

Investitionsrechnung

- Aufgrund der KVG Revision hat der Bund eine Totalrevision aller Statistiken angekündigt. Zusammen mit der Erneuerung und Anpassung verschiedener Fachapplikationen ist in den Jahren 2011 bis 2013 mit steigenden Investitionsausgaben zu rechnen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Es wird mit einem gleichbleibenden Personalbestand gerechnet.

Indikatoren

- L3 Die Anzahl der gesteuerten psychiatrischen Kliniken sinkt aufgrund des Entzugs des Leistungsauftrages für Bergheim per 2011 von 9 auf 8 Betriebe.
- L8 Im Pflegebereich ist ab 2012 mit Rekursen zu rechnen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Investitionsrechnung

- Aufgrund der beschlossenen KVG-Revision müssen bei der GD verschiedene Fachapplikationen angepasst respektive erneuert werden, was zu steigenden Investitionsausgaben gegenüber dem KEF des Vorjahres führt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Infolge Reorganisation im Bereich KEK/SPUK sowie Personalaufstockung im Bereich KVG erfährt der Beschäftigungsumfang gegenüber dem KEF des Vorjahres eine Steigerung um 3 Stellen.

Indikatoren

- W1, W2, W3, W4: Anpassung an Erfahrungszahlen aus den Vorjahren. Der Indikator W3 aus dem letztjährigen KEF (Quotient Zufriedenheit Personen mit Spitalerfahrung / allgemeine Zufriedenheit mit Gesundheitsversorgung) sagt wenig aus und wurde daher gestrichen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	4.7	4.4	1.5	6.7	1.5	6.7	1.5	6.7	6.7	41.5
Aufwand	-21.7	-23.2	-0.8	-24.3	-0.5	-24.3	-0.7	-24.9	-25.3	16.4
Saldo	-17.0	-18.8	0.7	-17.6	1.0	-17.7	0.8	-18.2	-18.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)										
Einnahmen		0.0									0.0
Ausgaben	-1.4	-2.0	0.5	-1.3	0.7	-0.9	0.7	-0.9	-0.9	-0.9	-1.2
Nettoinvestitionen	-1.4	-2.0	0.5	-1.3	0.7	-0.9	0.7	-0.9	-0.9	-0.9	-1.2

Personal (Beschäftigungsumfang)	110.3	110.7	8.7	118.4	8.7	118.4	8.7	118.4	118.4	

Aufgaben

- A1 Erteilung von Bewilligungen und Marktüberwachung im Heilmittelbereich
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln, Verbrauchs- und Gebrauchsgegenständen)
- A3 Chemikaliengesetz vollziehen (Betriebs- und Marktkontrollen)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen
- A5 Tierschutz durchsetzen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Professionalisierung des Veterinärdienstes	2012	0
E2 Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben	2010	0
E3 Abstimmung des Vollzuges der geänderten Heilmittel- und der neuen Medizinalberufegesetzgebung	2010	0
E4 Umsetzung der kantonalen Hundegesetzgebung (neu)	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel (A1)	min.	-	90%	90%	90%	90%	90%
W2 Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit (A2)	min.	-	95%	85%	85%	85%	85%
W3 Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten (A2)	min.	-	75%	75%	75%	75%	75%
W4 Wenig Tierseuchenfälle: Anzahl Tierseuchenfälle (A4, neu)	max.	128	100	150	150	150	150
W5 Rasche Behebung schwerer Tierschutzfälle: Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind (A5, neu)	min.	-	-	90%	90%	90%	90%
W6 Wenig schwere Bissvorfälle von Hunden: Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen (A5, neu)	max.	-	-	300	300	300	300
Leistungen							
L1 Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle, A1)	P	8'414	7'800	8'400	8'400	8'400	8'400
L2 Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle, A1)	min.	412	390	410	410	410	410
L3 Anzahl Bewilligungen (Heilmittelkontrolle, A1)	P	1'909	1'860	1'960	1'960	1'960	1'960
L4 Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z.B. für Viehhandelspatente (Veterinäramt, A4, neu)	P	-	-	320	320	320	320
L5 Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Veterinäramt, A5, neu)	P	-	-	950	950	950	950
L6 Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Veterinäramt, A5, neu)	P	-	-	1'850	1'850	1'850	1'850
L7 Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor, A2, A3)	min.	19'471	19'000	19'000	19'000	19'000	19'000
L8 Mikrobiologische Prüfungen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	11'119	11'000	11'000	11'000	11'000	11'000
L9 Gehaltsanalysen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	6'389	5'000	6'000	6'000	6'000	6'000
L10 Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt, A5)	P	1'320	1'100	1'300	1'300	1'300	1'300
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	12.72	14.23	13.06	13.01	13.30	13.48

Leistungsgruppe 6100	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-17.614
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.250
Leistungsindikatoren L2, L7, L8 und L9	

Budget	Leistungsgruppe 6100
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Leistungsgruppe 6100 umfasst die Betriebe Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor und Veterinäramt.
- Kantonale Heilmittelkontrolle: Anpassung des Inspektions- und Bewilligungswesens an die neuen gesetzlichen Anforderungen (Überprüfung der Prozesse, Stärkung der Aufbauorganisation). Erneuerung der Akkreditierung als Inspektions- und Prüfstelle.
- Veterinäramt: Der Entwicklungsschwerpunkt E1 betrifft die Professionalisierung des Veterinärdienstes (Überprüfung der Struktur zur Anpassung an neue Bedürfnisse und Umsetzung der Verordnung über die Bildung von Personen im öffentlichen Veterinärdienst); der Plantermin verzögert sich als Folge der Tierseuchenbekämpfungsprogramme BVD und BZK sowie der Umsetzung der neuen Hundegesetzgebung. Der neu aufgenommene Entwicklungsschwerpunkt E4 betrifft die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben betreffend auffälliger Hunde.

Indikatoren

- Bei den Indikatoren des Veterinäramtes sind folgende Änderungen zu verzeichnen:
 - Einführung von den Wirkungsindikatoren W4, W5 und W6 in Bezug auf Tierseuchenfälle, Tierschutzfälle und Bissvorfälle von Hunden. Beim Wirkungsindikator W6 gilt als schwerer Bissvorfall eine Bissverletzung, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht.
 - Die Leistungsindikatoren L4, L5 und L6 wurden neu definiert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +1.3 Mehrertrag aufgrund der im neuen Hundegesetz vorgesehenen Abführung eines Teils der Hundeabgabe an den Kanton
- +0.6 tieferer Übertrag in den Tierseuchenfonds aufgrund abnehmendem Aufwand im BVD-Bereich
- 0.6 Mehraufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung der Hundegesetzgebung und den Tierseuchenprogrammen

Investitionsrechnung

- Der Minderbedarf ist darauf zurückzuführen, dass die voraussichtlichen Kosten für den Neubau Tierheim nach unten revidiert worden sind.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um 7.7 Stellen ist zurückzuführen auf einerseits 3.9 Stellen beim Kantonalen Labor für die Lebensmittelkontrolle im Auftrag von Gemeinden und Aufträge des Bundes, andererseits auf 3.8 Stellen zur Bewältigung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung und dem Tierschutz im Veterinäramt.

Indikatoren

- W2 Die gesamtschweizerische Vorgabe zur Beurteilung der Betriebe wurde 2008 angepasst. Aufgrund der neuen Definition für gewährleisteteste Lebensmittelsicherheit entspricht ein Anteil von 85% dem früheren Wert von 95%.
- L1, L2, L3 und L10: Anpassung an Erfahrungszahlen aus den Vorjahren.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P 11 zu P 10:
 - 0.2 infolge Lohnentwicklung
 - 0.1 infolge höherer Abschreibungen
 - +0.2 infolge Minderaufwendungen im BVD-Bereich
- P 12 zu P 11:
 - 0.3 infolge Lohnentwicklung
 - 0.2 infolge höherer Abschreibungen
- P 13 zu P 12:
 - 0.2 infolge Lohnentwicklung
 - 0.2 infolge höherem Übertrag in den Tierseuchenfonds

Investitionsrechnung

- P 11 zu P 10:
 - +0.4 Minderbedarf, da Tierheim 2010 realisiert.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P 10: Saldoverbesserung um +0.7 Mio. Fr. gegenüber KEF des Vorjahres:
 - +0.6 höherer Ertrag im Zusammenhang mit der Hundeabgabe.

Investitionsrechnung

- P 10, P11 und P12:
 - 0.7 aufgrund der Priorisierung wurden die Renovationsvorhaben beim Kantonalen Labor hinausgeschoben.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs ist zurückzuführen auf einerseits 4.6 Stellen beim Kantonalen Labor für die Lebensmittelkontrolle im Auftrag von Gemeinden und Aufträge des Bundes, andererseits auf 3.8 Stellen zur Bewältigung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung und dem Tierschutz im Veterinäramt.

Indikatoren

- W2 Die gesamtschweizerische Vorgabe zur Beurteilung der Betriebe wurde 2008 angepasst. Aufgrund der neuen Definition für gewährleisteteste Lebensmittelsicherheit entspricht ein Anteil von 85% dem früheren Wert von 95%.
- L1, L2, L3 und L10: Anpassung an Erfahrungszahlen aus den Vorjahren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	4.9	13.6	0.0	4.8	0.0	4.8	0.0	4.8	4.8	-2.7
Aufwand	-9.7	-20.6	0.1	-11.8	0.1	-11.9	0.1	-11.8	-11.8	22.0
Saldo	-4.8	-7.0	0.1	-7.0	0.1	-7.1	0.1	-7.0	-7.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.0									
Ausgaben	0.0									
Nettoinvestitionen	0.0									
Personal (Beschäftigungsumfang)	0.0									

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (inklusive Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
- A2 Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
- A3 Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
- A4 Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung	2010	4
E2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2)	2012	4
E3 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.4)	2012	4

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Medienkampagne "Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung" (A1, A2)	P	>70%	50%	50%	50%	50%	50%
W2 Leichte Reduktion des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15 jähriger Personen (Männer/Frauen) (A1, A2)	max.	15%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%	19%/19%
W3 Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	114	110	110	110	110	110
W4 Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	32	65	65	65	65	65
W5 Stabilerhaltung bei Selbsttötung (A1)	max.	267	270	270	270	270	270
W6 Stabilerhaltung Todesursache Krebs (A1)	max.	2515	2'600	2'600	2'600	2600	2600
W7 Leichte Reduktion Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten (A1, A2)	max.	3651	4'200	4'200	4'200	4200	4200
Leistungen							
L1 Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (A1, A2, A3)	min.	0	0	0	1	0	0
L2 Punktuelle Zwischenberichte (A1, A2, A3)	min.	1	1	1	0	1	1
Wirtschaftlichkeit							
B1 Im Rahmen des Gesundheitsberichtes und der Zwischenberichte auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit (A1, A2, A3)	P	1	1	1	1	1	1
B2 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	3.45	5.29	5.21	5.25	5.14	5.10

Leistungsgruppe 6200	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-7.030
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L1 und L2	

Budget	Leistungsgruppe 6200
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Sicherstellung von Prävention und Gesundheitsförderung sind gesetzliche Aufgaben des Staates. Um dieses Gebiet zu optimieren, ist vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ) ein kantonales Konzept ausgearbeitet worden. Zur Zeit wird das kantonale Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich mit den vier Strategien "Information und Kommunikation", "Durchführung von Schwerpunktprogrammen", "Unterstützung für Politik und Verwaltung" sowie "Weiterentwicklung der Strukturen von Prävention und Gesundheitsförderung" umgesetzt. Es sind bereits zwei Schwerpunktprogramme angelaufen. Einerseits das Schwerpunktthema "Bewegung, Ernährung, Entspannung" mit der Kampagne "Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung und Entspannung" und andererseits die "Betriebliche Gesundheitsförderung". Das Programm der betrieblichen Gesundheitsförderung wurde Ende 2008 abgeschlossen. Das zweite Schwerpunktprogramm wird weiterentwickelt und im Hinblick auf die Legislaturziele 14.2 und 17.4 der Regierung auf die Bereiche Bewegung und Ernährung fokussiert. Die Einführung der HPV-Impfung und die Vorbereitungen für eine präpandemische Massenimpfung - beides Aufträge des Bundes gemäss Epidemiengesetzgebung - sind weitere Aufgaben.
- Finanzentwicklung: Die Aufgaben des ISPMZ werden jedes Jahr in einer Leistungsvereinbarung mit der Universität Zürich festgehalten und gemäss RRB Nr. 1767/2006 pauschal abgegolten. Mit dem RRB 1767/2006 ist die Abgeltung der Leistungsvereinbarung mit dem ISPMZ bis in das Jahr 2010 festgelegt worden. Ab 2011 ist mit einer teuerungsbedingten Anpassung zu rechnen.
- Vollzugsaufgabe beim Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ)

Indikatoren

- W2 Letzte Erhebung 2006, nächste Erhebung 2010
- B1 Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit wird in die Gesundheitsberichterstattung und die punktuellen Zwischenberichte integriert; zum Thema wurde 2004 der umfassende Bericht des ISPMZ "Ökonomischer Nutzen und Kosten populationsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung" publiziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Für die vom Bund im Rahmen kantonaler Programme seit 2008 zugelassene HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen zwischen 11 und 19 Jahren ist der entsprechende Aufwand budgetiert. Gegenüber B09 reduziert sich in P10 der geschätzte Aufwand um 8.9 Mio. Fr., da weniger Jahrgänge geimpft werden müssen. Gemäss dem Vertrag zwischen santésuisse und der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) wird der Betrag im Wesentlichen von santésuisse zurückbezahlt. Entsprechend dem Aufwand reduziert sich auch der Ertrag.
- Für die Umsetzung der Legislaturmassnahme 17.4 ergibt sich 2010 ein zusätzlicher Aufwand von 0.2 Mio. Fr.
- Aufwendungen für Arbeiten und Diagnostik in Zusammenhang mit der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten insbesondere der neuen Grippe A/H1N1 verursachen Kosten von 0.1 Mio. Fr.

Indikatoren

- Die Entwicklung bewegt sich im Rahmen des Budgets 2009.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Für die Planjahre wird mit einem gleichbleibenden Aufwand von je 12 Mio. Fr. gerechnet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in den Folgejahren wie in P10 weniger Mädchen und Frauen gegen HPV geimpft werden müssen.

Indikatoren

- Die Indikatoren bleiben weitgehend stabil.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF des Vorjahres bleibt der Saldo in den Jahren 2010 bis 2013 stabil.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	262.5	272.2	-3.1	273.7	1.0	278.6	6.0	285.4	291.9	11.2
Aufwand	-911.3	-956.9	26.4	-958.4	15.0	-999.4	8.1	-1,235.6	-1,288.5	41.4
Saldo	-648.8	-684.7	23.3	-684.7	16.0	-720.8	14.0	-950.2	-996.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.6	0.6	-0.6	0.0	-0.6	0.0	-0.6	0.0		0.2
Ausgaben	-99.2	-127.8	13.1	-120.3	-14.0	-149.6	-3.0	-159.1	-200.7	-142.8
Nettoinvestitionen	-98.7	-127.2	12.5	-120.3	-14.6	-149.6	-3.6	-159.1	-200.7	-142.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	262.7	253.0	1.0	244.0	3.0	246.0	5.0	248.0	248.0	

Aufgaben

- A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der jeweiligen Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6300 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Kantonsapotheke Zürich, Zentralwäscherei Zürich, an die selbständigen Anstalten Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur sowie an 15 weitere Spitäler.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)	2012	1
E2 Neuregelung Spitalfinanzierung (LZ RR 7.6; neu)	2012	2
E3 Spitalplanung 2012 (LZ RR 17.1; neu)	2012	6
E4 Medical Board (Fachkommission für Überprüfung diagnostischer und therapeutischer Verfahren; neu)	2010	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Unzufriedene (A1)	max.	2.9%	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%	< 8%
W2 Ungeplante Rehospitalisationen (A1)	max.	1.5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%	< 5%
Leistungen							
L1 Stationäre Patientenaustritte total (A1)	P	178 858	174 400	180 400	182 000	183 600	185 300
L2 davon eigene Anstalten							
L3 - Grundversicherte (GV)	P	45 672	44 900	46 100	46 600	47 100	47 600
L4 - Zusatzversicherte (ZV)	P	11 578	11 000	11 600	11 700	11 800	11 900
L5 davon staatsbeitragsberechtigzte Spitäler							
L6 - Grundversicherte (GV)	P	93 073	90 600	94 000	94 900	95 800	96 800
L7 - Zusatzversicherte (ZV)	P	28 535	27 900	28 700	28 800	28 900	29 000
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kantonaler Beitrag pro Einwohner / Einwohnerin (in Fr.)	P	469	518	508	531	694	723
B2 Kosten je APDRG-Normfall in Fr. (nur som. Akutversorgung)	P	8 870	8 600	9 200	9 300	9 400	9 500

Leistungsgruppe 6300 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-684.700
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-120.320

Budget Leistungsgruppe 6300

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Wirkungsindikatoren: Qualitätsmessungen des Vereins Outcome, Medianwerte für kantonale Anstalten und staatsbeitragsberechtigte Akutspitäler. Beurteilung der Spitalbetreuung (W1): Anteil der Problemmeldungen; je tiefer, desto besser. Ungeplante Rehospitalisationen (W2): Anteil der ungeplanten Wiedereintritte; je tiefer, desto besser.
- Wirtschaftlichkeit: Patientenklassifikationssystem APDRG (All Patient Diagnosis Related Groups).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu B09: keine Veränderung Saldo, wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 28 Mio. Fr. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben, VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 7 Mio. Fr. Kostenübernahme für Alarmzentrale Tel. 144, 5 Mio. Fr. Zunahme Personalaufwand (Beförderungen, Einmalzulagen), 4 Mio. Fr. Zunahme Abschreibungen und Zinsen.

Investitionsrechnung

- P10 zu B09: Mehrbedarf von 3,5 Mio. Fr. für HSM-Investitionen (Impulsprogramm), Minderbedarf KSW von 7 Mio. Fr. wegen grösserem Zeitbedarf für Planung Ersatz Hochhaus, Minderbedarf Kinderspital von 2 Mio. Fr. wegen schnellerem Fortschritt Überbrückungsmassnahmen (Realisierung bereits 2009), Minderbedarf KAZ von 0,7 Mio. Fr. wegen Aufschub von Bauvorhaben.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- B10 zu B09: Zunahme 1 Stelle KAZ (stellvertretender Leiter), Reduktion 10 Stellen ZWZ (Rationalisierungen infolge neuer Schmutzwäschesortierung).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P11 zu P10: Verschlechterung Saldo um 36 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERSCHLECHTERUNGEN: 21 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 11 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 3 Mio. Fr. Abschreibungen und Zinsen.
- P12 zu P11: Verschlechterung Saldo um 229 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 4 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 195 Mio. Fr. KVG-Revision (Kantonsanteil an SwissDRG-Fallpauschalen, Zahlungspflicht bei neuen Listenspitälern, freie interkantonale Spitalwahl), 23 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 11 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 3 Mio. Fr. Abschreibungen und Zinsen.
- P13 zu P12: Verschlechterung Saldo um 46 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 2 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 31 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 11 Mio. Fr. mehr medizinischer Bedarf, 5 Mio. Fr. Abschreibungen und Zinsen.

Investitionsrechnung

- Zunehmender Investitionsbedarf 2011-2013: Mehrbedarf für HSM-Investitionen (Impulsprogramm), USZ: dringende Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben, Triemli: Neubau Bettenhaus, KSW: Sanierung/Ersatz Hochhaus, Spital Limmattal: Sanierung/Neubau, Kinderspital: Neubau.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Kantonsapotheke (KAZ): vier zusätzliche Stellen aufgrund steigender Sicherheitsanforderungen und Mehrleistungen.

Indikatoren

- Leistungsentwicklung: moderate Fortschreibung der Zunahme der letzten Jahre.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu P10 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 23 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 28 Mio. Fr. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben, 13 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 7 Mio. Fr. Kostenübernahme für Alarmzentrale Tel. 144.
- P11 zu P11 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 16 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 28 Mio. Fr. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben, 13 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 4 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, VERSCHLECHTERUNGEN: 21 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 7 Mio. Fr. Kostenübernahme für Alarmzentrale Tel. 144.
- P12 zu P12 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 14 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 28 Mio. Fr. Minderaufwand infolge Effizienzsteigerungsvorgaben, 17 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 8 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, VERSCHLECHTERUNGEN: 32 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 7 Mio. Fr. Kostenübernahme für Alarmzentrale Tel. 144.

Investitionsrechnung

- P10 zu P10 KEF Vorjahr: Mehrbedarf von 3,5 Mio. Fr. für HSM-Investitionen (Impulsprogramm), Minderbedarf USZ von 8,5 Mio. Fr. wegen Aufschub von Bauvorhaben, Minderbedarf KSW von 8,1 Mio. Fr. wegen grösserem Zeitbedarf für Planung und Ersatz Hochhaus, Minderbedarf Kinderspital von 2 Mio. Fr. wegen schnellerem Baufortschritt bei Überbrückungsmassnahmen.
- Weitere Planjahre: VERBESSERUNGEN: Minderbedarf KSW wegen späterem Baubeginn Hochhaus, Minderbedarf Kinderspital wegen schnellerem Baufortschritt bei Überbrückungsmassnahmen und Verschiebung Baubeginn auf 2013, Minderbedarf KAZ wegen Aufschub von Bauvorhaben, VERSCHLECHTERUNGEN: Mehrbedarf für HSM-Investitionen, Mehrbedarf USZ für Sanierungs- und Modernisierungsmassnahmen, Mehrbedarf Triemli für Neubau Bettenhaus, Mehrbedarf für Sanierung/Neubau Spital Limmattal.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Kantonsapotheke (KAZ): Stv. Leiter der Kantonsapotheke sowie vier zusätzliche Stellen aufgrund steigender Sicherheitsanforderungen und Mehrleistungen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	185.5	176.1	-1.7	174.3	-0.1	175.7	0.3	176.8	177.9	-4.1
Aufwand	-419.6	-424.8	8.1	-417.0	5.6	-422.9	8.9	-422.9	-430.0	2.5
Saldo	-234.1	-248.7	6.3	-242.7	5.5	-247.2	9.2	-246.1	-252.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	4.8	0.3								0.8
Ausgaben	-15.8	-21.8	10.2	-21.1	10.4	-25.4	-1.2	-18.0	-26.2	-21.4
Nettoinvestitionen	-11.0	-21.5	10.2	-21.1	10.4	-25.4	-1.2	-18.0	-26.2	-20.5

Personal (Beschäftigungsumfang)	2,055.9	2,033.1	-79.1	1,955.0	-80.1	1,955.0	-81.1	1,955.0	1,955.0	
---------------------------------	---------	---------	-------	---------	-------	---------	-------	---------	---------	--

Aufgaben

A1 Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatrie-Zentrum Rheinau (PZR), Winterthur Zürich Unterland (WZU) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie 6 weitere psychiatrische Kliniken.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.5)	2012	5
E2 Zusammenschluss der Kliniken Psychiatrie-Zentrum Hard und ipw (WZU)	2010	5
E3 Planung der Psychiatrie optimieren (LZ RR 17.1; neu)	2014	6
E4 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.6; neu)	2012	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Stationäre Patientenaustritte total (A1)	P	12 017	11 750	12 180	12 420	12 370	12 330
L2 - davon Erwachsenenpsychiatrie		10 188	9 800	10 300	10 500	10 400	10 300
L3 - davon Psychogeriatric		1 605	1 800	1 640	1 670	1 720	1 780
L4 - davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		224	150	240	250	250	250
L5 Stationäre Pflage tage total (A1)	P	504 570	506 500	503 400	502 600	498 200	493 800
L6 - davon Erwachsenenpsychiatrie		355 609	335 000	358 200	360 800	356 200	351 600
L7 - davon Psychogeriatric		131 461	150 000	126 300	121 300	121 500	121 700
L8 - davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		17 500	21 500	18 900	20 500	20 500	20 500
L9 Ambulante Einzelkonsultationen (A1)	P	183 152	175 000	184 000	185 000	186 000	186 000
L10 Teilstationäre Fälle (A1)	P	1 595	1 300	1 600	1 650	1 700	1 700
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	162	188	180	182	180	183
B2 Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in Fr.)	P	1 091	1 323	1 222	1 233	1 217	1 236

Leistungsgruppe 6400 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-242.714
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-21.090

Budget Leistungsgruppe 6400	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu B09: Verbesserung Saldo um 6 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 4 Mio. Fr. Ausgliederung Behindertenheim Tilia (PZR) an das Sozialamt, 3 Mio. Fr. Mehrerträge im ambulanten Bereich, 2 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw (WZU), 1 Mio. Fr. Liegenschaftsunterhalt der PUK neu als Investition (IPSAS), VERSCHLECHTERUNGEN: 4 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 1 Mio. Fr. Personal (Beförderungen/Einmalzulagen).

Investitionsrechnung

- P10 zu B09: Mehrbedarf von 5,0 Mio. Fr. für HSM-Investitionen (Impulsprogramm) und für Verschiebungen von der Erfolgs- zur Investitionsrechnung (IPSAS), Minderbedarf wegen Aufschub von Bauvorhaben (PUK 3,1 Mio. Fr., WZU 2,3 Mio. Fr., PZR 0,7 Mio. Fr., KJPD 0,4 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- P10: Reduktion um netto 78 Stellen (Vollzeitäquivalente, VZÄ), wesentliche Veränderungen: PERSONALREDUKTION: -120 Stellen durch Ausgliederungen an das Sozialamt (PZR: Wohnheim Tilia; PZH: Hardoskop und Hardunggut), PERSONALZUWACHS: 40 Stellen durch Korrektur Falscheingabe PZH im Budget 2009, 2 Stellen Adolozentenstation ipw.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P11 zu P10: Verschlechterung Saldo um 5 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 1 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 1 Mio. Fr. Einsparungen aus Zusammenschluss PZH und ipw (WZU), VERSCHLECHTERUNGEN: 4 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 3 Mio. Fr. Lohn- und Sachkostenfaktoren.
- P12 zu P11: Verbesserung Saldo um 1 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 3 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 3 Mio. Fr. Abschreibungen und Zinsen, VERSCHLECHTERUNGEN: 4 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem, 2 Mio. Fr. Lohn- und Sachkostenfaktoren.
- P13 zu P12: Verschlechterung Saldo um 6 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 1 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, VERSCHLECHTERUNGEN: 6 Mio. Fr. Lohn- und Sachkostenfaktoren.

Investitionsrechnung

- Verschiebung von Projekten bei PUK und PZR von 2011/2012 auf 2013, Sanierungsbedarf in der Forel-Klinik durch Verlagerung des frauenspezifischen Angebots ab 2010.

Indikatoren

- Leistungsentwicklung: moderate Fortschreibung der Entwicklung der letzten Jahre; Rückgang bei den stationären Pflegetagen wegen Verlagerungen zu ambulanten Behandlungsangeboten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu P10 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 6 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 4 Mio. Fr. Ausgliederung Behindertenheim Tilia (PZR) an das Sozialamt, 3 Mio. Fr. Mehrerträge im ambulanten Bereich, 2 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 1 Mio. Fr. Liegenschaftsunterhalt der PUK neu als Investition (IPSAS), VERSCHLECHTERUNGEN: 4 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem.
- P11 zu P11 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 5 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 5 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 6 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 1 Mio. Fr. Liegenschaftsunterhalt der PUK neu als Investition (IPSAS), VERSCHLECHTERUNGEN: 8 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem.
- P12 zu P12 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 9 Mio. Fr., wesentliche Veränderungen: VERBESSERUNGEN: 9 Mio. Fr. Personal- und Sachkostenfaktoren, 9 Mio. Fr. Taxmehrerträge und Mehrleistungen, 1 Mio. Fr. Liegenschaftsunterhalt der PUK neu als Investition (IPSAS), VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Teilrevision Lohnsystem.

Investitionsrechnung

- P10 zu P10 KEF Vorjahr: Mehrbedarf von 5,0 Mio. Fr. für HSM-Investitionen (Impulsprogramm) und Verschiebungen von Erfolgs- zur Investitionsrechnung (IPSAS), Minderbedarf KJPD von 3,8 Mio. Fr. aufgrund grösseren Zeitbedarfs für Planung Neubau Brüschalde, Minderbedarf wegen Aufschub von Bauvorhaben (PUK 8,5 Mio. Fr., PZR 2,5 Mio. Fr., WZU 1,1 Mio. Fr.).
- P11 zu P11 KEF Vorjahr: Mehrbedarf von 7,5 Mio. Fr. für HSM und IPSAS, Mehrbedarf von 2 Mio. Fr. für Sanierung Forel-Klinik, Minderbedarf wegen Aufschub von Bauvorhaben (WZU 11 Mio. Fr., PZR 8 Mio. Fr., PUK 6 Mio. Fr.).
- P12 zu P12 KEF Vorjahr: Mehrbedarf von 2,5 Mio. Fr. für IPSAS, Mehrbedarf von 3 Mio. Fr. für Sanierung Forel-Klinik, Mehrbedarf KJPD von 1,8 Mio. Fr. wegen Neubau Brüschalde, Minderbedarf wegen Aufschub von Bauvorhaben (WZU 3,8 Mio. Fr., PZR 1,5 Mio. Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- P10: Reduktion um netto 78 Stellen (Vollzeitäquivalente, VZÄ), wesentliche Veränderungen: PERSONALREDUKTION: -120 Stellen durch Ausgliederungen an das Sozialamt (PZR: Wohnheim Tilia; PZH: Hardoskop und Hardunggut), PERSONALZUWACHS: 40 Stellen durch Korrektur Falscheingabe PZH im Budget 2009, 2 Stellen Adolozentenstation ipw.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag		0.0								-100.0
Aufwand	-33.7	-35.9	1.6	-34.4	-9.6	-45.7	-9.6	-46.0	-46.1	36.9
Saldo	-33.7	-35.9	1.6	-34.4	-9.6	-45.7	-9.6	-46.0	-46.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen		0.0								0.0
Ausgaben	-9.1	-9.0	0.0	-9.0	1.0	-8.0	3.0	-6.0	-3.0	-7.3
Nettoinvestitionen	-9.1	-9.0	0.0	-9.0	1.0	-8.0	3.0	-6.0	-3.0	-7.3

Personal (Beschäftigungsumfang)		0.0								
---------------------------------	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--

Aufgaben

A1 Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Neuregelung Pflegefinanzierung (LZ RR 7.6; neu)

bis
Direktions-
ziel Nr.
2011 | 3

Indikatoren**Wirkungen****Leistungen**

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
L1 Pflagetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio.) (A1)	P	2.6	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
L2 Leistungsstunden Spitex (in Mio.) (A1)	P	1.8	2.2	2.3	2.3	2.3	2.3
L3 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen (A1)	P	0.2%	0.2%	0.2%	1.9%	2.2%	2.5%
L4 Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitexdiensten (A1)	P	13.4%	15%	14%	14%	14%	14%

Wirtschaftlichkeit							
B1 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) mit Abschreibungen und Zinsen	P	26	27	26	34	34	33
B2 Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) ohne Abschreibungen und Zinsen	P	19	18	19	26	26	26

Leistungsgruppe 6500 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-34.402
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-9.000

Budget Leistungsgruppe 6500

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu P09: Verbesserung Saldo um 1.5 Mio. Fr., VERSCHLECHTERUNGEN: 0.9 Mio. Fr. Mehraufwand Spitex infolge Leistungssteigerung, VERBESSERUNGEN: 2.4 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P11 zu P10: Verschlechterung Saldo um 11.3 Mio. Fr., VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Zusatzaufwand aus der durch verändertes Bundesrecht erforderlichen Revision der Pflegefinanzierung, 0.3 Mio. Fr. höhere Abschreibungen und Zinsen.
- P12 zu P11: Verschlechterung Saldo um 0.2 Mio. Fr. infolge höherer Abschreibungen und Zinsen.
- P13 zu P12: Verschlechterung Saldo um 0.1 Mio. Fr. infolge höherer Abschreibungen und Zinsen.

Investitionsrechnung

- Im Rahmen der kantonalen Anpassungen an die Revision des KVG im Bereich der Pflegefinanzierung soll voraussichtlich ab 2011 auf die Subventionierung der Investitionsausgaben der Gemeinden in der stationären Langzeitversorgung (Alters- und Pflegeheime sowie Pflegezentren) verzichtet werden. Die vor dem 1.1.2011 bewilligten Kostenanteile müssen noch ausgezahlt werden; daraus resultiert ein kontinuierlich abnehmender Mittelbedarf: P11 zu P10: - 1 Mio.; P12 zu P11: -2 Mio.; P13 zu P12: -3 Mio.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- P10 zu P10 KEF Vorjahr: Verbesserung Saldo um 1.6 Mio. Fr., VERBESSERUNGEN: 2.6 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen, VERSCHLECHTERUNGEN: 0.9 Mio. Fr. Mehraufwand Spitex infolge Leistungssteigerung.
- P11 zu P11 KEF Vorjahr: Verschlechterung Saldo um 9.6 Mio. Fr., VERBESSERUNGEN: 2.4 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen, VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Zusatzaufwand aus der durch verändertes Bundesrecht erforderlichen Revision der Pflegefinanzierung, 0.9 Mio. Fr. Mehraufwand Spitex infolge Leistungssteigerung.
- P12 zu P12 KEF Vorjahr: Verschlechterung Saldo um 9.6 Mio. Fr., VERBESSERUNGEN: 2.3 Mio. Fr. tiefere Abschreibungen und Zinsen, VERSCHLECHTERUNGEN: 11 Mio. Fr. Zusatzaufwand aus der durch verändertes Bundesrecht erforderlichen Revision der Pflegefinanzierung, 0.9 Mio. Fr. Mehraufwand Spitex infolge Leistungssteigerung.

Investitionsrechnung

- Im Rahmen der kantonalen Anpassungen an die Revision des KVG im Bereich der Pflegefinanzierung soll voraussichtlich ab 2011 auf die Subventionierung der Investitionsausgaben der Gemeinden in der stationären Langzeitversorgung (Alters- und Pflegeheime sowie Pflegezentren) verzichtet werden. Die vor dem 1.1.2011 bewilligten Kostenanteile müssen noch ausgezahlt werden; daraus resultiert ein kontinuierlich abnehmender Mittelbedarf: P11 zu P11 KEF Vorjahr: - 1 Mio.; P12 zu P12 KEF Vorjahr: -3 Mio.; P13 zu P13 KEF Vorjahr: -6 Mio.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	305.6	313.2	8.1	325.7	13.0	340.7	14.5	353.5	364.5	19.3
Aufwand	-578.8	-631.7	-16.0	-656.7	-26.0	-686.9	-29.0	-712.5	-734.5	26.9
- Entschädigung SVA		-5.3		-5.3		-5.5		-5.5	-5.5	
- Individuelle Prämienverbilligung		-386.7		-394.9		-411.3		-422.7	-433.2	
- Prämienübernahmen		-239.5		-256.3		-269.9		-284.1	-295.6	
Saldo	-273.2	-318.5	-7.9	-331.0	-13.0	-346.2	-14.5	-359.0	-370.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.0									
Ausgaben	0.0									
Nettoinvestitionen	0.0									
Personal (Beschäftigungsumfang)	0.0									

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
- A2 Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs 1bis KVG sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Direktionsziel Nr.	
	bis	
E1 Optimierung des Prämienverbilligungssystems	2013	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Fr. (A1)	P	572	626	651	681	707	729
Leistungen							
L1 mind. 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung (A1)	min.	30%	33%	32%	32%	32%	32%
L2 mind. 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung (A2)	min.	30%	45%	39%	39%	39%	39%
L3 Kantonsbeitrag (in Mio. Fr.) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (exkl. SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand) (A1)	min.	268.3	313.2	325.7	340.7	353.5	364.5
Wirtschaftlichkeit							
B1 Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	15	14	14	15	15	15

Leistungsgruppe 6700	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-330.950
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L1, L2 und L3	

Budget	Leistungsgruppe 6700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Familienpolitische Ziele (A2) gemäss KVG-Teilrevision vom 18.3.2005 sind in einem ersten Schritt mit der im Jahr 2007 erfolgten Erhöhung der Verbilligungsbeiträge an berechnete Jugendliche in Ausbildung teilweise umgesetzt worden. Diese Massnahme wurde im Jahr 2009 mit der Einführung einer neuen Kategorie von Berechtigten ergänzt. Es handelt sich dabei um die Haushalte aus dem Mittelstand mit Kindern und Jugendlichen in Ausbildung mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 47'600 und Fr. 61'000. Ab 2009 wird zudem ein Teil der Familien mit Kindern mit unterem und mittlerem Einkommen verstärkt unterstützt, indem sie dank den im revidierten Steuergesetz vorgesehenen höheren Abzugsmöglichkeiten für Kinder entweder in eine andere Berechtigungsgruppe oder neu in den Genuss der individuellen Prämienverbilligung kommen.
- Die angestrebte Optimierung der Mittel für die Prämienverbilligung (E1) steht primär im Zusammenhang mit den neuen technischen Möglichkeiten der bevorstehenden kantonalen Zentralisierung aller Steuerdaten. Diese werden eine differenziertere Analyse der Wirtschaftskraft der Leistungsempfänger grundsätzlich zulassen, was allgemein zu einer effizienteren Unterstützungspolitik führen sollte.

Sonstige Bemerkungen

- Die Entschädigung an die SVA für die Administration der individuellen Prämienverbilligung (IPV) ist Teil des gesamten Prämienverbilligungsaufwandes. Sie wird in die Berechnung des Indikators L4 jedoch nicht integriert, da sie nicht an Leistungsempfänger der Prämienverbilligung ausbezahlt wird.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufgrund der erwarteten Prämienentwicklung steigt der Beitrag des Bundes um 12.5 Mio. Franken (+4.0%). Da der Kantonsbeitrag mindestens dem Bundesbeitrag entsprechen muss, steigt der Aufwand gegenüber dem Budget 2009 um 25.0 Mio. Franken. Dieser Anstieg lässt sich zum einen mit dem Mehrdarf im Bereich der individuellen Prämienverbilligung in der Höhe von 8.1 Mio. Franken (+2.1%), zum anderen mit höheren Prämienübernahmen an EL-/BH-Bezüger, an Sozialhilfeempfänger und aufgrund von Verlustscheinen in der Höhe von 16.9 Mio. Franken (+7.0%) erklären. Der Aufwand im Bereich der Prämienübernahmen wächst vergleichsweise schneller, da der Bedarf in diesem Bereich nicht nur aufgrund der Prämientuerung, sondern auch wegen der konjunkturbedingten Fallentwicklung ansteigt.

Indikatoren

- Der tiefere Wert von L2 gegenüber dem Budget 2009 ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Haushalte mit Kinder und Jugendlichen in Ausbildung mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 47'600 und Fr. 61'000, welche ab 2009 eine neue Kategorie von Berechtigten bilden, zu hoch geschätzt wurde.
- Der gemäss L3 zu erzielende Kantonsbeitrag entspricht genau dem voraussichtlichen Pauschalbeitrag, welchen der Bund im Jahr 2010 ausrichten wird. Der Bund erhöht seine Pauschale infolge des für 2010 vorgesehenen Prämienanstiegs. Der Indikatorwert von 325.7 Mio. schliesst die SVA-Entschädigung aus.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Aufwendungen in den Finanzplanjahren 2011-2013 entwickeln sich im gleichen Schritt wie die Bundespauschale und verzeichnen somit jährliche Steigerungen zwischen 3.1% und 4.6%. Mit den zusätzlichen Mitteln werden einerseits die Prämientuerung im Bereich der Prämienübernahmen, andererseits die Erhöhung der Verbilligungsbeiträge für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung gemäss gesetzlicher Vorgabe finanziert. Zudem sollten weiterhin auch die Verbilligungsbeiträge für Erwachsene erhöht werden, um die Prämientuerung wenigstens zum Teil zu kompensieren.
- Die Entwicklung der Bundesbeiträge reflektiert grundsätzlich die Entwicklung der Gesundheitskosten (Prämien und Kostenbeteiligung) und berücksichtigt auch das Wachstum der Wohnbevölkerung. Die jährliche Steigerung der Bundespauschale im Zeitraum 2011-2013 liegt zwischen 3.1% und 4.6%.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoverschlechterung für die Zeitperiode 2010-2012 beträgt insgesamt rund 36 Mio. Fr. Diese Entwicklung ist primär Ausdruck der revidierten Annahmen in Bezug auf die für das Aufwandniveau massgebenden Bundesbeiträge. Die Bundespauschalen sollten aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung der Prämientuerung höher liegen als bisher eingestellt, was gemäss Vorgaben im EG KVG auch höhere Kantonsbeiträge zur Folge hat.



6. Fonds

6900 Tierseuchenfonds

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	3.7	3.6	-1.0	2.7	-0.6	2.7	-0.6	2.7	2.9	-20.2
- Patente, Entgelte, Beiträge		1.4		1.0		1.0		1.1	1.1	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)		0.8		0.8		0.8		0.8	0.8	
- Interne Verrechnungen		1.4		0.9		0.9		0.9	1.1	
Aufwand	-4.3	-4.3	0.7	-3.6	0.3	-3.6	0.3	-3.7	-3.8	-11.8
- Sachaufwand		-3.1		-2.5		-2.5		-2.6	-2.6	
- Tiermehlfabrik Bazenheim *)		-0.8		-0.8		-0.8		-0.8	-0.8	
- Bereitstellungskosten TMF **)		-0.1		-0.2		-0.2		-0.2	-0.2	
- Eigene Beiträge		-0.2		-0.2		-0.2		-0.2	-0.2	
Saldo	-0.6	-0.6	-0.3	-0.9	-0.3	-0.9	-0.3	-1.0	-0.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand		3.1	0.2	2.7	-0.1	1.8	-0.4	0.8		0.0
--------------	--	-----	-----	-----	------	-----	------	-----	--	-----

Aufgaben

A1 Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten.

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Anzahl Tierseuchenfälle	P	128	100	150	150	150	150
L2 Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen	P	-	-	43'000	17'500	17'500	7'500
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	1.08	1.03	0.58	0.58	0.59	0.72
B2 Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	20.55	20	11.3	11.4	11.5	14.2

Fonds 6900 Budgetentwurf 2010Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -0.912
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)**Budget Fonds 6900**Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Fonds steht in Beziehung zur Leistungsgruppe 6100. Er deckt den Sachaufwand der Tierseuchenvorsorge und -bekämpfung des Veterinäramtes. Der Aufwand für hauptberufliches Personal der Tierseuchenbekämpfung fällt im Veterinäramt, Leistungsgruppe 6100, an.
- Der Stellenwert der Tierseuchenbekämpfung und der Lebensmittelsicherheit, die eng zusammenhängen, hat zugenommen und wird in den nächsten 5 Jahren nochmals zunehmen. Dies ist einerseits durch die heute üblichen Produktionsmethoden für Lebensmittel tierischer Herkunft bedingt, welche zusätzliche Strategien der Überwachung zum Schutz der Konsumentenschaft verlangen (Überwachung der Futtermittel für Tiere, über Aufsicht im Stall und den Schlachtbetrieben). Andererseits haben verschiedene Seuchen eine grosse wirtschaftliche Bedeutung, da sie nicht nur direkt erhebliche Kosten verursachen können (z. B. Handelsrestriktionen), sondern auch indirekt grosse Schäden (Einbruch Fleischkonsum, Rückgang Tourismus). Die amtstierärztliche Überwachung muss an verschiedenen Stellen verstärkt werden, da dies vor allem auch für die Exportfähigkeit der Schweiz unumgänglich ist.

Indikatoren

- Neue Definition des Leistungsindikators L2: L2 umfasst neu alle Laboruntersuchungen im Auftrag des Veterinäramts und nicht mehr nur eine Auswahl der Stichproben und Untersuchungen zu Aborten wie bisher.

Sonstige Bemerkungen

- Tiermehlfabrik Bazenheid *: Die Beiträge, welche über den Tierseuchenfonds an die Tiermehlfabrik Bazenheid ausgerichtet werden, werden durch Rückerstattungen von Gemeinden / Dritten im Tierseuchenfonds vollumfänglich wieder vereinnahmt.
- Bereitstellungskosten TMF **: Jährliche Bereitstellungskosten zur Reservation von Kapazitäten im Fall von auftretenden Tierseuchen, die an die Tiermehlfabrik Bazenheid zu entrichten sind, werden dagegen vollumfänglich durch Tierhalterbeiträge finanziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Aufwand für die Ausrottung der Bovinen Virus-Darrhoe (BVD) geht mit fortschreitender Bekämpfung zurück. Entsprechend ist der Übertrag vom Veterinäramt in den Tierseuchenfonds geringer.
- Zum Minderertrag trägt der Rückgang der Viehhandelspatente bei.

Indikatoren

- L1 Durch das Ausrottungsprogramm der Bovinen Virus-Darrhoe (BVD) erhöht sich die Anzahl Seuchenfälle.
- L2 Die hohe Anzahl ergibt sich aus dem Ausrottungsprogramm BVD.
- B1 und B2 Die Werte der Indikatoren liegen tiefer infolge eines tieferen Übertrags vom Veterinäramt in den Tierseuchenfonds.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Mit dem vorgesehenen tieferen Übertrag vom Veterinäramt in den Tierseuchenfonds nimmt der Fondsbestand kontinuierlich ab.

Indikatoren

- L2 Die tiefere Anzahl hängt mit dem Ausrottungsprogramm BVD zusammen, da das Programm stufenweise weniger Probeerhebungen vorgibt und im Jahr 2012 abgeschlossen sein soll.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Indikatoren

- L1 Durch das Ausrottungsprogramm der Bovinen Virus-Darrhoe (BVD) erhöht sich die Anzahl Seuchenfälle.
- B1 und B2 Die Werte der Indikatoren liegen tiefer infolge eines tieferen Uebertrags vom Veterinäramt in den Tierseuchenfonds.



7. Projekte

Steuerung Gesundheitsversorgung

- Projekt-Nr. 6000-02: Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung (LG 6300, E2 bzw. LG 6500, E1)
- Projekt-Nr. 6000-15: Spitalplanung 2012 (LG 6300, E3)

Prävention und Gesundheitsförderung

- Projekt-Nr. 6200-04: Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Umsetzung (LG 6200, E1)
- Projekt-Nr. 6200-14: Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30 (LG 6200, E3)

Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

- Projekt-Nr. 6300-08: Medical Board (LG 6300, E4)

Psychiatrische Versorgung

- Projekt-Nr. 6400-12: Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie (LG 6400, E1)
- Projekt-Nr. 6400-13: Reorganisation Psychiatrieverbund Winterthur - Zürich Unterland (LG 6400, E2)



Projekt-Nr. 6000-02	Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung (LG 6300, E2 bzw. LG 6500, E1)
--------------------------------	--

Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung

Kurzumschreibung Projekt

Der Regierungsrat verabschiedete am 26. Januar 2005 die Vorlage 4236 für ein neues Gesundheitsgesetz zuhanden des Kantonsrats. Im Laufe der Gesetzesberatung in der vorberatenden Kommission (KSSG) zeigte sich der Wunsch, im Bereich der Spitalfinanzierung den Wechsel zu einer Subjektfinanzierung zu prüfen. Da die vertiefte Prüfung dieses Systemwechsels die im übrigen unbestrittene Revision des Gesundheitsgesetzes über die Legislaturperiode 2003/2007 hinaus verzögert hätte, zog der Regierungsrat am 20. September 2006 die Finanzierungsbestimmungen der Gesetzesvorlage (Akutversorgung, stationären Langzeitpflege und Spitex) zurück. In der Folge verabschiedete der Kantonsrat am 2. April 2007 das revidierte Gesundheitsgesetz.

Parallel zur Gesundheitsgesetzrevision erfolgten die verwaltungsinternen Arbeiten an der Neuregelung des kantonalen Finanzausgleichs (REFA). Dabei wurde im Bereich der Gesundheitsversorgung vorgeschlagen, die Finanzierung der Akutspitalversorgung vollständig dem Kanton und im Gegenzug die Pflegeheimsubventionierung vollständig den Gemeinden zu überbinden (Spital 100/0). Im Rahmen der von der Direktion der Justiz und des Innern von September bis Ende Dezember 2007 durchgeführten Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die vorgeschlagene finanzielle Entflechtung im Gesundheitsbereich mehrheitlich begrüsst wird. Weiter muss gemäss revidiertem KVG vom 21. Dezember 2007 die Spitalfinanzierung bis 1. Januar 2012 grundsätzlich auf Fallpauschalen umgestellt werden. Diese haben sowohl die Abgeltung der Betriebs- als auch der Investitionskosten zu umfassen. Die neuen Bundesvorgaben erfordern eine Anpassung der kantonalen Finanzierungsbestimmungen ebenfalls per 1. Januar 2012. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat beschlossen, die Neuregelung der Spital- und Pflegefinanzierung sachlich getrennt von der Reform des Finanzausgleichs durchzuführen.

Aufgrund des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13. Juni 2008, das auf den 1. Juli 2010 in Kraft treten soll, muss indessen die Neugestaltung der Pflegefinanzierung auf kantonaler Ebene „vorgezogen“ werden. Die erwähnte finanzielle Entflechtung der Aufgaben im Spital- und Pflegeheimbereich soll aber nach wie vor per 1. Januar 2012 und somit gleichzeitig mit der Neuregelung der Spitalfinanzierung erfolgen.

Wirkungsziel:

- Erhöhung der Verursachergerechtigkeit und der Transparenz der Spitalfinanzierung.
- Förderung von Marktmechanismen bei der Akutspitalversorgung.
- Entflechtung der Finanzierungsströme im Spital- und Pflegeheimbereich.
- Erhalt der Steuerbarkeit des Leistungsangebots.

Leistungsziel:

- Erlass eines Planungs- und Finanzierungsgesetzes.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.4	-	-0.1	-0.1	-0.1	-0.05	-0.05
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-11	-436	-436
Netto-Investitionen		-	-	-	+1	+3	+6

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-02

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Projektplan, Start Vorprojekte
2009	- Erarbeitung Entwurf der Gesetzesvorlage
2010	- Vernehmlassung, Beschlussfassung im Regierungsrat, Vorberatung in KSSG
2011	- Abschluss der KSSG-Beratung, Verabschiedung durch Kantonsrat

Bemerkungen

Infolge der KVG Revision ist ab 2012 mit einer jährlich wiederkehrenden Mehrbelastung von 195 Mio. Fr. im Bereich der Spitalfinanzierung zu rechnen. Für die Umsetzung von Spital 100/0 sind ab 2012 rund 230 Mio. Fr. notwendig (in der Planung nicht enthalten). Die Revision der Pflegefinanzierung führt ab 2011 zu einem jährlichen Zusatzaufwand von 11 Mio. Fr. in der Erfolgsrechnung und zu Entlastungen in der Investitionsrechnung (2011: 1 Mio. Fr.; 2012: 3 Mio. Fr.; 2013: 6 Mio. Fr.).



Projekt-Nr. 6000-15	Spitalplanung 2012 (LG 6300, E3)
Gesundheitsdirektion / Steuerung Gesundheitsversorgung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Das am 21. Dezember 2007 teilrevidierte KVG tritt mit seinen neuen Bestimmungen zur Spitalfinanzierung und Spitalplanung auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Der Kanton Zürich mit seiner Vielzahl von Spitälern ist gefordert, seine Spitalplanung rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Dabei soll die der geltenden Zürcher Spitalliste zugrunde liegende Bettenplanung durch eine leistungsorientierte Versorgungsplanung abgelöst werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung • Stärkung des Wettbewerbs unter den Spitälern • Konzentration der medizinischen Leistungen zur Verbesserung der Qualität und der Effizienz der Leistungserbringung • Erweiterung des unternehmerischen Spielraums der Spitäler • Minimierung zusätzlicher finanzieller Belastungen der öffentlichen Hand <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung der Spitalliste 2012 • Entwicklung der rollenden Planung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-10.1	-0.4	-2.7	-2.3	-2.5	-2.2	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6000-15	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Erstellung des Versorgungsberichts
2010	- Erstellung des Strukturberichts
2011	- Festlegung der Spitalliste

Bemerkungen



Projekt-Nr. 6200-04	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Umsetzung (LG 6200, E1)
Gesundheitsdirektion / Prävention und Gesundheitsförderung	

Kurzumschreibung Projekt
Nach der Umsetzung des Konzeptes für eine kantonsweite Suchtprävention hat das Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPMZ) eine Konzeption für eine allgemeine Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Zürich erarbeitet und dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dieses Konzept wird nun umgesetzt.
Wirkungsziel:
Prävention und Gesundheitsförderung sind ausgesprochene Querschnittsaufgaben. Daher sollen die staatlichen Aktivitäten in einem Gesamtsystem auf anderweitige Angebote abgestimmt und so nachhaltig eine strukturierte, über die Direktionen koordinierte Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton implementiert werden.
Wirkungsziele des Konzeptes sind:
<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerung und Fachleute verfügen über einen hohen Informationsstand zu Prävention und Gesundheitsförderung. Dadurch sind Einzelne und Gemeinschaften in der Lage, selbstverantwortlich ihr Gesundheitspotential auszuschöpfen. • Präventionsmassnahmen werden in jenen Bereichen getroffen, in denen Handlungsbedarf und Potential für Verbesserungen aus gesundheitlicher Sicht am stärksten sind. • Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung werden beraten, so dass sie die Auswirkungen politischer Entscheide auf die Gesundheit berücksichtigen können. • Der Kanton verfügt über optimale Strukturen für die Umsetzung präventiver Massnahmen.
Leistungsziel:
Im Konzept sind zur Umsetzung die folgenden vier Strategien mit Zielvorgaben festgelegt und im Detail beschrieben worden: 1. Information und Kommunikation, 2. Durchführung von Schwerpunktprogrammen, 3. Unterstützung von Politik und Verwaltung und 4. Weiterentwicklung der Präventions- und Gesundheitsförderungsstrukturen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-3.0*	-0.5*	-0.5*	-0.5*	-0.5*	-0.5*	-0.5*
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6200-04	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2010	- Die allgemeinen Zielsetzungen sind im Bericht "Konzeption für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich" enthalten. Die vom ISPMZ zu erreichenden Ziele sind Teil der jährlichen Vereinbarung der Gesundheitsdirektion mit der Universität Zürich. Das ISPMZ berichtet jährlich zweimal über den Stand der Arbeiten.

Bemerkungen
* = in der pauschalierten Abgeltung an das ISPMZ enthalten.
Studien zeigen, dass populationsgestützte Prävention und Gesundheitsförderung ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen, wenn durch evaluierte Ansätze reale Chancen bestehen, sowohl auf der Verhaltens- wie auf der Verhältnisebene Verbesserungen umzusetzen, so dass möglichst viele Personen erreicht werden können.



Projekt-Nr. 6200-14	Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30 (LG 6200, E3)
Gesundheitsdirektion / Prävention und Gesundheitsförderung	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Die Gesundheitsberichterstattung des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin (ISPMZ) hat gezeigt, dass Übergewicht auch im Kanton Zürich ein Problem der öffentlichen Gesundheit darstellt. Der Regierungsrat hat deshalb mit den Legislaturzielen 2007-2011 als Ziel formuliert, den Anteil der Bevölkerung im Kanton mit einem BMI > 30 zu stabilisieren. Dazu sollen die Massnahmen der Gesundheitsdirektion mit solchen in den Bereichen Sport und Bildung ergänzt werden. Diese Massnahmen sollen zusätzlich mit einer Kampagne zu einem gesunden Lebensstil kombiniert werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Übergewicht ist in allen Altersklassen ein Problem und kann verschiedene Folgekrankheiten verursachen, wobei Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Diabetes Typ 2 im Vordergrund stehen. Basierend auf nationalen Berechnungen wurden 2001 die volkswirtschaftlichen Kosten von Adipositas im Kanton Zürich auf Fr. 450 Mio. geschätzt. Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur Eindämmung des Problems geleistet werden.</p> <p>Es werden zudem bei Kindern und Erwachsenen Daten zum BMI erhoben. Der Anteil der Bevölkerung mit einem BMI > 30 liegt bei der zweiten Messung nicht signifikant über demjenigen der ersten Erhebung.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Es werden mit den betroffenen Direktionen koordinierte und auf die Aktivitäten des Bundes abgestimmte Massnahmen zur Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einer Adipositas durchgeführt. Mit diesem Vorgehen soll angesichts der vielseitigen Aspekte des Problems eine möglichst grosse Breitenwirkung erzielt werden. Massnahmenbereiche sind u.a.: Aufbau eines systematischen Monitorings des Übergewichts bei Schulkindern und Erwachsenen, gezielte Massnahmen zu Bewegung und Ernährung in der Schule und der ausserschulischen Betreuung (Horte), Auf- und Ausbau von Sportangeboten für Übergewichtige, Weiterbildungsangebote zum Sportunterricht für Übergewichtige, Prävention von Übergewicht in den Verbänden und in ausserverbandlichen Jugendarbeit.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-7.8	-	-1.5	-1.7	-1.6	-1.5	-1.5
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen		-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6200-14	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Detailplanung des Projektes; erste Datenerhebung bei Kindern, Vertrag mit Gesundheitsförderung Schweiz sowie Start der Medienkampagne
ab 2010	- Umsetzung der Massnahmen im Gesundheits-, Sport- und Bildungsbereich in Übereinstimmung mit den Bundesaktivitäten sowie Fortführung der Medienkampagne zum gesunden Lebensstil
ab 2011	- Datenerhebung bei Erwachsenen (als Vergleich zu den Daten 2007) und Evaluation

Bemerkungen
<p>Der Aufwand umfasst die Massnahmen aller drei involvierten Direktionen. Mit dem Projekt wird eine langfristige Entlastung des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen (IV und ALV) sowie eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung angestrebt. Auch wenn sich dieser Nutzen heute noch nicht ausreichend quantifizieren lässt, belegen Studien aus anderen Bereichen ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis in der Prävention.</p>



Projekt-Nr. 6300-08	Medical Board (LG 6300, E4)
Gesundheitsdirektion / Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Mit zunehmender Komplexität des medizinischen Angebotes werden die Anforderungen an die Leistungserbringer für die Beurteilung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit diagnostischer Verfahren und therapeutischer Interventionen immer grösser. Für die Überprüfung ausgewählter Diagnosen und Therapien nach wissenschaftlichen Grundsätzen auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit und den Erlass entsprechender Empfehlungen wird eine unabhängige Fachkommission eingesetzt.</p> <p>Dieses sogenannte "Medical Board" wird im Auftrag der Gesundheitsdirektion unter externer administrativer Führung aufgebaut und betrieben. Als Mitglieder des Medical Board sollen national und international renommierte Fachpersonen aus den Bereichen "Medizin/EBM", "Gesundheitsrecht", "Gesundheitsökonomie" und "Ethik" verpflichtet werden. Die Empfehlungen des Medical Board werden publiziert und gegebenenfalls von der Gesundheitsdirektion über die Spital-Leistungsaufträge umgesetzt.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Die Umsetzung der Empfehlungen bezüglich Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit von Diagnosen und Therapien verbessert die Behandlungsqualität und trägt zur Kostendämpfung bei.</p> <p>Leistungsziel:</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-1.28	-0.28	-0.5	-0.5	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6300-08	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Aufbau Medical Board: Wahl der Mitglieder, Erlass der Reglemente, Definition der Prüfmethodik etc.
2008	- Pilotphase (Analyse von 3 Themen)
2009	- Evaluation und Entscheid über Weiterführung

Bemerkungen
Aus den Ergebnissen der Pilotphase kann noch kein Effekt auf die Erfolgsrechnung erwartet werden. Bei einem positiven Entscheid bezüglich der Weiterführung des Medical Board ist mit einem mindestens kostendeckenden Betrieb zu rechnen.



Projekt-Nr. 6400-12	Entwicklung Fallgruppierung Psychiatrie (LG 6400, E1)
Gesundheitsdirektion / Psychiatrische Versorgung	

Kurzumschreibung Projekt
In allen psychiatrischen Kliniken wurde die Kostenträgerrechnung eingeführt. Um diese Kostenträgerdaten aussagekräftig auszuwerten, bedarf es einer Gruppierungsmethodik, nach der die Behandlungsfälle in Gruppen zusammengefasst werden können.
Wirkungsziel:
Mit Hilfe der geplanten Auswertung lassen sich Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den psychiatrischen Kliniken gewinnen. Damit wird die Voraussetzung für eine verbesserte Ressourcenallokation und ein wirksames Kosten-Benchmarking unter den Kliniken geschaffen, was wiederum die wirtschaftliche und zweckmässige Leistungserbringung fördert.
Leistungsziel:
Es wird ein Fallgruppierungssystem entwickelt, das - angepasst auf die Versorgungsstrategie des Kantons Zürich und der angestrebten Versorgungsstruktur - fallbezogene Auswertungen der Kostenträgerdaten erlaubt.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.82	-0.04	-0.23	-0.25	-0.15	-0.15	-
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	2	2	2
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6400-12	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Erarbeitung der Grundlagen
2007	- Vernehmlassung in den Betrieben
2008	- Erste Datenerfassung in den Betrieben
2009	- Erste Datenauswertung; Analyse der Datenqualität; Evaluation von Gruppierungsmethoden
2010-2012	- Datenauswertung und Verfeinerung der Gruppierung mit steigender Datenqualität

Bemerkungen
Die Verbesserung in der Erfolgsrechnung ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Fallgruppierung ab 2011 die Fallschwere beim Benchmarking in der Psychiatrie mitberücksichtigt werden kann.



Projekt-Nr. 6400-13	Reorganisation Psychiatrieverbund Winterthur - Zürich Unterland (LG 6400, E2)
Gesundheitsdirektion / Psychiatrische Versorgung	

Kurzumschreibung Projekt
Auf Grund der allgemeinen Entwicklung in der Psychiatrie und insbesondere der weiter sinkenden Inanspruchnahme der stationären Angebote haben die beiden Betriebe PZH und ipw bezüglich ihrer Grösse eine kritische untere Grenze erreicht.
Wirkungsziel: Verbesserung der Voraussetzungen für eine qualitativ angemessene Versorgung und eine effiziente Betriebsführung.
Leistungsziel: Zusammenschluss der Betriebe PZH und ipw mit einer Zusammenlegung und schrittweisen Anpassung des Versorgungsangebots.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-5.8	-	-1.3	-2.5	-0.7	-0.7	-0.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	5.4	-	-0.3	-0.8	1.6	2.4	2.5
Netto-Investitionen	-	-	-	-	-	-	-

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 6400-13	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Analyse der Ausgangslage
2008	- Erstellen von einem Versorgungskonzept für die Region Winterthur und Zürcher Unterland sowie von einem Betriebs- und Führungskonzept für die neue Einrichtung
2009	- Abgrenzung des Leistungsauftrages Psychiatrie von der Langzeitpflege
2010	- Start des neuen Betriebes und Beginn der Umsetzung
2011	- Abschluss Umsetzung Phase I: Tagesklinik Bülach inkl. Kompensation
2016	- Abschluss Umsetzung Phase II: Weitere ambulante Ergänzung inkl. Kompensation

Bemerkungen
Die Investitionen entsprechen der periodischen Gebäudeerneuerung und sind im KEF enthalten.



Bildungsdirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Strategische Projekte
- 1.3 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Umfeldentwicklungen
- 2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2007-2013

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Im vorliegenden KEF 2010 bis 2013 sind im Finanzteil keine strukturellen Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres zu verzeichnen.

1.2 Strategische Projekte

Es gibt keine Veränderungen bei den strategischen KEF-Projekten.

1.3 Finanzielle Veränderungen

Nach Einführung der neuen Rechnungslegung nach IPSAS stehen der alte und neue KEF wieder auf der gleichen Rechnungsgrundlage und sind somit strukturell vergleichbar. Der neue KEF entspricht den Vorgaben des Regierungsrates zur Überarbeitung, im besonderen stimmen Saldo von Budget 2010 mit Budget 2009, zuzüglich von 0.4% für Lohnerhöhungen/Beförderungen/Einmalzulagen, überein.

Die im vorliegenden KEF2010 enthaltenen Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme in den Leistungsgruppen weichen für die Jahre 2010-2013 vom Vorjahres-KEF insgesamt wie folgt ab:

- 2010: Teuerungsausgleich (0%) / Individuelle Lohnerhöhungen / Beförderungen (0.2%) und Einmalzulagen (0.2%). (Im KEF09 Teuerung (1%), Beförderung (0.4%)).
- 2011: Teuerungsausgleich (0.8%) / Beförderung (0.2%). (Im KEF09: Teuerung (1.5%), Beförderung (0.4%)).
- 2012: Teuerungsausgleich (1.5%) / Beförderung (0.2%) und Einmalzulagen (0.2%). (Im KEF09: Teuerung (1.5 %), Beförderung (0.4%)).
- 2013: Teuerungsausgleich (1.5%) Beförderung (0.2%)

Aufgrund dieser Abweichungen ergeben sich prozentuale Abweichungen in den KEF-Jahren wie folgt:

- 2010: +1.0%
- 2011: +0.9%
- 2012: unverändert
- 2013: -1.7% (neu)

Der in den KEF-Richtlinien im Lohnbereich zusätzlich vorgesehene Mehraufwand von 16 Mio. Fr. aufgrund des Projektes Teilrevision Lohnsystem wird in der Leistungsgruppe Nr. 7200 Volksschule (10 Mio. Fr.) um ein Jahr auf 2011 verschoben, ebenso in den Leistungsgruppen Nr. 7301 Mittelschulen (4 Mio. Fr.) und Nr. 7303 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (2 Mio. Fr). Die vorgesehene Teilrevision Lohnsystem in den stationären Einrichtungen des Amtes für Jugend und Berufsberatung und des Volksschulamtes wird ebenfalls um ein Jahr zurückgestellt.

Andere Änderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres werden in den folgenden Kapiteln und in den Leistungsgruppenblättern beschrieben.

Die folgende Tabelle gibt eine Zeitreihenübersicht für die Saldoentwicklung der Erfolgsrechnung, sowie der Nettoinvestitionsrechnung:



(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-2'487	-2'552	-2'633	-
KEF 2010-2013	-2'447	-2'552	-2'633	-2'633
Veränderung	+40	0	0	-
Saldo Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-142	-183	-301	-
KEF 2010-2013	-153	-157	-221	-166
Veränderung	-11	+26	+80	-

Saldo Erfolgsrechnung:

Gemäss Vorgaben des Regierungsrates wurden die Kürzungen so vollzogen, dass da Budget 2010 dem Budget 2009 entspricht. Unabwendbare, vor allem exogene Faktoren wie Entwicklung von Lernendenzahlen wurden kompensiert, auch wenn negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Universität und Fachhochschule zu erwarten sind. So verzeichnet die Zürcher Fachhochschule ein deutliches Wachstum von rund 1000 Studierenden jährlich. Die Lohnrevisionen im Bereich Volks-, Mittel- und Berufsschule wurden um ein Jahr zurückgestellt, ebenso die Lohnrevisionen in den stationären Einrichtungen, die vom AJB und dem VSA unterstützt werden. Im Bereich des Amtes für Jugend und Berufsberatung galt es die Abgeltung an die Stadt Zürich für ambulante Jugendhilfe und Berufsberatung zu kompensieren.

Saldo Investitionsrechnung:

Die positive Veränderung ist vor allem und trotz erhöhtem Investitionsbedarf auf den Kürzungsauftrag des Regierungsrates zwecks Bekämpfung des strukturellen Defizits zurückzuführen.

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

Die Bildungsdirektion strebt ein Bildungsangebot an, das Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Lernenden zu verantwortungsbewussten und kompetenten, lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet. Dieses Angebot umfasst die Kindergartenstufe, die Primarstufe, die Sekundarstufe I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich der Weiterbildung.

Die Bildungsdirektion erbringt zu diesem Zweck auch subsidiäre Bildungsleistungen (Stipendien, Berufsberatung u. a.) mit dem Ziel, Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen. Im Zentrum steht dabei die Verbesserung der Chancengleichheit.

Gesamthaft wurden im Jahr 2008 rund 231'000 Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende an öffentlichen und unterstützten nichtstaatlichen Schulen ausgebildet gegenüber 229'000 im Jahr 2007. 2013, im letzten Jahr der KEF-Periode, werden es 237'000 Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende sein, 2.7% mehr als im Planjahr 2009.

Die Bildungsdirektion (LG 7000 Bildungsverwaltung) ist mit folgenden Aufträgen und Aufgaben betraut:

- Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen und weiteren Entscheidungsgrundlagen z. H. Regierungs- und Kantonsrat.
- Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigten Institutionen) in den Bereichen IT, Recht, Personal- und Finanzwesen.
- Sie erteilt die Aufträge für Bau und Unterhalt aller Bauten im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion.

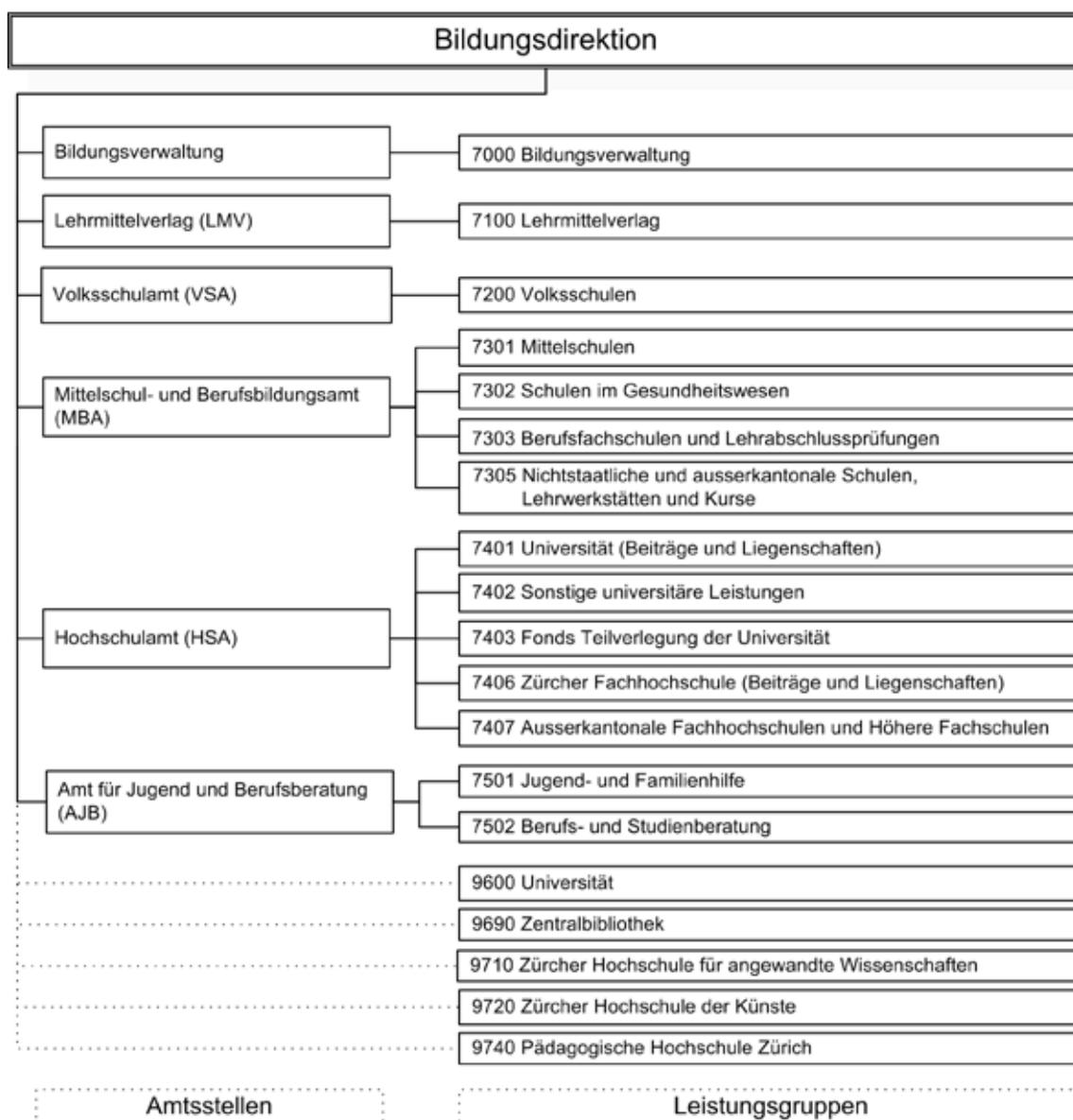


- Sie beaufsichtigt und koordiniert die Planung und Budgetierung.

Wichtige Organe des Zürcher Schulwesens sind der Bildungsrat (für Schulen der Primar- und Sekundarstufen), der Fachhochschulrat und der Universitätsrat.

2.1 Organigramm

In der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung sind das Generalsekretariat inklusiv zentrale Dienste (Strategische Führung bzw. Führungsunterstützung, IT, Recht, Personal-, Finanz- und Besoldungswesen), das Volksschulamt, das Mittelschul- und Berufsschulamt, das Hochschulamt und das Amt für Jugend und Berufsberatung enthalten. Dem Generalsekretariat sind ferner die Abteilung Bildungsplanung sowie die Fachstelle für Schulbeurteilung angegliedert. Das Organigramm der Bildungsdirektion hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr nicht verändert und präsentiert sich wie folgt.



2.2 Umfeldentwicklungen

Die Kosten des Bildungswesens werden wesentlich durch den grösstenteils exogenen Faktor der Lernendenzahl bestimmt. Trends und Faktoren, welche die Lernendenzahlen beeinflussen, sind im demografischen Bereich (Geburtenzahlen, Einschulungsquoten, Migration, Binnenwanderung) und/oder im



ökonomischen Bereich (Wirtschaftslage, Lehrstellenangebot) zu lokalisieren. Hinzu kommen, teils als Folge davon, spezifische Bildungstendenzen (Trend zur Mittelschulbildung, Brückenangebote, andere Berufswahlpräferenzen) oder Auswirkungen struktureller Reformmassnahmen (neue Lernangebote, Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest, Berufsmaturitätslehrgänge, Umstrukturierung der Zürcher Fachhochschule), die unmittelbar zur Veränderung der Schülerzahlen beitragen.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist weiterhin von Multikulturalität geprägt. Um das Potenzial der Lernenden mit Migrationshintergrund besser erschliessen zu können, werden verstärkte Integrationsbemühungen erforderlich sein. Die Zahl der Berufschülerinnen und -schüler steigt. Zudem wird sich die Zahl der Berufsmaturitätsabschlüsse gemessen am Total der Berufsausbildungen erhöhen. Im Bereich der obligatorischen Schulzeit besteht seit einigen Jahren insbesondere auf der Sekundarstufe I ein leichter Trend zu Privatschulen. Aufgrund der aktuellen Konjunkturlage wird damit gerechnet, dass der Anteil Privatschülerinnen/Privatschüler in den nächsten Jahren stagniert. Die Studierendenzahl an den Hochschulen, insbesondere an der Fachhochschule, steigt unvermindert.

Die momentan schlechte Wirtschaftslage führt zu einer vermehrten Nachfrage nach Bildungsleistungen im besonderen auf der Sekundarstufe II und der Tertiären Stufe. Es wird vermehrt auf Ausbildung gesetzt, um die Zeit bis zum Eintritt ins Erwerbsleben gewinnbringend zu nutzen oder es werden zusätzliche Ausbildungen absolviert, um die Qualifizierung zu erhöhen und damit verbesserte Stellenchancen zu haben. Diese individuellen Strategien werden von der Bildungsdirektion unterstützt. Die Planung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften geht von deutlich höheren Studierendenzahlen aus. Die Fachhochschule bietet berufsnahe Qualifizierungen und ermöglicht qualifizierten Berufsleuten eine Ausbildung auf Hochschulniveau. Sie bildet somit ein stark nachgefragtes Bindeglied zwischen Berufs- und akademischer Ausbildung.

Die Entwicklung der Anzahl Lernender im kantonalen und unterstützten Bildungswesen zeigt folgende Tabelle. Dabei sind wichtige Abgrenzungen zur üblichen Zählung der Bildungsstatistik zu beachten. So werden im KEF nicht Lernendenzahlen eines Schuljahres, sondern eines Rechnungsjahres verwendet, die pro rata temporis aus den Daten von zwei Schuljahren zusammengezogen werden. Die Tabelle wurde gegenüber den Vorjahren leicht umgestaltet. Neu enthält sie auch Angaben zu den Lernenden in Heim- und Sonderschulen und an der Hochschule für Heilpädagogik. Ferner werden alle aufgeführten Lernenden - im besonderen diejenigen in Weiterbildung - zu einem einzigen Total zusammengezogen. Dieses ist darum nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar - die einzelnen Zeilen dagegen schon.

2.3 Schülerzahlen im öffentlichen Bildungswesen 2007-2013

Folgende Tabelle weist die Anzahl Schüler in den verschiedenen Schulstufen der Jahre 2007 und 2008 aus und zeigt die prognostizierte Entwicklung der Lernenden von 2009 bis 2013 auf.



Lernende im kantonalen und unterstützten Bildungswesen 2007-2013

Bildungsinstitutionen mit Standort im Kanton Zürich

Die Zahlen werden aus Schuljahren pro rata temporis auf die jeweiligen Rechnungsjahre umgerechnet.¹

Stufe (Leistungsgruppe)	IST-Werte		Prognostizierte Entwicklung				
	2007	2008	VA 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Volksschulen (LG 7200)²							
Kindergartenstufe	23 668	23 957	23 810	24 344	24 308	24 308	24 308
Unterstufe	38 056	37 811	37 614	37 698	37 953	38 215	38 204
Mittelstufe	37 524	37 420	37 381	37 361	37 210	37 076	37 168
Sekundarstufe	30 984	30 525	30 321	30 121	30 128	30 117	30 111
Heim- und Sonderschulen	3 046	3 150	3 290	3 483	3 519	3 435	3 202
Total	133 278	132 863	132 416	133 007	133 118	133 151	132 993
Mittelschulen (LG 7301)							
Kantonale Mittelschulen	14 680	14 851	15 220	15 220	15 220	15 220	15 220
Total	14 680	14 851	15 220	15 220	15 220	15 220	15 220
Schulen im Gesundheitswesen (LG 7302)³							
Ausbildungen im Gesundheitswesen	3 559	3 148	3 468	2 623	2 978	3 159	3 469
Total	3 559	3 148	3 468	2 623	2 978	3 159	3 469
Berufsfachschulen (LG 7303)							
Schulische Grundbildung ⁴	32 608	34 086	33 510	34 350	34 720	34 660	34 470
Höhere Berufsbildung (zu LG 7303) ⁵	2 829	2 744	2 850	2 900	2 900	2 900	2 900
Total	35 437	36 830	36 360	37 250	37 620	37 560	37 370
Nichtstaatliche Schulen (LG 7305)⁶							
Beitragsberechtigte Berufsausbildung	3 158	2 989	2 865	2 800	2 750	2 700	2 650
Beitragsberechtigte höhere Berufsbildung	2 276	2 580	2 445	2 400	2 450	2 440	2 740
Total	5 434	5 569	5 310	5 200	5 200	5 140	5 390
Hochschulen (LG 7406/9600)							
Zürcher Fachhochschule (ZFH) ⁷	10 217	10 988	12 170	13 530	14 695	15 415	15 820
ZFH Weiterbildung ⁸	1 365	1 418	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.
Hochschule für Heilpädagogik	863	1 009	1 075	1 103	1 038	945	860
Universität (UZH)	24 231	24 788	24 343	25 216	25 357	25 521	25 546
Total	36 676	38 203	37 588	39 849	41 090	41 881	42 226
Total Lernende	229 064	231 464	230 362	233 149	235 226	236 111	236 668

¹ Ausnahmen: Universität, ZFH Weiterbildung und Hochschule für Heilpädagogik (Daten des jeweiligen Herbstsemesters)

² Kindergartenstufe bis Sekundarstufe inkl. Sonderklassen und Sprachheilkindergarten

³ Ist-Werte ohne die in Kontrakten zusätzlich angerechneten Schülerzahlen in Modulkursen und Nachholbildungen des Gesundheitswesens

⁴ Prognose auf Basis der Fortschreibung von Schulabgängen Volksschule

⁵ Höhere Berufsbildung: Vorbereitung auf Berufsprüfung und höhere Fachprüfung BBT sowie Höhere Fachschulen HF

⁶ Prognose in Form von Schätzungen (Lernende in beitragsberechtigter privater Berufsausbildung, nur subventionierte Lehrgänge einbezogen)

⁷ ohne Lernende in Weiterbildung

⁸ Master of Advanced Studies (MAS), Nachdiplomstudien (NDS, auslaufend). Lernende in Weiterbildung sind in den Entwicklungs- und Finanzplänen der ZFH nicht aufgeführt. Für sie liegen keine Prognosen vor.

Quellen: Bildungsstatistik, Volksschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Hochschulamt.



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Bildungsdirektion strebt für alle Bevölkerungsgruppen ein chancenfares Bildungsangebot an, das stufengerecht Allgemeinbildung und Fachwissen vermittelt und die Auszubildenden zu mündigen, verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern und kompetenten, lebenslang lernenden und leistungsbereiten Persönlichkeiten ausbildet.

Die Bildungsdirektion hat folgende strategischen Zielsetzungen festgelegt:

Ziel 1: Integration und Spitzenleistungen ermöglichen (LZ RR 1, 12 und 13)

Mit den Zielen 12 und 13 für die Legislatur 2007–2011 beabsichtigt der Regierungsrat, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Mit Ziel 1 beabsichtigt er, Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung zu ermöglichen und zu fördern.

Ein zukunftsgerichtetes Bildungswesen muss jedem Kind die bestmögliche Ausbildung bieten: Hochbegabte, deutschsprachige, fremdsprachige, behinderte und nicht behinderte Kinder, Mädchen und Knaben - alle haben ihre persönlichen Bedürfnisse und gehören doch zusammen. Dazu braucht es weitere Investitionen in eine frühe Förderung und in Massnahmen, die eine individuelle Förderung auf allen Bildungsstufen gewährleisten. Im Zentrum steht dabei auch in den nächsten Jahren die Umsetzung der Volksschulreform. Diese trägt mit der Einführung von Schulleitungen, Blockzeiten, ausserschulischen Betreuungsangeboten, mit integrativen Fördermassnahmen und mit der Schülerinnen- und Elternmitwirkung den künftigen Herausforderungen Rechnung. Zudem müssen die Grundlagen für einen politischen Entscheid über die Grundstufe erarbeitet und künftig auch für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerechte Angebote an ausserfamiliärer Betreuung geschaffen werden.

Für das sonderpädagogische Angebot im Kanton Zürich wird ein Konzept erarbeitet, und die Organisation der Schulpsychologie wird neu geregelt. Auf der Oberstufe wird die Neugestaltung der 3. Sek ab Schuljahr 2009/10 flächendeckend eingeführt. Grundlagen zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit und Integrationskraft der Oberstufe erarbeitet die Bildungsdirektion im Projekt „Chance Sek“ unter Beteiligung breiter Kreise. Zur Stärkung des Stellenwerts von Naturwissenschaft und Technik auf allen Bildungsstufen wird ein Strategiebericht erstellt.

Der Hochschulstandort muss weiter gestärkt werden. Spitzenleistungen im Bereich von Bildung und Forschung sind eine Voraussetzung für die internationale Bedeutung des Kantons. Zusammen mit den Hochschulen werden zu diesem Zweck Schwerpunkte gesetzt, wie beispielsweise bei den Life Sciences, den Bank- und Finanzwissenschaften und der Hochschulmedizin.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umsetzung Volksschulgesetz (LZ RR 1.5, LZ RR 12.1 sowie LZ RR 13.4)
- Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten (LZ RR 13.5)
- Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) (LZ RR 13.4)
- Schulversuche mit der Grundstufe
- Projekt Neugestaltung 9. Schuljahr
- Projekt Chance Sek
- Einführung und Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen (Deutsch/Englisch) (LZ RR 1.6)
- Reform der Berufsvorbereitungsjahre; Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung
- Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich (berufsorientierte Weiterbildung, Höhere Berufsbildung)
- Validierungsverfahren, Nachholbildung in der Berufsbildung (BBT)
- Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern (LZ RR 1.4)
- Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3)
- Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 7200 Volksschulen
- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)
- 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen
- 7501 Jugend- und Familienhilfe

Ziel 2: Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen (LZ RR 16)

Als Ziel 16 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, die objektive und subjektive Sicherheit durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention zu fördern. Die Schule ist ein Raum, in dem grundlegende Werte entdeckt und vermittelt werden und die Verständigung zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen erprobt und vertieft wird. Die Schule leistet einen Beitrag zum Zusammenhalt unserer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Ein ausgebautetes Netz der Jugendhilfe unterstützt Eltern, Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen. Die Gesetzesvorlage zur Reform der Jugendhilfe soll verabschiedet werden. Damit soll unter anderem in allen Gemeinden eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit gewährleistet werden, die an gleichen Standards ausgerichtet ist. Die Umsetzung des neuen obligatorischen Faches "Religion und Kultur" hat zum Ziel, Schülerinnen und Schüler im kompetenten Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen zu befähigen. Als stufenübergreifendes Ziel soll die Gesundheitsförderung (Bewegung, Ernährung, Suchtprävention) und die Gewaltprävention an den Schulen verbessert werden. An den Hochschulen wird die interdisziplinäre Forschung und Entwicklung im Bereich der Sozialwissenschaften gefördert.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Neues Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe
- Religion und Kultur
- Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7)
- Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten (LZ RR 16.8)
- Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16.9)
- Casemanagement in der beruflichen Grundbildung (BBT)

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen
- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7501 Jugend- und Familienhilfe

Ziel 3: Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen

Alle Schulen – die Volksschule, die Mittel- und Berufsfachschulen und die Hochschulen - müssen die Unterrichtsqualität weiter verbessern und dabei selbstständiges Lernen vermehrt fördern. Dazu braucht es weitere Anstrengungen bei den Unterrichtsmethoden, bei der Entwicklung von Lehrmitteln und der Ausbildung von Lehrpersonen. Ziel ist es, die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen (soziale Kompetenzen, eigenverantwortliches, individuelles Lernen und Medienkompetenzen) der Schülerinnen und Schüler auf allen Stufen zu verbessern.

Mit nationalen und internationalen Bildungsstandards sollen in Zukunft Leistung und Qualität der Schule transparenter und vergleichbarer werden. Der Kanton unterstützt deshalb den interkantonalen Harmonisierungsprozess mit Bildungsstandards in der Volksschule und die regelmässige Überprüfung der erreichten Standards. Er nimmt aktiv an der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans teil. An



den Mittelschulen strebt der Kanton eine Weiterentwicklung der Unterrichtsformen und der Bildungsziele an. In den nächsten Jahren wird das neue kantonale Fachhochschulgesetz umgesetzt und die neuen Fachhochschul-Campuslösungen auf dem Sihlpost- und dem Toni-Areal werden realisiert. An der Fachhochschule und der Universität wird die Bologna-Reform mit dem Auf- respektive Ausbau der Master- und Doktoratsstufe (nur Universität) abgeschlossen.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- HarmoS (interkantonales Projekt der Erziehungsdirektorenkonferenz)
- Lehrmittelpolitik des Kantons Zürich
- Deutschschweizer Lehrplan 21 (interkantonales Projekt)
- Projekt "Chance Sek"
- Umsetzung Fachhochschulgesetz
- Reform Berufsmaturität (BBT)
- Reform der Grundbildungen (Masterplan BBT)
- Harmonisierung der Höheren Fachschulen (BBT)
- Übertrittsverfahren Volksschule - Mittelschulen
- Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen – neue Lehr- und Lernformen

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7200 Volksschulen
- 7301 Mittelschulen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7401 Universität
- 7406 Zürcher Fachhochschule
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Ziel 4: Partnerschaft für Bildung stärken (LZ RR 13)

Wirkungsvolle Zusammenarbeit stützt sich auf Partner, die mitreden und Mitverantwortung übernehmen können. Die Schule hat viele Partner: Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen, Gemeinden, weiterführende Schulen, Arbeitswelt und Politik. Diese Partnerschaften müssen gestärkt werden. Nur gemeinsam und im offenen und verbindlichen Dialog können wir das Bildungswesen für die Herausforderungen der Zeit bereithalten. Mit der Umsetzung der Volksschulreform wird die Schülermitwirkung gefördert und die Elternverantwortung gestärkt. Die Arbeitszufriedenheit der Volksschullehrpersonen soll sich verbessern. Dazu wird unter anderem ihr Berufsauftrag überarbeitet. Im Bereich der Mittelschulen wird die Führung der Mittelschulen, die Personalrekrutierung und die Entwicklung des Berufsauftrags optimiert. Für eine transparente und verbindliche Zusammenarbeit muss die Vertretung der Betroffenen in bildungspolitischen Entwicklungs- und Beratungsgremien sichergestellt werden.

Als Ziel 13 für die Legislatur 2007–2011 hat der Regierungsrat festgelegt, mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In diesem Rahmen hat er der Bildungsdirektion den Auftrag erteilt, die berufliche Grundbildung zu stärken und den Übergang in die Berufsbildung zu gewährleisten. In der Berufsbildung tragen Kanton und Bund und Arbeitswelt eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung von Lehrstellen und die Ausgestaltung und Finanzierung der Berufsbildung. Diese Verbundpartnerschaft muss weiter verstärkt und gepflegt werden.

Im Bereich Forschung und Entwicklung gilt es, den Wissensaustausch und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu fördern. Auch darüber hinaus soll der Dialog zwischen den Bildungsinstitutionen, der Politik und der Öffentlichkeit verbessert werden.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (LZ RR 13.6)
- Überarbeitung des Berufsauftrags der Volksschullehrpersonen
- Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Mittelschulen

*Bezug zu Leistungsgruppen:*

- 7200 Volksschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse

Ziel 5: Anschlüsse gewährleisten (LZ RR 3 und 13)

Die nachobligatorische Bildung gewinnt angesichts von vielgestaltigen, modernen Lebensläufen immer mehr an Bedeutung. Am Übergang in die Berufsbildung und im Bereich der Weiterbildung müssen deshalb besondere Anstrengungen unternommen werden, damit das Bildungswesen Anschlüsse gewährleisten und den Einstieg oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben ermöglichen kann. Das neue Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz legt dafür die notwendigen Grundlagen. Es ermöglicht insbesondere die Weiterführung der Lehrstellenförderung, und mit dem kantonalen Berufsbildungsfonds wird die Erschliessung neuer Berufsfelder zur Schaffung neuer Lehrstellen erleichtert. Jugendliche werden zudem im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben wo nötig individuell unterstützt.

Mit einem Weiterbildungskonzept und gezielten Weiterbildungsmassnahmen soll die berufliche Integration aller Bevölkerungsschichten gestärkt werden. Die Durchlässigkeit von Bildungswegen und die Validierung informell erworbener Bildung eröffnen zusätzliche Anschlüsse.

Bezug zu Projekten / Massnahmen:

- Umsetzung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz
- Reform der Berufsvorbereitungsjahre
- Übertrittsverfahren Volksschule - Mittelschulen
- Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich (LZ RR 13.7)
- Neues Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe

Bezug zu Leistungsgruppen:

- 7301 Mittelschulen
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse
- 7502 Berufs- und Studienberatung



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Die untenstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Investitionen im Bildungsbereich von über 50 Mio. Fr. Gesamtkredit mit dem voraussichtlichen Realisierungszeitraum. Von diesen Grossinvestitionen werden im Budgetjahr 2010 rund 17 Mio. Fr. an Ausgaben getätigt (siehe dazu auch Übersicht unter Kapitel 4.2).

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid 1) (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
Berufs- und Mittelschulen:				
KS Uster: Neubau im Rahmen des Bildungszentrums	-101.3	2004	2010	2011-2015
Universität / Fachhochschulen				
Universität; Irchel, Neubau 5. Bauetappe	-225.0	2005	2010	2011-2017
Gloriastrasse 32/30, Instandsetzung	-55.0	2007	2010	2010-2015
Toniareal	-89.5	2007	2008	2009-2012

1) Objektkredit Regierungsrat/Kantonsrat

Projekte und Investitionen unter 50 Mio. Fr. sind in der Ausgabenübersicht der Tabelle der übrigen Investitionen subsummiert (siehe Kapitel 4.2).

4.2 Übrige Investitionen

Folgende Übersicht zeigt das Verhältnis der Gross- zu den sogenannten übrigen Investitionen (Nettoaussgabenvolumen ≥ 10 Mio.). Sofern letztere bereits in der Planungsphase bis 2012 in der aggregierten Investitionsrechnung enthalten sind, werden die wichtigsten mit ihren geschätzten Nettoaussgaben nachstehend aufgeführt. Die Sanierung der Berufsschule Uster, die im letztjährigen KEF unter den "übrigen Investitionen" aufgeführt wurde, ist im Grossprojekt Bildungszentrum Uster enthalten.

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Grosse Investitionen			-17.0	-48.6	-66.0	-53.5
Übrige Investitionen			-135.6	-108.8	-155.1	-112.8
Total Nettoinvestitionen	110.7	-150.8	-152.6	-157.4	-221.1	-166.3

Die wichtigsten Investitionskredite (Objektkredite), die in der aggregierten Summe der sogenannten "übrigen Investitionen" enthalten sind, detaillieren sich pro Leistungsgruppe wie folgt:

Mittelschulen:

- KS Hohe Promenade, Gesamtsanierung (-36.9 Mio.)
- KS Freudenberg und Enge, 3-fach Turnhalle (-34.0 Mio.)
- KS Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau (-32.3 Mio.)
- KS Zürcher Unterland Bülach, Mensa- und Mediothekerweiterung (-10 Mio.)

**Berufsschulen:**

- Bildungszentrum Zürichsee, Erweiterung/Neubau einschliesslich Landerwerb (-37.0 Mio)
- Berufsschule Dietikon, Gesamtsanierung (-20.0 Mio.)
- Berufsbildungsschule Winterthur, Anton-Graff, Umbau und Sanierung (-39.6 Mio.)
- BS für Mode & Gestaltung, Gesamtsanierung (-14.0 Mio.)

Universität:

- Neubau Kleintierklinik (-28.2 Mio.)
- Irchel Stockwerksanierung, 2. Bauetappe, (-26.0 Mio.)
- Irchel Y36 Umbau (-24.9 Mio.)
- Zollikerstrasse 107, Sanierung Kuppel-Schauhäuser (-14.5 Mio.)
- Plattenstrasse 22/24, Neubau (-13.0 Mio.)

Zürcher Hochschule der Künste:

- Liegenschaftskauf (-24.9 Mio.)

Pädagogische Hochschule Zürich:

- Sihlpost (-44.5 Mio.)

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Die meisten strategischen Projekte haben Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung. In folgender Tabelle werden jedoch nur diejenigen aufgelistet, die in den Jahren 2009 bis 2012 mit insgesamt mehr als 10 Mio. Fr. den Nettoaufwand der Bildungsdirektion beeinflussen werden.

Im Vergleich mit dem KEF 2009 wurde kein Projekt abgeschlossen. Es gibt auch keinen Neuzugang.

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Erfolgsrechnung (Mio. Fr.)
Projekt 140: Reform der Brückenangebote	2008	2008 - 2009	-110.7 *1)
Projekt 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung	2007	2008 - 2012	-22.1

*1) Die Nettobelastung auf den Staatshaushalt bei der Umsetzung des Projektes 140 "Reform der Brückenangebote - Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)" beginnt 2008 mit 10 Mio. Franken und beträgt über die KEF-Periode 110.7 Mio. Franken. Die Summe ist gegenüber dem KEF 2009 um 28.4 Mio. Franken höher, weil der Vollausbau immer näher rückt und damit den KEF immer stärker prägt. Der Vollausbau mit der Bündelung und Finanzierung aller Brückenangebote im MBA kostet ab dem Jahr 2011 jährlich durchschnittlich 22 Mio. Franken. Die analoge Begründung gilt für das Projekt 148 Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung, dessen Vollausbau den KEF stärker beeinflusst und in dem im Vorjahr noch nicht berücksichtigte Zusatzleistungen enthalten sind.



4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung von Ertrag, Aufwand und Saldi der Erfolgsrechnung sowie diejenige der Investitionsrechnung in der Zeitspanne der KEF2010-Planung:

(in Mio. Franken)	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	790.1	777.5	793.6	804.7	816.8	831.0
Aufwand	-3'116.8	-3'215.4	-3'240.0	-3'356.4	-3'450.0	-3'464.9
Saldo	-2'326.7	-2'437.9	-2'446.4	-2'551.7	-2'633.2	-2'633.9
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	14.2	8.5	7.0	6.0	6.0	9.0
Ausgaben	-124.9	-159.3	-159.6	-163.4	-227.1	-175.3
Nettoinvestitionen	-110.7	-150.8	-152.6	-157.4	-221.1	-166.3

Erfolgsrechnung:

Das Budget und die Planjahre wurden gemäss den Kürzungsvorgaben des Regierungsrates erstellt, die im wesentlichen ein Einfrieren des KEF 09 vorsehen unter Berücksichtigung von Lohnvorgaben im Bereich Teuerung, Beförderung, Lohnerhöhung und Einmalzulagen. Aufgrund von exogenen Faktoren wie dem deutlichen Wachstum der Studierendenzahlen an der Fachhochschule von rund 1000 Studierenden jährlich, der Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse (MBA), ressourcenwirksamen Massnahmen in der Volksschule (Initiativen Klassengrössen und Handarbeit und Gestaltungspool), geplanten Lohnrevisionen sowie Abgeltungen im Jugend- und Berufsberatungsbereich an die Stadt Zürich wäre der Finanzbedarf im KEF 2010 gegenüber dem KEF 2009 gewachsen. Diese Steigerung wurde jedoch kompensiert durch Kürzungen für das Jahr 2010 der geplanten Beiträge an Universität (+31.6 Mio. gegenüber KEF09) und Fachhochschulen (+13 Mio. gegenüber KEF09), eine Zurückstellung um ein Jahr der vorgesehenen und mit dem Personalamt der Finanzdirektion erarbeiteten Lohnrevisionen im Volksschul-, Mittelschul- und Berufsschulbereich sowie für die stationären Einrichtungen (Schulheime und Heime) und Funktionen in der Berufsberatung und den Bezirksjugendsekretariaten. Ferner wird die Umsetzung der Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse gestreckt, das heisst sie vollzieht sich über eine längere Zeit als ursprünglich geplant. Volksschulamt und Amt für Jugend und Berufsberatung berücksichtigen die Entwicklung der Finanzierung und das zugrundeliegende Modell bei der Finanzplanung für die beitragsberechtigten Schul- und Heimeinrichtungen.

Investitionsrechnung:

Ein höherer Investitionsbedarf wird vor allem ab 2012 geplant, weil die Bauvorhaben auf dem Toniareal und bei der Sihlpost in die Endphase treten. Ferner erfolgt eine weitere Zahlung an die Stadt Zürich für den ZHdK-Liegenschaftentransfer an den Kanton und den Bau der Kantonsschule Uster sowie den Ersatz- und Ergänzungsbau der KS Büelrain.

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Bildungsdirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	+16.1	+34.0	+2.1 %	+4.4 %
Aufwand	-24.6	-162.4	-0.8 %	-5.1 %
Saldo	-8.5	-128.4	-0.4 %	-5.3 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-1.5	-1.5	-17.6 %	-17.6 %
Ausgaben	-0.3	-22.1	-0.2 %	-13.8 %
Nettoinvestitionen	-1.8	-23.6	-1.2 %	-15.6 %

Veränderung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung:

Der Saldo erhöht sich um 8.5 Mio. Franken bzw. 0.4 %. Damit entspricht der Saldo der Kürzungsvorgabe der Regierung, die ein Einfrieren des Budgets 2010 auf Niveau Budget 2009 vorsieht. Wichtigste Ursachen:

Der Ertrag erhöht sich um 16.1 Mio. Franken oder 2.1%. Wichtigste Ursachen:

- +5.6 Mio. Höhere Beiträge an die Einrichtungen der Zürcher Fachhochschule als Folge höherer Studierendenzahlen
- +3.8 Mio. Höhere Gemeindebeiträge für Mittelschulen (+2.4 Mio.), mehr Schulgelder für Berufsschulen (+1.4 Mio. Fr.)
- 3.3 Mio. Tiefere Rückerstattungen von Projektierungskosten Mittelschulen (-2.8 Mio.) und Fachhochschule (-0.5 Mio.)
- +8.9 Mio. Erhöhte Bundesbeiträge für betriebliche Bildung

Der Aufwand erhöht sich um 24.6 Mio. Franken oder 0.8 %. Wichtigste Ursachen:

- 4.1 Mio. Lohnmassnahmen (Beförderungen) gemäss Regierungsratsvorgaben
- 6.6 Mio. Vollzug Gestaltungspool gemäss Lehrpersonalverordnung (-3.7 Mio.) sowie Vollzug Initiative Klassengrösse (-2.9 Mio.)
- 7.3 Mio. Erhöhung Personalaufwand Mittelschulen für Wiedereinführung Hauswirtschaft und Projekt Führung und Organisation
- 11.5 Mio. Erhöhung Personalaufwand Berufsschulen für höhere Anzahl Lernende und Zunahme Lektionenumfang aufgrund revidierter Lektionentafeln
- 3.5 Mio. Höhere eigene Beiträge Berufsschulen für neue Beitragsempfänger, baulicher Unterhalt und Abschreibungen und Zinsen
- 3.0 Mio. Rezessionsbedingte Zunahme Stipendienaufwand
- 7.9 Mio. Abgeltung Jugendhilfeleistungen (-5.6 Mio.) sowie Berufsberatungsleistung (-2.3 Mio.) an Stadt Zürich
- 1.9 Mio. Heilpädagogische Früherziehung und Nachschulbereich

Aufwandminderungen:

- +12.5 Mio. Tiefere Staatsbeiträge an Sonderschulen/-heime VSA und weitere Aufwandminderungen wie Rotationsgewinne und tiefere kalk. Kosten (+6.5 Mio.), tiefere Staatsbeiträge bei den Heimen des AJB (+6 Mio.)
- +5.1 Mio. Einsparungen übriger Aufwand Mittelschulen (Bauunterhalt, Projektierungskosten, kalk. Kosten)
- +12.3 Mio. Geringerer Staatsbeitrag an die Universität

**Investitionsrechnung:**

Die Nettoinvestitionen verändern sich nur unwesentlich von KEF09 zu KEF010.

Veränderung Durchschnitt Planjahre gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung:**

Der Saldo erhöht sich durchschnittlich über die KEF-Periode um 128.4 Mio. Franken bzw. 5.3 % über das Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursachen:

Der Ertrag erhöht sich durchschnittlich über die KEF-Periode um 34.0 Mio. Fr. oder 4.4% über das Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursachen:

- +16.6 Mio. Höhere durchlaufende Beiträge für Fachhochschulen (+13.6 Mio.), Universität (+0.6) und ausserkantonale Studierende (+2.4 Mio.)
- +1.8 Mio. Höhere Kurs- und Schulgelder an Berufs- und Mittelschulen sowie Volksschulbereich
- +5.7 Mio. Höhere Bundes- und Gemeindebeiträge für Mittelschulen und Berufsfachschulen

Der Aufwand erhöht sich durchschnittlich um 162.4 Mio. oder 5.1 % über das Niveau des Budgets 2009. Wichtigste Ursachen:

- 67.1 Mio. Lohnanstieg für Teuerung und Beförderungen gemäss Richtlinien (ohne selbständige Anstalten) einschliesslich Besoldungsrevisionen in Volks- Mittel- und Berufsschulen sowie stationären Einrichtungen. Ferner Personalressourcen für Gestaltungspool, Initiative Klassengrösse und Handarbeit in der Volksschule, Hauswirtschaftskurse, Organisation Mittelschulen, Anstieg Schülerzahlen sowie Mehrlektionen Berufsbildung
- 15.3 Mio. Höherer Beitrag an die Universität
- 29.0 Mio. Höhere Staatsbeiträge an die Fachhochschulen ZHAW, ZHdK und PHZH infolge deutlich höherer Studierendenzahlen
- 16.6 Mio. Höhere durchlaufende Beiträge für Fachhochschulen (+13.6 Mio.), Universität (+0.6) und ausserkantonale Studierende (+2.4 Mio.)
- 2.1 Mio. Harnos
- 7.1 Mio. Kantonalisierung Schulpsychologie, Höhere Beiträge Sonderschulung (Gesetzesvollzug)
- 6.5 Mio. Abgeltung für Strickhof (Neue Leistungsvereinbarung für die Landwirtschaftsschule)
- 1.8 Mio. Beiträge an die Kosten für Zürcher Lernende in anderen Kantonen
- 7.9 Mio. Abgeltung an die Stadt Zürich für ambulante Jugendhilfe und Kostenbeitrag Berufsberatung
- 1.8 Mio. Mehrkosten Sonderpädagogik Frühbereich (NFA-Umsetzung)

Investitionsrechnung:

Infolge der Kürzungen durch den Regierungsrat sind die Nettoinvestitionen von 2009 gegenüber 2008 geringer, wobei gegen Mitte bis Ende der KEF-Periode Grossprojekte im Bereich Universität, Fachhochschule und Mittel- und Berufsschulen Eingang in die Investitionsrechnung finden. Das durchschnittliche Wachstum über den gemittelten jährlichen Investitionsbetrag stellt sich somit auf rund 16 %.



5. Leistungsgruppen

- 7000 Bildungsverwaltung**
- 7100 Lehrmittelverlag**
- 7200 Volksschulen**
- 7301 Mittelschulen**
- 7302 Schulen im Gesundheitswesen**
- 7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen**
- 7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse**
- 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)**
- 7402 Sonstige universitäre Leistungen**
- 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)**
- 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen**
- 7501 Jugend- und Familienhilfe**
- 7502 Berufs- und Studienberatung**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	10.6	10.2	5.4	16.0	5.5	15.7	5.2	15.6	15.9	49.9
Aufwand	-81.6	-90.8	-4.8	-97.5	-4.2	-96.9	-3.6	-95.9	-96.6	18.3
Saldo	-71.0	-80.6	0.6	-81.6	1.3	-81.2	1.6	-80.3	-80.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.6	-2.8	-0.0	-1.7	-0.3	-1.7	-1.2	-1.8	-2.3	-1.8
Nettoinvestitionen	-0.6	-2.8	-0.0	-1.7	-0.3	-1.7	-1.2	-1.8	-2.3	-1.8
Personal (Beschäftigungsumfang)	296.8	324.8	-0.9	327.8	2.6	330.1	2.5	323.5	323.0	

Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Ämter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
- A2 Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A3 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zu Handen von Regierungs- und Kantonsrat.
- A4 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A5 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund
- A6 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen sowie Recht.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Volksschulreform (siehe auch LG 7200) (LZ RR 1.5)	2012	1
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (siehe auch LG 7303 7305)	2009	4
E3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungs-Standortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3)	2011	1
E4 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7)	2011	2

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.-9. Klasse) in %	P	6.3	5.5	6.2	6.1	6.2	6.4
Leistungen							
L1 Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten A2, A4	P	6	6	6	6	6	6
L2 Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen A2, A4	P	5	5	2	2	4	3
L3 Anzahl Leistungsgruppen (inkl.9690/9600/9710/9720/9740) A2	P	18	18	19	17	17	17
L4 Anzahl strategische Projekte A2, A4	P	14	14	14	14	14	14
L5 Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU) A6	P	12618	13'050	13'228	13371	13462	13495
L6 Anzahl Erlasse in Bearbeitung A3, A2, A6	P	7	5	5	5	5	5
L7 Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	P	263/232	200/220	260/260	260/260	260/260	260/260
L8 Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt) A3	P	64/69	35/35	45/45	50/50	45/45	45/45
L9 Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung A5	P	95	90	90	85	85	85
Wirtschaftlichkeit							
B1 Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	P	2.10	2.17	2.29	2.20	2.11	2.13

Leistungsgruppe 7000	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-81.557
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.700

Budget	Leistungsgruppe 7000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Leistungsgruppe Bildungsverwaltung wird ihre Aufgabenschwerpunkte auf die optimale Umsetzung folgender Vorhaben setzen:
- Verschiedene Massnahmen und Projekte im Bereich der Volksschulreform,
- Neuregelung des Sonderschulwesens,
- Einführung von Schulleitungen,
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen,
- Kantonalisierung der Kindergärten,
- Kantonalisierung von drei privaten Teilschulen und Zusammenführung von sieben Teilschulen bei den Zürcher Fachhochschulen.

Indikatoren

- W1: Anteil der PrivatschülerInnen am Total der Lernenden in der obligatorischen Schulzeit (Volksschule und 7.-9. Schuljahr Mittelschulen). Diese Quote zeigt einerseits, wie das Bildungswesen gesellschaftlichen Erwartungen - besonders den Anforderungen sozial gut gestellter Familien - entspricht. Die Quote ist auch eine Masszahl für Leistungserbringung: Der komplementäre Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern wird öffentlich beschult.
- L5: Die Bildungsverwaltung administriert die Besoldungen aller Lehrpersonen. Die ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen beinhalten ausser den Lehrpersonen ebenso alle Angestellten in der Administration, im Lehrmittelverlag und in den Jugendsekretariaten. Nicht eingeschlossen sind darin das Personal der Universität, der drei Hochschulen, d.h. der Zürcher Fachhochschule, sowie die Angestellten weiterer staatlich selbständiger Institutionen (z.B. Zentralbibliothek, etc.). Ebenso nicht enthalten darin sind Lehrlinge, Praktikanten und Hilfspersonal. Die Werte betreffen die pro Jahr durchschnittliche besoldete Beschäftigungsdauer der einzelnen Angestellten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Zunahme des Saldos der Erfolgsrechnung von -1.0 Mio gegenüber dem Budget 09. Das Budget 2010 berücksichtigt die KEF-Sparvorgaben. Der Zuwachs auf der Aufwandseite ist mit der Lohnsteigerung von 0.4% für Beförderungen zu erklären sowie Stellenzunahmen im MBA und AJB zur Umsetzung von Gesetzen und Vereinbarungen (-3.2 Mio.). Weitere Zunahmen auf der Aufwandseite betreffen Lehrmittel (-0.3 Mio.) Unterhalt und Abschreibungen (-0.6 Mio.), Dienstleistungen Dritter, bzw. externer Berater (-1.0 Mio.). Positiv auf der Ertragsseite schlägt der Anstieg der Entgelte (+0.8 Mio.) und der internen Verrechnungen (Netto: +1.1 Mio. Fr.) zu Buche, der auf Grund von vermehrten Leistungsverrechnungen von internen Informatikabteilungen gegenüber Schulen und anderen Einrichtungen erfolgt ist. Ferner wird es noch vermehrte Transferleistungen vom Bund für betriebliche Weiterbildung (+2.2 Mio.) geben, die früher in der LG 7303 verbucht wurden.

Investitionsrechnung

- Die Erneuerung und der Ausbau der Informatikinfrastruktur werden weiter geführt, die Ausgaben sinken jedoch gegenüber dem Vorjahr um rund +1.1 Mio.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zunahme von 3.4 Vollzeitstellen, davon +1 in der Bildungsplanung (Übernahme Bildungsstatistik der Kantone AG und GR), +4.5 im MBA (Einführung neues Berufsbildungsgesetz), +1 im AJB (Stelle für zentrale Behörde für Haager Kindes- und Erwachsenenschutzübereinkommen), -3.1 im VSA (Projektabschlüsse durch Einführung des neuen Volksschulgesetzes).

Indikatoren

- L5: Die Anzahl der administrierten Lohnbezüger ab 2009 sollte neben den Anstieg von 62 VZE in der Volksschule ebenfalls in den Mittel- und Berufsschulen leicht zunehmen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Infolge der KEF-Vorgaben des Regierungsrates und des Abschlusses von Projekten mit entsprechendem personellen Rückgang verändert sich der Saldo der Erfolgsrechnung über die Planperiode 2010 bis 2013 mit rund -80 Mio. Franken kaum.

Investitionsrechnung

- Der Investitionsbedarf liegt hauptsächlich in der Erneuerung und in dem Ausbau der Informatikinfrastruktur. Die gegenüber 2009 leicht rückgängigen Ausgaben betragen im Schnitt rund -1.7 Mio. Fr. und erhöhen sich auf 2.2 Mio. Fr. im 2013.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Personalbestand nimmt bis 2013 auf knapp 320 Vollzeitäquivalente ab, vorab aufgrund des Auslaufens der Umsetzung des Volksschulgesetzes und dem Wegfall von befristeten Stellen zur Bewältigung der administrativen Aufgaben durch den Rückzug des Bundes aus der Sonderschulfinanzierung im Rahmen des NFA.

Indikatoren

- W1: Nach einer erwarteten konjunkturbedingten Dämpfung bei der Privatschülerquote dürfte diese gegen 2012 und 2013 wieder auf den Wert von 2008 steigen.
- L2: Die Wirkungserhebungen werden zum Teil periodisch, aber nicht im jährlichen Rythmus erstellt (z.B. Ehemaligenbefragung) oder aperiodisch (z.B. Evamar). 2010 und 2011 erfolgt aus diesem Grund ein Rückgang.
- L3: Die Leistungsgruppe "7302 Schulen im Gesundheitswesen" wird ab 2011 in die Leistungsgruppe 7303 Berufsfachschulen integriert und der Fonds für die Teilverlegung der Universität 7403 wird aufgelöst.
- B1: Wirtschaftlichkeit: Der Anteil der Personalkosten der Bildungsverwaltung im Vergleich mit dem Nettoaufwand für Bildung nimmt leicht ab als Folge des leicht rückläufigen Personalaufwandes bis 2013.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der KEF 2010 liegt in allen Jahren unter den Finanzwerten des KEF 09. Damit wurden die Vorgaben des Regierungsrates zur KEF2010-Erstellung umgesetzt. Die Kompensation von nicht abwendbaren neuen Ausgaben wird angestrebt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	22.5	23.8	-0.7	23.1	-0.6	23.2	-0.7	23.3	23.5	4.2
Aufwand	-18.9	-21.2	1.0	-20.3	0.9	-20.5	0.9	-20.6	-20.5	8.8
Saldo	3.7	2.6	0.2	2.8	0.3	2.7	0.2	2.7	3.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	25.0	25.5	-0.5	25.0	-0.5	25.0	-0.5	25.0	25.0
---------------------------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Aufgaben

A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, welche einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung).

A2 Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.

A3 Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe	2010	3
E2 Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Oberstufe	2010	2
E3 Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Primarstufe	2011	2
E4 Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Oberstufe	2011	3
E5 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Unterstufe	2013	3
E6 Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik für die Oberstufe	2013	3

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	P	94%	n.q.	95%	n.q.	95%	n.q.
W2 Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A3)	P	96%	n.q.	97%	n.q.	97%	n.q.
W3 Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A2)	P	73%	71%	72%	72%	72%	72%
W4 Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung (A1)	P	72%	62%	68%	68%	68%	68%

Leistungen

L1 Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) (A1)	P	10.3 Mio.	10.4 Mio.	10.3 Mio.	10.3 Mio.	10.3 Mio.	10.3 Mio.
L2 Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung) (A1)	P	13.2 Mio.	13.2 Mio.	12.5 Mio.	12.7 Mio.	12.8 Mio.	12.8 Mio.

Wirtschaftlichkeit

B1 Lehrmittelpreise pro Schüler der Volksschule 2009 (A2)

	übrige Verlage	Differenz	
	Fr.	Fr.	%
B2			
B3 - Mathematik	226	366	62
B4 - Deutsch	171	244	42
B5 - Französisch	92	136	48
B6 - Englisch	388	442	14

Leistungsgruppe 7100 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) 2.815
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 7100

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Gemäss Auftrag an den Lehrmittelverlag sollen der Kanton und die Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise entlastet werden. Es ist daher nicht das primäre Ziel des Lehrmittelverlages, den Gewinn zu optimieren, sondern möglichst kostengünstige Lehrwerke im Markt anzubieten.
- Die unter den Entwicklungsschwerpunkten aufgeführten Lehrwerke werden in enger Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ) entwickelt und teilweise in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Verlagen produziert. Damit soll ein möglichst hoher Koordinationsgrad erreicht und die Zielsetzungen des interkantonalen Harmonisierungsprozesses im Bildungswesen unterstützt werden.

Indikatoren

- zu W1 und W2: Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Die Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel bezieht sich auf die grafische Gestaltung, Ausstattung und Robustheit. Die konzeptionelle und inhaltliche Qualität der obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel liegt in der Kompetenz des Bildungsrates bzw. der Kantonalen Lehrmittelkommission.
- zu B1: Der Benchmark basiert auf den aktuellen Katalogpreisen und stellt die Produkte des Lehrmittelverlages vergleichbaren Lehrwerken anderer Anbieter gegenüber, die in Schweizer Volksschulen eingesetzt werden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Ertrag wird auf Grund stagnierender oder sinkender Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahresbudget um Fr. 0.7 Mio. (-3 %) tiefer budgetiert. Der Aufwand liegt Fr. 0.9 Mio. (-4 %) unter dem Vorjahreswert. Der Saldo erhöht sich dadurch im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 0.2 Mio. (+7 %).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang reduziert sich auf Grund verschiedener Änderungen des Beschäftigungsgrades bei Teilzeitmitarbeitenden um 0.5 Stellenprozent.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Entwicklung der Anzahl Lernenden ist mittelfristig mit stagnierenden oder sinkenden Umsätzen zu rechnen. In den Planjahren 2011-2013 kann mit einem Jahresgewinn von rund Fr. 2.8 Mio. bzw. einer Umsatzrendite von ca. 12 % gerechnet werden.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den Planjahren 2011-2013 sind zur Zeit keine Änderungen des Beschäftigungsumfanges vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	2.3	0.6	2.4	3.0	2.5	3.0	2.5	3.0	3.0	29.9
Aufwand	-504.8	-543.8	3.9	-551.4	-8.0	-571.4	-22.3	-597.3	-592.4	17.3
- Personalaufwand	-341.3	-363.5		-369.2		-391.2		-406.8	-405.7	
Saldo	-502.5	-543.2	6.3	-548.3	-5.5	-568.3	-19.8	-594.3	-589.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-6.9	-21.7	1.6	-17.7	3.8	-16.9	3.6	-16.8	-16.8	-16.1
Nettoinvestitionen	-6.9	-21.7	1.6	-17.7	3.8	-16.9	3.6	-16.8	-16.8	-16.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	8,532.2	8,906.0	-147.5	8,962.5	-95.0	9,068.0	-9.5	9,168.5	9,203.5	

Aufgaben

- A1 Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen.
- A2 Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen.
- A3 Förderung des Urteilsvermögens.
- A4 Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 (beinhaltet LZ RR 12.1, LZ RR 13.4 sowie LZ RR 13.5).	2011	1
E2 Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache.	2011	3
E3 Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzug des Bundes aus der Sonderschulung (NFA).	2010	1
E4 Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe.	2012	1
E5 Inhaltliche/organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen.	2012	1
E6 Neu: Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen, insbesondere auf der Sekundarstufe 1, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen.	2015	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R08 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-2	-	-	CH-Ø	-	-
W2 PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R08 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-1	-	-	CH-Ø	-	-
W3 Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R08 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	85%	-	-	85%	-	-
W4 Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R08 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	83%	-	-	83%	-	-
W5 Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Schulzufriedenheit (Werte 1 - 4, 4 = bester Wert), der Wert in Spalte R08 stammt aus der Studie 1998 (A1, A2, A3, A4)	P	3.1	-	-	3.1	-	-
W6 Regelverlaufsquote Primarschule in % (A1, A4)	P	87.2	86.5	87.5	87.7	87.9	88.0
W7 Keine Anschlusslösung nach Volksschule inklusive 12. Schuljahr in % (A1, A4)	P	6.1	7.1	6.5	6.5	6.5	6.5

Leistungen

L1 am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen	P	82	78	85	87	89	89
L2 durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	P	18.1	18.0	18.4	18.8	18.8	18.8
L3 durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	P	21.3	20.9	20.7	20.7	20.7	20.7
L4 durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	P	18.6	18.6	18.4	18.4	18.4	18.4
L5 Anzahl Volksschüler/innen	P	129'712	129'126	129'524	129'599	129'716	129'791

Wirtschaftlichkeit

B1 Personalaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	-	2'815	2'850	3'019	3'136	3'126
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	P	-	4'207	4'234	4'385	4'582	4'541

Leistungsgruppe 7200 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-548.347
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-17.658

Budget Leistungsgruppe 7200	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes, dem das Volk am 5. Juni 2005 zugestimmt hat, ist eine der zentralen Aufgaben in der Planungsperiode 2010-2013. Daneben kommt der Neuregelung des Sonderschulwesens in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht grosse Bedeutung zu. Diese Neuregelung ist notwendig, weil sich der Bund im Rahmen der NFA vollständig aus der Steuerung und Mitfinanzierung der Sonderschulung zurückgezogen und die Verantwortung den Kantonen übertragen hat. Diese NFA-bedingten Mehrkosten, die in den Jahren 2008 und 2009 zu einem markanten Saldoanstieg führen, sind nach heutigem Wissensstand im jetzigen KEF abgebildet. Aufgrund der Komplexität der Sachverhalte sind in den Folgejahren aber noch gewisse Anpassungen bei den Belastungen möglich. Gemäss KEF-Erklärung wird neu Entwicklungsschwerpunkt E6 aufgenommen (Nachqualifikation von Lehrpersonen ohne stufengerechtes Diplom). Die Bildungsdirektion wird mit den Lehrpersonalverbänden und den Schulpräsidien ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Die für 2010 benötigten Mittel werden gegebenenfalls mit dem Novemberbrief beantragt bzw. die der Jahre 2011ff in den kommenden KEF aufgenommen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Gemessen am Budget 2009 steigt der Saldo im Budget 2010 um 5.1 Mio. an. Davon sind 2.2 Mio. auf höhere Personalkosten gemäss Budgetvorgabe zurückzuführen (0.4% plus zusätzlich 0.2% für zwingenden Aufstieg in den Anlaufstufen). Weiter finden im Budget 2010 unabwendbare Belastungen ihren Niederschlag: Zusätzliche Vollzeitstellen (VZE) folgen aus dem zwingenden Vollzug der dritten und letzten Staffel des Gestaltungspools gemäss Lehrpersonalverordnung (3.7 Mio.). Zudem hat die vom Volk genehmigte Initiative zur Klassengrösse, mit welcher die im Rahmen von San04 erzielten Einsparungen rückgängig gemacht werden, zwingend zusätzliche VZE zur Folge (2.9 Mio.). Im Weiteren erhöht sich der Staatsbeitrag an die auswärtige Sonderschulung gemäss Volksschulgesetz um 2.8 Mio., einerseits eine Folge höherer Versorgertaxen aufgrund der Neuregelung des Finanzausgleichs NFA, andererseits infolge von Verschiebungen bei den Finanzkraftindizes der Gemeinden. Alle übrigen Einflussfaktoren bewirken insgesamt eine Saldoverbesserung von 6.5 Mio. (insbesondere tiefere Staatsbeiträge an Sonderschulen/Sonderschulheime infolge von Kürzungsvorgaben, Rotationsgewinne, tiefere kalkulatorische Kosten, approximative Besoldungen 2009 leicht unter dem entsprechenden Budgetwert 2009 (Basiseffekt)).

Investitionsrechnung

- Die Neubeurteilung der Investitionen führt im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang des Investitionsvolumens um 4.0 Mio. (rückläufige Investitionen des Zentrums für Gehör und Sprache (ZGSZ) sowie tiefere Investitionsbeiträge an die sonderschulischen Einrichtungen).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Beschäftigung erhöht sich 2010 um 176.5 Vollzeitstellen VZE (pro rata temp.). Davon entfallen 81 VZE auf den unter der Rubrik Erfolgsrechnung erwähnten Gestaltungspool und 64.5 VZE auf die Initiative Klassengrösse. Die restlichen 31 VZE sind im Wesentlichen auf die im Rahmen des Konkordates Harnos zu vollziehende Vorverschiebung des Schuleintrittsalters sowie auf zusätzliche VZE für die integrierte Sonderschulung zurückzuführen. Dass die Beschäftigung gemessen am Budget 2009 nur um 56.5 VZE ansteigt ist damit zu erklären, dass der IST-Wert 2009 voraussichtlich unter dem Budgetwert liegen wird.

Indikatoren

- W1/W2: Die in R08 ausgewiesenen Werte stammen aus der PISA-Studie 2006. Die nächste PISA-Erhebung folgt im Jahre 2009; die entsprechenden Ergebnisse werden Ende 2011 vorliegen. Angestrebt wird mindestens der Durchschnittswert der Schweiz.
- W3 - W5: Die in R08 ausgewiesenen Werte stammen aus der Lernstandserhebung der 6. Klassen aus dem Jahr 1998 und sind hier nur als Ausgangswerte dargestellt. Im Jahr 2009 wird in den 6. Klassen eine gleiche Lernstandserhebung durchgeführt. Die entsprechenden Resultate werden Ende 2010 vorliegen. Angestrebt werden mindestens gleich hohe Werte wie bei der Erhebung 1998.
- W6: Anteil der Lernenden, welcher die Primarschule (1.-6. Regelklasse) regulär durchläuft. Abweichungen vom regulären Klassenwechsel sind z.B.: Repetition, Zuteilung in Sonderklasse, Abgang in Heim- bzw. Sonderschule, Übertritt in Privatschule. Diese Quote ist ein Mass für die Integrationsfähigkeit der Regelklasse. Angesichts der vermehrten integrativen Schulung steigt der Indikator in der Planperiode leicht an.
- W7: Anteil der Schulabgänger/innen des 11./12. Schuljahres, der zum Zeitpunkt des Schulaustritts keine weiterführende Schullösung oder einen Lehrberuf in Aussicht hat. Diese Quote ist einerseits ein Mass für die Vermittelbarkeit von Schulabgängern/innen und die Funktionalität des Schulsystems, andererseits aber auch ein Indikator für die von der Wirtschaft bereitgestellten Lehrstellen. Eine fehlende Anschlusslösung kann die persönliche Entwicklung junger Menschen erheblich gefährden und gegebenenfalls hohe soziale Kosten verursachen.
- L5: Nachdem im KEF des Vorjahres für die Planperiode noch leicht rückläufige Schülerzahlen prognostiziert wurden, wird im laufenden KEF von leicht steigenden Schülerzahlen ausgegangen (veränderte demografische Entwicklungen, Zunahme der Bevölkerung in der Altersklasse 0-4-Jährige). Die zeitlich befristete Erhöhung der Schülerzahlen infolge der Verschiebung des Stichtages zur Einschulung um 3 Monate (HarmoS-Konkordat) ist in den ausgewiesenen Werten noch nicht berücksichtigt.
- B1: Da die Rückerstattungen der Gemeinden an die Besoldungen der Lehrkräfte gemäss IPSAS-Vorschriften ab 2009 nicht mehr als Ertrag, sondern als Minusaufwand verbucht werden müssen, würden die bisherigen Indikatoren B1 und B2 praktisch identische Werte zeigen. In der Folge wird der bisherige Indikator B1 (Bruttoaufwand pro Volksschüler/in) modifiziert in "Personalaufwand pro Volksschüler/in".

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Der Saldoanstieg von insgesamt 20.0 Mio. im Planjahr 2011 hat insbesondere folgende Ursachen: Massnahmen im Rahmen der Teilrevision des Lohnsystems der Lehrpersonen (14.5 Mio.), Personalkostensteigerung gemäss Planvorgabe, Ausbau Gestaltungspool, erstmalige Auswirkung der Initiative zur Handarbeit (Einsparungen von San04 werden rückgängig gemacht). Der Anstieg des Saldos im Jahre 2012 von 26.0 Mio. ist neben dem Personalkostenanstieg gemäss Planvorgabe (9.8 Mio.) und weiteren Massnahmen im Rahmen der Teilrevision des Lohnsystems der Lehrpersonen (4.6 Mio.) insbesondere auf die geplante Kantonalisierung der Schulpsychologischen Dienste (7.0 Mio.), die Auswirkung der Initiative zur Handarbeit sowie die im Rahmen des Konkordates Harnos zu vollziehende Vorverschiebung des Schuleintrittsalters zurückzuführen. Die Saldoverbesserung im Jahre 2013 um 5 Mio. Fr. ergibt sich in erster Linie daraus, dass der Personalkostenanstieg gemäss Planvorgabe durch rückläufige Belastungen für das Projekt Teilrevision des Lohnsystems der Lehrpersonen sowie für die Kantonalisierung der Schulpsychologie überkompensiert wird.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Im Jahre 2011 erhöht sich die Anzahl VZE um 105.5 (Gestaltungspool 31, Initiative Handarbeit 38, Schuleintrittsalter Harnos 30, Übriges 6.5). Im Jahre 2012 beträgt der Anstieg der Anzahl Lehrstellen 100.5 (Initiative Handarbeit 62, Schuleintrittsalter Harnos 30, Übriges 8.5). Im letzten Planjahr sind noch 35 zusätzliche VZE geplant (Schuleintrittsalter Harnos 30, übriges 5).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Saldo des Planjahres 2010 liegt um 6.4 Mio. unter dem Vergleichswert des Vorjahres-KEF (insbesondere tiefere Personalkosten infolge tieferer Personalkostenvorgaben). 2011 und 2012 übersteigt der Saldo den Vorjahreswert um 5.5 Mio. bzw. um 19.8 Mio. Diese höheren Werte sind im Wesentlichen auf die im letzten KEF noch nicht berücksichtigten zusätzlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Teilrevision des Lohnsystems der Volksschullehrpersonen zurückzuführen (2011: +14.5 Mio., 2012: +19.1 Mio.).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	44.9	48.4	-3.2	48.0	0.9	48.3	1.9	48.9	49.0	9.0
Aufwand	-385.0	-382.3	-0.4	-384.5	-9.5	-401.5	-7.9	-408.2	-412.8	7.2
- Personalaufwand	-290.2	-289.9		-297.2		-309.2		-315.6	-318.6	
- Hauswirtschaftskurse				-1.0		-5.6		-7.2	-9.0	
Saldo	-340.1	-333.9	-3.5	-336.5	-8.6	-353.2	-6.1	-359.4	-363.9	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen		0.0	0.0	0.0						0.0
Ausgaben	-19.5	-42.6	-0.6	-38.8	23.1	-23.0	18.6	-55.0	-37.0	-36.0
Nettoinvestitionen	-19.5	-42.6	-0.6	-38.8	23.1	-23.0	18.6	-55.0	-37.0	-36.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,765.7	1,794.0	11.0	1,807.0	22.0	1,817.0	31.0	1,822.0	1,826.0	

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement.
A2 Ausbildung an der Fachmittelschule FMS.
A3 Ausbildung an der 'Handelsmittelschule plus' oder an der Informatikmittelschule.
A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich.
A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses und der Prüfung für die 'Passerelle'.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen ZAP (Projekt 153).	2010	5
E2 Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen SOL (Projekt 158)	2012	3
E3 Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen (Projekt 160)	2013	0
E4 Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher zufrieden'. Entspricht der Aufgabe A1.	min.	n.q.	n.q.	85%	n.q.	n.q.	85%
W2 Hohe Ausbildungsqualität der Aufgabe A3 entsprechend, für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher gut'.	min.	n.q.	n.q.	75%	n.q.	n.q.	75%
W3 Maturitätsquote im 10. Schuljahr in % gemäss Aufgabe A5.	P	20.6	20.5	20.5	20.5	20.5	20.5
Leistungen							
L1 Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor	P	1.95	1.95	1.95	1.95	1.95	1.95
L2 Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Kontrakten finanziert werden	P	15'236	15'400	15'420	15'420	15'420	15'420
L3 Anzahl Lernende in Mittelschulen	P	14'851	15'220	15'220	15'220	15'220	15'220
L4 Davon Lernende in den Informatikmittelschul-Klassen	P	141	180	180	180	180	180
L5 Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur	P	189	220	240	240	240	240
Wirtschaftlichkeit							
B1 Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	P	20'882	21'680	21'820	22'900	23'300	23'600

Leistungsgruppe 7301 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-336.500
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-38.807

Budget Leistungsgruppe 7301

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zu A2: Die Fachmittelschule hat 2008 die Diplommittelschule abgelöst.
- Zu A5: Die Passerelle ist ein einjähriger Vorbereitungskurs für Schülerinnen und Schüler mit sehr gutem Berufsmaturitätszeugnis. Nach erfolgreichem Bestehen der Schlussprüfung ist ein Eintritt in alle Hochschulen der Schweiz möglich.
- Die Entwicklungsschwerpunkte E3 und E4 sind erstmals im KEF. Die Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse (E4) wurde durch den Kantonsrat beschlossen.

Indikatoren

- Zu W1 und W2: Der Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss wird mit einer Befragung ermittelt, welche aus Spargründen nicht alle Jahre durchgeführt wird. Die 6-teilige Antwortskala reicht von 'sehr unzufrieden' bis 'sehr zufrieden'. Es ist mittelfristig geplant, diese Befragung zu ersetzen (Projekt Benchmarking Sek. II).
- Zu W3: Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülern und Maturitätsschülerinnen im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- Zu L1: Lektionenfaktor 1.95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/Schülerin und Schuljahr 1.95 Lektionen pro Woche zu Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsrelevanten Aufwände finanziert werden, inklusive Projektwochen, Maturitätsarbeit etc.
- Zu L2 und L3: Die Schülerzahlen, welche in den Kontrakten für die Finanzierung mittels der Schülerpauschale eingesetzt werden, sind gegenüber den Stichtagswerten der Bildungsstatistik leicht erhöht, da sie weitere Schüler umfassen und den erst Ende September austretenden Maturjahrgang pro rata berücksichtigen.
- Zu L2: Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für 2010: Gymnasium: 14'310, Fachmittelschulen: 560, Handels/Informatikmittelschulen: 550.
- Zu L5: Mit der Verlängerung der Projektphase haben 2007 drei weitere Schulen mit dem zweisprachigen Ausbildungsgang begonnen.
- Die Indikatoren W1, W2, L1, L2 und L3 sind der Aufgabe A1 zugeordnet, der Indikator L4 der Aufgabe A3.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Anstieg des Saldos um -2.6 Mio. setzt sich zusammen aus:
- Rückgang beim Ertrag um -0.4 Mio. Der Wegfall der Rückerstattung von Projektierungskosten (-2.8 Mio.) konnte durch die höheren Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium (+2.4 Mio.) nicht ganz kompensiert werden.
- Anstieg des Aufwandes um -2.2 Mio. insbesondere wegen des Anstiegs im Personalaufwand um -7.3 Mio. (Lohnvorgaben RR, Wiedereinführung der Hauswirtschaft und Projekt 160 zur Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen), welcher durch Einsparungen im übrigen Aufwand (Bauunterhalt, Projektierungskosten, kalkulatorische Kosten) nicht ganz kompensiert werden konnte.

Investitionsrechnung

- Die Ausgaben im Bereich Investitionen sinken um 3.8 Mio., da die Sanierungsmassnahme in der KS Rychenberg hauptsächlich im Jahr 2009 erfolgt. Geplante grössere Investitionsvorhaben im Jahr 2010 sind die Gesamtsanierung der KS Hohe Promenade mit 12.5 Mio, die Teilsanierungen der KS Wiedikon mit 2.4 Mio., der KS Zürcher Oberland mit 2.0 Mio und der KS im Lee mit 2.1 Mio., sowie für die Hauswirtschaftskurse mit 2.2 Mio.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ist eine Folge der Integration des Aufbaus der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im gymnasialen Schulbetrieb sind die Aufwände und Erträge weitgehend stabil. Vor allem die Lohnsummenvorgaben des Regierungsrates bewirken eine Steigerung des Nettoaufwandes. Zudem ergibt die etappierte Einführung der Hauswirtschaftskurse im Vollausbau 2013 eine Aufwanderhöhung von über 9 Mio. Fr.
- Grössere Schwankungen gibt es beim baulichen Unterhalt und den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen/Zinsen) Diese Positionen sind in der Regel Folgen von Neuaufnahmen, Verzögerungen oder Verschiebungen grosser Investitionsvorhaben. Aus diesem Grund schwanken die entsprechenden Aufwände gegenüber den Vorjahren z.T. markant, was u.a. zu Änderungen beim Nettoaufwand pro Schülerin/Schüler (Indikator B1) führt. Diese Schwankungen beim baulichen Unterhalt können nicht durch entsprechende Massnahmen im Schulbetrieb (Lektionenfaktor, Lehrmittel etc.) kompensiert werden.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen sinken im Jahr 2011 und steigen in den Jahren 2012 und 2013 wieder, da auf diesen Zeitpunkt diverse grössere Bauvorhaben (Neubau KS Uster, Ersatz- und Ergänzungsbau KS Büelrain, Mensa- und Mediothekserweiterung KS Zürcher Unterland, Mediothek und Turnhalle KS Freudenberg) geplant bzw. in der Ausführungs-Hauptphase sind.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab.
- Der Anstieg des Beschäftigungsumfanges bis 2013 ist vor allem auf die gestaffelte Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse zurück zu führen.

Indikatoren

- Zu L2 und L3: Es wird von stabilen Schülerzahlen ausgegangen.
- Zu L5: Die Anzahl Zeugnisse zweisprachige Matur wird bis 2010 ansteigen, da 2007 drei weitere Schulen mit den entsprechenden Ausbildungsgängen begonnen haben.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mit der Umsetzung der grossen Sparvorgaben 2010-2013 mussten im Vergleich zum Vorjahres-KEF alle Planjahre neu konzipiert werden. Damit ist die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahres-KEF erschwert. Die wesentlichen Abweichungen ab 2011 sind hauptsächlich auf die Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse zurück zu führen.

Investitionsrechnung

- Die geplanten Investitionsausgaben nehmen im Jahr 2012 um 18.5 Mio gegenüber dem Vorjahres-KEF ab, aufgrund der Verschiebung des Bauvorhabens 3fach Turnhalle der KS Freudenberg (+12.0 Mio) und der Verschiebung des Zusammenschlusses KS Birch und KS Oerlikon (+8.0 Mio).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	18.7	15.1	-1.6	9.9	-1.8	9.4	-1.8	9.3	9.3	-50.0
Aufwand	-58.4	-62.7	-0.3	-52.6	2.9	-49.0	5.8	-48.4	-49.4	-15.4
- Eigene Beiträge	-26.7	-32.5		-30.0		-27.5		-27.7	-29.0	
Saldo	-39.7	-47.6	-1.9	-42.8	1.1	-39.6	4.0	-39.1	-40.1	
Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-3.6									-0.6
Nettoinvestitionen	-3.6									-0.6
Personal (Beschäftigungsumfang)	88.9	102.0	-17.0	92.0	-15.0	92.0	-22.0	88.0	84.0	

Aufgaben

- A1 Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsganges FaGe.
- A2 Durchführung des Eignungsverfahrens für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit.
- A3 Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61).
- A4 Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebotes.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung	2010	4
E2 Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote	2010	5
E3 Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich. Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich. Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren.	2011	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg (A1 und A3).	min.	87.2%	93%	88%	88.2%	88.2%	88.2%
W2 Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg (A1 und A3)	min.	n.q.	85%	85.2%	85.2%	85.2%	85.3%
W3 Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren (A1 und A3)	min.	84%	81%	84.2%	84.3%	84.4%	84.5%
W4 Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplomabschlüssen (A2)	max.	10%	15%	10%	10%	9%	9%
Leistungen							
L1 Total Anzahl Lernende und Studierende (A1, A2 und A3)	P	3'148	3'468	2'623	2'978	3'159	3'469
L2 Total Absolvent/innen des Validierungsverfahrens FaGe (A1 und A4)	P	243	150	300	400	500	500
L3 Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894 (A1, A2 und A3)	P	52%	84%	78%	88%	91%	96%
L4 Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770 (A1,A2 und A3)	P	58%	76%	64%	74%	81%	93%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A3)	P	14777	15'261	15'431	14'950	15'027	15'158
B2 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A1)	P	13831	13'479	13'471	13'004	12'447	12'680
B3 Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistenten für Verwaltung und Lehrkörper in Fr. (A1)	P	10583	10'930	10'307	10'917	10'958	9'216
B4 Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende (A1 und A3)	P	12187	13927	16'698	13'498	12'631	11'906

Leistungsgruppe 7302 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -42.781
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 7302

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Gemäss dem Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz, LS 810.1) ist der Kanton bei verschiedenen Berufen im Gesundheitswesen verantwortlich für die Nachwuchsförderung. Diese Ausbildungen wechselten 2002 von der Gesundheits- in die Bildungsdirektion und wurden 2004 dem Berufsbildungsgesetz (BBG) unterstellt. Die Überführung in die Bildungssystematik des Bundes machte eine inhaltliche und strukturelle Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen nötig. Die zwölf Diplomausbildungen sind neu auf Tertiärstufe B situiert, auf Sekundarstufe II wurden die Ausbildungen Fachangestellte/r Gesundheit und wird (voraussichtlich 2012) die Attestausbildung Gesundheit - Soziales eingeführt. Die 25 altrechtlichen Schulen im Gesundheitswesen wurden geschlossen bzw. es wurde ihnen der Leistungsauftrag entzogen. Die Ausbildungen im Gesundheitswesen werden in drei Zentren - Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich, Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich und Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, ZHAW, Departement Gesundheit - konzentriert. Einzig der Bildungsgang Rettungssanität wird weiterhin vom Polizeidepartement der Stadt Zürich, Schutz und Rettung, angeboten. Die letzten altrechtlichen Schulen werden 2010 geschlossen, die Bildungsgänge Pflege (teilweise), Physiotherapie, Ergotherapie und Hebamme werden ab 2009 nicht mehr in der LG 7302 geführt sondern durch die LG 7406 (Zürcher Fachhochschule) finanziert. Der Bildungsgang Ernährungsberatung wird nur noch an der Berner Fachhochschule angeboten.

Indikatoren

- Als Folge der strukturellen Reorganisation der Ausbildungen im Gesundheitswesen mussten auch die Indikatoren angepasst werden.
- W2/W3: Hier werden neu nicht nur die Lernenden bzw. Studierenden befragt, sondern auch die Arbeitgeber/innen und die Mitarbeitenden der Zentren. Die Erhebung dieser Befragung erfolgte erstmals 2008.
- W4: Ab 2008 nur noch Ausweis der Ausbildungsabbrüche der Diplomausbildungen. Die neue Berechnungsart führt zu einem höheren prozentualen Anteil, ohne wesentliche Veränderung der absoluten Zahlen.
- Leistungen: Hier wird die Gesamtzahl der Lernenden bzw. Studierender ausgewiesen sowie die Auslastung der beiden Zentren.
- Wirtschaftlichkeit: Hier werden einerseits die vom Kanton bezahlten Pauschalen für Verwaltung und Lehrkörper ausgewiesen und andererseits die effektiven Gesamtkosten pro Lernende bzw. Studierende. Indikator B3 weist bis 2011 die Kosten für die Ausbildung Pflegeassistenz aus, danach diejenigen für die zweijährige Grundbildung mit Attest.

Sonstige Bemerkungen

- Ab 2007 wird auch die Schule für Rettungssanität Zürich in der LG 7302 geführt.
- Die Leistungsgruppe 7302, Schulen im Gesundheitswesen, wird 2011 als eigenständige LG aufgehoben, die beiden Zentren für Bildung im Gesundheitswesen in die LG 7303, Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen, übergeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die LG 7302 vollumfänglich weitergeführt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Für das Jahr 2010 mussten zusätzliche Aufwendungen budgetiert werden, welche im Rahmen der Schliessung der Schulen bzw. dem Entzug von deren Leistungsauftrag anfallen (-2.8 Mio. Fr.). Auf der Ertragsseite spielen zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: 1. Im altrechtlichen System wurde die Arbeitsleistung der Lernenden den Spitälern in Rechnung gestellt, während im neuen System die Spitälern die Studierenden direkt für den Einsatz im Praktikum entschädigen. Zwischen den Schulen und den Spitälern bestehen keine finanziellen Verpflichtungen mehr, die Erträge nehmen entsprechend kontinuierlich bis 2010 ab. 2. Die bisher ausschliesslich kantonale finanzierten Ausbildungen im Gesundheitswesen erhalten aufgrund der Unterstellung unter das Berufsbildungsgesetz ab 2008 auch finanzielle Unterstützung durch den Bund.

Investitionsrechnung

- Es werden keine Investitionen getätigt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit der Schliessung der 25 Schulen im Gesundheitswesen werden neu nicht mehr nur ein Drittel der Lernenden bzw. Studierenden in kantonalen Schulen unterrichtet, sondern rund die Hälfte. Dies führt zu einer Zunahme der Stellen bis 2012. Da aber auch die staatsbeitragsberechtigten Schulen im Gesundheitswesen zu 90% - 100% vom Kanton finanziert wurden, ist der durch die zusätzlichen Stellen erhöhte Aufwand saldoneutral.

Indikatoren

- W1: Die Zufriedenheitsbefragung wurde 2008 erstmals bei allen drei an der Ausbildung beteiligten Parteien durchgeführt (Schule, Lernende bzw. Studierende und Arbeitgeber). Da die neuen Ausbildungen und die Konzentration der Ausbildungen in den beiden Zentren von allen eine grundsätzliche Neuausrichtung erfordern, ist vorübergehend von einer geringeren Zufriedenheit als bisher auszugehen.
- L1: Die Gesamtanzahl der Lernenden bzw. Studierenden steigt deutlich langsamer als angenommen. Entsprechend wird die optimale Auslastung der Zentren erst ab 2012 erreicht. Zusätzlich werden die Studierenden der Ausbildungen Physiotherapie, Ergotherapie, Hebammen, Ernährungsberatung und Pflege (teilweise) nicht mehr in dieser Leistungsgruppe geführt.
- B3: Hier werden bis 2011 die Kosten pro Lernende der Ausbildung Pflegeassistenz ausgewiesen, danach diejenigen der Lernenden der zweijährigen Grundbildung mit Attest.
- B4: Die tiefere Anzahl von Lernenden und Studierenden sowie die curricularen Anpassungen aufgrund der neu in Kraft getretenen Bildungsverordnung bzw. Rahmenlehrpläne führt im Budget 2010 zu einem Anstieg der Gesamtkosten pro Lernende bzw. Studierende. Diese werden sich danach aber auf dem angestrebten Niveau von rund Fr. 13'000 pro Lernende bzw. Studierende einpendeln.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Entwicklungsschwerpunkte sind durch die Überführung der Berufsbildung im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes vorgegeben. Das Projekt Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wurde per Ende 2007 abgeschlossen, seine Umsetzung endet aber erst 2010. Während 2008 die letzten vier Ausbildungen auf Tertiärstufe B übergeführt werden, erfolgt die Einführung der Attestausbildung voraussichtlich erst 2012 und schliessen die letzten Schulen 2009/2010.

Indikatoren

- L1: Die Anzahl Studierender bzw. Lernender wird voraussichtlich 2012 die zur Nachwuchssicherung benötigte Zahl erreichen. Gründe für den Rückgang 2010: keine altrechtlichen Ausbildungen mehr, Rekrutierungsschwierigkeiten der Jahre 2004-2007 wirken sich 2010 aus, Verschiebung der Attestausbildung Gesundheit-Soziales von 2010 auf 2012 (erste Abschlüsse 2014).
- B1/B2: Die Auslastung der Zentren wird erst ab 2012 optimal sein. Entsprechend werden die pro Lernende/Studierende ausgerichteten Pauschalen kontinuierlich gesenkt und dann zum dem angestrebten Mittelwert von rund 13'000 Fr. pro Lernende/Studierende entsprechen.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	127.7	138.3	3.5	142.3	-6.4	141.3	-1.8	142.0	149.1	16.8
Aufwand	-388.1	-404.4	-12.0	-424.0	-16.6	-433.0	-21.4	-446.1	-446.7	15.1
- Eigene Beiträge	-58.4	-63.9		-67.4		-68.0		-69.3	-70.5	
Saldo	-260.4	-266.1	-8.5	-281.7	-23.0	-291.7	-23.2	-304.2	-297.6	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.6									0.1
Ausgaben	-14.9	-10.1	-6.7	-22.2	-1.5	-32.9	11.4	-31.4	-32.8	-24.1
Nettoinvestitionen	-14.3	-10.1	-6.7	-22.2	-1.5	-32.9	11.4	-31.4	-32.8	-23.9
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,330.9	1,335.0	96.0	1,446.0	121.0	1,471.0	117.0	1,467.0	1,466.0	

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidg. Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; Berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; Berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse; Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen; Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen und auf Höhere Fachprüfungen und Diplomlehrgänge an Höheren Fachschulen (Tertiär B)
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung MBA).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Weiterentwicklung Globalbudget und Leistungsvereinbarungen (Kontrakte) mit den Berufsfachschulen	2011	4
E2 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz/Umsetzung BBG (Projekt 148) (LZ RR 13.6)	2011	4
E3 Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich (Projekt 152) (LZ RR 13.7)	2010	5

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen gemäss Aufgabe A2.		100 %	100%	100%	100%	100%	100%
W2 Berufsmaturitätsquote in %, Aufgabe A1	P	13.6	13.6	14.0	14.2	14.4	14.6

Leistungen

L1 Anzahl Lernende in der schulischen Grundbildung im Rahmen der Aufgabe A1.	P	34'086	33'510	34'350	34'720	34'660	34'470
L2 davon Anzahl Berufsmaturanden nach Aufgabe A1	P	5'374	5'300	5'600	5'700	5'700	5'700
L3 Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen entsprechend der Aufgabe A3	P	12012	13533	13'455	14'729	14'874	14'874
L4 davon Anzahl Absolventen BM im Rahmen der Aufgabe A3	P	1975	1800	2'050	2'100	2'100	2'100
L5 Lektionenpauschale im obligatorischen Unterricht aller BFS inkl. KV für den Aufgabenbereich A1	P	169	187	196	198	196	194
L6 Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb pro Lernende/r im obligatorischen Unterricht gemäss Aufgabe A1	P	1343	1'642	1'136	1'147	1'147	1'140
L7 Anzahl Teilnehmendenlektionen in der Weiterbildung im Rahmen der Aufgabe A2	P	2'294'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000
L8 Studierende an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an Kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen gemäss Aufgabe A2	P	2744	2'850	2'900	2'900	2'900	2'900
L9 Anzahl Berufe, für die schulische Grundbildung in der LG gemäss Aufgabe A1 angeboten wird	P	147	143	138	138	140	142

Wirtschaftlichkeit

B1 Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (exkl. LAP u. Löhne WB)	P	8'891	9'535	10'258	10'109	10'466	10'553
B2 Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulausbildung	P	7'231	7'941	8'204	8'407	8'780	8'637
B3 LAP-Aufwand pro geprüfte(r) Lernende(r) in Fr.	P	1'623	1'400	1'072	1'106	1'107	1'107
B4 Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung in Fr.	P	15.90	16.52	16.65	17.00	18.00	18.00

Leistungsgruppe 7303 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-281.651
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-22.188

Budget Leistungsgruppe 7303	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Zu A 1 - A 3: Der Kanton steht im Vollzug der Umsetzung der Masterpläne des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, welche sich auch im schulischen Bereich konsequent an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert.

Indikatoren

- W2: Die Berufsmaturitätsquote in % zeigt den Anteil in lehr- und berufsbegleiteten Berufsmaturitätsschulen gemessen am Total der Auszubildenden in der Berufsbildung. Dieser Indikator zeigt die Schulbildungsfähigkeit für höhere Fachschulen bzw. Fachhochschulen.
- L5: Die LektionenspauSchale entspricht der ersten Ebene des Kontraktes (LG 1 für Pflichtunterricht und Verwaltung und Betrieb). Die Lohnkosten der Lehrpersonen werden durch die Anzahl Lektionen im Pflichtunterricht dividiert (ohne Lehrwerkstätte für Möbelschreiner [rein schulische Ausbildung] und EBZH [Erwachsenenweiterbildung]).
- L6: Die Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb wird ebenfalls in der LG 1 als Subtraktion der Lohnkosten der Lehrpersonen von dem für den Pflichtunterricht zur Verfügung stehenden Betrag ausgewiesen. Die Division mit der Anzahl Schüler ergibt die Pauschale für Verwaltung und Betrieb.
- L7: Die Anzahl Teilnehmende an Weiterbildungskursen wird pro Schule mit den zu erteilenden Weiterbildungslektionen multipliziert. Durch die Addition der Teilnehmerlektionen aller Schulen erhält man die Gesamteinnehmerlektionen in der Weiterbildung.
- L9: Neu werden nur die Berufe an den kantonalen und kantonalen nichtstaatlichen Schulen ermittelt. Die Zahl reduziert sich deshalb im Vergleich zum VorjahresKEF.
- B1: Der Gesamtaufwand der LG 7303 (ohne Weiterbildung u. Lehrabschlussprüfung [LAP]) wird durch die Anzahl Lernende dividiert.
- B3: Der Aufwand der Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl geprüfte Lernende dividiert.
- B4: Der Lehrpersonalaufwand in der Weiterbildung wird durch die Anzahl Teilnehmerlektionen in der Weiterbildung dividiert.

Sonstige Bemerkungen

- Saldoverbesserungen MH06: Für 2009: 6.9 Mio. Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrössen 2005 auf 2007 von 15.4 auf 16.4.
- Die Leistungsgruppe 7302, Schulen im Gesundheitswesen, wird 2011 in die Leistungsgruppe 7303 überführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die LG 7302 vollumfänglich weitergeführt und ist nicht in der LG 7303 miteingerechnet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Der Saldo der Erfolgsrechnung ist im Budget 2010 mit 281.7 Mio. um 15.6 Mio. höher gegenüber dem Budget im Jahr 2009. Im Wesentlichen sind die Erhöhungen auf den Anstieg der Personalkosten (inkl. Sozialkosten) in Höhe von -11.5 Mio Fr. zurückzuführen, insbesondere durch zu tief budgetierte Löhne für das Jahr 2009 -5.0 Mio Fr., Erhöhung der Anzahl schulischer Lektionen -4.5 Mio Fr. sowie zusätzlicher Aufwendungen für Entlastungen im Rahmen diverser Projekte im Rahmen des EG BBG in Höhe von -1.9 Mio Fr.. Der Anstieg der Sachkosten von -0.8 Mio Fr. ist vor allem auf Mehrausgaben für Lehrmittel -0.4 Mio Fr. und höhere Aufwendungen baulicher Unterhaltsmassnahmen -0.4 Mio zurückzuführen. Im Bereich Beitragszahlungen steigen die Kosten im Jahr 2010 um 3.5 Mio Fr..

Investitionsrechnung

- Die Investitionsausgaben wurden gegenüber dem Voranschlag 2009 um 12.1 Mio auf 22.2 Mio erhöht. Für den Umbau und die Sanierung des Anton-Graff-Hauses der Berufsbildungsschule Winterthur sind 15.0 Mio eingestellt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ist eine Folge der Klassenzahl, die noch leicht steigend ist, sowie eine Folge der Entlastungen von Lehrpersonen für Sonderaufgaben und für Projekte. Der Personalbestand von 1'446 Stellen setzt sich zusammen aus 1'116 Vollzeitstellen Lehrpersonen und 330 Vollzeitstellen Verwaltung und Betrieb. Die Annahme der Stellenzahl im Voranschlag 2009 war zu tief.

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Die Löhne steigen aufgrund der Lohnsummenvorgaben sowie Mehrlektionen.
- In diversen Berufen nimmt der schulische Lektionenumfang aufgrund der revidierten Lektionentafeln zu. Schwankungen ergeben sich durch einen Anstieg bei den eigenen Beiträgen infolge neuer Beitragsempfänger, beim baulichen Unterhalt, den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen/Zinsen). Diese Positionen sind von den Folgen von Verzögerungen oder Verschiebungen grosser Investitionsvorhaben geprägt.
- Bei den Erträgen schwanken vor allem die Pacht und Miete, die sich aus der internen Verrechnung ergeben. Zudem ist von einer Erhöhung der Bundesbeiträge auszugehen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsausgaben werden ab dem Jahr 2010 ansteigen, da auf diesem Zeitpunkt die Umnutzung/Umbauten/Sanierung Anton Graff sowie die Sanierung der Gebäudehülle der Berufsbildungsschule Winterthur in der Hauptphase der Ausführung sein werden. Zusätzlich wird in den Planjahren 2012 und 2013 mit der Erweiterung/Neubau Bildungszentrum Zürichsee sowie der Fassaden- und Gesamtsanierung der Berufsfachschule Mode & Gestaltung Zürich begonnen. Ausserdem wurde die Sanierung der Bildungsmeile Zürich als Projekt in die Realisierungsphase aufgenommen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang beinhaltet die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen basieren auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen vom zu deckenden Unterrichtsaufwand ab. Die Gesamtzahl der Stellen bleibt stabil.

Indikatoren

- L1: Kontinuierlicher und leichter Anstieg der Schülerzahlen bis 2011.
- B1 und B2 sind leicht steigend. Dies steht im Zusammenhang mit der Umsetzung des Masterplans des BBT in der Reform der Berufsbildung. Der Anteil der schulischen Grundbildung wird in einzelnen Berufsfeldern erhöht.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- Die Änderung der budgetierten Beträge der Planjahre 2010 bis 2013 ist hauptsächlich auf den Anstieg der Lohnkosten der Lehrpersonen insbesondere durch zu tief budgetierte Löhne im KEF Vorjahr mit einer Differenz von -5.0 Mio Fr sowie die Erhöhung des Lektionenumfanges zurückzuführen. Zudem ist ein Anstieg der Kosten im Bereich Beitragszahlungen zu verzeichnen.
- Die Reduzierung der Erträge im 2011 ergeben sich hauptsächlich aus der Umstellung der Verbuchungen der Aktivierung von Projektierungskosten in die Investitionsrechnung (Einfluss auf die Erfolgsrechnung insbesondere im 2011 mit -9.5 Mio Fr.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ist eine Folge der Klassenzahl, die noch leicht steigend ist, sowie eine Folge der Entlastungen von Lehrpersonen für Sonderaufgaben und für Projekte. Die Annahme der Stellenzahl im KEF 2009 war zu tief.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	22.6	16.3	5.9	25.2	5.7	25.0	4.9	25.0	25.0	10.7
Aufwand	-48.8	-63.9	10.3	-59.2	6.1	-63.4	4.0	-65.4	-62.5	28.1
- Eigene Beiträge	-36.2	-61.6		-58.4		-62.6		-64.6	-61.7	
Saldo	-26.2	-47.6	16.3	-33.9	11.9	-38.4	8.9	-40.5	-37.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben	-1.5	-2.8	-6.3	-6.3	-1.6	-1.6	-0.8	-0.8		-2.2
Nettoinvestitionen	-1.5	-2.8	-6.3	-6.3	-1.6	-1.6	-0.8	-0.8		-2.2

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben	Direktionsziel Nr.	
	bis	
A1 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschulunterricht und an schulische Grundbildung, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an Überbetriebliche Kurse für Lernende bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich.		
Entwicklungsschwerpunkte		
E1 Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz	2011	4
E2 Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung); Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung	2011	4
E3 Reform Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) (Projekt 140)	2010	2

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.							
W2 Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen			100%	100%	100%	100%	100%

Leistungen

L1 Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich	P	2'989	2'865	2'800	2'750	2'700	2'650
L2 Studierende Vorbereitungskurse Berufsprüfung	P	908	910	910	940	940	950
L3 Studierende Vorbereitung höhere Fachprüfung	P	150	195	180	200	210	230
L4 Studierende Höhere Fachschulen (HF)	P	858	750	900	920	940	960
L5 Studierende Uebrige Fachausbildungen	P	664	590	640	640	620	600
L6 Total Studierende an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. ZH	P	2'580	2'445	2'400	2'450	2'440	2740

Wirtschaftlichkeit

B1 Die Finanzierung der Berufsbildung inkl. Weiterbildung wird im Einführungsgesetz zum BBG auf Verordnungsstufe geregelt.							
--	--	--	--	--	--	--	--

Leistungsgruppe 7305 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-33.913
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-6.324

Budget	Leistungsgruppe 7305
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Beitragsleistungen an die Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung) erfolgen ab Schuljahr 2009/10 im Rahmen des neuen Einführungsgesetz (EG) zum Berufsbildungsgesetz (BBG). Bis 2008/09 richtete der Kanton aufgrund verschiedener Rechtsgrundlagen Beiträge an Hauswirtsch. Jahreskurse, an 10. Schuljahre, Werkjahre und Integrationskurse aus. Diese zukünftigen Brückenangebote gemäss BBG sowie weitere Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufl. Grundbildung erhalten ab 2009/10 Staatsbeiträge aufgrund des neuen EG zum BBG.

Indikatoren

- W1 Die Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen in dieser Leistungsgruppe sind aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht vergleichbar. Die Ausbildungen beinhalten: Vollzeit-Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung ab 2009/10; Berufsfachschulunterricht (Teil- und Vollzeit) für Lernende; Überbetriebliche Kurse (blockweise) pro Beruf von unterschiedlicher Dauer; Weiterbildungslehrgänge für Erwachsene; Fort- und Weiterbildungskurse von mind. 30 bis zu mehreren 100 Lektionen.
- W2 Voraussetzung für die Beitragsgewährung an die berufliche Weiterbildung ist die Zertifizierung nach EduQua.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Senkung des Aufwandes um 4.7 Mio ist begründet durch die Reduzierung der Betriebsbeiträge, die grösstenteils in der Leistungsgruppe 7302 ausbezahlt werden. Aufgrund des neuen EG zum BBG erhöhen sich die Beiträge an den Ausbildungskosten für Lernende in Überbetrieblichen Kursen von Ausbildungsbetrieben (-1.1 Mio.).
- Ab 2009/10 erhalten Gemeinden für die Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (Brückenangebote) zusätzliche Betriebsbeiträge (-2.1 Mio.).
- Aufgrund der Anpassung der Aufwände für Beiträge ab dem Jahr 2009 erfolgte auch eine neue Aufteilung der pauschalen Bundesleistungen auf die verschiedenen Leistungsträger.
- Der Anstieg der Erträge von 8.9 Mio Fr. im 2010 beruht auf erhöhten Beitragszahlungen durch den Bund für die Betriebliche Bildung im Rahmen des NFA.

Investitionsrechnung

- Die Erhöhung der Investitionsbeiträge um 3.5 Mio gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf den Neubau des Ausbildungszentrums des Gärtnermeisterverbandes sowie des Schulgebäudes der STF Winterthur zurückzuführen.

Indikatoren

- L1: Die Prognose in Bezug auf die Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung musste nach unten korrigiert werden, weil einzelne Ausbildungen neu mit einer Bildungsverordnung geregelt sind (Kleinkindererzieherin) und in die LG 7303 übergeführt werden. Mit der Aufhebung des IFK Tiermedizinische Praxisassistentinnen werden künftig weniger Lernende erwartet. Die Ausbildung für Diätköche erfolgt ab 2008 in der LG 7303.
- L2 bis L5 lassen sich nur grob abschätzen. Es ist ein leichter Rückgang in der höheren Berufsbildung festzustellen. Die höhere Berufsbildung wird zur Zeit vom Bund neu geregelt. Neu übernimmt der Bund von den Kantonen die Verantwortung für die Bereiche Gesundheit, Soziales, bildende Kunst und Musik. In der Weiterbildung zeigt sich teils eine Konkurrenz zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung. Die Marktverhältnisse sind in einem Wandel. Insgesamt ist von einem längerfristigen Konsolidierungsprozess auszugehen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Teile des EG BBG werden zusammen mit der Verordnung zum EG BBG (VEG BBG) auf Beginn des Schuljahres 2009/10 in Kraft gesetzt werden. Die Beitragsleistungen an die Berufsbildung werden in der geplanten Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung, die auf 1.1.2011 in Kraft gesetzt werden soll, geregelt. In Bezug auf die Finanzierung ergeben sich Übergangsregelungen. Ab 2010 erhalten die Gemeinden erstmals zusätzliche Betriebsbeiträge von rund 6 Mio. für Vorbereitungsjahre auf die berufliche Grundbildung für die ganzjährige Durchführung dieser Angebote.
- Mit der Umstellung des Bundes auf Pauschalfinanzierung erhöht der Bund seine Beiträge ab 2010 an die Berufsbildung.

Investitionsrechnung

- Die Erhöhung der Investitionsbeiträge ist bedingt durch den Neubau des Ausbildungszentrums des Gärtnermeisterverbandes im Jahr 2010 sowie denr Neubau des Schulgebäudes der STF Winterthur in den Jahren 2010 bis 2012 mit einem Investitionsbeitrag von 4.0 Mio.

Indikatoren

- L1: Der Rückgang der Anzahl Lernender ist auf die Überführung der Ausbildungen Kleinkindererzieher/in bzw. Fachfrau/-mann Betreuung und der Diätköche in die LG 7303 zurückzuführen. Mit der Aufhebung des IFK Tiermedizinische/r Praxisassistent/in werden künftig weniger Lernende erwartet.
- L6: Die Prognosewerte zeigen mit Ausnahme von L2, wo ein Rückgang erwartet wird, leicht steigende Teilnehmerzahlen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Reduzierung der budgetierten Beträge der Planjahre 2010 bis 2013 ist im Wesentlichen auf die Änderung der Budgetvorgaben zurückzuführen. Basis sind Plafondvorgaben in der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung

- Der Baubeginn des neuen Ausbildungszentrums Gärtnermeisterverband verzögert sich, daher ist ein Teil des im 2009 budgetierten Investitionsbeitrages neu für das Jahr 2010 vorgesehen.

Indikatoren

- L1 und L6: Die Prognosen waren im letztjährigen KEF bei den L1, L2 und L5 zu optimistisch und müssen nach unten korrigiert werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	209.6	174.4	30.6	209.4	29.8	210.5	28.1	210.6	212.9	1.6
Aufwand	-736.5	-741.7	1.0	-764.4	1.0	-788.3	13.8	-805.1	-815.7	10.7
- Kostenbeitrag an Universität	-526.9	-567.3		-555.0		-577.8		-594.5	-602.8	
Saldo	-526.9	-567.3	31.6	-555.0	30.8	-577.8	42.0	-594.5	-602.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	10.7	6.5	0.0	6.5	-1.0	5.5	1.0	5.5	8.5	7.2
Ausgaben	-48.8	-52.9	-6.0	-49.2	-12.4	-38.6	17.2	-35.4	-35.9	-43.5
Nettoinvestitionen	-38.0	-46.4	-6.0	-42.7	-13.4	-33.1	18.2	-29.9	-27.4	-36.3

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räume.
- A2 Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, welche vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der Universität können der Leistungsgruppe 9600 entnommen werden		0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.							
Leistungen							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.							
Wirtschaftlichkeit							
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe 9600 ersichtlich.							

Leistungsgruppe 7401 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-555.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-49.240

Budget Leistungsgruppe 7401	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im KEF 10-13 sind die kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen der 1. - 4. Bauetappe Irchel ab dem Planjahr 2010 in der LG 7401 statt der LG 7403 enthalten.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoreduktion gegenüber dem Vorjahr von 12.3 Mio. ergibt sich aus den regierungsrätlichen Finanzierungsvorgaben für das Budget 2010. Trotz des um den zuvor genannten Betrag geringeren Kostenbeitrags des Kantons Zürich an die Universität erhöht sich durch den Einbezug der kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe Irchel (34.4 Mio.) und höheren geplanten Bundesbeiträgen (0.6 Mio.) der Aufwand um 22.7 Mio. Der Ertrag steigt aufgrund der beiden letztgenannten Positionen um 35.0 Mio. Die kalkulatorischen Raumkosten werden der Universität als Nutzungskosten verrechnet, wodurch der Saldo der laufenden Rechnung für diese Position immer 0 ist.

Investitionsrechnung

- Verschiedene Projekte (z.B. Gesamtsanierung Kollegengebäude und Erneuerung Villa Rainhof) enden 2009 (+4 Mio.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Diese Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Kosten für die Administration sind in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung enthalten.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der Saldoanstieg in den Planjahren entspricht dem Anstieg des Staatsbeitrags an die Universität Zürich.

Investitionsrechnung

- 2010 Beendigung des Grossprojekts Y36 (+2.2 Mio.), 2011 nur noch geringe Investitionen im Grossprojekt Kleintierklinik infolge Projektende (+8.2 Mio.). 2011 Abnahme des Investitionsbeitrags des Bundes (-1 Mio.). 2012/2013 Abnahme der Investitionen in das Projekt Kuppelschauhäuser Botanischer Garten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Staatsbeiträge an die Universität Zürich müssen aufgrund der regierungsrätlichen Vorgaben für die aktuelle Planungsperiode unter denen des KEF des Vorjahres geplant werden. Gegenüber dem KEF 2009-2012 wurden die kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe Irchel ab dem Planjahr 2010 von der LG 7403 in die LG 7401 verschoben, was die im Gegensatz zur Reduktion im Staatsbeitrag nur geringfügige Aufwandminderung erklärt.

Investitionsrechnung

- Zeitliche Verschiebung der Investitionen in die Kleintierklinik und der Sanierung Haustechnik Irchel, 2. Etappe. Vorverschiebung der Sanierung Kuppelschauhäuser Botanischer Garten (- 6.3 Mio.) und diverser Kleinprojekte vom Jahr 2012 ins Jahr 2011. Verschiedene im Jahr 2012 budgetierte Projekte zur Werterhaltung sind im KEF 2010-13 nicht mehr enthalten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	120.9	122.9	1.0	124.4	1.5	125.4	1.0	125.4	125.4	3.7
Aufwand	-213.2	-176.0	-1.2	-178.0	-2.0	-180.0	-1.4	-180.2	-180.2	-15.5
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-23.1	-22.6		-23.2		-24.0		-24.0	-23.7	
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-25.5	-28.0		-28.1		-28.3		-28.6	-28.9	
Saldo	-92.4	-53.1	-0.2	-53.7	-0.5	-54.6	-0.4	-54.9	-54.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)										
Einnahmen	0.4	0.1									
Ausgaben	-0.4	-0.1									
Nettoinvestitionen	0.0	0.0									

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe setzt sich aus den Bereichen Ausserkantonale Konkordatsbeiträge und Beiträge an Zentralbibliothek / Sozialarchiv zusammen.
- A2 Im Bereich der Ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
- A3 Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Leistungsgruppe weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus, da es sich um reine Finanztransaktionen an die Leistungserbringer handelt. Die Entwicklungsschwerpunkte der Zentralbibliothek können der Leistungsgruppe 9690 entnommen werden.		0

Indikatoren

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13

Leistungsgruppe 7402	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-53.679
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7402
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Administrationstätigkeit durch das Hochschulamt ist in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.
- IUV = Interkantonale Universitätsvereinbarung

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Mehraufwand ergibt sich aus höher budgetierten IUV-Beiträgen (-0.6 Mio.).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Leichter Anstieg der Beiträge an die Zentralbibliothek im Rahmen der kantonalen Vorgaben, an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende und an das Sozialarchiv sowie höhere durchlaufende Beiträge anderer Kantone an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber der Vorjahresplanung wurden die Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende höher budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	114.4	118.2	-8.1	114.1	-4.1	121.3	-1.5	131.5	134.3	17.4
Aufwand	-395.2	-437.0	13.7	-439.3	3.4	-471.9	-4.5	-503.3	-510.1	29.1
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-270.4	-309.3		-309.7		-337.1		-361.0	-367.5	
- Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	-4.4	-4.4		-4.2		-3.4		-2.3	-1.0	
Saldo	-280.7	-318.8	5.6	-325.2	-0.7	-350.5	-6.0	-371.8	-375.8	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	1.7									0.3
Ausgaben	-23.8	-19.6	9.1	-18.7	17.6	-43.9	33.1	-81.3	-46.0	-38.9
Nettoinvestitionen	-22.1	-19.6	9.1	-18.7	17.6	-43.9	33.1	-81.3	-46.0	-38.6

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstung an die Teilschulen der ZFH. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.		0

Indikatoren

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						
Leistungen L1 Total Studierende L2 Die übrigen Indikatoren zur Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.	10'988	12'170	13'530	14'695	15'415	15'820
Wirtschaftlichkeit B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.						

Leistungsgruppe 7406 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-325.206
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-18.724

Budget Leistungsgruppe 7406	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Zürcher Fachhochschule ZFH umfasst die drei staatlichen Teilschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK und Pädagogische Hochschule Zürich PHZH sowie die beiden privaten Teilschulen Hochschule für Technik Zürich HSZ-T und Hochschule für Wirtschaft Zürich HWZ. Der KEF 2010 - 2013 enthält als Auswirkung des Projekts Integra (Zusammenführung ZHAW und HSZ-T) erstmals die Verschiebung der neu eintretenden Studierenden HSZ-T von den privaten zu den staatlichen Kostenbeiträgen.
- Die Administration dieser Leistungsgruppe wird vom Hochschulamt der Bildungsdirektion wahrgenommen. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung enthalten.

Sonstige Bemerkungen

- Investitionen: Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beträge umfassen die baulichen Investitionen und die Erstausrüstung. Die Ersatzanschaffungen (inkl. IT) sind ab 2009 in den Globalbudgets der einzelnen Hochschulen (LG 9710, 9720, 9740) ausgewiesen.
- Im KEF 2010 - 2013 sind in den ausgewiesenen Nettoinvestitionen sowohl die baulichen Investitionen als auch die Erstausrüstungen und die Spezialfinanzierungen für die Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal enthalten. Die Ausgaben für Mobilien betragen total 83.7 Mio., wovon 68 Mio. auf das Toni-Areal und 15.7 Mio. auf die Sihlpost entfallen (vgl. RRB 689/2009 vom 29.4.2009).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Erhöhung durch den Anstieg durchlaufender Bundesbeiträge als Folge der weiterhin ansteigenden Studierendenzahlen an den Teilschulen der Zürcher Fachhochschule (+5.6 Mio.). Die Änderung der Verbuchungspraxis der Mobilienanschaffungen durch die Hochschulen führt gegenüber dem Budget 2009 zu tieferen Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen (-7.7 Mio.). Den staatlichen Hochschulen werden tiefere Nutzungskosten für die kantonalen Liegenschaften in Rechnung gestellt (-1.5 Mio.). Niedrigere Rückerstattung von Projektierungskosten (-0.5 Mio.).
- Aufwand: Erhöhung durch den Anstieg durchlaufender Bundesbeiträge als Folge der weiterhin ansteigenden Studierendenzahlen an den Teilschulen der Zürcher Fachhochschule (-5.6 Mio.). Leichter Anstieg des Kostenbeitrags an die staatlichen Hochschulen durch die höhere Studierendenzahl (-0.4 Mio.) bei gleichzeitigem Rückgang des Kostenbeitrags an die privaten Hochschulen als Folge des Projektes Integra (+0.2 Mio.). Weitere massgebliche Veränderungen betreffen die niedrigeren Abschreibungen auf den Sachanlagen (+1.9 Mio.), tiefere Nutzungskosten für die kantonalen Liegenschaften (+1.5 Mio.), tiefere Projektierungskosten für Immobilien (+0.9 Mio.) und höhere Kosten für Projekte an den staatlichen Hochschulen (-0.8 Mio.).

Investitionsrechnung

- Einerseits laufen verschiedene Projekte an der ZHAW (Standorte Winterthur und Wädenswil) 2009 aus (+5.8 Mio.). Andererseits steigt der Investitionsbedarf für Mobilien und den Spezialausbau in den Grossprojekten Sihlpost und Toni-Areal.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand und Ertrag: Weitere Erhöhung der durchlaufender Bundesbeiträge und ab 2011 Erhöhung der Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen der Zürcher Fachhochschule als Folge der weiterhin ansteigenden Studierendenzahlen. Der Anstieg des Kostenbeitrags an die staatlichen Hochschulen beinhaltet ab 2012 zudem steigende Nutzungskosten für die kantonalen Liegenschaften durch die Investitionen in die Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal.

Investitionsrechnung

- Ansteigender Investitionsbedarf für die beiden Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal in den Jahren 2011 und 2012. 2012 erfolgt eine weitere Zahlung an die Stadt Zürich für den Liegenschaftentransfer Ausstellungsstrasse 88 und Sihlquai 15 (-19.5 Mio.). Von 2011 bis 2013 Entwicklungsplanung Winterthur/Wädenswil. Ab 2013 Abnahme der Ausgaben in den Grossprojekten Sihlpost und Toni-Areal.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF 2009-12 müssen die Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen der ZFH aufgrund der regierungsrätlichen Vorgaben gekürzt werden. Andererseits werden ab 2011 die durchlaufenden Bundesbeiträge an die staatlichen Hochschulen als Folge der stärker als erwartet steigenden Studierendenzahl (v.a. ZHAW) erhöht. Die Änderung der Verbuchungspraxis bei Mobilienanschaffungen an den Teilschulen führt zu tieferen Rückerstattung von Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen. In den 2011/2012 gegenüber der Vorjahresplanung erhöhten Abschreibungen und Zinsen auf den kantonalen Liegenschaften sind die kostensenkenden Auswirkungen der zeitlichen Verschiebung der Investitionen für die Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal noch nicht berücksichtigt.

Investitionsrechnung

- Minderausgaben 2010 - 2012 durch die generelle zeitliche Verschiebung der Investitionen für die Grossprojekte Sihlpost und Toni-Areal. Dies führt 2013 zu Mehrausgaben

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag										
Aufwand	-70.1	-48.2	1.1	-48.2	-0.4	-49.9	1.2	-47.6	-46.5	-33.7
Saldo	-70.1	-48.2	1.1	-48.2	-0.4	-49.9	1.2	-47.6	-46.5	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen). Der Kanton Zürich gehört den interkantonalen Vereinbarungen der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen SHL und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich HfH an. Der Kanton Zürich leistet für die Lehre Beiträge im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten.
- A2 Andererseits beinhaltet die Leistungsgruppe die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, welche im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Die Aufgaben der Leistungsgruppe werden oben beschrieben; sie weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus. Direktions-
ziel Nr. 0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
Leistungen							
L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							
Wirtschaftlichkeit							
B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe							

Leistungsgruppe 7407	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-48.220
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 7407
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zur Zeit werden seitens der bisherigen Trägerschaft Vorkehrungen getroffen, das Konkordat SHL auf Ende 2011 aufzulösen.

Sonstige Bemerkungen

- Die Administration dieser Leistungsgruppe wird durch das Hochschulamt der Bildungsdirektion sichergestellt. Entsprechende Stellen sind in der LG 7000 der Bildungsverwaltung ausgewiesen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die gegenüber dem Budget 2009 durch die höhere Anzahl Zürcher Studierender steigenden Beiträge an die Konkordate HfH und SHL und die ausserkantonalen Fachhochschulen werden durch die Einsparungen aus dem Konkordatsaustritt Hochschule Rapperswil kompensiert.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die steigende Anzahl Zürcher Studierender an den ausserkantonalen Konkordatsschulen HfH und SHL und den ausserkantonalen Fachhochschulen führt 2011 noch zu einer Erhöhung der Beiträge. Der Konkordatsaustritt HSR und die voraussichtliche Auflösung des Konkordats SHL bewirken ab 2012 eine deutliche Abnahme des Aufwands.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Zusätzlich Kosteneinsparungen aus dem Konkordatsaustritt Hochschule Rapperswil und der vorgesehenen Auflösung des Konkordats SHL sowie eine mit der vorgesehenen Konkordatsauflösung SHL zusammenhängende Beitragsverschiebung ins Jahr 2011 führen zu den Veränderungen gegenüber der Vorjahresplanung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	79.3	54.4	3.6	59.0	0.8	61.2	-0.4	61.6	61.9	-21.9
Aufwand	-185.0	-170.4	-7.9	-180.5	-5.4	-189.9	-1.8	-190.7	-190.0	2.7
Saldo	-105.7	-116.0	-4.4	-121.5	-4.6	-128.7	-2.1	-129.1	-128.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.8	2.0	-1.5	0.5	-1.5	0.5	-1.5	0.5	0.5	0.8
Ausgaben	-4.8	-6.5	-0.5	-4.6	-0.6	-4.1	-0.9	-4.4	-4.2	-4.8
Nettoinvestitionen	-4.0	-4.5	-2.0	-4.1	-2.1	-3.6	-2.4	-3.9	-3.7	-4.0

Personal (Beschäftigungsumfang)	463.8	437.5	-2.8	441.0	-35.2	441.0	-43.7	441.0	441.0	
---------------------------------	-------	-------	------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	--

Aufgaben

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
- A2 Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
- A3 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
- A4 Amtsvormundschaft für minderjährige, allein stehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
- A5 Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
- A6 Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe (beinhaltet LZ RR 12.1 Gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen sowie	2011	1
E2 LZ RR 16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten)	2011	2
E3 Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe	2011	2
E4 Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge	2010	2
E5 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16.9)	2010	2

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate / A2)	P	35%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%	< 38%
W2 Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen (A1 / A3)	P	83%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%	>80%
Leistungen							
L1 Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate / A2)	P	15'920	15'500	16'000	16'320	16'650	16'980
L2 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind (A6)	P	87%	> 75%	> 80%	> 80%	> 80%	> 80%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate / A2)	P	1'008	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
B2 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpäd. Angebot (A1 / A3)	P	352	374	381	389	397	405
B3 Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot (A1 / A3)	P	470	483	489	508	518	528

Leistungsgruppe 7501 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-121.463
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.620

Budget	Leistungsgruppe 7501
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Das Zentrum für Gehör und Sprache (Gehörlosenschule) war für das Jahr 2008 der Leistungsgruppe 7501 saldoneutral zugeordnet. Dies entfällt mit der Verselbstständigung per 1.1.2009. Die Zuständigkeit für die neu geschaffene öffentlich rechtliche Anstalt liegt seit dem Jahre 2006 beim VSA.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoveränderung zwischen Budget 2009 und Planjahr 2010 von Fr. -5.5 Mio. ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Höhere Kosten der Heilpädagogischen Früherziehung sowie der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen im Vorschul- und Nachschulbereich (neue Aufgabe NFA / Fr. -1.9 Mio.); vorübergehende rezessionsbedingte Zunahme des Stipendienaufwandes (Fr. -3.0 Mio., ohne Berücksichtigung materieller teuerungsbedingter Anpassungen); Abgeltung der ambulanten Jugendhilfeleistungen der Stadt Zürich ab 2009 (Fr. -5.6 Mio. / Nachtragskredit 2009); rückläufige finanzierungsmodellbedingte Staatsbeiträge an Kinder- und Jugendheime (Fr. +6 Mio.); Gewährleistung begleiteter Besuchstage bei hochstrittigen Besuchsrechten (netto Fr. -0.2); zusätzlicher Aufwand im Zusammenhang mit Legislaturzielen und Koordinationstätigkeiten (Elternbildung, Scheidungsberatung etc. / Fr. -0.2); Besoldungsentwicklung im Rahmen der kantonalen Vorgaben sowie steigender Abschreibungs- und Zinsaufwand (gemäss Investitionsaufwand). Die beabsichtigte Teilrevision des Besoldungssystems Sozialarbeit / Sozialpädagogik wird ins Jahr 2011 verschoben. Die vermehrten bezirksübergreifenden Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, welche sich saldoneutral nach dem Bruttoprinzip im Aufwand und Ertrag niederschlagen.

Investitionsrechnung

- Die Veränderungen resultieren ausgabenseitig aus dem Wegfall der Standortzusammenzüge in Dietikon, Bülach und Winterthur im Jahre 2009. Auf der Einnahmenseite ist von stark rückläufigen Ausbildungsdarlehens-Rückzahlungen auszugehen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Werte basieren auf dem mutmasslichen durchschnittlichen Beschäftigungsumfang. Zusätzliche Stellen werden im Stipendienbereich aufgrund steigender Gesuchszahlen (0.5 Stellen) sowie bei den Bezirksjugendsekretariaten im Zusammenhang mit den begleiteten Besuchstagen (3.0 Stellen) vorgesehen. Bei den Bezirksjugendsekretariaten kann insbesondere die Zahl der Leistungsaufträge mit Gemeinden (u.a. Schulsozialarbeit mit 100% Verrechnung an Gemeinden / saldoneutral für Kanton) zu Beschäftigungsschwankungen führen.

Indikatoren

- L1 Bei der Anzahl der Jugend- und Familienberatungen ist weiterhin von einem stetigen Wachstum auszugehen.
- L2 Die Abklärungsdauer steigt aufgrund der zunehmenden Zahl komplexer Familienverhältnisse tendenziell an.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Saldoentwicklung wird ab dem Jahre 2011 hauptsächlich von folgenden Faktoren geprägt: Teilrevision des Besoldungssystems Sozialarbeit Bezirksjugendsekretariate (netto Fr. -1.4) sowie des Besoldungssystems Sozialpädagogik Stationäre Einrichtungen (Fr. -7.8 Mio.); Umsetzung neues Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) wobei noch Unsicherheiten bezüglich der finanziellen Auswirkungen bzw. der letztlich gültigen Aufgaben bestehen (Fr. -0.4). Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass sich aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stipendienaufwand wieder reduziert (2011 Fr. +2.7 Mio. / 2012 Fr. +0.2 Mio. / 2013 Fr. +0.1 Mio.) Die Saldovorgabe für das Jahr 2013 kann nur durch zurzeit noch nicht bestimmte Sanierungsmassnahmen erreicht werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die massgeblichen Veränderungen gegenüber der letzten KEF-Erstellung ergeben sich aus der oben beschriebenen Entwicklung. Noch offen und schwierig abzuschätzen sind die effektiven Auswirkungen, die sich aus der Teilrevision des Jugendhilfegesetzes (siehe Projekt Nr. 149) abschliessend ergeben könnten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	16.5	19.0	0.6	19.2	1.6	20.3	3.2	20.8	21.6	30.8
Aufwand	-31.1	-36.9	-3.0	-40.1	-3.4	-40.8	-3.4	-41.1	-41.4	33.1
Saldo	-14.6	-17.9	-2.5	-20.9	-1.8	-20.5	-0.2	-20.3	-19.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben		-0.4	-0.1	-0.3	-0.5	-0.7	0.0	-0.2	-0.3	-0.3
Nettoinvestitionen		-0.4	-0.1	-0.3	-0.5	-0.7	0.0	-0.2	-0.3	-0.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	115.1	124.7	2.0	126.7	2.0	126.7	2.0	126.7	126.7	

Aufgaben

- A1 Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
- A2 Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (inkl. Kompetenzenbilanz)
- A3 Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegchancen von Jugendlichen	2009	5
E2 Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung	2011	5

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A1 / A3)	P	90%	> 98%	> 98%	> 98%	> 98%	>98%
---	---	-----	-------	-------	-------	-------	------

Leistungen

L1 Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A3)	P	11'015	11'500	11'500	11'500	11'500	11'500
--	---	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Wirtschaftlichkeit

B1 Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate; A3)	P	1'087	1'100	1'150	1'150	1'150	1'150
--	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 7502 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-20.879
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.300

Budget Leistungsgruppe 7502

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Das Amt für Jugend und Berufsberatung AJB ist Bestandteil der Leistungsgruppen "7501 Jugend- und Familienhilfe", "7502 Berufs- und Studienberatung" sowie "7000 Bildungsverwaltung". Die Bezirksjugendsekretariate verteilen sich auf die LG 7501 und 7502.
- Die Administration der Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren (biz) bei den Bezirksjugendsekretariaten erfolgt durch die jeweilige Verwaltungsstelle, welche der Leistungsgruppe 7501 Jugend- und Familienhilfe zugeordnet ist. Eine anteilmässige Verrechnung ist zurzeit nicht Bestandteil der vorliegenden Zahlen. Es handelt sich somit um Primärkosten, vor Berücksichtigung von Umlagen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Saldoveränderung zwischen Planjahr 2010 und Budget 2009 von Fr. -3.0 Mio. ist zur Hauptsache auf folgende Faktoren zurückzuführen: Abgeltung der Berufsberatungsleistungen der Stadt Zürich ab 2009 (Fr. -2.3 Mio. / Nachtragskredit 2009); Weiterführung des Mentoring-Angebots (Wegfall Bundesfinanzierung / Bildungsziel / netto Fr. -0.3 Mio.); Ausbau Bereich Kompetenzenbilanz (Umsetzung eidg. Berufsbildungsgesetz / Bildungsziel / Fr. -0.3 / 2 Stellen) sowie allgemeine Besoldungsentwicklung gemäss kantonalen Vorgaben. Die Teilrevision Besoldungssystem Berufsberatung wird ins Jahr 2011 verschoben. Die vermehrten bezirksübergreifenden Tätigkeiten der Berufsberatungen und Berufsinformationszentren führen zu entsprechenden Verrechnungen, welche sich saldoneutral nach dem Bruttoprinzip im Aufwand und Ertrag niederschlagen.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen stehen im Zusammenhang mit Softwareanpassungen sowie mit einem periodischen Erneuerungsbedarf im Bereich Mobiliar / Einrichtungen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Ausbau des Kompetenzenbilanz-Angebots führt zu einer Zunahme des Beschäftigungsumfangs.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die ab 2011 geplante Teilrevision des Besoldungssystem Berufsberatung Bezirksjugendsekretariat (netto Fr. -0.3) sowie die allgemeine Besoldungsentwicklung und der steigende Abschreibungs- / Zinsaufwand (Fr. -0.2) führen zu höheren Kosten, die nur durch zurzeit noch nicht im Detail bestimmte Sanierungsmassnahmen auf das vorgegebene Niveau gesenkt werden können.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die massgeblichen Veränderungen gegenüber der letzten KEF-Erstellung ergeben sich aus der oben beschriebenen Entwicklung.



6. Fonds

7403 Fonds Teilverlegung der Universität

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0	36.1	-35.6	0.0	-35.1	0.0	-34.6	0.0		-100.0
- Rückerstattung aus Laufender Rechnung	0.0	28.3		0.0		0.0		0.0		
Aufwand		-36.1	35.6	0.0	35.1	0.0	34.6	0.0		-100.0
- Abschreibungen		-22.9		0.0		0.0		0.0		
- Zinsen		-13.2		0.0		0.0		0.0		
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand										

Aufgaben

A1 Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten per Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die 1 - 4. Bauetappe verbucht. Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe sind in der Leistungsgruppe 7401 enthalten, da sie nicht mehr Bestandteil des Projekts 'Teilverlegung der Universität' sind.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktionsziel Nr.
E1 Keine Entwicklungsschwerpunkte in dieser Leistungsgruppe								0

Indikatoren

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

Leistungen

L1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt.

Fonds 7403	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 7403
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Liegenschaften des Fondskontos werden in der Anlagebuchhaltung der Universität geführt. In der laufenden Rechnung werden die kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen der 1. - 4. Bauetappe Irchel ausgewiesen, die der Universität (LG 9600) als Raummiete weiterverrechnet werden. Der Saldo der laufenden Rechnung ist deshalb immer Null.
- Im KEF10-13 sind die kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe ab dem Planjahr 2010 in der LG 7401 statt der LG 7403 enthalten.

Indikatoren

- Keine Neuinvestitionen in dieser Leistungsgruppe.

Sonstige Bemerkungen

- Keine Personalstellen: Die Administration dieser Leistungsgruppe wird durch die Bildungsdirektion sichergestellt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Im KEF10-13 sind die kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe ab dem Planjahr 2010 in der LG 7401 enthalten.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Im KEF10-13 sind die kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe ab dem Planjahr 2010 in der LG 7401 enthalten.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Gegenüber dem KEF Vorjahr wurden die kalkulatorischen Kosten der 1. - 4. Bauetappe ab dem Planjahr 2010 in die LG 7401 verschoben.



7. Projekte

Volksschulen

- Projekt-Nr. 156: Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)
- Projekt-Nr. 504: Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)
- Projekt-Nr. 505: Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)
- Projekt-Nr. 513: Schulversuche mit der Grundstufe
- Projekt-Nr. 157: Pilotprojekt Neugestaltung 3. Sek.
- Projekt-Nr. 159: Religion und Kultur

Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen

- Projekt-Nr. 148: Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung
- Projekt-Nr. 152: Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich

Mittelschulen

- Projekt-Nr. 160: Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen
- Projekt-Nr. 154: Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen
- Projekt-Nr. 153: Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
- Projekt-Nr. 158: Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen

Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse

- Projekt-Nr. 140: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)

Jugend- und Familienhilfe

- Projekt-Nr. 149: Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)



Projekt-Nr. 156	Umsetzung Volksschulgesetz (VSG)
Bildungsdirektion / Volksschulen	

<p>Kurzumschreibung Projekt</p> <p>Das Volksschulgesetz aus dem Jahre 1899 wird aufgrund der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und durch ein neues VSG ersetzt. Dieses Gesetz bringt für die Schulen des Kantons Zürich zahlreiche Neuerungen und Veränderungen. Diese werden etappiert und zeitlich und finanziell gestaffelt umgesetzt.</p> <p>Geleitete Schulen: Alle Schulen im Kanton erhalten eine Leitung. Die Schulen arbeiten mit einem für die Lehrpersonen verbindlichen Schulprogramm. Die Schulen und Schulleitungen erhalten mehr Kompetenzen und entlasten dadurch die Schulpflegen.</p> <p>Familienfreundliche Blockzeiten und Tagesstrukturen: An allen Vormittagen wird während vier Lektionen unterrichtet oder betreut. Darüber hinaus bieten Gemeinden im Bedarfsfall weiter gehende Tagesstrukturen und Aufgabenhilfe an, wobei jedoch erstere für Eltern grundsätzlich kostenpflichtig sind. Aufgabenhilfe in der Regel.</p> <p>Qualitätssicherung: Die Schulpflegen und Schulen zeichnen für die Qualitätssicherung verantwortlich. Neu überprüft zudem eine professionelle Fachstelle für Schulbeurteilung die Qualität in den Schulen.</p> <p>Aufsicht: Der Bezirksrat behandelt Rekurse und Beschwerden. Die eingeplanten Gelder stehen ab 2008 der Direktion für Justiz und Inneres zur Verfügung.</p> <p>Finanzierung der Volksschule: Der Kanton beteiligt sich an den Kosten der Volksschule, zu welcher neu auch der Kindergarten gehört. Das heutige Finanzierungssystem wird vereinfacht. Die Mittel werden über Vollzeiteneinheiten, welche die soziale Struktur einer Gemeinde berücksichtigen, ausgerichtet.</p> <p>Entlastung der Schulpflegen: Die Schulleitungen und die Vereinfachung des Staatsbeitragswesens führen zu einer Entlastung der Schulpflegen.</p> <p>Leistungsförderung in Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger (QUIMS): Die Qualitätssicherung in multikulturellen Schulen wird gesetzlich verankert (siehe Projekt Nr. 505).</p> <p>Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (früher RESA): Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden nach Möglichkeit integrativ geschult (siehe Projekt Nr. 504)</p> <p>Eltern: Das Gesetz schafft für Eltern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, beschreibt jedoch auch klarer ihre Pflichten.</p> <p>Kindergarten: Der Kindergarten wird Teil der Volksschule; der Besuch ist obligatorisch. Die Anstellung ist kantonal geregelt.</p> <p>12. Schuljahr: Der Kanton beteiligt sich neu im gleichen Umfang wie beim Werkjahr an den Kosten. Die eingestellten Gelder stehen seit 2008 dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt zur Verfügung.</p> <p>Sekundarstufe: Die Sekundarstufe erhält eine neue Rahmenregelung, in der die bisherigen von den Schulgemeinden gewählten Modelle weiterhin ihren Platz haben werden, die neu aber Zwischenlösungen ermöglicht.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Schule steuert ihre Entwicklung und sichert ihre Qualität innerhalb der kantonalen Vorgaben. • Die Schule hat Leitungs- und Mitwirkungsstrukturen, die eine zielgerichtete gemeinsame Entwicklung garantieren. • Die Schule setzt die sonderpädagogischen Massnahmen in der Regel integrativ und durch individualisierenden Unterricht um. Sie leistet einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. • Die Sprachfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler wird gezielt gefördert. <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Umsetzung des Volksschulgesetzes wird bis Ende Schuljahr 2011/2012 abgeschlossen. • Die Gemeinden werden bei der Umsetzung bedarfsgerecht mit schriftlichen Materialien, Beratungen am Ort, themenspezifischen teaminternen Weiterbildungen und allfälligen weiteren Weiterbildungen (Zertifikatslehrgänge) unterstützt. • Der Kanton stellt die Lehrpersonen der Kindergartenstufe kantonal an, erarbeitet einen Lehrplan für die Kindergartenstufe, übt die Aufsicht über die Privatschulen aus, führt die Fachstelle für Schulbeurteilung und regelt die Finanzierung des 12. Schuljahres neu (durch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt). • Auf der Ebene Gemeinde werden vierstündige Blockzeiten und im Bedarfsfall weiter gehende Tagesstrukturen angeboten.
--



- Alle Schulen haben Leitungsstrukturen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-7.62	-1.87	-2.46	-1.67	-1.31	-0.31	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-7.10	-3.34	-1.26	-1.12	-0.98	-0.40	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 156

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Verabschiedung der Verordnungen (Volksschulverordnung, Lehrpersonalverordnung) durch RR / Start der etappierten Umsetzung Blockzeiten, QUIMS, etc. / Start der Weiterbildungen und Unterstützungsleistungen
2007	- Verabschiedung der Finanz- und der Sonderpädagogischen Verordnung / Ablösung der Bezirksschulpflegen durch Bezirksrat als Rekursinstanz / Aufsicht Privatschulen durch Kanton
2008	- Kantonalisierung der Kindergärten / Erarbeitung und Einführung Lehrplan Kindergarten / Neues Finanzierungssystem eingeführt / Kanton beteiligt sich kantonsweit an den Kosten geleiteter Schulen / Schulleitungen an allen Schulen / Start der etappierten Umsetzung der sonderpädagogischen Massnahmen
2009	- Tagesstrukturen in Gemeinden eingeführt
2012	- Umsetzung VSG abgeschlossen

Bemerkungen

Die wiederkehrenden, bereits rechnungswirksamen Kostenelemente (Schulleiter-Besoldungen, Beiträge an Blockzeiten usw.) werden nicht mehr im Projektblatt 156 geführt.



Projekt-Nr. 504	Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (RESA, Sonderpädagogisches Angebot)
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Das Angebot der sonderpädagogischen Massnahmen wird neu gestaltet und integrativ ausgerichtet. Schüler/innen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (d.h. Kinder mit Lernschwierigkeiten wie auch besonders begabte Schüler/innen) werden so weit als möglich innerhalb der Regelklasse gefördert. Dies bedingt die gezielte Ausbildung einer grossen Gruppe von Lehrpersonen sowie Unterstützung der Gemeinden bei der Implementierung.</p> <p>Sonderpädagogische Massnahmen werden so eingesetzt, dass sie sowohl das einzelne Kind und über die Arbeit innerhalb der Klasse auch die Schule als Ganzes unterstützen und stärken. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und sonderpädagogischen Fachpersonen ist ein zentrales Element, um diese Wirkung erzielen zu können. Im Weiteren wird diese Neuorganisation auch zu einer Vereinheitlichung der Massnahmen der verschiedenen Gemeinden führen. Zur Umsetzung der vorgenannten Massnahmen muss ein sonderpädagogisches Konzept und ein Klassifizierungssystem für den Kanton Zürich erarbeitet werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der Ausrichtung der sonderpädagogischen Angebote gemäss neuem VSG • Erhöhung der Leistungen des sonderpädagogischen Systems <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Lehrpersonen durch klassenunterstützende, unterrichtsnahe Angebote • Förderung der Kooperation auf Schuleinheitsebene inkl. Vernetzung der Fachleute • Erweiterung der Erkenntnisse mit der qualitativen (wirkungsorientierten) Weiterentwicklung des sonderpädagogischen Angebotes auf schulorganisatorischer sowie unterrichtsnaher Ebene • Erarbeitung eines sonderpädagogischen Konzepts • Planung und Evaluation des sonderpädagogischen Angebotes gemäss Konzept • Weiterbildung resp. Ausbildung der sonderpädagogischen Lehrpersonen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-5.08	-1.21	-2.08	-1.15	-0.64	-	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-1.50	-0.48	-0.51	-0.51	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 504	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006/2007	- Vorbereitungsarbeiten, Erstellen sonderpädagogisches Konzept
2007 - 2009	- Kick off Veranstaltungen
2008 - 2010	- Gestaffelte Einführung der neu gestalteten sonderpädagogischen Massnahmen

Bemerkungen
Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden auszurichtenden Mittel werden in der Rubrik "Auswirkung der Umsetzung auf den Staatshaushalt" ausgewiesen. Beim Projektaufwand handelt es sich insbesondere um die Kosten für die Ausbildung zusätzlicher schulischer Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.



Projekt-Nr. 505	Qualität in multikulturellen Schulen QUIMS (Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger, Umsetzung Volksschulgesetz)
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Schulen mit hohen Anteilen Fremdsprachiger führen gemäss neuem Volksschulgesetz (§§ 25 und 62) zur Sicherung der Qualität zusätzliche Angebote und Massnahmen. Die Schulen werden dabei finanziell unterstützt.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Lernbedingungen im Sprachlernen und Förderung des Schulerfolgs • Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern • Hebung des Leistungsniveaus und der Bildungschancen
Leistungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • QUIMS-Massnahmen in 20 Schulen (2005 und 2006), in 40 Schulen (2007), in 60 Schulen (2008), in 80 Schulen (2009), in 100 Schulen (2010) • Hebung des Informationsstandes über Qualitätsverbesserung in 100 weiteren stark betroffenen Schulen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-1.51	-0.66	-0.54	-0.31	-	-	-
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-21.29	-2.09	-3.20	-4.00	-4.00	-4.00	-4.00
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 505	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002-2006	- Dritte Projektphase, Ausweitung auf 20 Schulen (Schulversuch)
2006-2008	- Erste Staffel zur Einführung von 33 neuen Schulen (Stadt Zürich)
2008-2010	- Zweite und dritte Staffel zur Einführung von 40 neuen Schulen (restlicher Kanton)
2010 (August)	- Abschluss der Einführung
ab 2011	- QUIMS als fester Bestandteil in den beteiligten Schulen (Normalbetrieb), Staatsbeiträge gemäss § 62 des Volksschulgesetzes fallen jährlich an

Bemerkungen
Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden in der Rubrik "Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt", die Mittel für Projektmitarbeitende, Dienstleistungen Dritter etc. in der Rubrik "Projektaufwand" ausgewiesen.
Für die Unterstützung/Vernetzung der beteiligten rund 100 Schulen durch das Volksschulamt wird nach Projektende (d.h. ab August 2010) ein reduzierter Betrag in das Budget des Volksschulamtes aufgenommen.



Projekt-Nr. 513	Schulversuche mit der Grundstufe
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Neugliederung der Volksschule durch Einrichtung einer Grundstufe für vier- bis siebenjährige Kinder, die flexibel in drei (ausnahmsweise auch in zwei oder vier) Jahren durchlaufen wird. Weitgehende Integration von Kindern mit besonderen sonderpädagogischen Bedürfnissen.
Wirkungsziel:
Schulmodell für die Schuleintrittsstufe, das auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lernstände der Kinder ausgerichtet ist und Strukturen sowie Inhalte neu regelt:
<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierung nach Entwicklungsstand • fließender Übergang vom lernenden Spielen zum systematischen Lernen • flexibler Übergang in die nächste Stufe
Leistungsziel:
(gemäß RRB Nr. 1337/2003)
<ul style="list-style-type: none"> • Projektstart auf Schuljahr 04/05 mit maximal 30 Klassen • Ausweitung des Projektes auf Schuljahresbeginn 05/06 mit maximal weiteren 60 Klassen • Ausweitung des Projektes auf Schuljahr 06/07 mit weiteren 30 Klassen • Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Schulmodells • Pädagogische, strukturelle, rechtliche, finanzielle Grundlagen zur Entscheidungsfindung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-4.28	-1.08	-0.90	-0.57	-0.57	-0.58	-0.58
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-2.80	-0.45	-0.47	-0.47	-0.47	-0.47	-0.47
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 513	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Vorbereitung: Entwicklungsarbeiten, Projektplanung, Ausschreibung
2004	- Versuchsstart mit erster Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen
2005 / 2006	- Versuchsstart mit zweiter und dritter Staffel; Nachqualifikation der Lehrpersonen; Vorbereitung Entscheidungsfindung; Zwischenbericht
2007 / 2008	- Öffentlichkeitsarbeit; Behördenschulung; Entscheidungsgrundlagen
2009 - 2012	- Fachliche Weiterentwicklung; Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen; Aufbau von Netzwerken
2012	- Schlussbericht

Bemerkungen
Im Frühjahr 2003 überwies das Parlament eine Leistungsmotion zur Durchführung eines Versuches mit der Grundstufe. Mit RRB Nr. 1337/2003 wurden die Kreditmittel für den im Schuljahr 2004/05 beginnenden und bis August 2009 dauernden Schulversuch bereitgestellt. Diese Mittel werden aber nicht ganz ausgeschöpft, da die effektiv am Versuch beteiligte Anzahl Grundstufenklassen unter dem geplanten Wert liegt (derzeit 82 Klassen). Mit RRB Nr. 1691/2007 wurde der Schulversuch bis August 2012 verlängert. Die in Form von Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden ausgerichteten Mittel werden unter der Rubrik "Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt" ausgewiesen. Die Rubrik "Projektaufwand" beinhaltet den Personal- und Sachaufwand während der Projektphase.



Projekt-Nr. 157	Pilotprojekt Neugestaltung 3. Sek.
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr. Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Testinstrument Stellwerk als Ausgangspunkt für die gezielte Lernförderung und bessere Vorbereitung auf den Übergang Volksschule - Beruf. Erprobung des Rahmenkonzepts in zehn Pilotschulen an der Sekundarstufe mit Ausweitung auf weitere Sekundarschulen.
Wirkungsziel:
Schulmodell für das 9. Schuljahr, das eine qualitativ bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Sekundarstufe II ermöglicht, indem es auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Lernstände der Jugendlichen ausgerichtet ist und Inhalte und Organisation entsprechend neu regelt:
<ul style="list-style-type: none"> • Feststellen des individuellen Lernstandes mit dem Instrument Stellwerk als Grundlage für die Standortbestimmung und Zielvereinbarung im Rahmen des standardisierten Standortgespräches mit Lehrpersonen, Eltern und Schülerinnen und Schülern. • Einsatz des Instruments Stellwerk als Ausgangspunkt für die Unterrichtsentwicklung und gezielte Lernförderung; Lernsteuerung durch Unterrichtsangebote, die sich am selbstverantwortlichen Lernen und Erproben von erweiterten Lernstrategien orientieren. • Zusammenarbeit zwischen Schule - Berufsberatung intensivieren, frühzeitigere Erfassung und Begleitung der Risikogruppen.
Leistungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Projektstart ab Schuljahr 2005/06 mit maximal 10 Pilotschulen (rund 50 Klassen pro Schuljahr). • Projektverlängerung bis Ende Schuljahr 2008/09, Ausweitung des Projektes ab Schuljahr 2007/08 mit maximal weiteren 10 bis 20 Schulen. • Grundlagen für eine flächendeckende Umsetzung vorbereiten. • Erprobung des Rahmenkonzepts evaluieren und Erkenntnisse für Umsetzung sichern. • Kantonsweite Umsetzung in allen Sekundarschulen ab Schuljahr 2009/10, anlaufend ab 1. Klasse Sekundarschule.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-1.13	-0.18	-0.23	-0.33	-0.19	-0.15	-0.05
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 157	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005/06	- Projektstart: Projektplanung, Ausschreibung, Entwicklungsarbeiten, Weiterbildung der Lehrpersonen, erster Testlauf Stellwerk 8.
2006/07	- Zwischenbericht zum ersten Projektjahr; Anpassung WB-Konzept, Umsetzung neues 9. Schuljahr, zweiter Testlauf Stellwerk 8, Initiierung Netzwerk Pilotschulen.
2007/09	- Schlussbericht zur Pilotphase 2005-07, Grundlagen für Entscheid Einführung vorbereiten (Bildungsratsbeschluss vom 25.2.2008), Ausweitung auf weitere Sekundarschulen. Vernehmlassung betreffend Anpassungen Lehrplan und Lektionentafel, Auswertungsbericht und Einführungskonzept per Herbst 2008 (BRB).
2009/12	- Flächendeckende Umsetzung ab 2009/10 bis 2011/12 in allen Sekundarschulen des Kantons Zürich gemäss BRB vom 25.2.2008 und 12.01.2009.

Bemerkungen
Umbenennung des Projektes: Neugestaltung 3. Sek. (bisher Neugestaltung des 9. Schuljahres)



Projekt-Nr. 159	Religion und Kultur
Bildungsdirektion / Volksschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>An der gesamten Volksschule wird ein obligatorisches Fach Religion und Kultur eingeführt, das mit der verfassungsmässig garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit übereinstimmt. Es ersetzt das Freifach Biblische Geschichte auf der Primarstufe sowie den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht (KokoRu) auf der Sekundarstufe I.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Erhöhung der Kompetenz im Umgang mit religiösen und kulturellen Fragen und Traditionen sämtlicher Schülerinnen und Schüler durch den obligatorischen Unterricht</p> <p>Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft</p> <p>Gewährleistung der Unterrichtsqualität durch spezifisch aus- und weitergebildete Lehrpersonen sowie durch einen neu ausgerichteten Lehrplan und darauf abgestimmte Lehr- und Lernmaterialien</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen sowie Bereitstellen von geeigneten Lehr- und Lernmaterialien</p> <p>Integration des Faches in die Lektionentafel</p> <p>Einbezug aller Beteiligten, einschliesslich Vertretungen verschiedener Religionsgemeinschaften und des Schulfeldes</p> <p>Bedarfs- und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit über die Ziele, Inhalte und Umsetzung</p> <p>Support der Schulgemeinden bei der Einführung des Faches</p> <p>Für die Zielerreichung adäquate Projektorganisation</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-4.21	-0.50	-0.74	-0.80	-0.86	-0.81	-0.50
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.68	-	-	-0.01	-0.02	-0.18	-0.47
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 159	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Einführungsbeschluss des Bildungsrates, Erarbeitung der Projektstruktur, möglicher Beginn der Einführung auf der Sekundarstufe, Erarbeitung eines Konzeptes zur Neuschaffung eines Lehrmittels, Evaluation bestehender Lehrmittel, Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen
2008	- Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien für die Übergangszeit, Verträge zur Lehrmittelschaffung, möglicher Beginn der Einführung auf der Primarstufe
2008 - 2016	- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, Bereitstellung von Materialien für den neu ausgerichteten Unterricht
2010 - 2012	- Wissenschaftliche Evaluation der Einführungsphase
2011	- Definitiver Beginn der Einführung auf der Primar- und Sekundarstufe
2012 - 2013	- Herausgabe neuer Lehrmittel für die Primar- und Sekundarstufe

Bemerkungen
<p>Spätestens bis im Schuljahr 2011/12 haben alle Schulgemeinden mit der Einführung des neuen Faches Religion und Kultur auf der Primar- und Sekundarstufe I begonnen. Die Gemeinden können das Fach auf der Sekundarstufe bereits ab Schuljahr 2007/08, auf der Primarstufe ab Schuljahr 2008/09 einführen, sofern sie über genügend qualifizierte Lehrpersonen verfügen. Mit der Einführung des Faches bleibt die Gesamtzahl der Lektionen auf der Unterstufe und Sekundarstufe gleich, nur auf der Mittelstufe wird sie um eine Lektion erhöht (was im Endausbau, d.h. spätestens 2017, zu einer kantonalen Mehrbelastung von jährlich rund 2 Mio. Fr. führt).</p> <p>Beim Projektaufwand handelt es sich insbesondere um Aus- und Weiterbildungskosten der Lehrpersonen, bei den in der Rubrik "Auswirkung der Umsetzung auf den Staatshaushalt" ausgewiesenen Kosten um Staatsbeiträge an Gemeinden gemäss § 62 VSG.</p>



Projekt-Nr. 148	Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung
Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Das eidg. Berufsbildungsgesetz (BBG) ist seit 1.1. 2004 in Kraft. Dieses ist die Basis für die Modernisierung der Berufsbildung. Da der Kanton für den Vollzug des BBG zuständig ist, werden die entsprechenden Rechtsgrundlagen (EG BBG, VEG und VFin) angepasst.</p> <p>Umsetzung des Masterplans Berufsbildung 2008 - 2011 des Bundesamtes für Berufsbildung (BBT) im Kanton Zürich, insbesondere Revisionen der beruflichen Grundbildungen, der Revision der Berufsmaturität und der Positionierung der höheren Berufsbildung.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einbezug der Berufe in den Bereichen Soziales und Kunst • Differenzierte berufliche Bildung: 3- oder 4-jährige Grundbildungen (EFZ Fähigkeitszeugnis) mit hohem Schulanteil sowie 2-jährige Grundbildungen (EBA Attest) • Klar definierte höhere Berufsbildung im Nicht-Hochschulbereich (Tertiär B) • Pflicht zur Qualitätsentwicklung an allen Lernorten • Neue Qualifikationsverfahren (z.B. Modulabschlüsse / Validierungen) • Neue Finanzierungsformen <p>Leistungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung aller Bildungsverordnungen gemäss Masterplan Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT • Etablierung neuer Grundbildungen (z.B. Bühnentanz) • Überführung der Diplomausbildungen im Bereich Soziales und Kunst in die Höheren Fachschulen • Bereinigung der Strukturen bei den Diplomausbildungen HF Soziales • Umsetzung von zusätzlichen Massnahmen für schulisch und sozial Benachteiligte (Nahtstelle obligatorische Schule - Sekundarstufe II, individuelle Begleitung, Case Management innerhalb Berufsbildungssystem) • Revision der Berufsmaturität

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	- 3.89	-0.38	-1.13	-0.95	-0.83	-0.6	
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	- 22.1	-2.7	-3.5	-3.9	-4.0	-4.0	-4.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 148	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Bundesgesetz über die Berufsbildung und Verordnung per 1.1.2004 in Kraft
2008 - 2011	- Umsetzung Masterplan Berufsbildung des BBT
2009	- Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) per 1.9.2009 mit entsprechenden Vollzugserlassen
2011	- Erlasse zur Finanzierung der Berufsbildung und Leistungsvereinbarungen mit Dritten
2011	- Entscheid der Bildungsdirektion zur zukünftigen strukturellen und inhaltlichen Ausrichtung der Bildung im Bereich Soziales

Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Bei nur leicht steigenden Schülerzahlen erhöht sich der Schulanteil verhältnismässig stärker wegen steigendem Anteil von BMS-Absolventen, Einführung Eidg. Berufsattest, den an die erweiterten Lehr- und Lernformen angepassten Lehrplänen, neuen Bildungsverordnungen und dem Ausschöpfen der möglichen maximalen Lektionenzahl. • Mit Inkrafttreten des NFA müssen die Finanzierung von Ausbildungen im Sozialbereich und von bisher durch die IV finanzierten Grundbildungen übernommen werden.



Projekt-Nr. 152	Konzept Weiterbildung im Kanton Zürich
Bildungsdirektion / Berufsfachschulen / Lehrabschlussprüfungen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Im Rahmen der Weiterbildungs-Strategie des Kantons Zürich:</p> <p>Bestandesaufnahme der Weiterbildungsangebote an den Berufsfachschulen und Institutionen der beruflichen Weiterbildung im Kanton Zürich.</p> <p>Entwicklung von Grundlagen zur Umsetzung des Service Public im Sinne des Einführungsgesetzes zum neuen Berufsbildungsgesetz (EG BBG).</p> <p>Aufbau geeigneter Finanzdaten, Statistiken und Marktanalysen.</p> <p>Prüfung der Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit mit den privaten Anbietern sowie allfällige Vergabe von Leistungsaufträgen an diese unter Berücksichtigung der Marktproblematik.</p> <p>Prüfung der Auswirkungen des Weiterbildungsartikels in der Bundesverfassung und des Masterplans BBT Höhere Berufsbildung.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegen der Strategie des Kantons Zürich in der Weiterbildung • Definition der Service-Public-Angebote in den Bereichen Höhere Berufsbildung, berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung nach Vorgabe EG BBG • Rollenklärung staatliche Schulen versus private Schulen • Aufbau / Entwicklung einer aussagefähigen Kostenrechnung für die Berufsfachschulen • Entwicklung einer Weiterbildungs-Statistik auch unter Einbezug/Berücksichtigung der privaten Anbieter. • Klärung der staatlichen Ressourcen (personell und finanziell) • Verbesserung der gezielten und individuellen Weiterbildungsbeteiligung <p>Leistungsziel:</p> <p>Im Projekt wird ein Konzept erstellt, das als Grundlage dienen soll für die Definition der Service-Public-Angebote im Weiterbildungsbereich, für die Bestimmung des bedarfsgerechten Angebotes an Weiterbildung, welches für die anvisierten bildungspolitischen Zielgruppen erschwinglich ist, für die Festlegung der kantonalen Finanzierung von Angeboten der Höheren Berufsbildung, der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung und für die Klärung des Verhältnisses des Kantons Zürich zu privaten Anbietern.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-1.0	-0.4	-0.3	-0.3			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-8.3		-1.0	-1.5	-1.8	-2.0	-2.0
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 152	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2007	- Kostenrechnung operativ
06.2008	- Projektstart
2009	- WB-Statistik aufgebaut, Service Public Angebote definiert
2009	- Weiterbildungskonzept erstellt
2010	- Weiterbildungsstrategie des Kantons Zürich festgelegt

Bemerkungen
Im Wechsel zum ordentlichen Vollzug entfällt das Projektblatt im KEF 2011-2014.



Projekt-Nr. 160	Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Kurzbeschreibung</p> <p>Die Bildungsdirektion und der Bildungsrat haben die aktuelle Situation der Zürcher Mittelschulen von verschiedenen Institutionen analysieren lassen. Verschiedene in den letzten Jahren entstandenen Berichte zeigen den breit abgestützten Handlungsbedarf auf. Unter anderem wurde festgestellt, dass die Schulführung und -organisation optimiert werden muss.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Wirkungsziel 1: Die Schulkommission ist gemäss § 5 des Mittelschulgesetzes vom 13. Juni 1999 oberstes Organ der Schule, jedoch ohne Bezug zur Bildungsdirektion. Der Bezug der Schulkommission zur Bildungsdirektion ist im Sinne einer strategischen und effizienten Führung der Mittelschulen zu verstärken.</p> <p>Wirkungsziel 2: Die Personalgewinnung und -entwicklung von Lehrpersonen ist eine der Schlüsselaufgaben der Schulführungsorgane im Hinblick auf die Schulqualität. Für die Mittelschullehrpersonen soll eine spezifische Personalmanagement-Strategie im Sinne der gesamtkantonalen Personalstrategie 2007 - 2011 entwickelt werden, welche die Besonderheit dieser Personalkategorie berücksichtigt.</p> <p>Wirkungsziel 3: Der Berufsauftrag von Mittelschullehrpersonen ist den aktuellen Herausforderungen der Mittelschule anzupassen.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Um die Überlastung der Schulleitungen zu reduzieren, ist die operative Führung der Mittelschulen den Erkenntnissen einer modernen Schulführung anzupassen, insbesondere Schulorganisationsmodelle, finanzielle Führung, Kaderselektion und -förderung.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-4.6	-0.1	-0.5	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-19.3		-1.6	-3.6	-4.7	-4.7	-4.7
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 160	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
01.2008	- Projektstart "Massnahme"
12.2008	- Projektbericht an Bildungsdirektion
01.2009	- Detailarbeiten, Umsetzung erster Massnahmen
2009 - 2012	- Stufenweise Umsetzung
ab 2013	- Evaluation der getroffenen Massnahmen

Bemerkungen
Nach einer Überarbeitung der Planung sind die Auswirkungen auf die laufende Rechnung ab 2011 voraussichtlich pro Jahr um 1.3 Mio. tiefer als im Vorjahres-KEF.



Projekt-Nr. 154	Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Während der vom Regierungsrat bewilligten Verlängerung des Pilotprojektes 'Einführung der zweisprachigen Maturität an Zürcher Mittelschulen (Deutsch/Englisch)' um weitere drei Jahre und einer Ausweitung auf drei weitere Pilotschulen soll das Projekt auf der Grundlage der externen Evaluationsergebnisse weiterentwickelt werden.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Die Weiterentwicklung des Projektes betrifft insbesondere die Zulassungsbedingungen zum zweisprachigen Ausbildungsgang sowie die kantonalen Rahmenbedingungen zur Einführung der zweisprachigen Maturität (Deutsch/Englisch). Diese sind anzupassen und zu optimieren.</p> <p>Die Anforderungen an die Qualifikation der Immersionslehrpersonen und die damit verbundenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind zu überprüfen. Bezüglich der Anforderungen an die Erteilung von Immersionsunterricht bzw. der Beurteilung der Sprachkompetenzen von Immersionslehrpersonen sind Standards und Assessment-Verfahren zu entwickeln.</p> <p>Das Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung im Sinne der Empfehlungen des Evaluationsberichtes. Auch für die Pilotverlängerung ist eine externe wissenschaftliche Evaluation vorzusehen. Die Ergebnisse sollen die Grundlage liefern für den Entscheid bezüglich einer allgemeinen Einführung.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Per Schuljahr 2007/08 starten drei neue Pilotschulen mit zweisprachigen Ausbildungsgängen.</p> <p>Es wird eine externe wissenschaftliche Evaluation durchgeführt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.30	-0.10				
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 154	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2006	- Die Pilotphase wird um 3 Jahre verlängert.
2006	- Der Bildungsrat teilt drei weiteren Mittelschulen zweisprachige Ausbildungsgänge Deutsch/Englisch zu.
2007	- Der Zwischenbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor, ebenso die Expertise 'Immersion und Assessment'.
2007	- Gestützt auf die Expertise wird ein Auftrag an das Institut für Gymnasial- und Berufsschulpädagogik vorbereitet.
2008	- Der Regierungsrat bewilligt das revidierte Aufnahmereglement.
2008	- Der Schlussbericht der externen wissenschaftlichen Evaluation liegt vor.
2009	- Die dreijährige Verlängerung Pilotphase endet mit dem Frühlingssemester 2009.

Bemerkungen
Der Bildungsrat hat 2007 vom Schlussbericht der Expertise 'Immersion und Assessment' zustimmend Kenntnis genommen.



Projekt-Nr. 153	Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (ZAP)
Bildungsdirektion / Mittelschulen	

Kurzumschreibung Projekt
Die bisher dezentral erarbeiteten und durchgeführten Aufnahmeprüfungen an die kantonalen Mittelschulen werden vereinheitlicht. Zuständigkeiten, Kompetenzen, Abläufe und Zeitpläne werden angepasst und gegebenenfalls neu entwickelt. Mit externer wissenschaftlicher Begleitung wird die Qualität der traditionellen, zu vereinheitlichenden Aufnahmeprüfung optimiert.
Wirkungsziel:
Das Ziel des Projekts ist die Erhöhung der Qualität der Aufnahmeprüfungen. Dabei soll die Begabung einen grösseren Einfluss haben als ein kurzfristiges Prüfungstraining.
Leistungsziel:
2007: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen an den Langgymnasien
2008: Vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei den Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen
In einer zweiten Phase, beginnend 2008 bei den Langgymnasien, sollen neue Prüfungselemente mit wissenschaftlicher Unterstützung erprobt werden. Angestrebt wird ein fachfreier Testteil, der das Potenzial für das Bestehen der Probezeit und der ersten Jahre der Mittelschule prüft (Test der allgemeinen kognitiven Fähigkeiten, abgekürzt AKF-Test).

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.44	-0.14	-0.09	-0.06			
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.6			-0.15	-0.15	-0.15	-0.15
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 153	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Start des Projektes
2006	- Zwischenbericht an die Direktion
2007	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Langgymnasien und Fachmittelschulen inkl. Auswertung
2008	- Erstmals vereinheitlichte Aufnahmeprüfungen bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen inkl. Auswertung
2008	- Erstmalige Erprobung neuer Prüfungselemente (AKF-Test) bei Langgymnasien inkl. Auswertung
2009	- Erstmalige Erprobung neuer Prüfungselemente (AKF-Test) bei Kurzgymnasien und den übrigen Mittelschulen inkl. Auswertung
2010	- Entscheid über den definitiven Einsatz neuer Prüfungselemente (AKF-Test)

Bemerkungen
Bezug zu weiteren Projekten:
HarmoS-Projekt; Evaluation der Maturitätsreform (EVAMAR); Bildungsrätlicher Bericht 'Stand und Entwicklung der Mittelschulen im Kanton Zürich'; MH06; Projekt 'Übertrittsverfahren Volksschule - Mittelschule'.



Projekt-Nr. 158	Selbst organisiertes Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen
------------------------	--

Bildungsdirektion / Mittelschulen**Kurzumschreibung Projekt**

Der Bericht 'Aktueller Stand und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der gymnasialen Mittelschulen des Kantons Zürich' hat nebst den Resultaten der Ehemaligenbefragungen der vergangenen Jahre Bedarf an zusätzlicher Vermittlung von überfachlichen Kompetenzen ergeben. Es sollen besondere Unterrichtsformen erhoben und ausgewertet werden, die zur Stärkung des selbständigen Lernens beitragen, die Mitverantwortung der Schüler/innen für den Lernprozess fördern und den Erwerb von Lernstrategien und -techniken ermöglichen. Einen zentralen Teil der Umsetzung werden Fortbildungsmassnahmen für Mittelschullehrpersonen darstellen.

Wirkungsziel:

Förderung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen im Kanton Zürich

Koordination der SOL-Projekte an Mittelschulen in Zusammenarbeit mit Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen

Leistungsziel:

Erhebung und Auswertung bereits bestehender SOL-Unterrichtsformen an Zürcher Mittelschulen

Dokumentation von Good Practice-Beispielen von SOL-Unterrichtsformen an Zürcher Mittelschulen

Aufbau von spezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten für Lehrpersonen an Mittelschulen

Planung, Durchführung und Auswertung von SOL-Projekten an allen Zürcher Mittelschulen

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-2.68	-0.20	-0.41	-0.80	-0.78	-0.23	-0.23
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 158

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Erhebung zu bereits bestehenden Formen von selbst organisiertem Lernen (SOL) an gymnasialen Mittelschulen
2008	- Entwicklung von Instrumenten für die Beurteilung und Entwicklung von SOL-Projekten (Kriterienkatalog und Kompetenzraster)
2009	- Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten; Dokumentation von Good Practice-Beispielen
2009	- Durchführung von Aus- und Weiterbildungen für die Lehrpersonen
2009	- Beginn der Entwicklung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen
2010	- Durchführung von Aus- und Weiterbildungsangeboten für die Lehrpersonen
2010	- Beginn Durchführung von SOL-Projekten an allen Mittelschulen inklusive Evaluation
2011	- Weiterführung der Projekte an den Schulen und Auswertung der Projektevaluation
2012	- Bildungsratsentscheid zur Weiterführung von SOL

Bemerkungen

Gegenüber dem KEF 2008-2012 ist es beabsichtigt, die Projektdauer zu verlängern.



Projekt-Nr. 140	Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung (BAVbG)
Bildungsdirektion / Nichtstaatliche / ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten / Kurse	

Kurzumschreibung Projekt
Der Kanton definiert ein konsistentes, flexibles System der berufsvorbereitenden Bildungsangebote nach Art.12 BBG und Art. 7 BBV (Brückenangebote) im Kanton Zürich sowie die Harmonisierung der finanziellen Belastung von Eltern, Kanton und Gemeinden. Die Trägerschaft, die Finanzierung und das Controlling dieser Angebote werden geregelt.
Wirkungsziel:
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenbelastung für die Eltern und Kantonsbeiträge sind einheitlich. • Rahmenlehrpläne für das Projekt BAVbG liegen vor und werden zielgerichtet umgesetzt. • Die Übergänge von den BAVbG in die Berufsbildung sind geregelt.
Leistungsziel:
Jugendliche mit Bildungsdefiziten am Ende der obligatorischen Schulzeit werden auf den Einstieg in die berufliche Grundbildung vorbereitet.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-0.47	-0.17	-0.3				
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-110.7	-10.0	-15.0	-19.0	-21.2	-23.2	22.3
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 140	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2004	- Start des Projektes
2005	- Konzept der BAVbG und Entwurf der Rechtsgrundlagen liegen vor
2008	- Fachstelle Brückenangebote im MBA operativ
2008	- Rahmenlehrplan erstellt, Beginn der Umsetzung des Konzeptes
2009	- Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) per 1.9.2009 mit entsprechenden Vollzugserlassen
2011	- Erlasse zur Finanzierung der Berufsbildung und Leistungsvereinbarungen mit Dritten

Bemerkungen
Im Wechsel vom Projekt zum ordentlichen Vollzug entfällt das Projektblatt im KEF 2011-2014.
Legende: BAVbG: Reform der Brückenangebote Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung.



Projekt-Nr. 149	Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung (Leistungsgruppen 7501 und 7502)
------------------------	---

Bildungsdirektion / Jugend- und Familienhilfe**Kurzumschreibung Projekt**

Revision des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (inkl. dazugehörige Verordnungen)

Es werden folgende Ziele angestrebt:

- Erweiterung des Geltungsbereiches; Schulsozialarbeit und familienergänzende Betreuung
- Überarbeitung der finanziellen Leistungen
- Bestimmungen zum Datenschutz
- regionale Organisation
- klare Umschreibung der Aufgaben und Kompetenzen
- Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren

Das Projekt enthält die folgenden Teilprojekte:

- Schulsozialarbeit
- Gegenvorschlag zur Volksinitiative Kinderbetreuung Ja
- Gesetzliche Bestimmungen zum Datenschutz
- Versuche mit regionalen Strukturen
- Verordnung Organisation und Finanzierung
- Verordnung Inkassohilfe und finanzielle Leistungen
- Verordnung Sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich

Auf der Basis der Erkenntnisse der Reformprojekte erteilte die Regierung den Auftrag zur Revision des Jugendhilfegesetzes (RRB 1763/2007) mit den obigen inhaltlichen und strukturellen Änderungsvorgaben. Das Gesetz soll auch einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Kinderbetreuung Ja" enthalten. Neben der Erarbeitung des Gesetzes und der Verordnungen laufen 2 Versuche mit regionalen Strukturen weiter (Region Ost und Süd); ab Sommer 2009 hat der RR den Versuch mit einer dritten Region (West) bewilligt. Das Gesetz zur ambulanten Kinder- und Jugendhilfe (bisher: Jugendhilfegesetz) wird die Berufsberatung nicht mehr regeln. Diese ist bereits im EG BBG neu verankert. Die Leistungen der Berufsberatung werden allerdings in denselben dezentralen Strukturen erbracht wie die Leistungen der Jugendhilfe, mit der die Berufsberatung auch ebenso eng zusammen arbeitet wie mit den Schulen.

Wirkungsziel:

- Sicherstellung eines bedarfsorientierten Leistungsangebots der Jugendhilfe und Berufsberatung zur Verwirklichung der politischen Zielvorgaben.
- Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen.

Leistungsziel:

Leitbild Jugend- und Familienhilfe / Interdisziplinäre und interinstitutionelle Zusammenarbeit erhalten und fördern / Umsetzung des Konzeptes für die "Zusammenarbeit von Berufsberatung und Schule".

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.6	-1.2	-1.5	-0.2	-0.2	0
Netto-Investitionen		-0.4	-0.4	-0.4	-0.2	-0.2	0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung					-9.7	-9.7	-9.7
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 149

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2009	- Vernehmlassung des teilrevidierten Jugendhilfegesetzes. - Umsetzung der Erkenntnisse aus den Reformprojekten bis voraussichtlich Ende 2012. - Erarbeitung von kantonalen Richtlinien zur Schulsozialarbeit. Betrieb der Fachstelle.
2011	- Einführung des revidierten Gesetzes.



Meilensteinplanung Projekt-Nr. 149	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
Bemerkungen	



Baudirektion

Entwicklungs- und Finanzplanung

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

- 1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele
- 1.2 Finanzielle Veränderungen

2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

- 2.1 Organigramm
- 2.2 Zuständigkeiten
 - 2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung
 - 2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur
 - 2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
 - 2.2.4 IMA Immobilienamt
 - 2.2.5 HBA Hochbauamt
 - 2.2.6 TBA Tiefbauamt
 - 2.2.7 GS Generalsekretariat
- 2.3 Umfeldanalyse

3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

4. Finanzielle Entwicklungen

- 4.1 Bedeutende Investitionen
- 4.2 Übrige Investitionen
- 4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung
- 4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion
 - 4.4.1 Übersicht
 - 4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

5. Leistungsgruppen

6. Fonds

7. Projekte



1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

1.1 Änderungen der Organisation, des Umfeldes und der Legislaturziele

Gegenüber der KEF Periode 2009-2012 ergeben sich folgende Veränderungen:

Die Organisationen der Leistungsgruppen Amt für Landschaft und Natur und Tiefbauamt ändern sich. Aus Synergiegründen wurden per 1.1.2009 die Bereiche Gestaltung und Bepflanzung des Tiefbauamtes und die Mitarbeiter (13.3 Stellen) ins Amt für Landschaft und Natur transferiert. Für die Leistungsgruppe Amt für Landschaft Natur ist dieser Transfer saldoneutral, da die Leistungsgruppe Tiefbaumt die bezogenen Leistungen rückvergütet.

Seit 1. Januar 2009 wird die Kreditorenbewirtschaftung aller Leistungsgruppen der Baudirektion im Buchungszentrum der Finanzdirektion erledigt. Zwei Mitarbeiter der Abteilung Finanzen und Controlling des Generalsekretariats wechselten ins Buchungszentrum der Finanzdirektion.

Mit dem Abschluss des Teilprojektes Systemintegration (SI) arbeiten die Leistungsgruppen der Baudirektion zusammen mit den meisten anderen Leistungsgruppen der kantonalen Verwaltung im Bereich Rechnungswesen und Controlling auf dem gemeinsamen SAP Mandanten 500. Die Baudirektion erwartet Vereinfachungen in den Buchungsabläufen.

Die Leistungsgruppe Hochbauamt organisierte sich neu. Aus dem Baubereich 1, zuständig für allgemeine Bauten, ist ein Baubereich 1, zuständig für allgemeine Bauten I, und ein Baubereich 3, zuständig für allgemeine Bauten II, geworden. Mit dieser Reorganisation wird eine bessere Betreuung angestrebt. In diesem Zusammenhang hat die Leistungsgruppe ihre Indikatoren überarbeitet und damit konnte die Aussagekraft erhöht werden.

Das Legislaturziel Nr.7 - Umsetzen der Strategie Nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich - wird im vorliegenden KEF 2010 - 2013 gestrichen, wegen des abschlägigen Entscheids des Regierungsrates (nicht Eintreten).

Das Projekt 87H-1159, Bezirksgebäude Meilen, Erweiterungsbau, Anbau an das bestehende Bezirksgebäude und Umbau des Altbaus wird im 2009 fertiggestellt. Das Projektblatt ist im KEF 2010 - 2013 nicht mehr enthalten.

1.2 Finanzielle Veränderungen

(in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013
Erfolgsrechnung:				
KEF 2009-2012	-236	-276	-277	-
KEF 2010-2013	-277	-279	-281	-283
Veränderung	-42	-2	-4	-
Investitionsrechnung:				
KEF 2009-2012	-330	-316	-303	-
KEF 2010-2013	-307	-316	-326	-287
Veränderung	+23	-	-22	-

(Durch die Rundungen können kleine Differenzen bei den Abweichungen entstehen)



Der Saldo der Erfolgsrechnung 2010 des KEF 2010-2013 ist gegenüber dem Vorjahr um 42 Mio. Franken höher ausgefallen. Für 2011 und 2012 des KEF 2010-2013 ist der Saldo um 2 bzw. um 4 Mio. Franken höher als im Vorjahr ausgefallen. Das Tiefbauamt beeinflusst den Aufwand und den Ertrag erheblich, hat aber insgesamt keinen Einfluss auf den Saldo der Erfolgsrechnung der Baudirektion, weil es vollständig durch den Strassenfonds finanziert wird. Die wichtigsten saldorelevanten Abweichungen sind:

Planjahr 2010:

- 32 Wegfall des Aktivierungserlöses für Planungs- und Projektierungskosten (davon 28 Mio. für Projekt PJZ). Die Planungs- und Projektierungskosten werden neu direkt als Investitionsausgaben verbucht und nicht mehr als Aufwand. Dadurch erübrigt sich eine Aktivierung zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme, welche in der Vergangenheit jeweils zu einem einmaligen Aktivierungserlös geführt hat.
- 5 Höherer Zinsaufwand auf den Liegenschaften des Finanzvermögens, da diese Liegenschaften im Zuge der Neubewertung nach IPSAS aufgewertet worden sind.

Planjahr 2011:

- 5 Höherer Zinsaufwand auf den Liegenschaften des Finanzvermögens, da diese Liegenschaften im Zuge der Neubewertung nach IPSAS aufgewertet worden sind.

Planjahr 2012:

- 4 Höherer Zinsaufwand auf den Liegenschaften des Finanzvermögens, da diese Liegenschaften im Zuge der Neubewertung nach IPSAS aufgewertet worden sind.

Der Saldo der Investitionsrechnung 2010 des KEF 2010-2013 ist gegenüber dem Vorjahr um 23 Mio. Franken tiefer ausgefallen. Der Saldo der Investitionsrechnung 2011 des KEF 2010-2013 ist gegenüber dem Vorjahr gleich hoch geblieben. Der Saldo der Investitionsrechnung 2012 des KEF 2010-2013 ist gegenüber dem Vorjahr um 22 Mio. Franken höher ausgefallen. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

Panjahr 2010:

- +27 Geringere Nettoinvestitionen im Strassenbau
- 11 Höhere Hochbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)
- +4 Geringere Wasserbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)

Planjahr 2011:

- +12 Geringere Nettoinvestitionen im Strassenbau
- 21 Höhere Hochbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)
- +5 Geringere Wasserbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)

Planjahr 2012:

- 28 Höhere Hochbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)
- +4 Geringere Wasserbauinvestitionen (inkl. Grundstücke)

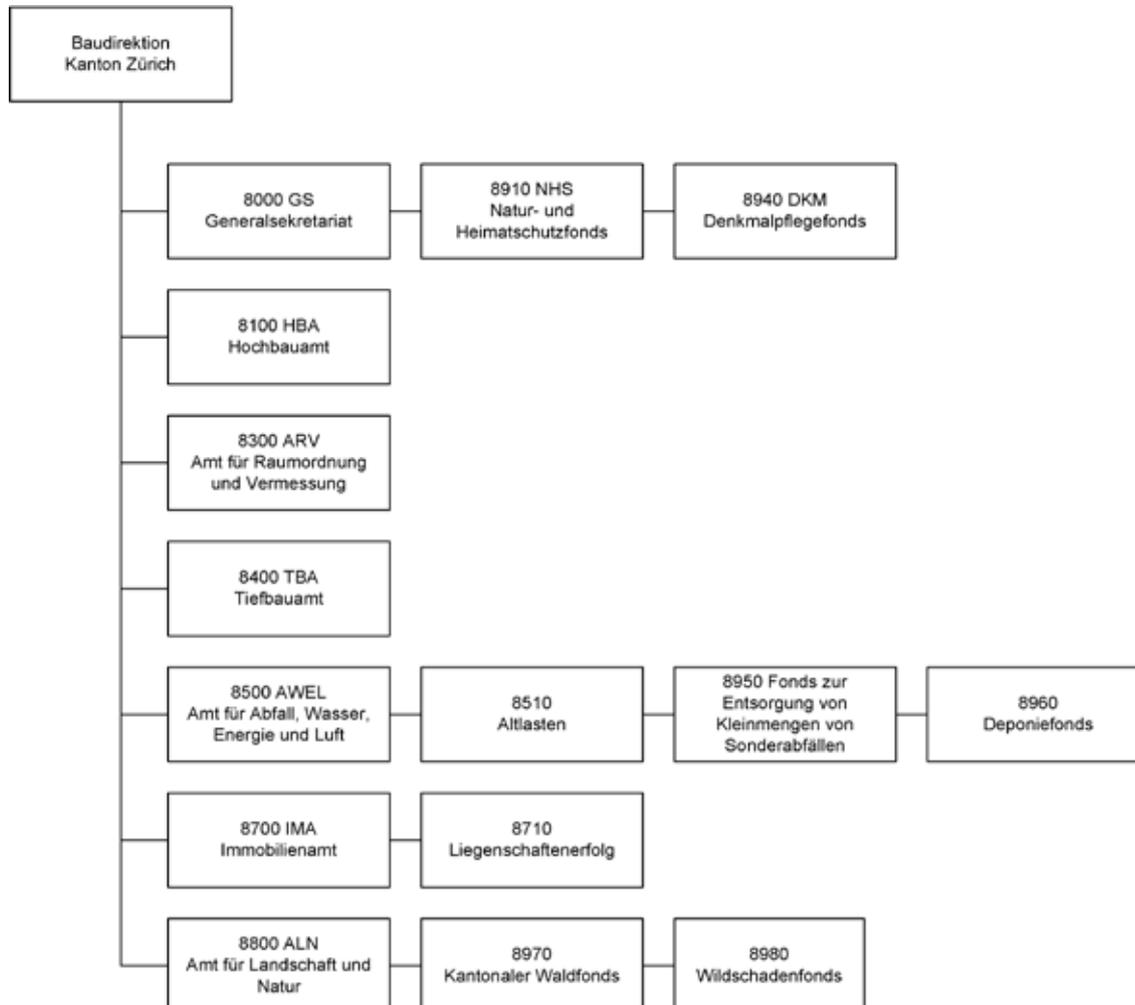
2. Organisation, Zuständigkeiten und Umfeldentwicklungen

Die Baudirektion gliedert sich in 15 Leistungsgruppen. Diese setzen sich zusammen aus sechs Amtsstellen und dem Generalsekretariat, den Altlasten und dem Liegenschaftenerfolg, sowie 6 Fonds. Die Leitung der Fonds mit den Leistungsgruppennummern 8950 und 8960, 8970 und 8980 obliegt den sachlich verantwortlichen Ämtern, jene der Fonds mit den Leistungsgruppennummern 8910 und 8940 dem Generalsekretariat.

Die Baudirektion ist in den Geschäftsfeldern Raumordnung, Infrastruktur (Hoch- und Tiefbau), Umwelt, Energie, Landschaft und Natur sowie Land- und Forstwirtschaft tätig.



2.1 Organigramm



2.2 Zuständigkeiten

Die Baudirektion Kanton Zürich engagiert sich für einen attraktiven und lebenswerten Kanton Zürich. Im Zentrum der Leistungen der Baudirektion steht der Nutzen für Wirtschaft und Bevölkerung. Um in effizienter Weise möglichst viel Wirkung zu erzielen, arbeiten die verschiedenen Fachbereiche interdisziplinär und partnerschaftlich.

Die Baudirektion nimmt in den Bereichen Raumordnung, Landschaft, Kulturgüter, Umwelt, Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Planung, Bau und Betrieb von Infrastruktur und Immobilien wichtige gesetzliche Aufgaben wahr und erbringt vielfältige Dienstleistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und andere Direktionen. Mit wirtschaftlich tragbaren, sozial gerechten und ökologisch verträglichen Konzeptionen fördert sie eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und reduziert die Umweltbelastungen.

2.2.1 ARV Amt für Raumordnung und Vermessung

- Raumplanung: Sicherstellung der zweckmässigen, haushälterischen, umweltgerechten und nachhaltigen Nutzung von Siedlung und Landschaft im Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich. Grundlagenerarbeitung, Koordination und Aufsicht über die raumwirksamen Tätigkeiten und die räumliche Entwicklung
- Vermessung und Geoinformation: Leitung, Überwachung und Verifikation der amtlichen Vermessung. Bereitstellung und Erneuerung des Lage- und Höhenfixpunktnetzes



- Aktualisierung und Vertrieb der Übersichts- und Spezialpläne. Betrieb Geografisches Informationssystem und Datentransportsystem. Bewirtschaftung und Koordination raumbezogener Daten
- Kulturelles Erbe: Schutz, Erhaltung, Pflege, nachhaltige Nutzung und wissenschaftliche Untersuchung / Dokumentation des architektonischen und archäologischen Erbes

2.2.2 ALN Amt für Landschaft und Natur

- Vollzug der land- und forstwirtschaftlichen Gesetzgebung
- Optimierung und Koordination bei der Umsetzung des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Erholungs- und Freizeitnutzungen im ländlichen Raum
- Förderung einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- Schutz und Pflege des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle, naturnahe Lebensgemeinschaft und Erholungsraum
- Schutz, Erhaltung und Förderung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume und angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- Schutz des Bodens: Überwachung, Gefährdung abschätzen und abwehren
- Waldfonds: Finanzierung von Walderhaltungsmassnahmen
- Wildschadenfonds: Vergütung und Verhütung von Wildschäden

2.2.3 AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

- Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung und zunehmend besserer Luft
- Sorge für den haushälterischen Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen
- Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle
- Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume
- Schutz vor Hochwasser, Schadenereignissen im Bereich Biologie, Chemie und Elektromog
- Sicherstellen einer kostengünstigen, sicheren, ausreichenden und benutzeroptimierten Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung
- Kompetente Beratung und rasche Bewilligungsverfahren mit angemessenen Entscheiden
- Gewährleistung von Rechtssicherheit
- Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen: Finanzierung der Kosten des Staates für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen
- Deponiefonds: Finanzierung der Kosten für die Nachsorge und die Sanierung von Deponien

2.2.4 IMA Immobilienamt

- Eigentümervertretung für Bauten des Finanz- und Verwaltungsvermögens
- Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Immobilienstrategie und Standards
- Gewährleistung des Immobilienbetriebs in der Zentralverwaltung, in den Bezirksverwaltungen sowie im Auftragsverhältnis in weiteren kantonalen Institutionen
- Prozessführung bei Immissions-Entschädigungsforderungen Privater aus Fluglärm
- Abwicklung der Liegenschaftengeschäfte

2.2.5 HBA Hochbauamt

- Als zentrales Baufachorgan: Wahrnehmung der Verantwortung für Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten sowie Instandhaltung der Bauten von kantonalen Institutionen in Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt und den Nutzern/ Bewirtschaftern
- Wahrnehmung baufachlicher Interessen bei subventionsberechtigten Bauten
- Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung



2.2.6 TBA Tiefbauamt

- Projektierung, Submission, Erstellung und Anpassung von Tiefbauten des Kantons und seiner Betriebe, insbesondere der Staatsstrassen im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption. Die genannten Aufgaben gelten für die Nationalstrassen für die Netzvollendung sowie die Fertigstellung der Westumfahrung Zürich.
- Bewirtschaftung des Staatsstrassennetzes zur Gewährleistung optimaler Verkehrsflüsse (Sicherung des Betriebes) und des baulichen Unterhalts (langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastrukturanlagen). Die Bewirtschaftung für die Nationalstrassen wird im Auftragsverhältnis für das Bundesamt für Strassen (ASTRA) wahrgenommen.

2.2.7 GS Generalsekretariat

- Managementsupport für die Unternehmensstufe und Unterstützungsleistungen für die Ämter der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik und Recht)
- Querschnittsdienstleistungen für die Baudirektion und andere Direktionen (insbesondere Leitung Baubewilligungs- und UVP-Verfahren, Koordination Umweltschutz, Submissionswesen)
- Gesetzgebung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau, Umwelt und Beschaffungswesen
- Leitung des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

2.3 Umfeldanalyse

Grundlagen

- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Raumplanung und Bau
- Enteignungsrecht und Beschaffungsrecht
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung sowie Europaratskonventionen im Bereich Natur- und Heimatschutz
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Vermessung und Geoinformation
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung im Bereich Strassen, Strassenverkehr und Strassenfinanzierung
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie
- Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Fischerei und Jagd

Trends

Bevölkerung und Siedlung

- Bevölkerung wächst, wird urbaner, multikultureller, mobiler und älter
- Ansprüche an Verkehrsinfrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, Ver- und Entsorgung sowie Erholungsmöglichkeiten steigen
- Ansprüche an Bildungsinfrastruktur steigen (mehr Hoch- und Mittelschulen, neue Bildungsangebote, Diversifikation)
- Anspruchshaltung und Beanspruchung von Ressourcen nehmen zu (Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Erholung)
- Zunahme der Sicherheits- und Gesundheitsbedürfnisse (Klima, Lärm, Elektrosmog, Biosicherheit, Hochwasserschutz)
- Bauliche Entwicklung erfolgt zunehmend in bereits überbauten Bauzonen
- Zunahme Schadenpotential aus Ereignissen wegen Konzentration von Sachwerten



- Zunahme Sanierungsbedarf von Infrastruktur (Hochbauten aus den 70er Jahren, Verkehrsinfrastruktur hinsichtlich Lärm in städtischen Gebieten, öffentliche Infrastruktur Wasserver- und Abwasserentsorgung)
- Bewusstsein der Bevölkerung für die Fragen der Energieeffizienz und für erneuerbare Energien steigt
- Siedlungserneuerung erfordert Entwicklungskonzepte nicht nur im Nahbereich von Verkehrsknotenpunkten, sondern je nach Raumtyp auch für ganze Dörfer bzw. Siedlungsteile, Quartiere oder Strassenzüge

Umwelt und Landschaft

- Niederschlagsentwicklung mit Zunahme im Winter und Abnahme im Sommer mit vermehrten Naturereignissen wie Hochwasser und Trockenperioden
- Nutzungsdruck durch Siedlung, Verkehr und Freizeitansprüche; Druck auf freie Landschaft, Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen (Boden, Grundwasser)
- Abnahme Lebensräume und Artenvielfalt; Fragmentierung von Lebensräumen
- Zunehmende Bodenversauerung im Wald
- Zunehmende Zahl von Stoffen und Organismen mit unklaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt
- Die Luftbelastung (Feinstaub, Ozon, Stickoxyde) stagniert auf zu hohem Niveau
- Steigender Energieverbrauch bei knapper werdenden Ressourcen
- Bedeutungszunahme von erneuerbaren Energien führt zu Nutzungskonflikten (Lärm, Ortsbild, Landschaft, Gewässer)
- Zunehmender Nutzungsdruck um die Ressource Wasser (Bsp. Bewässerung, Kälte-Wärme-Nutzung).

Verkehr

- Steigende Mobilitätsansprüche insb. aufgrund Freizeitverhalten
- Sanierungsbedarf an Verkehrsinfrastruktur nimmt zu
- Zunahme Umweltbelastung und Energieverbrauch durch Verkehrswachstum und stärkere Motoren
- Wenig Fortschritte bei Umlagerung von Güterverkehr auf Schiene

Politik und Verwaltung

- Grossräumige Aufgabenstellung führt zu Bedeutungsverlust bisheriger politischer Grenzen
- Öffentliche Aufgaben werden komplexer, stellen heutige Strukturen in Frage und sind zunehmend nur noch durch flexible Zusammenarbeitsformen lösbar
- Bedürfnis der Öffentlichkeit nach aktuellen Daten und permanenter Information nimmt zu
- Der Konjunkturabschwung führt zu einem Rückgang der Staatseinnahmen und damit zu einem stärkeren Verteilungskampf um finanzielle Mittel für die verschiedenen Staatsaufgaben
- Zunehmende Angleichung von öffentlichem und privatem Handeln führt zu Neupositionierung von Aufgaben
- Vorreiterrolle des Kantons Zürich wird von anderen Kantonen zunehmend akzeptiert und erwartet
- Abnehmende Einflussmöglichkeiten auf Gemeinden durch Aufgabendelegation und Reduktion von Staatsbeiträgen

Wirtschaft

- Produzierende Betriebe wenden zunehmend komplexe Technologien an
- Verschärfter Strukturwandel in der Landwirtschaft mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen (je nach Ergebnis WTO, Freihandelsabkommen mit EU)
- Wachsende Nachfrage nach Rohstoff Holz, instabile Märkte und Naturgefahren (Trockenheit, Borkenkäfer, Starkniederschläge) beeinflussen die Wirtschaftlichkeit und fordern die Forstwirtschaft stark
- Bereitschaft zu unbezahlten Ökoleistungen der Land- und Forstwirtschaft nimmt ab
- Weiterer Handlungsbedarf bei Energieversorgung und Energieeffizienz wird erkannt
- Ruhige, mit Verkehrsmitteln gut erreichbare Lagen werden zu wichtigem Standortfaktor für die Ansiedlung von Firmen mit hochqualifizierten Arbeitskräften



- Zunehmende Wirtschaftsdynamik und Standortwettbewerb verlangen nach schnelleren und flexibleren Bewilligungs- und Entscheidungsverfahren der öffentlichen Hand



3. Langfristige Ziele und Legislaturziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Baudirektion tragen mit ihrer Arbeit in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich für Bevölkerung und Wirtschaft ein nachhaltig attraktiver Standort ist.

Ziel 1: Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern (LZ RR 8)

Leistungsgruppe 8300, E1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festlegung überweisen (LZ RR 8.1)

Leistungsgruppe 8300, E2 Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen (LZ RR 8.2.)

Leistungsgruppe 8500, E8 Revision Wasserwirtschaftsgesetz (Gewässersicherung u. Renaturierung): Antrag an den Kantonsrat (LZ RR 8.3)

Leistungsgruppe 8510, E1 Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung (LZ RR 8.4)

Leistungsgruppe 8510, E5 Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011 (LZ RR 8.4)

Leistungsgruppe 8800, E4 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung (LZ RR 8.5)

Leistungsgruppe 8400, E3 Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften (LZ RR 8.6)

Leistungsgruppe 8100, E6 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (LZ RR 8.7)

Leistungsgruppe 8300, E3 Langfristige Erhaltung der Fruchfolgefäche von 44'000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft (KEF-Erklärung)

Leistungsgruppe 8800, E3 Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchfolgefächen von 44'000 ha (KEF-Erklärung)

Leistungsgruppe 8500, E7 Hochwassermanagement Zürichsee - Sihl - Limmat: Planungen

Erarbeitung von Strategien für die Bewilligung von Golfanlagen und ggf. anderer Freizeitanlagen im Grünraum

Ziel 2: Die CO2 Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken (LZ RR 9)

Leistungsgruppe 8500, E3 Energet. Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (LZ RR 9.2)

Leistungsgruppe 8700, E1 Minergiestandards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3)

Leistungsgruppe 8100, E2 Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3)

Leistungsgruppe 8100, E5 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie (KEF Erklärung)

Ziel 3: Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen (LZ RR 10)

Leistungsgruppe 8500, E1 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2)

Leistungsgruppe 8500, E2 Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3)



Ziel 4: Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen

Leistungsgruppe 8300, E1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen

In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen

Kantonalen Richtplan Verkehr zielgerichtet umsetzen

Ziel 5: Das strukturelle Defizit im Finanzhaushalt beseitigen

Leistungsgruppe 8700, E2 Immobilienstrategie, Umsetzung von Teilprojekten (Handlungsfelder)

Erstellung einer Gesamtsicht der Hochbauinvestitionen für die Steuerung durch den Regierungsrat

Ziel 6: Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (LZ RR 6)

Leistungsgruppe 8700, E3 Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)

Leistungsgruppe 8700, E4 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5)

Leistungsgruppe 8000, E3 Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie: Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung als Arbeitgeber sowie systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe und aktueller demographischer Aspekte

Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch interne Prozessoptimierungen, verstärkter Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln und besserer Information der Gesuchsteller



4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Bedeutende Investitionen

Bezeichnung Investition (Projekt / Massnahme)	Gesamtvolumen in Mio. Fr.	Vorentscheid (Jahr)	Entscheid (Jahr)	Realisierungs- zeitraum (Jahre)
8700 IMA Projekt 10630 Bezirksgebäude Dietikon; Neubau	-53.6	2002	2004	2010
8700 IMA Projekt 20184 Rechberg Hauptgebäude, Umsetzung Sanierung	-23.6	2003	2003	2011
8700 IMA Projekt 11900 PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich	-521	2004	2007	2010-2024
8700 IMA Projekt 12404 Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich	-9.1		2008	2010-2011
8500 AWEL Projekt 85 W-700 Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft	-53.6 (Brutto)	1998	2005/2006**	2008-2019
8500 AWEL Projekt 85W-372 Eulach, W'thur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhaltebecken Hegmaten)	-32.4		2006	2009-2013
8500 AWEL Projekt 85W-525 Linthkanal, Lintebene (Beitrag Kanton Zürich)	-9.7	2002	2002	2008-2018
8400 TBA Projekt 415 Westumfahrung Zürich	-595.0		1996	1996-2013
8400 TBA Projekt 416 N4 Knonauer Amt	-215.0		1970	2001-2013
8400 TBA Projekt 144 Einhausung Schwamendingen	-51.4	2001	2005	2010-2013

* Kreditentscheid

** Kreditbeschluss



4.2 Übrige Investitionen

Übersicht Investition in Mio. Fr.	R 2008	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P2013
Total Nettoinvestitionen	-33.6	-181.4	-154.7	-170.1	-180.7	-161.4

4.3 Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung

Projekt / Massnahme	Entscheid (Jahr)	Realisierungszeitraum (Jahre)	Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung (Mio. Fr.)
8500 AWEL Projekt Kataster der belasteten Standorte (85P-0500)	2000	2001-2011	-21.9
8500 AWEL Projekt Gefahrenkartierung (85P-0507 und 85P-1042)	2006	2006-2014	-10.5

4.4 Finanzielle Entwicklung Direktion

4.4.1 Übersicht

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	633.1	662.2	624.2	623.3	625.1	620.0
Aufwand	-987.1	-934.6	-901.6	-902.0	-905.9	-902.8
Saldo	354.0	-272.4	-277.4	-278.8	-280.8	-282.7
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	9.0	163.6	140.7	79.6	39.3	21.4
Ausgaben	-149.6	-401.1	-447.4	-395.6	-365.1	-308.7
Nettoinvestitionen	-140.6	-237.5	-306.7	-316.0	-325.9	-287.3

4.4.2 Veränderungen mit Begründungen

Die folgende Tabelle vergleicht den Budgetentwurf 2010 der Baudirektion mit dem beschlossenen Budget 2009 einerseits sowie den Durchschnitt der Planjahre 2010-2013 mit dem Niveau des Budgets 2009 andererseits, sowohl in Mio. Franken als auch in Prozent (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen).



(+ besser, - schlechter)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (Mio.)	Veränderungen zu B 2009 (%)	Veränderungen zu B 2009 (%)
	B 2010	Schnitt 2010-2013	B 2010	Schnitt 2010-2013
Erfolgsrechnung:				
Ertrag	-38.0	-39.0	-5.7 %	-5.9 %
Aufwand	+33.0	+31.5	+3.5%	+3.4 %
Saldo	-5.0	-7.5	-1.8 %	-2.7 %
Investitionsrechnung:				
Einnahmen	-22.9	-93.3	-14.0 %	-57.1 %
Ausgaben	-46.3	+21.9	-11.5 %	+5.5 %
Nettoinvestitionen	-69.2	-71.5	-29.1 %	-30.1 %

Wichtigste Veränderungen Erfolgsrechnung B 2010 / Schnitt 2010 - 2013 (Mio. Franken)

Die Leistungsgruppe Tiefbauamt beeinflusst den Aufwand und Ertrag der Baudirektion erheblich, bleibt aber in Bezug auf den Saldo der Erfolgsrechnung neutral, weil sie vollständig durch den Strassenfonds finanziert wird.

Die wichtigsten für die Baudirektion saldorelevanten Abweichungen sind (ohne Tiefbauamt und Fonds im Fremdkapital):

- Geringerer Aufwand für Planungen Dritter infolge von direkter Aktivierung ab dem Zeitpunkt eines bewilligten Projektierungskredites: +12.0 / +12.2
- Höherer Personalaufwand infolge Zunahme des Beschäftigungsumfangs sowie Teuerung, individuelle Lohnsteigerungen und Einmalzulagen: -5.9 / -6.8
- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand für Finanzvermögen durch Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen: -4.3 / -4.4
- Geringere Verrechnungserträge für Mieten und Mietnebenkosten durch tiefere Verrechnungspreise: -3.0 / -3.0

Wichtigste Veränderungen Investitionsrechnung B 2010 / Schnitt 2010 - 2013 (Mio. Franken)

- Geringere Nettoinvestitionen in der Leistungsgruppe Tiefbauamt insbesondere durch auslaufenden Nationalstrassenbau (NFA): +42.7 / +42.7
- Höhere Nettoinvestitionen in der Leistungsgruppe Immobilienamt durch Landerwerb und Bau des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) ab 2010: -118.6 / -125.4



5. Leistungsgruppen

- 8000 Generalsekretariat (GS)**
- 8100 Hochbauamt (HBA)**
- 8300 Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV)**
- 8400 Tiefbauamt (TBA)**
- 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)**
- 8510 Altlasten**
- 8700 Immobilienamt**
- 8710 Liegenschaftenerfolg**
- 8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	14.9	15.2	2.2	17.1	0.0	15.5	-0.1	15.5	15.6	4.7
Aufwand	-46.7	-46.9	-0.4	-48.6	2.1	-47.0	2.3	-47.2	-47.4	1.6
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-18.0	-18.0		-18.0		-18.0		-18.0	-18.0	
Saldo	-31.8	-31.7	1.8	-31.5	2.1	-31.4	2.1	-31.7	-31.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.5	-2.6	1.2	-3.8	0.5	-0.5	0.5	-0.5	-0.5	-1.4
Nettoinvestitionen	-0.5	-2.6	1.2	-3.8	0.5	-0.5	0.5	-0.5	-0.5	-1.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	87.4	91.2	-0.5	90.7	-1.9	89.3	-2.0	89.3	89.3	

Aufgaben

- A1 Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
- A2 Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
- A3 Rechtssetzung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
- A4 Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren
- A5 Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung und Dokumentation

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement	2012	5
E2 Teilrevisionen Planungs- und Baurechte	2010	1
E3 Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie	2011	6
E4 Umsetzung Controllingkonzept / Indikatorenbewirtschaftungssystem	2010	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 3 Jahre) (A1)	min.	77%	-	75%	75%	75%	75%
W2 Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre) (A1)	min.	-	70%	-	-	70%	-
W3 Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern) (A1)	min.	85%	80%	80%	80%	80%	80%
Leistungen							
L1 Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration) (A1)	min.	129	115-120	125	125	125	125
L2 Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150) (A1)	min.	192	180	190	190	190	190
L3 Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche (A4)	min.	82%	80%	80%	80%	80%	80%
L4 Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen (A5)	min.	95%	90%	90%	90%	90%	90%
L5 Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1-3%) (A1)	min.	1.1%	1.3%	1.3%	1.3%	1.3%	1.3%

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 8000	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-31.535
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.800
Leistungsindikatoren L1, L2, L3, L4 und L5	

Budget	Leistungsgruppe 8000
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Der Indikator betreffend des Anteils der Controllingstunden aller Mitarbeiter der Abteilung Finanzen und Controlling im Generalsekretariat, welche direkt zugunsten der Unterstützung der Ämter und des Generalsekretariates der Baudirektion aufgewendet werden, wird nicht mehr weitergeführt. Dieser Indikator wurde von verschiedener Seite kritisiert, da er nur bedingt aussagefähig ist.
- Der Indikator betreffend die Einhaltung der gesetzlichen Behandlungsfrist von 60 Tagen für Rekurse und Aufsichtsbeschwerden wird nicht mehr weitergeführt. Rekurse werden kaum mehr durch das Generalsekretariat der Baudirektion sondern überwiegend durch die kantonalen Baurekurskommissionen behandelt.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.7 Höherer Informatikaufwand vor allem aufgrund der Client Migration (Gesamterneuerung der Hardware und Software der Baudirektion)
- +1.7 Höherer Informatikertrag aufgrund der Verrechnung des Informatikaufwandes an die Informatiknutzer der Baudirektion

Investitionsrechnung

- 2.5 Investitionsausgaben für Client Migration (Gesamterneuerung der Hardware und Software)
- +1.3 Geringere übrige Investitionsausgaben vor allem weil im Budget 09 die Anschaffung von Multifunktionsdruckern enthalten war.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 2.0 Verschiebung der Kreditorenbuchhaltung in das Buchungszentrum der Finanzdirektion
- +1.5 Höherer Beschäftigungsumfang innerhalb des Stellenplanes

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Der budgetierte Saldo der Erfolgsrechnung für die Jahre 2011-2013 bleibt auf dem Niveau der Vorjahre.

Investitionsrechnung

- Die Informatikinvestitionen steigen in P10 auf 3.8 Mio. wegen der geplanten Client-Migration (Gesamterneuerung Hardware und Software), die ca. alle 5 Jahre notwendig wird. Ab P11 sinken die Informatikinvestitionen wieder auf Normalniveau.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der geplante Beschäftigungsumfang für die Jahre 2011-2013 bleibt leicht unter dem Niveau der Vorjahre.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Ausgaben für die Client Migration (Gesamterneuerung der Hard- und Software der Baudirektion) im Jahr 2010 fallen teilweise in der Erfolgsrechnung und teilweise in der Investitionsrechnung an. Die Aufteilung zu Planungszwecken ist mit Unsicherheiten behaftet. Nach neuestem Informationsstand werden die Ausgaben in der Erfolgsrechnung im Jahr 2010 um 1.5 Mio. Franken höher ausfallen. Da der Aufwand an die Informatikbenutzer der Baudirektion weiterverrechnet wird, wird dadurch der Saldo der Erfolgsrechnung nicht beeinflusst.
- Im KEF des Vorjahres wurde für die Jahre 2010-2012 mit einer jährlichen Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds von 19.5 Mio. Franken gerechnet. Aufgrund der aktuellen Situation des Natur- und Heimatschutzfonds wird im aktuellen KEF wieder mit einer Einlage von 18.0 Mio. Franken geplant, was der gesetzlichen Mindesteinlage entspricht.

Investitionsrechnung

- Die Ausgaben für die Client Migration (Gesamterneuerung der Hard- und Software der Baudirektion) im Jahr 2010 fallen teilweise in der Erfolgsrechnung und teilweise in der Investitionsrechnung an. Die Aufteilung zu Planungszwecken ist mit Unsicherheiten behaftet. Nach neuestem Informationsstand werden die Investitionsausgaben im Jahr 2010 um 1.2 Mio. Franken geringer ausfallen, als im KEF vom Vorjahr geplant.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab dem Jahr 2009 führt die Baudirektion keine eigene Kreditorenbuchhaltung mehr sondern lässt diese durch das Buchungszentrum der Finanzdirektion führen. In diesem Zusammenhang ist ein Beschäftigungsumfang von 2.0 Stellen von der Baudirektion in die Finanzdirektion verschoben worden. Der KEF des Vorjahres hat diese Reorganisation für die Jahre 2010 bis 2012 noch nicht abgebildet.
- Der Beschäftigungsumfang im Jahr 2010 wurde um 1.5 Stellen erhöht, so dass für das Jahr 2010 in Summe nur eine Reduktion um 0.5 Stellen resultiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	4.9	4.8	0.0	4.8	0.0	4.8	0.0	4.8	4.8	-2.0
Aufwand	-18.7	-20.8	-2.0	-23.0	-1.2	-22.7	-0.2	-22.0	-22.2	18.8
Saldo	-13.7	-16.0	-2.0	-18.2	-1.2	-17.9	-0.2	-17.2	-17.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	100.0	108.8	7.6	117.1	6.6	116.1	-0.4	109.1	109.1
---------------------------------	-------	-------	-----	-------	-----	-------	------	-------	-------

Aufgaben

- A1 Auftrag: Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe. Leistungen: Projektmanagement Bauherrschaft, Planerleistungen Bau, Instandhaltung, Unterhaltsplanung Liegenschaften Verwaltungsvermögen
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen	2012	1
E2 Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3)	2011	2
E3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz	2012	3
E4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen	2012	7
E5 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie	2012	2
E6 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (LZ RR 8.7)	2011	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Gesamtausgaben p. a. z. L. Baukredite (BKP 1 - 9) in Mio. Fr. (A1)	P	202	350	500	650	700	700
W2 Anteile Gesamtausgaben für Projektmanagement/Planerleistungen/Instandhaltung in % (A1)	P	81/6/11	*)	90/4/6	90/4/6	90/4/6	90/4/6
W3 Anzahl neu abgeschlossene Verträge Stk. (A1)	P	2'758	3'000	2'800	2'900	2'900	2'900
W4 Gesamtumfang neu abgeschlossener Verträge in Mio. Fr. (A1)	P	176	*)	350	400	400	350
W5 Anzahl bearbeiteter Rechnungen Stk. (A1)	P	18'160	20'000	18'000	17'000	17'000	16'000
W6 Anzahl Wettbewerbe Planer Stk. (A1)	P	7	6	6	6	6	6
W7 Umweltmanagement: Zielwerte Energie bzw. Minergie erreicht in % (A1)	min.	85	90	95	100	100	100
W8 Beiträge und Beratung: Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche (inkl. Fonds) Stk. (A2)	P	356	450	400	400	400	400

Leistungen

L1 Anzahl Projekte in Bearbeitung: Projektmanagement/Planerleistungen Stk. (A1)	P	415/92	650	400/100	400/100	400/100	420/100
L2 Anteil mit Anlagekosten 0,1 - 1,0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	235/77	*)	220/90	220/80	220/80	220/80
L3 Anteil mit Anlagekosten 1,0 - 3,0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	61/15	580*)	60/15	70/20	70/20	85/20
L4 Anteil mit Anlagekosten 3,0 - 20 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	81/-	45*)	80/-	75/-	75/-	85/-
L5 Anteil mit Anlagekosten 20 - 100 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	30/-	25*)	30/-	25/-	25/-	25/-
L6 Anteil mit Anlagekosten > 100 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	8/-	*)	10/-	12/-	12/-	13/-
L7 Anzahl Instandhaltungsaufträge (durchlaufend) Stk.(A1)	P	71	*)	70	70	70	70
L8 Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche in Stufe Projekt/Abrechnung/andere Stk. (A2)	P	237/98/21	*)	250/150	250/150	250/150	250/150

Wirtschaftlichkeit

B1 Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Projektmanagement in % (A1)	P	4.3	*)	5.0	5.0	5.0	5.0
B2 Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Planerleistungen in % (A1)	P	5.1	*)	6.0	6.0	6.0	6.0
B3 Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Instandhaltung in % (A1)	P	14.4	*)	15.0	15.0	15.0	15.0

Leistungsgruppe 8100 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.) -18.222

Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)

Budget Leistungsgruppe 8100Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Aufgrund der Neustrukturierung der Daten und Leistungserfassung sind die Indikatoren neu festgelegt und verfeinert worden. Diese wurden rückwirkend entwickelt, basieren auf Ist-Werten 2008 und waren im KEF Vorjahr nur teilweise ersichtlich. Dies hat zur Folge, dass die Werte B 09 gar nicht oder nur teilweise mit den verfeinerten Planindikatoren verglichen werden können *).

Sonstige Bemerkungen

- Gemäss interner Leistungserfassung teilen sich die produktiven Aufwendungen folgendermassen auf die Kernleistungen auf:
Planung und Bau 82 %
Begutachtungen und Beratung 5 %
Kunstsammlung 1 %

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.4 Mehraufwände an Personalaufwänden infolge Anstieg des Beschäftigungsumfangs
- 0.8 Anstieg Informatikaufwand, u.a. infolge Einführung Client-Migration der BD sowie eigene Projekte (Neues Baukosten- und Dokumentenmanagementsystem)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 8.3 Erhöhung Beschäftigungsumfang zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen bei der Realisierung zukünftiger Grossprojekte

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Reduktion der Aufwandüberschüsse, hauptsächlich in Abhängigkeit des Personalaufwands (Beschäftigungsumfang) und des Informatikaufwands.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- +1.0 Reduktion Beschäftigungsumfang in 2011 infolge Pensionierungen sowie Reduktion befristeter Stellen.
- +7.0 Reduktion Beschäftigungsumfang in 2012 und 2013 infolge Pensionierungen sowie Reduktion befristeter Stellen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Steigerung der Aufwandüberschüsse, hauptsächlich in Abhängigkeit des Personalaufwands (Beschäftigungsumfang) und des Informatikaufwands.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 7.6 Erhöhung Beschäftigungsumfang in 2010 zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen bei Grossprojekten.
- 6.6 Erhöhung Beschäftigungsumfang in 2011 zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen bei Grossprojekten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	5.5	4.4	-0.1	4.3	-0.1	4.3	0.1	4.5	4.6	-16.6
Aufwand	-23.9	-24.1	-1.5	-25.3	-1.1	-25.3	0.1	-24.5	-25.0	4.5
- Abschreibungen und Zinsen	-1.7	-1.6		-1.6		-1.7		-1.6	-1.7	
- Staatsbeiträge	-0.2	-0.3		-0.2		-0.2		-0.2	-0.2	
Saldo	-18.4	-19.7	-1.6	-21.0	-1.2	-21.0	0.2	-20.0	-20.4	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.6	0.6	0.0	0.6	0.0	0.6	0.0	0.5	0.5	0.6
Ausgaben	-1.8	-2.3	0.1	-2.1	0.1	-1.9	0.1	-2.0	-2.1	-2.0
Nettoinvestitionen	-1.2	-1.7	0.1	-1.5	0.1	-1.3	0.1	-1.5	-1.6	-1.5

Personal (Beschäftigungsumfang)	101.6	102.3	9.0	111.3	8.9	111.2	1.0	103.3	103.3
---------------------------------	-------	-------	-----	-------	-----	-------	-----	-------	-------

Aufgaben

- A1 Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raumbewachung und -controlling
- A2 Vermessung / Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
- A3 Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung / Bauteilelager

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1)	2011	1
E2 Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen (LZ RR 8.2)	2011	1
E3 Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44'000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft	2011	1
E4 Revision Bauordnungsrecht, Gesetzesvorlage an Kantonsrat	2010	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Bauzonenbeanspruchung in m2 (A1)	max.	121.2	117	117	117	117	117
W2 Bauzonenmanagement in ha (A1)	max.	10	10	10	10	10	10
W3 Bauzonenverbrauch in ha (A1)	max.	153.1	135	130	130	130	130
W4 Kundenbeziehungen Datenmanagement (A2)	min.	61	55	60	65	70	70
W5 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse (A2)	min.	154	85	95	100	105	110
W6 Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers (A2)	min.	460'000	370'000	420'000	440'000	500'000	500'000
W7 Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes (A2)	min.	900	300	370	450	500	750
W8 Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten (A2)	min.	1'545'571	1'300'000	1'400'000	1'500'000	1'600'000	1'700'000
W9 Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit ohne KMAF § 5 KVAV (A2)	min.	140 / 30	148 / 23	155 / 16	161 / 10	166 / 5	169 / 2
W10 Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten / ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten in % (A3)	min.	63 / 20	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15	65 / 15
W11 Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in % (A2)	min.	85.9	-	80	-	80	-
W12 Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in % (A3)	min.	87	70	75	80	80	80
W13 Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung "gut oder sehr gut" in % (A3)	min.	100	70	75	80	80	80
W14 Fruchtfolgefläche gemäss Sachplan des Bundes in ha (A1)	min.	1)	1)	1)	1)	1)	1)
Leistungen							
L1 Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten (A1)	min.	8	8	8	8	8	8
L2 Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen / gesamthaft in % (A2)	min.	97 / 82	96 / 85	99 / 88	100 / 91	100 / 94	100 / 97
L3 Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz / Höhenfixpunktnetz) (A2)	min.	100 / 60	100 / 80	100 / 80	100 / 90	100 / 100	100 / 100
L4 Anzahl laufende Archäologie-Projekte: nach Aufwandgruppen (A3)	min.	52 / 67 / 75	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50	55 / 70 / 50
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in % (A2)	min.	94.6	100	100	100	100	100
B2 Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in % (A2)	min.	104.1	100	100	100	100	100

Leistungsgruppe 8300	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-21.021
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.140
Kredit mit Sperrvermerk Erfolgsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) in Mio. Fr. für zusätzliche Stellen Kantonale Denkmalpflege	-1.131
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 8300
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1/W2/W3: Diese Indikatorenwerte sind gemeinsam zu berücksichtigen, um die Entwicklung beurteilen zu können. Die gesamte Bauzone im Kanton Zürich beträgt rund 29'000 ha. Ziel: Die Ausweitung der Bauzonen zu Lasten der Landschaft ist einzuschränken und durch die Förderung der inneren Verdichtung zu kompensieren. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um den Wert per Ende des Vorjahres. Ein positiver Saldo der Ein- und Auszonungen bedeutet, dass Flächen zur Überbauung freigegeben werden und somit die Gesamtbauzonenfläche im Kanton Zürich erweitert wird (Bauzonenmanagement). Neue Überbauungen innerhalb der nicht überbauten Bauzonen reduzieren die Bauzonenreserven und weisen den Bauzonenverbrauch aus. Die Bauzonenbeanspruchung beschreibt die Nutzungsdichte der überbauten Bauzone pro Person. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um eine annäherungsweise Ermittlung. Die Bauzonenbeanspruchung im Kanton Zug betrug 88 m² im Jahr 2006 (Benchmark).
- W4: Summe der individuellen Datenabgaben, Datenabonnemente, Internetdienstleistungen, Beratung, Projektmitarbeit
- W9: In §5 der kant. Vermessungsverordnung (KVAV) sind die kantonalen Mehranforderungen beschrieben, wie Nutzungszonen, Grundwasserschutzzonen, Baulinien usw. Der Indikator weist die Anzahl der Gemeinden aus, welche "vermessen" wurden, wobei der Grad der Vermessung sich nach Bundesrecht richtet. Das einheitliche Vermessungswerk wird im Jahr 2014 flächendeckend im Kanton Zürich abgeschlossen sein.
- W11: Diese Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.
- W12: Die Kunden sind neben den bei Renovationen und Umbauten betreuten Bauherren (Beitragsempfänger) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Erhebung erfolgt mit normiertem Fragebogen.
- W13: Die Kunden sind neben den Bauherren (Erbewegungen in archäologischen Zonen) auch die Nutzer (Einzelpersonen und Institutionen) unserer Dokumentationsstelle und die Besucher unserer Veranstaltungen. Erhebung erfolgt mit normierten Fragebogen.
- W14: 1) Aktualisierung des Umfangs der Fruchtfolgefleichen im Kanton Zürich ist in Arbeit. Der Abschluss dieser Aktualisierung ist bis Ende 2009 vorgesehen.
- L1: Beispiele für Kooperationsprojekte = Metropolitankonferenz, Plattform Aargau/Zürich PAZ, Geoportal, Spatz, Agglo-Obersee, Agglopark Limmattal
- L2: Die Kantonsfläche beträgt 165'644 ha (100%). Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits vollnumerisch vermessenen und somit aufgearbeiteten Bauzonenfläche sowie der gesamten Kantonsfläche. Die Vermessung der Bauzonenfläche hat Priorität.
- L3: Der Indikator beziffert den Prozentsatz der bereits erneuerten und somit aufgearbeiteten Kantonsfläche. Mit der Erneuerung und Aufarbeitung des Höhenfixpunktnetzes wurde im Jahr 2006 begonnen.
- L4: Aufwandgruppen: Gross = > 1'000 Std. Leistungsaufwand bzw. > 100'000 Fr. Kostenaufwand; mittel = > 50 Std. bzw. > 5'000 Fr.; klein = < 50 Std.
- B2: Massnahme aus Sanierungsprogramm: Vollständige Kostendeckung Abteilung Datenlogistik ZH seit 2005.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

-1.5 Personalaufwand: Neue befristete Stellen Kantonale Denkmalpflege sowie Beförderungen (inkl. Sozialversicherungsbeiträge)

Investitionsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- +7.9 Neue befristete Stellen Kantonale Denkmalpflege: 4 Stellen für Bauberatung, um gesetzlich geforderte Aufgaben wie termintreue Begleitung Bauvorhaben, fristgerechte Abwicklung Subventionsgeschäfte, Auszahlungsgesuche, Aufarbeitung und Bewirtschaftung der Bauteillager aufrecht zu erhalten. 3.9 Stellen für baubegleitende Dokumentation bei Renovationsvorhaben, für laufende Nachführung Datenbank infolge grosser Datenmengen, die im Zuge mit der längst überfälligen Aktualisierung des Inventars einzuarbeiten sind sowie für elektronische Sicherung und Aufarbeitung Fotoarchivbestand und Unterstützung bei redaktioneller Aufarbeitung abgeschlossener Objekte.
- +1.1 Geringfügige Stellenprozentenerhöhungen in verschiedenen Abteilungen des ARV im Rahmen des vorhandenen Stellenplans

Indikatoren

Keine wesentlichen Änderungen

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Reduktion Personalaufwand in den Jahren 2012 und 2013: Wegfall der neuen befristeten 7.9 Stellen Kantonale Denkmalpflege aufgrund der Sparvorgaben.

Investitionsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Reduktion des Beschäftigungsumfangs in den Jahren 2012 und 2013: Wegfall der neuen befristeten 7.9 Stellen Kantonale Denkmalpflege aufgrund der Sparvorgaben.

Indikatoren

Keine wesentlichen Änderungen

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

-1.3 Personalaufwand: Neue befristete Stellen Kantonale Denkmalpflege sowie Beförderungen (inkl. Sozialversicherungsbeiträge)

Investitionsrechnung

Keine wesentlichen Änderungen

Personal (Beschäftigungsumfang)

- +7.9 Neue befristete Stellen Kantonale Denkmalpflege, vgl. auch Bemerkungen Entwicklungen Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr
- +1.1 Geringfügige Stellenprozentenerhöhungen in verschiedenen Abteilungen des ARV im Rahmen des vorhandenen Stellenplans

Indikatoren

Keine wesentlichen Änderungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	282.3	329.5	-44.8	285.0	-8.8	283.5	-6.5	282.9	277.3	-1.8
- Beiträge vom Bund	14.5	45.4		1.7		1.7		1.7	1.7	
- Übertrag aus Strassenfonds	213.3	244.2		212.3		210.9		210.3	204.7	
- Übrige Erträge	54.6	39.9		70.9		70.9		70.9	70.9	
Aufwand	-282.3	-329.5	44.8	-285.0	8.8	-283.5	6.5	-282.9	-277.3	-1.8
- Abschreibungen und Zinsen	-122.5	-106.5		-92.2		-83.4		-81.2	-82.6	
- Betriebsaufwand	-159.7	-223.0		-192.7		-200.2		-201.7	-194.7	
Saldo	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08-13)									
Einnahmen	1.2	149.7	2.4	128.0	50.2	66.4	14.3	28.3	11.0	64.1
Ausgaben	-73.0	-306.3	24.8	-241.9	-38.0	-172.1	-13.3	-148.2	-127.2	-178.1
Nettoinvestitionen	-71.8	-156.6	27.1	-113.9	12.2	-105.7	1.0	-119.8	-116.2	-114.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	407.6	439.2	-12.0	439.2	-9.5	439.7	-7.5	439.7	439.7	

Aufgaben

- A1 Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und ausbauen, einschliesslich Brücken
A2 Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3 Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen
A4 Unterhalt: Keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen	2020	1
E2 Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen	2020	1
E3 Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften) (LZ RR 8.6)	2018	1
E4 Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts u. an Kreuzungen (Unfallsschwerpunkte)	2012	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 1.5 %) (A2)	max.	1.0%	2.5 %	2.5 %	2.0 %	1.8 %	1.5 %
W2 Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1.5 %) (A2)	max.	1.3%	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %	1.5 %
W3 Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 3.5 %, Erhebung alle 3 Jahre) (A2)	max.	-	4.1 %	-	3.5 %	-	-
W4 Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung), Soll: rund 50 Mio. für Strassen sowie 9 Mio. für Kunstbauten (A1, A2)	P	62.9	88.1	70.4	76.8	78.7	70.9
Leistungen							
L1 Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Fr. pro Jahr, inkl. Land) (A1)	min.	8.4	16.3	16.8	15.6	15.0	15.0
Wirtschaftlichkeit							
B1 Rund 90 % der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden. (A1, A2)							

Leistungsgruppe 8400	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-212.339
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-241.889
Leistungsindikator L1	

Budget	Leistungsgruppe 8400
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufwand:
- +15.7 Abnahme baulicher Nationalstrassen-Unterhalt, da neue Projekte nur noch durch den Bund bearbeitet werden (NFA)
- 1.8 Zunahme projektbezogener betrieblicher Nationalstrassenunterhalt
- +17.7 Abnahme projektbezogener baulicher Staatsstrassen-Unterhalt
- +10.1 Geringere Abschreibungen, davon 9.8 Mio. a.o. Abschreibungen Nationalstrassen (NFA)
- +4.1 Geringerer Zinsaufwand
- +1.6 Weniger Dienstleistungen Dritter
- 1.0 Zunahme übrige interne Verrechnungen
- 0.7 Höherer Informatikaufwand (inkl. GIS)
 - Ertrag:
- 31.9 Geringerer Übertrag aus dem Strassenfonds
- 14.9 Tiefere Beiträge/Entschädigungen des Bundes für den Nationalstrassen-Unterhalt
- +4.8 Höhere Rückerstattungen durch andere Kantone/Gemeinden/Dritte
- 3.6 Geringere Eigenleistungen auf Investitionen und Unterhalt

Investitionsrechnung

- Ausgaben:
- +54.0 Tiefere Investitionen in den Nationalstrassenneubau
- +7.6 Tiefere Investitionen in den Staatsstrassenbau
- +1.0 Weniger Beschaffungen Fahrzeuge und Maschinen
- +5.3 Geringere Hochbauinvestitionen infolge Streichung sämtlicher geplanter Unterhalts- und Umbauinvestitionen
- 3.5 Höhere Investitionen in Lärmschutz/-sanierungen
 - Einnahmen:
- +8.6 Höhere Rückerstattungen von Gemeinden und Dritten für Strassen, Fahrrad- und Fussgängeranlagen
- 30.4 Tiefere Investitionsbeiträge des Bundes für Nationalstrassenneubau

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand:
- Jährlicher Mehraufwand Besoldung für Teuerung und Beförderungen gem. RRB-Beschluss
- Jährliche Anpassung für projektbezogenen Staatsstrassenunterhalt
- Reduktion der a.o. Abschreibungen auf Nationalstrasseninvestitionen

Investitionsrechnung

- Ausgaben:
- Jährliche Anpassung Beschaffung Fahrzeuge/Mobilien
- Jährliche Anpassung für projektbezogene Investitionen

Indikatoren

- W1: In den Jahren 2009 und 2010 werden weitere Kunstbauten (Stützmauern/Absetzbecken/Oelabscheider etc.) in die Zustandsbewertung aufgenommen. Der Zustand dieser Bauten ist unklar. Die Zielvorgabe für die Jahre 2009 und 2010 wird daher auf 2.5% festgelegt.
- W3: Die Zustands-Aufnahme wurde bisher durch eigene Mitarbeiter visuell erfasst. Seit 2007 wird der Zustand maschinell mittels Laser erfasst und auf 100m-Abschnitte umgerechnet. Die Zustandserfassung erfolgt neu alle 3 Jahre.
- W4: In den vergangenen Jahren wurden tendenziell zu wenig Mittel in den baulichen Strassenunterhalt investiert, um den Strassenfonds zu sanieren. Der dadurch entstandene Sanierungsbedarf wird nun in den nächsten Jahren abgebaut.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Abnahme baulicher Nationalstrasse-Unterhalt, da neue Projekte nur noch durch den Bund bearbeitet werden (NFA)
- Projektbezogene Anpassungen im baulichen Staatsstrassenunterhalt
- Projektbezogene Anpassungen der Abschreibungen und Zinsen
- Tiefere Beiträge/Entschädigungen des Bundes für den Nationalstrassen-Unterhalt

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Diverse kleine Stellenanpassungen (Beschäftigungsgrad)
- Übertritt der Sektion Gestaltung + Bepflanzung per 1.1.2009 ins Amt für Landschaft und Natur (ALN)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	24.7	20.1	1.7	20.7	-0.4	18.1	-0.9	17.7	17.8	-28.2
Aufwand	-118.7	-120.2	0.3	-120.8	0.4	-120.7	0.9	-120.5	-120.5	1.6
- Abschreibungen und Zinsen	-59.7	-60.5		-57.1		-57.4		-57.7	-58.0	
Saldo	-93.9	-100.1	2.0	-100.1	-0.0	-102.6	0.0	-102.8	-102.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	4.9	10.9	1.7	9.8	3.9	10.3	0.3	8.4	8.3	8.8
Ausgaben	-26.1	-38.4	3.3	-33.4	4.4	-31.4	0.5	-33.1	-31.3	-32.3
Nettoinvestitionen	-21.2	-27.5	5.1	-23.6	8.3	-21.2	0.8	-24.7	-23.0	-23.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	233.8	228.2	8.5	236.9	5.3	233.5	-0.6	227.6	227.6	

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserversorgung und zunehmend besserer Luft.
- A2 Sorge für den haushälterischen Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen.
- A3 Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie Minimierung der Belastung durch Abfälle.
- A4 Vermehrung attraktiver Erholungsräume am Wasser und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume.
- A5 Schutz vor Hochwasser, Schadeneignissen im Bereich Biologie, Chemie und Elektrosmog.
- A6 Sicherstellen einer kostengünstigen, sicheren, ausreichenden und benutzeroptimierten Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung.
- A7 Kompetente Beratung und rasche Bewilligungsverfahren mit angemessenen Entscheiden. Gewährleistung von Rechtssicherheit.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2)	2010	3
E2 Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3)	2010	3
E3 Energet. Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (LZ RR 9.2)	2010	2
E4 Energieplanungsbericht 2010	2010	3
E5 Festlegung der Fahrzeugflottenpolitik für die Baudirektion (neu)	2010	2
E6 Vision Zürichsee 2050	2010	1
E7 Hochwassermanagement Zürichsee - Sihl - Limmat: Planungen	2010	1
E8 Revision Wasserwirtschaftsgesetz WWG (Gewässerraumsicherung u. Renaturierung): Antrag an den Kantonsrat (LZ RR 8.3)	2010	1
E9 Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund	2011	1
E10 Kataster der belasteten Standorte	2011	1
E11 Neuausrichtung Klärschlamm Entsorgung	2011	1
E12 Festlegung der kantonalen Fahrzeugflottenpolitik	2011	2
E13 Umsetzung StromVG / Netzgebiet zuteilung (neu)	2012	3
E14 Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale	2013	1
E15 Naturgefahrenkarten	2013	1

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt. (A1, A3)	min.	75%	73%	74%	76%	77%	79%
W2 Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt. (A1, A3)	min.	79%	82%	83%	84%	85%	86%
W3 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Entwässerungsplan (GEP). (A6)	min.	80%	78%	81%	82%	83%	84%
W4 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP). (A2, A6)	min.	95%	95%	95%	95%	95%	95%
W5 Anteil Trinkwasser (ohne Seewasser) aus Grund- u. Quellwasserfassung mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020=100%). (A1, A6)	min.	96%	96%	96%	97%	97%	97%
W6 Aufwert. nicht natürl. Fluss-, Bachabschnitte u. Seeufer [km/J]. (A4)	min.	8,5 km	4 km				
W7 % der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung (A5, E15)	min.	*)	83%	88%	93%	96%	98%
W8 Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen (Ist 31.12.08 = 3,74 Mio. m2) [m2] (A2)	min.	1'035'657	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
W9 % der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP). (A2, A6)	min.	62%	63%	64%	65%	66%	67%
W10 Erfüllungsgrad der Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen. (A1, A3)	min.	72%	83%	85%	85%	85%	86%
W11 Erfüllungsgrad der Anforderungen an Strahlung emittierende Funkanlagen. (A5)	min.	90%	97%	96%	97%	98%	98%
W12 Anteil übermässig belasteter Bevölk. bezügl. NO2 (A1, A3) **)	max.	19%	11%	9%	8%	6%	5%
W13 Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezügl. PM10 (A1, A3)	max.	*)	12%	10%	9%	8%	7%

Leistungsgruppe 8500 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-100.133
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-33.418
Gesperrter Kredit Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für Wasserbauinvestitionen (in Mio. Fr.)	-2.900
Leistungsindikatoren L1, L5 und L6	

Budget	Leistungsgruppe 8500
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Leistungen							
L1 Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13'000). (A3, E10)	min.	10'340	10'775	12'100	13'000	13'000	13'000
L2 Anzahl genehmigte GEP (A6)	P	17	6	6	1	1	1
L3 Anzahl genehmigte GWP (A1, A6)	P	7	10	7	7	7	7
L4 Anzahl genehmigte Grundwasser-Schutzzonen (A1)	P	*)	15	15	15	15	15
L5 Produktive Stunden Gewässerunterhalt (A4, A5)	min.	82'824h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h	89'500h
L6 Realisierte Hochwasserschutzprojekte [Anz. pro Jahr] (A5)	min.	2	2	2	2	2	2
L7 Anzahl neue Minergie-Labels jährlich (A2)	P	746	400	400	400	400	400
L8 Anzahl genehmigte EP (A2, A6)	P	1	3	3	3	3	3
L9 Anz. Einsätze des AWEL-Piketts bei B-/C-Schadenfällen (A5)	P	*) / 189	10 / 160	10 / 160	10 / 160	10 / 160	10 / 160
L10 BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen (A7)	P	92%	95%	95%	95%	95%	95%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie [kWh/Fr.] (A2, A6)	min.	230	200	200	200	200	200
B2 Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (Durchschn. der Kantone 2002 = 4,93 Fr./EW) (A2, A6)	min.	Fr. 3,29	Fr. 4,90				
B3 Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung ("OSTLUFT") in Fr./Einw. und Jahr; Basis 2000=Fr.1,40 (A1, A3)	max.	Fr. 1,02	Fr. 1,05	Fr. 1,10	Fr. 1,10	Fr. 1,12	Fr. 1,12

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Leistungsindikator "Flächenrecycling (ha/J)" wird in diesem KEF nicht mehr aufgeführt, da der Ist-Werte dazu immer erst zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar ist und deshalb nicht im Geschäftsbericht ausgewiesen werden kann.

Indikatoren

- *) Neuer Indikator (keine Daten in der Rechnung 2008).
- **) Zur Verbesserung der Aussagekraft wird der Indikator neu berechnet (ab B 09).

Sonstige Bemerkungen

- Allfällige Aushilfen wegen Krankheit, Schwangerschaft etc. sind nicht im Beschäftigungsumfang eingerechnet, sondern nur frankenmässig budgetiert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.6 Höherer Personalaufwand innerhalb des Stellenplans aufgrund von Lohnerhöhungen/Beförderungen (0,4%) sowie Anpassung des Beschäftigungsumfangs (siehe Kapitel "Personal") und des entsprechenden Personalaufwands an die Vorgaben Personalamt.
- +3.4 Geringere Abschreibungen und Zinsen infolge Senkung des Zinssatzes und Abnahme der Abschreibungen bei den Investitionsbeiträgen.
- 2.3 Höherer Sach- und Transferaufwand (ohne Abschreibungen) insbesondere, weil Aufwendungen für Renaturierungen sowie Beiträge an Renaturierungen gemäss Rechnungslegungsvorgabe neu über die Erfolgsrechnung anstelle der Investitionsrechnung zu buchen sind.
- +1.0 Höhere Heimfallverzichtentschädigung Kraftwerk Eglisau: Entsprechend des Projektfortschritts des Wasserbauprojekts Thurauen wird die Heimfallverzichtentschädigung jährlich in der Höhe der Nettoinvestitionen vereinnahmt.
- 0.4 Planungs-/Projektkosten bei Wasserbauten sind gemäss Rechnungslegungsvorgaben ab Vorprojekt (Phase 3 SIA 103) direkt über die Investitionsrechnung zu buchen, weshalb eine Umbuchung von der Erfolgs- in die Investitionsrechnung nicht mehr notwendig ist.

Investitionsrechnung

- Ausgaben:
- +3.8 Geringere Ausgaben für Wasserbauinvestitionen.
- +0.6 Geringere Investitionsbeiträge Wasserbau, da Subventionen an Renaturierungen gemäss Rechnungslegungsvorgaben über die Erfolgsrechnung zu buchen sind.
- +0.8 Geringere durchlaufende Bundesbeiträge.
- Einnahmen:
- 0.8 Geringere durchlaufende Bundesbeiträge.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der bewilligte Stellenplan wird eingehalten. Der Beschäftigungsumfang im Jahr 2009 war zu tief budgetiert (siehe Rechnung 2008). Bei der Abweichung handelt es sich um zeitlich befristete Stellenüberschneidungen innerhalb des Stellenplans infolge Pensionierungen, um projekt-/fremdfinanzierte Stellen (verstärkte Zusammenarbeit über die Kantonsgrenze, Abrechnung über Zürich) sowie um eine bewilligte Stelle im Sozialstellenplan.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Relativ zur Vorgabe (Teuerungsausgleich, Lohnerhöhungen/Beförderungen) sinkender Personalaufwand aufgrund der Abnahme des Beschäftigungsumfangs (Sanierungsprogramm San04: Kataster der belasteten Standorte).
- Ab dem Jahr 2011 keine Heimfallverzichtentschädigung Kraftwerk Eglisau mehr (Verschlechterung des Ertrags gegenüber Planjahr 2010 um 2,0 Mio. Franken).
- Ab dem Jahr 2011 entfallen an die für die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte ausgerichteten Bundesbeiträge (2007 bis 2010 jährlich 0,5 Mio. Franken), ab dem Jahr 2012 an die Gefahrenkarten Hochwasser (bis 2011 0,5 Mio. Franken jährlich).
- Schwankungen bei den Abschreibungen/Zinsen auf der Basis der budgetierten Investitionen.

Investitionsrechnung

- Schwankungen bei den Wasserbauinvestitionen entsprechend des geplanten Projektfortschritts bei den verschiedenen Wasserbauprojekten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Abnahme des Beschäftigungsumfangs aufgrund der Abnahme der projektfinanzierten, befristeten Anstellungen (siehe Erfolgsrechnung).

Indikatoren

- L1 Voraussichtlich im Jahr 2011 sollen alle Standorte im Verdachtsflächenkataster überprüft und die für den Eintrag im Kataster der belasteten Standorte (KbS) vorgesehenen Flächen den Standortinhabern mitgeteilt sein.
- L2 Die Erstbearbeitungen des generellen Entwässerungsplanes (GEP) in den Gemeinden sind zu einem grossen Teil gemacht, weshalb ab dem Jahr 2011 voraussichtlich nur noch ein GEP genehmigt wird. Ab dem Jahr 2015 wird ein Anstieg der Genehmigungen zu GEP-Revisionen erwartet.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Analog der Begründung "Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr".

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	3.5	0.0	1.2	1.2	0.4	0.5	0.4	0.5	0.5	-87.0
Aufwand	-117.8	-1.4	-1.5	-2.6	-0.4	-1.6	-0.4	-1.6	-1.6	-98.6
Saldo	-114.3	-1.4	-0.2	-1.4	0.0	-1.1	0.0	-1.1	-1.1	0.0

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstöcker Kosten zu tragen hat. Es fallen für den Kanton auch so genannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Källiken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
- A2 Die Sondermülldeponie Källiken (SMDK) stellt eine Altlast dar, die auf Grund des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes sowie der Altlasten-Verordnung des Bundes zu sanieren ist. Der Kanton Zürich bildet zusammen mit dem Kanton Aargau, der Stadt Zürich und der Basler Chemischen Industrie das Konsortium SMDK. Mit Beschluss Nr. 5154/1977 hat der Regierungsrat der Gründung dieses Konsortiums zugestimmt. Die Beteiligung von 41,67 % an der einfachen Gesellschaft SMDK ist massgeblich für den Anteil, den der Kanton Zürich an die Kosten zur Sanierung der Deponie zu tragen hat.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Sondermülldeponie Källiken: Sanierung (LZ RR 8.4)	2012	1
E2 Sondermülldeponie Källiken: Nachsorge ab 2012	2020	1
E3 Altlasten: Durchführung der Voruntersuchungen	2017	1
E4 Altlasten: Detailuntersuchungen ab 2011	2022	1
E5 Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011 (LZ RR 8.4)	2024	1
E6 Altlasten: Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen	2024	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 8510	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.390
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 8510
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Gemäss IPSAS wird der gesamte Aufwand zur Sanierung einer Altlast sofort bei Feststellung als Rückstellung gebucht. Dies bedeutet, dass im betreffenden Jahr der gesamte Aufwand der Sanierung in der Erfolgsrechnung erscheint. Der Sanierungsfortschritt selber erscheint in der Erfolgsrechnung nicht mehr (und wird daher auch nicht budgetiert), weil diese Rückstellung im Gleichschritt mit dem Sanierungsfortschritt aufgelöst wird und die dadurch entstehende Aufwandminderung den Sanierungsaufwand neutralisiert.
- Für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken sowie weiterer bekannter Altlasten wurden deshalb in der IPSAS-Bilanz Rückstellungen gebildet.
- Ausfallkosten für die Sanierung von Schiessanlagen sind weder in ihrer Höhe noch in ihrem Eintretenszeitpunkt bestimmt, weshalb sie weder als Rückstellungen im Rahmen des Restatements der Rechnung 2008 bilanziert noch im KEF 2010-2013 budgetiert sind.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der im KEF eingestellte Aufwand betrifft u.a. die Untersuchungs-/Überwachungs- und Sanierungskosten sowie Ersatzvornahmen, für die keine Rückstellungen gebildet werden.
- Keine wesentlichen Veränderungen zum Budget Vorjahr.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Keine wesentlichen Veränderungen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Analog "Bemerkungen, Budgetentwurf gegenüber Vorjahr".

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	49.6	52.5	-30.4	52.0	0.7	51.4	-2.5	51.2	51.0	2.9
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	35.5	35.8		32.8		32.8		32.9	32.9	
Aufwand	-76.1	-87.3	-1.9	-81.1	1.4	-84.1	0.0	-88.1	-91.0	19.5
- Abschreibungen und Zinsen	-33.5	-32.8		-35.0		-39.0		-43.3	-46.8	
Saldo	-26.5	-34.8	-32.3	-29.1	2.1	-32.7	-2.5	-36.9	-40.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.3									0.0
Ausgaben	-24.9	-22.0	-10.8	-140.5	-20.0	-165.1	-24.3	-158.0	-125.7	-106.0
Nettoinvestitionen	-24.6	-22.0	-10.8	-140.5	-20.0	-165.1	-24.3	-158.0	-125.7	-106.0

Personal (Beschäftigungsumfang)	114.1	118.3	-0.5	118.6	-1.0	118.1	-1.0	118.1	118.1	
---------------------------------	-------	-------	------	-------	------	-------	------	-------	-------	--

Aufgaben

- A1 Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
- A2 Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
- A3 Die Abteilung Landerwerb erwirbt und veräussert Grundstücke entsprechend den kantonalen Bedürfnissen. Sie bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
- A4 Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3)	2011	2
E2 Immobilienstrategie, Umsetzung von Teilprojekten (Handlungsfelder)	2011	5
E3 Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)	2015	6
E4 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5)	2010	6
E5 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau	2012	5

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Prozentualer Anteil an einvernehmlichen Einigungen in Enteignungsverfahren (A3)	min.	100%	90%	90%	90%	90%	90%
W2 Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung (A2)	min.	-	83%		78%		78%

Leistungen

L1 Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (A1)	P	451	410	470	480	490	460
--	---	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Wirtschaftlichkeit

B1 Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau) (A1)	min.	-	60%	60%	65%	65%	65%
B2 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung (A2)	P	18.5 m2	18.0 m2	17.0 m2	17.0 m2	17.0 m2	17.0 m2
B3 Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung (A2)	P	18.0 m2	15.5 m2	14.5 m2	14.5 m2	14.5 m2	14.5 m2
B4 Baulicher Zustandswert (A1, A3)	min.	-	0.82	0.85	0.85	0.85	0.85

Leistungsgruppe 8700 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-29.113
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-140.524

Budget	Leistungsgruppe 8700
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen**Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte**

- Der Entwicklungsschwerpunkt E5 wurde von der Leistungsgruppe 8710 übernommen, da die Liegenschaften der Insel Rheinau vom Finanzvermögen (LG 8710) ins Verwaltungsvermögen (LG 8700) übertragen wurden.

Indikatoren

- W2 Der Indikator wird nur alle zwei Jahre erhoben.
- Die Kundenzufriedenheit der Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement mit ihrer Querschnittsfunktion über alle Direktionen zu thematisch komplexen Themengebieten (z.B. Einhaltung von Budgetvorgaben) kann nicht mittels Indikator bewertet werden, da divergierende Bedarfsansprüche vorherrschen. Daher wird auf den Indikator ab 2010 verzichtet (ehem. W3).

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- +2.5 Mehr Erträge aus Mieten, Nebenkosten und Benutzungsgebühren infolge Übertrag von Liegenschaften vom Finanzvermögen (BK 8710) ins Verwaltungsvermögen (BK 8700)
- 3.0 Neue interne Verrechnungspreise (Leistungsvereinbarung) für kalkulatorische Miet- und Nebenkosten
- 0.4 Wegfall des Aktivierungsertrags für Planungs- und Projektierungskosten (Umsetzung IPSAS)
- 0.3 Höherer Personalaufwand, v.a. durch Erhöhung des Beschäftigungsumfangs und Beförderungen
- 0.4 Höhere Unterhaltskosten infolge Übertrag von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen mit erhöhtem Unterhaltsbedarf
- 0.4 Höhere Telematikkosten durch Netzerweiterung und Software Update
- 0.7 Höherer Ver- und Entsorgungsaufwand infolge Übertrag von Liegenschaften vom Finanzvermögen (BK 8710) ins Verwaltungsvermögen (BK 8700)
- 1.0 Höherer Zinsaufwand infolge Aktivierung von Planungs- und Projektierungskosten (Umsetzung IPSAS)
- 1.3 Höherer Abschreibungsaufwand, v.a. infolge Inbetriebnahme der Bezirksgebäude Meilen (Oktober 2009) und Dietikon (Juli 2010)
- +10.9 Wegfall des Planungs- und Projektierungsaufwands infolge Umgliederung in die Investitionsrechnung (Umsetzung IPSAS)

Investitionsrechnung

- 114 Polizei- und Justizzentrum: Landerwerb und Projektierungskosten
- 8.0 Reserven Regierungsrat
- 3.0 Freibetrag Baudirektion
- +7.5 BG Dietikon: Weniger Ausgaben infolge Abschluss des Projekts im Sommer 2010

Personal (Beschäftigungsumfang)

- 1 Stelle ist für das Projekt Immobilienmanagement-System (IMS) vorgesehen sowie 0.5 Stellen (befristet bis 30.06.2010) für die Übernahme der Anlagebuchhaltung. Ausserdem werden beim Reinigungspersonal -1.2 Stellen abgebaut.

Indikatoren

- L1 Der Indikator wird neu in der Leistungsgruppe 8700 geführt (bisher: LG 8710)

Entwicklung in den weiteren Planjahren**Erfolgsrechnung**

- Im Jahr 2011 ist der Baubeginn des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) geplant. Mit dem Erwerb des Grundstücks und dem Baubeginn des PJZ steigen die Investitionen ab 2010 markant an, was in der Folge zu höheren kalkulatorischen Zinsen führt. Die Abschreibungen setzen erst mit der Nutzung des PJZ ein, die für das Jahr 2014 geplant ist.

Investitionsrechnung

- Im Jahr 2010 ist der Landerwerb und ab dem Jahr 2011 der Baubeginn für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) geplant, weshalb die Investitionen ab 2010 markant ansteigen.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Ab 2011 Wegfall einer befristeten Stelle (-0.5).

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr**Erfolgsrechnung**

- 31.2 Wegfall des geplanten Aktivierungsertrags von Planungs- und Projektierungskosten im Jahr 2010 (v.a. für das PJZ). Stattdessen werden die Planungs- und Projektierungskosten jeweils sofort und direkt über die Investitionsrechnung aktiviert. Die bis 31.12.2008 aufgelaufenen Planungs- und Projektierungskosten wurden rückwirkend über das Restatement der Bilanz 2008 nach IPSAS auf Anlagen im Bau aktiviert.

Investitionsrechnung

- 3.0 Freibetrag Baudirektion
- 8.0 Reserven Regierungsrat

Personal (Beschäftigungsumfang)

- +0.5 Stellen (befristet bis 30.06.2010) Uebernahme Anlagebuchhaltung

Indikatoren

- L1 Der Indikator wurde bis 2009 in der Leistungsgruppe 8710 geführt.
W2 Der Zielwert min. 78% gilt in der Branche als "gut". Deshalb wird er entsprechend angepasst.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	36.1	19.1	-1.6	18.2	-1.6	18.8	-1.8	19.1	19.4	-46.3
- Mietzins'ertrag	18.6	15.9		17.5		18.0		18.3	18.6	
Aufwand	-28.5	-19.7	-3.8	-23.1	-3.6	-22.9	-3.0	-23.0	-23.1	-19.0
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-22.0	-13.9		-18.2		-18.2		-18.3	-18.4	
Saldo	7.7	-0.6	-5.4	-4.9	-5.2	-4.2	-4.8	-3.9	-3.7	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

- A1 Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs
- A2 Operative Liegenschaftsbewirtschaftung
- A3 Strategisches Portfoliomanagement FV

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Wiederinbetriebnahme Tourismusdestination Schloss Laufen am Rheinflall	2010	5
E2 Periodische Neubewertung FV	2013	5
E3 Überarbeitung Immobilienstrategie FV	2011	5
E4 Einführung Immobilien-Management-System	2012	5
E5 Erarbeitung Objektstrategie und Unterhalts-/Sanierungsplanung FV (neu)	2010	5

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Nettorendite aller Liegenschaften des FV (A3)	P	4.3%	2.4%	1.9%	2.0%	2.1%	2.1%
W2 Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV (A2)	P	5.3%		4.4%	4.5%	4.6%	4.6%

Leistungen

L1 Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Fr.) (A1, A2)	P	256	367	541	543	545	548
L2 Anzahl Liegenschaften FV (A3)	P	365	321	330	330	330	330

Wirtschaftlichkeit

B1 Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%) (A1)	P	2.9	3.3	3.1	3.0	3.0	3.1
--	---	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Leistungsgruppe 8710	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-4.864
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 8710
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Im Frühling 2009 wurden die Liegenschaften im Finanzvermögen einer Neubewertung unterzogen. Der daraus resultierende Verkehrswert per 01.01.2009 führt zu einer Aufwertung des Liegenschaftensbestands um ca. 150 Mio. Fr. Demzufolge erhöht sich der Aufwand für kalkulatorische Zinsen deutlich während die Nettorendite sinkt.
- Ebenfalls im Rahmen der Neubewertung wurden die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen aufgezeigt. In der Folge wird das Immobilienamt eine Objektstrategie sowie eine Unterhalts- und Sanierungsplanung für die Liegenschaften im Finanzvermögen erarbeiten, die auch die entsprechende Anpassung der Mieterträge vorsieht (siehe Entwicklungsschwerpunkt E5).

Indikatoren

- Der Indikator Anzahl betreuter Bauvorhaben Liegenschaften des FV wird ab 2010 nicht mehr erhoben, da im Finanzvermögen kaum grössere Bauvorhaben in Angriff genommen werden (ehem. L3).
- Der Indikator Anzahl neuer Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (ehem. L5) ist im Indikator Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (ehem. L4) enthalten und wird nicht mehr separat aufgeführt.
- Die Leistungen im Zusammenhang mit dem Indikator Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (ehem. L4) wird in der Leistungsgruppe 8700 erbracht, wo der Indikator ab 2010 auch ausgewiesen wird (L1).

Sonstige Bemerkungen

- Durch den Übertrag von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen kommt es zu Verschiebungen zwischen den Leistungsgruppen 8700 (Verwaltungsvermögen) und 8710 (Finanzvermögen), welche im Bereich Mieten, Nebenkosten, Benutzungsgebühren sowie Versorgungs- und Unterhaltsaufwand im KEF des Vorjahres und im Budget 2009 noch nicht abgebildet waren.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 2.5 Geringere Erträge aus Mieten, Nebenkosten und Benutzungsgebühren infolge Übertrag von Liegenschaften vom Finanzvermögen (LG 8710) ins Verwaltungsvermögen (LG 8700)
- +1.7 Höhere Mieterträge für Liegenschaften des Finanzvermögens
- +0.5 Weniger Dienstleistungen Dritter
- +0.4 Geringere Versorgungs- und Unterhaltskosten infolge Übertrag von Liegenschaften vom Finanzvermögen (LG 8710) ins Verwaltungsvermögen (LG 8700)
- 4.3 Höherer Zinsaufwand infolge Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen per 01.01.2009

Indikatoren

- W1: Die Nettorendite verändert sich negativ auf Grund der höheren Bilanzwerte der Liegenschaften und insbesondere der Aufwertung der Baulandreserven. Die Neubewertungen per 01.01.2009 entsprechen den Verkehrswerten.
- W2: Der Indikator Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV wird ab 2010 aus Transparenzgründen wieder eingeführt, nachdem er im KEF des Vorjahres nicht mehr erhoben wurde.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Keine wesentlichen Veränderungen zum heutigen Zeitpunkt. Die effektive Entwicklung in den weiteren Planjahren kann erst nach Vorliegen der Gesamt- und Objektstrategie FV abgebildet werden.

Indikatoren

- Die Umsetzung der notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen bedingt eine aktive Vermietung zur Erzielung der Ertragspotentiale (Marktmieten). Die Entwicklung der Nettorendite (W1/W2) in den Planjahren bildet diese Vorgabe ab.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Durch den Übertrag von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen kommt es zu Verschiebungen zwischen den Leistungsgruppen 8700 (Verwaltungsvermögen) und 8710 (Finanzvermögen), welche im Bereich Mieten, Nebenkosten, Benutzungsgebühren sowie Versorgungs- und Unterhaltsaufwand im KEF des Vorjahres noch nicht abgebildet waren.
- Die Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen zum Verkehrswert per 01.01.2009 führt zu einem bedeutend höheren kalkulatorischen Zinsaufwand.

Indikatoren

- L2: Die Anzahl Liegenschaften ist höher, weil im Jahr 2008 noch Liegenschaften aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen übertragen wurden.
- W2: Der Indikator Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV wird ab 2010 aus Transparenzgründen wieder eingeführt, nachdem er im KEF des Vorjahres nicht mehr erhoben wurde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	171.1	174.7	5.2	179.5	8.1	184.7	8.0	186.9	187.1	9.3
- Durchlaufende Bundesbeiträge	149.6	152.4		155.4		156.4		158.4	158.4	
Aufwand	-235.8	-240.7	-5.8	-247.9	-4.2	-249.7	-4.2	-251.2	-250.9	6.4
- Durchlaufende Bundesbeiträge	-149.6	-152.4		-155.4		-156.4		-158.4	-158.4	
Saldo	-64.6	-65.9	-0.7	-68.4	3.9	-65.0	3.9	-64.3	-63.8	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	2.0	2.4	-0.1	2.3	-0.1	2.3	-0.4	2.0	1.6	2.1
- Durchlaufende Bundesbeiträge		2.2		2.1		2.1		1.8	1.4	
Ausgaben	-14.1	-16.3	-0.3	-12.8	-1.0	-11.7	-0.6	-10.6	-9.4	-12.5
- Durchlaufende Bundesbeiträge		-2.2		-2.1		-2.1		-1.8	-1.4	
Nettoinvestitionen	-12.1	-13.9	-0.4	-10.5	-1.1	-9.4	-1.0	-8.6	-7.8	-10.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	251.5	264.5	17.5	271.1	18.5	274.1	16.6	273.6	273.4	

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt Kompetenzzentrum Strickhof (RRB 40/2006)	2010	1
E2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen	2010	1
E3 Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchtfolgeflächen von 44'000 ha (KEF-Erklärungen Nr. 22 & 23; RRB 503/2008)	2012	1
E4 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft (LZ RR 8.5)	2010	1
E5 Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen bei Landwirten	2010	1
E6 Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung	2015	1
E7 Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gem. Kt. Waldgesetz vom 07.07.1998)	2011	1
E8 Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald	2011	1
E9 Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (ca. 3'600 ha)	2012	1
E10 Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK)	2025	1

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschl. landwirtsch. Ausbildung am Strickhof (A1)	min.	-	-	-	70%	-	-
W2 Landw.: Anteil gut unterhaltener Meliorationen (A1)	min.	90%	93%	93%	93%	93%	93%
W3 Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) (A2)	min.	95%	100%	100%	100%	100%	100%
W4 Wald: Holznutzung im öff. Wald (Vgl. z. Zuwachs) (A2)	min.	98%	100%	100%	100%	100%	100%
W5 Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (A3)	min.	1.61	1	1	1	1	1
W6 Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5'000m2 Fl. (A4)	max.	22%	15%	15%	15%	10%	10%
W7 Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anz. Rehwild (A3)	P	11'000	12'000	11'000	11'000	11'000	11'000

Leistungen

L1 Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung) (A1)	P	71'359	65'000	70'000	65'000	60'000	60'000
L2 Strickhof: Anz. Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung) (A1)	P	67'731	35'000	55'000	55'000	55'000	55'000
L3 Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume (A3)	P	80%	83%	84%	86%	88%	89%
L4 Naturschutz: Anz. Bewirtschafter Naturschutzflächen (A3)	P	1'634	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
L5 Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial (A4)	min.	78%	75%	75%	75%	80%	80%
L6 Fisch./Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen (A3)	P	9'527	9'200	9'200	9'200	9'200	9'200
L7 Wald: Anteil gepflegte Schutzwaldfläche (A2)	min.			7%	11%	14%	17%

Wirtschaftlichkeit

B1 Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtsch. Hochbauprojekt (A1)	P	32	42	45	45	45	47
B2 Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald (A2)	min.	56%	50%	45%	45%	45%	45%
B3 Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad (A3)	min.	81%	69%	64%	63%	63%	63%

Leistungsgruppe 8800	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-68.370
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-12.830
Leistungsindikatoren L5 und L7	

Budget	Leistungsgruppe 8800
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

E6: Umsetzung durch die Abteilungen Landwirtschaft und Wald sowie Fachstelle Bodenschutz.

Indikatoren

- W1: Erhoben per Umfrage alle 4 Jahre an alle Betriebsleiter von Haupterwerbsbetrieben im Kanton Zürich (erstmalig 2003), zusammen mit der Ermittlung der Angaben, welche die Abt. Landwirtschaft für die Ausrichtung der Direktzahlungen benötigt.
- W5: Entwicklung der Bestände bedrohter Pflanzenarten mit Artenschutzmassnahmen der Fachstelle Naturschutz im Vergleich zur Entwicklung der Bestände bedrohter Arten ohne Schutzmassnahmen.
- W7: Zeigt die Wirkung der Massnahme für einen ausgewogenen und gesunden Nutzwildbestand.
- L3: Zielwert 100% entspricht 3'600 ha gemäss Inventar überkommunaler Schutzgebiete und Naturschutzgesamtkonzept.
- L7: Neuer Indikator; Der Indikator zeigt das Verhältnis der gepflegten Schutzwaldflächen (aufkumuliert) zur Gesamtfläche des festgesetzten Schutzwaldes (1'302 ha).
- B2: Der Indikator entspricht dem Quotient zwischen Ertrag und Aufwand im Staatswald.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.2 Höhere Personalausgaben (8'000 Mehrlektionen am Strickhof; Umsetzung EG BBG)
- 1.4 Höhere Sachaufwände (Erhöhung der Lektionenzahl am Strickhof, Wettbewerb Rindviehzentrum, etc.)
- 0.4 Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien
- 1.9 Höhere gebundene Staatsbeiträge in der Land- und Forstwirtschaft sowie höhere Abschreibungen auf Investitionsbeiträge
- 3.0 Höhere Durchlaufende Beiträge
- +0.8 Tiefere interne Aufwände (Zinsen, Miet- und Mietnebenkosten)
- 1.0 Tiefere Entgelte (Umkontierung der Waltop-Erträge auf interne Erträge, rückläufige Verkaufserlöse Landwirtschaft)
- +0.2 Höhere Bundesbeiträge
- +3.0 Höhere Durchlaufende Beiträge
- +2.6 Höhere interne Erträge (Vergütung neue Leistungsvereinbarung mit MBA ab Mitte 2010 für Berufsschule Strickhof, Umbuchung Waltop-Erträge)

Investitionsrechnung

- +3.5 Tiefere Investitionen für die Hochbauten infolge Kürzungen (RRB Realisierungsreihenfolge Hochbauten)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Für die Umsetzung des Leistungsauftrages in der landwirtschaftlichen Berufsbildung, insbesondere die Anpassung des Berufsbildungsgesetzes, werden am Strickhof insgesamt 7.7 zusätzliche Stellen benötigt, welche im Stellenplan vorhanden sind. Von den 13.3 budgetierten Stellen des Pflanzgarten Finsterloo, die das ALN per 01.01.2009 vom Tiefbauamt übernommen hat, werden im Jahr 2010 lediglich 12.2 benötigt (Abnahme: - 1.1 Stellen).

Indikatoren

- L1: Die Umsetzung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz lässt die Schülertage am Strickhof um weitere 5'000 ansteigen.
- L2: Weitere Zunahme der Kursteilnehmerstunden bedingt durch die erwartete erhöhte Nachfrage nach den Weiterbildungskursen am Strickhof.
- B2: Die neuen Bewertungen des Verwaltungsvermögens, insbesondere die Aufwertung des Waldes, erhöhen die Kapitaldienstleistungen erheblich. Dies führt zu einer markanten Verschlechterung des Kostendeckungsgrades des Staatswaldes.
- B3: Die tieferen Erträge aus den Fischereirevierverpachtungen verschlechtern die Wirtschaftlichkeit der Fischerei- und Jagdverwaltung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Ab 2011 erhöhen sich die Vergütungen aus der Leistungsvereinbarung mit dem MBA für die Berufsschule Strickhof um Fr. 4.05 Mio. auf Fr. 6.75 Mio.
- Die Personalausgaben erhöhen sich durch die Besetzung von zusätzlichen, noch unbesetzten Stellen innerhalb des Stellenplans sowie die Personalaufwandentwicklung um Fr. 2.0 Mio. in der Planperiode.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit dem geplanten Ausbau des interkantonalen Kompetenzzentrums Strickhof und der Neupositionierung des Pflanzgartens Finsterloo steigt der Beschäftigungsumfang im ALN von 271.1 auf 273.4 im Planjahr 2013, wobei im Planjahr 2011 mit 274.1 Stellen ein Höchststand erreicht wird.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Mit dem neuen Leistungsauftrag der Bildungsdirektion für die Berufsausbildung der landwirtschaftlichen Berufe werden diese Leistungen mit insgesamt Fr. 27.5 Mio. in der Planperiode 2010 - 2013 vergütet.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Mit der Übernahme des Pflanzgartens Finsterloo erhöht sich der Beschäftigungsumfang um durchschnittlich 13.5 Stellen. Zudem bedingt die Umsetzung des Leistungsauftrages zur Berufsausbildung der landwirtschaftlichen Berufe einen weiteren Anstieg des Beschäftigungsumfanges am Strickhof um durchschnittlich 4 Stellen.



6. Fonds

- 8910 Natur- und Heimatschutzfonds**
- 8940 Denkmalpflegefonds**
- 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen**
- 8960 Deponiefonds**
- 8970 Kantonaler Waldfonds**
- 8980 Wildschadenfonds**

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	29.3	29.0	-1.3	28.6	-1.4	28.7	-1.4	28.7	28.8	-1.6
- Übertrag vom GS (8000)	18.0	18.0		18.0		18.0		18.0	18.0	
Aufwand	-27.8	-31.3	-1.8	-31.4	-1.5	-31.6	-1.5	-31.8	-30.8	10.7
- Abschreibungen und Zinsen	-3.4	-5.0		-5.1		-5.2		-5.2	-4.9	
Saldo	1.5	-2.3	-3.1	-2.9	-2.9	-3.0	-2.9	-3.0	-2.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	0.0									0.0
Ausgaben	-2.2	-3.8	0.3	-3.6	0.1	-3.6	0.1	-3.6	-3.4	-3.4
Nettoinvestitionen	-2.2	-3.8	0.3	-3.6	0.1	-3.6	0.1	-3.6	-3.4	-3.4
Fondsbestand		0.8	12.0	13.0	9.0	10.0	6.1	7.0	5.0	0.0

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2 Erwerb von Grundstücken (z.B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3 Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Entwicklungsschwerpunktebis Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
L1 Anzahl Beiträgsempfänger Naturschutz (A1)	P	1634	1700	1700	1700	1700	1700
L2 Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte (A1)	P	0	5	5	5	5	5
L3 Anzahl archäologische Projekte (A1)	P	190	175	175	175	175	175
L4 Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte (A1)	P	2	5	5	5	5	5
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 8910	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-2.888
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-3.620

Budget	Fonds 8910
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Natur- und Heimatschutzfonds basiert auf dem Gesetz zur Finanzierung von Massnahmen zur Schaffung, Erhaltung und Pflege von Natur- und Heimatschutzobjekten sowie von Erholungsgebieten.
- Die Finanzierung des Fonds erfolgt über die allgemeinen Staatsmittel.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden an folgenden Orten erbracht und finanziert: Generalsekretariat, Amt für Raumordnung und Vermessung, Immobilienamt sowie Amt für Landschaft und Natur

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- 1.1 Mehraufwand Naturschutz infolge Umsetzung Naturschutzgesamtkonzept
- 0.7 Höhere Sofortabschreibung von Hochbauinvestitionen v.a. infolge Sanierung von Liegenschaften der Denkmalpflege (Kulturgüter)
- 0.5 Weniger Erträge für durchlaufende Beiträge (Naturschutz)
- +0.5 Weniger Aufwand für durchlaufende Beiträge (Naturschutz)
- +0.6 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
- +0.6 Weniger Ausrichtung von Beiträgen in den Bereichen Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Investitionsrechnung

- 0.5 Sanierungsmassnahmen für Liegenschaften der Denkmalpflege
- +0.6 Weniger Investitionsbeiträge geplant

Fondsbestand

- Während im letztjährigen KEF 2009-2012 noch mit einem Fondskapital per Ende 2009 von 0.8 Mio gerechnet wurde, weist der Fonds per 31.12.2010 ein geplantes Fondskapital von 13.0 Mio Franken aus. Diese Aufwertung des Fondskapitals ist auf die Neubewertung der betrieblich oder kommerziell genutzten Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds zurückzuführen, die erst im Spätsommer 2008 erfolgte. Die damit verbundenen Kapitalfolgekosten konnten nachträglich im Novemberbrief für das Budget 2009 berücksichtigt werden, weshalb diesbezüglich im Vergleich zum Budget 2010 keine nennenswerten Abweichungen zu verzeichnen sind. Der Fondsbestand hingegen war nicht Gegenstand des Novemberbriefs und konnte nicht nachgeführt werden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Fondsbestand

- Durch die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts (NSGK) erwirtschaftet der Natur- und Heimatschutzfonds in allen Planjahren einen negativen Saldoüberschuss. In der Folge verringert sich das Fondskapital kontinuierlich von 15.9 Mio per Ende 2009 auf 5.0 Mio per Ende 2013.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Neubewertung der betrieblich oder kommerziell genutzten Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds konnte im KEF 2009-2012 noch nicht berücksichtigt werden. Durch die Neubewertung fallen gegenüber dem KEF Vorjahr jeweils zusätzliche Kapitalfolgekosten in der Höhe von ca. -1.0 Mio (planmässige Abschreibungen) und ca. -0.5 Mio Fr. (Zinsen) an.
- Der Fonds wird zunehmend mit Sanierungsmassnahmen für Objekte der Denkmalpflege konfrontiert, die als Sofortabschreibungen mit ca. -0.5 Mio Fr. zu Buche schlagen.
- Entlastung der Erfolgsrechnung durch geringere Sofortabschreibungen infolge Reduzierung der Investitionsbeiträge im Umfang von ca. +0.7 Mio Fr. pro KEF-Jahr.
- Da das Fondskapital entgegen der Annahme im letztjährigen KEF nicht negativ ist, kann vorläufig auf eine höhere Einlage in den Fonds verzichtet werden. Die geplante Einlage wird von 19.5 Mio Fr. wieder auf den in den Vorjahren ausgerichteten Betrag von 18 Mio Fr. reduziert.

Investitionsrechnung

- Höhere Investitionen in Form von Sanierungsmassnahmen für Objekte der Denkmalpflege von ca. -0.5 Mio Franken pro Jahr.
- Geringere Investitionsbeiträge von ca. +0.7 Mio pro Jahr.

Fondsbestand

- Die Aufwertung des Fondskapitals durch die Neubewertung der betrieblich oder kommerziell genutzten Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds war im KEF Vorjahr noch nicht berücksichtigt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	8.3	9.6	0.0	9.6	0.1	9.7	0.2	9.8	9.8	18.6
- Übertrag vom Lotteriefonds	7.5	8.5		8.5		8.5		8.5	8.5	
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.4		0.4		0.5		0.6	0.6	
Aufwand	-8.3	-9.6	0.0	-9.6	-0.1	-9.7	-0.2	-9.8	-9.8	18.6
- Staatsbeiträge		-0.1		-0.4		-0.5		-0.6	-0.6	
- Abschreibungen und Zinsen	-7.0	-9.5		-9.2		-9.2		-9.2	-9.2	
- Einlage in Bestandeskonto	-1.3	0.0		0.0		0.0		0.0	0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen										
Ausgaben	-7.0	-9.5	0.3	-9.2	0.3	-9.2	0.3	-9.2	-9.2	-8.9
Nettoinvestitionen	-7.0	-9.5	0.3	-9.2	0.3	-9.2	0.3	-9.2	-9.2	-8.9
Fondsbestand		21.8	2.8	24.2	2.7	23.8	2.6	23.2	22.6	0.0

Aufgaben

A1 Das Auftragschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.	
								bis	
Wirkungen									
Leistungen									
L1 Anzahl Zusicherungen von Beiträgen (A1)	P	42	50	50	50	50	50		50
Wirtschaftlichkeit									

Fonds 8940	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.362
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-9.200

Budget	Fonds 8940
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Fonds wird aus dem Lotteriefonds dotiert (der seinerseits aus der Landeslotterie finanziert wird) und basiert auf KRB 4460 vom 25. August 2008.
- Das Auftragschwergewicht bildet die Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf der Basis von Subventionen.
- Die administrativen Leistungen des Fonds werden im Amt für Raumordnung und Vermessung und im Generalsekretariat erbracht und finanziert.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- +0.3 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer geplanter Investitionsbeiträge
- 0.3 Höhere Betriebsbeiträge

Investitionsrechnung

- +0.3 Geringere Investitionsbeiträge geplant

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Leichter Anstieg der Betriebsbeiträge in den Jahren 2011 und 2012.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Leichter Anstieg der Betriebsbeiträge.

Investitionsrechnung

- Leichter Rückgang der Investitionsbeiträge.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.6	1.6	0.0	1.7	0.0	1.7	0.0	1.7	1.7	7.6
- Abgaben von Gemeinden	1.6	1.6		1.6		1.6		1.6	1.6	
Aufwand	-1.4	-1.3	-0.0	-1.4	-0.0	-1.4	-0.0	-1.4	-1.4	2.3
- Beiträge an Betriebe	-0.9	-0.7		-0.7		-0.7		-0.7	-0.8	
Saldo	0.2	0.3	-0.0	0.3	-0.0	0.3	0.0	0.3	0.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Fondsbestand	1.8	-0.0	2.0	-0.0	2.3	-0.0	2.5	2.8	0.0
--------------	-----	------	-----	------	-----	------	-----	-----	-----

Aufgaben

A1 Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-

bis

ziel Nr.

Indikatoren

Art

		R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall in t (A1)	P	344	250	300	300	300
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen (A1):	P	26'104	22'300	24'200	24'200	24'200
W3	- davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	4'022	2'600	3'000	3'000	3'000
W4	- davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4'149	4'700	4'200	4'200	4'200
W5	- davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	17'933	15'000	17'000	17'000	17'000
Leistungen							
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich (A1):	min.	271	260	270	270	270
L2	- davon in den Städten Zürich und Winterthur (A1)	min.	39	40	40	40	40
L3	- davon im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur) (A1)	min.	232	220	230	230	230
Wirtschaftlichkeit							
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin (A1)	P	Fr. 1,20				

Fonds 8950	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.274
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L1, L2 und L3	

Budget	Fonds 8950
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Indikatoren

- W1,W2: Durch intensivere Werbung für das Sonderabfallmobil und durch die zusätzliche Annahme an Samstagen im Recyclinghof Hagenholz als Annexbetrieb zur Sammelstelle erhöhte sich die Anzahl Abgeber und die Mengen sowohl bei den mobilen Sammlungen wie auch an der stationären Sammelstelle, weshalb das Budget der Jahre 2010 ff. entsprechend angepasst wurde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.7	1.2	-0.0	1.2	-0.0	1.2	-0.1	1.2	1.3	70.2
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.3	0.7		0.7		0.7		0.7	0.7	
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.5	0.5		0.5		0.5		0.6	0.6	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-0.7	-1.2	0.0	-1.2	0.0	-1.2	0.1	-1.2	-1.3	70.2
- Einlage in Bestandeskonto	-0.7	-1.1		-1.1		-1.2		-1.2	-1.2	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand	16.8	-0.0	17.9	0.0	19.1	0.1	20.3	21.5	0.0	

Aufgaben

A1 Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der aktuell betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktionsziel Nr.	
								bis	
Wirkungen									
Leistungen									
Wirtschaftlichkeit									

Fonds 8960	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	1.132
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8960
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Zurzeit sind 10 Deponien dem Fonds angeschlossen. Zwei davon, Chalen/Maur und Chühalden/Eglisau, sind bereits in der Nachsorge. Der Fonds hat bei diesen beiden Deponien das Risiko allfälliger Kosten zur Sanierung bereits übernommen. Die Kosten zur eigentlichen Nachsorge (Überwachung, Unterhalt, Klärggebühr) übernimmt der Fonds im Jahr 2016 für die Chalen und 2019 für die Chühalden.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Einlage in das Bestandeskonto ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital muss ausgeglichen sein.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	-8.1
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0		0.0		0.0		0.0	0.0	
- Entnahme aus Bestandeskonto										
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	-8.1
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0	-0.0		-0.0		-0.0		-0.0	-0.0	
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand		0.8	-0.0	0.8	-0.0	0.9	-0.0	0.9	0.9	0.0

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Fonds 8970	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	0.024
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8970
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

Falls bei Waldrodungen keine Ersatzaufforstung möglich ist, muss der Waldbesitzer eine Ersatzabgabe leisten (Art. 8 des Bundesgesetzes über den Wald). Diese Beiträge fliessen in den kantonalen Waldfonds und werden für Walderhaltungsmassnahmen (z.B. spätere freiwillige Aufforstungen) verwendet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.5	0.4	0.0	0.4	0.0	0.5	0.0	0.4	0.4	-7.0
- Erträge aus Regalien		0.1		0.1		0.1		0.1	0.1	
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge		0.1		0.1		0.1		0.1	0.1	
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung		0.2		0.3		0.3		0.3	0.3	
Aufwand	-0.5	-0.6	0.0	-0.5	0.0	-0.5	0.0	-0.5	-0.5	17.5
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen		-0.5		-0.4		-0.4		-0.4	-0.4	
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)		-0.1		-0.1		-0.1		-0.1	-0.1	
Saldo	0.0	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Fondsbestand		1.4	0.2	1.4	0.2	1.3	0.2	1.2	1.1	0.0

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Entwicklungsschwerpunkte

bis Direktionsziel Nr.

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr. (A1)	P	187'755	305'000	295'000	295'000	295'000	295'000
Leistungen							
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine) (A1)	P	358	350	350	350	350	350
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen (A1)	P	123	75	75	75	75	75
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume (A1)	P	46	60	60	60	60	60
Wirtschaftlichkeit							
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen (A1)	P	27%	52%	49%	49%	49%	49%

Fonds 8980	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.139
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Fonds 8980
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

A1 Mit dem kantonalen Wildschadenfonds werden einerseits Wildschäden vergütet und andererseits Wildschadenverhütungsmassnahmen (z.B. Zäune und Lebensraumverbesserungsprojekte) finanziert. Er wird durch Beiträge der Jäger (siehe § 8bis des kant. Gesetzes über Jagd und Vogelschutz) und aus der Erfolgsrechnung des Amtes für Landschaft und Natur, Fischerei- und Jagdverwaltung geäufnet.

Indikatoren

B1 Der Indikator zeigt das Verhältnis zwischen den Beiträgen aus dem Wildschadenfonds und den Einnahmen des Jagdpachtzinses sowie der Jagdpassgebühren in der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

+0.07 Weniger Staatsbeiträge

-0.06 Pauschale interne Verrechnung an die Erfolgsrechnung des ALN, Abt. Wald, für Schutzmassnahmen im Wald

+0.05 Höherer Übertrag aus der Erfolgsrechnung des ALN, Fischerei- und Jagdverwaltung

Indikatoren

L1: Anhand der aktuellen Prognosen und den Ergebnissen des Jahres 2008 ist eine Stabilisierung bei 350 Fällen zu erwarten.

L2: Anhand der aktuellen Vorhersage sind 75 Verhütungsmassnahmen zu erwarten.

B1: Der weitere Rückgang der Erträge aus den Jagdpachtzinsen erhöht den Anteil der Wildschäden an den Einnahmen der Fischerei- und Jagdverwaltung aus der Jagd.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- keine wesentlichen Veränderungen
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



7. Projekte

Immobilienamt

- Projekt-Nr. 87H-10630: Bezirksgebäude Dietikon
- Projekt-Nr. 87B-12404: Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich
- Projekt-Nr. 87H-20184: Rechberg, Umnutzung und Erneuerung Hauptgebäude
- Projekt-Nr. 87H-11900: PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich

Tiefbau

- Projekt-Nr. 144: SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen
- Projekt-Nr. 533: Ausführungsprojekt Oberlandautobahn, Umfahrung Wetzikon
- Projekt-Nr. 416: N 4 im Knonauer Amt
- Projekt-Nr. 415: N 4 / N 20, Zürich Westumfahrung

AWEL

- Projekt-Nr. 85W-525: Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)
- Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718: Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung (Erste und Folgeetappen)
- Projekt-Nr. 85P-0500: Kataster der belasteten Standorte (KbS)
- Projekt-Nr. 85W-372: Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)



Projekt-Nr. 87H-10630	Bezirksgebäude Dietikon
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Die Stimmberechtigten des Kantons beschlossen 1985 den Bezirk Dietikon mit dem Bezirkshauptort Dietikon zu gründen. Für die Behörden soll ein geeigneter Bau erstellt werden, um alle Verwaltungseinheiten, die derzeit noch von verschiedenen Stellen aus arbeiten, in Dietikon zusammenzufassen. Das Gebäude beinhaltet Räume für die Rechtspflege, die Staatsanwaltschaft, die Jugendanwaltschaft, das Gefängnis, der Bezirksposten und die Regionalabteilung der Kantonspolizei, das Statthalteramt und den Bezirksrat.
Wirkungsziel:
Räumliche Zusammenfassung und Einrichtung einer Bezirksverwaltung in Dietikon.
Leistungsziel:
Erstellung eines schlüsselfertigen Gebäudes für die Nutzung der Bezirksverwaltung

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	50.4	-27.8	-15.5	-7.1			

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-10630	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002	- Beschluss RR
2004	- Kreditbeschluss KR
2007	- Ausführungsbeginn
2010	- Fertigstellung

Bemerkungen
Ein Rekursverfahren, das erst im März 2005 erledigt werden konnte, führte zu einer Verzögerung des Baubeginns.



Projekt-Nr. 87B-12404	Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich
----------------------------------	---

Baudirektion / Immobilienamt

Kurzumschreibung Projekt

Zeitgemässer Ersatzneubau anstelle der leerstehenden Liegenschaft, welche einen grossen Instandsetzungsbedarf aufweist, die Anforderungen an moderne Arbeitsflächen nicht mehr erfüllt und das bestehende Flächenpotential nur ungenügend nutzt.

Wirkungsziel:

Aufgabe von Fremdmieten und Ermöglichung von Synergiegewinnen durch die Konzentration von Verwaltungseinheiten in der engeren Zentralverwaltung.

Leistungsziel:

Realisierung eines Ersatzneubaus, welcher die bestehenden Nutzungsreserven an zentralster Lage optimal nutzt und ausschöpft. Der Neubau soll den heutigen Anforderungen an moderne Publikums- (Erdgeschoss) und Büroflächen (Obergeschosse) gerecht werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-12.6	-3.1	-0.6	-1.5	-4.4	-3.0	

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)
--

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87B-12404

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Genehmigung Projektantrag und Freigabe der Phase Vorstudie nach Standardprozess ImV
2009	- Eigentumsübertragung der Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen; Abschluss Wettbewerb, Projektierungskredit, Projektausarbeitung und Kostenvoranschlag
2010	- Beschluss Objektkredit (Herbst)
2010/12	- Realisierung
2012	- Bezug (Frühjahr)
	-

Bemerkungen

Kosten (Planungsstand April 2009):

- 2008/09: Aufwand Phase Vorstudie (Wettbewerbsverfahren, Projektierungskreditantrag) 0.20Mio. Fr.
- 2009: Investition Eigentumsübertragung Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen, Planung 3.60 Mio. Fr.

2011/12: Investitionen Planung und Realisierung 8.70 Mio. Fr.

Massnahmen:

- Abbruch Liegenschaft Stampfenbachstrasse 28/30, Hauptnutzfläche total ca. 1520 m2
- Ersatzneubau, Hauptnutzfläche total ca. 2100 m2 / Nutzungskonzept: Erdgeschoss: publikumsorientierte Nutzung, Obergeschosse: Büronutzung



Projekt-Nr. 87H-20184	Rechberg, Umnutzung und Erneuerung Hauptgebäude
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Erneuerung des Hauptgebäudes unter Einbezug denkmalpflegerischer sowie feuerpolizeilicher Rahmenbedingungen. Umnutzung der Räumlichkeiten für repräsentative Aufgaben des Regierungsrates, des Kantonsrates, aber auch anderer Institutionen des Kantons wie Gerichte, selbstständige öffentlichrechtliche Anstalten usw.
Wirkungsziel:
Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für repräsentative Anlässe (Veranstaltungen, Bankette, Sitzungen, Konferenzen). Beseitigung der aktuellen Leerstände und der damit zusammenhängenden Risiken (Leerstandsschäden, Vandalenakte, Besetzungsrisiko).
Leistungsziel:
Totalsanierung des Gebäudes. Restaurierung Innenausstattung. Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten durch Schaffung eines zusätzlichen Saales. Behindertengerechte Erschliessung (Zugänge, Lifteinbau). Erfüllung Brandschutzauflagen.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-23.50	-0.35	-0.65	-2.00	-9.00	-9.00	-2.50

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-20184	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2003	- Nr. 1191/2003; Projektierungskredit 0.45 Mio. Fr. (Architekturwettbewerb, Projektierung)
2004	- Architekturwettbewerb
2006/09	- Variantenstudien mit Grobkostenschätzungen
2009	- Projektdefinition, Erhöhung Projektierungskredit, Projektausarbeitung und Kostenvoranschlag, Objektkreditantrag
2010	- Beschluss Objektkredit, Submission, Beginn Ausführungsplanung
2011	- Baubeginn
2013	- Baufertigstellung und Kreditabschluss

Bemerkungen
Kosten (Planungsstand April 2009): 2004-09 Planungsaufwand Phase Vorstudien (Wettbewerb, Variantenstudien) 0.32 Mio. Fr. 2009 Investition Planung Projekt mit Kostenvoranschlag 0.68 Mio. Fr. 2010-2013 Investition Ausführungsplanung und Bau 22.60 Mio. Fr.
Baumassnahmen
<ul style="list-style-type: none"> Sanierung und Erneuerung Rechberg: Massnahmen: Umfassende Innenrestaurationen, Sanierung Fenster, Reparaturen Fassade und Dach, Erneuerung Haustechnik, Lifteinbau, Gastroküche, Ausstattung, Audio-Visuelle Anlagen, Feuerpolizeiliche Auflagen; Total 14.20 Mio. Fr. Einbau Sitzungssaal im Untergeschoss (Nicht gebundene Kosten): Massnahmen: Umlegung Werkleitungen, Bodenabsenkung, Ausbau, Ausstattung; Total 9.40 Mio. Fr.
Aktuelle Risiken:
<ul style="list-style-type: none"> Politische Risiken auf Grund Investitionsumfang (Nutzung, Kosten) Bau- und Planungsrecht: Einspracherisiken durch private Heimatschutzvereine (Projektanpassungen, zeitliche Verzögerungen)



Projekt-Nr. 87H-11900	PJZ / Polizei- und Justizzentrum Hard, Zürich
Baudirektion / Immobilienamt	

Kurzumschreibung Projekt
Neubau eines Polizei- und Justizzentrums auf dem Areal des Güterbahnhofs SBB an der Hohlstrasse in Zürich-Aussersihl.
Wirkungsziel:
Bereitstellung des zukünftigen Raumbedarfs und Zusammenführung der zentralen Abteilungen sowie der Einsatzzentrale der Kantonspolizei, der polizeilichen Ausbildungseinrichtungen, der besonderen Staatsanwaltschaften sowie der Oberstaatsanwaltschaft und eines zweiten Bezirksgefängnisses für Zürich, unter Einbezug der Polizeihaft. Zusätzliche Integration von Teilen der Jugendstaatsanwaltschaft und des Haftrichteramtes sowie eines neuen Rechenzentrums für die Justizdirektion. Anbindung einer Aussenstation des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Bereitstellen von Mietflächen für die Aussenstelle Zürich der Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei des EJPD.
Leistungsziel:
Erstellung eines Neubaus für genannte Nutzungen. (KAPO, StA, JuStA, BGZ, IT/RZ, IRMZ, EJPD, STAPO)

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-545.9	-12.9	-9.0	-114.0	-150.0	-145.0	-115.0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-11900	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- Testprojekt
2003	- Volksabstimmung PJZG
2004/05	- Städtebauwettbewerb (Masterplan), Vorbereitung Gestaltungsplan mit UVP, Beschluss Raumprogramm
2005/06	- Projektwettbewerb
2006	- Projektierungskredit RRB 1686/2006
2006/07	- Ausarbeitung Vorprojekte 1 - 4
2007	- Erhöhung Projektierungskredit RRB 1190/2007 - Verabschiedung Vorprojekt 2, November 2007
2007/08	- Festsetzung und Verfahren zum Gestaltungsplan (BD, RR, VG, BG)
2008	- Ausarbeitung Vorprojekt 5, Baugesuchsprojekt
2009	- Baurechtliches Verfahren - Erarbeitung Kostenvoranschlag - Objektkreditantrag (RR, KR) - Abbruch- und Baubewilligung, Baufreigabe
2010	- Beschluss Objektkredit (RR, KR), - Landkauf Teilfläche 1 (ca. 85%, ca. 54'300 m2) - Beginn Abbruch alter Güterbahnhof, Altlastensanierung
2011	- Baubeginn PJZ (ohne Erweiterungsoption Gefängnis)
2013	- Fertigstellung PJZ
2014	- Etappenweiser Bezug PJZ
2015/20	- Landkauf Teilfläche 2, (ca. 15%, ca. 9'300 m2), frühestens 2015, spätestens 2020



Meilensteinplanung Projekt-Nr. 87H-11900	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
Bemerkungen	
<p>Kostenübersicht</p> <p>Rahmenkredit PJZG 2003</p> <p>Der vom Stimmvolk genehmigte Rahmenkredit beträgt Fr. 490 Mio., davon entfallen Fr. 110 Mio. auf den Landerwerb. Bestandteil des Gesetztes war, auch die übliche Teuerungsklausel (§ 4 Abs. 2 PJZG); in welche die Kostenangabe sich bis zum Zeitpunkt der Realisierung entsprechend der jeweiligen Entwicklung der Kostenindexe erhöhen oder reduzieren kann. Die seit der Abstimmung aufgelaufene Teuerung für Bau und Land beträgt rund Fr. 47 Mio.</p> <p>Zusatzkosten 2009</p> <p>Das Projekt hat sich seit Beschluss des Rahmenkredites im Jahr 2003 entwickelt. Diverse im Gesetz angestrebten Synergien konnten umgesetzt werden. Das Projekt umfasst heute neben neuen Nutzungen wie beispielsweise ein Rechenzentrum auch Flächen für die Aussenstelle Zürich der Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei des EJPD. Auf Grund von Zusatznutzungen, neuen Baustandards/-vorschriften sowie des nur teilweise realisierbaren Sparauftrages wurden die resultierenden Zusatzkosten im Rahmen der Grobkostenschätzung (Genauigkeit +/- 15%) vom Februar 2009 auf insgesamt Fr. 95 Mio. beziffert.</p> <p>Kostensicherheit</p> <p>Mit der am 2. März 2009 erfolgten Baueingabe liegt erstmals ein Projektstand vor, auf welchem das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet werden kann. Die für einen Objektkreditantrag benötigte Kostensicherheit wird im Sommer 2009 vorliegen.</p> <p>Gebundene Kosten</p> <p>Bestandteil der Weisung um PJZG war zudem der Hinweis auf die mit dem Projekt zusammenhängenden gebundenen Ausgaben (Kap. 4.5 Kostenermittlung), diese wurden mit Fr. 50 Mio. beziffert; was unter Einbezug der Teuerung heute rund Fr. 55 Mio. entspricht. Als gebundene Kosten waren definiert: Einsatzzentrale KAPO, Laboreinrichtungen und ein Drittel des Mobiliars sowie die Rückbaukosten bestehender Standorte. Diese nutzerspezifischen Investitionen werden durch die jeweiligen Nutzer budgetiert.</p> <p>Zu den Zahlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2008: - 5.0 Mio. Fr. Planungskosten • 2009: - 12.0 Mio. Fr. Investition Planung • 2010: -109.0 Mio. Fr. Investition Landkosten Teilfläche 1 (ca. Fr. 100 Mio.; Indexstand März 2009) und Planung • 2011-13: - 410.0 Mio. Fr. Investition Bau • 2014: - 66.0 Mio. Fr. Kostenanfall (ausserhalb KEF 2010-13) • 2015-20: - 17.0 Mio. Fr. Investition Landkosten Teilfläche 2 (Indexstand März 2009) <p>Die Kostenwerte Bau basieren auf einer Grobkostenschätzung mit einer Genauigkeit von +/- 15%. Die Gesamtinvestition innerhalb KEF 2010-2013 beträgt Fr. 531.0 Mio.</p> <p>Objektkreditantrag 2009:</p> <p>Der für die Realisierung des Polizei- und Justizzentrums Zürich PJZ notwendige Objektkredit wird voraussichtlich im Herbst 2009 beim Kantonsrat beantragt.</p> <p>Der Objektkreditantrag erfolgt auf der Basis des im Sommer 2009 vorliegenden Kostenvoranschlages (Genauigkeit +/- 15%).</p> <p>Grobkostenschätzung Stand Februar 2009 (Genauigkeit +/- 15%)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auftrag gemäss Gesetz PJZ (Rahmenkredit für KAPO, StA, BGZ) 490.0 Mio. Fr. • Zwischenzeitlich aufgelaufene Teuerung (Bau und Landkauf <p>Teilfläche 1, aufindexiert) 47.0 Mio. Fr.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zusatzkosten gemäss Zusatzkreditantrag Februar 2009 95.0 Mio. Fr. • Total Objektkredit (Netto-Investition, exklusiv Land Teilfläche 2) 632.0 Mio. Fr. <p>Allgemein:</p> <p>Das Baufeld I beinhaltet ca. 60 % des Areals. Das Baufeld II mit ca. 40 % Arealfläche steht aus heutiger Sicht mindestens für die nächsten 15 - 20 Jahre einer einstweiligen kommerziellen Nutzung offen und soll erst später für Polizei- oder Justizaufgaben genutzt werden. Die Anlagen des PJZ auf dem Baufeld I sowie das gesamte Grundstück werden im Verwaltungsvermögen eingestellt.</p> <p>Die einstweilen kommerziell genutzten Gebäude auf dem Baufeld II sollen frühestens ab 2015 im Finanzvermögen erstellt werden. Für dessen Verwendung ist der Regierungsrat zuständig. Der dafür in Anspruch genommene Landanteil soll zu Gunsten des Verwaltungsvermögens entschädigt werden. Die Gebäude sollen so konzipiert werden, dass sie ohne grössere Umbauten in späterer Zukunft als Erweiterung des PJZ, verwendet werden können.</p> <p>Aktuelle Risiken:</p>	



Bemerkungen

- Freigabe Objektkredit auf Grund Zusatzkosten (Zusatzkreditantrag 2009); allfälliges Referendum resp. Volksabstimmung kann nicht ausgeschlossen werden.

**Projekt-Nr. 144** | **SN 1.4.4 Einhausung Autobahn Schwamendingen****Baudirektion / Tiefbau****Kurzumschreibung Projekt**

Mit der Einhausung der Autobahn wird das an die meistbefahrene Verkehrsachse Zürichs angrenzende dicht besiedelte Gebiet Schwamendingen von den hohen Lärmemissionen entlastet. Dies, und der Gewinn an Grünraum, eröffnen dem Quartier neue Entwicklungsperspektiven.

Wirkungsziel:

Lärmschutz, städtebauliche Neugestaltung und Aufwertung des Quarties um die Nationalstrasse SN 1.4.4 Zürich-Nordost in Schwamendingen.

Leistungsziel:

Bau einer Lärmschutzüberdeckung auf bestehendem Niveau (Einhausung), im Trassee der heutigen Nationalstrasse. Deckelnutzung als Grünraum (Parkanlage). Koordination mit privaten Arealüberbauungen der Anrainer.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen		0	-1.3	-1.0	-5.8	-14.0	-14.0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 144

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- KR erteilt RR den Auftrag zur Erarbeitung einer Kreditvorlage für eine Einhausung (Motion KR Nr. 225/2001)
2005	- Kreditbeschluss KR vom November 2005 über 50.6 Mio. Fr. Dagegen wurde kein Referendum ergriffen
2006	- Volksabstimmung Stadt Zürich über Beitrag von 39.8 Mio. Fr. wurde am 26.9.2006 angenommen
2009	- Definitives Projekt mit Kostenvoranschlag - Plangenehmigungsverfahren (NSG)
2010	- Baubeginn
2013	- Bauende - Inbetriebnahme

Bemerkungen

Kostenanteile: 56% Bund, 25% Kanton, 19% Stadt Zürich

Risiko: Allfällige Beschwerdeverfahren zur Projektfestsetzung UVEK / BAV



Projekt-Nr. 533	Ausführungsprojekt Oberlandautobahn, Umfahrung Wetzikon
Baudirektion / Tiefbau	

Kurzumschreibung Projekt
<p>Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Umfahrung Wetzikon soll die Lücke im Zürcher Oberland zwischen dem Anschluss Uster Ost (Autobahnende) und dem Kreisell Betzholz schliessen. Damit können die regionalen und nationalen Verkehrsströme kanalisiert und das Siedlungsgebiet von Wetzikon und den anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zusammen mit Massnahmen des ÖV wird die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets gefördert.</p> <p>Die Oberlandautobahn ist im Sachplan Verkehr des Bundes, Teil Massnahmen, im Grundnetz als Nationalstrasse vorgesehen.</p> <p>Wirkungsziel:</p> <p>Lückenschliessung im kantonalen Hochleistungsstrassennetz.</p> <p>Entlastung der anliegenden Gemeinden vom Durchgangsverkehr.</p> <p>Leistungsziel:</p> <p>Der Bau des noch fehlenden Autobahnabschnittes nimmt in hohem Masse Rücksicht auf die Umwelt, der Streckenabschnitt ist zur Hälfte in Tunnels geführt.</p>

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		-0.8	-0.3	0	0	0	0

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 533	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2001	- Genehmigung des generellen Projektes durch RR
2003	- Genehmigung am 5.5.2003 durch KR des Projektierungskredites von 9 Mio. Fr. für die Ausarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Umweltverträglichkeitsbericht
2005 - 2007	- Projektpräsentation mit anschliessender öffentlicher Planaufgabe, Einsprachenbehandlung und Projektänderungen
2008	- Projektfestsetzung am 5.3.2008 durch RR. Öffentliche Auflage RRB und UVB

Bemerkungen

**Projekt-Nr. 416** | **N 4 im Knonauer Amt****Baudirektion / Tiefbau****Kurzumschreibung Projekt**

Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die A4 im Knonauer Amt ermöglicht eine schnelle Verbindung zum Wirtschaftsraum Innerschweiz. Sie entlastet die anliegenden Siedlungen vom Durchgangsverkehr.

Wirkungsziel:

Verbinden der Wirtschaftsräume Kanton Zürich und Innerschweiz.

Entlasten der Siedlungen im Knonauer Amt vom Durchgangsverkehr.

Leistungsziel:

Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse im Knonauer Amt bestehend aus der offenen Strecke, dem Islisbergtunnel und dem Anschluss Zürich West (Filderen).

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		-21.4	-17.5	-9.8	-3.0	-3.1	-2.4

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 416

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1970	- Genehmigung des Detailprojektes Abschnitt N 4.1.7, Knonau bis Kantonsgrenze Zug
1997	- Rückzug des Teileröffnungsentscheides (N 4.1.7)
1998	- Zustimmung RR zum Ausführungsprojekt (N 4.1.6)
1999	- Entscheid des Verwaltungsgerichtes
2001	- Entscheid des Bundesgerichtes; Genehmigung des Ausführungsprojektes durch das UVEK
2001	- Baubeginn
2009	- Eröffnung der A4 im Knonaueramt

Bemerkungen

Mit den beiden Projekten N 4.1.6 Fildern bis Knonau, und der Fertigstellung der N 4.1.7 Knonau bis Kantonsgrenze Zug, setzt der Kanton den beschlossenen Bau des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Westumfahrung Zürich (Projekt Nr. 415).

Das Projekt befindet sich im Bau, die Inbetriebnahme ist am 13. November 2009.

**Projekt-Nr. 415** | **N 4 / N 20, Zürich Westumfahrung****Baudirektion / Tiefbau****Kurzumschreibung Projekt**

Der Wirtschaftsraum Kanton Zürich ist bezüglich Standortattraktivität auf schnelle und durchgängige Verkehrswege angewiesen. Die Westumfahrung Zürich verbindet die Nationalstrassen A1 (Zürich Richtung Bern-Basel) mit der A3 (Zürich Richtung Chur) und schafft die Voraussetzung für den Anschluss der A4 (Zürich Richtung Innerschweiz). Sie knüpft an die bestehende Nordumfahrung an und entlastet die Stadt Zürich vom überregionalen Verkehr.

Die flankierenden Massnahmen in Zürich West sind integrierender Bestandteil dieses Projektes.

Wirkungsziel:

Zusammenschluss der bedeutenden Verkehrswege im Wirtschaftsraum Zürich.

Entlastung der Stadt Zürich vom Durchgangsverkehr der A1 (Zürich West) zur A3 (Zürich Brunau).

Leistungsziel:

Bau einer Nationalstrasse 1. Klasse mit der Umfahrung Birmensdorf (N 20.1.4), dem Üetlibergtunnel (N 4.1.5) und dem Verkehrsdreieck Zürich Süd (Brunau: N 4.1.4).

Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des Durchgangsverkehrs in Zürich West.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		-24.6	-12.0	-10.0	-5.1	-1.3	-0.2

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)

	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen		0	0	0	0	0	0

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 415

Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
1996	- Kreditbeschluss RR vom 28. August 1996
1996	- Spatenstich in der Filderen, Baubeginn (September)
1999	- Vergaben/Baubeginn der Eggrain-, Hafnerberg-, Aeschertunnel
2001	- Vergaben/Baubeginn des Üetlibergtunnels
2006	- Teileröffnung Abschnitt Urdorf Süd bis Lunnerental (Anschluss Birmensdorf)
2008	- Projektfestsetzung und Einsprachenentscheid StR und RR zu den flankierenden Massnahmen
2009	- Eröffnung der Westumfahrung Zürich
2011	- Fertigstellung der flankierenden Massnahmen

Bemerkungen

Mit dem Projekt setzt der Kanton den beschlossenen Bau des Bundes im Nationalstrassenbereich um. Dabei übernimmt der Bund Kosten in der Höhe von 80%. Der Objektkredit stellt für den Kanton eine gebundene Ausgabe in der Kompetenz der Regierung dar.

Die Gesamtkosten der flankierenden Massnahmen von 61.5 Mio. Fr. werden zu 60% vom Bund, 24% vom Kanton und 16% von der Stadt Zürich übernommen.



Projekt-Nr. 85W-525	Linthkanal, Linthebene (Beitrag Kanton ZH)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Sanierung und Ausbau des Escher- und Linthkanals
Wirkungsziel: Verbesserter Hochwasserschutz der Linthebene mit den für den Kanton Zürich wichtigen Infrastrukturanlagen (Stromleitungen, Strassen) und Erhaltung des Walensees als Rückhalteraum (günstige Wirkung für Zürichsee).
Leistungsziel: Sanierung des Escher- und Linthkanals mit den erforderlichen Sicherheitsstandards und unter Beachtung der Umweltbelange.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung							
Netto-Investitionen	-9.00	-1.39	-0.53	-1.70	-1.40	-1.30	-0.40

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.19	-0.15*)	-0.18*)	-0.25*)	-0.30*)	-0.34*)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-525	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2002	- KR-Beschluss Nr. 3839a/2002 (Interkantonale Vereinbarung über das Linthwerk)
2006	- Planaufgabe (150 Einsprachen)
2007	- Projektfestsetzung
2008	- Baubeginn Escherkanal
.	- Bau Linthkanal ist noch blockiert wegen ausstehendem Bundesgerichtsentscheid.
2018	- Projektende

Bemerkungen
Der Kanton Zürich ist mit 10% der Nettoinvestitionen (abzüglich Bundesbeiträge) beteiligt.
Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.
*) Neuer Abschreibungsmodus nach IPSAS, weshalb sich ab dem Jahr 2009 die Höhe der Abschreibungen und Zinsen verändert.



Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718	Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft / Ausführung (Erste und Folgetappen)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Der Hochwasserschutz für Ellikon am Rhein und das Flaacherfeld sind nicht gewährleistet. Die Abflusskapazität der kanalisierten Thur ist zu klein. Das Projekt soll den Hochwasserschutz verbessern und das Auengebiet der Thurmündung revitalisieren. Das Auengebiet von nationaler Bedeutung ist das grösste im schweizerischen Mittelland.
Wirkungsziel:
Verbesserter Hochwasserschutz der anliegenden Siedlungen und Landwirtschaftsgebiete; Erhaltung und Revitalisierung des Thur-Auengebiets.
Leistungsziel:
Verbesserungen und Verstärkungen an den Hochwasserdämmen; Revitalisierung des Auengebiets.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	+8.57 *)	+4.21 *)	+1.11 *)	+2.08 *)	0.00 *)	0.00 *)	0.00 *)
Netto-Investitionen	-42.4 **)	-4.01	-4.48	-2.57	+0.58	-1.95	-1.73

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		0.00	-0.27 ***)	-0.41 ***)	-0.44 ***)	-0.46 ***)	-0.54 ***)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-700 / 85W-718	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2005	- Projektfestsetzung RRB Nr. 370/2005
2006	- Kreditbeschluss KR vom 04.12.2006
2007	- Landerwerb
2008	- Baubeginn
2019	- Bauende

Bemerkungen
Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Konzession für das Kraftwerk Eglisau.
Die Revitalisierung der Auenlandschaft stützt sich auf die Auenverordnung des Bundes.
Die Auswirkungen der Umsetzung auf den Staatshaushalt beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.
Mit Beschluss vom 04.12.2006 bewilligte der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 42,482 Mio. Franken.
*) Die Heimfallverzichtsentschädigung des Kraftwerks Eglisau wird gemäss dem Projektfortschritts beim Thurauen-Projekt vereinnahmt. Ab dem Jahr 2011 ist keine Heimfallverzichtsentschädigung mehr geschuldet.
***) Gemäss Kreditbeschluss KR vom 04.12.2006.
***) Neuer Abschreibungsmodus nach IPSAS, weshalb sich die Höhe der Abschreibungen/Zinsen ab 2009 verändert.



Projekt-Nr. 85P-0500	Kataster der belasteten Standorte (KbS)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Erstellung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) nach Bundesrecht (Altlastenverordnung/AltIV vom 26. August 1998). Überprüfen aller Standorte aus dem Altlastenverdachtsflächen-Kataster (VFK) und Eintrag im KbS / Löschung im VFK.
Wirkungsziel:
Mit dem KbS sollen die von Altlasten ausgehenden Gefahren minimiert, Grundlagen für das Flächenrecycling geschaffen und Planungssicherheit für die Standortinhaber gewährt werden. Der Kataster ist öffentlich.
Leistungsziel:
Bis 2011 sollen die 13'000 Standorte aus dem VFK überprüft und sofern notwendig in den KbS aufgenommen werden.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung	-21.89	-1.49 *)	-1.73 *)	-1.34 *)	-1.49 *)	-0.57 *)	-0.16 **)
Netto-Investitionen							

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.10 ***)	-0.10 ***)	-0.10 ***)	-0.10 ***)	-0.10 ***)	-0.10 ***)
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85P-0500	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
	- Summe abgeklärter Standorte kumulativ:
2008	- 10'340 (Ist)
2010	- 12'100 (Budget)
2011	- 13'000 (Ziel)

Bemerkungen
*) Die Beträge der einzelnen Jahre setzen sich zusammen aus:
Aufwand
<ul style="list-style-type: none"> Fachgruppe Betriebsstandorte KbS (Gehälter, Sozialbeiträge Arbeitgeber, Infrastruktur) Informatik O+I (Abschreibungen/Zinsen für die Applikation "al-Informatik") Dienstleistungen Dritter Entschädigung Temporäre
Ertrag
<ul style="list-style-type: none"> Betriebsbeiträge Bund gemäss USG-Revision vom 01.11.2006 (in den Jahren 2007 bis 2010 von je 0,5 Mio. Franken, total 2 Mio. Franken)
***) Auslaufende Kosten Fachgruppe Betriebsstandorte KbS (Gehälter, Sozialbeiträge Arbeitgeber, Infrastruktur).
***) Aufwendungen für die Nachführung KbS.



Projekt-Nr. 85W-372	Eulach, Winterthur, Hochwasserschutz (Hochwasserrückhalteraum Hegmatten)
Baudirektion / AWEL	

Kurzumschreibung Projekt
Hochwasserrückhalteraum mit einem wirksamen Rückhaltevolumen von rund 570'000 m3. Maximale Höhe des Abschlussdamms rund 3,5 m ab Terrain. Unterirdischer Zufluss aus dem Entlastungskanal Hegi.
Wirkungsziel:
Verbesserter Hochwasserschutz für Winterthur. Reduktion des Schadenpotentials um 400 Mio. Franken.
Leistungsziel:
Bau des Zuflusskanals und des Rückhalteraaumes mit den erforderlichen Sicherheitsstandards.

Projektaufwand (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung		-0.05 *)					
Netto-Investitionen	-32.9		-0.05 *)	-0.05 *)	-0.05 *)	-0.15 *)	-3.10

Auswirkung der Umsetzung auf Staatshaushalt (in Mio. Fr.)							
	Total	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Saldo Erfolgsrechnung			-0.04	-0.04	-0.04	-0.04	-0.11
Netto-Investitionen							

Meilensteinplanung Projekt-Nr. 85W-372	
Jahr	Meilensteine / Ergebnisse
2008	- Vernehmlassung / Planaufgabe
2008	- Projektfestsetzung
2012	- Baubeginn

Bemerkungen
*) Die Planungs-/Projektierungskosten werden ab 2009 (Änderung der Rechnungslegung) über die Investitionsrechnung gebucht.
Die Auswirkungen der Umsetzung auf die Finanzen des Staatshaushalts beinhalten Zinsen und Abschreibungen. Entlastung der Rechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von Privaten auf Grund der Durchführung des Projekts (Vermeidung von Schäden und Haftungsansprüchen) ist hingegen nicht berücksichtigt.



Entwicklungen der Funktionsbereiche



Einleitung

Das Kapitel Funktionsbereiche dient der Planung und Steuerung von direktionsübergreifenden, verwaltungsinternen Aufgabenbereichen. Es handelt sich dabei um Aufgaben, die von einer zentralen Stelle koordiniert werden, deren Umsetzung und Finanzierung aber vorwiegend dezentral in den Direktionen und Leistungsgruppen erfolgt. Darunter fallen folgende Bereiche:

- E-Government
- Immobilien
- Informatik
- Personal
- Umwelt

Die koordinierende Stelle dieser Aufgabenbereiche ist jeweils einer Leistungsgruppe zugeordnet (8700 Immobilienamt, 4600 Direktionsübergreifende Informatik, 4500 Personalamt, 8000 Generalsekretariat Baudirektion (Umwelt), 1000 Staatskanzlei (E-Government)). Die Planung von Leistungen und Finanzen für die Koordinationsaufgaben erfolgt im Rahmen dieser Leistungsgruppen. Die Planungen in vorliegendem Kapitel konzentrieren sich ergänzend dazu auf die direktionsübergreifenden Aspekte. Grundlage dazu bietet das jeweilige Controlling der Funktionsbereiche: Personalcontrolling, Ökocontrolling (betrieblicher Umweltschutz), Immobiliencontrolling, IT-Controlling und Strategiecontrolling E-Government.

Das Ziel des Kapitels Funktionsbereiche besteht darin, die Umsetzung und Finanzierung der direktionsübergreifend geltenden strategischen Ziele darzulegen. Die strategischen Ziele der Funktionsbereiche gelten für alle Leistungsgruppen, auch wenn sie nicht in jeder Leistungsgruppe einzeln aufgeführt werden. Die Massnahmen zur Umsetzung der strategischen Ziele und deren Finanzierung sind in der Regel dezentral bei den einzelnen Leistungsgruppen eingestellt. In vorliegendem Kapitel werden diese dezentral eingestellten Elemente zu einem Überblick zusammengefasst mit dem Ziel, Transparenz und Steuerbarkeit zu verbessern.

Die einzelnen Kapitel sind jeweils ähnlich aufgebaut. Sie starten mit der Beschreibung der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Dann folgt ein Überblick über die Organisation und ein Kapitel über Strategische Ziele und deren Umsetzung. Abschliessend wird über finanzielle Entwicklungen berichtet.



E-Government

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

E-Government wurde gemäss RRB Nr. 429/2009 neu als Funktionsbereich in den KEF aufgenommen. Dies, weil die Stabsstelle E-Government direktionsübergreifende strategische und planerische Aufgaben wahrnimmt und zentrale Leistungen erbringt, die Umsetzung von fachspezifischen E-Government-Angeboten jedoch vorwiegend in den Direktionen erfolgt. Als Grundlage für eine koordinierte Weiterentwicklung von E-Government hat die Stabsstelle die E-Government-Strategie des Kantons Zürich 2008-2012 erstellt, die vom Regierungsrat am 10. September 2008 festgesetzt wurde.

2. Organisation

Die Stabsstelle E-Government ist der Staatskanzlei angegliedert (siehe Leistungsgruppe 1000) und ist nebst der Erarbeitung der E-Government-Strategie verantwortlich für den Betrieb der Webinfrastruktur und der neuen Transaktionsplattform ZHservices. Sie hat die Aufgabe, das kantonale E-Government-Projektportfolio zu führen und zu steuern und führt selbst verwaltungsübergreifende E-Government-Projekte durch. Zudem ist sie für die externe Kommunikation der E-Government-Angebote zuständig. Organisatorisch ist die Stabsstelle direkt dem Staatsschreiber unterstellt.

Die Umsetzung und Finanzierung der Strategie erfolgt durch die Verwaltungseinheiten der Direktionen und der Staatskanzlei. Die Stabsstelle E-Government steht den Direktionen beratend zur Seite und hat den Auftrag, die Umsetzung zu koordinieren und zu steuern sowie deren Fortschritt zu messen. Sie benötigt dazu entsprechende Grundlagen und Instrumente, die im Strategiecontrolling-Konzept definiert sind. Schwerpunkte des Strategiecontrollings sind einerseits das Projektportfolio-Management sämtlicher E-Government-Projekte der kantonalen Verwaltung sowie die Bereitstellung eines E-Government-Leitfadens.

3. Umsetzung der strategischen Ziele

Die Leitlinien und strategischen Ziele sind in der E-Government-Strategie 2008-2012 festgesetzt. Die strategischen Ziele sind:

Ziel 1 Voraussetzungen schaffen

Die organisatorischen, rechtlichen und technischen Voraussetzungen sind geschaffen, um den koordinierten Auf- und Ausbau eines bedarfsgerechten und effizienten elektronischen Leistungsangebots zu ermöglichen.

Dieses Ziel ist prioritär zu verfolgen, da dessen Erfüllung eine wesentliche Voraussetzung für die Erstellung der E-Government-Angebote ist.

Ziel 2 Amtsverkehr mit der Wirtschaft

Alle für die Wirtschaft wichtigen Verfahren können elektronisch abgewickelt werden.

Dies betrifft vor allem die Bewilligungsverfahren; deren elektronische Abwicklung führt zu einer Beschleunigung und Effizienzsteigerung und damit zu einer administrativen Entlastung der Unternehmen und Organisationen.

Ziel 3 Amtsverkehr zwischen den Behörden

Der Verkehr zwischen der kantonalen Verwaltung und den Zürcher Städten und Gemeinden und dem Bund erfolgt durchgängig elektronisch.



Der elektronische Datenaustausch zwischen den Behörden ist eine Voraussetzung für die effiziente Abwicklung von staatsebenenübergreifenden Geschäften mit der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Ziel 4 Amtsverkehr mit der Bevölkerung

Der für die Bevölkerung wichtige Amtsverkehr kann elektronisch abgewickelt werden.

Die bestehenden papierbasierten bzw. über elektronische Formulare interaktiv angebotenen Dienstleistungen werden zu vollelektronischen Transaktionen ausgebaut, die einfach und sicher über das Internet benutzt werden können.

Ziel 5 Verwaltungsinterner Geschäftsverkehr

Der interne Geschäfts- und Schriftverkehr erfolgt über die ganze Verwaltung hinweg möglichst elektronisch.

Die papierbasierten internen Dienstleistungen für Mitarbeitende und Verwaltungsstellen sowie die Abwicklung der Prozesse innerhalb der Verwaltung werden wo nötig und aus Effizienzgründen zweckmässig elektronisch angeboten bzw. durchgeführt.

Ziel 6 Informationsangebot

Das Informationsangebot der Verwaltung ist aktuell und vollständig elektronisch verfügbar und für alle Leistungsbezüger einfach und zentral zugänglich sowie zielgruppen- und bedürfnisgerecht aufbereitet.

Das bereits umfassende bestehende elektronische Informationsangebot wird in qualitativer Hinsicht optimiert, und die Vorgaben und Standards für den Informationszugang werden umgesetzt.

Der Handlungsschwerpunkt beim Amts-/Geschäftsverkehr liegt in der Erstellung von Leistungen im Transaktionsbereich, d.h. für die Abwicklung von möglichst optimierten und medienbruchfreien elektronischen Prozessen. Beim Informationsangebot steht die Erschliessung und Qualität der Informationen im Vordergrund, weil es bereits ein umfangreiches Angebot gibt.

Eine Beurteilung, ob die Ziele bis 2012 erreicht werden können, ist erst nach Vorliegen des Projektportfolios im Herbst 2009 möglich. Die Stabsstelle E-Government führt dazu im Sommer 2009 eine Erhebung bei den Direktionen und der Staatskanzlei durch. Es ist jedoch bereits jetzt absehbar, dass gewisse Ziele mehr Zeit benötigen werden. Das Projektportfolio wird künftig im KEF ausgewiesen, das heisst erstmals im KEF 2011-2014.

Strategisch bedeutsame und direktionsübergreifende Projekte der Stabsstelle E-Government für 2010 sind:

- der Relaunch des gesamten Webauftritts (www.zh.ch)
- die Weiterentwicklung der Webinfrastruktur (insbesondere der neue Release des Content Management Systems)
- der funktionale Ausbau der Transaktionsplattform ZHservices sowie die Aufschaltung weiterer online-Dienstleistungen
- die Prüfung und ggfs. Regelung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden

4. Finanzielle Entwicklungen

Zu finanziellen Entwicklungen bezüglich Strategie-Umsetzung liegen ausser dem Budget der Stabsstelle E-Government (siehe Leistungsgruppe 1000, Staatskanzlei) noch keine Angaben vor. Die Gesamt-Kosten für E-Government werden im Rahmen der Erstellung und Aktualisierung des Projektportfolios erhoben und zusammen mit dem Projektportfolio im KEF 2011-2014 aufgeführt.



Immobilien

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Massgebende Änderungen des KEF 2010-2013 gegenüber dem KEF des Vorjahres sind in den Bereichen der Festlegung der Höhe der Nettoinvestitionsvolumen (NIV) Hochbau sowie in der Konzeption der Realisierungsreihenfolge vorzufinden. (Hochbauinvestitionsvolumen für KEF 2009-2012: 1'559 Mio. Franken, KEF 2010-2013: 1'485 Mio. Franken).

Die Festlegung des NIV Hochbau für den KEF 2010-2013 basiert erstmals auf einer hundertprozentigen Selbstfinanzierung über den Zeitraum des mittelfristigen Haushaltsgleichgewichts (2010-2017). Dieses Vorgehen dient der Einhaltung der Finanzstrategie 2010-2017 (RRB Nr. 634/2009).

Für die Erstellung der Realisierungsreihenfolge für den KEF 2010-2013 wurde erstmals die Methodik der Normalisierung der Nutzwerte, (Glättung der für jede Direktion unterschiedlichen Normalverteilungen) angewendet. Durch dieses Verfahren können die einzelnen Resultate der Nutzwertanalyse pro Direktion untereinander verglichen werden. Die direktionsinterne Rangierung der Investitionsprojekte wurde durch diese Methodik nicht verändert.

2. Organisation und Überblick

Die Grundlage für die Tätigkeit des Immobilienamtes (siehe Leistungsgruppe 8700) bildet die Immobilienverordnung vom 24. Januar 2007 (ImV). Per 1. Oktober 2007 wurden die Mitarbeiter und Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung (bisher Finanzdirektion) operativ in das Immobilienamt (Baudirektion) eingegliedert. Die Grundbuchgeschäfte wurden dabei der Abteilung Landerwerb, die Eigentümerversammlung für die Liegenschaften des Finanzvermögens sowie die Mietgeschäfte der Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement übertragen. Im Sommer 2008 wurde innerhalb der Abteilung Stab aus dem bisherigen Personalbestand eine neue Stelle für Projektentwicklung geschaffen.

Das Immobilienamt vertritt die Interessen des Kantons als Eigentümer. Da sich die Liegenschaften jedoch, wie vor der Schaffung des Immobilienamtes, noch zu einem grossen Teil im Eigentum der Fachdirektionen, Anstalten (Universität, Fachhochschulen, Spitäler) und Ämter befinden, sind auch die jeweiligen Verantwortungen für die Anlagebuchhaltung sowie die Budget- und Investitionsplanungen noch dort angeordnet. Dieser Umstand erschwert den angestrebten einheitlichen und rasch verfügbaren Überblick und eine unabhängige und direktionsübergreifende Steuerung der Investitionsvorhaben. Im direkten Planungs- und Steuerungsbereich des Immobilienamtes befinden sich zurzeit weniger als 9% der Immobilienwerte der Betriebsliegenschaften.

Der direktionsübergreifende Überblick über die Investitionsplanungen im Bereich Hochbau wird vom Immobilienamt erarbeitet. Dieser Überblick bildet die Grundlage für die auf die Zielsetzungen der Regierung abgestimmten Finanzplanungsvorgaben (NIV Hochbau) im Rahmen der KEF-Richtlinien. Die konkrete Umsetzung derselben - im Rahmen der Budget- und Finanzplanungen - liegt noch mehrheitlich bei den Nutzern, sprich den entsprechenden Fachdirektionen, Anstalten und Ämtern.

3. Umsetzung Immobilienstrategie Kanton Zürich

Gemäss § 29 ImV beschliesst der Regierungsrat auf Antrag der Baudirektion ein Leitbild und strategische Ziele für den Bestand, die Nutzung und die Bewirtschaftung der Betriebsliegenschaften. Mit der Gründung des Immobilienamtes im 2005 legte der Regierungsrat ein Leitbild sowie die strategischen Ziele für die Betriebsliegenschaften des Kantons Zürich fest.

Das Leitbild als langfristiges Dokument regelt in drei Leitsätzen die grundsätzliche Stossrichtung des Immobilienmanagements. Das Leitbild als Vision kann unverändert übernommen werden. Die strategischen Ziele hingegen wurden zu generischen formuliert und bedürfen nun einer



Differenzierung. Mit dem Übergang der Liegenschaften des Finanzvermögens von der Finanzdirektion an die Baudirektion müssen auch zu diesem Teilportfolio deren Ziele festgelegt werden.

Einordnung der Immobilienstrategie

Die Immobilienstrategie – vorerst nur die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich - gibt die Stossrichtung für das Immobilienmanagement vor und legt Leitplanken fest, innerhalb denen sich das Immobilienmanagement bewegen muss. Sie orientiert sich an den Legislaturzielen des Regierungsrates sowie am bereits verabschiedeten Leitbild. Sie bildet ihrerseits die Basis für funktionale Strategien wie Objektstrategie, Umweltstrategie und Instandhaltungsstrategien. Daraus werden dann die konkreten Massnahmen abgeleitet.

Gliederung der Immobilienstrategie

Das Immobilienportfolio wurde in Teilportfolios gegliedert, die sich so weit wie möglich an der Direktionsgliederung orientieren. Spezialimmobilien wie Grundstücke und Parkplätze bilden eigene Teilportfolios, ebenso das Finanzvermögen, für das zum Teil andere Regeln gelten. Bestimmungen, die für alle Teilportfolios gelten, wurden in der Grundstrategie festgehalten, die bis Ende August 2009 in Vernehmlassung bei den Direktionen ist.

Bearbeitungsstand

Immobilienstrategien dienen nie dem Selbstzweck, sondern sollen mithelfen, Geschäftsstrategien umzusetzen. Bei der Erarbeitung von Teilstrategien hat sich gezeigt, dass die Geschäftsstrategien vieler Organisationseinheiten noch nicht so weit sind, dass daraus Immobilien-Teilstrategien abgeleitet werden könnten. Es muss damit gerechnet werden, dass dies noch längere Zeit so bleibt. Andererseits wirkt sich das Fehlen einer konsistenten Immobilienstrategie immer stärker auf das Tagesgeschäft aus.

Unter dem Titel „Roadmap“ (Fahrplan Immobilienmanagement Kanton Zürich) wurden rund zwanzig Handlungsfelder oder Massnahmen aufgeführt, die dazu dienen, das Immobilienmanagement des Kantons Zürich den Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen. Sie sind nötig, um die vom Regierungsrat mit der Reorganisation des Immobilienmanagements gesteckten Ziele zu erreichen. Um diese Massnahmen trotz fehlender Strategien für einzelne Teilportfolios durchführen zu können, hat sich das Immobilienamt entschlossen, die Genehmigung der Immobilienstrategie in mehreren Schritten zu gestalten. Die Teilstrategien für einzelne Organisationseinheiten oder Direktionen werden im Jahr 2010-2012 gemeinsam mit diesen Organisationseinheiten erarbeitet und dem Regierungsrat einzeln zur Genehmigung vorgelegt.

Stellenwert der Immobilienstrategie

Die Immobilienorganisation, die mit RRB Nr. 1688/2005 geschaffen wurde, konzentriert sich insbesondere auf die neue Aufgabe des strategischen Projekt-Portfoliomanagements. Trotz der übergeordneten Eigentümervertreterfunktion führt die dezentrale Steuerung der finanziellen Mittel zu unausgeschöpften Budgets, oft zu Doppelspurigkeiten, zur Verhinderung von dringenden Projekten und zu Missständen im Objektmanagement. Verbessert werden kann die Situation, indem die Zuständigkeiten für das Immobilienmanagement geklärt werden.

Heute werden die immobilienrelevanten Daten in den Direktionen und ihren Organisationseinheiten in einer Vielzahl von dezentral geführten Leistungsgruppen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten verwaltet. Die Datenqualität ist unbefriedigend und Auswertungen sind sehr umständlich und zeitaufwändig. Die Realisierung eines modernen Datenmanagements (Objektkosten-, Raumkostenrechnung), das innert nützlicher Frist zuverlässige Daten zu einer Vielzahl von Fragen der Politik liefern kann, gilt als zentrale Aufgabe für das Immobilienamt. Ein zweckmässiges Immobiliencontrolling ist nicht oder nur mit grossem Aufwand möglich, ebenso wenig eine transparente Raumkostenrechnung.

Der Regierungsrat erreicht damit eine bessere Steuerung der Immobilieninvestitionen, schafft Transparenz und optimiert die Kosten im Bestandesmanagement. Als Minimallösung muss die gemeinsame Datenhaltung in einer zentral und einheitlich geführten Buchhaltung sichergestellt sein. Die gemein-



same Datenhaltung und deren Bewirtschaftung über ein gemeinsames Werkzeug würde die rasche Bildung von qualitativ hochwertigen Entscheidungsgrundlagen erlauben. Auch die Direktionen würden in ihrer täglichen Arbeit von der Professionalisierung profitieren. Ein weiterer Vorteil wäre die gestärkte Rolle bezüglich Eigentümervertretung und strategischer Immobilienplanung.

Die Wiedereinführung des Mietermodells wurde geprüft aber vom Regierungsrat vorerst zurückgestellt. Bei dieser Variante sind die Liegenschaften in einem Eigentümer-Pool zusammengefasst. Allerdings kommt diese Variante nicht ohne organisatorische Änderungen aus und bedingt auch ein Umdenken auf allen Stufen. Die Direktionen sind demzufolge die Mieter, die den Bedarf und dessen Qualität mitbestimmen. Da die Eigentümervertretung und die Immobilienplanung aus einer Hand erfolgen, verringern sich die Schnittstellen und die Kosten des Immobilienmanagements, die Flexibilität bei der Mittelzuteilung erhöht sich und die Steuermöglichkeiten des Regierungsrates werden erheblich verbessert. Es müsste sichergestellt werden, dass die Direktionen als Mieter mindestens so gut bedient werden wie heute.

3.1. Liegenschaften des Finanzvermögens

Die Bilanzierung wie auch die finanzrechtliche Zuteilung der Liegenschaften zum Finanz- und Verwaltungsvermögen werden durch das Gesetz über Controlling und Rechnungswesen vom 9. Januar 2006 (CRG) geändert. Der Begriff der öffentlichen Aufgabenerfüllung bleibt Abgrenzungskriterium für das Finanz- und Verwaltungsvermögen. Das Halten von Kulturgütern wie auch der Liegenschaften des Natur- und Denkmalschutzes wird als staatliche Aufgabe aufgefasst, weshalb diese Liegenschaften neu dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen sind.

Die durch den Regierungsrat seit den Neunzigerjahren befolgte Politik, Liegenschaften des Finanzvermögens zu veräussern, wenn für sie künftig keine Verwendung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder für Tauschgeschäfte besteht und wenn ein interessanter Kaufpreis erzielt werden kann, wird neu durch das Immobilienamt unter Berücksichtigung der Immobilienstrategie überarbeitet.

Obwohl die Liegenschaften im Finanzvermögen nicht als direkte Kapitalanlage dienen, stellen sie einen beträchtlichen finanziellen Vermögenswert dar und sollten demzufolge vermehrt nach Renditeüberlegungen bewirtschaftet werden. Nach der im Sommer 2009 abgeschlossen baulichen Zustandbeurteilung und Einzelbewertung der Liegenschaften wird das Immobilienportfolio des allgemeinen Finanzvermögens einer Bereinigung unterzogen.

3.2. Strategische Ziele Immobilienmanagement

Die Umsetzung der Immobilien-Strategie erfolgt nach folgenden drei Schwerpunkten:

1. Planung

Die Bedarfsplanung der Ressource Immobilie erfolgt zukunftsbezogen und ganzheitlich.

Grundsätze:

- Vor Inangriffnahme von Neu- oder Umbauten an bestehenden Immobilien oder vor Zumietung zusätzlicher Flächen müssen – im Sinn von Alternativen – sämtliche organisatorischen Massnahmen (Aufgabenänderung, Aufgabenverzicht, Nutzungstausch, Nutzungsverdichtung oder Nutzungsverlegung) geprüft worden sein.
- Alle immobilienrelevanten Massnahmen sind auf das Leitbild und die Erfüllung der strategischen Immobilienziele ausgerichtet. Sie werden beurteilt nach: Wichtigkeit (strategische Bedeutung), Dringlichkeit (zeitliche Priorität) und Wirtschaftlichkeit (Finanzierbarkeit/Folgekosten/Einsparungen)
- Mit zielgerichteter Planung sollen der Kapitaleinsatz möglichst gering gehalten, die Werterhaltung gesichert, Folgeschäden vermieden und Bewirtschaftungskosten optimiert werden.

**2. Bereitstellung**

Die Bereitstellung der Ressource Immobilie erfolgt in angemessener Qualität und zu angemessenen Kosten.

Grundsätze:

- Eine hohe Funktionalität der Immobilie soll die Sicherstellung der Infrastrukturvoraussetzungen für die Leistungserbringung der Nutzer gewährleisten. Es sind bauliche Standardlösungen mit grosser Flexibilität zu realisieren. Abweichungen davon sind dort vorzusehen, wo eine Standardlösung die wirtschaftlich schlechtere Wahl ist. Die Ausbauqualität orientiert sich neben den betrieblichen Anforderungen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer und nicht nach der Lebensdauer der Immobilie.

3. Bewirtschaftung

Die Bewirtschaftung der Ressource Immobilie erfolgt nutzergerecht nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Grundsätze:

- Die Bewirtschaftung der Immobilien erfolgt im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung der baulichen und gebäudetechnischen Anlagen, betrieblichen Einrichtungen sowie personenbezogenen Dienstleistungen zur Schaffung förderlicher Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse.
- Die dynamische und auf die unterschiedlichen Anforderungen abgestimmte Erbringung von Dienstleistungen unterstützt die langfristige Werterhaltung und Verfügbarkeit der Immobilie sowie die Kernprozesse der Nutzer.
- Die Bewirtschaftung entspricht wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen und erfolgt zu marktgerechten Kosten. Zur Schaffung von Anreizen für einen sparsamen und effizienten Umgang mit Ressourcen werden die Kosten den Nutzern transparent ausgewiesen.

3.3. Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten. In den letzten 2 Jahren hat das Immobilienamt folgende Gemeinkostenprojekte erfolgreich abschliessen können und in Anlehnung an die „Roadmap“ (Fahrplan Immobilienmanagement)

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
1	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Basis für Projekt 2 (Einzelbewertung) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung Durchführung und Nachführung: Hochbauamt	abgeschlossen Nachführung laufend
2	Einzelbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	abgeschlossen
3	Bewertung der Liegenschaften des Natur- und Heimatschutzfonds	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	abgeschlossen



Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
4	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Unterhalts- und Investitionsplanung	abgeschlossen
5	Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens	Grundlage für Anlagenbuchhaltung (IPSAS) sowie Unterhalts- und Investitionsplanung/-strategie	abgeschlossen
6	Immobilienhandbuch	Schriftliche Regelung aller relevanten Rollen, Prozesse und Pflichtenhefte sind in einem Dokument festgehalten Transparentes und klärendes Nachschlageinstrument und Hilfsmittel für sämtliche für die Immobilien zuständigen Stellen Einheitliche Terminologie und Verständnis bei allen Beteiligten	Ab Herbst 2009, Einführung 2010
7	Überarbeitung der Grundstrategie Kanton Zürich sowie der verschiedenen Teilstrategien	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienstrategien Die Strategie unterstützt den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität (Vorbereitung für die Einführung des Mietermodelles)	Herbst 2009, 2010
8	Immobilienmanagementsystem	Gesamtkonzept für die Daten und IT im Bereich Immobilien zur Sicherstellung von Schnittstellen und Datenaustausch Auf das Gesamtkonzept abgestimmt Softwarelösung für das Portfoliomanagement im IMA (Spezialsoftware für die Steuerung des grossen Portfolios)	2010
9	Liegenschaftsrechnung, Raumkostenrechnung	Liegenschaftsrechnung auf Stufe Liegenschaft/Objekt (Objektrechnung) Gliederung der Liegenschaftsrechnung nach Kostenträgern (Eigentümer, Nutzer, Betreiber), Kostenstellen, Profitcenter mit entsprechenden internen Verrechnungen Gliederung der Kosten nach immobilienwirtschaftlichen Konten und Kontengruppen Datenbasis für Benchmarking mit Dritten (Kantone und Wirtschaft)	2011, 2012
10	Controlling	Das Immobilienamt verfügt über die geeigneten immobilienwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente zur Verifikation von Immobilienleistungen und künftigen Immobilienentscheiden.	2011



Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Realisierungszeitraum
11	Nutzervereinbarungen (über alle kantonalen Liegenschaften)	Langfristige Vereinbarungen betreffend räumlichen und baulichen Bedürfnissen und Nutzerstrategien; Definition Serviceleistungen, -standard, -kosten und Verrechnung	2011, 2012

4. Finanzielle Entwicklungen

4.1 Investitionskosten

Herleitung Nettoinvestitionen Hochbau KEF 2010-2013

Der Investitionsplafond gemäss RRB Nr. 459/2009 für die KEF-Periode 2010–2013 wurde mehrstufig ermittelt. Für die Einhaltung eines hundertprozentigen Selbstfinanzierungsgrades der Immobilieninvestitionen gelten die Abschreibungen aus den Gebäudewerten (Einzelbewertung der Liegenschaften mit Stand 31. Dezember 2007) als Investitionsgrösse über den Zeitraum von acht Jahren (mittelfristiges Haushaltsgleichgewicht 2010-2017).

Ab 2014 lösen die Investitionen für Grossprojekte und Leasingverbindlichkeiten zusätzliche Abschreibungen von rund 108 Mio. Franken aus.

Damit das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht (2010–2017) eingehalten wird, muss diese zusätzliche Verschuldung durch Grossprojekte und Leasingverbindlichkeiten von rund 108 Mio. Franken der Jahre 2014–2017 kompensiert werden.

Dies führt für die KEF-Periode 2010-2013 zu zulässigen Nettoinvestitionen von 726 Mio. Franken, zu denen in einem zweiten Schritt die in RRB Nr. 429/2009 erwähnten Grossprojekte von 759 Mio. Franken addiert werden. Somit beläuft sich der Höchstbetrag für wertvermehrende und -erhaltende Instandsetzungsmassnahmen für die KEF-Periode 2010–2013 auf 1485 Mio. Franken.

Für die künftigen KEF-Perioden wird die Methodik der Einhaltung des hundertprozentigen Selbstfinanzierungsgrad für den Funktionsbereich Immobilien beibehalten.

Realisierungsreihenfolge KEF 2010-2013

Die Baudirektion wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Direktionen im Sinne der erfolgten Festlegung der Plafonds für Hochbauprojekte eine Realisierungsreihenfolge gemäss §37 ImV zu erstellen. Ziel der Realisierungsreihenfolge für den KEF 2010-2013 ist die optimale Allokation der beschränkten finanziellen Mittel von 1485 Mio. Franken auf die geplanten Projekten der KEF-Periode von 2056 Mio. Franken (Stand 26. März 2009) sowie die Hochbauinvestitionsbedürfnisse der Organisationseinheiten so weit wie finanziell möglich zu befriedigen.

Durch eine Normalisierung der Resultate der Nutzwertanalyse pro Direktion wurde eine Vergleichbarkeit zwischen den unterschiedlichen Nutzwerten der einzelnen Direktionen ermöglicht.

Die Realisierungsreihenfolge KEF 2010-2013 der Nettoinvestitionen Hochbau wurde mit RRB Nr. 689/2009 beschlossen.

Investitionscontrolling

Aufgrund der in Kapitel 2 erläuterten dezentralen Datenführung von Hochbauprojekten ist ein übergreifendes Investitionscontrolling der Hochbauprojekte durch das Immobilienamt nur beschränkt möglich. Die Einsichtnahme und Auswertung bei den Direktionen ist zurzeit nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich.



Durch die angestrebte Einführung eines modernen Datenmanagements mit zentraler Datenhaltung/-pflege verspricht sich das Immobilienamt Besserung dieses Umstandes.

4.2 Objektkosten

Aktuell sind Aussagen betreffend Objektkosten (Bewirtschaftungs- und Kapitalkosten der einzelnen Objekte) durch das Immobilienamt nur beschränkt möglich.

Die dezentrale Datenführung und -pflege der Objektkosten ermöglichen keine greifenden Aussagen über die effektiven Kosten der einzelnen Immobilienobjekte sowie über deren Wirtschaftlichkeit. Dies führt zu Intransparenz bei der Kostenermittlung des Immobilienbestandes und erschwert ein übergreifendes Bestandesmanagement der Immobilien.



Informatik

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Die seit einigen Jahren in Arbeit befindliche Informatikstrategie ist im Dezember 2008 vom Regierungsrat für verbindlich erklärt worden. Der Text enthält die entsprechenden Aktualisierungen. Insbesondere wurden bei den strategischen Zielen die in der Informatikstrategie genannten Ziele übernommen.

2. Organisation

Für die strategische Führung der **direktionsübergreifenden Informatik** ist seit Anfang 2005 das Kantonale IT-Team (KITT) verantwortlich. Das KITT setzt sich aus je einem Vertreter der Direktionen und der Staatskanzlei zusammen. Das KITT ist die fachlich vorgesetzte Stelle der KITT-Geschäftsstelle, welche die Entscheide des KITT umsetzt und für die Geschäftsführung zuständig ist. Die KITT-Geschäftsstelle ist eine Amtsstelle der Finanzdirektion (siehe Leistungsgruppe 4600).

Weitere Elemente der KITT-Organisation sind sogenannte Kompetenzzentren (CC) und Servicezentren (SC). CC sind verwaltungsinterne Einheiten, welche den Betrieb von direktionsübergreifenden Diensten koordinieren. SC sind interne oder externe Stellen, welche unter der Führung eines CC die Leistungen erbringen. Seit 2005 tätig ist das CC Netzwerkdienste, welches der KITT-Geschäftsstelle angeschlossen ist und für die direktionsübergreifenden Netzwerkdienste (*LEUnet*, Verzeichnisdienste, Domain Name System DNS, Internet-Zugriff) zuständig ist. 2005 wurde das CC IT-Sicherheit eingeführt. Es ist in der Direktion der Justiz und des Inneren eingegliedert; seine Aufgaben sollen im Rahmen der Umsetzung der Informatikstrategie überprüft werden. 2008 wurde das CC Messaging eingeführt, das wie das CC Netzwerkdienste Teil der KITT-Geschäftsstelle ist. Die Schaffung und Weiterentwicklung von Kompetenz- und Servicezentren ist eine der Schwerpunktaufgaben im Bereich Organisation im KEF-Zeitraum.

Das Informatikcontrolling wird durch die Informatikcontroller auf Direktionsebene und durch die KITT-Geschäftsstelle auf Verwaltungsebene durchgeführt.

Die **bereichsinterne Informatik**, d.h. die Realisierung der Informatikvorhaben und der Betrieb der Informatik in den Amtsstellen und Direktionen, ist Aufgabe der Amtsstellen und Direktionen. Sie müssen sich einerseits an die im KITT gefällten Strategieentscheide halten, können andererseits durch ihr KITT-Mitglied die Strategieentscheide beeinflussen und ihre Interessen einbringen. Der weitaus grösste Teil der Informatikausgaben entfällt auf die bereichsinterne Informatik.

3. Strategische Ziele

Die strategischen Ziele werden im Leitbild, der Informatikstrategie und der Umsetzungsplanung der Informatikstrategie festgelegt. Das Leitbild wurde vom Regierungsrat im Dezember 2006, die Informatikstrategie im Dezember 2008 verabschiedet. Der Umsetzungsplan, der gleichzeitig mit der Informatikstrategie erarbeitet wurde, war Ende Jahr Grundlage für die Detailplanung der Umsetzung.

Mit der Informatikstrategie wurden folgende 7 Ziele festgelegt:

1. Unterstützung und Optimierung der Verwaltungsprozesse

Mit der Informatik werden die Modernisierung der kantonalen Verwaltung und die Effektivität der Verwaltungsabläufe systematisch gefördert und verbessert, sowie die Anzahl der nicht automatisierten, repetitiven Vorgänge reduziert. Dies kann gegebenenfalls mit erheblichen Informatik-Investitionen verbunden sein.

**2. Wirtschaftliche Leistungserbringung**

Die Informatik-Organisation ermöglicht eine zuverlässige, effiziente und wirtschaftliche Leistungserbringung. Dabei werden mit dem verfügbaren Mitteleinsatz die Lizenz-, Support-, Betriebs- und Wartungskosten optimiert. Die Informatik richtet sich auf ihre internen Kunden aus und verrechnet ihre amtsübergreifenden Leistungen kostendeckend.

3. Effiziente Informatik-Prozesse

Die direktionsübergreifende Steuerung und Führung der Informatik erfolgt über ein einheitliches Prozessmodell.

4. Transparenter Informationsaustausch

Die Informatik unterstützt die Nachvollziehbarkeit der Verwaltungstätigkeit und ermöglicht einen transparenten, sicheren und zielgruppengerechten Informationsaustausch zwischen den Verwaltungseinheiten.

5. E-Government

Die Informatik schafft die Infrastruktur für die Erstellung von Informationsangeboten und die elektronische Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte mit der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie zwischen den öffentlichen Partnern.

6. Gestaltung der Arbeitsplätze

Den Mitarbeitenden wird ein Portal zur Verfügung gestellt, das die Nutzung der wichtigsten direktionsübergreifenden Programme, Datenbanken und Informationen ermöglicht.

7. Datenschutz und Informatik-Sicherheit

Die bestehenden Sicherheitsvorgaben werden eingehalten und wenn notwendig zusätzliche Sicherheitsstandards definiert, umgesetzt und gepflegt.

Das Sicherheitsbewusstsein aller Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung wird kontinuierlich gefördert.

Stand: Im Umsetzungsplan sind 13 Vorhaben beschrieben, durch die diese Ziele erreicht werden sollen. Sie sind in folgende vier Vorhabensgruppen eingeteilt:

1. Strategische Ausrichtung (7 Vorhaben)
2. Informatiksicherheit (2 Vorhaben)
3. Dokumentenmanagement (3 Vorhaben)
4. Portal (1 Vorhaben)

Das KITT hat im November 2008 beschlossen, folgende vier Vorhaben in die erste Umsetzungseinheit aufzunehmen:



- Zentralisierung der Informatik (Führungsprozesse, IT-Governance) auf Direktionsstufe
- Projektportfolio - Management
- Informatikcontrolling
- Standards und Architekturen.

Der Regierungsrat hat der ersten Umsetzungseinheit im Juli 2009 zugestimmt. Die Umsetzung ist für den Zeitraum Mitte 2009 bis Mitte 2011 geplant. Vorgesehen ist, 2010 eine zweite Umsetzungseinheit zu beginnen. Projektdauer und Umfang sind an die finanziellen Möglichkeiten anzupassen.

4. Finanzielle Entwicklung

Informatikinvestitionen sind in der Regel über die Amtsstellen zu finanzieren und unterliegen den Investitionsplafonds der Direktionen. Zur Vermeidung einer doppelten Steuerung - einerseits über den Funktionsbereich Informatik, andererseits über die Direktionen - werden an dieser Stelle nur die direktionsübergreifenden Projekte im Sinne einer Übersicht aufgeführt.

Informatikquerschnittsprojekte mit strategischer Bedeutung im Zeitraum 2010 – 2013

Projekte	Volumen in Mio. Fr.	Jahr Entscheid	Realisierungszeitraum
Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kollaborationsplattform	1,8	2006	2006 - 2010
Zentralisierung auf Direktionsstufe (UE 1, Teilprojekt 1)	1.1	2009	2009 - 2011
Projektportfolio - Management (UE 1, Teilprojekt 2)	0.6	2009	2009 - 2011
Erneuerung Informatikcontrolling (UE 1, Teilprojekt 3)	0.3	2009	2009 - 2011
Standards und Architekturen (UE 1, Teilprojekt 4)	0.1	2009	2009 - 2011
KITT - Kompetenzzentrum Projektmanagement	0.3		2010 - 2012
KITT - Servicezentrum Beschaffung	0.0		2010 - 2012
KITT - Kompetenzzentrum Informatik-Sicherheit	1.0		2010 - 2012
Zentralisierung der Betriebsstandorte	1.5		2011 - 2012
6 weitere Vorhaben der Umsetzung der Informatikstrategie			ab 2010

Mit Ausnahme des ersten Projekts handelt es sich um Vorhaben zur Umsetzung der Informatikstrategie.

Die mit UE 1 bezeichneten Projekte sind Teilprojekte der 1. Einheit der Umsetzung.

Entwicklung der Informatik – Arbeitsplatzkosten pro Direktion

Auf den KEF 2009-12 hin wurde mit den ‚Arbeitsplatzkosten pro Direktion‘ ein neuer Indikator eingeführt. Er ist das Ergebnis einer KEF- Erklärung des Kantonsrats.

Die Entwicklung wird in zwei Zahlenreihen wiedergegeben: Die erste (A.) enthält alle Informatikkosten und zeigt die unterschiedliche Informatikintensität der Direktionen. Die zweite (B.) enthält die Basisarbeitsplatzkosten und erlaubt einen Vergleich zwischen den Direktionen. Der Vergleich der beiden Tabellen zeigt, dass die Basisarbeitsplatzkosten etwa 25 - 30% der Informatikkosten ausmachen.

**A. Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz**

	Beträge in Fr. Direktion	Rechnung 2008	Budgetjahr 2010	Planjahr 2011	Planjahr 2012	Planjahr 2013
1	Regierungsrat + Staatskanzlei	29'582	40'500	24'600	24'600	24'600
2	Direktion der Justiz und des Innern	8'486	8'050	8'050	8'050	8'050
3	Sicherheitsdirektion	13'012	12'809	12'809	12'809	12'809
4	Finanzdirektion	36'956	33'500	31'200	31'500	31'800
5	Volkswirtschaftsdirektion	6'926	6'245	5'924	6'668	5'721
6	Gesundheitsdirektion	7'216	9'100	10'000	9'200	9'400
7	Bildungsdirektion	6'048	5'305	5'263	5'263	5'331
8	Baudirektion	10'442	12'700	12'700	12'700	12'700
4600	Direktionsübergreifende Informatik					
	Durchschnitt Verwaltung	12'064	12'142	11'884	11'805	11'825

Die Zahlen zeigen einerseits die unterschiedliche Informatikintensität einer Direktion (wie stark wird die Informatik für die Leistungserstellung eingesetzt; wie stark ist Informatik anwendbar, werden zentrale Anwendungen betrieben) und andererseits grössere Beschaffungen (z.B. Erneuerung Arbeitsplatz-ausrüstung) und Projekte (z.B. Züri Primo des Steueramtes) im Berichtsjahr.

Diese Unterschiede werden fortbestehen, jedoch beeinflusst durch Beginn und Abschluss von Projekten, Erneuerungen für grössere Bereiche, die Zentralisierung der Leistungserstellung und die technische Entwicklung.

Berechnung des Indikators:

Die ausgewiesene Zahl ist das Verhältnis **(geplanter) Informatikgesamtaufwand durch (geplante) Anzahl Arbeitsplätze**.

Der **Informatikgesamtaufwand** ist Bestandteil der jährlich erhobenen Informatikkennzahlen. Er enthält vier Ausgabengruppen: die Abschreibungen auf Informatikinvestitionen (2008 Investitionsausgaben), den Personalaufwand (bis 2008 Fr. 130'000, ab 2009 Fr. 150'000 pro Informatikstelle), den Sachaufwand (Konti 3113, 3151, 3162, 3908) und die internen Verrechnungen für Informatikleistungen (Konto 3911) plus den Mehraufwand der weiterverrechnenden Informatikabteilungen.

Die **Anzahl Arbeitsplätze** wird jährlich in einer Umfrage bei den Informatikcontrollern erhoben.

Die Zahlen für die Planjahre basieren auf einer Abschätzung der Entwicklung im Planungszeitraum.

**B. Basis-Arbeitsplatzkosten**

	Beträge in Fr. Direktion	Rechnung 2008	Budgetjahr 2010	Planjahr 2011	Planjahr 2012	Planjahr 2013
1	Regierungsrat + Staatskanzlei	3551	3730	3730	3730	3730
2	Direktion der Justiz und des Innern	1750	1850	1850	1850	1850
3	Sicherheitsdirektion	2947	2947	2947	2947	2947
4	Finanzdirektion	2780	2780	2780	2780	2780
5	Volkswirtschaftsdirektion	1860	1900	1900	1900	1900
6	Gesundheitsdirektion	2272	3000	3000	3100	3200
7	Bildungsdirektion	1974	2263	2370	2352	2357
8	Baudirektion	2323	1900	1900	1900	1900
	Durchschnitt Verwaltung	2206	2525	2544	2560	2580

Der Indikator wurde erstmals für 2008 erhoben. Die Erhebung erfordert einen grossen Aufwand und stellt hohe methodische Anforderungen.

Folgende Kosten werden einbezogen:

Helpdesk und Support: Personalaufwand (angewendet wird ein Einheitspersonalaufwand von Fr. 180'000 pro Jahr, der Sozialleistungs-, Raum- und Ausbildungskosten einschliesst)

Helpdeskinfrastruktur: Tools für Ticketverwaltung und Softwareverteilung (anteilig, falls für weitere Software verwendet), Telefonkosten

Arbeitsplatzausrüstung: Personalcomputer + Laptop, Drucker: Jahreskosten bei 5 Jahren Nutzungsdauer; Multifunktionsdrucker werden einbezogen, wenn sie ans Netz angeschlossen sind; Software: Betriebssystem, MS-Office-Produkte, Lotus-Notes; E-Mail (Nutzungslizenzen)

File- und Print-Server: Beschaffungs-/Amortisationskosten, Betriebskosten (Klimatisierung, Strom, USV, Standkosten): anteilmässig, wenn der Server auch für andere Anwendungen genutzt wird; Datensicherungskosten, Fileaccess-Kosten

Netzwerk: Portkosten des LAN



Personal

1. Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres

Keine

2. Überblick

2.1 Organisation

Für den Kanton Zürich arbeiteten am 31. Dezember 2008 rund 33'700 Angestellte, davon rund 18'800 mit einem Teilzeitpensum. Auf volle Personaleinheiten umgerechnet betrug der Beschäftigungsumfang in der kantonalen Verwaltung im Jahr 2008 mit Anstellungen in Ausbildungsfunktionen und Magistratspersonen 25'564 Stellen¹; davon entfallen 11'190 Stellen auf Lehrpersonen, 1'361 Stellen auf Spitalberufe (inkl. Ärzte) und 2'842 Stellen auf das Personal der Polizei (ohne Zivilangestellte).

Das strategische Personalmanagement wird federführend vom Personalamt (s. Leistungsgruppe 4500) wahrgenommen – zusammen mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei. Das Personalamt ist verantwortlich für die Umsetzung der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates. Die Planung und Steuerung der Umsetzung der Personalpolitik und der Personalmanagement-Strategie des Regierungsrates erfolgen durch das Personalcontrolling.

Das Personalamt fördert die Personal- und Kaderentwicklung und ist verantwortlich für die Anstellung und Betreuung der Lernenden als Kauffrau / Kaufmann sowie der Informatik-Lernenden. Es erarbeitet zudem die rechtlichen Grundlagen und stellt deren Auslegung und Anwendung nach den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Wirtschaftlichkeit sicher. Das Case Management unterstützt die rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von arbeitsunfähigen Mitarbeitenden sowie nach Möglichkeit die Verhinderung von Invalidisierungen. Die Abteilung Personalcontrolling des Personalamtes plant und evaluiert strategische Projekte im Personalmanagement und unterstützt Führungskräfte und Personalverantwortliche bei der Beurteilung, Gestaltung und Optimierung des Personalmanagements.

Die Abteilung Lohnadministration des Personalamtes ist verantwortlich für die Prozesse und Abläufe der Lohnverarbeitung und Datenerfassung. Sie führt die Lohnverarbeitung durch und ist für die Abrechnung mit den Sozialversicherungen und die Weitererarbeitung der Daten (Schnittstellen) besorgt. Sie unterstützt und überwacht die weitgehend dezentrale Datenerfassung und übernimmt die (manuelle) Berechnung und Auslösung von fachlich anspruchsvollen Lohnzahlungen. Die Abteilung ist ausserdem für die Wartung und Weiterentwicklung der Applikation PALAS verantwortlich.

Die Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeiten zusammen mit dem Personalamt die strategischen Personalmanagement-Projekte. Ausserdem sind sie zusammen mit den Personaldiensten in den Ämtern und den Betrieben für das operative Personalmanagement verantwortlich.

2.2 Umfeldentwicklung im Personalmanagement

Gemäss der vom Regierungsrat beschlossenen Personalmanagementstrategie 2007-2011 bilden in den kommenden Jahren die folgenden Trends die zentralen Herausforderungen für das Personalmanagement:

- **Finanzlage bleibt angespannt** Trotz positiver Konjunktorentwicklung bleibt die Finanzlage des Kantons in den nächsten Jahren angespannt. Davon ist auch der Personalaufwand betroffen.

¹ Der Beschäftigungsumfang wird in Personaleinheiten ausgewiesen. Als volle Personaleinheit (Wert 1.0) gilt eine Anstellung vom 1. Januar bis 31. Dezember bei einem Beschäftigungsgrad von 100%.



- **Der Arbeitsmarkt ist zunehmend segmentiert** Die kürzeren Konjunkturzyklen beeinflussen den Arbeitsmarkt, sodass generell für wenig anspruchsvolle Funktionen ein Überangebot besteht und höchstqualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten intensiv gesucht werden müssen.
- **Zunehmend anspruchsvolle Berufe – zunehmend qualifizierte Mitarbeitende** Auf Grund der hohen Anforderungen an den Staat und infolge der Technologisierung und Akademisierung der Arbeitswelt entstehen zunehmend anspruchsvolle Berufe. Daher steigt auch das Qualifikationsniveau der Mitarbeitenden des Kantons.
- **Alternde Gesellschaft – ältere Mitarbeitende** Durch den demographischen Wandel resultiert auf dem Arbeitsmarkt eine generelle Verknappung der Personalressourcen. Dieser Trend akzentuiert sich bei jüngeren Arbeitnehmenden. Das Durchschnittsalter der kantonalen Mitarbeitenden wird sich erhöhen.
- **Loyalitäten und Motivationen im Wandel** Die Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich unter anderem durch die Sanierungsprogramme erhöht. Gleichzeitig wandelt sich die Einstellung zur beruflichen Karriere: es werden nicht nur höher bezahlte vertikale Laufbahnen, sondern auch eine work-life-balance angestrebt.

Auf Grund dieser Trends ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Personalmanagements zunimmt. Entsprechend steigen auch die Anforderungen an ein professionelles Personalmanagement.

3. Strategische Ziele

Die Grundlage für die strategischen Ziele bilden zwei Legislaturziele (s. 3.1), die Ziele und Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie 2007-2011 (s. 3.2) sowie Projekte aus verschiedenen Aufträgen des Regierungsrates (s. 3.3).

3.1 Legislaturziele und Massnahmen

Zum Legislaturziel „Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern“ wurden folgende Massnahmen, welche das Personalmanagement betreffen, festgelegt:

- Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen (s. 3.2).
- Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten.

Zum Legislaturziel „Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern“ wurden folgende Massnahmen, welche das Personalmanagement betreffen, festgelegt:

- Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren.
- Flexible Arbeitsmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern.
- Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen.

3.2 Stossrichtungen der Personalmanagement-Strategie 2007-2011

Bis 2011 will der Kanton über eines der professionellsten Personalmanagements aller öffentlicher Arbeitgeber mit vergleichbarer Komplexität verfügen. Dazu werden vier Stossrichtungen festgelegt und Programme zur Umsetzung dieser Stossrichtungen erarbeitet.



Wirksame Unterstützung der Personalführung

- Personalmanagement wird als zentrale Führungsaufgabe anerkannt und gelebt.
- Die Gewinnung, Erhaltung und Motivation von qualifizierten Mitarbeitenden durch eine professionelle Führung.
- Der Kanton erbringt sehr gute Leistungen mit knappen Personal-Ressourcen - ohne Risiken für die Gesundheit des Personals.

Prioritäres Programm: Personalgewinnung standardisieren und professionalisieren

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.3 Personalmanagement-Strategie erarbeiten und umsetzen

Ausbau der Personalentwicklung

- Gezielte Förderung aller Mitarbeitenden zur Bewältigung ihrer bestehenden und künftigen Aufgaben.
- Erarbeitung von individuellen beruflichen Perspektiven für Vorgesetzte und Mitarbeitende.
- Erstellung einer gezielten Nachwuchsplanung für Schlüsselpositionen.

Prioritäres Programm: Direktionsübergreifende Führungskräfte-Entwicklung aller Stufen weiterentwickeln

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekte Nr. 4500/08 Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500, Entwicklungsschwerpunkt 3

Stärkung der Personalbereiche

- Personalmanagement wird zum zentralen Erfolgsfaktor für den Kanton.
- Die Personalbereiche sind Dienstleister und Partner für die Erfüllung des Leistungsauftrages und die Erreichung der strategischen Ziele.
- Es wird ein substantieller Mehrwert für die Linie und den Kanton geschaffen.

Prioritäres Programm: Steuerungsinstrumente für das Personalmanagement / Personalcontrolling flächendeckend einführen

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

Marktpositionierung

- Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber gegen aussen und innen.
- Anreize schaffen zur Gewinnung und Erhaltung qualifizierter und motivierter Mitarbeitender.
- Der Kanton orientiert sich an marktüblichen Anstellungsbedingungen auch im Lohnbereich.

Prioritäres Programme: Stärkung der Leistungsorientierung (Projekt Teilrevision Lohnsystem) und Mitarbeiterbindung.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten sowie Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem



3.3 Projekte aus Aufträgen des Regierungsrates

Teilrevision Lohnsystem

Im Rahmen der Teilrevision des bestehenden Lohnsystems ist ein flexibleres und verstärkt leistungsorientiertes Konzept der individuellen Lohnentwicklung einzuführen. Ausserdem ist die Neubewertung einzelner Richtpositionen umzusetzen und aktualisierte Richtpositionsumschreibungen nachzuführen. Das bestehende System der Arbeitsbewertung, die Lohnklassen und die Lohnkurve bleiben bestehen. Schliesslich ist ein Gremium für die laufende Nachführung des Lohnsystems zu definieren und einzusetzen. Die Einführung des revidierten Lohnsystems ist ab 2010 geplant.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 6, Massnahme 6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten sowie Projekt Nr. 4500/02 Teilrevision Lohnsystem

Projekt PULS ZH, Ablösung von PALAS

Mit PALAS II sollen die Betriebskosten von PALAS gesenkt und eine moderne HR-Applikation für das Personalcontrolling sowie die Personal- und Lohnadministration implementiert werden. Das bestehende Personalmanagement und Lohnabrechnungssystem PALAS ist seit 2003 in der Verwaltung in Betrieb. Auf der Grundlage einer Organisationsstudie beauftragte der Regierungsrat Ende 2007 die Finanzdirektion, ein Pflichtenheft zu erarbeiten und den Ersatz des Systems PALAS öffentlich auszuschreiben. PALAS wird durch das Standardsystem SAP HCM ersetzt. Unter der Bezeichnung PULS-ZH wurden die Projektarbeiten an die Hand genommen. Die Einführung des neuen Systems ist auf den 1. Januar 2011 geplant. .

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekt Nr. 4500/07 PALAS II

Projekt Kader-Nachwuchsförderung

Ziel dieses Projektes ist der systematische Aufbau eines direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderungsprozesses. Er soll den quantitativen und qualitativen Bedarf an Führungskräften auf allen Kaderstufen sicherstellen. Um eine angemessene Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu erreichen, sollen Mitarbeiterinnen zur Übernahme von Schlüsselpositionen besonders motiviert werden. Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Führungspositionen werden dabei berücksichtigt. Die Einführung des Konzeptes zur direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung ist ab 2010 geplant.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Projekt Nr. 4500/08 Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung

→ Leistungsgruppe 4500 Personalamt, Entwicklungsschwerpunkt 3

Projekt Massnahmen zur Verbesserung der familienergänzenden Kinderbetreuung für das kantonale Personal

Ziel des Projektes ist es, die familienergänzende Kinderbetreuung für Kinder bis ins Kindergartenalter direktionsübergreifend zu koordinieren, auszubauen und flächendeckend zu gewährleisten. Dazu wird zunächst der Bedarf der kantonalen Angestellten mit Kindern an Leistungen der familienergänzenden Kinderbetreuung mittels einer Umfrage erhoben. Auf der Grundlage der Umfrageergebnisse werden Konzepte zu Koordination, Vermittlung und eventuell finanzieller Unterstützung erarbeitet. Schliesslich ist eine Regelung der entsprechenden Leistungen der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeberin auszuarbeiten und festzulegen.



Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Legislaturziel 12, Massnahme 12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren

Einführung eines flächendeckenden Personalcontrolling

Mit Unterstützung des Personalcontrollings sollen Projekte des Personalmanagements bedarfsorientiert geplant, die Qualität der Projekte und ihre Wirkung evaluiert, sowie für das Personalmanagement relevante Trends und Personalrisiken frühzeitig dokumentiert, interpretiert und bei Bedarf Massnahmen vorgeschlagen werden. Bei der Einführung des Personalcontrollings sind insbesondere die relevanten Indikatoren Schritt für Schritt festzulegen, die Informatik-Tools zu spezifizieren sowie das Reporting und die Integration des Personalcontrollings in die übrigen Prozesse des Personalmanagements festzulegen. Die Einführung des Personalcontrollings soll bis 2011 erfolgen.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

Einheitliche Regelungen für Austrittsgespräche

Es sind ein standardisierter Fragebogen sowie einheitliche Regelungen zur Durchführung und Auswertung der Austrittsgespräche einzuführen. Der Betrieb und die Führungskräfte gewinnen durch standardisierte Austrittsgespräche genauere Informationen zu den Stärken und Schwächen des Kantons als Arbeitgeber und zu den Austrittsgründen der Mitarbeitenden. Die austretenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Die Einführung standardisierter Austrittsgespräche solle per Januar 2010 erfolgen.

Bezug zu Direktionen / Leistungsgruppen / Projekten / Massnahmen

→ Leistungsgruppe Personalamt 4500 Entwicklungsschwerpunkt „Einführung Personalcontrolling“

4. Finanzielle Entwicklung

4.1 Entwicklung des Personalaufwandes in der KEF-Periode

Tabelle 1: Personalaufwand und Personalstellen: Direktionen, Staatskanzlei, Rechtspflege, Behörden und Anstalten (in Mio. Franken bzw. Stellen)

	B 2009 *	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Erfolgsrechnung					
Personalaufwand	-4'508.0	-4'621.8	-4'765.3	-4'891.2	-4'956.5
- davon Lohnsumme	-3'854.4	-3'939.2	-4'067.0	-4'177.0	-4'235.0
- davon Lohnnebenkosten	-653.6	-682.6	-698.4	-714.2	-721.5
Personalstellen ²	38'490.1	39'583.2	39'982.0	40'210.4	40'290.5

* Eine Anstalt (Zentralbibliothek) plant ihre Stellen erst ab 2010. Um die Entwicklung der Personalstellen vom Budget 2009 zum KEF 2010 darstellen zu können, wurden im B 2009 die Stellen der Zentralbibliothek im Umfang ihrer Planung 2010 bereits eingerechnet.

² Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.

**Tabelle 2: Personalaufwand und Personalstellen:** Direktionen und Staatskanzlei (in Mio. Franken bzw. Stellen)

	B 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Erfolgsrechnung					
Personalaufwand	-2'440.2	-2'479.7	-2'542.1	-2'600.9	-2'631.2
- davon Lohnsumme	-2'031.7	-2'061.1	-2'113.7	-2'164.1	-2'190.8
- davon Lohnnebenkosten	-408.6	-418.7	-428.4	-436.9	-440.4
Personalstellen ³	23'997.4	24'560.6	24'804.4	24'951.7	24'997.9

Gesamte KEF-Periode

Im KEF wurden folgende Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung festgelegt:

Vorgaben	Teuerungs-Ausgleich	Individuelle Lohnerhöhung	Einmalzulagen	Total
Budgetentwurf 2010	-	0.2%	0.2%	0.4%
Planjahr 2011	0.8%	0.2%	-	1.0%
Planjahr 2012	1.5%	0.2%	0.2%	1.9%
Planjahr 2013	1.5%	0.2%		1.7%

Im Budgetentwurf 2010 ist kein Teuerungsausgleich geplant, da die Prognosen von einer leicht negativen Entwicklung der Teuerung im Jahr 2009 ausgehen und folglich keine Teuerung auszugleichen ist. In den Jahren 2011-2013 ist jeweils der volle Teuerungsausgleich geplant. In den Jahren 2010-2013 entwickelt sich die Lohnsumme auf Grund von Individuellen Lohnerhöhungen um 0.2%. Die Quote der Individuellen Lohnerhöhungen beträgt jedoch 0.6% pro Jahr. Davon werden 0.4% aus Rotationsgewinnen finanziert. Es werden Einmalzulagen im Umfang von 0,2% für die Jahre 2010 und 2011 und von 0,4% für die Jahre 2012 und 2013 budgetiert.

Budgetentwurf 2010

a) Personalaufwand

Der gesamte Personalaufwand der Direktionen, der Staatskanzlei, der Rechtspflege, Behörden und Anstalten (vgl. Tabelle 1) erhöhte sich gegenüber dem Budget 2009 um 2.5% (113.8 Mio. Fr.). Die Lohnsumme steigt um 2.2% (84.8 Mio. Fr.). Die Entwicklung der Lohnsumme liegt um 1.8% über den Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme. Dies ist in erster Linie auf die geplante Zunahme von insgesamt 1'093 Personalstellen zurückzuführen.

Der Personalaufwand der Direktionen und der Staatskanzlei (vgl. Tabelle 2) erhöhte sich gegenüber dem Budget 2009 um 1.6% (39.5 Mio. Fr.). Die Lohnsumme der Direktionen und der Staatskanzlei (vgl. Tabelle 2) erhöht sich gegenüber dem Budget 2009 um 1.4% (29.4 Mio. Fr.) und liegt somit 1.0% über den Vorgaben der Richtlinien zu KEF und Budget. Dies ist in erster Linie auf die insgesamt 563 neu geplanten Personalstellen in den Direktionen und der Staatskanzlei zurückzuführen ist.

³ Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.



b) Personalstellen

In den Direktionen und der Staatskanzlei werden im Budgetentwurf 2010 563 zusätzliche Personalstellen eingeplant. Davon plant die Bildungsdirektion einen Aufbau um 178 Personalstellen (davon 111 Stellen bei den Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen und 57 Stellen in der Volksschule zur Umsetzung der Volksschulreform). In der Volkswirtschaftsdirektion plant das Amt für Wirtschaft und Arbeit auf Grund des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit eine Erhöhung des Personalbestandes um 128 Stellen (davon rund 121 saldoneutrale Stellen im Bereich AVIG). In der Sicherheitsdirektion stellt die Kantonspolizei für die Einführung einer vierten Aspirantenklasse und der Erhöhung des von der Unique finanzierten Personalbestandes bei der Flughafensicherheitspolizei 61 zusätzliche Stellen ein (vgl. Tabellen 3 und 4).

Bei den Behörden und der Rechtspflege werden 12 Stellen aufgebaut. Zusätzlich wird bei den Anstalten ein Aufbau um 518 Personalstellen eingeplant (davon 191 Personalstellen für die Stabilisierung der Betreuungsverhältnisse in der Universität sowie 147 Stellen an den drei Fachhochschulen und 176 Stellen für das Kantonsspital Winterthur zur Leistungsentwicklung). Im Planjahr 2010 werden somit insgesamt 1'093 zusätzliche Stellen eingestellt.

Planjahre 2011 – 2013

In den Planjahren 2011-2013 werden insgesamt 707 zusätzliche Stellen eingeplant, davon 437 Stellen bei den Direktionen und der Staatskanzlei und 270 Stellen bei den Behörden, der Rechtspflege und den Anstalten.

Im Planjahr 2011 entwickelt sich der geplante Personalaufwand (Tabelle 1) um insgesamt 3.1% gegenüber dem Planjahr 2010 und bleibt damit deutlich über den Vorgaben. Der geplante Personalaufwand der Direktionen und der Staatskanzlei (Tabelle 2) erhöht sich um 2.5% und liegt auch über den Vorgaben. Die Direktionen und die Staatskanzlei planen wiederum rund 244 zusätzliche Personalstellen ein, davon 143 zusätzliche Stellen in der Bildungsdirektion, insbesondere bei den Volksschulen (vgl. Tabellen 3 und 4) und 81 Stellen in der Sicherheitsdirektion, welche mehrheitlich von Dritten finanziert werden. Die Anstalten planen 137 zusätzliche Stellen ein, davon 70 Stellen in der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Auch im Jahr 2012 werden die Vorgaben zur Entwicklung der Lohnsumme auf Grund zusätzlich eingepannter Personalstellen überschritten.

Im Jahr 2013 werden die Vorgaben zur Lohnsummenentwicklung um 0.3% unterschritten.



4.2 Entwicklung der Personalstellen in der KEF-Periode

Tabelle 3: Personalstellen (Beschäftigungsumfang)⁴ nach Direktionen

Personalstellen	RE 2008	B 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Regierungsrat und Staatskanzlei	67.0	71.8	72.0	72.2	69.2	69.2
Direktion der Justiz und des Innern	1 410.8	1 540.4	1 582.8	1 601.5	1 620.5	1 626.5
davon Strafverfolgung Erwachsene	309.7	315.1	319.0	327.0	327.0	333.0
davon Amt für Justizvollzug	728.7	794.3	810.6	809.6	825.1	825.1
Sicherheitsdirektion	3 818.6	3 981.3	4 197.9	4 278.4	4 336.6	4 341.9
davon Generalsekretariat/ Zentrale Vollzugsaufgaben	46.0	55.8	63.8	65.9	79.1	79.1
davon Kantonspolizei	3 076.9	3 205.2	3 266.3	3 339.0	3 385.0	3 392.3
Finanzdirektion	834.6	824.1	871.0	872.0	872.0	872.0
davon Steueramt	687.2	667.0	707.0	707.0	707.0	707.0
Volkswirtschaftsdirektion	625.5	697.0	819.7	821.2	822.7	824.3
davon Amt für Wirtschaft und Arbeit	525.2	602.4	730.2	730.2	730.2	730.2
Gesundheitsdirektion	2 504.9	2 480.9	2 404.5	2 406.5	2 408.5	2 408.5
davon Psychiatrische Versorgung	2 055.9	2 033.1	1 955.0	1 955.0	1 955.0	1 955.0
Bildungsdirektion	12 618.4	13 049.5	13 228.0	13 370.7	13 461.6	13 495.1
davon Volksschulen	8 532.2	8 906.0	8 962.5	9 068.0	9 168.5	9 203.5
davon Mittelschulen	1 765.7	1 794.0	1 807.0	1 817.0	1 822.0	1 826.0
davon Berufsfachschulen u. Lehrabschlussprüfungen	1 330.9	1 335.0	1 446.0	1 471.0	1 467.0	1 466.0
Baudirektion	1 296.0	1 352.5	1 384.9	1 382.0	1 360.7	1 360.5
Total Direktionen und Staatskanzlei	23 175.8	23 997.4	24 560.6	24 804.4	24 951.7	24 997.9
Behörden	47.8	49.6	50.3	50.5	50.5	50.5
Rechtspflege	1 401.9	1 414.6	1 425.5	1 443.0	1 435.3	1 431.2
davon Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	416.4	421.0	426.0	441.0	441.0	441.0

⁴ Die Personalstellen werden auf der Basis des Beschäftigungsumfanges ausgewiesen. Es handelt sich um das Total der Leistungsgruppen. Dabei werden u.a. Ausbildungsfunktionen und die Pfarrerschaft nicht ausgewiesen.



Personalstellen	RE 2008	B 2009	KEF 2010	KEF 2011	KEF 2012	KEF 2013
Anstalten*		13 028.4*	13 546.8	13 684.1	13 772.9	13 810.9
davon Universitätsspital Zürich		4 910.0	4 914.0	4 933.0	4 983.0	5 033.0
davon Kantonsspital Winterthur		1 531.0	1 707.3	1 717.9	1 693.2	1 667.2
davon Universität Zürich		3 796.0	3 987.1	4 016.8	4 036.3	4 036.3
davon Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften		1 501.0	1 660.0	1 730.0	1 780.0	1 800.0
Total Behörden, Rechtspflege und Anstalten		14 492.6	15 022.6	15 177.6	15 258.7	15 292.6
Gesamtergebnis		38 490.1	39 583.2	39 982.0	40 210.4	40 290.5

* Eine Anstalt (Zentralbibliothek) plant ihre Stellen erst ab 2010. Um die Entwicklung der Personalstellen vom Budget 2009 zum KEF 2010 darstellen zu können, wurden im B 2009 die Stellen der Zentralbibliothek im Umfang ihrer Planung 2010 bereits eingerechnet.

Wesentliche Veränderungen bei den Personalstellen in der KEF-Periode sind nachfolgend aufgeführt. Als wesentliche Veränderungen werden Abweichungen ab +/- 2% im Verhältnis zu den Personalstellen der jeweiligen Direktion/Ämter, jedoch von mindestens +/- 15 Stellen aufgeführt. Diese Messgrößen werden einerseits für den Budgetentwurf 2010 im Vergleich zum Budget 2009 gewählt und andererseits auch für die Entwicklung der Personalstellen in den Planjahren 2011-2013 zum Personalbestand der Direktionen des Planjahres 2010.

Direktion der Justiz und des Innern

Die Stellenerhöhung in der Leistungsgruppe Nr. 2206 *Amt für Justizvollzug* im Planjahr 2010 erfolgt auf Grund des Um- und Erweiterungsbaus im Massnahmenzentrum Uitikon, des Modellversuches „risikoorientierter Sanktionenvollzug“ und der Aufnahme des Vollbetriebes des Gefängnisses Limmattal (RRB-Nr. 1882/08) sowie der Eröffnung des Vollzugszentrums Bachtels. Die Erhöhung des Personalbestandes im Planjahr 2012 um 16 Stellen ist auf die vorzeitige Umbaurealisierung im Massnahmenzentrum Uitikon zurückzuführen.

Sicherheitsdirektion

Die gebührenfinanzierte Stellenerhöhung in der Leistungsgruppe Nr. 3000 *Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben* ab Planjahr 2010 ist auf die flächendeckende Einführung biometrischer Daten in Pässen und Identitätskarten sowie auf die Zusammenlegung von Ausstellungsverfahren zurückzuführen.

Die Stellenerhöhung in der Leistungsgruppe Nr. 3100 *Kantonspolizei* im Planjahr 2010 erfolgt auf Grund zusätzlicher Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei, welche vom Flughafen Unique finanziert werden. Zudem wird ab Frühling 2010 eine vierte Aspirantenklasse eingeführt. In den Folgejahren 2011-2013 erhöhen sich die Personalstellen aus denselben Gründen wie 2010.

Finanzdirektion

Für die Leistungsgruppe Nr. 4400 *Steuern Betriebsteil* hat die Regierung im März 2009 einen neuen Stellenplan im Umfang von 707 Stellen beschlossen. Zudem erhöht sich der Beschäftigungsumfang auf Grund der Zunahme der Anzahl quellensteuerpflichtigen Personen.



Volkswirtschaftsdirektion

Die Leistungsgruppe Nr. 5300 *Amt für Wirtschaft und Arbeit* plant im Jahr 2010 auf Grund des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit eine Erhöhung des Personalbestandes um 128 Stellen. Davon werden 121 saldoneutrale Stellen im Bereich AVIG geschaffen.

Gesundheitsdirektion

Die Stellenreduktion in der Leistungsgruppe Nr. 6400 *Psychiatrische Versorgung* ist hauptsächlich auf die Ausgliederung von drei Wohnheimen an das Sozialamt in der Sicherheitsdirektion zurückzuführen.

Bildungsdirektion

In der Leistungsgruppe Nr. 7200 *Volksschulen* erfolgt eine Stellenerhöhung auf Grund der Initiative Klassengrössen, des Gestaltungspools und der zu vollziehenden Vorverschiebung des Schuleintrittsalters im Rahmen des Konkordats Harmos.

In der Leistungsgruppe Nr. 7300 *Mittelschulen* erhöhen sich die Personalstellen kontinuierlich durch den Aufbau der Hauswirtschaftskurse.

Die Stellenerhöhung in der Leistungsgruppe Nr. 7303 *Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen* ist eine Folge der leicht steigenden Klassenzahlen sowie der Entlastung der Lehrpersonen für Sonderaufgaben und Projekte.

Baudirektion

In der Baudirektion ist die Stellenerhöhung im Planjahr 2010 auf mehrere Leistungsgruppen zurückzuführen, wobei die Erhöhungen jeweils unter 15 Stellen liegen.

Rechtspflege und Behörden

Der Stellenausbau in der Leistungsgruppe Nr. 9060 *Notariate, Grundbuch- und Konkursämter* im Planjahr 2011 entsteht auf Grund der Datenersterfassung bei der Einführung des Grundbuchs.

Anstalten

In der Leistungsgruppe Nr. 9510 *Universitätsspital* wird die kontinuierliche Erhöhung der Anzahl Stellen durch Mehrleistungen im medizinischen Bereich, der Übernahme von neuen Aufgaben und der Reorganisation der Kliniken begründet (Projekt LEAD: Die gegenwärtig 42 Kliniken werden in 6 Klinische Medizinbereiche und 3 Medizinische Servicebereiche zusammengefasst).

In der Leistungsgruppe Nr. 9520 *Kantonsspital Winterthur* erfolgt im Planjahr 2010 eine Erhöhung um 176 Stellen auf Grund von Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.

Leistungsgruppe Nr. 9600 *Universität Zürich*: Der Stellenausbau im 2010 erfolgt durch die korrekte Umsetzung der Weisung zum KEF (d.h. inkl. Reinigungspersonal, aber ohne Lernende und Praktikanten) sowie durch die Schaffung neuer Professuren und Administrativfunktionen als Folge der Bologna-Reform. Die Stellenerhöhung in den Planjahren 2011-2012 ist durch die Schaffung von sechs Lehrstühlen und den damit verbundenen Folgestellen begründet.

Die Anzahl der Personalstellen in der Leistungsgruppe Nr. 9720 *Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften* steigt in den Planjahren 2010 bis 2013 als Folge des prognostizierten Anstiegs der Studierendenzahlen im Bachelorstudium sowie der Einführung von Masterstudiengängen in allen Fachbereichen.

4.3 Veränderungen bei den Personalstellen zum KEF Vorjahr

Personalstellen

In den Jahren 2010 bis 2012 werden mehr Stellen eingeplant als im KEF Vorjahr, woraus eine Erhöhung des Personalaufwandes resultiert. Im Jahr 2010 werden in der Sicherheitsdirektion bei der Kantonspolizei rund 47 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbeauftragten der Flughafenpolizei und der



Einführung einer vierten Aspirantenklasse eingeplant. In der Finanzdirektion erhöhen sich die Stellen gegenüber dem KEF Vorjahr um 40 Stellen im Steueramt, u.a. da der noch im KEF Vorjahr im Rahmen von San04 geplante Stellenabbau nicht vollzogen wurde. Die finanziellen Vorgaben von San04 wurden dennoch erreicht. In der Volkswirtschaftsdirektion plant das Amt für Wirtschaft und Arbeit auf Grund des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Vollzug AVIG rund 120 Stellen mehr ein als im KEF Vorjahr ausgewiesen. In der Bildungsdirektion ist die Anzahl eingeplanter Stellen gegenüber dem KEF Vorjahr in der Volksschule tiefer, bei den Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen jedoch höher als im KEF Vorjahr. Bei den Anstalten planen hauptsächlich das Kantonsspital Winterthur und die Universität im Planjahr 2010 rund 320 Stellen mehr ein als im KEF Vorjahr.

Umwelt

1. Veränderung gegenüber dem KEF des Vorjahres

Kapitel 3 und 5 wurden aktualisiert.

2. Organisation und Überblick

Die kantonale Verwaltung hat zwei verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz:

- erstens die Gesetzgebung und den Vollzug;
- zweitens als grosser „Konzern“ die Betriebsökologie (sowohl beim „Alltagsverbrauch“ als auch bei der Realisierung von Infrastruktur).

Die vorliegende „Entwicklungsplanung Umwelt“ fokussiert auf den zweiten Teil.

Für den in der Betriebsökologie wichtigen Bereich Hochbau ist der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch in den Gebäuden aufgeführt.

Basis der Betriebsökologie in der kantonalen Verwaltung bildet das Programm „Ökologische Beschaffung, vorbildliches Verhalten der öffentlichen Hand“ (RRB Nr. 2935/1991) und darauf aufbauend das „Schliessen von Stoffkreisläufen“ (RRB Nr. 2043/1998). Die Betriebsökologie stützt sich auf eine direktionsübergreifende Organisationsstruktur. Die Direktionen und die Staatskanzlei sind im Fachauschuss vertreten oder haben als Anlaufstelle eine(n) Direktionsbeauftragte(n) bezeichnet. Die Gesamtkoordination obliegt der Koordinationsstelle für Umweltschutz in der Baudirektion (siehe Leistungsgruppe 8000). In den wichtigsten Beschaffungsbereichen (Büro, Fahrzeuge, Hochbau, Gebäudeunterhalt) erarbeiten Trägergruppen Massnahmenvorschläge für die Betriebsökologie. Sie stehen unter der Leitung des jeweils hauptinteressierten Amtes (z.B. Büro: KDMZ). Aufgabe dieser Organisationsstruktur ist es, Übersicht und eine übergeordnete zentrale Koordination für die Verwaltung als Ganzes zu gewährleisten.

3. Umsetzung der strategischen Ziele

Die Betriebsökologie orientiert sich an folgenden übergeordneten, längerfristigen Zielen:

Die Verwaltungstätigkeit der kantonalen Verwaltung...

- ... soll mit geringsten Emissionen von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden verbunden sein.
- ... soll möglichst energie- und ressourcenschonend erfolgen.
- ... soll keine durch Umweltbelastung ausgelösten Gesundheitsprobleme verursachen.

Mit der Betriebsökologie will man...

- ... die Umsetzung von Art. 6 (Nachhaltigkeitsprinzip) der Kantonsverfassung unterstützen.
- ... Rio 1992 (Agenda 21, Kap. 4: umweltverträgliche Einkaufspolitik) und die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrates (Handlungsfeld 2, Massnahme 4: Einführung einer integrierten Produktpolitik) umsetzen.
- Vorbildfunktion erreichen und den Umweltschutzvollzug unterstützen.

Diese übergeordneten, langfristigen Ziele werden mit folgenden Anstrengungen und Massnahmen angestrebt:

**Umweltbewusste Beschaffung**

Das Beschaffungsvolumen (Güter, Fahrzeuge, Verbrauchsmaterialien, etc.), für welches ökologische Kriterien angewandt werden könnten, entspricht einem jährlichen Aufwand von ungefähr 1 Mrd. Franken und Bruttoinvestitionen (insbesondere Bauleistungen) von nochmals ca. 1 Mrd. Franken. Es ist deshalb relevant, wie umweltbewusst die kantonale Verwaltung beschafft. Das Kriterium Ökologie ist jeweils in die Entscheidung mit einzubeziehen. Bei Investitionen soll auf einen minimierten Energie- und Ressourcenverbrauch und auf den Gesundheitsschutz geachtet werden. Die Stoffkreisläufe sind zu schliessen und der Stoffumsatz ist zu minimieren. Investitionsprojekte des Kantons sind möglichst ökologisch zu realisieren.

Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen und Beschaffungsvorgaben

Stand: Für die umweltbewusste Beschaffung sind in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Produktgruppen (Bürogeräte, Fahrzeuge, Papier, Reinigungsmittel, Baubereich etc.) Hilfsmittel erarbeitet worden. Die Hilfsmittel werden den Direktionen durch die Koordinationsstelle für Umweltschutz respektive das Hochbauamt zur Verfügung gestellt. Die Anwendung dieser Hilfsmittel in den Direktionen ist teilweise noch nicht befriedigend. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz hat in verschiedenen Bereichen Beratungen zur umweltbewussten Beschaffung durchgeführt.

Handlungsbedarf: Die Umsetzung respektive der Einsatz dieser Hilfsmittel hat durch die Beschaffungsstellen in den Direktionen konsequent zu erfolgen. Sie werden seitens der Koordinationsstelle für Umweltschutz bei Bedarf unterstützt. Bei Ausschreibungen sind ökologische Kriterien unter Beachtung des Submissionsrechtes einzubeziehen. Die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens (RRB Nr. 48/2007) bildet diesbezüglich eine gute Ausgangsbasis.

Förderung des Umweltbewusstseins in der kantonalen Verwaltung

Die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung werden wirkungsvoll auf die sich im praktischen Alltag bietenden Möglichkeiten der Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs sowie der Verminderung der Abfallmenge aufmerksam gemacht.

Massnahmen:

- Hilfsmittel bereitstellen
- Information, Beratung, Schulung
- Motivieren, überzeugen, sensibilisieren
- Erlass von Weisungen

Stand: Die Sensibilisierung und Beratung der Mitarbeitenden ist eine Daueraufgabe. Es werden sowohl einzelne Personengruppen gezielt geschult (z.B. Reinigungs-, Energiemanagementkurse für Hauswarte) als auch allen Mitarbeitenden via Printprodukte, via Intranet und mit Aktionstagen oder – Wochen (z.B. „energyweek 2008“) Informationen angeboten.

Handlungsbedarf: Die Beratungstätigkeit ist aufrecht zu erhalten.

Öko-Controlling

Die ökologische Beschaffung und der betriebliche Umweltschutz sollen stärker systematisiert werden. Hingegen ist die Einführung von Umweltmanagementsystemen den Organisationseinheiten freigestellt. Mittels Kennzahlen soll eine Erfolgskontrolle durchgeführt werden.



Massnahmen:

- Praktikables Kennzahlenset, mit minimalem Aufwand erhebbar
- Kennzahlen von Bereichen, die mittels Massnahmen direkt beeinflusst werden können
- Kommunikation und Benchmarking

Stand: Es existiert ein Kennzahlenset (siehe Kapitel Umweltkennzahlen). Die Daten werden jährlich erfasst und publiziert. Das Kennzahlenset wird laufend weiterentwickelt und optimiert.

Das Hochbauamt ist nach ISO 14001ff zertifiziert und verfügt über ein eigenes Set von Kennzahlen.

Handlungsbedarf: Zur Steigerung des Umweltbewusstseins ist die Kommunikation der Kennzahlen an die Direktionen zu verbessern. Insbesondere sind vermehrt geeignete Empfehlungen abzugeben, wie die direktionseigene Umweltbilanz verbessert werden könnte.

Die Einführung von Umweltmanagementsystemen ist zu prüfen und zu unterstützen.

4. Finanzielle Entwicklung

Direkte wesentliche Umweltkosten im betrieblichen Bereich der kantonalen Verwaltung sind die Ausgaben für Energie-, Treibstoff- und Wasserverbrauch sowie für die Entsorgung von Abfall resp. Abwasser. Diese Kosten fallen direkt bei den einzelnen Verwaltungseinheiten an. Die finanzielle Entwicklung ist stark abhängig von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise. Weil ein verminderter Energie- und Ressourcenverbrauch mit tieferen Kosten verbunden ist, decken sich ökologische und ökonomische Interessen.

5. Umweltkennzahlen

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Die Zielwerte für Recyclingpapier entsprechen den in RRB Nr. 4272/2005 und RRB Nr. 4311/2006 enthaltenen Vorgaben. Die Umsetzung dieser Beschlüsse ist in Vorbereitung.



		RE 2008	Ziel 2009	Ziel 2010	Ziel 2011	Ziel 2012	Ziel 2013
Anteil Recyclingfasern Gesamtverwaltung (Ziele inkl. Fremdbezug)	[% des Kopierpapierverbrauches]	23.4% ⁵	47.1%	>50%	> 50%	> 50%	> 50%
Kopierpapierverbrauch (Ziele: inkl. Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	8176 ⁶	8000	7900	7800	7700	7600
Wärmeverbrauch	[GWh]	255.7 ⁷					
Elektrizitätsverbrauch	[GWh]	157.4 ³					
Treibhausgas-Ausstoss	[t]	35'922 ^{3/8}					
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben⁹							
Abfall	[t]	1090.8 ¹⁰	-	-	-	-	-
Wieder verwertbarer Anteil	[%]	72	-	-	-	-	-

⁵ Nur Bezug via KDMZ⁶ Nur Bezug via KDMZ⁷ Der Wärme- und Elektrizitätsverbrauch bezieht sich auf das Jahr 2007 und auf rund 80% der kantonseigenen Gebäude im Verwaltungsvermögen. Die Zielvereinbarungen sollen 2009 und 2010 abgeschlossen werden. Ab 2011 können für alle der Vereinbarung unterstellten Gebäude im Kantonsbesitz Ziele formuliert werden.⁸ Die ausgewiesenen Treibhausgas-Emissionen beziehen sich auf den Energie- und Treibstoffverbrauch im Jahr 2007 (80% der Gebäude, 80% der Fahrzeuge).⁹ Der Abfallanfall lässt sich schwer steuern und ist unter anderem auch abhängig von Umzugsaktionen, Archivräumungen, Austausch von EDV-Geräten etc. Deshalb wird im Moment darauf verzichtet, quantitative Zielvorgaben zu machen.¹⁰ Zentral- und Bezirksverwaltung

Anhang 1:

Konsolidierungskreis 2

- Planungen der Behörden
- Planungen der Rechtspflege

Konsolidierungskreis 3

- Planungen der zu konsolidierenden Anstalten

Übrige, nicht zu konsolidierende Organisationen

- Planung der Beamtenversicherungskasse
- Planung der Arbeitslosenkasse



Einleitung Anhang 1

Der KEF 2010-2013 und das Budget 2010 wurden nach der Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS).

Die IPSAS verlangen eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Einheiten:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat und Parlamentsdienste; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis
- Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation) Zentralbibliothek Zürich sowie Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im dritten Konsolidierungskreis

Im folgenden Anhang 1 werden die Planungen der Einheiten des zweiten und dritten Konsolidierungskreises aufgeführt. Zudem werden die Einheiten aufgeführt, die zwar die Konsolidierungskriterien nicht erfüllen, aber trotzdem im KEF aufgeführt werden. Dabei handelt es sich um die Planungen der Beamtenversicherungskasse und der Arbeitslosenkasse.



Konsolidierungskreis 2, Teil 1 -> Planungen der Behörden

Die finanzielle Entwicklung der Behörden im zweiten Konsolidierungskreis umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

9020 Finanzkontrolle

9070 Ombudsmann

9071 Datenschutzbeauftragter

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	1.2	1.2	1.2	1.1	1.0	1.0
Aufwand	-16.5	-17.1	-17.7	-17.8	-18.0	-18.0
Saldo	-15.3	-15.9	-16.5	-16.7	-17.0	-17.0
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-	-	-0.3	-	-	-
Nettoinvestitionen	-	-	-0.3	-	-	-

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-49.2
Aufwand	-8.9	-8.8	-0.1	-8.9	-0.1	-9.0	-0.1	-9.0	-9.0	1.2
Saldo	-8.9	-8.8	-0.1	-8.9	-0.1	-9.0	-0.1	-9.0	-9.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	13.1	13.0	0.1	13.1	0.1	13.1	0.1	13.1	13.1
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.

A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.

A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Entwicklungsschwerpunktebis Direktions-
ziel Nr.

E1 --									0
-------	--	--	--	--	--	--	--	--	---

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
W2 PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.3	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
W3 PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidien mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.8	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5

Leistungen

L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	131	110	120	120	120	120	120
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	0.75	0.75	0.75	0.75	0.75	0.75	0.75
L3 K: Zahl behandelter Vorlagen	P	115	90	110	110	110	110	110
L4 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	max.	153	90	130	130	130	130	130
L5 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	max.	2.6	3.7	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
L6 K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%	90%
L7 PD: Zahl der Protokolle	P	385	350	385	385	385	385	385

Wirtschaftlichkeit

B1 PD: Kosten je Vollstelle	max.	150324	154269	156260	159191	162305	164389
B2 PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	2727	2867	2835	2888	2945	2982
B3 PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll inkl. Sitzung	max.	918	864	954	972	991	1004
B4							

Leistungsgruppe 9000 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-8.860
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	
Leistungsindikatoren L2, L4 und L5	

Budget Leistungsgruppe 9000

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Als Folge von mehr Sitzungen Zunahme der Sitzungsgelder um Franken 125'000.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang wurde im Jahr 2009 von 13.0 auf 13.1 Personalstellen erhöht (siehe auch unter Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr).

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Zurzeit keine Besonderheiten absehbar.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Keine Personalaufstockung vorgesehen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Anpassung der Sitzungsgelder an die gestiegene Sitzungszahl bringt in den Planjahren gegenüber dem Vorjahres-KEF eine Saldoverschlechterung von gut 100'000 Franken pro Jahr.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der Beschäftigungsumfang bei den Kommissionssekretariaten erhöht sich als Folge der neuen Kommissionen ABG und AWU (Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit sowie Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmungen) gegenüber dem Vorjahres-KEF um 0.1 Personalstelle im Bereich Kommissionssekretariate. Die Arbeitsbelastung erwies sich höher als 2007 bei der Schaffung der beiden Kommissionen angenommen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.2	1.0	0.1	1.1	0.1	1.0	0.1	1.0	1.0	-16.6
Aufwand	-4.8	-5.1	-0.1	-5.4	-0.1	-5.4	-0.1	-5.4	-5.5	14.9
Saldo	-3.6	-4.1	0.0	-4.3	0.0	-4.4	-0.0	-4.5	-4.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben			-0.1	-0.2	-0.0	-0.0				-0.0
Nettoinvestitionen			-0.1	-0.2	-0.0	-0.0				-0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	23.6	24.5	0.3	24.8	0.5	25.0	0.5	25.0	25.0	

Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Erhöhung des Anteils an Wirtschaftlichkeits-, Zweckmässigkeits- und Wirksamkeitsprüfungen	2010	0
E2 Vermehrte Durchführung von Vertiefungsprüfungen	2010	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	min.	91%	90%	90%	90%	90%	90%
Leistungen							
L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	29%	25%	30%	30%	30%	30%
L2 Prüfintervall in Jahren	max.	6	5	4	4	4	4
L3 Anzahl Revisionen pro Jahr	P	359	350	280	280	280	280
Wirtschaftlichkeit							
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur theoretischen Soll-Arbeitszeit	min.	65%	65%	65%	65%	65%	65%
B2 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG zur verfügbaren Präsenzzeit	min.	nicht erhoben	nicht erhoben	80%	80%	80%	80%

Leistungsgruppe 9020 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-4.329
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.190
Leistungsindikatoren L1 und L2	

Budget Leistungsgruppe 9020

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- W1: Der Indikator bezieht sich auf die wesentlichen Feststellungen (ohne übrige Feststellungen).
- L1: Der Indikator bezieht sich auf die wesentlichen Feststellungen (ohne übrige Feststellungen).
- L2: Innerhalb des Prüfintervalls soll bei jeder Organisationseinheit mindestens eine Revision durchgeführt werden.
- L3: Die Reduktion der Anzahl Revisionen begründet sich wie folgt: Wegfall der Prüfung von EU-Projekten der Universität und der Fachhochschulen (bis 2008 jährlich ca. 50 solche "Kleinrevisionen"); Vergrößerung der Prüfeinheiten, was hinsichtlich Anzahl Revisionen zu tieferen Werten führt, jedoch keine Veränderung der Prüfgebietsabdeckung zur Folge hat (Beispiel Universität: bisher Prüfeinheit Institut; neue Prüfeinheit Fakultät).
- B1: In der theoretischen Soll-Arbeitszeit sind Abwesenheiten (Ferien, Krankheit usw.) enthalten.
- B2: In der verfügbaren Präsenzzeit sind externe Abwesenheiten (Ferien, Krankheit, öffentliche Ämter, Militärdienst, externe Aus- und Weiterbildung) von der theoretischen Soll-Arbeitszeit abgezogen. Der Indikator entspricht den Produktivitätsmessungsusancen der Wirtschaftsprüfungsbranche.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Ertrag: Konstante Ertragsentwicklung
- Aufwand: Entspricht den KEF-Werten im Vorjahr; Mehraufwand in der Informatik aufgrund des nicht aktivierbaren Teils der 2010 fälligen Ersatzbeschaffung der Hard- und Standardsoftware (Betriebssysteme, Microsoft Office).

Investitionsrechnung

- Ersatzbeschaffung der Hard- und Standardsoftware (aktivierbarer Teil).

Indikatoren

- L1: Erhöhung um 5 % auf 30 % entspricht der Zielrichtung der Finanzkontrolle, die Aspekte Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit zu stärken.
- L2: Aufgrund der Vergrößerung der Prüfeinheiten sind die zu prüfenden Stellen tendenziell regelmässiger von einer Revision berührt. Somit kann das Prüfintervall auf maximal drei Jahre reduziert werden.
- L3: Die Vergrößerung der Prüfeinheiten führt zu einer Reduktion der nominellen Zahl durchgeführter Prüfungen; Wegfall der Prüfung der EU-Projekte.
- B2: Neuer Indikator, Anlehnung an privatwirtschaftliche Usancen der Produktivitätsmessung.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Weder in der Erfolgs- und Investitionsrechnung, noch bezüglich Indikatoren ist aus heutiger Sicht mit einer wesentlichen Veränderung der Werte zu rechnen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Werte entsprechen weitgehend denjenigen des KEF Vorjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	33.3
Aufwand	-1.1	-1.1	-0.1	-1.2	-0.1	-1.3	-0.1	-1.3	-1.3	15.8
Saldo	-1.1	-1.1	-0.1	-1.2	-0.1	-1.2	-0.1	-1.3	-1.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.8	3.9	0.3	4.2	0.3	4.2	0.3	4.2	4.2	

Aufgaben

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Amtsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 --		0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 --							

Leistungen

L1 Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	693	700	700	700	700	700
L2 Zahl der erledigten Geschäfte	P	686	700	700	700	700	700

Wirtschaftlichkeit

B1 --							
-------	--	--	--	--	--	--	--

Leistungsgruppe 9070	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.239
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9070
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0	0.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand	-1.7	-2.1	0.0	-2.2	0.0	-2.2	-0.0	-2.2	-2.3	35.9
Saldo	-1.7	-1.9	0.0	-2.0	0.0	-2.2	-0.0	-2.2	-2.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0		0.0			-0.0
Nettoinvestitionen	-0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0		0.0			-0.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.3	8.2	0.0	8.2	0.0	8.2	0.0	8.2	8.2	

Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton. Er stellt sicher, dass die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger respektiert wird.
- A2 Er führt Kontrollen durch, beurteilt datenschutzrelevante Vorhaben und Erlasse, berät die verantwortlichen Organe und fördert den Einsatz datenschutzfreundlicher Technologien. Dabei kann er verbindliche Empfehlungen abgeben.
- A3 Der Datenschutzbeauftragte informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit. Er berät Privatpersonen und vermittelt in Konfliktfällen.
- A4 Alle Aufgaben nimmt der Datenschutzbeauftragte in vollständiger Unabhängigkeit wahr.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufsicht: Aufbau eines Monitorings (konzeptionelle Weiterentwicklung und Standardisierung der Prozesse)	2011	0
E2 Kontrolle: Verstärkung in den Bereichen "Bearbeitung besonderer Personendaten" und "Schengen"	2010	0
E3 Datenschutzfreundliche Technologien: Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von datenschutzfreundlichen Technologien	2011	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anteil umgesetzter Empfehlungen	P		60 %	60 %			
W2 Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen	min.		gut	gut			
W3 Anteil umgesetzter Hinweise	P		60 %	60 %			
Leistungen							
L1 Anteil komplexer Beratungen von öffentlichen Organen	P		33 %	33 %			
L2 Anteil aufwändiger Beratungen von Privatpersonen	P		15 %	15 %			
L3 Anzahl Grundsatzfragen u. Stellungnahmen	max.		25	25			
L4 Anzahl Datenschutz-Reviews	min.		20	20			
L5 Zuwachs Besuche auf Internetangeboten	P		5 %	5 %			
L6 Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten	min.		600	600			
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 9071	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-1.991
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.070
Leistungsindikatoren L3, L4 und L6	

Budget	Leistungsgruppe 9071
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Die Indikatoren für das Jahr 2010 sind unverändert, da noch keine Messresultate aus dem Vorjahr vorliegen.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Veränderung im Rahmen der Richtlinien zum KEF 2010 - 2013 und Budget 2010.

Investitionsrechnung

- -0,07 für Ersatzbeschaffung Informatik (Hardware, Software, Installation) im geplanten Abschreibungsrhythmus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Keine Veränderung gegenüber Vorjahr.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Entwicklung gemäss Richtlinien.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Noch nicht abschätzbarer Aufwand für die Kontrolltätigkeit (u.a. Schengen) mit eventueller Auswirkung auf Beschäftigungsumfang.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



Konsolidierungskreis 2, Teil 2 -> Planungen der Rechtspflege

Die finanzielle Entwicklung der Rechtspflege im zweiten Konsolidierungskreis umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

- 9030 Obergericht und angegliederte Gerichte
- 9040 Bezirksgerichte
- 9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter
- 9061 Kassationsgericht
- 9062 Landwirtschaftsgericht
- 9063 Verwaltungsgericht
- 9064 Sozialversicherungsgericht

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	183.9	161.2	151.7	153.1	154.3	155.6
Aufwand	-284.4	-293.7	-296.4	-303.9	-309.0	-313.2
Saldo	-100.5	-132.5	-144.7	-150.8	-154.6	-157.7
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	0.1	-	-	-	-	-
Ausgaben	-14.0	-26.0	-31.8	-33.4	-18.1	-5.2
Nettoinvestitionen	-13.9	-26.0	-31.8	-33.4	-18.1	-5.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	17.2	12.6	0.2	12.6	0.2	12.6	0.1	12.6	12.6	-26.8
Aufwand	-57.7	-57.7	0.7	-57.8	-0.5	-60.4	2.4	-60.7	-61.7	6.9
Saldo	-40.5	-45.1	1.0	-45.2	-0.3	-47.8	2.6	-48.1	-49.1	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-7.0	-18.9	-3.3	-21.7	-3.8	-23.6	-3.0	-13.0	-2.0	-14.4
Nettoinvestitionen	-7.0	-18.9	-3.3	-21.7	-3.8	-23.6	-3.0	-13.0	-2.0	-14.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	197.9	197.0	7.0	204.0	7.0	204.0	7.0	204.0	204.0	

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren und Prozesse auf der Grundlage des geltenden Rechts
A2 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Um- und Erweiterungsbau Obergericht	2012	0
E2 Aufbau und Weiterentwicklung von Controlling-Mechanismen	2013	0
E3 Projekte im Rechnungswesen der Gerichte	2011	0
E4 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung (ab 2010)	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 70% der Berufungsverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	74.8	>70%	>70%	>70%	>70%	>70%
W2 80% der Rekursverfahren sind innert 6 Monaten erledigt unter Berücksichtigung der Qualität und gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	79.3	>80%	>80%	>80%	>80%	>80%
W3 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	2'877'463	2'700'000	2'900'000	2'900'000	2'900'000	2'900'000
W4 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	1'807'086	1'700'000	1'700'000	1'700'000	1'700'000	1'700'000
W5 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	1'284'747	600'000	800'000	800'000	800'000	800'000
Leistungen							
L1 Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	P	530	521	529	529	529	529
L2 Erledigung von Berufungen	P	1'129	1'123	1'097	1'097	1'097	1'097
L3 Erledigung von Rekursen und Beschwerden	P	1'622	1'469	1'506	1'506	1'506	1'506
L4 Erledigung von anderen Verfahren	P	1'374	1'390	1'392	1'392	1'392	1'392
L5 Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	8'235	7'734	7'875	7'875	7'875	7'875
L6 Anzahl Eingänge	P	7'862	7'734	7'875	7'875	7'875	7'875
L7 Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	3'721	</=3'900	</=3'900	</=3'900	</=3'900	</=3'900
L8 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1	P	1.05 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
Wirtschaftlichkeit							
B1 durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	4'820	5'837	5'740	6'070	6'114	6'240

Leistungsgruppe 9030 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-45.172
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-21.700

Budget Leistungsgruppe 9030

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E1: Im Herbst 2008 wurden die Bauarbeiten im Hinblick auf den Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts in Angriff genommen. Planung und Logistik sind während dem Umbau stark gefordert, damit der Einzug ins neue Obergerichtsgebäude wie vorgesehen ab Herbst 2011 stattfinden kann.
- E2: Weiterentwicklung von Controllingmechanismen und -instrumenten (Finanzen, Personal, Leistung, Logistik).
- E3: Überarbeitung und Weiterentwicklung der Rechnungswesen-Software (Anpassung der Systeme an neue Anforderungen wie KLR, Anlagebuchhaltung etc.). Optimierungen im Rechnungswesen der Gerichte.
- E4: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der eidg. Zivil- und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte.

Indikatoren

- Sämtliche Indikatoren sind als Prognosen zu verstehen.
- Bei den Wirkungsindikatoren ist die Erreichung der Richtwerte weitgehend von der Komplexität der eingehenden Verfahren abhängig und kann von der Organisationseinheit nur bedingt beeinflusst werden.
- Bei den Leistungsindikatoren wird die Prognose aufgrund des Durchschnitts der vergangenen drei Jahren erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität, also von exogenen Einflüssen abhängig.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Saldo der Erfolgsrechnung im Budgetentwurf weist gegenüber der Vorjahresplanung keine nennenswerte Veränderung auf.
- Leicht höhere Personalkosten werden durch geringeren Sachaufwand kompensiert.
- Die etwas tiefer veranschlagten Gebühreneinnahmen werden durch zusätzliche Rückerstattungen infolge flächendeckender Bewirtschaftung einstweilen abgeschriebener Forderungen ausgeglichen (siehe auch Bemerkungen unter "Personal").

Investitionsrechnung

- Die Investitionen werden im Wesentlichen vom Um- und Erweiterungsbau geprägt. Im Jahr 2010 geht die Planung von Investitionsausgaben - inkl. IT - im Umfang von 21.7 Mio. aus (-3.2 Mio.).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Zwei neue Stellen im Zentralen Inkasso sowie die Schaffung der Funktion eines Content-Managers im Zusammenhang mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips führen gesamthaft zu einem höheren Beschäftigungsumfang. Bisher wurde der Beschäftigungsumfang aufgrund der effektiven Stellenbesetzungen ausgewiesen; vakante Stellen wurde nicht eingerechnet. Der Stellenplan wird im Jahr 2010 voll ausgeschöpft. (2010 neu 204 Vollzeitstellen, Vorjahr 197).

Indikatoren

- W3/4: Das Ergebnis aus der RE2008 hat gezeigt, dass die Anpassung des Anwaltsgebührentarifes und allgemein komplexere, aufwändigere Verfahren zu höheren Zahlungen für amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsverteidigungen geführt haben. Die Planung wurde entsprechend angepasst.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklung der Erfolgsrechnungen in den Jahren 2010 und 2011 berücksichtigt die voraussichtlich 2011 in Kraft tretenden eidg. Prozessordnungen vorderhand nur im Bereich Aus- und Weiterbildung sowie bei der Anschaffung von Fachliteratur (jährliche Mehraufwendungen von ca. 0.5 Mio.).
- Für die Rückkehr bzw. den Umzug in die Räumlichkeiten am Hirschengraben werden für 2012 Umzugskosten in die Planung eingestellt.

Investitionsrechnung

- Gemäss Kostenvoranschlag und Planung des Hochbauamtes werden in den Jahren 2009-2011 jährlich Ausgaben im Umfang von rund 20 Mio. anfallen.
- Für 2012 sind noch Investitionsausgaben in der Höhe von 11 Mio. für den Um- und Erweiterungsbau vorgesehen.
- Im Informatikbereich ist für 2011 der Ersatz von Arbeitsplatz-Systemen vorgesehen und
- im Jahr 2012 die Neulizenzierung von Microsoft-Software.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Auswirkungen der voraussichtlich 2011 in Kraft tretenden eidg. Prozessordnungen auf die Stellenpläne des Obergerichts und der Bezirksgerichte können derzeit mangels fehlender näherer Erkenntnisse noch nicht abgeschätzt werden. Die Personal- und Finanzressourcen wurden aus diesem Grund gemäss den heute geltenden Zuständigkeiten geplant. Verschiebungen bzw. notwendige Aufstockungen der Ressourcen können erst im nächsten KEF seriös geplant werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Planung weist gegenüber dem Vorjahres-KEF Verbesserungen von 1 Mio. (2010), 0.8 Mio. (2011) und 1.8 Mio. (2012) aus. Diese sind einerseits auf den Wegfall der Wertkorrekturen bei den Prozessauslagen und andererseits auf die zu erwartenden Mehrerträge bei den Gebühren und Wiedereingängen zurückzuführen.

Investitionsrechnung

- Die Planung erfolgt gemäss Angaben des Hochbauamtes

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	44.1	40.3	1.7	41.1	2.3	41.7	2.8	42.3	42.8	-3.0
Aufwand	-135.9	-141.2	-0.9	-141.5	1.4	-143.1	0.5	-146.2	-148.3	9.1
Saldo	-91.7	-100.9	0.7	-100.3	3.7	-101.4	3.3	-103.9	-105.5	

Investitionen (in Mio. Fr.)

	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-5.1	-5.1	-1.0	-5.6	-2.3	-6.5	-3.0	-3.5	-1.5	-4.5
Nettoinvestitionen	-5.1	-5.1	-1.0	-5.6	-2.3	-6.5	-3.0	-3.5	-1.5	-4.5
Personal (Beschäftigungsumfang)	688.9	688.5	0.4	683.5	2.9	686.0	2.9	686.0	686.0	

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der Verfahren und Prozesse
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren)
- A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umgliederung von Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen der Bezirksgerichte (Alleinnutzung).	2010	0
E2 Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (Anpassung der Systeme an neue Anforderungen wie KLR, Anlagebuchhaltung etc.)	2011	0
E3 Umsetzung von Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung von eidg. Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung (ab 2010)	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 80% der Zivil- und Strafprozesse sind unter Berücksichtigung der Qualität innert 6 Monaten erledigt	P	79%	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%	>/=80%
W2 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	12'179'770	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000	12'500'000
W3 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	10'600'375	11'400'000	11'700'000	11'700'000	11'700'000	11'700'000
W4 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	2'103'586	1'200'000	1'400'000	1'400'000	1'400'000	1'400'000

Leistungen

L1 Summarische Verfahren	P	33'057	34'500	33'347	33'347	33'347	33'347
L2 Zivilprozesse	P	10'026	10'600	10'120	10'120	10'120	10'120
L3 Strafprozesse	P	3'125	3'322	3'236	3'236	3'236	3'236
L4 Haftrichtersachen	P	3'341	3'564	3'400	3'400	3'400	3'400
L5 Mietschlachtungen	P	5'884	4'721	5'123	5'123	5'123	5'123
L6 Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	P	75'185	77'161	76'698	76'698	76'698	76'698
L7 Anzahl Eingänge	P	77'429	77'161	76'698	76'698	76'698	76'698
L8 Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	12'023	</=12'000	</=12'000	</=12'000	</=12'000	</=12'000
L9 Verhältnis Erledigungen : Eingänge	P	0.97 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1	1 : 1
L10 Verhältnis Auditoren : jur. Sekretäre (A2)	P	0.7 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1	> 0.8 : 1

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	1'300	1'308	1'308	1'322	1'354	1'374
---	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9040 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-100.341
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-5.575

Budget	Leistungsgruppe 9040
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- E1: Im Zuge der Regionalisierung der Staatsanwaltschaften werden immer mehr Verwaltungsliegenschaften in den Bezirken den Gerichten zur alleinigen Nutzung zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang wird mit der Baudirektion die Übertragung dieser Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen der Gerichte geprüft.
- E2: Mit dem Projekt ZRPnG (Zürcher Rechtspflege neue Generation) wurde die Anpassung der Rechnungswesen-Applikationen an die neuen Anforderungen gemäss CRG wie Kostenrechnung, Anlagebuchhaltung, IPSAS etc. sowie die Optimierung des Rechnungswesens der Gerichte im Allgemeinen gestartet.
- E3: Rechtzeitige Planung der notwendigen organisatorischen Massnahmen im Hinblick auf die Inkraftsetzung der eidg. Zivil- und Strafprozessordnung im Jahre 2011. Die Folgen dieser Änderungen auf die kantonalzürcherische Gerichtsbarkeit kurz zusammengefasst: Abschaffung Geschworenen- und Kassationsgericht, Verschiebung von Zuständigkeiten von und an Bezirksgerichte.

Indikatoren

- Alle Indikatoren haben Bezug zur Aufgabe A1 mit Ausnahme von L10, welcher sich auf A2 bezieht.
- Sämtliche Indikatoren sind als Prognosen zu verstehen.
- Bei den Wirkungsindikatoren ist die Erreichung der Richtwerte weitgehend von der Komplexität der eingehenden Verfahren abhängig und kann von der Organisationseinheit nur bedingt beeinflusst werden.
- Bei den Leistungsindikatoren wird die Prognose aufgrund des Durchschnitts der vergangenen drei Jahren erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität, also von exogenen Einflüssen abhängig.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Saldo der konsolidierten Erfolgsrechnung der Bezirksgerichte verbessert sich im vorliegenden Budgetentwurf um rund 0.6 Mio. gegenüber der Vorjahresplanung. Der Personalaufwand verändert sich gegenüber dem Budget 2009 um die zulässige Steigerung.
- Die Forderungsverluste (Abschreibungen von Debitorenguthaben) werden gemäss Hochrechnung 2009 zunehmen. Die prognostizierte Verschlechterung beträgt hier rund 0.5 Mio. Die Abschreibungen und Zinsen im Zusammenhang mit den baulichen Massnahmen nehmen um 0.2 Mio ab, ebenso die internen Verechnungen im Bereich der kalkulatorischen Raumkosten.
- Ab 2009 wird mit einem um ca. 0.7 Mio. höheren Gebührenertrag gerechnet.

Investitionsrechnung

- Die eingestellten Beträge erfolgen in Absprache mit dem Hochbauamt und betreffen hauptsächlich den Umbau des Bezirksgerichtes Bülach.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Aufwand und Ertrag werden für die Planjahre 2011-2013 gemäss den Vorgaben des Regierungsrates weitergeschrieben.

Investitionsrechnung

- Die Investitionsplanung der Bezirksgerichte wird in den Jahren 2011-2013 vom Um- und Erweiterungsbau in Bülach geprägt (2010: 4.4 Mio., 2011: 6 Mio, 2012: 3.5 Mio. und 2013: 1.5 Mio.). Die Realisierung dieses Projektes verzögerte sich zuletzt wegen hängiger Einsprachen in der Planungsphase.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Auswirkungen der voraussichtlich 2011 in Kraft tretenden eidgenössischen Prozessordnungen auf die Stellenpläne der Bezirksgerichte können derzeit mangels fehlender näherer Erkenntnisse noch nicht abgeschätzt werden. Die Personal- und Finanzressourcen wurden aus diesem Grund gemäss den heute geltenden Zuständigkeiten geplant. Hingegen werden ab 2011 bei einzelnen Gerichten aufgrund der allgemeinen Zunahme der Geschäftslast zusätzliche Richterstellen eingestellt (2.5 Stellen) bzw. es sollen ständige Ersatzrichterstellen in ordentliche Wahlstellen umgewandelt werden.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Abweichungen zur letztjährigen Planung ist erfreulich positiv. Im Vergleichsjahr 2010 beträgt die Verbesserung 0.7 Mio., im 2011 3.7 Mio und im 2012 3.4 Mio.

Investitionsrechnung

- Die eingestellten Beträge erfolgen gemäss Planung des Hochbauamtes.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	119.2	105.1	-11.4	94.3	-11.9	95.4	-12.5	96.4	97.2	-18.4
Aufwand	-68.3	-69.0	-1.6	-70.6	-3.9	-73.9	-5.1	-75.8	-77.9	14.1
Saldo	50.9	36.1	-13.0	23.7	-15.7	21.5	-17.6	20.6	19.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-1.7	-1.8	-2.0	-4.2	-1.0	-3.2	0.8	-1.5	-1.7	-2.3
Nettoinvestitionen	-1.7	-1.8	-2.0	-4.2	-1.0	-3.2	0.8	-1.5	-1.7	-2.3
Personal (Beschäftigungsumfang)	416.4	421.0	5.0	426.0	20.0	441.0	20.0	441.0	441.0	

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufnahme der Grundstückbeschriebe in das EDV-System, Neuaufnahme alter Servituten	2013	0
E2 Einführung des EDV-Grundbuchs	2014	0

Indikatoren

Wirkungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	P	90%	90%	90%	90%	90%	90%
W2 Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres)	P	77.7%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%	> 75%

Leistungen

L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt	max.	100%	100%	100%	100%	100%	100%
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte.	min.	74.2%	90%	90%	90%	90%	90%
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte.	max.	79.8%	100%	100%	100%	100%	100%
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	min.	6	2	3	3	3	3
L5 Anzahl Beurkundungen	P	56'381	50'000	50'000	50'000	50'000	55'000
L6 Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	72'329	70'000	70'000	70'000	70'000	70'000
L7 Anzahl Konkurserledigungen	P	1'553	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600

Wirtschaftlichkeit

B1 Deckungsgrad	P	177%	130%	130%	130%	130%	130%
-----------------	---	------	------	------	------	------	------

Leistungsgruppe 9060	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	23.725
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.235
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4	

Budget	Leistungsgruppe 9060
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Der Aufgabenbereich der Notariate, Grundbuch- und Konkursämter ist gesetzlich festgelegt.
- Der Geschäftsanfall und -umfang im Immobilienbereich und im Konkurswesen wird von der Konjunkturlage wesentlich beeinflusst.
- Schwerpunkt in der Entwicklung ist der Beginn der Einführung des EDV-Grundbuchs in der zweiten Hälfte der Planungsperiode. Es sind grosse Anstrengungen zur Aufnahme der Rechte an den Grundstücken in das EDV-Grundbuch zu unternehmen. Dies trifft bis 2011 auch für die Neuaufnahme alter Servituten zu.

Indikatoren

- Die Notariate müssen in der Lage sein, die Kundenwünsche zeitgerecht und mit hoher Qualität zu erfüllen.
- L1: Die Umschreibung wurde zwecks besserem Verständnis etwas ausgeführt.
- L2 - L4: Die Kennzahlen werden neu als Zielwerte definiert (vorher Prognosewerte).

Sonstige Bemerkungen

- Der Förderung der Grundbucheinführungs- und der Meliorationsverfahren ist besondere Bedeutung beizumessen.
- Die Kundendienstleistung gemäss Leitbild bei den laufenden Geschäften steht im Vordergrund, wobei der Personalbestand im mittleren und oberen Kader zu knapp bemessen ist. Je nach Arbeitsanfall kommt es zu Rückständen. Für deren Aufarbeitung, die Förderung der Grundbucheinführungs- und Meliorationsverfahren und für die Datenersterfassung bei der Einführung des EDV-Grundbuches bestehen praktisch keine Personalressourcen bzw. -reserven.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die am 1. Juli 2009 in Kraft tretende neue Notariatsgebührenverordnung führt zu einer Ertragsverminderung. Dies ist primär auf die Reduktion der grundbuchamtlichen Gebühr von 2,5 auf 1,5 Promille bei Handänderungen und Pfandrechtserrichtungen zurückzuführen, die sich 2010 auf das volle Kalenderjahr auswirkt.

Investitionsrechnung

- Infolge Projektverzögerung bei der Entwicklung des EDV-Grundbuchs ergeben sich Verschiebungen bei den Zahlungsmodalitäten. Es fallen auch Mehrkosten an.
- Bauliche Anpassung einzelner Amtsräume (behindertengerechter Ausbau).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Es werden 5 Stellen der Stufe Notar-Stellvertreter geschaffen, um jungen Notar-Stellvertretern/innen den Erwerb des Wahlfähigkeitszeugnisses als Notar/in zu ermöglichen (§ 8 NotG). Diese werden zum Abbau der Rückstände und zur Förderung der Grundbucheinführungsverfahren eingesetzt. Die Datenersterfassung bei der Einführung des Grundbuchs ab 2011 setzt die vorübergehende Mehranstellung von Personal voraus (Schätzung: zirka 15 Stellen).
- Es werden nach wie vor zirka 90 Lernende pro Jahr ausgebildet. Die seit Jahren bestehende Praxis, die Absolventen der Lehrabschlussprüfungen während eines Jahres weiterzubeschäftigen, wird fortgeführt.

Indikatoren

- Die Kundenzufriedenheit soll durch periodische Umfragen in einzelnen Segmenten erhoben werden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Planung erfolgt gemäss den Vorgaben.

Investitionsrechnung

- Bei der Entwicklung des EDV-Grundbuchs ergeben sich zeitliche Verzögerungen, die zu Zahlungsverzögerungen führen und Mehrkosten verursachen.
- Behindertengerechter Ausbau der Amtsräume.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Es ist mit keiner wesentlichen Veränderung auf der Ertragsseite aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen, die zu erwartende Erhöhung der Konkursverfahren in der Planungsperiode führt zu keinen wesentlichen Mehrerträgen. Die Revision des Notariatsgebührentarifs mit reduzierten Gebührenansätzen im Grundbuchbereich führt zu einer markanten Ertragsverminderung.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Der seit mehr als 20 Jahren unveränderte Stellenplan muss dringend überarbeitet werden, weil er den betrieblichen Gegebenheiten auf den einzelnen Notariaten nicht mehr entspricht. Der heutige Personalbestand ist vor allem im mittleren und oberen Kaderbereich zu knapp, um den heutigen anspruchsvollen Kundenwünschen im Immobilienbereich gerecht zu werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.8	0.7	0.0	0.7	-0.4	0.4	-0.5	0.2		-100.0
Aufwand	-3.7	-4.6	0.2	-4.3	0.7	-4.0	1.3	-3.4	-2.2	-40.8
Saldo	-2.9	-3.9	0.2	-3.6	0.4	-3.6	0.7	-3.3	-2.2	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	12.7	14.0	-0.8	13.2	-0.8	13.2	-8.5	5.5	1.4
---------------------------------	------	------	------	------	------	------	------	-----	-----

Aufgaben

A1 Beurteilung von Nichtigkeitsbeschwerden gegen Entscheide des Obergerichtes, des Geschworenengerichtes, des Handelsgerichtes, des obergerichtlichen- und des handelsgerichtlichen Einzelrichters. Grundlagen: Insbesondere GVG, ZPO StPO

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

E1 Voraussichtlich ab 2011: Erledigung aller Verfahren und Auflösung des Gerichts nach Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen.	bis 2013	0
---	----------	---

Indikatoren

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
-----	------	------	------	------	------	------

Wirkungen

W1 Anteil der erledigten Geschäfte innert 6 Monaten	P	40%	46%	46%	46%	-	-
W2 Anteil der erledigten Geschäfte, welche mehr als 1 Jahr beanspruchen	P	10%	3%	8%	8%	-	-
W3 Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in CHF	P	113'905	112'000	150'000	76'200	40'000	-
W4 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	35'106	67'000	67'000	34'000	17'300	-
W5 Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in CHF	P	17'300	33'000	33'000	16'800	8'500	-

Leistungen

L1 Anzahl Erledigungen	P	209	250	250	120	10	0
L2 Anzahl Eingänge	P	230	250	225	20	0	0
L3 Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	135	114	110	10	0	0
L4 Verhältnis Erledigungen / Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0.46	0.56	0.52	0.11	-	-
L5 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0.9	0.97	0.97	0.97	-	-
L6 Verhältnis Erledigungen / Eingänge Total (EQ III)	P	0.91	1.0	1.11	6	-	-

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	13'833	15'562	14'437	30'082	-	-
---	---	--------	--------	--------	--------	---	---

Leistungsgruppe 9061 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-3.609
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget Leistungsgruppe 9061

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Die Einführung der eidgenössischen Prozessgesetze (eidgenössische Zivilprozessordnung und eidgenössische Strafprozessordnung) wird zur Aufhebung der kantonalen Prozessgesetze (GVG, ZPO, StPO) und damit zum Wegfall der kantonalen Nichtigkeitsbeschwerde führen.
- Heute ist weder der genaue Zeitpunkt der Einführung (geplant: 1.1.2011) noch die genaue Formulierung der Übergangsbestimmungen in den kantonalen Einführungsgesetzen bekannt. Einstweilen wird auf der Grundlage geplant, dass die neuen Prozessgesetze auf den 1.1.2011 in Kraft treten und das Kassationsgericht noch während ca. einem Jahr die dazumal hängigen Fälle bearbeiten wird.

Indikatoren

- Sämtliche Indikatoren beinhalten Prognosewerte, da deren Erreichung exogenen Faktoren wie Geschäftseingänge, Komplexität der Verfahren etc. unterliegt und nicht beeinflussbar ist.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Tieferer Saldo im Jahr 2010 als gemäss BU09, da einerseits eine Teilzeitstelle im Sekretariat im Hinblick auf die Auflösung des Gerichts nicht mehr besetzt wurde und andererseits aufgrund der Vergleichszahlen der letzten Jahre die Forderungsverluste tiefer geschätzt wurden.

Indikatoren

- Zu W3: neueste Hochrechnungen ergeben einen höheren Anteil von amtlichen Verteidigungen an den tatsächlichen Forderungsverlusten, weshalb im Jahr 2010 ein höherer Betrag zu erwarten ist.
- Zu L3: Gemäss gedrucktem Budget 2009 wurde per 31.12.2009 mit 114 Pendenzen gerechnet. Wegen der höheren Pendenzenzahl per 31.12.2008 (135) ist auch per Ende 2009 von 135 Pendenzen auszugehen.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Das Ergebnis der Erfolgsrechnung in den Planjahren wird von der Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen und der daraus resultierenden Auflösung des Gerichtes geprägt sein.

Indikatoren

- Zu W1 und W2: Da im Jahr 2011 nur noch wenige und ab 2012 voraussichtlich keine neuen Geschäfte mehr eingehen, machen diese Kennzahlen keinen Sinn mehr.
- Zu L4 bis L6: Die Berechnung der Erledigungsquote für die Jahre 2011 bis 2013 erscheint nicht (mehr) sinnvoll. Durch die Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen entsteht eine veränderte Ausgangslage und die Zahlen sind nicht mehr aussagekräftig.
- Zu B1: Ab 2011 ist die Berechnung des durchschnittlichen Nettoaufwandes pro erledigten Prozess nicht mehr aussagekräftig, da nur noch die dann hängigen Fälle zu bearbeiten sein werden und ein Teil der Kosten nicht bei der Fallbearbeitung, sondern für die geordnete Auflösung des Gerichtes anfallen wird.

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die auf den 1.1.2011 geplante Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen und der daraus resultierenden Auflösung des Gerichtes generieren aus heutiger Sicht eine finanzielle Verbesserung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-53.0
Aufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-24.2
Saldo	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.) Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)

Aufgaben

A1 Erledigung von Meliorationsstreitigkeiten im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Direktions-
ziel Nr.

Indikatoren

bis

Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen						
Leistungen						
Wirtschaftlichkeit						

Wirkungen

Leistungen

Wirtschaftlichkeit

Leistungsgruppe 9062	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-0.016
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	

Budget	Leistungsgruppe 9062
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Das Landwirtschaftsgericht behandelt jährlich zwischen 1 und 5 Verfahren. Leistungsindikatoren sind - mit Ausnahme der Verfahrensdauer - wenig aussagekräftig, weshalb auf solche verzichtet wird.

Sonstige Bemerkungen

- Aufgrund der geringen finanziellen Mittel (Aufwand / Ertrag < CHF 20'000) wird auf Bemerkungen verzichtet.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1.9	2.0	0.2	2.3	0.2	2.2	0.2	2.2	2.2	16.6
Aufwand	-7.1	-8.2	-0.6	-8.8	-0.6	-9.0	-0.6	-9.1	-9.2	29.4
Saldo	-5.2	-6.2	-0.4	-6.6	-0.4	-6.7	-0.4	-6.8	-7.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0.1									0.0
Ausgaben	-0.1	-0.2	-0.1	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	-0.1	-0.2	-0.1	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
Personal (Beschäftigungsumfang)	26.2	31.2	1.7	32.9	1.7	32.9	1.7	32.9	32.9	

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln.
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen.
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959, revidierte Fassung vom 8. Juni 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast ohne Antrag auf zusätzliche Richterstellen (nur sofern keine 5er-Besetzung gesetzlich vorgeschrieben wird), bloss unter Erhöhung des Budgets im Umfang der Budgetvorgaben und der dem Gericht neu überbundenen Aufgaben.	2013	0
E2 Bewältigung der künftig zu erwartenden höheren Geschäftslast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität.	2013	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach maximal 6 Monaten	P	589	760	840	840	840	840
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse nach über 12 Monaten	P	30	50	53	53	53	53
W3 Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	79%	80%	80%	80%	80%	80%
W4 Anteil Erledigungen innert 12 Monaten	P	17%	15%	15%	15%	15%	15%
W5 Anteil Erledigungen über 12 Monate	P	4%	5%	5%	5%	5%	5%
W6 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	26'005	35'000	40'000	40'000	40'000	40'000
Leistungen							
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	746	950	1'050	1'050	1'050	1'050
L2 Anzahl Eingänge	P	829	950	1'050	1'050	1'050	1'050
L3 Anzahl Pendenzen	P	352	255	255	255	255	255
Wirtschaftlichkeit							
B1 durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	6'833	6'491	6'278	6'394	6'532	6'637

Leistungsgruppe 9063 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-6.584
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150

Budget Leistungsgruppe 9063	
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Sämtliche Indikatoren beinhalten Prognosewerte, da deren Erreichung exogenen Faktoren wie Geschäftseingänge, Komplexität der Verfahren etc. unterliegt und nicht beeinflussbar ist.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Höhere Personalkosten und höhere Abschreibungen durch Büroausbauten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Erhöhung des Personalbestandes ab 2010 um 1.7 Stellen im Hinblick auf die geschätzte Geschäftszunahme mit 1'050 Eingängen pro Jahr.

Indikatoren

- Zu L1 und L2: Ab 2009 führt die Bundesjustizreform (Rechtsweggarantie) zu einer Zunahme der Geschäftslast.
- Zu B1: Vollkostenrechnung; eingeschlossen sind die effektiven Mietkosten sowie die Sozialabgaben.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Planung im Umfang der kantonalen Vorgaben.

Investitionsrechnung

- Es sind keine grösseren Investitionen geplant.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Berücksichtigung der Auswirkungen der Rechtsweggarantie.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	0.7	0.4	0.2	0.7	0.2	0.7	0.2	0.7	0.7	10.4
Aufwand	-11.8	-13.0	-0.3	-13.5	-0.2	-13.6	-0.2	-13.8	-14.0	18.5
Saldo	-11.1	-12.5	-0.1	-12.7	0.0	-12.8	0.0	-13.1	-13.3	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben		-0.2	-0.2	-0.2						-0.1
Nettoinvestitionen		-0.2	-0.2	-0.2						-0.1

Personal (Beschäftigungsumfang)	59.8	62.9	3.0	65.9	3.0	65.9	3.0	65.9	65.9	
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------	--

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze).

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Die Zahl der Pendenzen wird auf 2500 reduziert	2013	0
E2 Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 35%	2013	0
E3 Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 40%	2013	0

Indikatoren

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	31%	35%	35%	35%	35%	35%
W2 Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen nach über 1 Jahr	P	54%	40%	55%	50%	45%	40%
W3 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	309'934	330'000	430'000	430'000	430'000	430'000
W4 Zahlungen des Staates an Parteien	P	1'500	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000

Leistungen

L1 Anzahl Erledigungen	P	2'506	2'800	2'800	2'800	2'800	2'800
L2 Anzahl Eingänge	P	2'720	2'800	2'700	2'700	2'700	2'700
L3 Anzahl Pendenzen	P	3'041	2'800	2'800	2'700	2'600	2'500
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	P	0.92	1.00	1.04	1.04	1.04	1.04

Wirtschaftlichkeit

B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	4'419	4'479	4'548	4'588	4'665	4'735
---	---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Leistungsgruppe 9064	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio Fr.)	-12.734
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-0.150

Budget	Leistungsgruppe 9064
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- Sämtliche Indikatoren beinhalten Prognosewerte, da deren Erreichung exogenen Faktoren wie Geschäftseingänge, Komplexität der Verfahren etc. unterliegt und nicht beeinflussbar ist.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Seit dem bisherigen Tiefststand im Jahre 2003 mit 1'181 Pendenzen steigen diese am SVGer wieder kontinuierlich an. Ende 2008 haben sie den zwischenzeitlichen Höchststand von 3'016 erreicht. Da von der Justizkommission bereits verschiedentlich signalisiert worden ist, dass eine Aufstockung der Richterstellen ultima ratio und zur Zeit nicht realisierbar sei, das Sozialversicherungsgericht aber dennoch dafür sorgen müsse, dass die Anzahl Pendenzen in einem tragbaren Rahmen bleibt, kann der Arbeitsmehranfall lediglich über die schrittweise Erhöhung der Stellen im juristischen Sekretariat aufgefangen werden.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Personal (Beschäftigungsumfang)

- siehe Budgetentwurf

Anderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



Konsolidierungskreis 3 -> Planungen der zu konsolidierenden Anstalten

Die finanzielle Entwicklung der Anstalten im dritten Konsolidierungskreises umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

- 9300 Zürcher Verkehrsverbund
- 9510 Universitätsspital Zürich
- 9520 Kantonsspital Winterthur
- 9600 Universität
- 9690 Zentralbibliothek
- 9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften
- 9720 Zürcher Hochschule der Künste
- 9740 Pädagogische Hochschule Zürich
- 9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Die folgende Tabelle weist die finanziellen Werte der Erfolgs- und Investitionsrechnung der oben stehenden Leistungsgruppen aus.

(in Mio. Franken)	R 2008 (restated)	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
Erfolgsrechnung:						
Ertrag	3'760.8	3'890.8	4'050.4	4'210.6	4'348.2	4'434.2
Aufwand	-3'743.6	-3'890.8	-4'050.4	-4'210.6	-4'348.2	-4'434.2
Saldo	17.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung:						
Einnahmen	21.4	1.5	2.9	4.0	2.0	2.8
Ausgaben	-101.1	-103.0	-119.6	-118.2	-111.3	-116.5
Nettoinvestitionen	-79.7	-101.5	-116.7	-114.2	-109.3	-113.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	818.7	878.7	-14.6	906.2	-5.5	953.8	1.4	982.3	1,007.9	23.1
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	157.6	173.4		185.9		197.0		202.4	204.2	
Aufwand	-818.7	-878.7	14.6	-906.2	5.5	-953.8	-1.4	-982.3	-1,007.9	23.1
Saldo	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Ø (08 -13)

Einnahmen

Ausgaben

Nettoinvestitionen

Personal (Beschäftigungsumfang)	30.1	32.0	0.0	32.0	0.0	32.0	0.0	32.0	32.0
---------------------------------	------	------	-----	------	-----	------	-----	------	------

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur Leistung: Planung Verkehrsangebot, Tarifstruktur, Controlling Verkehrsunternehmungen, Interessenwahrung Kanton Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

EntwicklungsschwerpunkteDirektions-
ziel Nr.

	bis	
E1 Die aufgrund der Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% bis 2014 (Basis 2006) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr wird abgedeckt.	2014	1
E2 Das Angebot wird dort angepasst, wo bereits heute oder in absehbarer Zeit Kapazitätsengpässe auftreten und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.	2014	1
E3 Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von 77 Punkten gehalten.	2014	1
E4 Die Kostenunterdeckung entwickelt sich teuerungsbereinigt im Rahmen der Angebotsanpassungen gemäss den Stossrichtungen.	2014	1
E5 Ziele gestützt auf die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2011 - 2014 (KR 396 vom 23.2.2009)	2014	1

Indikatoren

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 Personenkilometer (in Mio.)	P	2'846	2'850	2'960	3'040	3'110	3'190
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	77	77	77	77	77

Leistungen

L1 Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	20.188	20.300	20.900	20.900	20.900	20.900
L2 Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	10.945	11.100	11.300	11.300	11.900	12.100
L3 Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	41.608	43.600	43.900	44.300	45.100	45.100
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0.539	0.550	0.550	0.550	0.550	0.550
L5 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		11.17	11.63	11.96	12.38	12.52	12.82

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in CHF)		4.28	4.59	4.99	5.11	5.16	5.19
B2 Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. CHF)		313.8	346.7	371.8	394.0	404.8	408.4

Leistungsgruppe 9300 Budgetentwurf 2010Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.) -185.900
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)**Budget Leistungsgruppe 9300**Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Auf 2009 erfolgte eine Tarifierhöhung von durchschnittlich 3.0%.
- Gemeldete Verbesserungen Entlastungsprogramm E08 2008-2010 min. je 6 Mio. CHF

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Vom Ertrag entfällt auf: Beitrag des Kantons (aus LG 5210) an den ZVV (9300) in Mio. CHF: 157.6 (IST 2008), 173.4 (B 2009), 185.9 (2010), 197.0 (2011), 202.4 (2012), 204.2 (2013)
- Mit Einführung des CRG, ab 2009, beträgt der Saldo immer 0, weil nur die effektiv zur Abdeckung des Defizits nötigen "Netto-Beiträge" als Ertrag verbucht werden.
- Die Kostenunterdeckung entspricht dem vom Kantonsrat bewilligten Rahmenkredit 2009/2010;

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Nur Personalstellen ZVV-Management-Holding.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Auf 2011 ist eine weitere Tarifierhöhung von 3.0% geplant.
- Die Kostenunterdeckung nimmt in den Planjahren in Folge der Angebotsausbauten gemäss 'Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr 2010-2014' (KRB 396) zu.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Indikatoren

- Ziel B2: Auf Grund der rezessionsbedingt tieferen Ertragsprognosen liegt die Kostenunterdeckung in den Jahren 2011-2013 10-15 Mio. Franken höher als im KEF 2009-2012.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	973.1	974.5	30.1	1,021.0	56.2	1,058.6	81.0	1,097.3	1,131.4	16.3
- Staatsbeiträge	265.7	296.8		280.6		301.0		323.0	341.8	
Aufwand	-969.9	-974.5	-30.1	-1,021.0	-56.2	-1,058.6	-81.0	-1,097.3	-1,131.4	16.7
Saldo	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben	-36.6	-38.8	-3.7	-45.2	-3.1	-45.8	-3.5	-46.7	-47.6	-43.4
Nettoinvestitionen	-36.6	-38.8	-3.7	-45.2	-3.1	-45.8	-3.5	-46.7	-47.6	-43.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	4,848.6	4,910.0	-16.0	4,914.0	-17.0	4,933.0	13.0	4,983.0	5,033.0	

Aufgaben

Entwicklungsschwerpunkte	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der Dach- und Teilstrategien (u.a. Reorganisation und Aufbauorganisation)	2010-2013	1
E2 Bedarfsermittlung, Projektplanung und Umsetzung der baulichen Infrastruktur, gestützt auf der strategischen Nutzungsplanung USZ	2010-2013	2
E3 Patientenversorgung: Ausbau einer führenden Stellung bei der Entwicklung, klinischen Erprobung, Einführung und Anwendung innovativer medizinischer Leistungen (Hochspezialisierte Medizin HSM)	2010-2013	3
E4 Forschung und Lehre: Verbesserung der Leistungsvereinbarung mit der Universität Zürich, d.h. verbesserte Leistungsparameter und leistungsgerechtere Abgeltung	2010	4
E5 Weiterentwicklung der finanziellen Führungsinstrumente im Hinblick auf IPSAS, REKOLE und DRG (u.a. Jahresbericht mit Anhang, Kostenträgerrechnung, interne Leistungsverrechnung)	2010-2011	5

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen (A1)	max.	3.1%	<4%	<4%	<4%	<4%	<4%
W2 Ungeplante Rehospitalisationen (A1)	max.	nv	<5%	<5%	<5%	<5%	<5%
Leistungen							
L1 Stationäre Patientenaustritte total (inkl. Säuglinge)	P	34694	34263	35867	36482	37022	37552
L2 - davon Grundversicherte (GV)	P	27364	27127	28353	28872	29322	29772
L3 - davon Zusatzversicherte (ZV)	P	7330	7136	7514	7610	7700	7780
L4 Ambulante Taxpunkte in Mio.	P	164.4	167.3	181.0	189.2	197.5	205.0
Wirtschaftlichkeit							
B1 Kosten je APDRG-Normalfall in CHF, Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung)		10185	10430	10560	10745	10930	11115

Leistungsgruppe 9510	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-280.625
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-45.200

Budget	Leistungsgruppe 9510
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Voranschlag 2010 verändert sich gegenüber dem Budget 2009 wie folgt:
-
- Mehrertrag:
- 10.0 Steuererhöhungen 2009
- 10.1 Steuererhöhungen 2008
- 12.0 Mehrertrag durch Leistungssteigerungen
- 6.0 Mehrertrag durch Verbesserung der Abgrenzungen per Ende Jahr
- 6.0 Höherer Honorarertrag
- 17.6 Unterbewertung des Ertrags im Budget 2009 (s.untenstehende Bemerkungen)
- 16.3 Globalbeitrag der GD
-
- Aufwand:
- 2.2 Teuerung Personalkosten 2010
- 2.2 Personalkosten: u.a. Oberärzte (Arbeitsgesetz), höherer Bedarf für Fort- und Weiterbildung
- 4.0 Revision Lohnsystem
- 2.0 Projekt LEAD: Reorganisation der Kliniken in Bereichen
- 8.9 Unterbewertung des Personalaufwands im Budget 2009 (s.untenstehende Bemerkungen)
- 6.0 Mehraufwand Arzthonorare
- 8.3 Medizinischer Aufwand
- 3.2 Diverse Sachkosten, u.a. Prozessverbesserungen
- 3.2 Unterhalt Immobilien und Mobilien, Kleinanschaffungen
- 5.4 Abschreibungen/Zinsen Immobilien (verursacht durch Neubewertung)
-
- 0.0 Saldo
-
- Bemerkungen: Die Budgetwerte 2009 waren sowohl im Ertrag als auch im Aufwand zu tief. Aus methodischen Gründen konnten jeweils die Werte des letzten Jahresabschlusses und des laufenden Geschäftsjahres bei der KEF-Budgetierung nicht berücksichtigt werden.

Investitionsrechnung

- Die für 2010 vorgesehenen Investitionen für medizinische Geräte und übrige Mobilien betragen 45.2 Mio. und liegen somit 6.4 Mio. über dem Voranschlag 2009. Die Zunahme ist vorwiegend für medizinische Geräte vorgesehen (Innovationsprojekte und Ersatz für dringend abzulösende Geräte).
- Vom Gesamtbetrag sind 4 Mio. für Geräte und Mobilien aus Immobilien-Projekten reserviert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Zunahme beim Personalbestand ist hauptsächlich durch die Aktivitäten und Vorbereitungen im Hinblick auf die Reorganisation der Kliniken (Projekt LEAD: Die gegenwärtig 42 Kliniken werden in 6 Klinische Medizinbereiche und 3 Medizinische Servicebereiche zusammengefasst) verursacht.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Investitionsrechnung

- Die Investitionen der Folgejahre verbleiben auf dem Niveau von 2010, mit kleinen Erhöhungen von +0.6 Mio. Fr. (2011 und 2012) und +0.9 Mio. (2013).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- In den Folgejahren 2011 bis 2013 sind Zunahmen von 20 (2011) und 50 (2012 und 2013) Stellen für Mehrleistungen im medizinischen Bereich, die Übernahme von neuen Aufgaben und die Reorganisation der Kliniken geplant.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Voranschlag 2010 verändert sich gegenüber dem KEF Vorjahr wie folgt:
-
- Mehrertrag:
- 10.0 Steuererhöhungen 2009
- 10.1 Steuererhöhungen 2008
- 9.0 Mehrertrag durch Leistungssteigerungen
- 6.0 Mehrertrag durch Verbesserungen der Abgrenzungen per Ende Jahr
- 1.5 Höherer Honorarertrag
- 7.2 Unterbewertung des Ertrages 2010 im KEF Vorjahr (s.untenstehende Bemerkungen)
- 15.5 Globalbeitrag der GD
-
- Mehraufwand:
- 2.2 Teuerung Personalkosten 2010
- 3.3 Personalkosten: u.a. Oberärzte (Arbeitsgesetz), Revision Lohnsystem, Projekt LEAD
- 3.1 Unterbewertung des Personalaufwands 2010 im KEF Vorjahr (s.untenstehende Bemerkungen)
- 2.0 Mehraufwand Arzthonorare
- 8.4 Medizinischer Aufwand
- 9.3 Abschreibungen/Zinsen Immobilien und Mobilien
-
- 0.0 Saldo
-

- Bemerkungen: Die Werte für 2010 waren im KEF des Vorjahres sowohl im Ertrag als auch im Aufwand zu tief. Aus methodischen Gründen konnten jeweils die Werte des letzten Jahresabschlusses und des laufenden Geschäftsjahres bei der KEF-Budgetierung nicht berücksichtigt werden.

Investitionsrechnung

- Die für 2010 vorgesehenen Investitionen für medizinische Geräte und übrige Mobilien betragen 45.2 Mio. und liegen somit 6.4 Mio. über den Werten für 2010 im KEF des Vorjahres. Die Zunahme ist vorwiegend für medizinische Geräte vorgesehen (Inovationsprojekte und Ersatz für dringend abzulösende Geräte).
- Vom Gesamtbetrag für mobile Anlagen sind 4 Mio. für Geräte und Mobiliar aus Immobilien-Projekten reserviert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	305.2	301.1	20.6	326.4	22.5	333.5	24.5	341.0	343.1	12.4
- Staatsbeiträge	99.1	102.2		106.7		111.8		117.3	117.3	
Aufwand	-303.9	-301.1	-20.6	-326.4	-22.5	-333.5	-24.5	-341.0	-343.1	12.9
Saldo	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	0.2		0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.1
Ausgaben	-13.4	-12.1	-7.9	-20.0	-7.3	-19.4	-0.2	-12.3	-22.2	-16.5
Nettoinvestitionen	-13.2	-12.1	-7.7	-19.8	-7.2	-19.3	0.0	-12.1	-22.0	-16.4
Personal (Beschäftigungsumfang)	1,561.0	1,531.0	170.3	1,707.3	176.9	1,717.9	148.2	1,693.2	1,667.2	

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Raum Winterthur für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen mittels einer bedarfsgerechten Planung sowie Festlegung der Leistungserbringer und des jeweiligen Leistungsspektrums.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktions- ziel Nr.
E1 Elektronische Patientendokumentation (PATIS)	2010	1
E2 Elektronisches Archivsystem	2010	2
E3 Umsetzung Konzept Akutgeriatrische Assessmentstation KSW	2010	3
E4 Sanierung Hochhaus	2012	4
E5 Ersatz 2-3 Linac-Geräte	2012	5
E6 Prozessoptimierungsprojekte	2012	6
E7 Vorbereitung Swiss-DRG	2012	7
E8 Umstellung der Kostenträgerrechnung auf REKOLE	2012	8

Indikatoren**Wirkungen**

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
W1 Patientenzufriedenheit (+A1)	P						
W2 Ungeplante Rehospitalisationen (+A1)	P	4.2%	3.8%	4.0%	4.0%	4.0%	4.0%

Leistungen

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
L1 stationäre Patientenaustritte Total * (+A1)	P	22 714	21 884	23 126	23 357	23 590	23 825
L2 stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte * (+A1)	P	18 467	17 858	18 836	19 024	19 214	19 406
L3 stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte * (+A1)	P	4 247	4 026	4 290	4 333	4 376	4 419

Wirtschaftlichkeit

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
B1 Fallkostenbenchmarking	P	Fallkosten bench marking	Fallkosten bench marking	Fallkosten bench marking	Fallkosten bench marking	Fallkosten bench marking	Fallkosten bench marking

Leistungsgruppe 9520 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-106.696
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-19.960

Budget Leistungsgruppe 9520

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- * Die Leistungen basieren auf gesamtkantonalen Schätzungen der GD.

Sonstige Bemerkungen

- Die Zahlen basieren auf der Planung der GD und entsprechen nicht der Sichtweise des KSW.
- Dem zufolge haben wir Kürzungen bei den Personalkosten und dem medizinischen Bedarf vorgenommen.
- Kennzahl "Personal (Beschäftigungsumfang)" beinhaltet durchschnittlicher Personalbestand ohne Personal in Ausbildung.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- VERBESSERUNGEN (25.3 Mio. Fr.) B09 zu P10
- 14.7 Taxen und Kostgelder, Vergütungen für besondere Leistungen
- 4.5 Staatsbeitrag, 3.1 Honorarertrag, 2.2 übrige Erträge, 0.6 Nutzungskosten kant. Gebäude, 0.2 Anschaffung und Unterhalt Software und Hardware
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 14.8 Erhöhung Personalkosten infolge Leistungssteigerung (davon Palliative Care (1.3), Teilrevision Lohnsystem (1.1), Teuerung (0.8))
- 4.1 Arzthonorare infolge Leistungssteigerung und Arzthonorargesetz
- 3.6 Zunahme Medizinisches Material
- 1.6 Dienstleistungen Dritter, 1.2 Wertberichtigungen auf Forderungen

Investitionsrechnung

- 7.7 Zunahme Investitionen (davon Linearbeschleuniger 3.0, Ersatz-CT 2.0, Teilerneuerung IT-Center 2.2)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Benötigtes Personal für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich (Palliative Care 12.6 Stellen, Unterstellung Arbeitsgesetz 21.5 Stellen). Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Rechnung 08 bereits auf einem höheren Leistungsniveau als das Budget 09 ist.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- P10 zu KEF 11, VERBESSERUNGEN (7.1 Mio. Fr.):
- 5.1 Staatsbeitrag, 2.0 Erträge infolge Leistungssteigerung
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 4.0 Personalkosten Teuerung gem. RRB, Teilrevision Lohnsystem, Leistungssteigerung
- 1.9 übrige Erhöhung der Sachkosten (Teuerung, Leistungssteigerung)
- 1.2 Abschreibungen und Zinsen infolge höherer Investitionen
- KEF 11 zu KEF 12, VERBESSERUNGEN (7.5 Mio Fr.):
- 5.5 Staatsbeitrag, 2.0 Erträge (Leistungssteigerung)
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 2.9 Abschreibungen und Zinsen infolge höherer Investitionen
- 2.7 Personalkosten (Teuerung gem. RRB, Teilrevision Lohnsystem, Leistungssteigerung)
- 1.9 übrige Sachkosten infolge Teuerung, Leistungssteigerung
- KEF 12 zu KEF 13, VERBESSERUNGEN (2.1 Mio. Fr.):
- 2.1 Erträge infolge Leistungssteigerung
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 1.2 Personalkostenerhöhung (Teuerung gem. RRB, Leistungssteigerung)
- 0.7 Abschreibungen, Zinsen und Nutzungskosten, 0.2 übrige Sachkosten (Teuerung, Leistungssteigerung),

Investitionsrechnung

- VA10 zu KEF 11: -0.5 Abnahme Investitionen
- KEF 11 zu KEF 12: -7.2 Wegfall der ausserordentlichen Investitionen
- KEF 12 zu KEF 13: +9.9 (Ersatz CT 2.0, 3. Linac 5.0, Baumassnahmen Hochhaus 1.9, Ersatz Simulator 1.0)

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Benötigtes Personal für Mehrleistungen im ambulanten und stationären Bereich.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- KEF VJ(10) zu P10, VERBESSERUNGEN (21.6 Mio. Fr.):
- 16.2 Entgelte (Leistungssteigerungen)
- 3.1 Honorarerträge (Leistungssteigerungen), 1.2 interne Verrechnungen, 0.6 Diverses, 0.5 Abschreibungen
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 11.6 Personalkosten (Leistungssteigerung)
- 9.7 Sachaufwand (Leistungssteigerung), 0.3 Diverses
- KEF VJ(11) zu P11, VERBESSERUNGEN (22.2 Mio. Fr.):
- 17.8 Entgelte (Leistungssteigerungen)
- 3.5 Honorarerträge (Leistungssteigerungen), 0.9 interne Verrechnungen
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 12.1 Personalkosten (Leistungssteigerung)
- 10.1 Sachaufwand (Leistungssteigerung)
- KEF VJ(12) zu P12, VERBESSERUNGEN (24.5 Mio. Fr.):
- 19.5 Entgelte (Leistungssteigerungen)
- 3.8 Honorarerträge (Leistungssteigerungen)
- 0.7 interne Verrechnungen, 0.5 Diverses
- VERSCHLECHTERUNGEN:
- 11.1 Personalkosten (Leistungssteigerung),
- 10.6 Sachaufwand (Leistungssteigerung), 2.4 Abschreibungen, 0.4 Diverses

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	1,088.6	1,136.8	-17.0	1,151.0	-22.7	1,168.2	-34.0	1,187.9	1,195.8	9.8
- Beiträge Bund	114.3	203.9		206.7		207.5		208.3	207.4	
- Beiträge anderer Kantone	120.5	125.0		129.0		130.0		130.1	130.1	
- Kostenbeiträge des Kantons Zürich	530.5	571.3		559.0		581.8		598.5	606.8	
Aufwand	-1,082.0	-1,136.8	17.0	-1,151.0	22.7	-1,168.2	34.0	-1,187.9	-1,195.8	10.5
Saldo	6.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	10.3	1.5	0.0	2.5	0.0	3.5	0.0	1.5	2.5	3.6
Ausgaben	-37.6	-35.0	-1.7	-36.1	0.5	-34.1	-3.9	-37.5	-33.7	-35.7
Nettoinvestitionen	-27.3	-33.5	-1.7	-33.6	0.5	-30.6	-3.9	-36.0	-31.2	-32.0
Personal (Beschäftigungsumfang)	3,919.0	3,796.0	150.1	3,987.1	170.8	4,016.8	167.3	4,036.3	4,036.3	

Aufgaben

- A1 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, Lehre und weitere Leistungen auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Stärkung der nationalen und internationalen Kooperation, Schaffung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten, Gleichstellung der Geschlechter, Pflege der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren (LZ RR 1.4)	2013	1
E2 Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP (LZ RR 1.4)	2013	1
E3 Weitere Erhöhung der Drittmittel	2013	4
E4 Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den stark nachgefragten Fächern	2013	3
E5 Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning)	2013	3
E6 Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe (LZ RR 1.4)	2013	3
E7 Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw. (LZ RR 1.4)	2013	4
E8 Erstellung und Umsetzung einer Immobilienstrategie	2025	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl laufende Evaluationen	P	28	15	32	34	33	31
W2 Anzahl laufende SNF-Projekte (Stichtag 1.7.)	P	408	360	420	430	440	450
W3 Anzahl laufende EU-Projekte	P	111	150	165	175	200	200
W4 Anzahl Erstabschlüsse	P	2'301	2'700	3'000	3'250	3'350	3'400
W5 Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	P	273	300	275	275	275	275
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss	P	95%	-	91%	-	91%	-
W7 Durch Drittmittel finanzierte Stellen (Vollzeitequivalente per 31.12.)	P	1'218	1'206	1'264	1'275	1'283	1'293

Leistungen

L1 Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin)	P	398	406	415	430	445	460
L2 Anzahl Habilitationen	P	77	70	70	70	70	70
L3 Anzahl Studierende (inkl. Doktorierende und MAS-Studierende)	P	24'788	24'343	25'216	25'357	25'521	25'546
L4 Anzahl Professuren (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	479	500	524	528	530	530
L5 Anzahl Mittelbaustellen (in Vollzeitäquivalente per 31.12.)	P	1'705	1'770	1'776	1'793	1'803	1'803
L6 Hauptnutzflächen in m2	P	304'498	308'000	311'300	311'300	310'800	319'800
L7 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	94.0	86.9	82.6	81.2	81.8	81.9
L8 Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende)	P	63.8	55.7	51.7	52.0	51.4	51.5
L9 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	P	88.8	87.3	81.4	80.8	81.4	81.5

Wirtschaftlichkeit

B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.)	P	21'319	23'303	22'010	22'787	23'295	23'597
---	---	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Leistungsgruppe 9600 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-559.000
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-36.100

Budget Leistungsgruppe 9600

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- In der Medizin und Veterinärmedizin konnte die Einführung der gestuften Studiengänge und des Kreditpunktesystems gemäss Bologna-Deklaration weiter vorangetrieben werden. Folgende Abschlüsse wurden auf Stufe Master neu geschaffen: Master of Dental Medicine, Master of Medicine, Master of Veterinary Medicine.

Indikatoren

- Zu W4: Die Anzahl Studienabschlüsse beinhaltet Lizenziat (inkl. theoretisch-theologische Prüfung an der Theologischen Fakultät), Diplom, Bachelor, Master sowie Zusatzprüfung/-Bachelor Philosophische Fakultät. Ausgeschlossen sind Eidgenössische Fachprüfungen in Medizin und Veterinärmedizin. In den Studienabschlüssen 2008 sind 427 Bachelor- und 179 Master-Abschlüsse enthalten.
- Zu W4, W5, L1 und L3: Basis sind die Hochschulprognosen 2008-2017 des Bundesamtes für Statistik (BFS) (Stand: Juni 2008).
- Zu W6: Die Erhebung wird durch das BFS alle zwei Jahre durchgeführt. Es gilt zu beachten, dass die Beschäftigungssituation der Absolventinnen und Absolventen weniger durch ihre Anzahl als vielmehr durch den Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur bestimmt wird.

Sonstige Bemerkungen

- Die Kostenbeiträge des Kantons an die Universität bestehen aus Beiträgen der Bildungs- und der Gesundheitsdirektion. Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion beträgt nominell für 2010: 555.0 Mio., für 2011: 577.8 Mio., für 2012: 594.5 Mio. und für 2013: 602.8 Mio.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Kostenbeitrag des Kantons Zürich (Bildungsdirektion) reduziert sich gegenüber dem Jahr 2009 im Jahr 2010 um 12.3 Mio. Trotz der Kürzung werden die strategisch wichtigen Programme weiterhin aufrechterhalten (Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP, Bologna-Studienreform, Programme zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse).
- Zur Finanzierung dieser Vorhaben werden freie Rücklagen der Universität Zürich in Höhe von 10.7 Mio. aufgelöst.

Investitionsrechnung

- Höhere Ausstattungskosten im Rahmen der Berufungsgeschäfte sowie als Folge verschiedener strategischer Vorhaben (z.B. Kleintierklinik).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die im Zahlenteil angegebenen Personalstellen sind nicht direkt über die Jahre vergleichbar, da das Reinigungspersonal (111 Vollzeitäquivalente) sowie die Lehrlinge/Praktikanten (92 VZÄ) unterschiedlich in diesen Zahlen enthalten sind: Das Reinigungspersonal ist in der Budgetzahl 2009 noch nicht berücksichtigt, ist jedoch im Rechnungsjahr 2008 und den Planjahren 2010-13 eingerechnet. Die Lehrlinge/Praktikanten sind im Rechnungsjahr 2008 in der Personalzahl enthalten und werden ab dem Jahr 2010 gemäss Weisung zum KEF 2010-13 nicht mehr ausgewiesen.
- Auf vergleichbarer Basis (inkl. Reinigungspersonal, ohne Lehrlinge/Praktikanten) ist die Zeitreihe wie folgt: 2008: 3827.1; 2009: 3940.2; 2010: 3987.1; 2011: 4016.8; 2012: 4036.3; 2013: 4036.3.
- Der auf dieser Basis resultierende Anstieg von 47 Stellen im Jahr 2010 gegenüber 2009 widerspiegelt den zusätzlichen Stellenbedarf für die Schaffung neuer Professuren sowie für einzelne Administrativfunktionen, vornehmlich als Konsequenz der Bologna-Einführung.
- Die Differenz zwischen ursprünglichem Budget 2009 (3796 VZÄ) und dem oben bereinigten Personalumfang 2009 (3940 VZÄ) ergibt sich primär aus der methodischen Anpassung (Reinigungspersonal 111 VZÄ) sowie der Annahme, dass alle per 2009 vom Universitätsrat bewilligten Professuren und Stellen erfolgreich besetzt werden können. Die bereinigte Stellenzahl 2009 steigt damit gegenüber dem Jahr 2008 um 113 Stellen (3940 VZÄ).
- Beim Mittelbau und beim administrativ/technischen Personal sind alle durch universitäre Mittel finanzierten Stellen erfasst. Bei den Professuren umfasst der Beschäftigungsumfang die durch universitäre Mittel und Drittmittel finanzierten Stellen.

Indikatoren

- Zu L3: Die Studierendenzahlen entwickeln sich positiv. Der Budgetwert 2009 wurde zu tief angesetzt. Die korrigierte Prognose für das Jahr 2009 beläuft sich auf 24'975 Studierende.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die gemäss Richtlinien zum KEF 2010-2013 berechneten Teuerungs- und Beförderungquoten führen zu einem Anstieg der Personalkosten.
- Es wird versucht, die geplanten strategisch wichtigen Programme und Projekte auch in den Jahren 2011-2013 zu realisieren. Zu nennen sind hierbei insbesondere: Massnahmen zur Umsetzung der Bologna-Studienreform zum Aufbau profilbildender Angebote wie spezialisierte Programme, Joint-Master Programme oder Graduate Schools, sowie spezielle Nachwuchsförderungsprogramme. Ein weiterer Fokus liegt in der Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den stark nachgefragten Fächern sowie dem weiteren Ausbau der Forschungsexzellenz (u.a. in der Medizin).
- Ab dem 1. Januar 2013 ist die Übertragung von Teilliegenschaften der PHZH auf die Universität vorgesehen, um dem erhöhten Raumbedarf gerecht zu werden. Dadurch entsteht ab 2013 ein erhöhter Abschreibungsaufwand in Höhe von 3.0 Mio. p.a..

Investitionsrechnung

- Um den hohen Standard in Lehre und Forschung beibehalten zu können, müssen in den kommenden Jahren weiterhin Geräte ersetzt oder neu angeschafft werden. Es wird mit einem gleichbleibenden Investitionsvolumen gerechnet.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Personalentwicklung 2011-2012 ist durch die geplante Schaffung von sechs Lehrstühlen und den damit verbundenen Folgestellen bedingt. Die Plandaten enthalten ferner Zusatzstellen zur Verbesserung der Betreuung in den Engpassfächern. Im Rahmen der Eröffnung der neuen Kleintierklinik ist ein Personalaufbau bei gleichzeitigem Mehrausweis der Ertragsleistung der Tierklinik vorgesehen.
- Für das Planjahr 2013 wird von keinem weiteren Personalwachstum ausgegangen.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aufgrund der Vorgaben des Regierungsrates für die aktuelle Planung muss gegenüber dem vorjährigen KEF eine Kürzung der Planwerte vorgenommen werden. Diese beläuft sich bei den Kostenbeiträgen des Kantons Zürich auf durchschnittlich 6% für die Planjahre 2010-12.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	34.9	34.2	2.9	37.4	2.8	37.6	2.7	38.0	38.4	9.8
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	24.6	27.0		27.2		27.3		27.6	27.9	
Aufwand	-33.7	-34.2	-2.9	-37.4	-2.8	-37.6	-2.7	-38.0	-38.4	13.7
Saldo	1.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen			0.3	0.3	0.4	0.4	0.3	0.3	0.1	0.2
Ausgaben	-1.0		-1.3	-1.3	-1.9	-1.9	-1.5	-1.5	-0.6	-1.0
Nettoinvestitionen	-1.0		-1.0	-1.0	-1.5	-1.5	-1.2	-1.2	-0.5	-0.9

Personal (Beschäftigungsumfang)	159.4	159.4	159.4	159.4	159.4	159.4	159.4	159.4
---------------------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die allgemeine Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert ihre Dienstleistungen durch Mitwirkung im lokalen, nationalen und internationalen Informationsaustausch.
- A4 Sie zielt auf benutzerorientierte Dienstleistung bei ökonomischem Einsatz der Mittel. Für die verschiedenen Aufgaben gewinnt sie kompetentes Personal, dessen Fähigkeiten und Kenntnisse für den Betrieb sie fördert. Sie setzt zur Bewältigung ihrer Aufgaben moderne Technik ein.
- A5 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.
- A6 Sie ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen Nachwuchs.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Festigung und Ausbau der bibliothekarischen Dienstleistungen auf dem Bibliotheksplatz Zürich, vermehrt auch im Bereich e-media/Digitalisierung	2011	0
E2 Schärfung/Abgrenzung des Profils des Zentralbibliothek als Universitätsbibliothek einerseits und als Stadt- und Kantonsbibliothek andererseits	2011	0
E3 Rekatalogisierung des Allgemeinen Zentralkatalogs (AZK)	2012	0
E4 Erhaltung/Instandstellung/Verbesserung im Bereich Bau & Haustechnik	2013	0
E5 Ausrüstung der Freihandbestände mit RFID (Radiofrequenz-Identifikation)	2012	0

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
Leistungen							
Wirtschaftlichkeit							

Leistungsgruppe 9690	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-27.160
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-1.250

Budget	Leistungsgruppe 9690
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Sonstige Bemerkungen

- Die Finanzierung der Zentralbibliothek erfolgt im Verhältnis 80% Kanton Zürich / 20% Stadt Zürich.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Anstieg der Personalkosten richtet sich nach den regierungsrätlichen Vorgaben (Anwendung kantonalen Personalrechts).

Investitionsrechnung

- Der 1994 fertig gestellte Bibliotheksneubau hat zusammen mit den Allliegenschaften einen geschätzten Wert von Fr. 100 Mio. und bedarf der Renovation. Nach nunmehr 15 Jahren zeichnen sich grössere Unterhalts/Sanierungsarbeiten ab. Insbesondere technische Komponenten haben die normale Gebrauchsdauer erreicht und teils schon überschritten. Für die nächsten 10 Jahre ist von einem Volumen von 12.7 Mio. auszugehen. Für den Planungshorizont des KEF ergeben sich aufgrund einer Priorisierung der Massnahmen die vorgenannten Investitionskosten.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Da die Personalplanstellen in diesem KEF erstmals ausgewiesen werden, fehlt der entsprechende Vorjahresvergleich.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Investitionsrechnung

- s. Rubrik 'Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr'

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die folgenden Vorhaben wurden im KEF 2009-12 im Kostenbeitrag der Bildungsdirektion, aber noch nicht im Umsatz berücksichtigt und führen zu der ausgewiesenen Abweichung im Aufwand und Ertrag von ca. 2.5 Mio. pro Jahr:
- Für die Rekatalogisierung des Alphabetischen Zentralkatalogs (AZK, ca. 1.8 Mio. Katalogkarten) und die Ausrüstung des Freihandbestandes (1,7 Mio. Medien) mit RFID fallen Projektkosten von 3,8 Mio. bzw. 1,1 Mio. (RFID) an.
- Zusätzliche IT-Kosten fallen an für den Ausbau von Speicherplatz für Digitalisierungsprojekte, für die Weiterentwicklung des Bibliothekssystems, für eine neue Suchmaschine und für die Entwicklung eines Zürcher Portals (insgesamt rund 1 Mio.).
- Die Digitalisierung, vor allem von Eigenbeständen, und die damit zu realisierende Langzeitarchivierung sind dringend in deutlich grösserem Ausmass als bisher an die Hand zu nehmen, ein diesbezüglicher strategischer Entscheid der Zentralbibliothek ist in Vorbereitung. Die entsprechenden Kosten richten sich nach dem Umfang der Arbeiten und sind noch nicht definitiv zu beziffern.
- Aus einem im laufenden Jahr initiierten Strategieprozess zeichnet sich eine Vielzahl zusätzlicher Projekte ab, die teils ohne zusätzliche Kosten, teils durch Verschiebung von Budgetpositionen und teils unter Inanspruchnahme der eingestellten Infrastrukturbeiträge (1.75 Mio; davon 80% als Kantonsbeitrag) zu realisieren sind.

Investitionsrechnung

- s. Rubrik 'Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr'

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	284.9	324.5	12.0	358.7	35.3	404.7	53.9	434.8	449.1	57.6
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	108.2	138.5		140.4		164.3		178.2	181.6	
Aufwand	-281.4	-324.5	-12.0	-358.7	-35.3	-404.7	-53.9	-434.8	-449.1	59.6
Saldo	3.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	5.9	0.0	0.0		0.0		0.0			1.0
Ausgaben	-7.5	-10.3	-0.8	-10.3	-1.0	-10.2	-1.0	-8.8	-8.0	-9.2
Nettoinvestitionen	-1.6	-10.3	-0.8	-10.3	-1.0	-10.2	-1.0	-8.8	-8.0	-8.2

Personal (Beschäftigungsumfang)	1,501.0	83.0	1,660.0	86.0	1,730.0	97.0	1,780.0	1,800.0		
---------------------------------	---------	------	---------	------	---------	------	---------	---------	--	--

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/ Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die ZHAW fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der ZHAW nachhaltig profitieren.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Fortsetzung der Zusammenführung der vier Teilschulen (Zürcher Hochschule Winterthur, Hochschule Wädenswil, Hochschule für Soziale Arbeit Zürich, Hochschule für Angewandte Psychologie Zürich) zur ZHAW	2010	1
E2 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder) (LZ RR 1.4)	2010	1
E3 Integration Bachelor-Studiengang Gebärdensprache-Dolmetschen in Fachbereich Angewandte Linguistik (neu)	2010	3
E4 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen (LZ RR 1.4)	2011	1
E5 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS) (LZ RR 1.4)	2011	3
E6 Fortsetzung Aufbau Masterstudiengänge (LZ RR 1.4)	2011	3
E7 Ablösung/Konsolidierung Finanz-/ERP- und HR-System (Modul HR im Rahmen Projekt PULS) (neu)	2011	0
E8 Ausgliederung BZW aus Dept. Life-Science & Facility Management (neu)	2011	1
E9 Umsetzung neue Standortstrategie (Standortkonzentration ZHAW, Toni-Areal)	2012	3
E10 Integration Hochschule für Technik Zürich (HSZ-T) in ZHAW	2012	3
E11 Strategieentwicklung ZHAW (neu)	2013	1
E12 Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur	2015	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	359	105	0	0	0	0
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	939	1'397	1'681	2'000	2'255	2'353
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	17	102	172	292	404	451
Leistungen							
L1 Total Studierende	P	6'040	7'300	8'500	9'600	10'350	10'800
L2 davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	5'675	6'981	7'970	8'790	9'407	9'800
L3 davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	86	319	530	810	943	1'000
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	35.0%	26.2%	33.7%	33.4%	33.0%	32.4%
L5 davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	8.0%	6.6%	7.6%	7.4%	7.3%	7.0%
L6 davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P	19.2%	14.1%	19.4%	19.5%	19.4%	19.3%
L7 davon Anteil Dienstleistungen	P	7.8%	5.5%	6.7%	6.5%	6.3%	6.1%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur)	P	30.1%	29%	29.6%	30.5%	30.9%	30.9%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	79.5%	73%	79.5%	79.5%	79.5%	79.5%

Leistungsgruppe 9710 Budgetentwurf 2010

Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-140.400
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-10.300

Budget Leistungsgruppe 9710

Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR
können hier eingeklebt werden

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Sämtliche Entwicklungsschwerpunkte sind aus den Vorgaben des Bundes und den strategischen Leitlinien des Fachhochschulrats abgeleitet.

Indikatoren

- B1/B2: Die Berechnungen der beiden Indikatoren basieren auf der Kostenrechnung gemäss Bundesvorgaben und nicht auf der Erfolgsrechnung.

Sonstige Bemerkungen

- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beiträge umfassen die Neu- und Ersatzanschaffungen von Mobilien (inkl. IT). Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- Abkürzungen: BZW: Berufsbildungszentrum Wädenswil; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies; ECTS: European Credit Transfer System; FHV: Fachhochschulvereinbarung.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Das Budget 2010 enthält erstmals Studierende der HSZ-T (Erstsemestrige gemäss Projekt Integra: Zusammenführung ZHAW und HSZ-T) sowie Studierende aus der Übernahme des Bachelorstudiengangs Gebärdensprachen-Dolmetschen von der Hochschule für Heilpädagogik. Die Steigerung des Umsatzes und insbesondere diejenige des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion sind geringer als das Studierendenwachstum.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Das prognostizierte starke Wachstum der Studierendenzahlen (+16.4%) bedingt eine Erhöhung der Personalstellen (Vollzeitäquivalente) im Jahr 2010 um +10.6%.

Indikatoren

- L1-L3: Die Gesamtstudierendenzahl weist 2010 gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von +16% aus.
- L4-L7: Im Jahr 2010 erhöht sich der Anteil des erweiterten Leistungsauftrages gegenüber dem Budget 2009 um 7.5% auf 33.7%.
- B1: Stabilisierung der Bundesbeiträge bei 29% im Jahr 2010 nach der Reduktion der Studierendenpauschalen des Bundes im Jahr 2009.
- B2: Verbesserung der Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund/Kantonen und Privaten gegenüber dem Budget 2009 um 6.5% auf 79.5% im Jahr 2010, budgetiert gemäss effektiv erzieltm Wert im Jahr 2008.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Entwicklungs- und Finanzplanung 2010 - 2013 ist wesentlich geprägt von den veränderten Rahmenbedingungen im Bereich Lehre. Die stark steigenden Studierendenzahlen im Bachelorstudium und der Aufbau der bewilligten Masterstudiengänge ziehen Aufwand- und Ertragssteigerungen nach sich. Insbesondere der Fachbereich Wirtschaft weist nach wie vor eine starke Zunahme in den Bachelorstudiengängen auf. Vor dem Hintergrund der Integration der HSZ-T weisen neu die Fachbereiche Technik sowie Architektur/Bau-/Planungswesen ebenfalls starke Zuwachsraten aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Zahl der Personalstellen steigt in den Jahren 2010-2013 als Folge der prognostizierten Zunahme der Studierendenzahlen im Bachelorstudium sowie der Einführung von Masterstudiengängen in allen Fachbereichen. Das Personalwachstum liegt aber deutlich unter dem geplanten Studierendenwachstum.

Indikatoren

- L1-L3: Unverändert starkes Wachstum in den Studierendenzahlen auch in den Planjahren 2011 und 2012. Eine Abflachung erfolgt gemäss aktueller Einschätzung erst ab dem Jahr 2013.
- L4-L7: Keine wesentlichen Veränderungen der Indikatoren in den Planjahren 2011 bis 2013.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der oben beschriebene Volumenausbau muss im Rahmen von im Verhältnis zum Volumenwachstum unterproportional höheren Kostenbeiträgen der Bildungsdirektion, Kosteneinsparungen (unter anderem Skaleneffekte) sowie über Finanzierung durch Drittmittel finanziert werden. Insbesondere der Fachbereich Wirtschaft weist nach wie vor eine starke Zunahme in den Bachelorstudiengängen auf. Vor dem Hintergrund der Integration der HSZ-T weisen neu die Fachbereiche Technik sowie Architektur/Bau-/Planungswesen ebenfalls starke Zuwachsraten aus.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Zahl der Personalstellen steigt in den Jahren 2010-2013 als Folge des prognostizierten Anstieges der Studierendenzahlen im Bachelorstudium sowie der Einführung von Masterstudiengängen in allen Fachbereichen.

Indikatoren

- L1-L3: Im KEF 09-12 wurde ein Einpendeln der Studierendenzahlen auf einem Niveau von ca. 8'900 – 9'100 Studierenden in den Planjahren 2011/2012 angenommen. In der aktuellen Planung wird von einer Zunahme der Studierenden auf knapp 11'000 im Jahr 2013 ausgegangen.
- L4-L7: Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrages liegt bei ca. einem Drittel der Gesamtkosten. Die Indikatoren L4-L7 werden auf Basis der IST-Daten 2008 entsprechend erhöht.
- B2: Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen verbessert sich gegenüber den letztjährigen Modellrechnungen deutlich. Der Kostendeckungsgrad von aktuell 79.5% (IST 2008) wird neu als Richtgrösse auch für die weiteren Planjahre übernommen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	134.1	126.5	2.0	134.7	-0.1	137.4	-5.0	140.1	142.1	6.0
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	70.4	79.3		79.7		81.7		84.1	86.3	
Aufwand	-134.1	-126.5	-2.0	-134.7	0.1	-137.4	5.0	-140.1	-142.1	6.0
Saldo	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	4.3	0.0	0.0		0.0		0.0			0.7
Ausgaben	-4.3	-4.3	0.0	-4.3	-2.3	-4.3	-2.5	-3.0	-3.0	-3.9
Nettoinvestitionen	0.0	-4.3	0.0	-4.3	-2.3	-4.3	-2.5	-3.0	-3.0	-3.2
Personal (Beschäftigungsumfang)		590.0	0.0	600.0	-10.0	600.0	-20.0	600.0	600.0	

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) bietet Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen. Die hohe Qualität in Lehre, Forschung und Produktion wird durch die strategischen Positionen Praxis, Exzellenz und Innovation beschrieben und sichergestellt. Die hohe Eintrittskompetenz der Studierenden, der qualifizierte Lehrkörper, optimale Infrastrukturen und anerkannte Produktionsplattformen garantieren den nachhaltigen Nutzen der Leistungsangebote der ZHdK für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Aufbau und Festigung der Masterstudiengänge (LZ RR 1.4)	2010	3
E2 Optimierung der ZHdK-Strukturen und -Betriebsprozesse	2010	3
E3 Bereinigung des ZHdK-Leistungsportfolio gemäss strategischer Stossrichtung (neu)	2010	3
E4 Aufbau und Sicherstellung der an die ZHdK heranführenden Vorbildungswege und -angebote	2010	5
E5 Aufbau einer einheitlichen ZHdK-Finanzierungsstruktur (neu)	2011	0
E6 Umstellung des Finanz- und Lohnsystems auf SAP (neu)	2011	0
E7 Vorbereitung Umzug Toni-Areal	2012	3
E8 Konsolidierung Betriebs- und Unterrichtsprozesse im Toni-Areal	2013	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse	P	403	195	16	0	0	
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	262	247	373	383	391	392
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	9	2	325	343	346	351
Leistungen							
L1 Total Studierende	P	1'631	1'720	1'770	1'835	1'865	1'875
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	987	1'190	1'120	1'148	1'172	1'175
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	121	530	650	687	693	700
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	19.3%	16.6%	17.4%	16.9%	16.4%	16.1%
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	3.8%	2.5%	4.1%	4.0%	3.9%	3.8%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P	11.9%	10.9%	10.2%	9.9%	9.6%	9.4%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P	3.6%	3.2%	3.1%	3.0%	2.9%	2.9%
Wirtschaftlichkeit							
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur)	P	25.1%	24.0%	21.4%	21.4%	21.1%	20.7%
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	65.3%	61.2%	65.2%	65.3%	64.5%	63.6%

Leistungsgruppe 9720	Budgetentwurf 2010
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-79.700
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-4.300

Budget	Leistungsgruppe 9720
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Indikatoren

- B1/B2: Die Berechnungen der beiden Indikatoren basieren auf der Kostenrechnung gemäss Bundesvorgaben und nicht auf der Erfolgsrechnung.

Sonstige Bemerkungen

- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Ausgaben umfassen die Neu- und Ersatzanschaffungen von Mobilien (inkl. IT). Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- FHV: Fachhochschulvereinbarung; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Aufwandssteigerung ist hauptsächlich auf den Vollausbau der Masterstudiengänge und das Abstimmen der Lehrangebote zwischen Bachelor- und Masterstufe zurückzuführen. Durch den Vollausbau der Masterstudiengänge steigt die Studierendenzahl gegenüber 2009 nochmals an. Darüber hinaus werden die Institutsleistungsportfolios bereinigt.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Leichte Erhöhung der geplanten Personalstellen für den Aufbau der Masterstudiengänge.

Indikatoren

- L1-L3: Die FH-Diplomstudiengänge laufen planmässig 2010 aus. Während die damit verbundene Umstellung auf Masterstufe im Fachbereich Musik, Theater und andere Künste bereits erfolgreich umgesetzt werden konnte, erfolgt der Vollausbau im Fachbereich Design durch die verzögerte Bewilligung des Masterstudiengangs Design erst im Jahr 2010.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Erfolgsrechnung zeigt bis 2013 folgende nennenswerte Entwicklungen: In den Jahren 2011 und 2012 wird der Bezug des Toni-Areals vorbereitet und vollzogen. Infolge der damit verbundenen Investitionen steigen in diesen beiden Planjahren die Zinsen an. Ab 2012/2013 ist bei den Studierenden der Vollbestand weitgehend erreicht, so dass die Planung von einer sukzessiven Konsolidierung des Umsatzes ab 2012 ausgeht.

Investitionsrechnung

- Bis ins Jahr 2011 sind Erneuerungen der IT-Infrastruktur geplant. Wegen des Umzugs ins Toni-Areal werden in den Jahren 2012 und 2013 weniger Mittel für Ersatzanschaffungen benötigt.

Indikatoren

- L4-L7: Der leichte anteilmässige Rückgang des erweiterten Leistungsauftrags ist auf die Zunahme der Lehre durch die Einführung und Umsetzung der Master-Studiengänge zurückzuführen. Absolut betrachtet bleiben die Aktivitäten im erweiterten Leistungsauftrag in den nächsten Jahren jedoch konstant. Dieser wurde in den letzten Jahren gut ausgebaut und es ist von einer Konsolidierung auszugehen. Das Leistungsportfolio des erweiterten Leistungsauftrags wird gemäss den strategischen Vorgaben für den Fachhochschulbereich ausgerichtet. Mit dem Aufbau des Masterstudiums wird der Transfer zu den Forschungsschwerpunkten in den Instituten sichergestellt. Dies erfolgt im Rahmen der Bereinigung der Institutstätigkeiten.
- B1/B2: Mit den sinkenden Bundesbeiträgen nimmt auch der Anteil der Bundesfinanzierung ab. Die leistungsbezogene Kostendeckung sinkt dementsprechend.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Die Kostenbeiträge der Bildungsdirektion müssen aufgrund der veränderten regierungsrätlichen Planungsvorgaben deutlich unter den Vorjahreswerten geplant werden. Der KEF 2010-2013 weist gegenüber dem KEF Vorjahr ab dem Jahr 2011 auch einen geringeren Umsatz aus.

Investitionsrechnung

- Die Investitionen liegen über dem KEF Vorjahr, da sich der durch den Bezug des Toni-Areals erwartete Rückgang der Ersatzinvestitionen zeitlich verzögert.

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Anstelle der im KEF Vorjahr geplanten kontinuierlichen leichten Erhöhung der Personalstellen muss aufgrund der tieferen Finanzierungsvorgaben eine Einfrierung der Personalstellen geplant werden.

Indikatoren

- B1/B2: Mit tieferen Bundesbeiträgen nimmt auch der Anteil der Bundesfinanzierung ab. Trotzdem ist im Vergleich zum letztjährigen KEF eine höhere Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen geplant.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	117.4	114.5	-2.0	115.0	-2.7	116.8	2.9	126.6	126.5	7.7
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	95.2	95.4		92.9		94.5		101.8	102.3	
Aufwand	-117.5	-114.5	2.0	-115.0	2.7	-116.8	-2.9	-126.6	-126.5	7.6
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Investitionen (in Mio. Fr.)										Ø (08 -13)
Einnahmen	0.7	0.0	0.0		0.0		0.0			0.1
Ausgaben	-0.7	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-2.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.9
Nettoinvestitionen	0.0	-2.5	0.0	-2.5	0.0	-2.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.8
Personal (Beschäftigungsumfang)		509.0	-26.0	487.0	-22.0	495.0	-27.0	489.0	483.0	

Aufgaben

A1 Die Pädagogische Hochschule Zürich (PH Zürich) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge im Fachbereich Lehrkräfteausbildung auf Hochschulniveau an, die dem kantonalen Recht unterstehen. Die Qualität der Lehre wird mit dem Wissenstransfer aus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und weiteren Dienstleistungsangeboten sichergestellt. Die PH Zürich fördert den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und beteiligt sich an nationalen Kompetenz-Netzwerken. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft sollen von den Leistungsangeboten der PH Zürich nachhaltig profitieren.

Entwicklungsschwerpunkte

	bis	Direktionsziel Nr.
E1 Umsetzung der Bologna-Deklaration (Modularisierung der Studiengänge, Bachelor- und Masterausbildung, Einführung von ECTS)	2010	3
E2 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards mit Ausbau von Netzwerken und Kooperationen	2010	1
E3 Schaffung von Schwerpunkten in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (Kernkompetenzfelder)	2010	1
E4 Umsetzung neue Standortstrategie (Projekt Campus / Sihlpost)	2012	3

Indikatoren

	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
Wirkungen							
W1 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	458	499	420	445	470	482
W2 Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	0	23	50	89	76	84

Leistungen

L1 Total Studierende	P	1'638	1'500	1'570	1'670	1'730	1'830
L2 - davon Studierende in den Bachelorstudengängen	P	1'638	1'458	1'408	1'518	1'585	1'678
L3 - davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	0	42	162	152	145	152
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur)	P	42.0%	37.0%	43.8%	42.0%	41.3%	40.2%
L5 - davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS)	P	6.8%	7.0%	6.7%	6.5%	6.3%	6.1%
L6 - davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung	P	8.9%	8.0%	9.3%	9.5%	9.7%	9.7%
L7 - davon Anteil Dienstleistungen	P	4.9%	3.0%	5.8%	5.6%	5.5%	5.3%
L8 - davon Anteil Kantonalen Leistungsauftrag	P	21.4%	19.0%	22.0%	20.4%	19.8%	19.1%

Wirtschaftlichkeit

B1 - Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten	P	51.5%	51.0%	43.3%	44.1%	43.1	43.5%
---	---	-------	-------	-------	-------	------	-------

Leistungsgruppe 9740 Budgetentwurf 2010	
Budgetkredit Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	-92.870
Budgetkredit Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)	-2.500

Budget	Leistungsgruppe 9740
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Sämtliche Entwicklungsschwerpunkte sind aus den Vorgaben des Kantons und den strategischen Leitlinien des Fachhochschulrats abgeleitet.

Indikatoren

- B1: Die Berechnung des Indikators basiert auf der Kostenrechnung gemäss Bundesvorgaben und nicht auf der Erfolgsrechnung.

Sonstige Bemerkungen

- Die in der Investitionsrechnung enthaltenen Beiträge umfassen die Neu- und Ersatzbeschaffung von Mobilien (inkl. IT) und den Unterhalt für Schloss Au. Die baulichen Investitionen und die Erstausrüstungen sind in der Leistungsgruppe 7406 enthalten.
- Der im Ertrag ausgewiesene ‚Kostenbeitrag der Bildungsdirektion‘ enthält den leistungsbezogenen Beitrag des Volksschulamtes (2010: 3.25 Mio.; 2011: 3.45 Mio.; 2012: 3.10 Mio.; 2013: 2.70 Mio.).
- ECTS: European Credit Transfer System; FHV: Fachhochschulvereinbarung; CAS: Certificate of Advanced Studies; DAS: Diploma of Advanced Studies; MAS: Master of Advanced Studies.

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Der Budgetentwurf 2010 geht gegenüber dem Budget 2009 trotz steigender Studierendenzahl dank einer Effizienzsteigerung von einem annähernd gleichen Aufwand aus.

Investitionsrechnung

- Der Betrag von 2.5 Mio. beschränkt sich weitgehend auf die notwendigen Ersatzbeschaffungen des Anlagevermögens (Mobilien inkl. IT-Infrastruktur).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Abnahme des Personalbestands erfolgt im Wesentlichen durch die Reduktion des Beschäftigungsumfangs.

Indikatoren

- L1-L3: Der Budgetentwurf geht von steigenden Studierendenzahlen ab 2010 aus. Durch die Umstellung auf Bachelor-/Masterstudiengänge im Bereich Sekundarstufe I ergibt sich eine leichte Verschiebung der Studierendenzahlen von den Bachelor- zu den Masterstudiengängen.
- L4-L7: Der Rückgang der Studierendenzahl hat in den letzten drei Jahren zu einem höheren Anteil des erweiterten Leistungsauftrags geführt, dies in grösserem Ausmass als noch für das Jahr 2009 budgetiert. Für das Jahr 2010 und die weiteren Planjahre wird davon ausgegangen, den Umfang des erweiterten Leistungsauftrags im Rahmen des Niveau von 2008 zu halten.
- B1: Der Rückgang der Kostendeckung trotz einer Effizienzsteigerung von 2% im Diplomstudium resultiert aus der Umstellung der Berechnung der Finanzierung des Diplomstudiums. Mit dem Abschluss der Umstellung auf die Finanzierung auf ECTS-Basis werden die FHV-Beiträge für Zürcher Studierende neu pro Vollzeitäquivalent berechnet und nicht mehr pro Kopf. Dies war im Budget 2009 noch nicht berücksichtigt.

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- Die Planjahre 2011-2013 gehen von einem Wachstum der Studierendenzahlen aufgrund des neuen Masterstudiengangs Sek I und einer höheren Attraktivität der PH Zürich im neuen Campusareal Sihlpost aus.
- Der Personalbestand orientiert sich im Jahr 2011 an dem leichten Wachstum der Studierendenzahlen und kann in den Jahren 2012 und 2013 aufgrund der Zusammenlegung der verschiedenen Standorte im neuen Campusareal Sihlpost und eingeplanten Effizienzsteigerungen auf dem Niveau von 2010 stabilisiert werden.
- Aufgrund des Umzugs ins Campusareal Sihlpost Mitte 2012 erhöhen sich die Infrastrukturkosten. 2012 enthält für das zweite Halbjahr eine doppelte Mietbelastung. Die Erstausrüstung in Höhe von Fr. 44.6 Mio. wird über die Dauer des Mietvertrages von 20 Jahren abgeschrieben. Die höhere Miete sowie die Abschreibungen auf die Erstausrüstung können nicht vollständig durch Effizienzsteigerungen aufgefangen werden.

Investitionsrechnung

- Aufgrund des Umzugs ins Campusareal Sihlpost verringern sich ab 2012 die Ersatzbeschaffungen im Anlagevermögen (Mobilien inkl. IT-Infrastruktur).

Personal (Beschäftigungsumfang)

- Die Entwicklung der Personalstellen konsolidiert sich auf dem Stand von 2010.

Indikatoren

- W1: Der Rückgang der Studierendenzahlen in den letzten drei Jahren wirkt sich in den nächsten drei Jahren auf die Anzahl Diplomabschlüsse aus.
- L1: Die Planung geht von einem stetigen Wachstum der Studierendenzahlen ab 2010 aus.
- L6: Der Anteil des Leistungsbereichs 'anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung' soll langfristig einen Anteil von 10% erreichen.
- B1: Die Planung hat eine Effizienzsteigerung von 2% p.a. sowie eine Reduktion der Gemeinkosten um 5% eingerechnet. Diese Einsparungen können aber die erhöhten Infrastrukturkosten am neuen Standort ab 2012 nicht vollständig kompensieren.

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- Aus Einsparungen durch Effizienzsteigerung und der Auflösung der passivierten Investitionsbeiträge resultiert eine Reduktion des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion in den Jahren 2010 und 2011 um je 4.4%. Für das Jahr 2012 liegt der Staatsbeitrag auf der gleichen Höhe wie im vorjährigen KEF. Diese Nivellierung trotz Effizienzsteigerung und Auflösung der passivierten Investitionsbeiträge hat ihre Ursache in den vorübergehend höheren Infrastrukturkosten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 10)	P 10	Δ(P 11)	P 11	Δ(P 12)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	3.8									
Aufwand	-2.4									
Saldo	1.4									

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen										
Ausgaben										
Nettoinvestitionen										
Personal (Beschäftigungsumfang)										

Aufgaben

A1 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel vom Donator vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Entwicklungsschwerpunkte

Indikatoren	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13	Direktions- ziel Nr.
Wirkungen								
Leistungen								
Wirtschaftlichkeit								

Leistungsgruppe 9800	Budgetentwurf 2010

Budget	Leistungsgruppe 9800
Vom Budgetentwurf abweichende Budgetbeschlüsse des KR können hier eingeklebt werden	

Allgemeine Bemerkungen

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr



Planungen der übrigen, nicht zu konsolidierenden Organisationen

In diesem Kapitel werden die Organisationen aufgeführt, die zwar die Konsolidierungskriterien nicht erfüllen, aber trotzdem im KEF aufgeführt werden. Die finanzielle Entwicklung der übrigen, nicht zu konsolidierenden Organisationen umfasst die folgenden Leistungsgruppen:

9100 Beamtenversicherungskasse

9200 Arbeitslosenkasse

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08 (restated)	B 09	B 10
A Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen			
Beiträge Arbeitnehmer	359.8	357.0	376.0
Beiträge Arbeitgeber	537.3	534.0	561.0
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	72.5	71.2	72.0
Einlagen in kollektive Reserven	15.7	0.0	0.0
Zuschüsse Sicherheitsfonds	0.0	0.0	0.0
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	985.3	962.2	1'009.0
B Eintrittsleistungen			
Freizügigkeitseinlagen	641.3	450.0	450.0
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	10.0	8.0	8.0
Total Eintrittsleistungen	651.3	458.0	458.0
C (A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen	1'636.6	1'420.2	1'467.0
D Reglementarische Leistungen			
Altersrenten	-658.7	-650.0	-700.0
Hinterlassenenrenten	-84.1	-82.5	-87.0
Invalidenrenten	-62.3	-64.1	-72.1
Übrige reglementarische Leistungen	-4.9	-5.5	-5.5
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-61.0	-47.0	-40.0
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-1.4	-1.7	-1.0
Total Reglementarische Leistungen	-872.4	-850.8	-905.6
E Austrittsleistungen			
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-448.5	-400.0	-400.0
Vorbezüge WEF / Scheidung	-81.9	-70.0	-100.0
Total Austrittsleistungen	-530.4	-470.0	-500.0
F (D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge	-1'402.8	-1'320.8	-1'405.6
G Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven			
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Aktive	-129.4	-180.5	-22.0
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-1'002.2	-220.0	-798.0
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	123.0	-100.0	100.0
Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-313.6	-290.2	-242.2
Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen u. Beitragsreserven	-1'322.2	-790.7	-962.2
H Versicherungsaufwand			
Beiträge an Sicherheitsfonds	-4.6	-7.0	-6.0
Total Versicherungsaufwand	-4.6	-7.0	-6.0
I (C+F+G+H) Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil	-1'093.0	-698.3	-906.8

	R 08 (restated)	B 09	B 10
J Nettoergebnis aus Vermögensanlagen			
Ergebnis aus Finanzanlagen			
Geld und Geldmarktanlagen	37.8	63.5	40.1
Obligationen in CHF	90.2	60.3	56.0
Fremdwährungsobligationen	-92.6	91.0	62.5
Wandelanleihen	-280.9	15.0	20.0
Hypotheken	29.9	30.0	30.0
Aktien Schweiz	-947.7	156.0	230.0
Aktien Ausland	-1'685.5	45.0	255.0
Commodities	-163.4	100.0	40.0
Hedge Funds	-256.3	0.0	40.0
Private Equity	-74.6	20.0	15.0
Immobilien Schweiz	108.2	225.7	203.6
Immobilien Ausland	-66.9	0.0	15.0
Total Ergebnis aus Finanzanlagen	-3'301.8	806.5	1'007.2
K Ergebnis sonstige Aktiven			
Anlagen beim Arbeitgeber	5.4	4.0	5.5
Übriges Vermögen	1.3	1.4	1.3
Total Ergebnis sonstige Aktiven	6.7	5.4	6.8
L Aufwand für Kapitalbewirtschaftung			
Aufwand Asset Management	-42.3	-42.3	-37.7
Aufwand Real Estate Management	-1.5	-3.6	-4.5
Aufwand Facility Management	-38.5	-54.5	-50.6
Aufwand Hypothekarverwaltung	-0.5	-0.6	-0.6
Total Aufwand für Kapitalbewirtschaftung	-82.8	-101.0	-93.4
M (J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	-3'377.9	711.0	920.6
N Sonstiger Ertrag			
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	0.2	0.2	0.2
Übriger Ertrag	0.0	0.0	0.0
Total Sonstiger Ertrag	0.2	0.2	0.2
O Total Sonstiger Aufwand	0.0	0.0	0.0
P Total Aufwand Versichertenverwaltung	-9.5	-9.7	-10.2
Q (I+M+N+O+P) Aufwand-/ Ertragsüberschuss vor Auflösung Wertschwankungsreserven	-4'480.2	3.2	3.8
R Auflösung Wertschwankungsreserve	157.7	0.0	0.0
Z (Q+R) Ertragsüberschuss	-4'322.5	3.2	3.8

Allgemeine Bemerkungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	R 08	B 09	Δ(P 09)	P 10	Δ(P 10)	P 11	Δ(P 11)	P 12	P 13	Δ%(08-13)
Ertrag	274.3	349.3		359.6		359.8		359.9	360.0	
Aufwand	-272.2	-349.3		-359.6		-359.8		-359.9	-360.0	
Saldo	2.2	0		0		0		0	0	

Investitionen (in Mio. Fr.)

Investitionen (in Mio. Fr.)	Ø (08 -13)									
Einnahmen	0	0		0		0		0	0	
Ausgaben	0	0		0		0		0	0	
Nettoinvestitionen	0	0		0		0		0	0	
Personal (Beschäftigungsumfang)	61.2	68.0		72.0		72.0		72.0	72.0	

Aufgaben

A1 -

Entwicklungsschwerpunkte

E1 Mehr Nähe zu den Kunden

bis
2010
Direktions-
ziel Nr.
0**Indikatoren**

Art R 08 B 09 P 10 P 11 P 12 P 13

Wirkungen

W1 -

Leistungen

Leistungen	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
L1 Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	P	83'534	95'000- 115'000	110'000- 130'000	110'000- 130'000	110'000- 130'000	110'000- 130'000

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit	Art	R 08	B 09	P 10	P 11	P 12	P 13
B1 Verhältnis Verwaltungskosten/ausbezahlte Leistungen	Max.	3.1 %	2.7 %	2.8 %	2.8%	2.8%	2.9%

Allgemeine Bemerkungen

Aufgaben / Entwicklungsschwerpunkte

- Temporär entsteht in der Rechnung ein Saldo, da der Zahlungseingang (Rückvergütung des Aufwandes ALK) des Bundes nicht zum gleichen Zeitpunkt wie der Jahresabschluss erfolgt. Dieser Saldo wird zu 100 % ausgeglichen.

Indikatoren

- -
-

Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -
-

Entwicklung in den weiteren Planjahren

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -
-

Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Erfolgsrechnung

- -

Personal (Beschäftigungsumfang)

- -

Indikatoren

- -



Anhang 2:

Entwurf Budget 2010

**Entwurf Budget 2010****1. Übersicht Entwurf Budget 2010**

Rechnung 2008	VERWALTUNGSRECHNUNG (FHG)			
	Erfolgsrechnung			
-9 874 968 792		Aufwand ohne Verrechnungen		
<u>-1 265 130 064</u>		Verrechnungen		
-11 140 098 856		Aufwand Total		
10 313 260 399		Ertrag ohne Verrechnungen		
<u>1 265 130 064</u>		Verrechnungen		
11 578 390 463		Ertrag Total		
		Aufwandüberschuss		
438 291 607		Ertragsüberschuss		
		Investitionsrechnung		
-1 145 771 688		Total der Ausgaben		
<u>440 777 833</u>		Total der Einnahmen		
- 704 993 855		Nettoinvestition		
Rechnung 2008 restated*	Budget 2009	KONSOLIDIERTE RECHNUNG** (CRG)	Budget 2010	Abweichung zum Vorjahr
		Erfolgsrechnung		
-11 831 974 199	-12 052 605 849	Betrieblicher Aufwand	-12 485 682 632	- 433 076 783
<u>11 583 769 280</u>	<u>11 824 955 065</u>	Betrieblicher Ertrag	<u>11 546 344 313</u>	<u>- 278 610 752</u>
- 248 204 919	- 227 650 784	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	- 939 338 319	- 711 687 535
- 233 340 540	- 183 521 000	Finanzaufwand	- 157 157 400	26 363 600
<u>553 012 188</u>	<u>422 794 000</u>	Finanzertrag	<u>411 571 475</u>	<u>- 11 222 525</u>
319 671 648	239 273 000	Finanzergebnis	254 414 075	15 141 075
-	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	-
-	-	Ausserordentlicher Ertrag	-	-
<u>-</u>	<u>-</u>	Ausserordentliches Ergebnis	<u>-</u>	<u>-</u>
71 466 729	11 622 216	Jahresergebnis	- 684 924 244	- 696 546 460
		Investitionsrechnung		
-1 197 210 759	-1 299 904 400	Total der Ausgaben	-1 317 219 517	- 17 315 117
<u>81 234 326</u>	<u>202 699 496</u>	Total der Einnahmen	<u>176 326 100</u>	<u>- 26 373 396</u>
-1 115 976 433	-1 097 204 904	Nettoinvestition	-1 140 893 417	- 43 688 513
		Finanzierung		
		Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	- 684 924 244	
71 466 729	11 622 216	Ertragsüberschuss Erfolgsrechnung		
706 714 246	662 767 786	Abschreibungen	665 476 258	2 708 472
- 28 502 910	- 24 268 500	Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	- 26 856 907	-2'588'407.00
28 910 361	17 331 000	Einlagen in Bestandeskonten von Fonds im Eigenkapital***	15 471 200	- 1 859 800
-	-	Entnahmen aus Bestandeskonten von Fonds im Eigenkapital***	-	-
<u>778 588 426</u>	<u>667 452 502</u>	Selbstfinanzierung	<u>- 30 833 694</u>	<u>- 698 286 196</u>
-1 115 976 433	- 877 763 923	Nettoinvestition (80%)*	- 912 714 734	- 34 950 810
<u>- 337 388 007</u>	<u>- 210 311 421</u>	Finanzierungsfehlbetrag****	<u>- 943 548 427</u>	<u>- 733 237 006</u>
69.8%	76.0%	Selbstfinanzierungsgrad****	-3.4%	

BESSER +
SCHLECHTER -

**Bemerkungen:**

- * Um die Planungen für 2010-2013 mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei (erster Konsolidierungskreis), die Behörden und die Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnungsergebnisse gemäss CRG weichen deshalb von der vom Kantonsrat genehmigten Rechnung 2008 ab.
- ** Die Konsolidierung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt. Dies bedeutet, dass die Positionen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (Aufwand, Ertrag, Ausgaben und Einnahmen der konsolidierten Einheiten).
- *** Unter CRG werden Fonds entweder im Fremdkapital oder im Eigenkapital geführt. Der Verkehrsfonds wird als einziger Eigenkapitalfonds mit Einlagen oder Entnahmen erfolgswirksam ausgeglichen. Die Berechnung der Selbstfinanzierung wird deshalb um die Einlage oder Entnahme des Verkehrsfonds korrigiert.
- **** Für die Berechnung des Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrages und des Selbstfinanzierungsgrades wird von einer Ausschöpfung der Investitionen von 80% in den Budgets 2009 und 2010 ausgegangen.

2. Budgetkredite der Leistungsgruppen

Mit dem Budget werden die Leistungen des Kantons und deren Finanzierung für ein Kalenderjahr festgelegt (§ 14 Abs. 1 CRG). Der Budgetentwurf entspricht dem ersten Planjahr des KEF (§ 14 Abs. 2 CRG). Er wird vom Regierungsrat erstellt und dem Kantonsrat vorgelegt (§ 17 CRG).

Die Budgetkredite werden wie folgt ausgewiesen:

- In den Leistungsgruppen werden für das Budgetjahr 2010 die Budgetkredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung, Kredite mit Sperrvermerk sowie Leistungsindikatoren mit Zielwerten hervorgehoben.
- Die Budgetkredite der Erfolgsrechnung werden als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung werden nicht in die Budgetkredite der Erfolgsrechnung eingerechnet (§ 15 Abs. 2 CRG). Zu beachten ist, dass in der Rubrik „Finanzierung“ auf dem Leistungsgruppenblatt für Fonds im Eigenkapital (mit Ausnahme des Verkehrsfonds) neu Einlagen und Entnahmen nicht mehr aufgeführt sind, so dass die Saldi der Erfolgsrechnung den Budgetkrediten entsprechen. Dagegen werden auf dem Leistungsgruppenblatt für Fonds im Fremdkapital (und für den Verkehrsfonds) wie bisher Einlagen und Entnahmen eingerechnet, so dass sich unabhängig von den Budgetkrediten in der Erfolgsrechnung immer Saldi von Null ergeben.
- Die Budgetkredite der Investitionsrechnung umfassen die Investitionsausgaben.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Budgetkredite im Kästchen der Leistungsgruppen auf tausend Franken auf- und abgerundet.

Die Budgetkredite 2010 aller Leistungsgruppen sind in der folgenden Tabelle zusammen mit den Sperrvermerkern frankengenau aufgelistet. Gemäss § 15 CRG Abs. 1 sind sie für den Budgetbeschluss des Kantonsrates massgebend, zusammen mit den Leistungsindikatoren mit Zielwerten der Leistungsgruppen für das Budgetjahr 2010 (§ 9 Abs. 2 FCV). Diese Tabelle wird nachgeführt, wenn der Regierungsrat Nachträge zum Budget (Novemberbrief) vorlegt und wenn der Kantonsrat mit seinem Budgetbeschluss Änderungen gegenüber dem Budgetentwurf des Regierungsrates festlegt.



Auszug Budget 2010

in Franken

	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
KEF	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
Seite	(09.09.2009)	Regierungsrat		

Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)**1 Regierungsrat und Staatskanzlei**

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	90	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-20'036'100
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikator L2		

2 Direktion der Justiz und des Innern**2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen**

Budgetkredit Erfolgsrechnung	106	-7'132'800
Budgetkredit Investitionsrechnung		-5'050'000
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4		

2204 Strafverfolgung Erwachsene

	108	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-67'345'900
Budgetkredit Investitionsrechnung		-150'000
Leistungsindikatoren L6, L7 und L8		

2205 Jugendstrafrechtspflege

	110	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-39'869'800
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L14, L15 und L17		

2206 Amt für Justizvollzug

	112	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-152'233'800
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'590'000

2207 Gemeindeamt

	116	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-5'193'700
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L4, L5, L6 und L7		

2215 Finanz- und Lastenausgleich

	120	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-156'227'000
Budgetkredit Investitionsrechnung		0

2221 Handelsregister

	122	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		2'301'300
Budgetkredit Investitionsrechnung		0

2223 Statistisches Amt

	124	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'605'400
Budgetkredit Investitionsrechnung		-500'000
Leistungsindikatoren L3, L5 und L7		

2224 Staatsarchiv

	126	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-7'402'500
Budgetkredit Investitionsrechnung		-320'000
Leistungsindikatoren L1, L2, L3, L6, L7, L8, L9, L10 und L11		

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

	128	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		85'400
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L2, L3 und L4		

2232 Fachstelle Opferhilfe

	130	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-10'112'600
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L3 und L4		

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

	132	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'227'800
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4		

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (09.09.2009)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
2234 Fachstelle Kultur	134				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-89'784'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-3'000'000			
Leistungsindikator L6					
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	136				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'958'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
Leistungsindikatoren L5, L6 und L9					
2251 Bezirksräte	138				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-7'831'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
2262 Baurekurskommissionen	140				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-4'629'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
Leistungsindikatoren L1 und L2					
2263 Steuerrekurskommissionen	142				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-2'940'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
Leistungsindikatoren L5 und L6					
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	144	-53'684'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
2291 Investitionsfonds	148				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-3'583'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'200'000			
2292 Ausgleichsfonds	150				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		1'150'000			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-1'150'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	178	-5'447'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-610'000			
3100 Kantonspolizei	180				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-343'896'100			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-15'928'000			
3200 Strassenverkehrsamt	184				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		19'780'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-5'565'000			
3300 Migrationsamt	186				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-12'303'594			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'060'000			
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	188				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-14'797'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'549'100			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i>					
<i>(§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
- Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum		-2'980'000			
Andelfingen (Anteil 2010)					
3500 Sozialamt	190				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-605'215'350			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-18'790'000			
3600 Statthalterämter	192				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		4'576'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-380'000			

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (09.09.2009)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)	196				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-2'451'000			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		2'451'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-680'000			
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	198	649'700			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-649'700			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD	220				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'950'579			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4100 Finanzverwaltung	222				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'203'147			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-350'000			
4300 Amt für Tresorerie	224				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-804'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4					
4400 Steuern Betriebsteil	226				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-148'769'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-7'691'000			
4500 Personalamt	228				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-20'008'628			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-7'100'000			
Leistungsindikatoren L1 und L3					
4600 Direktionsübergreifende Informatik	230				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-6'701'900			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4700 Drucksachen und Material	232				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		302'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-400'000			
4910 Steuererträge	234				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		5'351'056'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4921 Schadenausgleich	236				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-2'200'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	238				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		467'509'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	240	301'757'742			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4960 Interkantonaler Finanzausgleich	242				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-547'430'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	248	-37'426'093			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		37'426'093			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken	KEF	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
	Seite	Regierungsrat (09.09.2009)	Nachträge Regierungsrat	Kantonsrat	Kantonsrat
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)	276				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-5'102'300		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-150'000		
Leistungsindikatoren L2 und L4					
5205 Amt für Verkehr (AFV)	278				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-131'193'800		
Übertrag aus Fonds zum Ausgleich			126'480'400		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-50'200'000		
Leistungsindikator L2					
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	280				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-261'800'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			0		
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	282				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-43'311'700		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-10'100'000		
Leistungsindikatoren L1, L4, L7 und L8					
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)	286				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			15'464'000		
Einlagen in Fonds des Eigenkapitals			-15'464'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-255'635'000		
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
- S-Bahn, 4. Teilergänzung			-5'400'000		
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)	288				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			16'711'100		
Budgetkredit Investitionsrechnung			0		
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)	290				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			50'654'600		
Budgetkredit Investitionsrechnung			0		
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	318				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-23'949'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-900'000		
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	320		-17'613'746		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-1'250'000		
Leistungsindikatoren L2, L7, L8 und L9					
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	322				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-7'030'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			0		
Leistungsindikatoren L1 und L2					
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	324		-684'700'300		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-120'320'000		
6400 Psychiatrische Versorgung	326				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-242'714'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-21'090'000		
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen	328				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-34'402'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			-9'000'000		
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	330				
Budgetkredit Erfolgsrechnung			-330'950'000		
Budgetkredit Investitionsrechnung			0		
Leistungsindikatoren L1, L2 und L3					

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken	KEF Seite	Entwurf Regierungsrat (09.09.2009)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)	334				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-912'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung	362				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-81'556'946			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'700'000			
7100 Lehrmittelverlag	364				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		2'815'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7200 Volksschulen	366				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-548'347'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-17'658'000			
7301 Mittelschulen	368				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-336'500'410			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-38'807'000			
7302 Schulen im Gesundheitswesen	370				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-42'781'225			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	372	-281'650'539			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-22'188'250			
7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	374	-33'912'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-6'323'767			
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	376				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-555'000'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-49'240'000			
7402 Sonstige universitäre Leistungen	378				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-53'679'200			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	380	-325'206'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-18'724'400			
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	382	-48'220'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
7501 Jugend- und Familienhilfe	384				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-121'462'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-4'620'000			
7502 Berufs- und Studienberatung	386				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-20'878'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-300'000			
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)	424				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-31'535'400			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-3'800'000			
Leistungsindikatoren L1, L2, L3, L4 und L5					
8100 Hochbauamt (HBA)	426				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-18'221'914			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010	Entwurf				
in Franken	KEF Seite	Regierungsrat (09.09.2009)	Veränderungen Nachträge Regierungsrat	Veränderungen Kantonsrat	Budget definitiv Kantonsrat
8300 Amt für Raumplanung und Vermessung (ARV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	428	-21'020'600			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'140'000			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Erfolgsrechnung</i> <i>(§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
- Zusätzliche Stellen Kantonale Denkmalpflege		-1'131'000			
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4					
8400 Tiefbauamt (TBA)	430				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-212'338'500			
Übertrag aus Fonds zum Ausgleich		212'338'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-241'889'000			
Leistungsindikator L1					
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	432	-100'133'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-33'417'500			
<i>Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung</i> <i>(§ 16 Abs. 1 CRG) für:</i>					
- Wasserbauinvestitionen		-2'900'000			
Leistungsindikatoren L1, L5 und L6					
8510 Altlasten	436				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'390'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8700 Immobilienamt (IMA)	438				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-29'112'908			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-140'523'500			
8710 Liegenschaftenerfolg	440				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-4'864'025			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	442				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-68'369'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-12'830'000			
Leistungsindikatoren L5 und L7					
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	446	-2'887'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-3'620'000			
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	448	-362'300			
Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals		362'300			
Budgetkredit Investitionsrechnung		-9'200'000			
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	450	273'800			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
Leistungsindikatoren L1, L2 und L3					
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)	452				
Budgetkredit Erfolgsrechnung		1'131'500			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-1'131'500			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	454	24'000			
Einlagen in Fonds des Fremdkapitals		-24'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	456	-139'000			
Budgetkredit Investitionsrechnung		0			

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken

KEF	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
Seite	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
	(09.09.2009)	Regierungsrat		

Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	A1-4	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-8'860'200
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
Leistungsindikatoren L2, L4 und L5		
9020 Finanzkontrolle	A1-6	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-4'328'500
Budgetkredit Investitionsrechnung		-190'000
Leistungsindikatoren L1 und L2		
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	A1-14	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-45'172'000
Budgetkredit Investitionsrechnung		-21'700'000
9040 Bezirksgerichte	A1-16	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-100'341'400
Budgetkredit Investitionsrechnung		-5'575'000
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	A1-18	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		23'724'700
Budgetkredit Investitionsrechnung		-4'235'000
Leistungsindikatoren L1, L2, L3 und L4		
9061 Kassationsgericht	A1-20	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-3'609'200
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
9062 Landwirtschaftsgericht	A1-22	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-15'800
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
9063 Verwaltungsgericht	A1-24	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-6'583'900
Budgetkredit Investitionsrechnung		-150'000
9064 Sozialversicherungsgericht	A1-26	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-12'734'100
Budgetkredit Investitionsrechnung		-150'000
9070 Ombudsmann	A1-8	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'239'120
Budgetkredit Investitionsrechnung		0
9071 Datenschutzbeauftragter	A1-10	
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-1'991'255
Budgetkredit Investitionsrechnung		-70'000
Leistungsindikatoren L3, L4 und L6		

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Auszug Budget 2010

in Franken

Entwurf Veränderungen Veränderungen Budget definitiv
 KEF Regierungsrat Nachträge Kantonsrat Kantonsrat
 Seite (09.09.2009) Regierungsrat

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)

9300 Zürcher Verkehrsverbund	A1-30		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-185'900'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		185'900'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	
9510 Universitätsspital Zürich	A1-32		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-280'625'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		280'625'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-45'200'000	
9520 Kantonsspital Winterthur	A1-36		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-106'696'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		106'696'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-19'960'000	
9600 Universität Zürich	A1-38		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-559'000'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		559'000'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-36'100'000	
9690 Zentralbibliothek	A1-40		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-27'159'800	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		27'159'800	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-1'250'000	
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften			
Budgetkredit Erfolgsrechnung	A1-42	-140'400'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		140'400'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-10'300'000	
9720 Zürcher Hochschule der Künste	A1-44		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-79'700'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		79'700'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-4'300'000	
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	A1-46		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		-92'870'000	
Staatsbeiträge zum Ausgleich		92'870'000	
Budgetkredit Investitionsrechnung		-2'500'000	
9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit			
Budgetkredit Erfolgsrechnung	A1-48	0	
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

**Auszug Budget 2010**

in Franken

KEF	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
Seite	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
	(09.09.2009)	Regierungsrat		

Total (Konsolidierungskreise 1-3)

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2'517'914'137
+ Staatsbeiträge zum Ausgleich	1'472'350'800
+ Übertrag aus Fonds zum Ausgleich	338'818'900
+ Entnahmen aus Fonds des Fremdkapitals	40'239'393
+ Entnahmen aus Fonds des Eigenkapitals	0
- Einlagen in Fonds des Fremdkapitals	-2'955'200
- Einlagen in Fonds des Eigenkapitals	-15'464'000
= Saldo Erfolgsrechnung	-684'924'244
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1'317'219'517
+ Investitionseinnahmen	176'326'100
= Nettoinvestitionen	-1'140'893'417

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

**Auszug Budget 2010**

in Franken

	Entwurf	Veränderungen	Veränderungen	Budget definitiv
KEF	Regierungsrat	Nachträge	Kantonsrat	Kantonsrat
Seite	(09.09.2009)	Regierungsrat		

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

9100 Beamtenversicherungskasse	A1-52		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		3'841'575	3'841'575
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	0
9200 Arbeitslosenkasse	A1-54		
Budgetkredit Erfolgsrechnung		0	0
Budgetkredit Investitionsrechnung		0	0

Legende

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben



Anhang 3: Verschiedenes

- Rechtsetzungsprogramm:
Erlasse in Bearbeitung und
Planung
- Parlamentarische Vorstösse
und Initiativen mit Bezug zur
strategischen Planung
des Regierungsrates
- Übersicht zur Umsetzung
der KEF-Erklärungen

**Rechtsetzungsprogramm: Erlasse in Bearbeitung und Planung**

Dir.	Titel des Erlasses	Kommentar	In Rechtsetzungsprogramm LP 2007-2011	Geplante Verabschiedung RR
SK	Publikationsgesetz	Anpassung an Kantonsverfassung und weitere Anpassungen	x	2. Quartal 2011
Jl	Kantonsratsgesetz	Einbezug des Kantonsrates in die Aushandlung von interkantonalen und internationalen Verträgen	x	3. Quartal 2010
Jl	Gemeindegesezt	Anpassung an Kantonsverfassung sowie an heutige Anforderungen	x	4. Quartal 2010
Jl	Statistikgesetz	Schaffung einheitlicher gesetzlicher Grundlagen zu Datenlieferung und Erstellung von Statistiken.	x	3. Quartal 2011
Jl	Enteignungsgesetz	Einheitliche und zentrale Regelung für ein effizientes und rechtmässiges Enteignungsverfahren		3. Quartal 2010
Jl	Gebührengesetz	Anpassung an KV: Schaffung ausreichender gesetzlicher Grundlagen für Gebühren		4. Quartal 2011
Jl	Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht)	Reorganisation der Vormundschaftsbehörden		2. Quartal 2011
DS	Verordnung über den Schweizer Pass und die Identitätskarte	Revision u.a. im Zusammenhang mit der durch den Bund gestützt auf internationales Recht vorgegebenen flächendeckenden Einführung biometrischer Pässe.	x	4. Quartal 2009 oder 1. Quartal 2010
DS	Verordnung über das Polizei-Informationssystem POLIS	Teilrevision in Erfüllung parlamentarischer Vorstösse	x	4. Quartal 2010
FD	Staatsbeitragsgesetz	Überprüfung auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Insbesondere sollen die Staatsbeiträge wenn möglich neu leistungsbezogen sowie pauschaliert ausgerichtet und mit entsprechenden Leistungsvereinbarungen gekoppelt werden. Die geplanten Massnahmen in Zusammenhang mit der Neugestaltung des Zürcher Finanzausgleichs verlangen im Weiteren eine Anpassung aller auf die Finanzkraftindexierung bezugnehmenden Erlasse.		2013
FD	Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)	Anpassung von § 37 Abs. 2 lit. c CRG aufgrund der Parlamentarischen Initiative Guex	x	1. Quartal 2010
FD	Personalgesetz	Datenschutzrechtliche Absicherungen für das Case Management		2. Quartal 2010
FD	Steuergesetz (StG)	Anpassung des Steuergesetzes an das Bundesgesetz vom 20. März 2008 über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige		1. Quartal 2010
FD	Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich	Massnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der BVK		1. Quartal 2010
FD	Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich	Anpassungen an die Rechtsprechung wie z.B. BG zur Entlassung altershalber, Anpassungen in Zusammenhang mit der Einführung Case Management und Erweiterung der Lohnfortzahlung bei Krankheit sowie redaktionelle Korrekturen, Konkretisierungen und Richtigstellungen von diversen §.		1. Quartal 2011
VD	Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr	Anpassung an Erlasse des Bundes im Rahmen der Bahnreform 2	x	offen; abhängig von der Bahnreform 2



Dir.	Titel des Erlasses	Kommentar	In Rechtsetzungsprogramm LP 2007-2011	Geplante Verabschiedung RR
VD	Strassenbeitragsverordnung	Aufhebung im Zusammenhang mit dem Neuerlass des Finanzausgleichsgesetzes	x	offen, abhängig von Neuerlass Finanzausgleichsgesetz
VD	Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylrecht	Anpassung an neue Bestimmungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich		4. Quartal 2010
VD	Verordnung zur administrativen Entlastung von Unternehmen	Ausführungsbestimmungen zum neuen Gesetz zur administrativen Entlastung von Unternehmen		3. Quartal 2010
VD	Einführung zum Nationalstrassengesetz	Aufhebung in Folge Wegfallens der kantonalen Zuständigkeit zur Rechtsetzung im Bereich von Nationalstrassen	x	Offen, abhängig von Revision Strassengesetz
GD	Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 und Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007	Anpassung an laufende KVG-Revision im Bereich der Spital- und der Pflegefinanzierung	x	Pflegefinanzierung 4. Quartal 2009; Spitalfinanzierung 3. Quartal 2010
GD	Verordnung über die Berufe im Gesundheitswesen	Per 1. Juli 2008 wurde die VO über die universitären Medizinalberufe in Kraft gesetzt. Für die nicht-universitären Berufe, die bisher in der VO über die Berufe im Gesundheitswesen, in der Heilmittel-, der Dentalhygiene- und der Zahnprothetik-VO geregelt sind, soll ein analoger Erlass erarbeitet werden.	x	2. Quartal 2010
GD	Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung	Die Revision des Epidemiengesetzes, mit der den veränderten Lebensumständen wie zum Beispiel der erhöhten individuellen Mobilität und einem damit einhergehenden substanzial erhöhten Ausbreitungspotenzial von Infektionskrankheiten Rechnung getragen werden soll, wird eine Anpassung der kantonalen Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung vom 19. März 1975 erfordern und je nach definitiver Ausgestaltung der bundesrechtlichen Bestimmungen auch auf Stufe des Gesundheitsgesetzes vom 2. April 2007 Änderungen erfordern.	x	2013
GD	Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EGKVG) und VO zum EGKVG	Neuregelung der Berechnungsgrundlagen für Prämienverbilligungen (in Umsetzung eines Urteils des Sozialversicherungsgerichts; KV.2007.00039)		4. Quartal 2010
GD	Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EGKVG) und VO zum EGKVG	Anpassungen an Art. 64a KVG (Leistungsaufschub)		2. Hälfte 2011
GD	Totalrevision der Krankenhausverordnung	Das bisherige Recht gibt für alle kantonalen Spitäler eine einzige Organisationsstruktur vor. Hier braucht es mehr Flexibilität.		2. Quartal 2010
BI	Volksschulgesetz	Verschiedene Anpassungen in den Bereichen Bedarfsplanung Sonderschulung und Elternpflichten	x	1. Quartal 2010
BI	Verordnungen zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung	Ausführungserlasse zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung	x	1. Quartal 2010



Dir.	Titel des Erlasses	Kommentar	In Rechtsetzungsprogramm LP 2007-2011	Geplante Verabschiedung RR
BI	Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe (KJHG)	Neuerlass	x	1. Quartal 2010
BI	Lehrpersonalgesetz und -verordnung	Neuer Berufsauftrag		1. Quartal 2010
BI	Aufnahmereglemente Mittelschulen	Neuerlass		3. Quartal 2011
BD	Kantonales Geoinformationsgesetz	Anpassung an Bundesrecht	x	1. Quartal 2010
BD	Wasserwirtschaftsgesetz	Renaturierung von Gewässern inkl. Raumsicherung für Gewässer; Umsetzung Art. 105 Abs. 3 Satz 2 KV	x	3. Quartal 2011
BD	EKZ-Gesetz	Anpassung an Vorgaben des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes	x	offen
BD	Planungs- und Baugesetz PBG	Teilrevisionen in drei Bereichen: Verfahren und Rechtsschutz; Parkierungsregelung und publikumsintensive Einrichtungen; behindertengerechtes Bauen	x	1. Quartal 2010
BD	Gesamtes Bauordnungsrecht	1. Antrag Gesetz über den Beitritt zur IVHB an KR im 2. Quartal 2010 (zusammen mit Entwurf PBG, der im Falle des Beitrittsbeschlusses des KR anschliessend in Vernehmlassung geht). 2. Antrag PBG-Revision an KR bis 1. Quartal 2011.	x	2. bzw. 1. Quartal 2010 bzw. 2011



**Anhang 3:
Parlamentarische Vorstösse und Initiativen
mit Bezug zur strategischen Planung des Regierungsrates**

Staatskanzlei

Direktion der Justiz und des Innern

Sicherheitsdirektion

Finanzdirektion

Volkswirtschaftsdirektion

Gesundheitsdirektion

Bildungsdirektion

Baudirektion

**Staatskanzlei**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
372/2004 (Postulat)	Aufhebung oder Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten	Der Regierungsrat erstattete dem Kantonsrat am 21. März 2008 Bericht (Vorlage 4387) und beantragte, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Vorlage ist im Kantonsrat pendent.
85/2005 (Postulat)	Risikobericht für den Kanton Zürich	Bericht und Antrag sind in Vorbereitung.

**Direktion der Justiz und des Innern**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
337/2006 (Postulat)	<p>Gleichbehandlung in der Jugendstrafrechtspflege</p> <p>1. Dezember 2008 (Postulat Andrea Sprecher, Zürich, Cécile Krebs, Winterthur, und Martin Naef, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Gleichbehandlung aller Fälle in der Jugendstrafrechtspflege zu gewährleisten und deshalb die Fallpriorisierung aufzuheben.</p> <p>Prüfung.</p>	
140/2007 (Motion)	<p>Integrationskurse für die ausländische Bevölkerung</p> <p>2. März 2009 (Motion Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Johanna Tresp, Zürich, und Lisette Müller-Jaag, Knonau). Der Regierungsrat wird beauftragt, zur Umsetzung von Art. 53 und 56 des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse anzubieten.</p> <p>Prüfung (Überweisung als Postulat).</p>	
156/2007 (Postulat)	<p>Integrationsvereinbarung</p> <p>29. Oktober 2007 (Postulat Thomas Ziegler, Elgg, Thomas Weibel, Horgen, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für eine noch bessere Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen. Insbesondere soll dabei auch die Möglichkeit von so genannten Integrationsvereinbarungen vorgesehen werden, die bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen mit berücksichtigt werden können.</p> <p>Prüfung.</p>	
173/2007 (parlamentarische Initiative)	<p>Standesinitiative für ein Ständereferendum in BV</p> <p>18. August 2008 (parlamentarische Initiative Carmen Walker Späh, Zürich, Urs Lauffer, Zürich, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Um die institutionelle Stellung der Schweizer Städte zu stärken, reicht der Kanton Zürich bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative ein für die Ergänzung von Art. 141 Bundesverfassung (Fakultatives Referendum) analog Art. 33 Abs. 2 lit. b der Zürcher Kantonsverfassung.</p> <p>Der Regierungsrat hat den Kantonsrat am 17. Juni 2009 Bericht und Antrag erstattet.</p>	RRB Nr. 979/2009
215/2007 (Postulat)	<p>Neue Akzente in der Kulturförderung</p> <p>22. Juni 2009 (Willy Germann, Winterthur, Thomas Ziegler, Elgg, und Luca Rosario Roth, Winterthur). der Regierungsrat wird gebeten, Kriterien zu erarbeiten, wonach Kulturschaffen künftig gefördert wird. Dabei sollen neue Kulturbedürfnisse einer breiten Bevölkerung berücksichtigt und die kreativen Ressourcen der Laien besser berücksichtigt werden.</p> <p>Prüfung.</p>	
244/2007 (Postulat)	<p>Stärkung der behördlichen Zusammenarbeit</p> <p>26. November 2007 (Postulat Christoph Holenstein, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Thomas Maier, Dübendorf).</p>	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
287/2007 (Motion)	<p>Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, für welche notwendigen und sinnvollen im öffentlichen Interesse liegenden Datenflüsse zwischen Behörden rechtliche Grundlagen noch fehlen bzw. ungenügend sind und gegebenenfalls dem Kantonsrat entsprechende Gesetzesanpassungen zu beantragen oder in seinem Kompetenzbereich selber zu erlassen.</p> <p>Prüfung.</p> <p>Schaffung von Rechtsgrundlagen für ausserprozessualen Zeugenschutz</p> <p>28. Januar 2008 (Motion Silvia Steiner, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird eingeladen, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die einen ausserprozessualen Zeuegenschutz gewährleisten.</p> <p>Prüfung.</p>	
3/2008 (Motion)	<p>Beschleunigungsgebot im Jugendstrafverfahren</p> <p>28. April 2008 (Motion Martin Graf, Zürich, und Andrea Sprecher, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, gesetzliche Grundlagen zur praktischen Umsetzung des Beschleunigungsgebots im Jugendstrafverfahren auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen. Insbesondere sind Richtzeiten für die angemessene durchschnittliche Dauer von Jugendstrafverfahren auszuarbeiten. Die Einhaltung der Richtzeiten im Jugendstrafverfahren ist periodisch über die Gesamtzahl der im Kanton abgeschlossenen Verfahren zu überprüfen. Sofern eine nachhaltige Überschreitung der durchschnittlichen Verfahrensdauer festgestellt wird, sind die entsprechenden personellen und organisatorischen Massnahmen zu ergreifen bzw. dem Kantonsrat vorzuschlagen, die notwendig sind, um die durchschnittliche Verfahrensdauer ohne Einbusse der Verfahrensqualität nachhaltig unter die Richtdauer zu senken.</p> <p>Prüfung (Überweisung als Postulat).</p>	
7/2008 (Postulat)	<p>Schaffung von Instrumentarien für die Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern</p> <p>28. April 2008 (Postulat Silvia Steiner, Zürich, Corinne Thomet-Bürki, Kloten und Thomas Kappeler, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die Einführung von Instrumentarien zu prüfen, die eine Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern ermöglichen.</p> <p>Prüfung.</p>	
72/2008 (Postulat)	<p>Konzept Strafvollzug für verwahrte Gewaltstraftäter</p> <p>26. Mai 2008 (Postulat Rosmarie Frehsner, Dietikon, René Isler, Winterthur, und Hans Frei, Regensdorf). Der Strafvollzug für Verwahrte stellt eine Herausforderung auf verschiedenen Ebenen dar. Wir bitten den Regierungsrat, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten, welches Vollzugskonzept für die steigende Zahl von Verwahrten künftig zur Anwendung kommen soll, insbesondere im Hinblick auf folgende Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Getrennte Unterbringung von (nicht therapierbaren) Gewaltstraftätern und «normalen» Straftätern mit intakten Chancen auf Reintegration in die Gesellschaft; • Sanktionsmöglichkeiten im disziplinarischen Bereich; • Unterbringung von Verwahrten im fortgeschrittenen Alter; 	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
99/2008 (Postulat)	<ul style="list-style-type: none"> • Sinn und Zweck der Betreuung von Verwahrten durch den PPD; • Zusammenarbeit mit dem Ostschweizer Strafvollzugskonkordat; • Informationsfluss und Fehlerkultur. <p>Prüfung.</p> <p>Schutz vor Cyberbullying</p> <p>30. Juni 2008 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, Silvia Steiner, Zürich, und Christoph Hostenstein, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht über Cyberbullying vorzulegen, der</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Häufigkeit und Verbreitung von Cyberbullying im Kanton aufzeigt, • einen Überblick über die in den letzten Jahren bereits eingeleiteten Massnahmen auf Stufe Kantone und Städte/Gemeinden gibt, • verschiedene alte und neue Massnahmen einander gegenüberstellt und • konkrete und wirksame Möglichkeiten aufzeigt, wie Cyberbullying verhindert werden kann. <p>Prüfung.</p>	
36/2009 (dringliches Postulat)	<p>Änderung Verordnung über den Gemeindehaushalt («Professionalisierung» der Rechnungsprüfungskommission</p> <p>6. April 2009 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, Ernst Stocker, Wädenswil sowie Mitunterzeichnenden). Der Regierungsrat wird eingeladen, die neue Verordnung über den Gemeindehaushalt bzw. das Kreisschreiben über den Gemeindehaushalt vom 1. Januar 2009 nicht umzusetzen.</p> <p>Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass bereits in 12 Monaten Erneuerungswahlen durchzuführen sind und die Fristen für einen geordneten Systemwechsel zu kurz sind.</p> <p>Wir beantragen, die Verordnung im Sinne der Ergebnisse zur Vernehmlassung der Kantonsverfassung und der Diskussionen im Verfassungsrat, zurückzuziehen.</p> <p>Die Verordnung ist gemeinsam mit dem zu revidierenden Gemeindegesezt zu überarbeiten. Im Vordergrund steht die zwingende Forderung, dass die RPK's in den Gemeinden in der heutigen Form beibehalten werden können.</p> <p>Prüfung.</p>	

**Sicherheitsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat	
Polizei			
226/2005 (Motion)	Aktualisierung von Daten im Polizeiorganisationssystem (POLIS) → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4595	
351/2006 (Postulat)	Differenzierte Datensysteme im POLIS → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags		
352/2006 (Motion)	Kontrolle der POLIS-Nachführung → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4564	
199/2007 (Postulat)	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine gemeinsame Trägerschaft für die kriminaltechnischen Dienste der Stadt- und Kantonspolizei → Strateg. Ziele: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll		
97/2008 (Postulat)	Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vor den Kantonsrat → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4534	
200/2008 (Postulat)	Sollbestand der Kantonspolizei Zürich → Strateg. Ziel: Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll	4457	
Strassenverkehr			
176/2005 (Postulat)	Einführung einer reduzierten Motorfahrzeugsteuer für Erdgas-/Kompostgasbetriebene Fahrzeuge → Strateg. Ziel: Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen		
4537/2008 (Volksinitiative)	Für mehr Verkehrsausbildung (Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes für mehr Verkehrsunterricht an den Volksschulen) → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit		
2008 (Volksinitiative)	Verkehrsinitiative (Kantonale Volksinitiative zur Verwendung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr) → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit		
239/2008 (Postulat)	Lastwagen-Transitverkehr → Strateg. Ziel: Optimierung der Verkehrssicherheit		
Militär			
367/2007 (Postulat)	Kostenlose Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4576	
17/2008 (Postulat)	Wache mit geladener Waffe → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4586	
94/2007 (Postulat)	Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit am Flughafen Zürich in ausserordentlichen Lagen		



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Soziales 416/2006 (Einzelinitiative)	→ Strateg. Ziel: Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage Fachstelle Alterspolitik → Strateg. Ziel: Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags	4566

**Finanzdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
86/2009 (dringliches Postulat)	Begrenzung des Aufwandes im Budget 2010 → Strukturelles Defizit im Staatshaushalt beseitigen	545/2009, überwiesen am 11.5.2009
129/2009 (dringliches Postulat)	Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung	839/2009, überwiesen am 15.6.2009
130/2009 (dringliches Postulat)	Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit	840/2009, überwiesen am 15.6.2009
294/2007 (Motion)	Neuer Lohnausweis: Bewertung Verpflegungskosten → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	30/2008, überwiesen am 25.5.2009
184/2006 (Postulat)	Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal → Attraktivität als Arbeitgeber steigern → Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	4557
200/2006 (Postulat)	Massnahmen gegen Missbrauch des steuerrechtlichen Wochenaufenthaltsstatus im Kanton Zürich → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	4555; die WAK hat sich dem Antrag RR auf Abschreibung des Postulats angeschlossen; hängig vor KR
350/2008 (PI)	Änderung Steuergesetz: Bürgerinnen- und bürgerfreundliche Eröffnung von Veranlagungsentscheiden → Kundenorientierung der Verwaltung	30.3.2009, vorläufig unterstützt; hängig vor WAK
336/2008 (PI)	Steuerbefreiung der Familienzulagen → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden.	2.2.2009, vorläufig unterstützt; hängig vor WAK
359/2007 (PI)	Arbeitsweg-Pauschalabzug; Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung des Steuerharmonisierungsgesetzes → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	30.6.2008, vorläufig unterstützt; 17.6.2009 Ablehnender Antrag RR; hängig vor WAK
235/2007 (PI)	Öffentlichkeit des Steuerregisters → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden.	22.9.2008, vorläufig unterstützt; hängig vor WAK
80/2007 (PI)	Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über die Direkte Bundessteuer sowie des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	7.1.2008, vorläufig unterstützt; 25.2.2009 Ablehnender Antrag RR; 7.7.2009 Ablehnender Antrag WAK an RR
372/2006 (PI)	Eigenmietwertbesteuerung von Zweitwohnungen zu 100 Prozent → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	1.10.2007, vorläufig unterstützt; Ablehnender Antrag RR; 12.5.2009 Ablehnender Antrag WAK an KR
298/2006 (PI)	Kompetenzen der Regierung beim Abschluss von Mietverträgen (PI Guex)	25.6.2007, vorläufig unterstützt
259/2006 (PI)	Erhöhung der steuerlichen Abzugsmöglichkeit von Zuwendungen an politische Parteien → Kann nicht mit Legislaturziel in Verbindung gebracht werden	18.6.2007, vorläufig unterstützt; 2.7.2007 Ablehnender Antrag RR; hängig vor WAK

**Volkswirtschaftsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Wirtschaft und Arbeit		
198/2006 (Postulat)	Besenbeizen → LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
217/2006 (Postulat)	GATS (General Agreement on Trade in Services) und der Kanton Zürich → LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
281/2006 (Postulat)	Strategie zur Sicherung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Angebots an Fachkräften → VD-Ziel 5: Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. -suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen, LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
264/2007 (Dringliches Postulat)	Gesamtkonzept für die Tourismusförderung und Investitionsplanung im Areal Schloss Laufen (Rheinfall) → VD-Ziel 4: Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich, LG Generalsekretariat	4551
4419/2007 (Volksinitiative)	Schutz vor Passivrauchen → LG Amt für Wirtschaft und Arbeit, Ziel der Gesundheitsdirektion (Ziel 3, Prävention und Gesundheitsförderung)	4419
305/2008 (Postulat)	Green Tech made in Zurich (Switzerland) → VD-Ziel 4, LG Amt für Wirtschaft und Arbeit	
Verkehr		
29/2005 (Postulat)	Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Ostumfahrung (Stadtunnel Brunau-Neugut, Ostast und Waidhaldetunnel) → VD-Ziel 1: Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme, LG Amt für Verkehr	4517
110/2006 (Postulat)	Realisation des Radwegnetzes im Kanton Zürich → VD-Ziel 1, Amt für Verkehr, Wiederaufnahme (Überweisung als Postulat)	RRB 1081/2006
144/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Einführungsgesetzes zum Nationalstrassengesetz → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	4493
145/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Strassengesetzes → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	4494
173/2006 (Postulat)	Überlebensstrategien für unbediente Bahnhöfe → LG Amt für Verkehr	
279/2006 (Postulat)	Behebung Kapazitätsengpass Bahnhof Stadelhofen → VD-Ziele 1 und 3, LG Amt für Verkehr und LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	
190/2007 (Dringliches Postulat)	Erstellung eines Massnahmenplans für den öffentlichen Verkehr in und um Affoltern am Albis → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr und LG Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	4513



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
327/2007 (Dringliches Postulat)	Photovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden → LG Amt für Verkehr	4570
390/2007 (Dringliches Postulat)	Buslinien durch den Uetlibergtunnel → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	4560
2007 Volksinitiative	Halbstündliche S-Bahn für Alle → LG Amt für Verkehr und ZVV	4509
221/2008 (Postulat)	Doppelspurausbau zwischen Uster und Jona → VD-Ziel 1, LG Amt für Verkehr und ZVV	
347/2008 (Dringliches Postulat)	Regelmässige Publikation detaillierter Kennzahlen vor und nach der Eröffnung der Westumfahrung → VD-Ziel 3, LG Amt für Verkehr	
2008 Volksinitiative	SOS für Taxi → LG Amt für Verkehr	
2008 Volksinitiative	Schienen für Zürich: Rahmenkredit für den Ausbau der Bahnlinie Zürich-Winterthur → VD-Ziele 1 und 3, LG Amt für Verkehr und ZVV	
Luftverkehr		
382/2006 (Behördeninitiative)	Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (<<Keine Neu- und Ausbauten von Pisten>>) → VD-Ziel 2, LG Amt für Verkehr	4548
4459/2007 (Volksinitiative)	Für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative) → VD-Ziel 2, Amt für Verkehr	4459
18/2008 (Dringliches Postulat)	Lockerung des Nachtflugverbots → LG Amt für Verkehr	4580

**Gesundheitsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
9/05 (Postulat)	Mehr Wettbewerb für die Zentralwäscherei	21.10.09
90/06 (Postulat)	Bewilligungspflicht und Qualitätssicherung für Beihilfe zum Suizid	21.10.09
202/06 (Postulat)	Abgabe von Psychopharmaka in Kinder- und Jugendtherapien	23.6.10
265/06 (Postulat)	Qualitätsüberprüfung für die medizinische, pflegerische und therapeutische Leistung in der Psychiatrie	23.6.10
312/06 (Postulat)	Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich von grenzüberschreitenden Spitalregionen wie auch des kantonsübergreifenden Rettungsdienstes	RRB 99/2009
402/06 (Postulat)	Arbeitsstellen und deren Ausgestaltung der Fachangestellten Gesundheit	RRB 348/2009
55/07 (Motion)	Änderung Tierseuchengesetz	14.9.11
251/07 (Dringl. Postulat)	Reservebildung der Krankenversicherungen	RRB 1617/2008
259/07 (Dringl. Postulat)	Verrechnung der Reserven von Zürcher Prämienzählenden bei den Krankenversicherungen	RRB 1617/2008
266/07 (Postulat)	Einheitliches patientenorientiertes Qualitätssystem für die Listenspitäler des Kantons Zürich sowie Veröffentlichung der Ergebnisqualität	9.12.09
190/08 (Dringl. Postulat)	Richtlinien zu Rück-, bzw. Nachzahlungen von Investitionsbeiträgen, ausgelöst durch die Neuzuteilungen von Gemeinden in den Spitalregionen	12.8.09
34/09 (Postulat)	Schaffung einer Meldestelle für Impfschäden und Schadenersatz gemäss Vollkostenrechnung	10.3.10

**Bildungsdirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Generalsekretariat der Bildungsdirektion		
179/2005	Senkung des Schuleintrittsalters im Kanton Zürich, Strategieziel 3: "Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen"	Änderung Volksschulgesetz, Harmos-Konkordat
181/2006	Familienergänzende Kinderbetreuung in den Gemeinden des Kantons Zürich, Strategieziel 2: "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	VSR
201/2006	Kompetenzenbilanz als Zulassungskriterium zu einer verkürzten Ausbildung als Kleinkind- und Schülerbetreuende für Quer- und Wiedereinsteigende, Strategieziel 2 : "Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen" und Strategieziel 4: "Partnerschaft für Bildung stärken"	Verordnung zum EG BBG
243/2007	Frühe Sprachförderung Deutsch (Strategieziel 2: Grundlagen für den sozialen Zusammenhang schaffen)	Frühförderung

**Baudirektion**

KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
Planung und Bau		
253/2004 (Postulat)	Entwicklungskonzept für den Üetliberg	4465
298/2004 (Motion)	Beschwerdelegitimation der Verbände	4554
356/2005 (Postulat)	Bewirtschaftung der kantonalen Kunstsammlung	
366/2005 (Postulat)	Zeitgemässe Stadtentwicklung am Beispiel Glattal	
82/2006 (Postulat)	Nutzung von schlecht genutzten, zentrumsnahen Grundstücken der Armee und der SBB	
149/2006 (Postulat)	Natur- und Landschaftsschutzgebiet Uetliberggipfel (Uto Kulm)	
197/2006 (Postulat)	Abbau von Hürden bei der Einrichtung und beim Bau von Kindertagesstätten	
310/2006 (Postulat)	Sanierung von Flur-, Fluss- und Wanderwegen	
364/2006 (Postulat)	Einbezug der externen Kosten bei allen öffentlichen Bauvorhaben	
96/2008 (Dring. Postulat)	Änderung des kantonalen Siedlungsrichtplanes	4597
371/2008 (Postulat)	Gesetzliche Grundlagen für Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)	
78/2009 (Dring. Postulat)	Unabhängige Expertengruppe zur Prüfung des Projektes Polizei- und Justizzentrum	
Energie, Verkehr und Umwelt		
148/2005 (Motion)	Deckung des Energiebedarfs kantonalen Liegenschaften mit erneuerbaren Energien nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau oder nach einer Neuerstellung	
157/2005 (Postulat)	Augen auf beim Holzkauf (nur FSC zertifiziertes Holz zulassen)	4573
45/2006 (Postulat)	Massnahmenplan bei hohen Ozonwerten wie bei den Feinstaubkonzentrationen	4598
148/2006 (Postulat)	Emmissionsmindernde Massnahmen bei Motorrädern, Motorfahrrädern und Booten	
185/2006 (Postulat)	Klimaneutrale Verwaltungstätigkeit innert 15 Jahren	
234/2006 (Postulat)	Lärmschutz kontra Ortsbild- und Landschaftsschutz	
355/2006 (Postulat)	Umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung	
58/2007 (Motion)	Änderung Energiegesetz - Reduktion Verbrauch von nichterneuerbaren Energien	
61/2007 (Postulat)	Änderung Art. 7 Energiegesetz	
64/2007 (Postulat)	Ausnützungsbonus für Neubauten mit Minergie-Standard	
65/2007 (Postulat)	Ausnützungsbonus für Neubauten mit Minergie-P-Standard	
66/2007 (Postulat)	Ausnützungsbonus für Bausanierungen mit Minergie-Standard	
67/2007 (Postulat)	100% Ökostrom durch den Kanton Zürich	



KR-Nr. Vorstoss	Bezeichnung Vorstoss mit Bezug zu Strategie	Vorlage Regierungsrat
325/2007 (Postulat)	Einrichtung eines Frühwarnsystems bei Hochwassergefahr	
355/2007 (Postulat)	Abbau von Hürden für umweltgerechtes Bauen	
62/2008 (Postulat)	Minergie-P-Standards für alle Neubauprojekte des Kantons, mindestens Minergie-Standard für Gebäudeerneuerungen	
109/2008 (Postulat)	Lockerung für Bewilligungspflicht für Solaranlagen	
211/2008 (Postulat)	Oberflächennahme Geothermie: Grundwasserwärmenutzung	
Wirtschaft und Arbeit		
269/2006 (Postulat)	Sicherstellung der Saatgutversorgung für die gentechnikfreie Landwirtschaft	



Übersicht zur Umsetzung der KEF-Erklärungen

Gemäss § 13 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) kann der Kantonsrat zum KEF Erklärungen beschliessen. Der Regierungsrat setzt diese KEF-Erklärungen im nachfolgenden KEF um. Kann oder will er eine Erklärung nicht umsetzen, so begründet er dies innerhalb von drei Monaten zu Handen des Kantonsrates.

In folgender Tabelle wird aufgezeigt, wo im KEF diejenigen Erklärungen umgesetzt werden, welche der Kantonsrat am 26./27. Januar 2009 (KR-Nr. 7/2009) überwiesen hat und die vom Regierungsrat nicht abgelehnt worden sind (RRB 622/2009).

Nr.	Erklärung	Umsetzung im KEF 2010-2013
6	Führung einer vierten Aspirantenklasse ab 2010 zur Annäherung an den Sollbestand	Sicherheitsdirektion: Die Umsetzung der KEF-Erklärung ist in die Budgetierung der Leistungsgruppe 3100 eingeflossen.
25	Neuer Entwicklungsschwerpunkt E6: Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen insbesondere auf der Sekundarstufe 1, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen.	Bildungsdirektion: Leistungsgruppe 7200, neuer Entwicklungsschwerpunkt E6



Anhang 4: Richtlinien und Konventionen KEF



Richtlinien und Konventionen KEF

Die Planung für den vorliegenden KEF 2010-2013 basieren auf den nachfolgend aufgeführten Richtlinien und Konventionen

Allgemeine Konventionen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Gesetzliche Grundlagen	Der KEF 2010-2013 und das Budget 2010 werden nach der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und seinen Ausführungserlassen Rechnungslegungsverordnung (RLV) und Finanzcontrollingverordnung (FCV) erstellt. Als Regelwerk bestimmt die Rechnungslegungsverordnung (RLV) die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS).
Konsolidierung	<p>Das CRG verlangt eine Konsolidierung. Nach § 54 Abs. 2 CRG legt der Regierungsrat den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten fest. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis • Kantonsrat; Finanzkontrolle; Obergericht; Bezirksgerichte; Notariate, Grundbuch- und Konkursämter; Kassationsgericht; Landwirtschaftsgericht; Verwaltungsgericht; Sozialversicherungsgericht; Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter im zweiten Konsolidierungskreis • Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste, Pädagogische Hochschule Zürich, Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Zentralbibliothek Zürich sowie Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im dritten Konsolidierungskreis <p>Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung. Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag, etc. der konsolidierten Einheiten). In der Planung wird lediglich die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.</p>
Vorzeichen (allgemein)	<p>Ertrag, Einnahmen: positives Vorzeichen (wird in der Regel nicht geschrieben)</p> <p>Aufwand, Ausgaben: negatives Vorzeichen (wird geschrieben)</p> <p>Saldo: negatives Vorzeichen, falls negativer Saldo</p>

Entwicklungsplanungen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF 2009-2012 (KEF Vorjahr) wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt. Insbesondere werden bisherige Projekte, die im vorliegenden KEF nicht mehr enthalten sind, erwähnt.
Langfristige Ziele und Legislaturziele	Einzelne Ziele der Direktionen werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung;



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
	<p>erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein.</p> <p>Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet.</p> <p>Der Regierungsrat hat die Legislaturziele 2007–2011 festgelegt (17 Ziele, umgesetzt in 80 Massnahmen). Gemäss §§3 und 34 OG RR sowie §12 VOG RR sind die während der Legislaturperiode erstellten Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzpläne KEF nach den Legislaturzielen auszurichten und auf diese abzustimmen.</p>
Bedeutende Investitionen	<p>Einzelne Investitionen werden als „Bedeutende Investitionen“ aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; referendumsfähiger Kantonsratsbeschluss geplant; finanziell bedeutende Investition.</p> <p>Die bedeutenden Investitionen werden als Nettoinvestitionen aufgeführt. Ausnahmen davon sind speziell gekennzeichnet.</p>
Übrige Investitionen: Geplant / In Realisierung	<p>Eine Investition gilt als „Geplant“, wenn die Realisierung des Investitionsvorhabens zum Zeitpunkt der Planung des KEF 2010-2013 noch nicht rechtskräftig bewilligt ist. Die anderen Vorhaben werden als Investition „In Realisierung“ aufgeführt.</p>
Vorhaben mit Auswirkungen auf Erfolgsrechnung	<p>Einzelne Vorhaben werden in der entsprechenden Tabelle aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Bezug zu strategischen Zielen und zu Projekten, die im KEF aufgeführt sind; erhebliche finanzielle Auswirkungen, die aus der Umsetzung des Vorhabens resultieren.</p> <p>Die finanziellen Angaben geben die jährlich wiederkehrenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt an (Positives Vorzeichen: Minderbelastung; Negatives Vorzeichen: Mehrbelastung)</p>

Leistungsgruppen

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Funktionale Gliederung	<p>Eine Leistungsgruppe wird in der Regel genau einer Rubrik gemäss (einstelliger) funktionaler Gliederung zugeteilt.</p> <p>0: Allgemeine Verwaltung 1: Öffentliche Sicherheit 2: Bildung 3: Kultur und Freizeit 4: Gesundheit 5: Soziale Wohlfahrt 6: Verkehr 7: Umwelt und Raumordnung 8: Volkswirtschaft 9: Finanzen und Steuern</p> <p>Massgebend für die Zuordnung ist der Aufgabenbereich, der bei der einzelnen Leistungsgruppe überwiegt. In Ausnahmefällen wird bei den Bemerkungen auf weitere Zuordnungen hingewiesen.</p>
Finanzierung	<p>In der Erfolgsrechnung werden teilweise die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung der Leistungsgruppe.</p>
Spalte "R 08" und "B 09"	<p>Die Umstellung der Rechnungslegung ab 2009 erschwert den Vergleich. Um das Budget 2009 und die Planungen für 2010-2013 mit der Rechnung 2008 vergleichen zu können, haben die Direktionen und die Staatskanzlei</p>



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
	(erster Konsolidierungskreis), die Behörden und Rechtspflege (zweiter Konsolidierungskreis) sowie die zu konsolidierenden Organisationen (dritter Konsolidierungskreis) ihre Rechnung 2008 an die neue Rechnungslegung angepasst (als Restatement bezeichnet). Die angepassten Rechnung 2008 gemäss CRG weicht von dem vom Kantonsrat beschlossenen Rechnung nach bisherigem Finanzhaushaltsgesetz (FHG) ab.
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die tatsächlich geplante Beschäftigung während des jeweiligen Planjahres aufgeführt. (Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%)
Entwicklungsschwerpunkte	Bei den Entwicklungsschwerpunkten werden gezielte Entwicklungen der Leistungsgruppe aufgeführt, mit Angabe des jeweiligen Endtermins. Allgemeine Ziele mit einem permanenten Charakter werden in dieser Rubrik in der Regel nicht erwähnt.
Bemerkungen / Begründungen von Entwicklungen	Wesentliche Entwicklungen müssen kommentiert werden. Dazu erfolgt eine Aufteilung in die Rubriken: <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Bemerkungen • Entwicklung Budgetentwurf gegenüber Budget Vorjahr • Entwicklung in den weiteren Planjahren • Änderungen gegenüber dem KEF Vorjahr

Fonds

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Finanzierung	In der Erfolgsrechnung werden die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen als "Davon"-Grössen aufgeführt. Insbesondere die Einlagen in bzw. Entnahmen aus dem Fonds sind gesondert ausgewiesen. Diese Positionen erleichtern die finanzielle Beurteilung des Fonds.
Indikatoren	Angaben zu Indikatoren beziehen sich bei den Fonds ausschliesslich auf Leistungen und Ausgaben, die Folge direkter Zahlungen der Fonds an Dritte sind. Wirkungen und Leistungen können allerdings auch bei andern Leistungsgruppen ausgewiesen werden, sofern sich die Aufgabengebiete entsprechen. Im Falle von finanziellen Übertragungen an andere Leistungsgruppen werden Wirkungen, Leistungen und Wirtschaftlichkeit in jenen Leistungsgruppen ausgewiesen, die von den Fonds mitfinanziert werden, und nicht bei den Fonds.

Entwicklungsplanung Projekte

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Projekte	Einzelne Projekte der Direktionen sind im KEF aufgeführt, wenn sie einen Zusammenhang zu den strategischen Zielen aufweisen, von politischer Tragweite sind oder erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben. Neu in die Planung aufgenommene Projekte sind mit der Bemerkung „Neu“ in Klammern hinter den Projektbezeichnungen gekennzeichnet.
Projektaufwand / Netto-Investition	In dieser Rubrik werden die Netto-Investitionen aufgeführt, die im Rahmen des Projektes getätigt werden. Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.



Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Projektaufwand / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird der jährliche Nettoaufwand aufgeführt, der während der Durchführung des Projektes für den Staatshaushalt resultiert. Dazu zählen unter anderem die Anstellung von zusätzlichem Personal oder Dienstleistungen Dritter.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind Abschreibungen und Zinsen, die aus Projektinvestitionen resultieren.</p> <p>In dieser Rubrik nicht berücksichtigt sind die internen Ressourcen der jeweiligen Amtsstellen, welche für das Projekt eingesetzt werden. Dies betrifft insbesondere auch den internen Personalaufwand. Aussagen über den internen Aufwand werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanziellen Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Saldo Erfolgsrechnung	<p>In dieser Rubrik wird die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Erfolgsrechnung resultiert.</p> <p>Bezugspunkt für die finanziellen Werte ist die Entwicklung des Staatshaushaltes, die eintreten würde, falls das Projekt nicht durchgeführt würde.</p> <p>In dieser Rubrik sind insbesondere auch die Abschreibungen und Zinsen berücksichtigt, die aus den Nettoinvestitionen (siehe Rubrik Projektaufwand / Nettoinvestition) für das Projekt resultieren.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Auswirkungen der Umsetzung auf Staatshaushalt / Netto-Investitionen	<p>In dieser Rubrik ist die jährliche Nettobelastung aufgeführt, die nach Abschluss des gesamten Projektes (oder nach Abschluss von Teilen des Projektes) für die Investitionsrechnung resultiert.</p> <p>Leere Felder bedeuten, dass die finanzielle Werte im aktuellen Planungsstadium nicht genügend präzise angegeben werden könnten. Ergänzende Erläuterungen dazu werden fallweise im Feld „Bemerkungen“ aufgeführt.</p>
Meilensteinplanung	Bei der Meilensteinplanung werden vor allem die Entscheide von Regierungsrat, Kantonsrat oder Volk aufgeführt.
Bemerkungen	In diesem Feld werden ergänzende Informationen aufgeführt, um das Projekt möglichst aussagekräftig und nachvollziehbar zu umschreiben. Fallweise werden ergänzende Erläuterungen zum Projektaufwand und zu den finanziellen Auswirkungen des Projektes sowie wesentliche Planänderungen aufgeführt.

Funktionsbereiche

Rubrik / Begriff	Richtlinie / Konvention
Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres	Wesentliche Veränderungen gegenüber dem KEF des Vorjahres wie die Veränderung eines strategischen Ziels oder finanzielle Planänderungen werden aufgezeigt.
Strategisches Ziel	Einzelne Ziele werden als strategische Ziele aufgeführt, wenn vor allem eines der folgenden Kriterien erfüllt ist: Hohe politische Bedeutung; erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Für den Regierungsrat soll zudem ein Handlungsspielraum vorhanden sein. Die strategischen Ziele sind in der Regel durch eine lange Wirkungsdauer gekennzeichnet. Der Bezug zu Direktionen, Leistungsgruppen, Projekten und/oder Massnahmen wird aufgezeigt.